Tina Jung
Kritik als demokratische Praxis

ARBEIT – DEMOKRATIE – GESCHLECHT

herausgegeben von Ingrid Kurz-Scherf, Lena Correll, Stefanie Janczyk, Tina Jung, Julia Lepperhoff, Anja Lieb, Clarissa Rudolph und Alexandra Scheele

Band 22

Tina Jung, Dr. phil., Politikwissenschaftlerin, promovierte im interdisziplinären Graduiertenkolleg „Geschlechterverhältnisse im Spannungsfeld von Arbeit, Organisation und Demokratie" an der Philipps-Universität Marburg. Derzeit ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen/Arbeitsstelle Gender Studies.

Tina Jung

Kritik als demokratische Praxis

Kritik und Politik in Kritischer Theorie und feministischer Theorie

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

1. Auflage Münster 2016
© 2016 Verlag Westfälisches Dampfboot
Alle Rechte vorbehalten
Umschlag: Lütke Fahle Seifert AGD, Münster
Druck: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
ISBN 978-3-89691-729-4

Inhalt

Editorial der Reihenherausgeberinnen 9

Vorwort 12

Teil A: Einleitung 14

1 Kritik im Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik. Problemaufriss und Fragestellung 14

2 Zum Ansatz einer politischen Theorie der Kritik. Forschungsperspektive 24

3 Kritik und Politik in Kritischer Theorie und feministischer Theorie. Gegenstand, Thesen und Vorgehen 29

Teil B: Begriffliche und methodische Grundlagen 39

1 Kritik – oder: Wirklichkeit und wie es anders wäre 39

2 Wissenschaft 44

3 Politik 55

4 Zur Analyse des politischen Gehalts kritisch-feministischer Theorien 60

4.1 Wissenschaft und Politik als Spannungsverhältnis 60

4.2 Systematische Aspekte: Das Analyseraster zur Entzifferung von Kritikkonzeptionen 62

4.3 Theoriegeschichtliche Aspekte: Theoriebildung als Verarbeitung gesellschaftlicher Erfahrung 64

Teil C: Kritik und Politik 67

1. Kritik und Politik in der Kritischen Theorie 67

1.1 Einführung 67

1.1.1 Kritische Theorie – ein politisches Defizit? 67

1.1.2 Zur Theoriegeschichte der Kritischen Theorie – *politics of narration* und eigenes Verständnis des Diskursfelds Kritische Theorie 71

1.1.3 Materialgrundlage und Vorgehen 79

1.2. Kritikkonzeption I: Kritik als Form von Aufklärung 82

1.2.1 Kontextualisierung: Zur Entstehung des Projektes einer 'kritischen Theorie' 82

1.2.2 Zur Methode der Kritik: Theorie als Form gesellschaftlicher Praxis 86

1.2.3 Zur Problem- und Gegenstandskonstruktion: Kritisches Verhalten wider die unmenschliche Praxis der Gesellschaft 89

1.2.4 Zum Verständnis des Wissenschafts-Politik-Verhältnisses: Die relative Entkopplung von Theorie und Praxis und die Politik der Intellektuellen 91

1.3 Kritikkonzeption II: Kritik als Kritik der Aufklärung 98

1.3.1 Kontextualisierung: Hintergrund und Grundzüge der „Dialektik der Aufklärung" 98

1.3.2 Zur Methode der Kritik: Reflexion und bestimmte Negation als „Geste aus Begriffen" 103

1.3.3 Zur Problem- und Gegenstandskonstruktion: Die Theorie der Herrschaft in der „Dialektik der Aufklärung" 107

1.3.4 Zum Verständnis des Wissenschafts-Politik-Verhältnisses: Die Einsamkeit der kritischen Intellektuellen und der Verlust des kritischen Subjekts 112

1.4 Zwischenbetrachtung: Kritik im Umbruch 117

1.4.1 Pessimismus vs. Optimismus als eine Frage von Theorie und Praxis. Kritische Theorie, SDS und 1968er-Protestbewegung 117

1.4.2 Pessimismus-Optimismus oder: Um-/Brüche in der Fortführung der Kritischen Theorie 122

1.5 Kritikkonzeption III: Rekonstruktive Kritik 128

1.5.1 Vorklärung und Kontextualisierung: Rekonstruktive Kritik im Kontext der Kritischen Theorie 128

1.5.2 Zur Methode der Kritik: Die Idee rekonstruktiver Wissenschaft 131

1.5.3 Zur Problem- und Gegenstandskonstruktion: Die Bezugnahme auf Vernunft und Rationalität 134

1.5.4 Zum Verständnis des Wissenschafts-Politik-Verhältnisses: Kritik als Therapie 144

1.6 Kritik und Politik in der Kritischen Theorie 151

2. Kritik und Politik in der feministischen Theorie 158

2.1 Einführung 158

2.1.1 Vom Primat des Politischen zur Entpolitisierung feministischer Kritik? 158

2.1.2 Zur feministischen Theoriegeschichte – *politics of narration* und eigenes Verständnis des Diskursfelds feministische Theorie 163

2.1.3 Materialgrundlage und Vorgehen 169

2.2 Kritikkonzeption I: Wider die androzentrische Halbierung der Moderne 171

2.2.1 Zur Methode der Kritik: Androzentrismuskritik als Demokratisierung von Kritik 171

2.2.2 Zur Problem- und Gegenstandskonstruktion: Die Ambivalenz der Moderne und die Ordnung der Geschlechter 187

2.2.3 Zum Verständnis des Wissenschafts-Politik-Verhältnisses: Wissenschaft als Politik mit anderen Mitteln? 197

2.3 Zwischenbetrachtung: Feministische Politik & Wissenschaft – erfolgreich gescheitert? 205

2.4 Kritikkonzeption II: Kritik als *politics of location* und Orientierung auf's Ganze 217

2.4.1 Zur Methode der Kritik: Die Dialektik von Besonderem und Allgemeinem – von der Prekarität zur Weiterentwicklung feministischer Kritik 218

2.4.2 Zur Problem- und Gegenstandskonstruktion: Es geht um's Ganze – feministische Zusammenhangsanalyse am Beispiel Postdemokratie 227

2.4.3 Zum Verständnis des Wissenschafts-Politik-Verhältnisses: *politics of location* und die Anerkennung der Eigenlogiken von Wissenschaft und Politik 234

2.5 Kritik und Politik in der feministischen Theorie 247

Teil D: Schluss: Kritik als demokratische Praxis 254

1 Wissenschaft und Politik im Spiegel der Kritikkonzeptionen 255

2 Zum politischen Gehalt der Kritikkonzeptionen Kritischer und feministischer Theorie 258

3 Ausblick: Anschlussstellen für ein Verständnis von Kritik als demokratischer Praxis 262

Literatur 272

Editorial der Reihenherausgeberinnen

Demokratie ist weniger ein festgefügtes Set von Institutionen und Regeln als ein ständiger Prozess der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung. Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen und ihrer politischen Verfasstheit ist eine unverzichtbare Bedingung der Möglichkeit von Demokratie auch im Sinn ihrer permanenten Demokratisierung. Umgekehrt bedarf kritische Wissenschaft der demokratischen Gewährleistung der Freiheit von Forschung und Lehre. Hinter dem wechselseitigen Zusammenhang zwischen Kritik und Demokratie verbirgt sich dennoch ein durchaus spannungsreiches Wechselverhältnis zwischen Politik und Wissenschaft, Macht und Wahrheit, das vor allem für solche Wissenschaftskonzeptionen eine besondere Brisanz entfaltet, die einem dezidiert gesellschaftskritischen Selbstverständnis verpflichtet sind und in diesem Sinn praktische Wirkungskraft beanspruchen. Schon seit einiger Zeit steht so verstandene kritische Wissenschaft unter verstärktem Druck: nicht nur dass sich das akademische Personaltableau im Zuge des Generationenwechsels an den Hochschulen und an einschlägigen Instituten zu ihren Ungunsten verschoben hat, der gesellschaftskritische Impetus von Wissenschaft ist auch harten Anfeindungen ausgesetzt. Ein Beispiel sind großangelegte, als streng wissenschaftlich etikettierte Kampagnen gegen „Genderismus" und „feministische Wissenschaft" an deutschsprachigen Hochschulen. Ein anderes ist die vorrangig in der Soziologie angesiedelte, aber auch darüber hinaus wirksame Debatte um den Paradigmenwechsel von der Sozialkritik zu einer dezidiert wert- und normfreien Soziologie der Kritik, die Kritik nur noch als Gegenstand der Wissenschaft und nicht mehr als ihre Aufgabe und ihren Anspruch betrachtet.

Vor diesem Hintergrund richtet sich der Fokus der von Tina Jung hier vorgelegten Untersuchung „Kritik als demokratische Praxis" auf „Strömungen des Denken und Handelns, die sich selbst als kritisch und von einem 'emanzipatorischen Interesse' (Jürgen Habermas, 1973) angeleitet verstehen" (S. 9). Sie geht dabei insbesondere der Frage nach, wie Kritische Theorie und feministische Wissenschaft sich selbst in ein kritisches und praktisches Verhältnis zur Gesellschaft bzw. zur Politik bringen, sowie ob und ggf. wie sie sich damit auch selbst als „demokratische Praxis" konstituieren. Tina Jung argumentiert aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive, die sie als Annäherung an eine „politische Theorie der Kritik" bzw. eine politische Theorie kritischer Wissenschaft ausbuchstabiert. Diese Perspektive reflektiert kritische Wissenschaft in ihrem Verhältnis zu der Gesellschaft, mit der sie sich befasst und in der sie stattfindet. Die politische Theorie der Kritik ist dabei in erster Linie nicht auf den Gegenstandsbezug der

Kritik (im Sinn eines Beitrags zur kritischen Theorie der Demokratie resp. der Politik) orientiert, sondern fragt ganz generell nach dem Selbstverständnis und der Qualität kritisch-feministischer Theorie als „demokratischer Praxis". Tina Jung rückt dabei drei Aspekte ins Zentrum: (1) das Verständnis von Wissenschaft und Politik (sowie ihres Verhältnis zueinander) in unterschiedlichen in Konzeptionen von Kritik bzw. kritischer Wissenschaft, (2) der politische Gehalt der Kritik und ihre demokratietheoretischen Implikationen; (3) folgt sie einem Verständnis von Kritik als demokratische Praxis auch in Bezug auf den inneren Modus und den Gegenstandsbezug von Kritik und kritischer Wissenschaft, die sich als „demokratische Praxis" gegen Autoritarismus und Paternalismus nach innen und außen positionieren muss bzw. – insoweit ist das von Tina Jung angestrebte Projekt einer politischen Theorie der Kritik selbst normativ demokratietheoretisch begründet – positionieren sollte.

Die erkenntnisleitende Fragestellung richtet sich weniger darauf, ob Kritik als eine Form, ein Forum, ein Feld demokratischer Praxis anzusehen ist, sondern vor allem in welcher Weise sie dies in ihr eigenes Selbstverständnis übersetzt und dem dann auch in ihren Methoden, in ihrer Problem- und Gegenstandskonstruktion sowie in ihrer Reflexion des Wissenschafts-Politik-Verhältnisses Rechnung trägt. Dabei wird gleichzeitig nach den konkreten, zeitgeschichtlichen Bedingungen und Konstellationen der Akzentuierung von Kritik als demokratischer Praxis wie auch der diesbezüglichen Wirkungsweise von Kritik gefragt. Hierzu werden innerhalb der Kritischen Theorie wie auch in der feministischen Theorie verschiedene Kritikmuster identifiziert und analysiert. Die Kritikkonzeptionen lassen sich jeweils in unterschiedlichen Phasen der jeweiligen Diskurse verorten, gleichzeitig handelt es sich dabei aber vor allem auch um unterschiedliche „Schichten" und Perspektiven der Kritik, die zum Teil auch zeitlich parallel verfolgt werden.

Tina Jung kann zeigen, dass sich im Gegensatz zur vorherrschenden Ansicht von einem politischen Defizit der älteren kritischen Theorie darin durchaus Anschlussmöglichkeiten für die Konstruktion von Kritik als demokratischer Praxis finden lassen. Explizit macht die jüngere kritische Theorie, die als rekonstruktive Kritik im Anschluss an Jürgen Habermas untersucht wird, die Demokratisierung der Demokratie zu ihrem wissenschaftlichen und politischen Anliegen. Gleichwohl attestiert Tina Jung auch und gerade dem Kritikmodell der jüngeren kritischen Theorie politische Defizite im Hinblick auf ihr Selbstverständnis als demokratischen Praxis. Als wegweisend für die Bewältigung gegenwärtiger Herausforderungen wissenschaftlicher Kritik erweist sich für sie insbesondere die feministische Theorie, die die Tradition der älteren Kritischen Theorie mit ihrer „Politik der engagierten Distanznahme" und das Projekt der

„Demokratisierung der Demokratie" unter grundlegend veränderten Bedingung kritisch fortführt und in die Strategie der „politics of location" überführt. Dabei verbindet sie den Blick auf's Ganze mit einer starken Akzentuierung der darin enthaltenen Ambivalenzen und Widersprüche.

Tina Jungs Arbeit ist eine wichtige Bereicherung der Theoriebildung kritisch-feministischer Wissenschaft im Sinn der Ausarbeitung einer politischen Theorie der Kritik, die nicht nur als Inspiration der Selbstreflektion eigenen Tuns als „demokratische Praxis" fungieren kann, sondern auch einen Beitrag zur Untermauerung der gesellschaftlichen Anerkennung und der wissenschaftlichen Beförderung von Kritik als einem unverzichtbaren Moment der Entwicklung und Qualifizierung von Demokratie leistet. Sie arbeitet überzeugend heraus, dass die politische Qualität von Kritik nicht (allein) durch den Gegenstandbezug von Wissenschaft auf unterschiedliche Facetten von „Politik" bestimmt wird, sondern (auch) durch den dabei zugrunde gelegten Begriff von Politik und das generell in kritischer Wissenschaft enthaltene Verständnis des Politischen. Auch die Nähe oder Distanz zur politischen Praxis sozialer Bewegungen ist kein hinreichendes Kriterium zur Beurteilung der politischen Qualität kritischer Wissenschaft, wohl aber der Fokus der Kritik auf die Entzifferung von Herrschaftsverhältnissen und die darin eingeschlossenen Bedingungen der Möglichkeit von Emanzipation.

Ingrid Kurz-Scherf
Anja Lieb
(Für die Herausgeberinnen)

Vorwort

Dieses Buch ist die überarbeitete und gekürzte Fassung meiner Dissertation, die ich im Oktober 2014 am Fachbereich 03 Philosophie und Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg eingereicht habe. Auf dem Weg von der ersten Forschungsidee zum vorliegenden Buch haben mich zahlreiche Menschen begleitet und unterstützt, denen ich an dieser Stelle herzlichst danken möchte.

Entstanden ist die Dissertation im Rahmen des interdisziplinären Promotionskollegs „Geschlechterverhältnisse im Spannungsfeld von Arbeit, Organisation und Demokratie", das von der Hans-Böckler-Stiftung und der Philipps-Universität Marburg getragen wurde. Hier habe ich nicht nur der Philipps-Universität Marburg als Geldgeberin meines Promotionsstipendiums zu danken, sondern auch meinen Mitstipendiat_innen sowie den Betreuer_innen des Kollegs. Im Besonderen gilt mein herzlicher Dank Ingrid Kurz-Scherf für die Erstbetreuung meiner Arbeit und für die langjährige Zusammenarbeit am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg. Während meiner Tätigkeit bei dem von Ingrid Kurz-Scherf geleiteten Forschungszusammenhang „GendA – Forschungs- und Kooperationsstelle Arbeit, Demokratie und Geschlecht" sowie während der Zeit als ihre wissenschaftliche Mitarbeiterin habe ich viele spannende, ermutigende und herausfordernde Anregungen erhalten, die auf die ein oder andere Weise Eingang in mein Promotionsprojekt gefunden haben. Auch habe ich Leo Bieling für die Zweitbegutachtung der Dissertation sowie Annette Henninger als drittem Mitglied der Prüfungskommission zu danken. Für viele inspirierende Hinweise und kritische Anmerkungen zu verschiedenen Textentwürfen sowie Ermunterung in Phasen des Zweifels habe ich überdies meinen Kolleg_innen aus dem von Ingrid Kurz-Scherf geleiteten Forschungskolloquium „Arbeit, Politik, Geschlecht" zu danken.

Neben der gemeinsamen Arbeit im Marburger Genderkolleg, bei GendA und im Forschungskolloquium haben mir weitere Personen in inhaltlichen Diskussionen und persönlichen Gesprächen Ideen, Anregungen und Zuspruch mit auf den Weg gegeben. Herzlicher Dank gebührt Anja Lieb für ihre klugen und konstruktiven Anmerkungen sowie ihre großzügige Bereitschaft, meine Promotion über verschiedene Phasen hinweg kritisch lesend und diskutierend zu begleiten. Ich verdanke ihr wichtige Rückmeldungen von der frühen Phase der Problemformulierung bis zur Erarbeitung einzelner Kapitel der Dissertation sowie hilfreiche und gründliche Überarbeitungshinweise für die Erstellung des Buchmanuskripts. Auch Bea Müller, Christian Brühl, Dominik Labitzke und Malte Meyer haben einzelne Kapitel mit mir diskutiert und mir wertvolle und

weiterführende Anregungen gegeben. Eva Berendsen, Christian Brühl, Dominik Labitzke, Marie Reusch, Stefan Schoppengerd und Guido Speckmann haben mich überdies bei der Korrektur der Dissertation unterstützt.

Während der Zeit meines Promotionsstipendiums sowie während der Überarbeitung der Dissertation zum vorliegenden Buch sind meine beiden Töchter zur Welt gekommen. Dominik Labitzke sowie meine Eltern Manuela und Werner Jung haben mir großen Rückhalt, Hilfsbereitschaft und Unterstützung auf dem Weg zwischen Kind(ern) und Promotion entgegengebracht. Dominik verdanke ich überdies die stete Erinnerung daran, die Dissertation auch einmal zu einem Ende zu bringen. Euch allen ein herzliches Dankeschön!

Teil A: Einleitung

1 Kritik im Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik. Problemaufriss und Fragestellung

Wissenschaft und Bildung gelten als Grundpfeiler demokratisch verfasster Gesellschaften. Der Zusammenhang zwischen der freien Entwicklung von Wissenschaft und der Abkehr von autoritären Politiksystemen ist ein zentraler Bestandteil jener Fortschrittshoffnung, die mit der europäischen Aufklärung verbunden ist (vgl. Faulstich 2011; Hagner 2012). Freie Wissenschaft, so die verbreitete Ansicht, kann sich nur unter Bedingungen der Demokratie entfalten, und umgekehrt soll Wissenschaft über die Bereitstellung von Expertise und Reflexionswissen, aber auch durch die Ausbildung von Fachpersonal die demokratische Entwicklung von Gesellschaften unterstützen.

Diese 'Hoffnung der Moderne' im Zusammenspiel von Wissenschaft und Demokratie bzw. allgemeiner formuliert von Wissenschaft und Gesellschaft ist jedoch vielfach gebrochen. Wissenschaft ist seit ihren Anfängen nicht nur an der Durchsetzung von Vernunft, sondern auch maßgeblich an der Produktion von Herrschaftswissen beteiligt, das nicht zuletzt in die Zivilisationskatastrophe von Auschwitz mündete. Herrschaftswissen kann sich in der Bereitstellung von bloß legitimatorischem Ordnungswissen, in der Bereitstellung von technologischem Verfügungswissen wie in der ideologischen, häufig naturrechtlich argumentierenden Absicherung von Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnissen zeigen. Die Wissensordnungen der Moderne sind somit zutiefst ambivalent: Sie sind einerseits der Boden, auf dem sich Befreiungsdiskurse und -praktiken formieren, sie konstituieren andererseits aber auch spezifische Gewalt- und Ausschlussformen. Ebenso sind die Hoffnungen auf die sozialtechnologische oder aufklärerische Indienstnahme von Wissenschaft im Sinne von sozio-politischen Planbarkeitsszenarien einer pragmatischen Ernüchterung gewichen (vgl. Beck/Bonß 1989).

Gleichwohl steigt im Kontext der sogenannten Wissensgesellschaft Wissen mehr denn je zu einer bedeutsamen Ressource auf und gilt als zentraler Motor gesellschaftlicher Entwicklung. Die Produktion wissenschaftlichen Wissens un-

terliegt dabei einem Wandel, der auch als Bedeutungsverlust der Hochschulen als traditionellem Ort gesellschaftlicher Wissensproduktion beschrieben wird. Zudem gerät die Wissensproduktion unter erheblichen ökonomischen Druck, sodass Formeln wie die von der Ökonomisierung der Wissenschaft oder vom akademischen Kapitalismus allgegenwärtig sind. Aber auch das Verhältnis von Wissenschaft und politischer Demokratie rückt im Kontext dieses Wandels wieder in den Blick. So wird in Politikprozessen verstärkt auf wissenschaftliche Expertise zurückgegriffen und in Regierungs- und Staatstätigkeit spielen Expert_innen- und Enquetekommissionen eine immer größere Rolle (vgl. u.a. Leggewie 2007). Diese Fundierung von (Regierungs-)Politik auf (wissenschaftlicher) Expertise soll Effizienz, Legitimität und Rationalität des Politikoutputs absichern. Allerdings ist damit auch die Schwächung von partizipatorischen Elementen im Verständnis von Demokratie sowie eine Entmachtung von demokratisch legitimierten Organen zu beobachten – was sich im Kontext der jüngsten Krisendynamiken in Form von techno- und expertokratische Tendenzen bemerkbar machte (vgl. Scheele 2012). Aus dieser Perspektive erscheint das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Demokratie nicht unbedingt als ein sich wechselseitig unterstützendes; Wissenschaft gerät vielmehr in ein Spannungsverhältnis zur politischen Demokratie, bei dem der praktische Einbezug von Wissenschaft in die Politik eben nicht gesellschaftliche *Aufklärung*, sondern Technokratie und Paternalismus befördern kann.

Dieses Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Demokratie zeigt sich nicht nur in der institutionellen Struktur des Einbezugs wissenschaftlicher Expertise, also z.B. in dem Umstand, dass parlamentarische Entscheidungsprozesse in informalisierte Hinterzimmerkommissionen verschoben werden. Es betrifft bereits, so der Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung, das wissenschaftliche Selbstverständnis im Verhältnis zur Praxis und die Formen von Theoriebildung selbst. Wissenschaft und Politik beruhen auf unterschiedlichen Funktionslogiken; sie sind zwar eng aufeinander bezogen und durchwirken sich gegenseitig, sind aber nicht identisch. Wissenschaft operiert im Modus von Wahrheit, Erkenntnis und argumentationslogischer Richtigkeit. Die Logik politischer Praxis mag zwar auch eine kognitive Komponente im Sinne gesellschaftlicher Selbstverständigung und politischer (Willens-)Bildungsprozesse aufweisen. Dennoch ist Politik von einer Logik geprägt, in der es vor allem um politisches Handeln und das Fällen von Entscheidungen geht, die ihrerseits in der Regel macht- oder interessenbasiert getroffen werden. (Real-)Demokratische Willensbildungsprozesse erfolgen in der Regel nicht durch wahrheitsorientierten Konsens, sondern werden durch Mehrheitsentscheide und unter spezifischen politischen Machtverhältnissen formiert. Umgekehrt, so die gängige Vorstellung, kann über Wahrheit nicht abgestimmt

werden; vielmehr wird die Produktion von als wahr geltendem Wissen durch wissenschaftsimmanente Gültigkeits- und Objektivitätskriterien gesichert. Wahrheit, so haben feministische und wissenschaftskritische Studien nachdrücklich plausibel gemacht, ist dabei zwar selbst vermachtet bzw. nicht ohne ideologische Verzerrungen zu denken (vgl. Holland-Cunz 2005; Singer 2005). Gleichwohl folgt Wahrheit aber auch nicht einer einfachen Standpunktlogik, bei der direkt von sozialer oder politischer Positionierung auf die jeweilige epistemische Positionierung geschlossen werden kann (vgl. Demirović 2004; Knapp 2013b).

Diese unterschiedlichen Modi, auf denen Wissenschaft und Politik beruhen, konstituieren ein Spannungsverhältnis. Aus der Art des Umgangs mit diesem Spannungsverhältnis resultieren wiederum spezifische politische Konsequenzen. In expertokratiekritischer Absicht hat etwa Michael Walzer in seinem Aufsatz „Philosophy and Democracy" (1981) das Argument vorgebracht, dass „ein bestimmter Typ politischer Philosophie [ ] philosophische Gültigkeit mit politischer Implementationsfähigkeit" verwechselt (Niesen 2007, 142). Auch Walzer insistiert darauf, dass Philosophie und Politik nach differenten Logiken funktionieren. Der zentrale Unterschied ist aus seiner Sicht der zwischen *Konklusion* (im Bereich des Philosophischen) und *Dezision* (im Bereich des Politischen). Wahrheit bemesse sich nicht in Mehrheitsverhältnissen, zumal demokratische Mehrheitsverhältnisse temporär, wechselnd und instabil sind. Dennoch herrscht, so Walzer, in der Philosophie ein objektivistisches Selbstverständnis, nach dem *theoretisch* erarbeitete Gerechtigkeitskonzepte mit dem Verweis auf ihre Wahrheit auch unmittelbar *praktische Geltung* beanspruchen – an der Frage demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse vorbei. Aus Walzers Sicht ist es geradezu demokratiegefährdend, dass der/die Philosoph_in in praktischer Absicht der Verwirklichung von Wahrheit „durch die demokratische Form des Gemeinwesens hindurch [greift], auf die Gestalt und den Inhalt, die Institutionen und Gesetze annehmen sollen" (ebd.). Für Walzer (1981) steht daher fest, dass es einen Vorrang der Demokratie gegenüber den wahrheitsfundierten Praxisansprüchen der Philosophie geben muss.

Auch Jürgen Habermas reflektiert in seinem Aufsatz „Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung" über die spezifische Rolle, die Wissenschaft in einer (politischen) Gesellschaft einnehmen kann und soll. Habermas verpflichtet Wissenschaft auf eine demokratisch organisierte Gesellschaft, kommt dabei aber zu einer anderen Konzeption des Verhältnisses von Wissenschaft und Demokratie als Walzer. Habermas unterscheidet zunächst ein dezisionistisches und ein technokratisches Modell des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik. Im dezisionistischen Modell wird zwischen der Funktion der/der Politiker_in und

des/der (wissenschaftlichen) Sachverständigen getrennt. Zwar bedient sich der/die Politiker_in „des technischen Wissens; aber die Praxis von Selbstbehauptung und Herrschaft verlangt darüber hinaus die interessierte Durchsetzung eines dezidierten Willens" (Habermas 1963/1969, 121). Diese politische Dezision bedarf auch nicht unbedingt einer rationalen Begründung zu ihrer Legitimation. Im technokratischen Modell indes verkehrt sich das Verhältnis zwischen Politiker_in und Sachverständigen. Die Politik wird hier „zum Vollzugsorgan einer wissenschaftlichen Intelligenz, die unter konkreten Umständen den Sachzwang der verfügbaren Techniken und Hilfsquellen sowie der optimalen Strategien und Steuerungsvorschriften entwickelt" (ebd., 122). Die Entscheidungstätigkeit der Politik sei hier „fiktiv" geworden, weil die (politische) Initiative auf „wissenschaftliche Analyse und technische Planung übergegangen ist" (ebd., 122f.). Beide Modelle sind aus Habermas' Sicht demokratiefeindlich: Sowohl die Legitimation von Führungspersonen, deren Entscheidungen unter Ausschluss von Öffentlichkeit gefällt werden, als auch die Verkürzung von Politik auf rationale Verwaltung können „nur um den Preis von Demokratie überhaupt gedacht werden" (ebd., 128). Daher stellt Habermas diesen zwei Modellen ein drittes, pragmatisches Modell gegenüber, das als einziges der Modelle auch notwendig auf Demokratie bezogen ist. Das pragmatische Modell geht von einem kritischen Wechselverhältnis zwischen Politiker_in und Sachverständigen aus, das von einer lebendigen Kommunikation lebt, bei der auch die Öffentlichkeit miteinbezogen ist: „Als mündig könnte sich eine verwissenschaftlichte Gesellschaft nur in dem Maße konstituieren, in dem Wissenschaft und Technik durch die Köpfe der Menschen hindurch mit der Lebenspraxis vermittelt würden" (ebd., 144).

Schon diese Skizzen aus der politischen Philosophie machen verschiedene Aspekte deutlich, die es für die Frage nach Kritik als demokratischer Praxis zu berücksichtigen gilt:

Erstens beruhen Politik und Wissenschaft, Wissenschaft und Demokratie nicht unbedingt auf den gleichen Logiken. Wenngleich die genauen Begriffsbedeutungen von Wissenschaft und Politik sowie das Verständnis von Demokratie in unterschiedlichen Ansätzen divergieren mögen, so scheint auf Seiten der Wissenschaft die Orientierung an Wahrheit, Richtigkeit und Rationalität von hoher Bedeutung, wohingegen Politik bzw. das Politische stärker mit Aspekten von Interessen, Macht, Willensbildungs-, Entscheidungs- und (Aus-)Handlungsprozessen sowie der Frage der Partizipation assoziiert ist. Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik ist durch eine wechselseitige Bezugnahme gekennzeichnet, die sich aufgrund der differenten Logiken von Wissenschaft und Politik als Spannungsverhältnis beschreiben lässt.

Zweitens geben die genannten Abhandlungen Hinweise darauf, dass es keineswegs beliebig ist, ob und inwieweit Wissenschaft eine Praxis in einer Demokratie ist bzw. ob und inwieweit sie normativ auf eine umfassende Demokratisierung von Gesellschaften hin orientiert ist. Es hat Konsequenzen für das wissenschaftliche bzw. theoretische Selbstverständnis, ob und wie dieser Aspekt reflektiert wird und welche politischen Gehalte Wissenschaft und Theoriebildung selbst aufweisen.

Drittens thematisieren sowohl Walzer als auch Habermas den Umstand, dass das Verhältnis von Wissenschaft und Politik bzw. Demokratie so angelegt sein kann, dass es sich positiv auf die Herausbildung einer mündigen Gesellschaft auswirkt. Im Verhältnis von Wissenschaft und Politik können aber auch autoritäre, paternalistische, technokratische, gewaltbasierte und damit letztlich demokratiefeindliche Momente enthalten sein, die der mündigen Gesellschaft diametral entgegengesetzt sind. Dabei sind schon im *theoretischen Selbstverständnis bzw. im jeweiligen Wissenschaftsverständnis* zumeist implizite, manchmal explizite Vorstellungen darüber enthalten, welchen praktisch-politischen Geltungsanspruch die von der Theorie erarbeiteten Erkenntnisse haben (sollen). Hier ist von Relevanz, ob und inwieweit theoretische Ansätze schon auf der Ebene ihrer inneren Funktionslogiken (und nicht erst auf der Ebene ihrer Anwendung) für sich selbst den normativen Anspruch vollziehen, demokratiefeindliche Elemente (wie oben skizziert) zu meiden.

Obwohl also davon ausgegangen werden kann, dass auf Seiten der Wissenschaft selbst Vorstellungen über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik insbesondere im Sinne eines wie auch immer gearteten Praktischwerdens von Wissenschaft zu finden sind, werden die damit verbundenen politik- und demokratietheoretischen Implikationen nicht oder nur selten explizit zum Gegenstand wissenschaftstheoretischer (Selbst-)Reflexion (vgl. hierzu auch Greven 2005). Dabei wäre insbesondere von der Politikwissenschaft ein diesbezüglicher Beitrag zu erwarten, der die Beziehungen zwischen (Politik-)Wissenschaft und Politik erhellt und selbstkritisch reflektiert – zumal gerade die Disziplin Politikwissenschaft traditionell ein besonderes Verhältnis zur Demokratie pflegt.

Politikwissenschaft wurde im Vergleich zu anderen Disziplinen erst relativ spät, nämlich als Teil der *reeducation* nach dem 2. Weltkrieg, als eigenständiges Fach gegründet und zunächst mit einem „demokratiepädagogische[n] Bildungs- und Integrationsauftrag" (Offe 2005, 9; zit.n. Niesen 2007, 138) versehen. Politikwissenschaft war so dezidiert einem Selbstverständnis als *Demokratiewissenschaft* verpflichtet. Zwar ist eine *thematisch* enge Bindung an Demokratie, demokratisches Regieren und demokratische Institutionen im Fach nach wie vor gegeben und wird sogar in vielen Profilbildungsprozessen politikwissenschaftlicher In-

stitute vorangetrieben. Diese eher gegenständliche Orientierung an Demokratie ist jedoch nicht zwangsläufig mit dem tradierten normativen Selbstverständnis von Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft verkoppelt; letzteres gilt in Teilen des Fachs sogar eher als „unattraktiv" (Niesen 2007, 138). Im *mainstream* der Politikwissenschaft hat sich vielmehr ein Selbstverständnis als empiristisch-positivistische Sozialwissenschaft etabliert, die Politikwissenschaft keineswegs als „Politische Wissenschaft" im Sinne eines normativen Auftrags zur demokratischen Bildung oder gar als „Wissenschaftliche Politik"[1] im Sinne einer Gestaltung der politischen zur sozialen Demokratie verstanden wissen will. Von Seiten einer sich eher *kritisch-feministisch* verstehenden Politikwissenschaft hingegen steht die Orientierung auf Demokratie nicht selten unter dem Verdacht der Affirmation der westlich-bürgerlichen, kapitalistischen und androzentrischen Demokratie; die Rolle von kritischer Politikwissenschaft wird häufig in der Geste dezidierter Abgrenzung und Ablehnung zur Realdemokratie bestimmt; weniger werden die eigene Rolle in Institutionen, Prozessen und Akteur_innenkonstellationen der gegebenen politischen und demokratischen Verhältnisse und die daraus resultierenden Herausforderungen an das eigene Selbstverständnis als kritische Wissenschaft reflektiert (als Ausnahme vgl. v.a. Holland-Cunz 2005).

Gleichwohl lässt sich nicht über den Umstand hinwegtäuschen, dass Wissenschaft eine (politische) Tätigkeit in der Gesellschaft ist – und Wissenschaft damit nicht losgelöst von politischen und demokratischen Fragen zu denken ist. Selbst diejenigen Wissenschaftsvarianten, die die liberale (Real-)Demokratie mit guten Gründen als Post- bzw. Androkratie kritisieren, verwerfen doch in der Regel nicht die mit der Idee der Demokratie verbundene Vorstellung eines umfassenden gesellschaftlichen Selbstgestaltungsanspruchs. Vielmehr beschreiben sie sich häufig als die radikaleren Demokratietheorien, die die Bedingungen und Formen von politischer Urteilskraft, individueller und kollektiver Autonomie, Gleichheit und Solidarität im Sinne einer „Demokratie als Lebensform" (vgl. u.a. Lieb 2009a; Negt 2011) reflektieren wie auch einfordern.

Insofern ist das oben skizzierte (demokratie-)politische Problem im Verhältnis von Wissenschaft und Demokratie zwar für alle Formen von Wissenschaft und Theoriebildung von Bedeutung. Allerdings zeigt es sich als besondere Herausforderung gerade für die Strömungen des Denkens und Handelns, die sich selbst als *kritisch* und von einem „emanzipatorischen Interesse" (Jürgen Habermas 1973)

1 So die frühere Bezeichnung des von Wolfgang Abendroth geleiteten Marburger Instituts für Politikwissenschaft.

angeleitet verstehen und am Anspruch festhalten, praxisrelevant zu sein und dergestalt wirksam zu werden.[2]

Kritische Gesellschaftstheorien positionieren sich auf spezifische Weise in dem Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik: Sie sind wissenschaftlich, insofern sie methodisch abgesichert analysieren und systematisch Sinnzusammenhänge herstellen. Sie sind aber auch dezidiert politisch, weil sie auf eine praktische Veränderung der gegebenen Wirklichkeit abzielen. Kritische Theorietraditionen eint, dass sie sich der gesellschaftlichen Realität eben nicht unter der Maßgabe einer ordnungstheoretischen Perspektive zuwenden, indem sie etwa nach den Bedingungen und Möglichkeiten einer guten Herrschaft oder guten Regierung fragen (vgl. Steinert 2007). Kritisches Nachdenken über die Gesellschaft ist vielmehr von der Absicht geprägt, deren Herrschaftsförmigkeit aufzudecken, kritisch zu reflektieren und Möglichkeiten von Emanzipation präsent zu halten – um Herrschaft zu überwinden statt zu verbessern. Kritische Wissenschaft steht somit in einer spezifischen, nämlich auf Veränderung zielenden Beziehung zur Gesellschaft. Denn Kritik, so lässt sich ganz allgemein festhalten, eröffnet den Horizont eines möglichen Andersseins und strebt damit auch nach einer Veränderung zu Gunsten dieses Andersseins. Das bedeutet, dass Kritik immer schon auf ihr Praktischwerden zielt und damit selbst bereits eine spezifische Praxis darstellt. Die Art und Weise, wie sich kritische Gesellschaftstheorien in ein Verhältnis zur Gesellschaft setzen und wie sie sich im Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik positionieren, spiegelt sich, so die Ausgangsannahme der vorliegenden Arbeit, im jeweils zugrunde gelegten *Kritikverständnis*. Im Kritikbegriff verdichtet sich gewissermaßen das Spannungs- wie wechselseitige Bezugsverhältnis von Wissenschaft und Politik, Theorie und Praxis:

Zunächst lässt sich recht allgemein festhalten, dass Kritik auch noch im Modus von Denken und Theoriebildung eine Form von Praxis ist. Bei Theodor W. Adorno etwa findet sich folgende Beschreibung: „Betrifft Denken irgend etwas, worauf es ankommt, so setzt es allemal einen, wie sehr auch dem Denken verborgenen praktischen Impuls. Der allein denkt, welcher das je Gegebene nicht passiv hinnehmen will“ (Adorno 2003, 765). Dass auch Wissenschaft einen praktisch-politischen Charakter hat, haben insbesondere Feministinnen deutlich herausgearbeitet. Der Zusammenhang von Kritik und Praxis ist allerdings erheblich komplizierter als es bei der Feststellung zu belassen, Theorie oder Wissenschaft sei eine Form

2 Ich folge hier einem weiten Begriff von kritischer Gesellschaftstheorie, der verschiedenste Ansätze, Strömungen und Schulen z.B. des Feminismus, Marxismus, der Kritischen Theorie, des Poststrukturalismus, Queer Theory u.a. umfasst.

von Praxis. Denn nicht nur betont auch Adorno, dass Theorie gerade durch ihre *Differenz* zur Praxis „als dem unmittelbare[m], situationsgebundene[m] Handeln, durch Verselbständigung also, [...] zur verändernden, praktischen Produktivkraft [wird]" (ebd.). Es lässt sich außerdem konstatieren, dass die praktische Veränderung, die von kritischer Gesellschaftstheorie angestrebt wird, in der Regel auf eine Veränderung gesellschaftlicher Strukturen, Funktionslogiken und Sichtweisen abzielt – und damit auf etwas, das nicht unmittelbar mit Theoriebildung zusammenfällt bzw. mit Theorie identisch ist. Zwischen der Theorie bzw. dem/der sie artikulierenden kritischen Intellektuellen einerseits und den anderen Gesellschaftsmitgliedern andererseits besteht ein Unterschied, der nicht zuletzt die Trennung von Kopf- und Handarbeit tangiert. Die Praxis, die hier gemeint ist, ist offenkundig weniger die Praxis der theoretischen Kritik, sondern die *politische Praxis*, die Kritik nach sich zieht, eine verändernde Praxis, die alle Menschen betrifft und möglichst kollektiv (und nicht nur von kritischen Theoretiker_innen) angeeignet wird.

Spätestens hier deutet sich an, was (nicht nur) in kritischen Gesellschaftstheorien als das Vermittlungs- bzw. Überbrückungsproblem von Theorie und Praxis diskutiert wird. Ohne an dieser Stelle hinreichend auf diese komplexe Diskussion eingehen zu können, sei doch auf einige Aspekte verwiesen, die Georg Vobruba (2013) im Zusammenhang mit der Entwicklung von Kritik beschreibt und die für den hiesigen Kontext wichtig sind. Demnach lag der Sinn von Kritik historisch gesehen zunächst in der Rekonstruktion eines alten überlieferten Textes, dessen Wahrheit erschlossen werden sollte. Ab dem 16. Jahrhundert jedoch sind zwei eng miteinander verwobene Prozesse der Entwicklung von Kritik zu beobachten, nämlich erstens ein Prozess der „Ausdehnung der Domäne der Kritik" (Vobruba 2013, 149ff.). Dieser basiert auf dem Gedanken, „dass Kritik nicht nur eine philosophische Angelegenheit ist, sondern alle betrifft und darum Praxis nach sich zieht" (ebd., 150). Zweitens ist damit ein Prozess der „Ausweitung der Trägerschaft von Kritik" (ebd.) verbunden, da mit der Ausdehnung der Domäne der Kritik als nunmehr politische Tätigkeit ebenfalls sichtbar wurde, dass eben nicht nur Theoretiker_innen Akteure von Kritik sind. Auf der Ebene der Theoriebildung hat maßgeblich Karl Marx mit dem traditionellen Theorieverständnis gebrochen und die Hinwendung der Theorie auf die Menschen (nicht nur auf andere Philosoph_innen und Theoretiker_innen) vollzogen. Von hier an stellen kritische Gesellschaftstheorien eine spezifische Form von Kritik dar; sie sind einerseits als Theorie mit der Sphäre der Wissenschaft verbunden, richten sich aber zugleich oder sogar zuvorderst an eine außerwissenschaftliche Praxis. Dies hat auch Folgen für den/die kritische Theoretiker_in, der/die fortan eine „prekäre

Stellung zwischen traditionalem Wahrheitsanspruch und gesellschaftlichem Selbstgestaltungsanspruch in der Moderne" innehat (Vobruba 2013, 152).

Es ist diese spannungsreiche und prekäre Position zwischen Wissenschaft und Politik, die auch und gerade für sich kritisch verstehende Wissenschaftsvarianten aus politik- und demokratietheoretischer Sicht so bedeutsam ist. Sich selbst als kritisch verstehende Traditionen und Milieus mögen zwar explizit in einem weiten, radikalen und umfassenden Sinne der Herausbildung einer mündigen, solidarischen, emanzipatorischen Gesellschaft verpflichtet sein. Gleichwohl sind sie vor dem Hintergrund des Spannungsverhältnisses von Wissenschaft und Politik selbst nicht immer frei von Anmaßungen, Bevormundungen und Besserwissereien bis hin zu handfesten Autoritarismen unterschiedlichster Couleur.

Die Philosophin Maeve Cooke (2005, 2009) hat sich explizit mit Autoritarismus und Paternalismus in kritischen Gesellschaftstheorien beschäftigt. Sie unterscheidet zwischen einem politischen Autoritarismus (wie er etwa dem Kommunismus und Faschismus vorgeworfen werde) und einem theoretischen Autoritarismus, der mit dem politischen „eng verschwistert" sei (Cooke 2009, 122). Beispiele für einen theoretischen Autoritarismus sieht sie auf folgenden Ebenen: a) Theorien sind demnach autoritär, wenn die von ihr artikulierten Werte, Ziele und Anschauungen von den subjektiven Einsichten der Menschen abgekoppelt werden; b) wenn nur einer bestimmten Gruppe von Menschen ein privilegierter Erkenntnisstandpunkt bzw. die alleinige Möglichkeit zur Wahrheitseinsicht zugesprochen wird und/oder wenn c) Theorien mit einem finalen, ahistorisch und abgeschlossenen Begriff von Erkenntnis arbeiten. Als Beispiel für c) nennt Cooke den Erkenntnisbegriff des jungen Marx, insofern den Einsichten in die Missstände des Kapitalismus eine „absolute Gültigkeit zugeschrieben [wird], die der historische Prozess selbst verbürgt" (ebd., 123). Daran wird deutlich, dass Tendenzen zum Autoritarismus nicht erst durch deren vermeintlich oder tatsächlich falsche Umsetzung oder Anwendung von Theorien entstehen (vgl. hierzu auch die Auseinandersetzung von E.P. Thompson mit dem „Elend der Theorie", 1980). Folgerichtig plädiert Cooke mit Blick auf die Fundierung gegenwärtiger kritischer Gesellschaftstheorien für einen nicht-autoritären Begriff von Kritik (vgl. Cooke 2009).

Während Cooke allerdings die Rationalität der Gesellschaftskritik in den Vordergrund rückt, wird in der vorliegenden Arbeit der Blick auf die politik- und demokratietheoretischen Implikationen von Kritik gelenkt. In der vorliegenden Arbeit wird die Annahme vertreten, dass die Frage nach Autoritarismus in kritischen Gesellschaftstheorien nicht nur als philosophisches Problem, sondern als politisches, demokratierelevantes Problem zu begreifen ist. Gerade angesichts

des herrschaftskritischen, radikaldemokratischen Selbstanspruchs kritischer Gesellschaftstheorien ist zu erwarten, dass sie auch hinsichtlich ihrer Vorstellungen und Ansprüche an das politisches Praktischwerden darüber reflektieren, wie kritische Praxis als radikal demokratisierende Praxis in einer Gesellschaft auszubuchstabieren ist. Dabei gehe ich davon aus, dass zur Verhinderung von Autoritarismen in kritischen Theorien reflektiert werden muss, dass und wie Kritik auch noch in Form kritischer Theorien eine politische Tätigkeit ist. Als solche wäre auch nach den Konturen von Kritik als demokratischer Praxis zu fragen – nämlich insofern, als kritische Theorien sich nicht nur hinsichtlich ihrer Ziele, sondern auch ihrer inneren Logiken nach reflexiv mit Herrschaftsabbau und umfassender Demokratisierung beschäftigen sollten.

Wenn ich im Folgenden von Kritik als demokratischer Praxis statt von einem Begriff der nicht-autoritären Kritik spreche, so ist damit allerdings noch kein fertiges inhaltliches Konzept angesprochen, das heißt, in der vorliegenden Arbeit wird kein eigenständiger Ansatz mit dem Namen „Kritik als demokratische Praxis" vorgestellt. Vielmehr dient diese Formel der Strukturierung der umrissenen Problem- und Forschungsperspektive auf kritische Gesellschaftstheorien, die die Vermeidung von Autoritarismus und Paternalismus bzw. umgekehrt die Orientierung auf eine mündige Gesellschaft in radikaldemokratisierender Absicht explizit aus einer politik- und demokratietheoretischen Sichtweise thematisiert und an das Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik zurückbindet. Kritik als demokratische Praxis zu konkretisieren, soll einerseits dazu dienen, die Grundannahme zu artikulieren, dass die Art und Weise, wie Wissenschaft sich (qua Selbstverständnis) in ein Verhältnis zur Gesellschaft bzw. zur Politik setzt, selbst schon politisch ist – und demokratierelevant. Ziel ist es, diese politik- und demokratietheoretischen Implikationen, die schon im jeweiligen Selbstverständnis von (kritischen) Wissenschaftsvarianten angelegt sind, zunächst einmal zu bergen. Gefragt wird *am Beispiel Kritischer Theorie und feministischer Theorie*, *wie kritische Gesellschaftstheorien sich im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik positionieren bzw. wie sie Bezug auf Wissenschaft und Politik nehmen*. Es interessiert also, *welchen politischen Gehalt die Kritikkonzeptionen kritischer Gesellschaftstheorien* aufweisen.

Selbstverständlich erschöpft sich die Frage nach dem Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik keineswegs im Selbstverständnis und den eigenen Relevanzkonstruktionen von Wissenschaft. Gleichwohl steht im Folgenden vor allem die *theorieimmanente Konstruktion von Kritik* in unterschiedlichen Ansätzen kritischer Gesellschaftstheorien im Vordergrund.

2 Zum Ansatz einer politischen Theorie der Kritik. Forschungsperspektive

Wie oben skizziert, umreißt die Rede von Kritik als demokratischer Praxis zunächst vor allem eine Problem- und Fragestellung, keinen konzeptionell ausgereiften Vorschlag zur Re-Formulierung eines theoretischen Kritikverständnisses. Zwar wird abschließend durchaus die Frage aufgeworfen, welche Ansätze und Potentiale sich für die Weiterentwicklung von Kritik ergeben. Das Hauptanliegen der Arbeit besteht allerdings zunächst darin, eine bestimmte Forschungsperspektive zu etablieren und am Gegenstand Kritischer Theorie und feministischer Theorie zu erproben. Ziel ist es, a) die politische Dimension im Verhältnis von Wissenschaft und Politik, Theorie und Praxis überhaupt sichtbar und zum expliziten Gegenstand kritischen (politiktheoretischen) Nachdenkens zu machen und b) den normativen politischen Gehalt der untersuchten Kritikkonzepte im Verhältnis von Wissenschaft und Politik zu reflektieren.

Im Kontext von kritischen Gesellschaftstheorien ist man allerdings mit spezifischen politik- und demokratietheoretischen Leerstellen konfrontiert. Die Thematisierungsweisen der politisch-praktischen Implikationen von Kritik, zumal dezidiert im Kontext des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik, sind in der Debatte um kritische Gesellschaftstheorien selbst marginalisiert bzw. auf eine bestimmte Weise kanalisiert worden.

Der Diskurs um kritische Gesellschaftstheorien war und ist stark geprägt von Rechtfertigungs- bzw. Normenbegründungsfragen. Dies hat nicht nur die Verschiebung zu philosophisch-erkenntnistheoretischen Fragen weiter vorangetrieben, sondern auch bestimmte Problemkomplexe eher an den Rand gedrängt – und zwar zuvorderst solche, die sich mit den politiktheoretischen Dimensionen von Kritik oder der Relation von Wissenschaft und Politik beschäftigen. Im Vordergrund der Kritikdebatten stand und steht der Anspruch an Gesellschaftskritik, „normative Kriterien [zu formulieren], an denen gemessen gesellschaftliche Verhältnisse als ungerecht, illegitim und unmenschlich beurteilt werden können. [ ] Diese Normen müssen sich allerdings *zuvor* in einem Verfahren der Normenbegründung als legitim, das ist der herrschenden Vorstellung nach vor allem als universell gültig, ausgewiesen haben“ (Maihofer 2013, 168). Nicht nur die Maßgabe der Rechtfertigungspraxis von Kritik ist zum hegemonialen Topos geworden (und wird z.B. als eines der wesentlichen Unterscheidungsmerkmale verschiedener Varianten von Kritik eingeführt, vgl. Iser 2011); damit einhergehend werden vor allem Aspekte der Rationalität von Gesellschaftskritik in den Vordergrund gerückt, die ihrerseits mit dem epistemischen Rahmen wis-

senschaftlicher Begründungs- und Geltungsmuster (im Sinne philosophisch gerechtfertigter Normen) assoziiert sind. Geschwächt werden damit einerseits die irrationalistischen, imaginativ-utopischen Elemente von Gesellschaftskritik; andererseits stellt der Kritikdiskurs damit selbst „eine Aura normativer Gewissheit und 'Reinheit'/'Unberührtheit' (von Macht und Politik)" her, die die jeweilige normative Präferenz als „immer auch *politische Entscheidung* innerhalb spezifischer Macht- und Kräfteverhältnisse" (Maihofer 2013, 170; Hervorh. T.J.) unkenntlich werden lässt.

Auch Georg Vobruba (2013) kritisiert, dass im Kontext der aktuellen Debatten um Gesellschaftskritik das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, Theorie und Praxis, Idee und Handeln häufig verdeckt bleibt. Die Schlüsse, die er daraus zieht, weisen allerdings in eine Richtung, der hier nicht gefolgt werden soll: Vobruba plädiert nämlich im Anschluss an die französische, vor allem mit dem Namen Luc Boltanski verbundene „Soziologie der Gesellschaftskritik" für einen gänzlichen Rückzug kritischer Gesellschaftstheorien aus der Praxis der Kritik. Nicht Teilnahme, sondern Beobachtung von Kritik; nicht Entwurf kritischer Maßstäbe, sondern empirische Untersuchung von Kritik sei das Geschäft jener Wissenschaft, die sich mit Gesellschaftskritik verdingt (vgl. Vobruba 2013). Ansatzpunkt der hier vorliegenden Arbeit ist demgegenüber, umgekehrt den politischen Gehalt kritischer Gesellschaftstheorien als Formen demokratischer Praxis sichtbar und stark zu machen.

Die Beschäftigung mit den politischen Dimensionen von kritischer Theoriebildung führt dabei geradewegs in den Kernbereich der Politikwissenschaft. Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, zumal mit der Perspektive auf sich als kritisch verstehende Wissenschaftsvarianten, wird bislang allerdings auch innerhalb der Politikwissenschaft (von wenigen Ausnahmen abgesehen, vgl. u.a. Holland-Cunz 2005) nicht hinreichend thematisiert. Die Frage nach Kritik und Politik in Gesellschaftstheorien markiert eher einen toten Winkel zumindest der *mainstream*-Politikwissenschaft. Diese Blindstelle ist in der disziplinären Struktur und der inhaltlichen Ausrichtung des Fachs begründet und macht es notwendig, sich überhaupt erst Grundlagen für die Entwicklung einer politikwissenschaftlichen Forschungsperspektive zu erarbeiten. Nachfolgend werden zunächst die hier relevanten Defizite der *mainstream*-Politikwissenschaft skizziert und anschließend Vorschläge gemacht, wie eine auf Kritik als demokratische Praxis ausgerichtete Forschungsperspektive zu etablieren ist.

(1) *Das Verhältnis von (Politik-)Wissenschaft und Politik als blinder Fleck der Politikwissenschaft*

Von der Politikwissenschaft wäre – da sie sich als spezifisch auf die Politik gerichtete Wissenschaft versteht – im Besonderen zu erwarten, dass sie Auskunft über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik sowie über die ihr eigene Rolle in dieser Beziehung geben kann. Dies allerdings setzt eine (Selbst-)Reflexivität über die Beziehungen zwischen Politik und (Politik-)Wissenschaft voraus, die nicht zum Kernbestand der *mainstream*-Politikwissenschaft gehört. In einer Abhandlung über die Politikwissenschaft kommt Michael Th. Greven zu dem Schluss, dass es keine politikwissenschaftlichen Theorien gibt, „die dem Verhältnis von Politikwissenschaft und Politik im Sinne von politischer Praxis einen systematischen Stellenwert einräumen" (Greven 2005, 17). Mit anderen Worten: Die *mainstream*-Politikwissenschaft verfügt da über einen blinden Fleck, wo es um die Beziehungen zwischen (Politik-)Wissenschaft und Politik und um den politischen Gehalt von (politik-)wissenschaftlichen Theorien geht – und damit um genau jenen Bereich, der im Zentrum der vorliegenden Arbeit steht.

(2) *Gesellschaftskritik und kritische Gesellschaftstheorien als blinder Fleck der Politikwissenschaft*

Zu der Relation von Politik und Wissenschaft tritt in der vorliegenden Arbeit überdies noch ein drittes Element, nämlich Kritik. Zweifellos konnten sich zwar auch kritische Ansätze in der Politikwissenschaft in bestimmten Teilbereichen oder an bestimmten Standorten bzw. Politikinstituten ihren Platz erobern. Die Politikwissenschaft insgesamt galt und gilt allerdings innerhalb der Geistes- und Sozialwissenschaften als eher konservatives Fach; kritische Ansätze haben sich sehr viel stärker vor allem in der Soziologie entfalten können. Deutlich wird dies etwa an der Verspätung, mit der feministische Ansätze überhaupt erst in die Disziplin Politikwissenschaft eingedrungen sind (vgl. Sauer 2001). Dies hat seine Gründe u.a. in der (maskulinen) Struktur des Fachs bzw. in seiner dominanten Ausrichtung als empiristische, problemlösungsorientierte *policy science* (Greven 2008; 2005; 2003). Die Praxis der Gesellschaftskritik gehört nicht zum Gegenstandsbereich der dominanten Formen von Politikwissenschaft. Der Rekurs auf (Gesellschafts-)Kritik legt somit eine zweite Blindstelle der Politikwissenschaft offen: Weder folgt die *mainstream*-Politikwissenschaft einem Verständnis kritischer Politikwissenschaft (vgl. dazu Greven 2008); noch ist die Praxis der Gesellschaftskritik (in Wissenschaft und Politik) ein Gegenstand des Objektbereichs der *mainstream*-Politikwissenschaft.

(3) *Verkürzter Politikbegriff*
Die *mainstream*-Politikwissenschaft operiert mit einem verengten Politikbegriff, der Politik vornehmlich als regierendes oder administratives Problemlösungshandeln begreift, „was eine Thematisierung anderer 'Dimensionen des Politischen' von vorne herein ausschließt, oder anders gesagt, was bestimmte Formen von Praxis gar nicht mehr als 'politisch' erscheinen lässt" (Greven 2005, 17). Damit einher geht eine Orientierung auf politische Eliten und klassische politische Akteure wie Parteien. Dagegen werden auch und gerade die politischen Anteile kritischer Gesellschaftstheorien und mithin die politische und demokratierelevante Rolle von Wissenschaft generell ausgeblendet.

Dieses dreifache Defizit der *mainstream*-Politikwissenschaft ist der Grund dafür, dass kaum Ansätze für eine Forschungsperspektive vorliegen, die die politischen Implikationen und Strategien von kritischen Gesellschaftstheorien als Formen demokratischer Praxis im Besonderen erhellen könnten. Um das hier verfolgte Vorhaben realisieren zu können, müssen daher erste Grundlagen für eine solche Forschungsperspektive erarbeitet werden. Dazu wird auf verschiedene Ansätze zurückgegriffen, die miteinander in Verbindung gebracht werden, um die blinden Flecken der Politikwissenschaft zu überwinden.

Ad 1) Es wird auf ein reformuliertes Verständnis von politischer Theorie als Demokratiewissenschaft zurückgegriffen. Dies soll es ermöglichen, den Zusammenhang von Politik und Wissenschaft reflexiv in den Blick zu nehmen. Peter Niesen (2007) entziffert drei Ebenen, auf denen politische Theoriebildung in einen Zusammenhang mit Demokratie gesetzt wird: erstens eine thematische Orientierung auf Demokratie als Gegenstand politischer Theorie und zweitens eine praktische Orientierung „im Sinne einer abstrakten [ ] Pro-Einstellung zur Demokratie" (Niesen 2007, 141). Diese wird im vorliegenden Zusammenhang erweitert und im Sinne eines emanzipatorischen Interesses an einer weitergehenden, umfassenden Demokratisierung von Gesellschaft verstanden. Und drittens gebe es eine Bedeutung von politischer Theorie als Demokratiewissenschaft, die sich auf „ein Bewusstsein einer reflexiven Beziehung von Politikwissenschaft und Demokratie gründet" (ebd.). Anders formuliert zielt dieser Ansatz auf die „interne Beziehung zwischen Politikwissenschaft und Demokratie" (142), die auch für politische Theoriebildung als Konsequenz beinhaltet, sich Rechenschaft darüber abzulegen, „dass es für ihre Praxis einen Unterschied macht, dass sie in einer demokratischen Gesellschaft betrieben wird" (ebd.).

Ad 2) Daraus ergibt sich aber auch eine Erweiterung bzw. Korrektur des Selbstverständnisses der Politikwissenschaft im Zugriff auf ihren Gegenstand bzw. Dimensionen des Politischen – ein Zugriff, der es erlaubt, Kritik (als demokratisch

relevante Praxis) in den Gegenstands- wie aber auch in den Aufgabenbereich der Politikwissenschaft zu integrieren. Hierfür wird in Anlehnung an Greven (2008) ein kritisches Verständnis von Politikwissenschaft zugrunde gelegt. Kritische Politikwissenschaft bezeichnet dabei keinen einheitlichen Ansatz, unterscheidet sich aber vom *mainstream* der Politikwissenschaft: Kritische Politikwissenschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sie ein historisches Verständnis ihres Gegenstandes hat und kritische Politikwissenschaft begreift sich selbst insoweit als kritische Gesellschaftstheorie, als Politik nicht „isoliert von den sie ermöglichenden und bedingenden gesellschaftlichen Reproduktionsprozessen" (Greven 2008, 10) verstanden werden kann.

Ad 3) Und nicht zuletzt geht kritische Politikwissenschaft von einem weiten, komplexen und mehrdimensionalen Politik- und Demokratiebegriff aus. Dieser wird in Teil B eingehender erläutert; an dieser Stelle kann aber allgemein festgehalten werden, dass Politik und Demokratie auch und insbesondere hinsichtlich der darin enthaltenen Anteile von Herrschaft und Emanzipation in den Blick kommen und dabei über das Verständnis des S*tatus quo* der Sphäre der offiziellen Politik und Realdemokratie hinausgehen. Anknüpfend an das „Unbehagen an der Demokratietheorie" (vgl. Buchstein/Jörke 2003) wird hier mit der Verwendung des Begriffs Demokratie eine Grundintention vertreten, die sowohl eine Kritik der gegenwärtig androzentrisch und postdemokratisch verkürzten Demokratie umschließt als auch im Sinne einer „Um-Positionierung in der Verwendung des Demokratiebegriffs [ ] an das Versprechen der Demokratie [erinnert]" (Buchstein/Jörke 2003, 492) und Demokratie stärker als Handlungsbegriff fasst.

Um die hier vertretene Forschungsperspektive auf Kritik zu verdeutlichen, soll diese – in Abgrenzung zu einer kritischen Theorie der Politik – als Ansatz einer politischen Theorie der Kritik beschrieben werden.[3] Die unterschiedliche Akzentsetzung in der Frageperspektive kann am Beispiel der Kritischen Theorie gezeigt werden: Die Annahme, dass die Kritische Theorie ein politisches Defizit aufweist, lässt sich in zwei Varianten ausbuchstabieren: Verschiedentlich wurde angemerkt, dass die ältere Kritische Theorie keine oder eine nicht systematisch entwickelte *kritische Theorie der Politik* hat, das heißt, Staat, Demokratie oder politisches Handeln nicht hinreichend als Gegenstände der Theoriebildung auftreten bzw. vergleichsweise schwach rezipiert würden (vgl. Greven 1994). Diese

3 Wiewohl eine solche Perspektive nicht ausschließt, auch nach Aspekten einer kritischen Theorie der Politik zu fragen. An dieser Stelle dient diese Unterscheidung zuvorderst dazu, die spezifische Akzentsetzung der hier vertretenen Forschungsperspektive zu betonen.

Dimension der Diskussion um ein politisches Defizit der Kritischen Theorie soll hier allerdings nicht ausschließlich im Zentrum stehen. Es geht nicht in erster Linie um die *politiktheoretischen Inhalte* von kritischen Gesellschaftstheorien, also z.B. die Frage danach, welche unterschiedlichen Staatskonzeptionen jeweils vorhanden sind. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit geht es darum, eine Perspektive zu etablieren, die nach Ansätzen einer *politischen Theorie der Kritik* fragt. Das heißt, es geht um eine Perspektive, die kritische Gesellschaftstheorie zum Inhalt hat, diese in ihrem Verhältnis zur Gesellschaft bzw. zu Demokratie reflektiert und nach dem *politischen Gehalt von Kritikkonzeptionen* fragt.

Damit unterscheidet sich diese Perspektive auch maßgeblich von dem Projekt einer „Soziologie der Kritik", wie sie u.a. von Georg Vobruba (2013) im Anschluss an Luc Boltanski favorisiert wird. Während die Soziologie der Kritik sich explizit nicht (mehr) als Teilnehmerin an der Praxis der Kritik begreift, sondern lediglich eine neutral-beobachtende Funktion einnehmen will, versteht sich die hier verfolgte Forschungsperspektive explizit als politisch. Kritische Politikwissenschaft nimmt Politik unter der Perspektive erweiterter Teilhabe und der Demokratisierung der Demokratie in den Blick – und zwar mit einer *normativen Parteilichkeit* zu Gunsten dieser.

3 Kritik und Politik in Kritischer Theorie und feministischer Theorie. Gegenstand, Thesen und Vorgehen

Meine forschungsleitenden Fragen lassen sich nun wie folgt zusammenfassen: Wie bringen sich kritische Gesellschaftstheorien selbst in ein kritisches und praktisches Verhältnis zur Gesellschaft? Ob und inwieweit konstituieren sie sich dabei als Formen demokratischer Praxis? Welche Anregungen, Potentiale, aber auch Probleme zeigen sich dabei?

Um diesen Fragen nachzugehen, werden nachfolgend exemplarisch Texte der Kritischen Theorie und der feministischen Theorie zum Gegenstand der Untersuchung gemacht. Wichtig für die Auswahl dieser beiden Untersuchungsgegenstände waren zum einen methodische Aspekte: In beiden Theorieströmungen wird vergleichsweise intensiv über das Verhältnis von Theorie und Praxis, Wissenschaft und Politik diskutiert; und es finden sich in beiden Strömungen Texte, die wissenschaftsprogrammatischen Charakter aufweisen. Dies ist wichtig, weil mir in der vorliegenden Arbeit an der Untersuchung *der wissenschafts- bzw. theorieseitigen Vorstellungen, Selbstbilder und Reflexionen* über das jeweils zugrunde gelegte Verständnis von Kritik und das darin angelegte Verhältnis von

Wissenschaft und Politik gelegen ist. Dabei war es eine Herausforderung, dass zur Untersuchung vieler Kritikkonzeptionen nicht auf einzelne herausragende und im jeweiligen Diskurs als gemeinsamer programmatischer Bezugspunkt anerkannte Texte zurückgegriffen werden konnte, sondern – analog zur Vielstimmigkeit der jeweiligen Kritikdiskurse – mit einem heterogenen Textkorpus gearbeitet werden musste. Bei der Auswahl des zugrunde gelegten Materials ging es, auch das sei an dieser Stelle explizit vorweggenommen, nicht darum, eine möglichst umfassende, alle Teilströmungen einzelner Kritikansätze berücksichtigende und repräsentierende Klassifizierung von Kritikkonzepten zu erstellen. Die Auswahl des Materialkorpus war vielmehr problemorientiert und bezog sich darauf, dass in bestimmten Texten besonders wichtig scheinende Aspekte und Facetten von Kritik deutlich wurden. Die Entscheidung darüber, warum dieser und nicht jener Text als Grundlage der Analyse genommen wurde, bleibt so letztlich immer angreifbar; allerdings erhebt meine Analyse auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder gar Repräsentativität für *die* Kritische Theorie oder *die* feministische Theorie. Sie versteht sich vielmehr als problemorientierte Aufbereitung verschiedener Dimensionen von Kritik und Politik in kritischen Gesellschaftstheorien, die Einsichten, Anregungen und Denkanstöße zu Potentialen, Problemen und Perspektiven von Kritik als demokratischer Praxis beitragen sollen.

Für die Auswahl der beiden Theorierichtungen Kritische Theorie und feministische Theorie waren aber vor allem auch inhaltliche Aspekte ausschlaggebend. Beide Ansätze stehen jeweils für eine wichtige, vergleichsweise erfolgreiche Strömung im Feld kritischer Gesellschaftstheorien. Die Kritische Theorie der Frankfurter Schule ist nicht nur innerhalb wissenschaftlicher oder theoretischer Diskurse, sondern auch über die Grenzen des philosophisch-sozialwissenschaftlichen Betriebs hinaus berühmt. Den damit verbundenen Autoren – allen voran die beiden zentralen Figuren Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, aber auch Herbert Marcuse – wird mittlerweile ein bedeutender Einfluss auf die Entwicklung der Bundesrepublik zugestanden. Die Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule wird gar als „intellektuelle Gründung der Bundesrepublik" (Albrecht et al. 1999) gewürdigt. Das Jahr des 100. Geburtstags von Theodor W. Adorno wurde zum Adorno-Jahr ausgerufen, in dem eine unüberschaubare Vielfalt an Aktivitäten (von Publikationen über Ausstellungen, Diskussionsveranstaltungen und Vorträge) rund um Adorno und die Frankfurter Schule entfaltet wurde. Dem Umstand, dass die Kritische Theorie in periodisch wiederkehrenden Abständen tot gesagt wird (vgl. Demirović 2004) – ein Schicksal, das die Kritische Theorie im Übrigen mit dem Schicksal des Feminismus teilt (vgl. Hark 2009) –, stehen eine ganze Reihe an wissenschaftlichen Publikationen gegenüber, die

auf die Aktualität bzw. Aktualisierung der Kritischen Theorie abstellen (vgl. u.a. Bonß 2003; Demirović 2012; Gruschka/Oevermann 2004; Knapp 1999b; Schmid Noerr 1997; Steinert 2007; Winter/Zima 2007). Die Kritische Theorie der Frankfurter Schule hat, so lässt sich daran ablesen, nach wie vor eine große Ausstrahlungskraft, mit der sich der Nimbus einer besonders elaborierten Version von kritischem Denken verbindet. Die Arbeiten, die im Kreis der Frankfurter Schule entstanden sind, wirken als Stichwortgeber, Referenz- und Abgrenzungsfolien bei den unterschiedlichsten theoretischen Strömungen und haben auf höchst vielfältige Weise eine kritische Wiederaneignung erfahren.

Die feministische Theorie ist eine historisch jüngere Theorieströmung, die im Kontext der Neuen Frauenbewegung Anfang der 1970er Jahre entstanden ist. Trotz dieser historisch kürzeren Zeitspanne gilt auch feministische Theorie als Ansatz, dessen Intentionen und Befunde im Sinne ihrer Popularisierung als hoch erfolgreich und einflussreich beschrieben werden können. Die Kategorie *Gender* ist zu einem wichtigen Bezugspunkt in Wissenschaft und Politik geworden, und feministische Wissenschaft hat sich zu einem kaum noch überschaubaren, hoch spezialisierten Lehr-, Forschungs- und Studienfeld entwickelt, in das unterschiedliche gesellschaftliche Erfahrungen und unterschiedliche theoretische Impulse einfließen.

Neben den Gemeinsamkeiten lassen sich aber auch wichtige Differenzen zwischen den beiden Theorieströmungen finden, die inhaltlich und methodisch für den hier interessierenden Kontext aufschlussreich sind. Dies betrifft zum einen die Differenzen a) in der historischen Verortung der beiden kritischen Theorieansätze, die Auswirkungen auch auf das jeweilige Verständnis von Kritik haben; zum anderen sind es b) die inhaltlichen, politik- und demokratietheoretischen Implikationen des Kritikverständnisses, die eine für die Untersuchung vielversprechende Kontrastfolie darstellen.

Ad a) Sowohl in der Analyse der Kritischen Theorie wie auch in der Analyse der feministischen Theorie ist zu erkennen, dass und wie beide Theorieströmungen nicht nur Teil des gesellschaftlichen Wandels sind. Sie reflektieren diesen auch kritisch und stellen ihre jeweiligen Kritikstrategien mit Blick auf die veränderten Bedingungen der Möglichkeit von (theoretischer) Kritik sowie den veränderten Referenzbezügen (z.B. hinsichtlich der sozialen Bewegungen, auf die sie Bezug nehmen) um. Kritische Theoriebildung wird dabei als eine Form der (widerständigen) Verarbeitung gesellschaftlicher Erfahrung begriffen. Dies ermöglicht auch, Kritische Theorie und feministische Theorie als eigenständige Reflexionsformen von jeweils höchst differenten gesellschaftlichen Erfahrungshorizonten wahrzunehmen: Kritische Theorie hat sich ab den 1920er Jahren in der Ausei-

nandersetzung mit zeitgenössischer materialistischer Theoriebildung formiert und verarbeitet die Erfahrungen der Niederlage der Arbeiter_innenbewegung, des Faschismus, des Holocausts und des Stalinismus sowie die Erfahrung von Konformismus und Autoritarismus auch noch in den jungen westlichen Demokratien. Feministische Theorie hingegen ist ab den 1970er Jahren im Kontext der Neuen Frauenbewegung entstanden – entstammt also den gesellschaftlichen Erfahrungen einer emanzipatorischen Befreiungsbewegung nach Auschwitz. Die von feministischer Theorie artikulierte radikale Gesellschafts- und Wissenschaftskritik formierte sich vor dem Hintergrund kollektiver Unterordnung, Fremdbestimmung und patriarchaler Ideologien, aber eben auch „angesichts der emanzipatorischen Aufbruchstimmung und der vielfältigen Aktivitäten der Frauenbewegung" (Knapp 2014, 138).

Nicht nur der Erfahrungsgebundenheit von Theorien ist also Rechnung zu tragen. Kritische Gesellschaftstheorien nehmen in unterschiedlicher Weise Bezug auf Politik und Wissenschaft bzw. buchstabieren das Verhältnis von Politik und Wissenschaft auf unterschiedliche Weise aus. Darüber verändert sich der politische Charakter von Theorien; und der politische Charakter von Theorien hat umgekehrt, so zeigen die gängigen Erzählungen über Kritische Theorie und feministische Theorie, auch Implikationen dafür, ob und inwieweit eine Theorie als kritisch gilt: Die Zuschreibung etwa, feministische Theorie sei entpolitisiert, impliziert zuvorderst, dass ihr der radikal herrschaftskritische Impetus abhanden gekommen sei (vgl. u.a. Hornung/Gümen/Weilandt 2001). So gesehen stehen also im Feld der Wissenschaft bzw. der Theoriebildung die jeweiligen Konzepte von Kritik und Politik in einem Zusammenhang.

Ad b) Folgt man den gängigen Darstellungen der Entwicklung der Theoriegeschichte(n) dieser beiden Ansätze, so spielen bei deren Einschätzung jeweils die Faktoren Kritik und Politik eine immens wichtige Rolle – allerdings in entgegengesetzter Form: Den gängigen Einschätzungen über die *Kritische Theorie* zufolge ist deren Kritikkonzeption von einem *politischen Defizit* geprägt – ein Defizit, das von der jüngeren Kritischen Theorie bearbeitet werde. Folgt man hingegen den „Zerfallsnarrativen" (vgl. Möser 2013, 272ff.) in den (Selbst-) Erzählungen der *feministischen Theorie*, so hat diese eine gegensätzliche Entwicklung durchlaufen: Ehemals von einem starken politischen Anspruch, gar einem *Primat des Politischen* gegenüber dem Wissenschaftlichen geprägt, habe sich feministische Kritik im Zuge ihrer Akademisierung, Institutionalisierung und Professionalisierung entpolitisiert. Ob und inwieweit diese Beschreibungen der Entwicklung Kritischer Theorie und feministischer Theorie mit Blick auf ihre Konzeption einer Politik der Kritik zutreffend sind, wird in Teil C dieser

Arbeit eingehender diskutiert. Ich versuche hier darzulegen, dass die politischen Gehalte sowohl der Kritischen Theorie als auch die der feministischen Theorie erheblich komplexer sind, als dies die genannten Beschreibungen nahelegen. Vor diesem Hintergrund plädiere ich dafür, dass die gängigen Einschätzungen über das politische Defizit der Kritischen Theorie (bzw. dessen Bearbeitung durch die von Jürgen Habermas eingeleitete rekonstruktive Wende der Kritik) als auch die gängigen Einschätzungen über den Zerfall feministischer Kritik (als Entwicklung von einem politischen Primat zur Entpolitisierung feministischer Wissenschaft) präzisiert werden müssen.

Im Falle der älteren *Kritischen Theorie* zeigt sich zwar, dass sie keine im engeren Sinne politische Theorie aufzuweisen hat. Insbesondere die in der Dialektik der Aufklärung zum Tragen kommende Kritikkonzeption steht für eine Haltung der Verweigerung und der Distanznahme von der politischen Praxis. Auch können unter den Bedingungen des Faschismus keine emanzipatorischen Kräfte mehr entziffert werden; Theorie kann und soll unter diesen Umständen nicht mehr anschlussfähig für Praxis sein. Dies sind einige Facetten, die üblicherweise angeführt werden, um das sog. politische Defizit der älteren Kritischen Theorie zu belegen. Daneben und darüber hinaus zeigt sich aber auf einer anderen, stärker den Modus und die Performanz der Theorie betreffenden Ebene – die als ebenso relevant für die Einschätzung des politischen Gehalts von Kritik gelten muss –, dass die ältere Kritische Theorie nicht nur die wissenschaftstheoretischen Grundlagen gelegt hat, um Wissenschaft und Theoriebildung systematisch als eine politische Tätigkeit zu begreifen; sie konstituiert auch selbst eine politische Praxis. Die Kritikkonzeption der älteren Kritischen Theorie weist einen politischen Gehalt auf, der sich als *Politik der kritischen Distanznahme* beschreiben lässt. Diese hat nicht zuletzt – trotz oder gerade wegen der erklärten Abstinenz zur verfassten Politik und der Verweigerungshaltung insbesondere im Kontext der 1968er-Protestbewegung – eine enorme gesellschaftliche Wirkkraft entfaltet. Der Abwesenheit einer dezidiert politik- oder emanzipationstheoretischen Fundierung der älteren Kritischen Theorie einerseits steht also ein ausgeprägtes Verständnis von Theorie als politischer Tätigkeit andererseits gegenüber.

Doch nicht nur die ältere Kritische Theorie ist hinsichtlich des politischen Gehalts ihres Kritikverständnisses deutlich ambivalenter zu beurteilen, als dies für gewöhnlich nahe gelegt wird. Gleiches gilt für diejenige Version der neueren Kritischen Theorie, die genau diese in der älteren Kritischen Theorie ausgemachten Aporien der Kritik überwinden will: nämlich diejenigen Ansätze, die als rekonstruktive Kritik bezeichnet werden. Dabei ist es wichtig zu berücksichtigen, dass der Ansatz rekonstruktiver Kritik keineswegs die einzige Variante der Fort-

führung der Kritischen Theorie ist. Wie noch eingehender gezeigt werden wird, ist das Feld Kritische Theorie nicht erst, aber insbesondere seit der sogenannten zweiten Generation inhaltlich wie personell erheblich diversifiziert. Rekonstruktive Kritik ist hier nur *ein* Ansatz. Mit rekonstruktiver Kritik ist zuvorderst das Anliegen benannt, Vernunftpotentiale in der Lebenswelt zu rekonstruieren und so den Maßstab der Kritik ausweisen zu können (d.h., dass Kritik sich auf Maßstäbe beruft, die bereits in der gesellschaftlichen Praxis – wie verschüttet auch immer – angelegt sind). Rekonstruktive Kritik erhebt den Anspruch, die normativen Grundlagen der Kritischen Theorie zu klären und ihr damit zugleich ein stabiles Fundament zu geben; ein Fundament, das die ältere Kritische Theorie spätestens mit der Kritikkonzeption in der „Dialektik der Aufklärung" verlassen habe. Dabei beansprucht rekonstruktive Kritik, überhistorische und überkulturelle Anlagen von Vernunft entziffern zu können und objektives Wissen generieren zu können. Hier tritt sie ein Stück weit hinter die dezidiert politische Positionierung der älteren Kritischen Theorie zurück; Kritik erscheint so nicht mehr als unabgeschlossen, historisch veränderbar und als offen für Widersprüche. Darüber hinaus aber sind die emanzipationstheoretischen Aspekte und – vor allem in der Fassung von Jürgen Habermas – die genuin politik- und demokratietheoretischen Anteile in der Kritikkonzeption maßgeblich gestärkt. Kritik wird auf eine Kritik der Blockaden und Hemmnisse von Demokratie und herrschaftsfreien Verständigungsverhältnissen verpflichtet. Diese politische Pointe wird allerdings insofern widersprüchlich, als dem ein Ideal von Demokratie und dem politischen Prozess gegenüber steht, das jene Momente des Politischen zu unterschätzen droht, die sich als gesellschaftliche Antagonismen, Differenz und Pluralität zeigen.

Beide hier untersuchten Ausschnitte der Kritischen Theorie, sowohl die ältere als auch die jüngere, sind also hinsichtlich ihres politischen Gehalts weitaus vielschichtiger und mitunter widersprüchlicher, als dies die gängigen Darstellungen nahelegen. Sie weisen auch auf unterschiedlichen Ebenen unterschiedliche Stärken und Schwächen auf, die für die Frage nach Kritik als demokratischer Praxis weiterführend sind.

Wie steht es demgegenüber um die *feministische Theorie*? Wie plausibel ist hier die unterstellte Entwicklungslinie vom politischen Primat zur Entpolitisierung feministischer Wissenschaft?

Um mich den äußerst heterogenen und vielstimmigen Debatten feministischer Theorie zu nähern, habe ich zwei wechselseitig aufeinander bezogene und sich bedingende Schichten feministischer Kritik unterschieden: nämlich Kritik als „Kritik der androzentrischen Halbierung der Moderne" und „Kritik als *politics of*

location und Orientierung auf's Ganze". Zunächst ist es wichtig festzustellen, dass feministische Wissenschaft in den Jahren ihrer Entstehung und ihres Aufbruchs von einem genuin politischen Impuls getragen war und sich selbst als durchaus revolutionär verstanden hat – revolutionär in dem Sinne, dass die männliche Wissenschaft wie auch die patriarchale Gesellschaftsordnung radikal verändert werden sollten. Wissenschaft wurde explizit als Teil eines politischen Kampfes verstanden, als Arena feministischer Auseinandersetzungen wie aber auch als Forum und Ausgangspunkt für demokratisierende Praxen. Aktuelle feministische Wissenschaftsvarianten gelten demgegenüber häufig als entpolitisiert. Tatsächlich findet in der feministischen Debatte eine recht intensive Reflexion über die gewünschten und unerwünschten Nebenwirkungen des Erfolgs feministischer Wissenschaft statt: Mit der Institutionalisierung und relativen Verbreitung genderorientierter Studien- und Forschungsfelder findet zweifellos nicht nur ein *feminist turn* der herrschenden Wissenschaft, sondern auch ein *academic turn* feministischer Wissenschaft statt, der zugleich als Verlust einer lebendigen Verbindung zu Frauenbewegungen beschrieben wird. Der radikale politische Impetus scheint einer (je nach Lesart) karriereorientierten oder durch die Mühlen des Wissenschaftsbetriebs zerriebenen An- und Einpassung in den herrschenden akademischen Betrieb gewichen; der enge Nexus zwischen Wissenschaft und Politik im Feminismus scheint solchen Ansätzen gewichen, die vor allem die Differenzen und Eigenlogiken zwischen Wissenschaft und Politik betonen.

Auch hier möchte ich für eine mehrschichtige Beurteilung des politischen Gehalts der feministischen Kritikkonzeptionen plädieren. Ich möchte zeigen, dass sich der politische Charakter feministischer Kritikkonzeptionen nicht im Aspekt der Nähe zu sozialen Bewegungen und unmittelbar praktischer Anschlussfähigkeit an feministische Politikstrategien erschöpft. Vielmehr hält feministische Theorieproduktion komplexe Kritikkonzeptionen bereit, die sowohl in den älteren wie auch den neueren Ansätzen einen starken politischen Impetus haben und die Veränderungen in der feministischen Konstellation zwischen Wissenschaft, Bewegung und Politik reflektieren. Zwar finden sich vor allem in jüngeren Entwürfen feministischer Wissenschaft deutliche Abkehrbewegungen von einem Verständnis von feministischer Wissenschaft als einer Form feministischer Politik. Damit wird jedoch nicht der politische Charakter von Wissenschaft geleugnet, sondern es wird vielmehr nach neuen Formen gesucht, wie das Verhältnis von feministischer Wissenschaft und Politik nicht-hierarchisch aufeinander bezogen sein kann – ohne die Ebene von Kritik mit der Ebene unmittelbarer Anschlussfähigkeit von Theorie für Praxis kurzzuschließen. Feministisches Denken und Handeln ist nicht davor gefeit, Macht- und Herrschaftsmuster zu

reproduzieren, gegen die sie sich eigentlich wenden will. Feministische Theoriebildung zeigt sich aber in ihrer Geschichte als fähig, selbstkritisch die eigenen Verstrickungen in die vorherrschenden Entwicklungen von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft zu reflektieren. Welche Konsequenzen daraus gezogen werden, ist freilich eine andere Frage. Vielversprechend scheinen aber Ansätze, die die machtkritische *politics of location* mit Referenzbezügen zu frühen feministischen Diskussionslinien verbinden und feministische Kritik als Geschlechter-, und Gesellschaftskritik etablieren.

Auf der Basis der Befunde meiner Untersuchung lassen sich abschließend Anschlussstellen für ein Verständnis von Kritik als demokratischer Praxis entziffern. Hierzu zählen u.a. die Anerkennung der aporetischen Grundlagen von Kritik, der systematische, dabei aber mehrschichtige und komplexe Ausweis von kritischer Theoriebildung als eine Form politischer Tätigkeit, die gleichwohl ihre Differenz zur (außertheoretischen) politischen Praxis reflektieren muss und sich in ein enthierarchisiertes Verhältnnis zu dieser setzt; eine macht- und herrschaftskritische Selbstreflexivität, die auch die eigenen Verstrickungen in die Verhältnisse, die verändert werden sollen, im Blick behält und (politische) Verantwortung dafür übernimmt; die Ermöglichung von Dissens und Widerspruch auch schon im Modus der Theoriebildung, ohne darüber die Orientierung an einer geteilten Wahrheit, die noch das Abgespaltene zu berücksichtigen sucht, aufzugeben; der Anspruch, auf's Ganze zu gehen und hierzu die Perspektive auf eine umfassende Geschlechter- und Gesellschaftskritik zu stärken sowie die Ausbildung einer Ambivalenztoleranz, die – geschult an der Analyse von Geschlechterverhältnissen – den Blick für Herrschafts- *und* Emanzipationsbewegungen offen zu halten vermag.

Zunächst einmal werden in Teil B die begrifflichen und methodischen Grundlagen der Untersuchung geklärt. Dazu wird in die Begriffe Kritik (Abschnitt 1)‘ Wissenschaft (Abschnitt 2) und Politik (Abschnitt 3) eingeführt. Hierfür wird der jeweilige Forschungsstand skizziert und die daraus resultierenden Einsichten jeweils in ein Arbeitsverständnis von Kritik, Politik und Wissenschaft transferiert. Im Anschluss daran wird in Abschnitt 4 das Forschungsdesign weiter ausgearbeitet, indem konkrete Analyseebenen und -fragen entwickelt und methodische Vorannahmen expliziert werden. Die erkenntnisleitende Fragestellung wird auf der Basis des in Teil B entwickelten Untersuchungsdesigns sodann am Beispiel von zwei Theorietraditionen verfolgt. In Teil C werden exemplarisch die Kritische Theorie (Abschnitt 1) und die feministische Theorie (Abschnitt 2) Gegenstand der Analyse des politischen Gehalts von Kritikkonzeptionen.

Beide Theorieströmungen werden jeweils für sich – also im Rahmen der eigenen theoriegeschichtlichen Entwicklung – nachvollzogen. Bei beiden wird das gleiche analytische Verfahren angelegt: Der Analyse vorangestellt ist jeweils eine Einführung (Abschnitt 1.1 für die Kritische Theorie und Abschnitt 2.1 für die feministische Theorie). Dieser folgt die Darstellung der einzelnen Kritikkonzeptionen, die innerhalb der betreffenden Theorie entziffert werden konnten. Im Fall der Kritischen Theorie handelt es sich um drei verschiedene Kritikkonzeptionen, nämlich „Kritik als Form von Aufklärung" (Abschnitt 1.2), „Kritik als Kritik der Aufklärung" (Abschnitt 1.3) sowie „rekonstruktive Kritik" (Abschnitt 1.5). In der feministischen Theorie wurden zwei Kritikkonzeptionen entziffert, nämlich „Wider die androzentrische Halbierung der Moderne" (Abschnitt 2.2) und „Kritik als *politics of location* und Orientierung auf's Ganze'" (Abschnitt 2.4). Diese Kritikkonzeptionen werden jeweils entlang von Analysedimensionen untersucht, die eingehend in Teil B entwickelt werden. Die Analyse bezieht sich auf 1) die Methode der Kritik, 2) die Problem- und Gegenstandskonstruktion sowie 3) das Verständnis des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik. Die Analyseebenen stellen jeweils auch die Gliederungsabschnitte der Einzeldarstellungen der Kritikkonzeptionen dar.

Gerahmt werden diese Einzelanalysen der Kritikkonzeptionen durch Erläuterungen, die die Kritikkonzepte in ihre jeweiligen (theorie-)politischen, institutionellen und historischen Entwicklungszusammenhänge einbetten. Sowohl im Kapitel zur Kritischen Theorie als auch im Kapitel zur feministischen Theorie findet sich dabei ein eigenständiger Abschnitt, der mit „Zwischenbetrachtungen" betitelt ist. In diesem Abschnitt werden historische, theoriepolitische, gesellschaftlich-politische Kontexte erläutert, die für die weitere Entwicklung der jeweiligen Theorie und der damit verbundenen Kritikkonzeption besonders wichtig sind. Im Fall der Kritischen Theorie wird im Abschnitt „Zwischenbetrachtung: Kritik im Umbruch" (Abschnitt 1.4) das Verhältnis der ersten Generation der Kritischen Theorie einerseits zur Ende der 1960er Jahre entstehenden Protestbewegung und zum SDS dargestellt und andererseits zur Nachfolgegeneration anhand von akademischen Schüler_innen, die ab den 1960er Jahren eigene Pfade der Kritikkonzeption einschlagen. Im Fall der feministischen Theorie handelt der Abschnitt „Zwischenbetrachtung" (Abschnitt 1.3) vom „erfolgreichen Scheitern" feministischer Politik und Wissenschaft. Hier wird zum einen die Entwicklung nachgezeichnet, die insbesondere feministische Wissenschaft, aber auch andere Praxisformen des Feminismus (wie Frauenbewegung und Frauen- und Gleichstellungspolitik) seit den 1970er Jahren bis in die Gegenwart durchlaufen haben. Zum anderen wird gezeigt, dass und wie sich darüber auch die Referenzbezüge

feministischer Wissenschaft verändert haben. Im Besonderen werden hier jene Reflexionen eine Rolle spielen, die die Vereinnahmung bzw. Desartikulation feministischer Kritik thematisieren.

Die Analyse des politischen Gehalts der Kritikkonzeptionen von Kritischer Theorie und feministischer Theorie wird jeweils durch ein Fazit abgeschlossen. Gegenstand dieses Fazits sind die aus der Analyse gewonnenen Befunde, die auf die gängigen Einschätzungen über den jeweiligen politischen Gehalt der beiden Theorieströmungen kritisch rückbezogen werden. Dabei zeigt sich, dass die Beurteilungen zum politischen Gehalt beider Theorieströmungen präzisiert, korrigiert oder revidiert werden müssen.

Teil D stellt das Schlusskapitel der Untersuchung dar. Im ersten Abschnitt des Schlusskapitels werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Verständnis von Wissenschaft und Politik, wie es sich in den untersuchten Kritikkonzeptionen finden lässt, erörtert. Anschließend werden die politischen Gehalte der Kritischen Theorie und der feministischen Theorie rekapituliert und daraus Rückschlüsse für Forschung über kritische Gesellschaftstheorien gezogen. Abschließend werden Anschlussstellen für ein Verständnis von Kritik als demokratischer Praxis, wie sie in den untersuchten Kritikkonzeptionen angelegt sind, diskutiert.

Teil B: Begriffliche und methodische Grundlagen

Im folgenden Kapitel werden zunächst einige begriffliche und methodische Grundlagen erarbeitet. Dazu gehört, eine Annäherung an das Verständnis der drei Zentralbegriffe Kritik, Wissenschaft (und Theorie) sowie Politik zu vollziehen. Dies stellt zugleich die Basis für einige methodische Weichenstellungen und die Entwicklung des Analyserasters dar. Nach den begrifflichen, am aktuellen Forschungsstand ausgerichteten Annäherungen an Kritik (Abschnitt 1), Wissenschaft (Abschnitt 2) und Politik (Abschnitt 3) wird in Abschnitt 4 das Untersuchungsdesign näher vorgestellt.

1 Kritik – oder: Wirklichkeit und wie es anders wäre

Der Begriff Kritik stammt vom griechischen Verb *krinein* ab, was so viel heißt wie (ab-)sondern, (unter-)scheiden und (be-)urteilen. Kritik ist so gesehen eine Praxis des Urteilens bzw. der urteilenden Feststellung von Differenzen. Die Beurteilung der Differenz bezieht sich dabei (im Modus des Erkennens) entlang der Dimensionen von wahr/unwahr, zutreffend/unzutreffend oder (im Modus des Handelns) entlang der Dimensionen von gut/schlecht oder angemessen/unangemessen (vgl. Bonß 2003; Wesche 2009).

Kritik bezieht sich dabei immer auf einen unterstellten Gegensatz „von tatsächlicher und behaupteter bzw. von faktischer und von möglicher Wirklichkeit. Wer kritisiert, trifft immer ein Urteil über das Verhältnis von beschriebenen und wirklichen Wirklichkeiten“ (Bonß 2003, 367). Relevant ist dabei, dass auch die wirklichen Wirklichkeiten noch als *Handlungswirklichkeiten* aufgefasst werden (vgl. ebd.) – das heißt, Kritik bezieht sich auf die Aspekte der Wirklichkeit, die menschlichem Handeln zugänglich und damit auch *veränderbar* sind. Kritik hat also einen *praktischen Kern*, weil sie auf Veränderung abzielt. Die Art der von der Kritik festgestellten Differenzen, die Art des Praxisbezugs von Kritik und das Ziel der beabsichtigten Veränderung jedoch sind durchaus sehr unterschiedlich.

Empirische Kritik betont, dass die gegebene Beschreibung der Wirklichkeit faktisch nicht stimmt oder zumindest nicht angemessen ist (etwa indem wesentliche Aspekte der Wirklichkeit ausgeblendet werden). *Immanente Kritik* weist darauf hin, dass „die beschriebene Realitätsstruktur in sich inkonsistent ist bzw. (Neben-)Folgen zeitigt, die den Strukturprinzipien widersprechen oder sie außer Kraft setzen" (Bonß 2003, 368). *Normative Kritik* hingegen nimmt einen Standpunkt ein, der darauf hinweist, dass die beschriebene Realität nicht so ist, wie sie sein sollte oder sein könnte: „Die (schlechte) Wirklichkeit wird aus der Perspektive eines (wie auch immer begründeten) *möglichen Andersseins* kritisiert" (ebd., Hrvg.i.O.). Diese verschiedenen Formen der Kritik lassen sich nicht immer trennscharf unterscheiden; auch lässt sich einwenden, dass jede Form von Kritik immer insofern normativ ist, als sie sich notwendig auf die Kontrastfolie möglichen Andersseins bezieht. Normative Elemente werden allerdings von den Kritikkonzeptionen etwa des kritischen Rationalismus abgelehnt; während Gesellschaftskritik im hier verstandenen Sinne sich immer als normativ versteht. Allerdings ist auch hier zu unterscheiden, ob die Vorstellungen einer anderen oder besseren Wirklichkeit idealistisch gegen die schlechte Wirklichkeit in Anschlag gebracht werden, oder ob und inwieweit die geäußerte Kritik erfahrungsbezogen und aus einer realitätsbezogenen Auseinandersetzung heraus begründet ist.

Für den vorliegenden Zusammenhang ist es also wichtig, den Gegenstand etwas näher einzugrenzen. Im Zentrum der Untersuchung steht, so lässt sich zunächst einmal sagen, eine bestimmte Auffassung von Kritik, nämlich Kritik verstanden als *Gesellschaftskritik*. Was aber lässt sich unter Gesellschaftskritik in einem ersten, allgemeinen Sinn verstehen? Michael Walzer definiert den Begriff der Gesellschaftskritik wie folgt:

> „'Gesellschaftskritik' ist kein Wort wie 'Literaturkritik', wo uns der Zusatz (Literatur-) nur das Objekt der Tätigkeit angibt, das das Hauptwort bezeichnet. Der Zusatz 'Gesellschafts-' (oder 'Sozial-') sagt uns vielmehr etwas über das Subjekt der Tätigkeit selbst. Gesellschaftskritik ist eine gesellschaftliche Tätigkeit. Der Zusatz 'Gesellschafts-' hat hier eine pronominale und eine reflexive Funktion, ähnlich wie der Zusatz 'Selbst-' im Worte 'Selbstkritik', der gleichzeitig Subjekt und Objekt des Ausdrucks bezeichnet. Zweifellos kritisieren sich Gesellschaften nicht selbst: Gesellschaftskritiker sind Individuen, aber sie sind ebenso – wenigstens in den allermeisten Fällen – auch Mitglieder von Gesellschaften, die sie kritisieren; und sie reden in der Öffentlichkeit zu anderen Gesellschaftsmitgliedern, die ihrerseits am Gespräch teilnehmen und deren Rede eine kollektive Reflexion auf die Bedingungen kollektiven Zusammenlebens darstellt" (Walzer 1990, 45).

In der Forschungsliteratur werden dabei hinsichtlich der *Begründungs- und Rechtfertigungspraxis von Kritik* drei bzw. vier Aspekte unterschieden (Bonß 2003;

Müller-Dohm 2000; Wesche 2009): Bonß und Wesche unterscheiden vier Aspekte der Kritik:[1] 1) Den *Ausgangspunkt* der Kritik bietet eine Wirklichkeit, die so nicht sein soll, die so nicht akzeptiert wird. Getragen werden kann die Kritik dabei z.B. von Unrechts-, Ausbeutungs- und Diskriminierungserfahrungen oder von der Feststellung von Ungleichheit und Elend, die überwunden werden sollen. 2) Den *Gegenstand* der Kritik bilden die Ursachen und Ausprägungen dessen, was als schlecht gilt sowie jene Vorstellungen und Überzeugungen, die die schlechte Realität ermöglichen oder aufrechterhalten. 3) Das *Ziel* der Kritik besteht darin, das so diagnostizierte Schlechte der Realität zu korrigieren bzw. zu überwinden – insofern zielt Kritik also auf ihr Praktischwerden. 4) Das *Praktischwerden* der Kritik ist dabei schließlich aber maßgeblich an die Rolle der Adressat_innen geknüpft. In der Regel gelten die Adressat_innen als eigentliche Träger_innen der Kritik, weil die benannten Rechtfertigungs- und Begründungspraxen der Kritik zuvorderst für die Betroffenen nachvollziehbar sein müssen.

Das *Verhältnis der Kritik zur Praxis* und somit auch der Art und Weise der angestrebten Veränderung kann sehr unterschiedlich ausgestaltet sein – und zwar schon in der idealtypischen Modellform, die zunächst noch wenig mit der wirklichen, realpolitischen Relation zwischen Kritik und Praxis zu tun hat. Ulf Bohmann, Lars Gertenbach und Henning Laux (2010) haben, ebenfalls idealtypisch, zwei Typen von Kritik entlang ihrer jeweiligen Nähe-Distanz-Relationen zur gesellschaftlichen Praxis unterschieden. Verdichtet lassen sich so zwei idealtypische Äußerungsformen der Kritik darstellen, nämlich der reflexiv-distanzierte Typ von Kritik und der subversiv-engagierte Typ von Kritik:

Der *reflexiv-distanzierte Typ* bemüht sich um einen Standpunkt der Kritik, der möglichst widerspruchsfrei und stabil und somit außerhalb der umkämpften Praxis angesiedelt ist. Um der Verwicklung und auch den Parteinahmen der Praxis zu entgehen, wird „die Perspektivität des eigenen Standpunkts methodisch zu bewältigen versucht" (Bohmann/Gertenbach/Laux 2010, 57). Das heißt, es wird ein Ort gesucht, von dem aus begründet Kritik geübt werden kann:

> „Diese Art des kritischen Zugriffs legt besonderen Wert auf die Kraft des Arguments, die Überlegenheit des Begründungsmodells und die (vermeintliche) Neutralität der Darstellung. [...] Entsprechende Kritikformen entnehmen ihre Handlungsanleitungen nicht den konkreten Anforderungen und Kräfteverhältnissen der Praxis, sondern rekurrieren, von unmittelbaren Sachzwängen und Interessenlagen abstrahierend, auf möglichst universelle Prinzipien" (Bohmann/Gertenbach/Laux 2010, 57).

---

1 Müller-Dohm (2000) verdichtet diese Aspekte auf drei Dimensionen, s. dazu Abschnitt 4 dieses Kapitels.

Der *subversiv-engagierte Typ* von Kritik dagegen enthält sich weitgehend dem Versuch, vermeintlich neutrale Begründungen der Kritik zu liefern, sondern sieht sich stärker an konkreten Kämpfen gegen die verschiedenen Ausprägungen gesellschaftlicher Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse orientiert. Der Standort subversiv-engagierter Kritik ist daher nicht an der Konstruktion eines über die Wirren und Verstrickungen der Praxis erhabenen Ortes interessiert. Diese Form von Kritik begreift sich selbst mehr als Akteurin in einer antagonistischen Praxis:

> „Diese 'Kritik im Handgemenge' [...] orientiert sich weniger an der Frage einer möglichen Legitimation. Sie versteht sich vielmehr als lokaler Widerstand oder schlichte Weigerung, die mitunter bewusst auf eine 'faire' Auseinandersetzung mit ihrem Gegner verzichtet. Ihr geht es nicht so sehr um die Definition einer ein für alle Mal festen Grenze, von welcher aus eine legitime Praxis definiert werden kann, sondern um eine konkrete Intervention, die mit der Ablehnung und permanenten Überwindung aller Grenzziehungen einhergehen kann" (Bohmann/Gertenbach/Laux 2010, 57f.).

Die obenstehenden Differenzierungsmodelle verschiedener Formen von Kritik zeigen bereits, dass eine enorme Pluralisierung im Feld der Gesellschaftskritik und ihrer Analyse stattgefunden hat, was zu einer gewissen Unübersichtlichkeit der Ansätze geführt hat. In jüngerer Zeit hat Matthias Iser den Versuch unternommen, eine Kartographie des Feldes der Gesellschaftskritik vorzulegen (vgl. Iser 2011[2]). Diese ist von Bohmann/Gertenbach/Laux (2010) aufgenommen und erweitert worden. In der Kartographie von Iser (2011) werden zunächst sechs Typen der Kritik unterschieden; Bohmann/Gertenbach/Laux (2010) übernehmen diese Einteilung im Wesentlichen, ergänzen allerdings noch einen siebten Typus der Kritik. Dabei handelt es sich um a) Ideologiekritik, b) genealogische Kritik, c) welterschließende Kritik, d) konstruktivistische Kritik, e) interpretative Kritik, f) rekonstruktive Kritik und g) funktionalistische Kritik.

Nicht alle diese Formen von Kritik sind dabei im Modus von kritischer *Theoriebildung* angesiedelt; im Gegenteil gibt es Stimmen, die explizit in Frage stellen, dass Gesellschaftskritik überhaupt einer erklärenden Komponente durch Gesellschaftstheorie bedarf (vgl. Walzer 2009; 2000). Gesellschaftskritik findet auch außerhalb der Wissenschaft statt und wird etwa in Form von Kunst oder von Straßenprotesten durch vielfältigste Akteur_innen hervorgebracht. Auch die

---

2 Dabei handelt es sich um einen Beitrag, der erstmals 2004 erschienen, 2011 dann in der erweiterten Neuauflage publiziert worden ist. Ich nehme hier Bezug auf die jüngere Fassung des Textes. Gleichwohl ist zu beachten, dass Bohmann/Gertenbach/Laux (2010) ihre eigene Darstellung der Formen der Kritik stark an das Modell von Iser von 2004 anlehnen.

modernen kritischen Intellektuellen rekrutieren sich nicht ausschließlich oder auch nur vornehmlich aus dem Feld von Wissenschaft und Theorie, sondern waren und sind unter anderem Revolutionär_innen, Journalist_innen, Künstler_innen, Filmemacher_innen, Medienprominente, Gefängnis- und Psychiatrieinsass_innen und vieles andere.

Gleichwohl spielen die Universitäten in der Ausbildung kritischen Bewusstseins sowie in der Produktion kritischer Gesellschaftstheorie eine wichtige Rolle. In Anschluss an Michel Foucault, der bereits in den 1970er Jahren die Diagnose stellt, „dass die Universitäten zu ultrasensiblen Zonen geworden seien, weil sich ihre Machtwirkungen vervielfältigten und verstärkten, weil praktisch alle Intellektuellen durch sie hindurchgingen" (Demirović 2007, 72), stellt Alex Demirović auch dreißig Jahre später noch fest, dass diese Machtwirkung von Wissenschaft und Universitäten im Kontext linker Gesellschaftskritik nicht weniger geworden ist – eher mehr, wenngleich nicht immer nur im Gesellschaftskritik bestärkenden Sinn. Insbesondere im Kontext des Wandels von Wissenschaft und Wissensproduktion der letzten Jahre ist thematisiert worden, dass und wie die Bedingungen der Möglichkeit von kritischer Wissenschaft schwieriger geworden sind (vgl. u.a. Brand 2010; Brüchert/Wagner 2007; Demirović 2007; Knapp 2012). Gleichwohl ist Wissenschaft (immer noch) ein Ort, an dem kritische Wissens- und Theoriebildung stattfindet – und sogar einen „Schutz des staatlichen Gewalt- und Definitionsmonopols der Wahrheit, wie er sich in den hochschulischen Disziplinen verkörpert" (Demirović 2007, 75), genießt. Nicht nur, aber vorrangig an den Hochschulen ist eine enorme Pluralisierung und Ausdifferenzierung von sich selbst als kritisch verstehenden Theorien zu verzeichnen. Im Feld der kritischen Wissenschaft zählen dazu neben marxistischer, feministischer, poststrukturalistischer und Kritischer Theorie diverse Unterspielarten sowie darüber hinausgehend eigenständige Ansätze, die mitunter quer zu diesen Theorieströmungen liegen; darunter *critical whiteness studies, postcolonial studies* und *queer studies*.

Diese theoretischen Formen von Gesellschaftskritik sind es auch, die im Folgenden im Zentrum des Interesses stehen. Das heißt, der Gegenstand Gesellschaftskritik wird dezidiert auf bestimmte Formen von Kritik eingegrenzt, ohne damit unterstellen zu wollen, kritische Gesellschaftstheorie oder gar die in Teil C konkret untersuchten Ansätze Kritischer Theorie und feministischer Theorie seien die einzigen oder nur wichtigsten Formen von Gesellschaftskritik. Vielmehr geht es darum, die Spezifik dessen auszuloten, was kritische Gesellschafts*theorie* ausmacht.

Kritische Gesellschaftstheorie stellt lediglich eine Form von Gesellschaftskritik dar; zugleich aber stellt sie auch eine besondere Form von Wissenschaft

bzw. Theoriebildung dar. Im Feld von Theorie besteht der besondere, kritische Zugang von kritischen Gesellschaftstheorien nicht einfach nur darin, anhand wissenschaftlicher Ansätze oder Befunde die schlechte Wirklichkeit zu kritisieren. Vielmehr stehen bereits die Grundlagen der (bürgerlichen, androzentrischen) Wissenschaft als Formen, in denen „Akteure ihre Handlungen denken, ausarbeiten, vollziehen" (Demirović 2008, 31) selbst im Zentrum der Kritik. So verbindet z.B. Karl Marx in der Kritik der politischen Ökonomie die „Darstellung der Kategorien eines gesellschaftlichen Bereichs und deren Kritik zu einer Einheit" (ebd., 32). Während traditionelle Wissenschaftsvarianten an der Vorstellung wertneutraler und objektiver Erkenntnis im Sinne eines Beobachtens und Beschreibens festhalten und ein empirisch-analytisch angeleitetes technologisches Verfügungsinteresse verfolgen, wird genau diese ausschließlich technologisch auf gesellschaftliche Praxis bezogene Wissenschaftsform in kritischen Wissenschafts- und Theorievarianten abgelehnt (vgl. Apel 1970). Kritische Wissenschaft begreift sich selbst als Teil gesellschaftlicher, historisch-konkreter Praxis – auf diese ist sie normativ (nicht deskriptiv) bezogen und muss die eigenen Grundlagen immer wieder neu den gesellschaftlichen Verhältnissen anpassen. Weitgehend konsensual scheint zudem, dass kritischen Gesellschaftstheorien die „*Annahme von 'Herrschaftsstrukturen hinter dem Schein'*" (Reckwitz 2006, o.S.) zugrunde liegt und sie das Interesse an der Entfaltung von alternativen Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten verfolgen. Damit verbindet sich üblicherweise, dass die herrschenden (Gesellschafts- bzw. Selbst-)Verhältnisse abgelehnt und (radikal) verändert werden sollen – wenngleich die Vorstellungen über das Was, Wer und Wohin des angestrebten radikalen Wandels ebenso differieren wie damit verbundene Vorstellungen (von der Möglichkeit) von Emanzipation, Befreiung etc. (vgl. Jung/Kurz-Scherf 2012).

2 Wissenschaft

Vorklärungen zum Begriff Wissenschaft anzustreben, ist in mehrfacher Hinsicht für den zu erörternden Zusammenhang wichtig und wird daher vergleichsweise ausführlich im Zentrum der Betrachtungen stehen: Erstens geht es darum, ein Grundverständnis davon zu entwickeln, was Wissenschaft ausmacht, welche Logiken und Handlungsroutinen, Organisations- und Funktionsweisen darin wirken – denn wie bereits in der Einleitung (Teil A) skizziert worden ist, stehen Wissenschaft und Politik in einem Spannungsverhältnis. Zweitens ist Wissenschaft aber auch der gesellschaftliche Teilbereich, in dem die hier untersuchten

Ansätze kritischer und feministischer Theoriebildung angesiedelt sind. Angesiedelt bedeutet in diesem Fall, dass es sich bei den untersuchten Theorien um solche handelt, die von Wissenschaftler_innen bzw. Theoretiker_innen, die an Hochschulen arbeiten oder arbeiteten, vertreten werden oder worden sind. Das ist eine wichtige Eingrenzung, da Gesellschaftskritik und selbst noch kritische Gesellschaftstheorie, längst nicht nur im Feld der Wissenschaft bzw. der Theoriebildung artikuliert wird.

Es ist davon auszugehen, dass kritische Perspektiven *aus einem akademischen Umfeld* auch diesem Umfeld entsprechende, spezifische Sichtweisen entwickeln (können oder müssen), die nicht losgelöst von ihrem Kontext sind. Sich zu vergegenwärtigen, dass die kritischen und feministischen Theorien, um die es im Folgenden gehen wird, aus dem Wissenschaftsfeld, also einer ganz bestimmten gesellschaftlichen Teilsphäre und der in ihr wirksamen Produktionsbedingungen stammen, ist daher zum einen wichtig, um die Bedingungen der Möglichkeit von Kritik zu verstehen. Zum anderen aber ist ein Grundverständnis des Feldes wichtig, um kritisch nachvollziehen zu können, ob und wenn ja inwiefern die untersuchten Theorien ihren Bedingungs- und Möglichkeitskontext wie auch deren Wandel reflektieren – denn immerhin begreifen sich kritische und feministische Theorien als Teil der Gesellschaft; und in diesem Fall geht es u.a. darum, ob und inwieweit sie sich als Teil des Feldes Wissenschaft begreifen, wo und wie sie sich davon abgrenzen oder am Rande platzieren usw. – denn wie bereits Michael Walzer (1990) konstatiert (siehe vorangegangener Abschnitt), strebt Gesellschaftskritik zwar zur kollektiven Reflexion der kollektiven Angelegenheiten, gleichwohl wird sie von einzelnen, konkret situierten Individuen (hier: aus dem Wissenschaftsfeld) vorgebracht.

Was also ist Wissenschaft, welches Verhältnis hat Wissenschaft zur restlichen Gesellschaft bzw. zu Politik? Wissenschaft scheint auf den ersten Blick ein vergleichsweise klar umgrenzter Begriff zu sein. Im Kontext der Aufklärung und der Entstehung moderner bürgerlicher Gesellschaftsformen entsteht auch die moderne Wissenschaft – zunächst in Form der Natur-, später auch in Form der Sozialwissenschaften. Wissenschaft – so das allgemeine Verständnis – bezeichnet dabei die intersubjektiv nachprüfbare und methodisch gesicherte Produktion von als wahr geltendem Wissen (vgl. Carrier 2006; Schimank 2012). Als grundlegende Charakteristika neuzeitlicher Wissenschaft gilt dabei die „theoretische Systematisierung von Empirie und die empirische Sättigung von Theorie" (Schimank 2012, 114). Wissenschaftliches Wissen formiert sich dabei in Abgrenzung zu praktischem bzw. Alltagswissen einerseits und spekulativem Wissen bzw. Glauben andererseits (vgl. Freudenthal/Schlaudt 2012; Schimank 2012).

Die Organisation wissenschaftlicher Wissensproduktion vollzieht sich dabei über die Herausbildung eines spezifischen gesellschaftlichen Teilbereichs Wissenschaft, ähnlich der institutionalisierten Politik oder der Wirtschaft (vgl. Schimank 2012). Bereits seit dem europäischen Mittelalter ist der Begriff Universität mit der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden verbunden, mit der Freiheit zur akademischen Selbstverwaltung und der Freiheit zur eigenständigen Wahl von Forschungsvorhaben sowie dem Recht zur Verleihung akademischer Grade (vgl. ebd.). In Deutschland gründet sich die Tradition von Wissenschaft und Forschung ab dem 19. Jahrhundert dabei zentral auf jenen Leitlinien, die Wilhelm von Humboldt 1810 im Organisationsplan für die Gründung der Berliner Universität entwickelt hat. In diesen wird das Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre ebenso festgeschrieben wie das Leitbild der wissenschaftlichen Arbeit *in Einsamkeit und Freiheit* (vgl. Münch 2007). An dieses klassische Leitbild der Universitäten knüpft sich also die Maxime einer weitgehenden Autonomie der Wissenschaft im Sinne der Freiheit der Wissenschaft und der akademischen Selbstverwaltung ebenso wie der Anspruch, „privilegierte Instanz der Weltdeutung und des wissenschaftlichen Reflexionswissens" zu sein (Barben 2010, 212). Eine bis heute maßgebliche, aber nicht die einzige Form der Institutionalisierung von Wissenschaft sind die Hochschulen und staatlich finanzierte Forschungseinrichtungen; hinzu kommen private Forschungseinrichtungen und so genannte *think tanks*.

Die Institution Wissenschaft ist mit einer eigentümlichen Struktur- und Handlungslogik ausgestattet. Dazu zählt zunächst die Herausbildung einer wissenschaftlichen Gemeinschaft (*scientific community*). *Scientific communities* sind soziale Formen, die nicht nur den wissenschaftsinternen, fachlichen Kommunikationszusammenhang herstellen, sondern auch die Qualitätssicherung des wissenschaftlichen Wissens gewährleisten sollen (vgl. Braun-Thürmann 2010). Spätestens mit der Etablierung neuzeitlicher Wissenschaft ab Mitte des 17. Jahrhunderts bilden sich mit der Formierung von *scientific communities* Mechanismen der „Kontrolle, Disziplinierung und Honorierung der einzelnen Forschungsarbeiten" (ebd., 73) heraus, mit denen sich auch methodische und ethische Standards von Wissenschaftlichkeit entwickeln.

Als zentraler Leitwert wissenschaftlichen Wissen gilt der Binärcode Wahr/Unwahr im Sinne intersubjektiv nachprüfbarer Aussagen (vgl. Braun-Thürmann 2010). Dieser Code verbindet sich dabei nicht zuletzt auch mit dem wissenschaftlichen Selbstanspruch, wert- und interessefreie Wahrheiten, also objektiv verstandene Aussagen machen zu können (vgl. Carrier 2006). Die Vorstellung, dass Wissenschaft mit Eigenlogik ausgestattet ist, hängt also auch mit

der Spezifik dessen zusammen, was gemeinhin die Qualität wissenschaftlichen Wissens ausmachen soll: nämlich qua Wahrheitssuche von wissenschaftsexternen Faktoren weitgehend unabhängig zu sein. Um wissenschaftliche Wahrheit von bloßen Behauptungen zu unterscheiden, sind auch zentrale Handlungslogiken und Strukturprinzipien des Teilbereichs Wissenschaft auf evaluative, normative und kognitive Orientierungen ausgerichtet (so das *curiositas*-Motiv, methodische Verfeinerungen, Regeln der Theoriebildung) (vgl. Schimank 2012).

Seitens der Gesellschaft werden dabei allerdings auch Erwartungen an den Nutzen von Wissenschaft gestellt, zuvorderst im Sinne der Bereitstellung von Expertise – sei es als Orientierungs- und Reflexionswissen, als Rezeptwissen, als technische Artefakte oder sei es in Form der Bereitstellung wissenschaftlich geschulten Personals (vgl. Schimank 2012, zum Begriff des Reflexionswissens Barben 2010). Die Ausdifferenzierung von Wissenschaft, die Herausbildung und Konturierung einzelner Disziplinen, die Beförderung bestimmter Forschungsansätze und Theorietraditionen, die Organisationsweisen und Kommunikationsstrukturen der *scientific community* samt der mit ihr verbundenen Ökonomien der Anerkennung sowie die Nachfrage nach bestimmten Formen wissenschaftlichen Wissens sind dabei in hohem Maße politisch reguliert bzw. von gesellschaftlichen Interessen (militärischer, technologischer, ökonomischer Art) beeinflusst. Die Rede von der Autonomie der Wissenschaft und der Unabhängigkeit der Universität darf daher nicht darüber hinwegtäuschen, dass es immer schon eine *Politik der Wissenschaft* gab und gibt. Auch und gerade die öffentliche Form der Institutionalisierung von Wissenschaft (das heißt, staatlich finanzierte) ist von außen wie von innen *politisch geregelt* – sei es, dass Wissenschaft Gegenstand von (Forschungsförderungs-)Politik ist, die darüber auch einen mittelbaren Einfluss auf die thematische Schwerpunktsetzung von Forschungsvorhaben ausübt (vgl. Barben 2010; Hinze 2010); seien es Regelungen, die z.B. Zugangs- und Aufstiegsbedingungen innerhalb des Bildungs- und insbesondere innerhalb des Wissenschaftssystems regeln. Wissenschaftspolitik unterliegt dabei auch einem gesellschaftlichen Wandel.

Als besonders einflussreiche Studie zum Wandel von Wissensproduktion als Ergebnis politischer und ökonomischer Einflüsse gilt „The New Production of Knowledge" von Gibbons et al. (1994). Deren Kernthesen – nämlich der Übergang von Modus 1 zu Modus 2 der Wissensproduktion – werden auch im gegenwärtigen Wissensgesellschaftsdiskurs maßgeblich rezipiert. Modus 1 der Wissensproduktion wird darin als eine Form beschrieben, in der wissenschaftliches Arbeiten vornehmlich auf a) einer Trennung von Wissenschaft und dem gesellschaftlichen Umfeld basiert, b) den Universitäten eine Monopolstellung in

der Produktion wissenschaftlichen Wissens zukommt, c) Forschung sich über eine disziplinäre Ordnungsstruktur organisiert und d) den *scientific communities* die (alleinige) Bewertungs- und Rechtfertigungspraxis wissenschaftlicher Leistung zukommt (vgl. Bogner 2012; Braun-Thürmann 2010; Gibbons et al. 1994).

Modus 1 umschreibt damit die so genannte klassische Wissenschaft (bzw. vielmehr deren Ideal, da fraglich ist, ob es Modus 1 in dieser Reinform je gegeben hat). Modus 1 wird allerdings durch einen Modus 2 überlagert; der Übergang zwischen beiden erfolgt dabei fließend und in Koexistenz (vgl. ebd.). Modus 2 bezeichnet die Ablösung der klassischen Wissenschaft durch die moderne Forschung, die sich durch einen hohen Anwendungsbezug und eine Kontextualisierung der Wissensproduktion auszeichnet und vier charakteristische Merkmale aufweist: 1) Wissenschaftliches Wissen wird „im Kontext seiner Anwendung generiert" (Braun-Thürmann 2010, 79) und Problem-, Frage- und Themenstellungen werden somit nicht nur innerhalb der Wissenschaftsinstitutionen selbst, sondern vom gesellschaftlichen Umfeld mitformuliert. 2) Die Monopolstellung von staatlichen Universitäten hinsichtlich der Produktion wissenschaftlichen Wissens wird von einer heterogenen Akteur_innenstruktur in institutionell divergierenden Formen wie *think tanks*, Unternehmenslabors, halböffentlichen oder privaten Stiftungen und Beratungsagenturen und Privatuniversitäten abgelöst. 3) Die disziplinäre Struktur des Wissens wird von inter- und transdisziplinären, vorwiegend auf Projektstrukturen basierenden Wissensformen verdrängt. 4) Auf diesen neuen Wissensmärkten spielen kurzfristig handhabbare und anwendungsrelevante Problemstellungen eine zentrale Rolle, bei deren Formulierung und Anwendung Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit bereits Ansprüche geltend machen und für deren Qualitätssicherung nicht ausschließlich die von der *scientific community* unterlegten wissenschaftlichen Kriterien maßgeblich sind (vgl. Bogner 2012; Braun-Thürmann 2010; Gibbons et al. 1994).

In den beiden vergangenen Dekaden sind in Deutschland (z.T. angestoßen von und rückgebunden an die Wissenschaftspolitik auf EU-Ebene) zudem weitreichende Umstrukturierungsprozesse in Gang gekommen, die gemeinhin als die Herausbildung eines neuen *Governance*-Modells von Wissenschaft beschrieben werden (vgl. u.a. Aulenbacher et al. 2010; Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) et al. 2012) – und damit nicht zuletzt auch den genuin politischen Gestaltungscharakter wissenschaftlicher Wissensproduktion sichtbar machen. Dabei lassen sich mindestens vier zentrale Umbauprozesse ausmachen, die die Organisation von Wissenschaft maßgeblich verändern (vgl. Aulenbacher/Riegraf 2012; 2011; Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung

(ISI) et al. 2012; Münch 2007; 2006):[3] 1) Im Zuge der europäischen Bologna-Reform des Bildungssystems werden Studiengänge und -organisation dezentral, aber nach einheitlichen Leitlinien umstrukturiert. Maßgebliches Ziel ist dabei die Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums und die Förderung der Mobilität der Studierenden. 2) Mit der Einführung von Instrumenten und Leitorientierungen des New Public Management (NPM) unterliegt die wissenschaftliche Selbstorganisation einem Umbau zu Gunsten von Managementmodellen und der Verpflichtung zu neuen Formen von Ergebnisevaluation und -kontrolle. 3) Mit dem unter dem Stichwort Exzellenzinitiative kursierenden Programm von Bund und Ländern soll Spitzenforschung wie auch eine an Spitzenforscher_innen ausgerichtete Personalrekrutierung in der deutschen Wissenschaft gefördert werden. Seit 2005 sind die Hochschulen dazu aufgerufen, sich um die Förderung von Exzellenzclustern, Graduiertenschulen und um die Förderung als Spitzenuniversität zu bemühen. 4) Innerhalb des Wissenschaftssystems spielt zunehmend auch die Implementation von gleichstellungspolitischen Instrumenten eine Rolle. Dies gilt vornehmlich für solche Instrumente, die sich als kompatibel mit dem New Public Management erweisen, wie z.B. Gender Mainstreaming und Managing Diversity.

All diesen Umbauprozessen liegt das Leitbild einer *entrepreneurial university* (vgl. Aulenbacher et al. 2012; Aulenbacher/Riegraf 2011; 2010; Riegraf et al. 2010) zugrunde, die die wissenschaftliche Wissensproduktion vorrangig den Prinzipien eines verschärften Wettbewerbs, der internationalen Sichtbarkeit sowie der verstärkten Innovationsförderung und Bestenauslese qua Anreizsysteme und *controlling* verschreibt. Die damit einhergehenden Re-Organisationsprozesse von Wissenschaft stehen vielfach in der Kritik. Zum einen wird kritisiert, dass anstelle von offenem Wettbewerb die Ausbildung von „Machtkartelle[n], Monopole[n] und Oligarchien als Grundstruktur des akademischen Feldes" (Münch 2006, 466) eher zementiert denn aufgebrochen wird. Hintergrund hierfür ist, dass sich durch Exzellenz- und Wettbewerbskonstruktionen die Allokation von Drittmitteln und Ressourcen sowie die Produktivität auf nur wenige Standorte konzentrieren, die eine scharfe Hierarchisierung der Hochschulen untereinander befördert (Münch 2007; 2006). Die Hochschulstrukturen werden zu Gunsten einer Stärkung der Präsidien entdemokratisiert; zu den originären Tätigkeiten in Forschung, Lehre

3 Aulenbacher/Riegraf (2012; 2011) beschreiben nur drei zentrale Umbauprozesse, nämlich den Bologna-Prozess, die Einführung von New Public Management und die Einführung von gleichstellungspolitischen Instrumenten. Aufgrund der Relevanz für die Restrukturierung des Wissenschaftsfelds wird im vorliegenden Kontext jedoch auch die Exzellenz-Initiative in die Betrachtungen mit aufgenommen.

und wissenschaftlicher Selbstverwaltung kommen indes für das wissenschaftliche Personal eine Vielzahl neuer Managementaufgaben (Evaluationen etc.) hinzu (vgl. Holland-Cunz 2005). Neben Aspekten, die die Vermachtung des sozialen Felds Wissenschaft betreffen, wird zum anderen vor allem die Verschiebung der wissenschaftlichen Leitorientierungen zu Gunsten ökonomisch-gesellschaftlicher Nützlichkeitskriterien kritisiert. Der vor allem durch die erhöhte Drittmittelabhängigkeit und die staatliche Unterfinanzierung von Wissenschaft gestiegene Einfluss von ökonomischen Verwertbarkeitsinteressen bzw. die Marktorientierung der Universitäten wie auch die Verschulung und Straffung des Studiums führen zu Einschränkung der akademischen Freiheit in Forschung und Lehre. Damit einhergehend ist eine Entkopplung von Forschung und Lehre bei gleichzeitiger Herabstufung von Lehre, eine Vernachlässigung von Grundlagenforschung und eine generell steigende Theoriefeindlichkeit zu konstatieren (vgl. Knapp 2012).

Von der Umstrukturierung der Hochschulen sind auch die Bedingungen der Möglichkeit von Kritik betroffen. Wie bereits dargelegt, ist Gesellschaftskritik keine Angelegenheit, die ausschließlich aus dem wissenschaftlichen Feld artikuliert wird – angesichts der spezifischen Bedingungen wissenschaftlicher Tätigkeit werden mitunter sogar Zweifel angemeldet, ob und inwieweit sich die Artikulation(-smöglichkeit) von radikaler Kritik und Wissenschaft überhaupt noch vertragen (vgl. den Themenschwerpunkt „Genossin in die Promotion", Phase 2 Zeitschrift gegen die Realität, 46/2013). Zumindest wird deutlich, dass die Bedingungen der Möglichkeit von kritischem Denken an den Universitäten im Umbruch begriffen und Gegenstand von Kritik wie Kämpfen sind (vgl. u.a. Brand 2010; Brüchert/Wagner 2007; Demirović 2007).

Den spezifischen Produktionscharakter von Wissenschaft und die Bedingungen von Kritik verstehen zu wollen, heißt daher immer auch, Wissenschaft vom Standpunkt gesellschaftlicher Reproduktion her in den Blick zu nehmen. Wissenschaft muss als integraler Bestandteil gesellschaftlicher Arbeitsteilung und wissenschaftliche Erkenntnisprozesse als gesellschaftliche Arbeit (in der Regel in Form von Lohnarbeit) verstanden werden (vgl. Freudenthal/Schlaudt 2012). Die Institutionalisierung von Wissenschaft schreibt dabei die Trennung und Hierarchisierung von Kopf- und Handarbeit, mithin die Enteignung und private Aneignung von Wissen fest (vgl. Demirović 2007). Wissenschaft als vornehmlicher Ort der gesellschaftlichen Produktion von Wissen stattet diese Form von Lohnarbeit sowie ihre Produkte auch mit einer spezifischen Autorität hinsichtlich Definitionsmacht und Wahrheitsanspruch aus; damit eng verknüpft ist eine (wenngleich eher im Schwinden begriffene) gesellschaftlich hoch bewertete Reputation von Wissenschaftler_innen.

Wendet man sich den spezifischen Konstruktions- und Strukturprinzipien des sozialen und politischen Feldes Wissenschaft zu, zeigt sich allerdings, dass – zumindest im deutschsprachigen Raum – die (Lohn-)Arbeitsrealität in der Wissenschaft weit von den Wissenschaftsidealen *Autonomie und Freiheit* entfernt ist. Im deutschen Hochschulsystem ist bis heute die vollwertige Professur die erste abgesicherte und zeitlich unbefristete Position, die Wissenschaftler_innen erreichen können. Sie ist mit hohem Prestige, Macht und Einfluss ausgestattet. Bis zum Erreichen dieser Spitzenposition verdingt sich der sog. wissenschaftliche Nachwuchs[4] allerdings in zumeist abhängigen Positionen, häufig einhergehend mit vielen kurzfristigen Wechseln zwischen oft unterfinanzierten Forschungsprojekten oder anderen befristeten Stellen. Wissenschaft als Beruf stellt so eine „fortwährende Übergangslage" (Klecha/Reimer 2008, 27) dar, die vor allem mit materieller Unsicherheit sowie aufgrund der hohen Mobilitäts- und Flexibilitätserwartungen mit Unsicherheiten in der Lebensplanung, in der gesellschaftlichen Verankerung an einem Ort und im Aufbau stabiler Umweltbeziehungen verknüpft ist (vgl. Aulenbacher et al. 2010; Demirović 2007; Dörre/Neis 2008; Klecha/Reimer 2008). Zur strukturellen Prekarität kommt hinzu, dass der wissenschaftliche Nachwuchs durch die „oligarchischen Strukturen der deutschen Universität" (Krais 2010, 31) faktisch sehr stark an eine Professor_in gebunden bleibt, der oder die „als Mentor, als Lehrer, Förderer oder Wegbereiter einer wissenschaftlichen Karriere fungiert" (ebd.).[5]

Zumindest im deutschsprachigen Raum ist daher jene Charakterisierung von Max Weber über Wissenschaft als Beruf noch immer aktuell, wonach eine wissenschaftliche Karriere ein „wilder Hasard" (Weber 2006, 11) ist. In der Wissenschaftsforschung hat sich angesichts der strukturellen Unvorhersehbarkeit von wissenschaftlichen Karrieren die Bezeichnung „Alles-oder-Nichts-Prinzip" (vgl. Birsl 2008; Klecha/Reimer 2008; Krais 2000) eingebürgert, das vor allem in der Phase nach der Promotion greift: Entweder die Berufung auf eine Professur gelingt – wobei dies „von einem komplexen Bedingungsgefüge abhängt [...] und weniger als ein auf individuelle Leistung sich gründender, halbwegs berechen-

4 Die Bezeichnung Nachwuchs gilt bis zur Erreichung einer Professur – die von den betreffenden Wissenschaftler_innen (wenn überhaupt) in der Regel erst mit 40 oder 50 Jahren erreicht wird.

5 In den europäischen Nachbarländern beispielsweise sind in der Konstruktion wissenschaftlicher Positionen sowie in den akademischen Karrierewegen erhebliche Differenzen festzustellen; u.a. gibt es bereits im sog. Mittelbau, also bereits vor der Erlangung einer ordentlichen Professur Positionen, die es erlauben, zeitlich unbefristet und eigenständig Forschung und Lehre zu betreiben (vgl. Krais 2000).

barer beruflicher Aufstieg" (Krais 2010, 31) gesehen werden kann – oder aber die Wissenschaftler_innen müssen sich in der Prekarität einrichten oder aus der Wissenschaft aussteigen (vgl. Klecha/Reimer 2008).

Wissenschaft als Arbeit in den Blick zu nehmen, legt somit auch die soziale Vermachtung des Wissenschaftsfeldes selbst offen. Wissenschaft ist eine Arena konkurrierender Wissenschaftler_innen und konkurrierender Theorieansätze. Die Anerkennung dessen, was eine wissenschaftliche Leistung ist, ist dabei selbst bereits in hohem Maße mit der Anerkennung des oder der Wissenschaftler_in als Person verbunden – und ist dabei stark von Fragen des richtigen Habitus und Aspekten der Reputation abhängig. Wissenschaft ist also ein „Konkurrenzfeld" (Andresen 2001), auf dem zwar die Bedingungen einer Bestenauslese auf der Grundlage von wissenschaftlichen Leistungen stattfinden soll; faktisch aber haben zahlreiche Untersuchungen der Wissenschafts-, Geschlechter- und kritischen Eliteforschung nachgewiesen, dass sowohl die Konstruktion einer wissenschaftlichen Persönlichkeit wie auch die Anerkennung dessen, was wiederum als Leistung gilt, gerade nicht verobjektivierbar sind (vgl. u.a. Beaufaÿs 2012; 2007a; 2007b; 2003; Engler 2001). Innerhalb des sozial und habituell hochgradig homogenisierten wissenschaftlichen Feldes vollzieht sich Erfolg vor allem nach dem Prinzip der Kooptation und dem Ausweis von Anschlussfähigkeit – die wiederum geschlechtsspezifisch und nach sozialer Herkunft segregiert sind (vgl. u.a. Dackweiler 2007; Hartmann 2002; Krais 2001; 2000).

Die Ökonomien der Anerkennung wissenschaftlicher Leistung sind maßgeblich verknüpft mit der Konstruktion der wissenschaftlichen Produktionsweise und der Konstruktion des neuzeitlichen Typs des (männlichen) Wissenschaftlers: Dazu zählt zuvorderst die Vorstellung, dass Wissenschaft etwas ist, was die ganze Person beansprucht und also nur mit vollstem Engagement betrieben werden kann. Diese Vorstellung einer „Einheit von Wissen und Leben" (Mittelstraß 1989, 49, zit. n. Krais 2008) hat sich ab dem 19. Jahrhundert in enger Verknüpfung mit dem Humboldt'schen Bildungsideal herausgebildet und verfestigt sich als Idee davon, dass Wissenschaft eben kein *Beruf* wie jeder andere sei, sondern eine *Lebensform* (vgl. Mittelstraß 1982; daran kritisch anschließend Aulenbacher et al. 2010; Beaufaÿs 2003; Krais 2010; 2008; Metz-Göckel/Möller/Auerkortis-Michaelis 2009). Mit dem praktisch – bis heute – hoch wirksamen Konzept von *Wissenschaft als Lebensform* verbinden sich bestimmte Zuschreibungen und Voraussetzungen, zu denen zeitliche und räumliche, emotionale und intellektuelle Verfügbarkeitsanforderungen zählen. Zur Befähigung zur Wissenschaft gehört aber – so die gängige Einschätzung – vor allem auch Begabung, Eingebung und Persönlichkeit. Diese Trias in der Vorstellung einer wissenschaftlichen Person

wiederum ist nicht losgelöst von dem Diktum „in Einsamkeit und Freiheit" (Engler 2001) zu sehen – und stellt die Grundlage, die *illusio,* wissenschaftlicher Selbstwahrnehmung dar. Max Weber formuliert es prägnant: „Ob jemand wissenschaftliche Eingebungen hat, das hängt ab von uns verborgenen Schicksalen, außerdem aber von 'Gabe'. [...] Persönlichkeit auf wissenschaftlichem Gebiet hat nur der, der rein der Sache dient" (Weber 2006, 15). Wissenschaft ist, mit Bourdieu gesprochen, ein ernstes Spiel, das hohen individuellen Einsatz verlangt, sie ist eine „lebensverschlingende Tätigkeit" (Krais 2008, 188), die keine ernsthaften Nebenbeschäftigungen erlaubt: „weder die Sorge um Kinder oder pflegebedürftige Familienangehörige noch ein zeitraubendes Hobby oder gar anspruchsvolle politische Ehrenämter" (ebd.).

Wissenschaft erscheint als Berufung – und als frei von wirtschaftlichen Nöten, als frei von rein karrieristischen Bestrebungen jenseits wissenschaftlicher Wahrheitssuche und als frei von den praktischen und alltäglichen Erfordernissen der Selbst- und Fürsorge inner- wie außerhalb der Wissenschaft (vgl. Aulenbacher et al. 2010). Die Vorstellung von Wissenschaft als Lebensform basiert auf der Bedingung, dass nicht nur die konkrete wissenschaftliche Arbeit, sondern das ganze Leben der Wissenschaftler_innen „von 'praktischen Beschäftigungen und Besorgnissen' weitgehend befreit ist" (Krais 2010, 35). Genau diese Lebensbefreitheit der Wissenschaftler_innen aber kann faktisch nicht alleine getragen werden; historisch basiert die Vorstellung des modernen Typs des wissenschaftlichen Gelehrten realpolitisch und ideell auf einem geschlechts- und klassenspezifischen Background:

> „Der bürgerliche Gelehrte braucht Geselligkeit ebenso wie erholsame Ablenkung von der Arbeit, zuverlässige Bewunderung und Stabilisierung des Selbstwertgefühls [etwa in Zeiten von Selbstzweifel, TJ], und für all dies ist – neben der Verantwortung für die Kinder, den Haushalt und die Finanzen – die Gattin des Gelehrten zuständig. Nur am Rande sei bemerkt, dass die Gattin des Wissenschaftlers oft ein Vermögen in die Ehe einbrachte und so auch die finanziellen Voraussetzungen für einen großzügigen Lebensstil und bürgerliche Geselligkeit schuf, gerade in den problematischen Phasen der wissenschaftlichen Karriere, in denen der Ruf auf die gut dotierte Professur noch nicht ergangen war" (Krais 2010, 35f.).

Die (bürgerliche) Familie erscheint hier als *welfare agency:* Der hohe individuelle Einsatz in der Wissenschaft ist nicht möglich ohne emotionale Ruhezeit, Ausgleich, Privatheit, Unterstützung oder Abnahme alltäglicher Angelegenheiten – jedenfalls im männlichen Modell. Männer können die *illusio* der wissenschaftlichen Person dabei aber häufig in einer durchaus ganzheitlich anmutenden Variante leben, in der die Welt der Wissenschaft und die Welt des Privaten

eng verwoben sein kann: z.B. als Familialisierung der Arbeitssituation oder als Durchdringung des Privaten mit der Arbeit (etwa indem die Professorengattin spezifische Zuarbeiten mitübernimmt). Für *Wissenschaftlerinnen* spielen Partner_innenschaft, Familie und/oder Kinder eine ganz andere Rolle: Familie ist weniger eine Infrastruktur, auf die selbstverständlich zugegriffen werden kann, sondern eine, der daneben *auch noch* Rechnung getragen werden muss; Familie hält weniger den Rücken frei, sondern ist viel eher die zweite Baustelle im Leben (vgl. Krais 2008). Genauer: Zwar teilen auch Wissenschaftlerinnen (mit Kindern) die *illusio* des Feldes und zeigen die Bereitschaft, den erwarteten hohen Einsatz zu zeigen. Während die *illusio* bei vielen Männern aber vergleichsweise bruch- und konfliktlos aufrechterhalten werden kann, sind Wissenschaftlerinnen in weitreichende Zwiespalte verwickelt: Familie und Wissenschaft *begrenzen* sich wechselseitig im Zeiteinsatz, und das wiederum hinterlässt bei vielen Wissenschaftlerinnen das Gefühl, hin- und hergerissen zu sein und keinem der beiden Bereiche gerecht werden zu können (vgl. ebd.).

Das Konzept von Wissenschaft als Lebensform basiert, so lässt sich resümieren, auf der Abspaltung und Ausblendung des Praktischen, Alltäglichen, Notwendigen jenseits wissenschaftlicher Wahrheitssuche; obgleich also die Produktionsweise Wissenschaft maßgeblich auf androzentrischen und klassenspezifischen Mustern von gesellschaftlicher wie individueller Arbeitsteilung beruht, gehört es zur hegemonialen *illusio* des Felds Wissenschaft, Wissenschaft im Sinne einer Berufung gerade außerhalb des Kontexts von Arbeit und Leben zu verorten. So befürchtet beispielsweise der Wissenschaftstheoretiker Jürgen Mittelstraß etwas Falsches am Werk, wenn die wissenschaftliche Arbeit unter den Einfluss außerakademischer Verhältnisse gerät: „Auf einmal sind auch in der Wissenschaft der Laufbahnbeamte, Arbeitszeitverkürzung, Urlaubsvermehrung und vorgezogenes Rentenalter ein Thema. Wo die Wissenschaft zur Fabrik wird, gerät sie [...] unter die falsche Idee“ (Mittelstraß 1989, 22, zit.n. Krais 2008, 186). Beate Krais arbeitet heraus, dass die Konstruktion von Wissenschaft als Lebensform vor allem *ex negativo* definiert wird, nämlich „indem benannt wird, was nicht sein kann: nämlich eine Arbeit, die in die geltenden, auf die Gesetze und die Sitten des sozialen Lebens sich gründenden Regelungen einer historisch spezifischen Gesellschaft eingebunden ist“ (ebd.).

Die sozial für Wissenschaftler_innen wirkmächtige Vorstellung von Wissenschaft als Lebensform und mithin die gesamte Organisation der Produktion wissenschaftlichen Wissens basieren also implizit auf der für die bürgerlichen Gesellschaften der westlichen Moderne konstitutiven, herrschaftsförmigen Geschlechter- und Klassenordnung und der damit verbundenen geschlechtsspezi-

fischen Arbeitsteilung. Dies erweist sich auch als Schlüssel zur Erklärung dafür, warum die Institution Wissenschaften trotz der formalen Öffnung für Frauen nach wie vor ein hochgradig männlich vergeschlechtlichter sozialer Raum ist: „Frauen in der Wissenschaft werden [...] zunächst einmal als Fremdlinge wahrgenommen, weil sie in der Alltagswahrnehmung des wissenschaftlichen Feldes etwas ganz anderes verkörpern als ihre Kollegen, nämlich die Welt der Familie, der Körperlichkeit und der Geschlechtlichkeit, der sorgenden Tätigkeiten" (Krais 2010, 37). Sandra Beaufaÿs hat eindrücklich herausgearbeitet, dass und wie Wissenschaftlerinnen daher von Mentoren und Kollegen häufig die volle Anerkennung *als Wissenschaftlerin* versagt bleibt (vgl. Beaufaÿs 2012; 2007a; 2007b; 2003).

Resümierend lässt sich sagen, dass Wissenschaft ein gesellschaftliches Teilsystem mit eigenen Institutionen und Regelungen darstellt, die in ihrer Produktions- und Organisationsweise, ihren institutionellen Handlungsroutinen und feldspezifischen Konstruktionslogiken eine eigenständige, nach Eigenlogiken funktionierende Sphäre darstellt. Dazu gehört vor allem die Produktion von genuin wissenschaftlichem, das heißt auch als wahr angesehenem Wissen, das seinerseits durch methodische Kontrolle sowie fachinterne Begutachtungs- und Kommunikationszusammenhänge gesicherte Aussagensysteme bereitstellen soll. Wissenschaft stellt so auch selbst ein soziales und politisches Feld dar, in dem spezifische Ein- und Ausschlussmechanismen (z.B. nach Geschlecht und sozialer Herkunft) wirken. Die Konstruktion von *Wissenschaft als Lebensform* erweist sich als androzentrische und klassenspezifische Form von Arbeit. Als solche ist Wissenschaft Teil der Gesellschaft, ist Gegenstand von Politik und wirkt auf diese direkt und indirekt zurück. Der von Politik und Ökonomie (mit-)induzierte Wandel der Wissensproduktion hat wiederum Effekte nicht nur auf die Art und Weise, wie Wissenschaft gemacht wird und wer dies unter welchen Bedingungen macht; sondern auch auf die Art des Wissens bzw. die Art der Theoriebildung und die Bedingungen der Möglichkeit von Kritik.

3 Politik

Der Begriff Politik ist zweifellos hoch umstritten. In der Art und Weise, wie Politik gefasst wird, sind jeweils unterschiedliche Implikationen und Vorannahmen darüber enthalten, was überhaupt politikrelevant ist (bzw. umgekehrt, was als vor- oder außerpolitisch gilt) und wer als Subjekt der Politik gilt. Politik bezieht sich auf die Sozialität des Menschen und findet da statt, wo Menschen mit anderen

Menschen agieren (vgl. Falter 2012). Politik ist daher immer umkämpft – und zwar sowohl hinsichtlich der Begriffsbedeutungen, innerhalb der politischen Ideengeschichte bzw. politischen Theorie wie auch hinsichtlich der Realpolitik. In der Forschungsliteratur werden dabei zwei begriffliche Differenzierungen vorgenommen, nämlich a) die Unterscheidung eines engen und eines weiten Politikbegriffs und b) die Unterscheidung von Politik und dem Politischen.

Ad a) Ein enger Politikbegriff bezieht sich in der Regel auf den eng umfassten Bereich, der in liberal-bürgerlichen Demokratie- und Politikauffassungen die Sphäre der Öffentlichkeit umfasst: also etwa Staat und Staatshandeln, die politische Regierung und spezifische Akteure, in der Regel politische Eliten. Politik formiert sich in diesem Verständnis vorrangig als Interessenpolitik; also als „Formierung, Aggregierung und Durchsetzung von gleichsam voraussetzungslos im Jenseits des Politischen entstandenen Interessen" (Sauer 2012a, 114). Dieser enge Politikbegriff ist vor allem aus feministischer Perspektive problematisch; und zwar nicht nur weil darin eine Verengung des Blickwinkels auf politische Eliten und konventionelle Politikformen im Rahmen bürgerlicher Demokratien vorgenommen wird. Der enge Politikbegriff basiert konstitutiv auf der Trennung eines eng begrenzten Öffentlichen vom Privaten, die seinerseits geschlechtsspezifisch aufgeladen ist, allerdings als geschlechtsneutral inszeniert wird. Daraus resultiert eine Maskulinisierung der Politik: Innerhalb der (öffentlichen) Politik werden private Einschlüsse (wie z.B. Emotionen, Freundschaften) verschwiegen; und umgekehrt gilt alles, was im Privaten stattfindet, als vor- und außerpolitisch bzw. entpolitisiert.

Ein weiter Politikbegriff dagegen zielt auf die Entgrenzung des Politischen (vgl. Sauer 2012a; 2005). Sowohl vermeintlich private Lebenssphären werden in den Politikbegriff eingeschlossen wie auch nicht-konventionelle und informelle Politik- und Beteiligungsformen und Akteur_innen (wie z.B. NGO's, Demonstrationen, Protestformen, soziale Bewegungen). Auch Körper- und Subjektivierungsweisen werden als politisch aufgefasst, indem etwa die Natürlichkeit zweier Geschlechter infrage gestellt wird; ebenso wird die klassische Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit als patriarchaler Herrschaftsmodus entlarvt (vgl. Sauer 2012a). Feministische Politikkonzepte zielen demgegenüber „auf emanzipatorische Aspekte individueller und kollektiver Selbstbestimmung und politischer Selbstvertretung in allen gesellschaftlichen Bereichen – nicht nur im Parlament" (ebd., 114f.).

Ad b) Der Begriff der Politik bezieht sich in der Regel auf eine Aktivität, einen Prozess oder eine bestimmte gesellschaftliche Sphäre; Politik, so definiert Sheldon Wolin (1966), „[...] bezieht sich auf den legitimierten und öffentlichen

Konflikt, vor allem durch organisierte und ungleiche soziale Kräfte, um Zugang zu Ressourcen, die den öffentlichen Autoritäten der Kollektivität zur Verfügung stehen" (Wolin 1966, 32, zit.n. Marchart 2010, 37). Politik ist mit (politischer) Macht assoziiert (vgl. Marchart 2010); dagegen wird das Politische dagegen häufig normativ konnotiert, bezieht sich (bei Ricœur) auf menschliche Verhältnisse und Zusammenleben jenseits von (Klassen-)Konflikten (vgl. ebd.) bzw. (bei Wolin) auf die „[...] Idee, dass eine freie Gesellschaft, die aus Diversitäten zusammengesetzt ist, sich dennoch Momenten der Gemeinschaftlichkeit erfreuen kann, sobald durch öffentliche Deliberationen kollektive Macht eingesetzt wird, um das Wohlergehen der Kollektivität zu fördern und zu beschützen" (Wolin 1966, 32, zit.n. Marchart 2010, 37). Das Politische bezieht sich auch oft auf eine „Metaebene, also die konstitutive Bedingung für Politik bzw. für menschliches Zusammenleben überhaupt" (Falter 2012, 69) und betont Aspekte der Gründung und des Neubeginns in Abgrenzung zu Macht und Herrschaft.

Die begriffliche Abspaltung des Politischen und der Politik ist jedoch auch Gegenstand von Kritik; nicht alle politischen Theoretiker_innen unterscheiden zwischen Politik und dem Politischen. Matthias Falter (2012) schlägt vor, das Politische als Verhältnis zu begreifen:

> „[...] als gesellschaftliches Verhältnis, das das Handeln der einzelnen Individuen konstituiert und zugleich von diesem Handeln reproduziert und manchmal transformiert wird. Dabei liegt das Politische anderen Verhältnissen wie etwa Kapital- oder Geschlechterverhältnissen nicht zugrunde, sondern quer zu diesen, d.h., es schließt sie mit ein, geht jedoch auch über sie hinaus. Das Politische begreife ich als ein offenes, nichtstatisches soziales Verhältnis, das intersubjektive Relationen bezeichnet, die verhandelbar, umkämpft, kritikwürdig und veränderbar sind" (Falter 2012, 70).

Der Begriff Politik ist also mehrdimensional und in seiner Mehrdimensionalität auch als widersprüchlich zu begreifen (vgl. Falter 2012): Politik umfasst sowohl die Dimension der *Regierung*, in der Politik als Mittel für die Herstellung und Absicherung politischer Herrschaftsformen erscheint (neuzeitlich gesehen mit dem Ziel der Organisation und Sicherung von Souverän, Bürgerschaft und Eigentum). Politik verweist aber auch auf den Bedarf an *Legitimation* durch die Zustimmung oder Beteiligung der von Regierung Betroffenen. Das heißt, hier geht es um die Dimension von *Partizipation*, die nicht nur mit einem Aufrechterhalten bestehender Ordnungen verbunden sein muss, sondern ebenso auf Aspekte der Transformation, des Bruchs und der (Neu-)Gründung bis dato institutionalisierter (kollektiver) Praktiken verweist. Politik ist in diesem Sinne immer auch mit sozialen Kämpfen und *gesellschaftlichen Konflikten* und dem machtvollen Streben nach Durchsetzung von *Interessen* verbunden.

Wichtig ist auch die Frage nach dem *politischen Raum* bzw. nach dessen Grenzziehungen und Funktionsweisen. Politik ist klassischerweise in der Sphäre der Öffentlichkeit angesiedelt – und Öffentlichkeit wiederum ist von der Sphäre des Privaten abgetrennt. Dies hat zur Folge, dass als politisch in der Regel nur gilt, was als öffentliche Angelegenheit betrachtet wird bzw. was als kollektive Angelegenheit von Freien und Gleichen im öffentlichen Raum verhandelt wird. Wo jedoch die Grenzen zwischen dem verlaufen, was als öffentliche, gesellschaftliche, politisch zu regelnde Angelegenheit gilt und was als private, also unpolitische Angelegenheit, die womöglich gar vor dem Zugriff von Politik und Öffentlichkeit zu schützen ist – das allerdings ist selbst bereits eine hochpolitische Frage. Mehr noch: die Grenzziehungen zwischen Öffentlichkeit und Privatheit sind in (post-)modernen Gesellschaften selbst zum Gegenstand von Politik geworden (vgl. Fraser 2001a; 2001b; Holland-Cunz 2003c; Krause 2003). Insbesondere die Frauenbewegungen mit dem Slogan *Das Private ist politisch* stehen hier für die Anfechtung traditioneller Grenzziehungen zwischen Öffentlichkeit und Privatheit – und somit für einen weiten Politikbegriff, der sich gerade nicht auf Regierung, Staat und konventionelles politisches Handeln beschränkt, sondern den Blick auf Arbeits- und Geschlechterverhältnisse, Sexualität, Gewalt und Körperpolitiken erweitert. Aber nicht nur die Konzeption des politischen Raums mit seinen In- und Exklusionsmechanismen ist stets Gegenstand von Auseinandersetzungen; dies gilt auch für die präskriptiven Zuschreibungen des S*ubjekts der Politik*. Wichtig ist dabei jedoch immer, dass Politik sich auf die Pluralität von Menschen und damit auf kollektives Handeln bzw. die gesellschaftlich relevanten Angelegenheiten bezieht: „Politik handelt von dem Zusammen- und Miteinander-Sein der *Verschiedenen*" (Arendt 2003, 9; Hrvg.i.O.).

Der Politikbegriff ist also nicht nur mehrdimensional, sondern auch kontrovers. Die Annäherung an ein Grundverständnis von Politik soll daher über zentrale Diskussionsachsen zum Politikbegriff vorgenommen werden. Im Folgenden werden zwei kontroverse Achsen von Politik vorgestellt, nämlich 1) die Achse Institution/politisches Handeln und 2) Konsens/Dissens – und damit verbunden – Verständigung oder Interesse (vgl. Kreide/Niederberger 2011).

Ad 1) Die erste kontroverse Achse bezieht sich auf die Frage, ob Politik vornehmlich als *politisches Handeln* gefasst wird, das heißt, die politischen Subjekte „ihre Konflikte und [...] ihr Zusammenleben gemeinsam anhand von selbstgesetzten Regeln" koordinieren (ebd., 11) oder ob Politik vornehmlich als *institutionelle Ordnung* gefasst wird, bei der „politische Autorität entweder über Rechtsregeln oder [...] sogar über subjektlose Systeme verkörpert oder verstetigt" wird (ebd., 290). Hier geht es also um Aspekte von kollektivem Handeln – auch im Sinne

von Partizipation, Verantwortlichkeit und Gestaltungsmöglichkeiten auf der einen Seite – und Aspekte des funktionalen Zusammenhangs von Gesellschaft andererseits. Damit sind allerdings – und hier gehe ich über Kreide/Niederberger (2011) hinaus – auch Fragen nach den politischen Akteuren selbst gestellt, also wer z.B. auch hinter dem System institutionalisierter Politik sichtbar wird: Welche Akteur_innen bzw. welche sozialen und politischen Kräfteverhältnisse die institutionalisierte Politik stellen.

Ad 2) Die zweite von Kreide/Niederberger (2011) ausgemachte Kontroverse bezieht sich auf die Frage, ob Politik als *Dissens* zu begreifen ist oder vielmehr als *Verständigungspraxis*. In ersten Fall ist der Sinn von Politik nicht die Herstellung eines Konsenses im Sinne einer von allen geteilten Grundlage. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass der prinzipiell kontingente Charakter von Politik und mithin die mit ihr verkoppelten Macht- und Entscheidungsaspekte sichtbar gemacht werden müssen – und zwar auch hinsichtlich ihrer Revidierbarkeit im gesellschaftlichen Wettstreit und der jeweils aktuellen Konstellation gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse (vgl. dazu auch Mouffe 2010a; Marchart 2010). Auf der anderen Seite stehen – maßgeblich in Anschluss an Habermas und deliberative Theorien – Ansätze, die Politik vornehmlich in einem klar von anderen gesellschaftlichen Sphären zu unterscheidenden öffentlichen Raum verorten. Politisches Handeln realisiere sich dabei „in der öffentlichen Verständigung vernünftig kommunizierender Bürger" (Kreide/Niederberger 2011, 299), die dabei allerdings mit einer rechtlich institutionalisierten Volkssouveränität zusammengehen muss. Politik ist hier also nicht die machtvolle Durchsetzung von Interessen, sondern vielmehr die vernünftige Verständigung über die allgemeinen Angelegenheiten. Im Kern dieses Verständnisses politischer Willensbildung und vernünftiger Entscheidungsfindung liegt dabei – und hierin besteht der entscheidende Unterschied – die Vorstellung idealer Argumentationsbedingungen.

Die Annäherung an einen Begriff der Politik entlang der Kontroversen, die um Politik geführt werden, hat im vorliegenden Kontext auch eine methodische Komponente. An dieser Stelle geht es nicht darum, zu einem festen, exakt konturierten Arbeitsbegriff von Politik zu kommen. Grundsätzlich wird zwar einem weiten Politikbegriff ebenso gefolgt wie dem Vorschlag von Falter (2012), Politik bzw. das Politische als Verhältnis zu begreifen; dabei wird jedoch die Janusgesichtigkeit von Politik bzw. dem Politischen betont. Das heißt, es wird ein Begriff von Politik zugrunde gelegt, der offen ist sowohl für die Dimension der politischen Macht (im Sinne des Politikbegriffs) als auch für die Dimension der Neugründung und Überschreitung. Die Mehrdimensionalität wie auch der

kontroverse Charakter von Politik sollen dabei explizit als Untersuchungsfolie dienen – und so gewissermaßen eine Sensibilität dafür herstellen, auf welche Aspekte von Politik sich die nachfolgend untersuchten Ansätze von Kritischer Theorie und feministischer Theorie in ihren Kritikkonzeptionen beziehen.

Allerdings ist davon auszugehen, dass nicht einfach nur gefragt werden kann, wie in den untersuchten Ansätzen Politik explizit thematisiert wird; dies hieße, sich vor allem diejenigen Ansätze vorzunehmen, in denen explizit Aussagen im Sinne einer Theorie der Politik enthalten sind. Wie in der Einleitung bereits deutlich gemacht wurde, ist das Anliegen der Arbeit allerdings nicht, die Beiträge von Kritischer Theorie und feministischer Theorie zu einer kritischen Theorie der Politik zu sondieren, sondern umgekehrt, nach den politischen Implikationen der von ihnen vertretenen Kritikkonzeptionen zu fragen. Mit anderen Worten: Es geht um die Frage nach der Kontur des politischen Charakters von kritischer Gesellschaftstheorie – die sich womöglich nicht im Rahmen dessen bewegt, was üblicherweise zum Politikbegriff diskutiert wird. Um die erkenntnisleitende Fragestellung zu konkretisieren, bedarf es daher – über die bisher geleistete Begriffsarbeit hinaus – einer Operationalisierung, die darauf abzielt, sowohl Kritikkonzeptionen als auch deren politische Gehalte zu entziffern. Dies wird im folgenden Abschnitt erläutert.

4 Zur Analyse des politischen Gehalts kritisch-feministischer Theorien

4.1 Wissenschaft und Politik als Spannungsverhältnis

Die bislang erfolgte Begriffsarbeit diente zur Erarbeitung eines Grundlagenverständnisses ebenso wie zur Erarbeitung von Begriffen und Modellen, mit denen der politische Gehalt von Kritik eingeschätzt und beschrieben werden kann. Außerdem wurde der Gegenstand Kritik auf eine bestimmte Form von Kritik eingegrenzt, nämlich auf Ansätze im Feld *kritischer Gesellschaftstheorie*. Es zeigt sich dabei, dass Kritik und der mit Kritik verbundene Modus des Praktischen und Politischen sich in einem spezifischen *Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik* ansiedelt. Dies bezeichnet eine Grundannahme, die der nachfolgenden Untersuchung zugrunde liegt, und die die besondere Konstellation Kritischer Theorie und feministischer Theorie einfängt: Als *Theorien* arbeiten die genannten Ansätze im Modus von Erkenntnis; und dieser Modus ist üblicherweise als Operation entlang der Dichotomien von wahr/unwahr codiert bzw. zielt auf argumentationslogische Richtigkeit und intersubjektive Nachprüfbarkeit. Kritische

Theorien werden überdies häufig unter den Bedingungen der Wissenschaft bzw. des wissenschaftlichen Felds erarbeitet – mit all den damit verbundenen Implikationen bzgl. der *illusio* des Felds und den Veränderungen in der gesellschaftlichen Organisation von Wissensproduktion, in die kritische Ansätze auf ambivalente Weise verstrickt sind. *Als (Gesellschafts-)Kritik* arbeiten die beiden Ansätze aber gleichzeitig im Modus eines Differentialurteils, das auf eine praktische Veränderung der gegebenen Wirklichkeit abzielt. In diesem praktischen Impuls und der Orientierung auf eine andere, bessere Wirklichkeit aber liegt zumindest eine strukturelle Nähe zum Modus von Politik als menschliches Handeln, das auf die kollektiven Angelegenheiten zwischen Menschen zielt. Über den praktischen Impuls von Kritik kommt auch die Frage nach dem Ziel der Veränderung in den Blick. In einem allgemeinen Sinn geht es um Herrschaftskritik bzw. um alternative, emanzipationsorientierte Handlungsmöglichkeiten. Wenn man dies in Anlehnung an den feministischen, weiten Politikbegriff ebenfalls als Aspekte der Politik/des Politischen begreift, stellt sich die Frage, auf welche Dimensionen von Politik Kritik dabei rekurriert – auf Politik als interessegeleitetes, mitunter konfliktives Handeln und/oder vernunftbasierte kollektive Selbstverständigung zur Gestaltung der Wirklichkeit? Und wie wird das Verständnis von Politik mit dem Verständnis von Wissenschaft verknüpft?

Damit ist bereits das Spannungs- und Widerspruchsverhältnis umrissen, das zwischen Wissenschaft und Politik bzw. Theorie und Praxis grundsätzlich wirkt: Der Logik von wahr/unwahr steht die Logik von Interessen/Macht/Konflikt/Dissens bzw. die Logik von kollektiver Verständigungspraxis als politisches Handeln gegenüber. Traditionelle Wissenschaftsvarianten lösen dieses Spannungsverhältnis durch eine weitreichende Trennung von Theorie und Praxis auf; die Konstruktion von Wissenschaft im modernen Sinne basiert, wie gezeigt, auf der konstitutiven und geschlechtsspezifisch geprägten Abspaltung des Praktischen und Notwendigen. Über Wahrheit, so der gängige Einwand, lässt sich nicht verhandeln; Wahrheit ist kein Gegenstand demokratischer Abstimmung. Umgekehrt kommt eine Beschäftigung mit Politik nicht umhin anzuerkennen, dass Politik nicht (nur) nach Maßstäben des objektiv Vernünftigen oder Wahren funktioniert (vgl. dazu Arendt 1967/2006).

Wissenschaft und Politik werden vor diesem Hintergrund als in einem mitunter widersprüchlichen Spannungsverhältnis stehend begriffen – eines Spannungsverhältnisses allerdings, in dem Wissenschaft und Politik auch miteinander in Bezug stehen. Wie genau sich Ansätze kritischer Gesellschaftstheorie innerhalb dieses Spannungsfeld platzieren, ob und wie sie darüber reflektieren, ob und wie sie Bezug nehmen einerseits auf das Feld Wissenschaft, andererseits auf Praxis

und Politik und mit welchen Mitteln sie diesen – politischen – Bezug zu Wissenschaft und Politik herstellen, ist jedoch höchst unterschiedlich. Dies birgt auch unterschiedliche Implikationen für die Art des Praxisbezugs, für die Art der Problemwahrnehmung und Bewältigungsstrategie sowie für das Verhältnis zwischen Kritiker_in und Adressat_in der Kritik. Kritik kann sich als Form der Reflexion begreifen bzw. als eine Tätigkeit, die überhaupt erst (andere) zur Reflexion anstoßen will; sie kann sich aber auch selbst als Therapeut_in verstehen. Kritik kann sowohl als distanzierte Befragung der Wirklichkeit wie auch als konkreter Eingriff in die Praxis entworfen werden. Um die spezifische Politik der Kritikkonzeptionen kritischer Gesellschaftstheorie zu bergen, braucht es, so die Annahme, daher ein weitergehendes Analyseinstrumentarium, mit dem die erkenntnisleitende Fragestellung operationalisiert werden kann.

4.2 Systematische Aspekte: Das Analyseraster zur Entzifferung von Kritikkonzeptionen

Das Analyseinstrumentarium, das in der nachfolgenden Untersuchung von Ansätzen der Kritischen Theorie und der feministischen Theorie zum Einsatz kommt, ist in Rückgriff auf einen Aufsatz von Stefan Müller-Dohm (2000) mit dem Titel „Kritik in kritischen Theorien" entwickelt worden. In diesem Aufsatz, der sich mit der Kritischen Theorie beschäftigt, werden unterschiedliche Kritikkonzeptionen der Kritischen Theorie entziffert, die allerdings nicht so sehr auf ihren jeweiligen politischen Gehalt befragt werden, sondern auf die darin enthaltenen normativen Begründungsmuster von Kritik. Gleichwohl, so die Ausgangsannahme, stellen die von Müller-Dohm (2000) entwickelten Analysefragen einen vielversprechenden Ansatz dar, um damit erstens Kritikkonzeptionen in Theorien entziffern zu können. Dabei wird davon ausgegangen, dass diese Analyseebenen geeignet sind, in der Entwicklung *einer* Theorieströmung unterschiedliche Kritikkonzeptionen zu entziffern (also quasi als binnentheoretische Differenzierung von Kritikverständnissen zu entziffern), aber auch die Kritikkonzeptionen *verschiedener* Theorieströmungen deutlich herauszuarbeiten. Zweitens – über Müller-Dohm (2000) hinausgehend – gehe ich davon aus, dass diese Analysefragen auch das Potential besitzen, den politischen Gehalt (und nicht nur die normativen Begründungsmuster) von Kritikkonzeptionen zu bergen. Diesbezüglich habe ich den von Müller-Dohm (2000) entlehnten Fragenkatalog entsprechend verändert. Dies wird im Folgenden erläutert.

Geleitet wird die Analyse der ausgewählten Theorieströmungen durch das übergreifende erkenntnisleitende Forschungsinteresse an den *Konzeptionen der*

Kritik und ihren politischen Implikationen. Das erkenntnisleitende Forschungsinteresse wird seinerseits auf der Grundlage von drei Fragen operationalisiert, die jeweils eine bestimmte Dimension der politischen Implikationen von Kritikkonzeptionen fokussieren. Diese drei Fragen bzw. Analyseebenen sind:

a) die Methode der Kritik, das heißt, es geht hier um die Spezifizierung einer bestimmten Konzeption von Kritik entlang der Frage, wie sie funktioniert und in welchem Modus sie operiert (also z.B. die Frage, ob ein ideologiekritisches Verfahren zugrunde liegt).

b) die Problem- und Gegenstandskonstruktion, die der Kritik zugrunde liegt. Das heißt, es geht um die Frage, welche inhaltlich-substanziellen Gehalte als Gegenstand der Kritik in den Blick kommen und welche Problemsicht darauf entwickelt, z.B. welche Theorie von Herrschaft am und über den Gegenstand entwickelt wird. Dabei geht es vorrangig um die Art und Weise, wie die Kritik ihren Gegenstand (mit-)konstruiert und sich zu diesem in ein Verhältnis setzt.

c) das Verständnis des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik bzw. die Figur der/des Kritiker_in und ihr Verhältnis zu den Adressat_innen der Kritik. Diese Ebene betrifft die Frage danach, wie das Verhältnis von Wissenschaft und Politik im Kontext des Wirksamwerdens von Kritik verstanden wird. Dies kann die Form der Reflexion von folgenden Facetten annehmen: die materialen Bedingungen kritischer Theoriebildung sowie die gesellschaftlich-historischen, aber auch geschlechtlich-klassenspezifischen Situierungen derjenigen, die Kritik produzieren (z.B. in der Position als Wissenschaftler_innen innerhalb universitärer Strukturen, als Teil einer spezifischen gesellschaftlichen Arbeitsteilung und innerhalb spezifischer historisch-gesellschaftliche Kontextbedingungen, unter denen kritisches Denken befördert oder gehemmt wird); die Identifizierung von Adressat_innen der Kritik, das heißt, die Frage danach, ob und wenn ja für wen Kritik spricht bzw. wer als Träger_innen von Kritik ausgemacht wird; und nicht zuletzt die Art und Weise, wie die Vermittlung zwischen Theorie und Praxis selbst gedacht wird (z.B. als Prozess der Therapie, der Anleitung durch eine intellektuelle Avantgarde, als kollektiver Bewusstwerdungsprozess o.ä.).

Auf allen drei Analyseebenen sind politische Implikationen zu entziffern, auf die die Untersuchung schwerpunktmäßig zugespitzt werden soll. Auf der Ebene a) kann sich die Frage nach politischen Implikationen z.B. darin zeigen, ob und inwiefern die Struktur von Kritik selbst bereits als eine politische bestimmt wird, die normativ und praktisch etwa auf eine Veränderung ihres Gegenstands angelegt ist und weiter, wie dies erreicht werden soll. Auf der Ebene b) sind z.B. politische Implikationen darin enthalten, wie der Problemzusammenhang bestimmt wird bzw. ob und welche Politikstrategien zur Überwindung des Problemzu-

sammenhangs entziffert werden. Dies betrifft z.B. auch Fragen danach, welche herrschaftstheoretischen und/oder emanzipationstheoretischen Implikationen in der Konstruktion des Gegenstands enthalten sind. Auf der Ebene c) sind politische Implikationen z.B. in der Art und Weise enthalten, wie das Verhältnis von Wissenschaft und Politik sowie das Verhältnis von Kritiker_in und Adressat_in gedacht wird, also wie das Praktischwerden der Kritik konzipiert wird: Hier können Momente der politischen Bevormundung oder des Paternalismus enthalten sein, die es aus demokratischer Perspektive zu kritisieren gilt.

Dieses Fragenraster wird gleichermaßen an beide Theorieströmungen gelegt und gestaltet auch die Form, in der die jeweiligen Kritikkonzeptionen der Theorien in der vorliegenden Arbeit dargestellt werden. Es dient dazu, in einem ersten Schritt unterschiedliche Kritikkonzeptionen innerhalb der jeweiligen Theorieströmungen deutlicher herauszuarbeiten; es dient darüber hinaus aber in einem zweiten Schritt dazu, Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen den verschiedenen Kritikkonzeptionen zu erörtern.

Obgleich also die Herangehensweise an beide Theorieströmungen die gleiche ist, muss doch auch dem jeweils sehr unterschiedlichen empirischen Material Rechnung getragen werden. Aspekte der Auswahl von Texten als Grundlage der Untersuchung sind daher sehr spezifisch auf die beiden Theorieströmungen hin angepasst – und werden jeweils gesondert zu Beginn der Einzelanalysen über Kritische Theorie und feministische Theorie dargelegt und begründet. Überdies ist wichtig zu betonen, dass der vorliegenden Arbeit die Grundüberzeugung unterliegt, dass das Reden über Kritik und kritische Gesellschaftstheorie immer auch schon eine (politische) Praxis ist. Die Art und Weise, wie Kritik dargestellt, welche Zugänge gewählt werden, welche Texte als Basis gelegt werden, mit anderen Worten: was als zugehörig oder relevant bestimmt wird und wie dieses Material dann gelesen wird – dies alles ist selbst bereits eine theoriepolitische Intervention.

4.3 Theoriegeschichtliche Aspekte: Theoriebildung als Verarbeitung gesellschaftlicher Erfahrung

Kritische Theoriebildung ist Teil gesellschaftlicher Praxis und formiert sich hier in Auseinandersetzung mit herrschenden Wissenschafts- und Gesellschaftsverhältnissen. Die Kontexte, Rahmen- und Referenzbezüge von kritischem Denken sind stets im Wandel begriffen – und kritische Gesellschaftstheorien reagieren nicht nur im Sinne einer Anpassung der eigenen Kategorien- und Begriffsapparate darauf. Auch die grundlegenden Kritikkonzeptionen von kritischen Gesellschaftstheorien verändern sich in Abhängigkeit von historischen, institutionellen, (theorie-)poli-

tischen Entwicklungen. Denn Kritik, das gilt es auch methodisch zu reflektieren, ist auch in Form von Theoriearbeit ein Praxisfeld. Dieses wird von spezifischen Akteur_innen unter je spezifischen Produktionsbedingungen getragen, verändert, revidiert und neu angeeignet; kritisches Denken muss dabei auch auf die eigenen Bedingungen der Möglichkeit reflektieren – und dies wiederum findet ebenso Eingang in die Konzeption von Kritik bzw. deren politischen Implikationen. Das heißt, um den politischen Gehalt von Kritikkonzeptionen erfassen zu können, ist es nicht damit getan, formal-systematisch nach Modellen von Kritik zu fragen. Dies ist ein notwendiger, aber nicht hinlänglicher Aspekt der Frage nach dem politischen Gehalt von Kritikkonzeptionen. Überdies ist es wichtig, eine dynamische Perspektive auf die Entwicklung von Kritikkonzeptionen innerhalb von Theorieströmungen zu entwickeln, die ihrerseits in den Wandel von historischen, institutionellen und (theorie-)politischen Konstellationen eingelassen sind.

In der vorliegenden Arbeit wird daher ein Zugang zur Frage nach Kritikkonzeptionen favorisiert, der systematisch-formale Aspekte der Entzifferung unterschiedlicher Kritikansätze (wie sie durch die oben dargestellten drei Analysefragen erhoben werden sollen) mit Aspekten der *inneren Entwicklung von Theorieströmungen* verknüpft und diese im Kontext des *Wandels von historischen, institutionellen und (theorie-)politischen Konstellationen* verortet. Damit soll auch ermöglicht werden, Überhomogenisierungen zu vermeiden und methodisch offen für Brüche und Veränderungen in Kritikkonzeptionen zu sein. Mit anderen Worten: Die Frage nach Kritikkonzeptionen und ihrem politischen Gehalt wird neben den systematisch-methodischen Aspekten auch als Frage nach der *Darstellung von Theoriegeschichte* re-interpretiert.

Heinz Steinert (2007) hat hierzu einen instruktiven methodischen Vorschlag unterbreitet, der am Gegenstand der Kritischen Theorie entwickelt worden ist, aber auf Theoriegeschichte im Allgemeinen angewendet werden kann. Entgegen der Darstellung von Theoriegeschichte mit Blick auf äußere Ereignisse versteht Steinert Theoriegeschichte als *Abfolge von Revisionen*, das heißt als Abfolge von zentralen Wendungen oder auch Brüchen in den Grundannahmen der Theorie (vgl. ebd.). Dabei ist die Bezugnahme auf solche Revisionen vor allem vor dem Hintergrund eines Zugriffs geprägt, der Theoriebildung als *Verarbeitung der Erfahrungen von Gesellschaft* (vgl. ebd.) begreift. Damit wendet sich Steinert gegen einen Umgang mit Theorien, der diese lediglich als Abfolge von „'großen Männern', von denen jeder einen 'Ansatz' vertritt" (ebd., 157) in den Blick nimmt. Demgegenüber will er Gesellschaftstheorie nicht als etwas verstanden wissen, was „das Ergebnis von Denkanstrengungen und Geistesblitzen einzelner Personen [ist], sondern sie beruht auf Wissen, das in bestimmten gesellschaftlichen Positio-

nen entstehen kann" (ebd., 158). In diesem Sinne ist kritische Gesellschaftstheorie „als Ergebnis von gesellschaftlichen Erfahrungen und ihrer (widerständigen) Verarbeitung zu rekonstruieren" (ebd., 160).

Das heißt, dass die jeweiligen Kontexte und Referenzbezüge von kritischer Theoriebildung mitreflektiert werden müssen – und dass reflektiert werden muss, dass unterschiedliche Theorieströmungen auch auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Erfahrungen basieren. Beispielsweise basiert das Denken von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno in der „Dialektik der Aufklärung" (1944/1997) auf gänzlich anderen gesellschaftlichen Erfahrungen als feministische Theorie, die einer Emanzipationsbewegung nach Auschwitz entstammt. Diese Differenzen in der Erfahrungsstruktur sind unhintergehbar; sie beziehen sich aber auch nicht nur auf zeithistorische Entwicklungen, sondern auch auf Aspekte der geschlechtlichen und sozialen Situierung in Gesellschaften – und implizieren jeweils einen anderen Blick auf Gesellschaft. Der Rekurs auf gesellschaftliche Erfahrungsstrukturen ist also zum Verständnis des politischen Gehalts von Kritikkonzeptionen unerlässlich; gleichwohl ist er aber auch nicht zum Selbstzweck zu hypostasieren – so, als ließe sich jede (theorie-)politische Ausrichtung von Kritik *ausschließlich* und im Sinne einer Determiniertheit mit deren historisch-konkreter Situierung und Erfahrungsstruktur erklären.

Vielmehr wird in der vorliegenden Arbeit davon ausgegangen, dass der spezifisch politische Gehalt von Kritikkonzeptionen nicht nur durch formale und methodische Aspekte der Kritik zu bestimmen ist und auch nicht nur darüber, wie einzelne Theorieansätze Politik als Gegenstand thematisieren (also welche Beiträge zu einer kritischen Theorie von Politik sie liefern). Der politische Gehalt von Kritikkonzeptionen wird in vollem Umfang – davon wird ausgegangen – erst durch einen erweiterten Blick ermöglicht, einen nämlich, der theoretische Kritikkonzeptionen mit den jeweiligen historischen, institutionellen und (theorie-)politischen Konstellationen in Zusammenhang bringt. Das heißt, es geht auch um die Frage, wie sich Kritik in ihren jeweiligen Konstellationen positioniert, wie sie auf Entwicklungs- und Veränderungstendenzen reagiert bzw. auf diese zurückwirkt und wie sie ihre eigenen Bedingungen reflektiert.

Vor diesem Hintergrund macht die Untersuchung neben der Entzifferung von einzelnen Kritikkonzeptionen auch dem Versuch, diese im Kontext ihrer historisch-gesellschaftlichen Bedingungen zu reflektieren. Im Folgenden stehen zunächst die Kritische Theorie und sodann die feministische Theorie im Zentrum der Untersuchung.

Teil C: Kritik und Politik

1. Kritik und Politik in der Kritischen Theorie

1.1 Einführung

1.1.1 Kritische Theorie – ein politisches Defizit?

Die Kritische Theorie der Frankfurter Schule gilt als eine (dissidente) Variante marxistischer Theoriebildung. Allerdings hat sich die Kritische Theorie der Frankfurter Schule im Laufe der 1920er bis 1940er Jahre von einigen zentralen Prämissen des dato geltenden (offiziellen) Marxismus gelöst und gilt als eigene Schule. Als kritische Gesellschaftstheorie begreift sich Kritische Theorie – ganz im Verständnis Marxscher Kritik – als eine Theorie, die selbstreflexiv ist und auf zeitgeschichtlichen Erfahrungen basiert, die ihrerseits Ausdruck bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse sind. Kritische Theorie ist auf Gesellschaft – von der sie sich als Teil begreift und also in sich als Gegenstand vorkommt – in einer praxisorientierten Weise bezogen: nämlich dergestalt, dass Herrschaftsverhältnisse entziffert und ein Beitrag zu ihrer Überwindung geleistet werden soll. Insofern Kritische Theorie von ihrer Zielsetzung her also auf eine emanzipatorische Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse gerichtet ist, hat sie eine „handlungsleitende bzw. -relevante Funktion […]. Somit ist die Kritische Theorie mit der politischen Sphäre bzw. mit der Perspektive politischen Handelns eng verbunden" (Açıkgöz 2014, 63).

Diese grundsätzliche Einschätzung, dass Kritische Theorie eine Praxisorientierung hat und einen eigenen politischen Gehalt besitzt, ist Teil der Selbstbeschreibung kritischer Gesellschaftstheorien. Innerhalb der verschiedenen Varianten kritischen Denkens aber wird diese grundsätzliche praxis- und politikrelevante Charakterisierung konterkariert durch die Zuschreibung, dass gerade die Kritische Theorie – in der spezifischen Gestalt der Frankfurter Schule – politik- und praxisabstinent sei. In der Rezeption der Kritischen Theorie liegt die weit verbreitete Einschätzung vor, dass die Kritische Theorie ein politisches Defizit aufweist

(vgl. für die Begrifflichkeit u.a. Chambers 2004).[1] Bei näherer Beschäftigung mit dem Topos des politischen Defizits zeigt sich, dass dessen konkrete Inhalte mindestens fünf verschiedene Facetten umfassen – und in der Literatur nicht immer jede dieser Facetten benannt wird, sondern sich bei einigen Autor_innen diese, bei anderen jene Ausführungen zum politischen Defizit der Kritischen Theorie finden lassen. In der Forschungsliteratur zur Kritischen Theorie lassen sich folgende fünf Teilargumente entziffern, die in der Rede vom politischen Defizit der Kritischen Theorie benannt werden:

1) Mit am häufigsten wird der theoretische Pessimismus der ersten Generation der Kritischen Theorie als eigentliche Ursache für deren Distanz zur politischen Sphäre benannt. Die Arbeiten der Kritischen Theorie gelten spätestens ab den 1940er Jahren als von einem geschichtsphilosophischen Pessimismus (vgl. Honneth 1982), einem sozialtheoretischen Negativismus (vgl. Honneth 2007) bzw. als von einer negativen Geschichtsphilosophie (vgl. Açıkgöz 2014) geprägt, die die Zivilisationsgeschichte als Zerfallsgeschichte und die gegebene Gesellschaft als totalitär-herrschaftlich abgeschlossen und ohne Ausweg beschreibt. Seyla Benhabib (1992; 1982) und Jürgen Habermas (1983) haben diesbezüglich kritisiert, dass damit auch die formulierte Kritik totalitär werde, weil sie keine emanzipatorischen Veränderungspotentiale mehr ausweisen könne.

2) Der Pessimismus bezieht sich allerdings nicht nur auf die sozial- und gesellschaftstheoretischen Gehalte der Kritischen Theorie, sondern auch auf den Modus der Kritik – und betrifft hier das Verfahren der bestimmten Negation. Insbesondere die Dialektik der Aufklärung gilt als ein Werk, in dem die Ideologiekritik noch einmal so radikal auf die Kritik selbst bezogen wird, dass jegliche normative Grundlage von Kritik entzogen werde und somit das Projekt kritischer Gesellschaftstheorie selbst abgebrochen werde (vgl. Benhabib 1992; 1982; Habermas 1983).

3) Die Frankfurter Schule bricht insbesondere in Bezug auf die Vorstellung des Theorie-Praxis-Verhältnisses mit den Prämissen des offiziellen Marxismus. Der Kritischen Theorie scheint die Arbeiter_innenbewegung nicht länger als revolutionäres Subjekt; mehr noch sehen Max Horkheimer und Theodor W. Adorno ab den 1940er Jahren – vor dem Hintergrund von europäischem Faschismus, Nationalsozialismus und Holocaust, aber auch angesichts der Kulturindustrie

1 Obwohl sich mittlerweile einige Arbeiten mit dem politischen Gehalt der Kritischen Theorie differenzierter beschäftigt haben (vgl. u.a. Açıkgöz 2014; Chambers 2004; Demirović 2004; 1999), ist die Rede vom politischen Defizit der Kritischen Theorie bis heute auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung noch eine Art Gemeinplatz.

der westlichen Demokratien (hier vor allem der USA) und der Stalinisierung der UdSSR – die Subjektpotentiale für politisches Handeln in emanzipatorischer Hinsicht ganz allgemein und grundlegend verstellt. Aus dieser Einschätzung resultiert für Max Horkheimer und Theodor W. Adorno die Rücknahme des bis dato in marxistischer Theorie häufig formulierten Anspruchs an Theorie, unmittelbar handlungs- und praxisrelevant sein zu können. Kritisches Verhalten ist aus Sicht der Autoren der Kritischen Theorie nicht länger einem Kollektivsubjekt und dessen Kämpfen zuzuschreiben, sondern ist nur noch bei einzelnen, gesellschaftlich isolierten und einsamen Intellektuellen angesiedelt, die ihrerseits aber keine Hoffnung darauf geben können, dass ihre Kritik auf einen Resonanzboden fällt (vgl. Dubiel 1978). Das heißt, der Wirkungszusammenhang der Theorie ist aus dieser Sicht brüchig, wenn nicht ganz hinfällig geworden.

4) Diese relative Entkopplung von Theorie und Praxis bildet auch den Hintergrund für die heftigen Konflikte, die sich im Verlauf der 1968er-Bewegung zwischen Vertretern der Frankfurter Schule und den Vertreter_innen der Neuen Linken entzündeten. Insbesondere Theodor W. Adorno lehnte die Praxis der Protestbewegung als unreflektierten Aktionismus ab und verweigerte sich den Erwartungen der Studierenden, dass sich die Autoren der Kritischen Theorie – auf deren Arbeiten sich zunächst etwa Vertreter des SDS beriefen – mit ihnen zu solidarisieren und aktiv an deren Kämpfe zu beteiligen haben. Diese erklärte Politikabstinenz im Kontext der 1968er-Bewegung galt vielen Vertreter_innen der Neuen Linken als falsche, nämlich bürgerliche Praxis, von der sie sich enttäuscht abwandten (vgl. Açıkgöz 2014). Aber auch bei Autoren der Kritischen Theorie, die der Neuen Linken näher als Adorno standen – wie z.B. Herbert Marcuse – ist eine tiefe Skepsis gegenüber politischem, gar parteipolitischem Engagement augenscheinlich. Mit der Frankfurter Schule verbindet sich auch unter den gewandelten gesellschaftlichen Bedingungen des Nachkriegsdeutschlands nicht der Versuch, politische (Reform-)Vorschläge zu formulieren (vgl. Chambers 2004). Auch in den sich entwickelnden parlamentarischen Demokratien sahen die Vertreter der Kritischen Theorie einen Verblendungszusammenhang am Werk, dem nur mit der *Großen Verweigerung* (Herbert Marcuse) zu begegnen sei (vgl. Berends 2002).

5) Ein weiteres Argument für das politische Defizit der Kritischen Theorie bezieht sich auf das Fehlen einer genuin politischen Theorie (vgl. Greven 1994). Kritisiert wird häufig, dass die Kritische Theorie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, politische Institutionen und politisches Handeln, soziale Bewegungen und Protestformen unterschätzt (vgl. Açıkgöz 2014; Dubiel 1978; Honneth 1989). Ein gängiger Vorwurf an die Kritische Theorie ist in diesem Zusammen-

hang auch, sich stattdessen immer stärker in den Bereich des Ästhetischen und der sprachlich-begrifflichen Abstraktion geflüchtet zu haben und so politisch irrelevant und ohne jeden Bezug zur gesellschaftlichen Lebenspraxis geworden zu sein (vgl. Chambers 2004; Steinert 2007).

Die Rede vom politischen Defizit der Kritischen Theorie ist dabei aber selbstverständlich nicht frei von Zuschreibungen, über die die Aktualität, Anschlussfähigkeit und letztlich die Legitimität bestimmter Ansätze für die weitere Theorieentwicklung mitverhandelt wird. So verstanden sind diese Zuschreibungen auch nicht nur das Produkt einer von außerhalb der Kritischen Theorie angelegten Perspektive, sondern haben viel mit den Entwicklungen innerhalb des Diskurses zu tun, in dem die Linien für eine Fortführung des Projekts der Kritischen Theorie unter sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen zur Diskussion stehen. Entlang der Bestimmungen über den politischen Gehalt Kritischer Theorie wird auch eine Unterscheidung von *älterer Kritischer Theorie* (hier vor allem in Gestalt von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, paradigmatisch ausbuchstabiert in der von beiden gemeinsam vorgelegten „Dialektik der Aufklärung) – und *neuerer Kritischer Theorie* (hier vor allem mit Blick auf die Ansätze rekonstruktiver Kritik) vorangetrieben. Insbesondere ab Ende der 1960er Jahre sind zahlreiche Arbeiten von Schüler_innen der Gründergeneration entstanden, von denen viele – wenngleich auf höchst unterschiedliche Weise – zumindest Teilaspekte des unterstellten politischen Defizits aufzuheben suchten. Die meisten so entstandenen Ansätze stehen allerdings im Schatten der Arbeit von Jürgen Habermas, der auch gegenwärtig noch als einer der wichtigsten Theoretiker der Kritischen Theorie gilt. Habermas hat nicht nur eine für die gesamte Rezeption der älteren Kritischen Theorie höchst einfluss- und folgenreiche kritische Auseinandersetzung mit der Dialektik der Aufklärung vorgelegt; mehr noch steht im Zentrum seines ganzen Schaffens das erklärte Ziel, das Projekt der Moderne zu verteidigen – und zwar auch gegen den Pessimismus und die Politikferne der „Dialektik der Aufklärung". Das Projekt von Habermas verbindet sich mit dem Übergang zu einem Verständnis von Kritischer Theorie als rekonstruktiver Kritik, dem u.a. auch Axel Honneth, seit 2001 Leiter des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt am Main, folgt. Mit der rekonstruktiven Wende der Kritischen Theorie soll ihr zugleich eine positive, politikorientierte und stärker praxisbezogene Ausrichtung zukommen.

Die gängige Erzählung vom politischen Defizit der Kritischen Theorie muss also vor diesem Hintergrund konkretisiert werden, insofern sich in diesem Topos zwei Argumente miteinander verzahnen: nämlich 1) das Argument, die *ältere Kritische Theorie* weise ein politisches Defizit auf, das 2) aber von der *neueren*

Kritischen Theorie überwunden oder zumindest hinlänglich bearbeitet werde. Diese Erzählungen über den politischen Gehalt der Kritikkonzeptionen Kritischer Theorie werden im Folgenden nachvollzogen und kritisch überprüft.

Nachfolgend werden zunächst einige Aspekte der Theoriegeschichte der Kritischen Theorie aufgearbeitet, um darüber ein Vorverständnis des Gegenstands Kritische Theorie zu erlangen. Daran schließen sich Erläuterungen zur Auswahl von Texten als Materialgrundlage der Untersuchung an.

1.1.2 Zur Theoriegeschichte der Kritischen Theorie – politics of narration und eigenes Verständnis des Diskursfelds Kritische Theorie

Das wissenschaftsprogrammatische Selbstverständnis kritischer Gesellschaftstheorie ist bis heute geprägt insbesondere von Max Horkheimers Arbeiten zur Kontur einer kritischen Theorie in Abgrenzung zur traditionellen Theorie. Die hier gelegten Weichenstellungen im Selbst- und vor allem im Kritikverständnis kritischer Theoriebildung stellen einen höchst einflussreichen Referenzpunkt in wissenschaftsprogrammatischen Debatten dar – und dienen als Bezugspunkte selbst noch für Wissenschaftsvarianten, die sich zwar als kritisch, nicht aber unbedingt als direkt der Kritischen Theorie zugehörig verstehen. Allerdings sind nicht nur in der Theoriegeschichte der Frankfurter Schule im Einzelnen durchaus unterschiedliche Konzeptionen der Kritik vorzufinden, sodass auch der berühmte Aufsatz von Max Horkheimer über „Traditionelle und kritische Theorie" (1937/2005) keineswegs als unverbrüchliche Auskunft über die Kritikkonzeption der Kritischen Theorie dienen kann. Das Feld kritischer Wissenschaft hat sich enorm ausdifferenziert und umfasst höchst heterogene Ansätze, die zwar hinsichtlich ihrer erkenntnistheoretischen und methodologischen Grundorientierung noch in der Nähe der Kritischen Theorie stehen mögen, kategorial und inhaltlich aber längst auf anderen Wegen sind. Mit anderen Worten: Weder ist eindeutig, wer oder was gemeint ist, wenn von Kritischer Theorie die Rede ist, noch, welches konkrete Verständnis von Kritik dahintersteht – und ob und inwieweit dieses in dieser Form auch für gegenwärtige kritische Theoriebildung anschlussfähig ist. Dies gilt nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass auch Horkheimer und Adorno selbst immer auf den „Zeitkern der Wahrheit" (vgl. auch Demirović 2004, 475) ihrer Schriften insistiert haben, der sich nicht ohne Weiteres auf sich verändernde gesellschaftliche Bedingungen übertragen lässt.

Die Vertreter_innen der Frankfurter Schule haben sich deshalb immer gegen den Gedanken verwehrt, Kritische Theorie könne in ihrem gesellschaftstheoretischen Gehalt tradiert werden, ohne auf die sich verändernden gesellschaftlichen

Bedingungen begrifflich zu reagieren. Gerade aber diese Nicht-Tradierbarkeit der Kritischen Theorie bzgl. ihrer spezifischen inhaltlichen Gehalte verweist auf eine dahinterstehende Logik von Kritik – und es ist diese Logik der Kritik, die sich wissenschaftstheoretisch, methodologisch, als Haltung bzw. als Geste der Theorie zeigt, an die immer wieder im Sinne einer Tradierung der Kritischen Theorie angeknüpft wird: Kritik verstanden als eine bestimmte Qualität von Theoriebildung, die sich radikal und reflexiv auf Gesellschaft bezieht und stets aufs Neue an den historisch-konkreten Verhältnissen auszubuchstabieren ist. Allerdings bezieht sich, so lässt sich an der Kritischen Theorie lernen, der Zeitkern der Wahrheit nicht nur auf zeitdiagnostische Aussagen. Versteht man kritische Theoriebildung als Verarbeitung historischer Erfahrungen, so lässt sich insbesondere an den programmatischen Schriften der Kritischen Theorie zeigen, dass auch die jeweils zugrundegelegte Kritikkonzeption selbst einem Wandel unterliegt. Noch zugespitzter formuliert lässt sich sagen, dass der spezifische politisch-historische Kontext für die Entwicklung der Kritischen Theorie wie auch für die Herausbildung und den Wandel von Kritikkonzeptionen eine *konstitutive Rolle* gespielt hat (vgl. Açıkgöz 2014). Helmut Dubiel umschreibt die Entwicklung der Frankfurter Schule so:

> „Ihre prekäre Position zwischen den Fronten konkurrierender Fraktionen der Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, die Erfahrung der Weltwirtschaftskrise, die Niederlage der Arbeiterbewegung im Jahr 1933, die erst später unübersehbar werdende Stalinisierung des Sozialismus in der Sowjetunion, der Sieg des Faschismus, mit dessen Globalisierung sie in den ersten Kriegsjahren gerechnet haben, die Erfahrung der Greuel in den Lagern, – all diese historischen Rahmenbedingungen der theoretischen Arbeit haben ihre dynamische Struktur geprägt. [...] So verändert sich unter dem Druck dieser zeitgeschichtlichen Ereignisse die Gestalt der kritischen Theorie vom Projekt einer sozialwissenschaftlichen Zeitdiagnose in emanzipatorischer Absicht hin zu einer negativen Geschichtsphilosophie, die die Hoffnung auf eine unmittelbare Umgestaltung der Welt aufgegeben hat“ (Dubiel 2001, 22).

Während Horkheimer noch 1937 in seinem Aufsatz „Traditionelle und kritische Theorie“ eindringlich davor warnt, dass die Gesellschaft auf eine neue Barbarei zutreibt, sehen Horkheimer und Adorno diese Barbarei Mitte der 1940er Jahre bereits eingetreten (vgl. Horkheimer/Adorno 1944/ 1997). Diese historische Situation erzwingt in ihren Augen Konsequenzen für das Denken und Handeln – wie auch für die Formierung von Kritik. Adorno schreibt Mitte der 1960er Jahre, dass „Hitler [...] den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen [hat]: ihr Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe“ (Adorno 1966/2013, 358). Eine widerständige Verarbeitung dieser Zivilisati-

onskatastrophe hat aus dieser Sicht also notwendigerweise Konsequenzen bis in die Konzeption der Kritik selbst.

Dieser Wandel der Kritikkonzeptionen in der Kritischen Theorie wird im Folgenden am Beispiel von drei verschiedenen Kritikkonzeptionen dargelegt. Sie haben insofern einen exemplarischen Charakter, als ich nicht davon ausgehe, dass sie abschließend und umfassend *die* Kritikkonzeptionen der Kritischen Theorie erfassen. Gleichwohl kommt ihnen in der Geschichte der Theorieentwicklung der Kritischen Theorie jeweils eine besondere Rolle zu und sie nehmen in der historischen und theoretischen Entwicklung dieses Deutungsmuster der sozialen Wirklichkeit durchaus einen zentralen Platz ein. Dies soll im folgenden Abschnitt zunächst anhand der Darstellung von Aspekten der Theoriegeschichte nachvollzogen werden, bevor im Anschluss und darauf basierend die Textauswahl als empirisches Material für die vorliegende Studie erläutert wird.

Welchen Zugriff also wählt man auf die Kritische Theorie, welche Schriften und Autor_innen nimmt man unter welcher Perspektive der Entwicklung von Theoriegeschichte in den Blick? Kritische Theorie ist keine statische Einheit. Die Frage, wie man Theoriegeschichte erzählt und welche Bezugspunkte man mit Blick auf die Konzeptionen der Kritik wählt, bedarf einer methodischen Reflexion. Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden zunächst die in der einschlägigen Forschungsliteratur vorhandenen Zugriffsweisen auf die Theoriegeschichte der Kritischen Theorie vorgestellt; sodann werden daraus Schlussfolgerungen gezogen, um den Begriff der Kritischen Theorie und den methodischen Umgang mit dem Material für die vorliegende Arbeit einer Klärung zu unterziehen.

Die Kritische Theorie wird in vielen Publikationen vorrangig in Bezug gesetzt zu einer Gruppe von (männlichen) Theoretikern,[2] die – räumlich und institutionell durch das Anfang der 1920er Jahre gegründete Institut für Sozialforschung (IsF) in Frankfurt am Main verbunden – zwischen 1930 bis Ende der 1960er Jahre in einem Denk- und Arbeitskontext standen, für den sich ab den 1950er Jahren die Bezeichnung Frankfurter Schule eingebürgert hat. Nun ist bereits dieser *Schulbegriff* keineswegs unumstritten – zumal die als Gründungsväter geltenden Theoretiker Adorno und Horkheimer selbst dem Ausdruck ambivalent

2 Gretel Adorno wird immer wieder für ihre Mitarbeit an der „Dialektik der Aufklärung" (Horkheimer/Adorno 1944/1997) erwähnt, bei der sie die Gesprächsprotokolle zwischen Horkheimer und Adorno zusammengeführt hat. Horkheimer/Adorno schreiben im Vorwort zur Neuausgabe der „Dialektik der Aufklärung": „Bei der Fortbildung unserer Theorie und den anschließenden gemeinsamen Erfahrungen hat uns Gretel Adorno, wie schon bei unserer ersten Fassung, im schönsten Sinne geholfen" (Horkheimer/Adorno 1944/1997).

gegenüber standen: Adorno und Horkheimer haben sich zunächst entschieden dagegen verwehrt, schulbildend zu sein; gleichwohl haben sie den Begriff retrospektiv übernommen (vgl. Açıkgöz 2014). Abgesehen von der Politik der (Selbst-)Bezeichnung setzt der Schulbegriff aber eine Reihe an Kriterien voraus, die erfüllt sein müssen, so etwa das Vorhandensein eines identitätsstiftenden gemeinsamen Paradigmas; das Vorhandensein von Ortsgebundenheit, einer internen Programmatik, der Ausdifferenzierung sozialer Binnenstrukturen, Aspekte der Organisationsform sowie Außenkontakte und Publizität (vgl. Açıkgöz 2014, 48ff.). In Bezug auf diese Kriterien ist der Schulbegriff im Kontext der Kritischen Theorie zwar durchaus angebracht, und zwar insbesondere aufgrund der Rolle, die das Institut für Sozialforschung spielte: Ab Mitte der 1950er Jahre war das IsF über die Diplomprüfungsordnung fest in der soziologischen Ausbildung verankert und erfüllte somit die zentrale Voraussetzung für die Entwicklung einer zusammenhängenden Theorie sowie deren Vermittlung und Weitergabe durch Rekrutierung. Zwischen 1932 und 1941 gab das IsF zudem die „Zeitschrift für Sozialforschung" heraus, die ebenfalls ein zentrales Kommunikationsorgan in der Entwicklung der Kritischen Theorie darstellte.[3] Gleichwohl ist am Schulbegriff problematisch, dass dieser eine lineare und einheitliche Entwicklung impliziert, die für die Frankfurter Schule nicht zutreffend ist: Dies gilt sowohl hinsichtlich der personell-institutionellen Struktur wie auch hinsichtlich der theoretischen und programmatischen Gehalte der Kritischen Theorie. Açıkgöz (2014) plädiert vor diesem Hintergrund dafür, den Schulbegriff zu flexibilisieren und die Frankfurter Schule als eine *dynamische Einheit* zu verstehen.

Neben Schulmodellen existieren in der Literatur auch *Periodisierungsmodelle* der Kritischen Theorie, die stärker die Frage nach Diskontinuitäten – auch und insbesondere im Kontext von äußeren, historisch-politischen, aber auch institutionellen Entwicklungen sowie deren Verarbeitung in der kritischen Theoriebildung nachspüren (vgl. Bottomore 2002). Sowohl das Periodenmodell als auch der Schulbegriff der Frankfurter Schule sehen aber die Frankfurter Schule mit dem Tod von Adorno 1969 und dem Tod von Horkheimer 1973 als zu Ende gehend (vgl. Açıkgöz 2014; Bottomore 2002; Schwandt 2001). Das heißt umgekehrt, beide Zugriffsweisen in der Geschichtsschreibung der Kritischen Theorie sind nicht in der Lage, Gestalt und Entwicklung der Kritischen Theorie jenseits

3 Seit 2004 gibt das Institut für Sozialforschung unter Leitung von Axel Honneth „West-End. Neue Zeitschrift für Sozialforschung" heraus, die explizit an die Anliegen ihrer Vorgängerin anknüpfen will und interdisziplinäre Beiträge zur (Weiter-)Entwicklung kritischer Gesellschaftstheorie publiziert (http://www.ifs.uni-frankfurt.de/veroeffentlichungen/westend/).

des vergleichsweise eng umrissenen zeitlichen (1930er bis 1960er Jahre) und räumlich-institutionellen (Frankfurter IsF) Rahmens konzeptionell zu fassen. Gerade diese Frage aber u.a. ein zentraler Gegenstand von Debatten zum Erbe der Kritischen Theorie (vgl. für das Erbschaftsvokabular u.a. Dubiel 2001; 1989; Reckwitz 2006; Wiggershaus 1988; kritisch dazu Claussen 2004; Steinert 2007): Wird das Projekt der Kritischen Theorie nach dem Ende der Frankfurter Schule weitergeführt? Wenn ja, welche Personen oder Ansätze erweisen sich als die legitimen Erb_innen der Kritischen Theorie?

Durchgesetzt hat sich angesichts solcher Fragen – zumindest, wenn die in Betracht kommende Zeitspanne über den Anfang der 1970er Jahre hinausgeht – die Beschreibung der Theoriegeschichte der Kritischen Theorie mit einem *Generationenmodell* (vgl. v.a. Wiggershaus 1988). Der Übergang zum Generationenmodell ist dabei vor allem hinsichtlich einer Tatsache „bemerkenswert", wie Steinert (2007, 153) konstatiert: nämlich dass Theoriegeschichte als „Familienroman" geschrieben wird, in dem vor allem auch um „Familienzugehörigkeiten" (ebd., 152) gerungen wird. In der Geschichtsschreibung der Kritischen Theorie erweist sich dabei die Zeit nach 1969 als besonders definitionsbedürftig: Mit dem Tod Adornos 1969 und dem von Max Horkheimer einige Jahre später (1973) bricht ein entscheidender Referenzpunkt ab, an dem sich die Erzählungen über die Kritische Theorie orientieren. An diese Stelle sind verschiedene Nachfolge-Narrationen getreten, wobei sich allerdings eine als kanonische Darstellung durchgesetzt hat: nämlich die Erzählung der Kritischen Theorie als *Frankfurter Familienroman* (vgl. Steinert 2007).

Die auch gegenwärtig wohl populärste Darstellung der Kritischen Theorie ist die der Existenz verschiedener *Generationen* von Theoretiker_innen (zumeist Theoretiker). In dieser Sicht ist die erste Generation (zu denen vor allem die Gründerväter Horkheimer und Adorno als herausragend gezählt werden, vgl. ebd.) von einer zweiten, mittlerweile gar dritten (und vierten) Generation beerbt worden. Zu diesem kanonisierten Modell der Geschichtsschreibung gehört u.a. die weitgehende Identifikation der jeweiligen Generation mit nur einzelnen Personen und den damit verbundenen Ansätzen: Jürgen Habermas steht in der öffentlichen Wahrnehmung quasi in Personalunion für die zweite Generation der Kritischen Theorie (und wird auch in der Literatur häufig als einziger Bezugspunkt für diese Generation genannt, vgl. als Beispiel Dubiel 2001). In der dritten Generation tritt Axel Honneth (an einigen Stellen wird zudem auch Rainer Forst genannt) als prominenter Theoretiker hinzu, der seit 2001 auch die Leitung des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt inne hat – also auch eine räumlich-institutionelle Kohärenz des Frankfurter Familienbetriebs herstellt.

Die Darstellung der Kritischen Theorie als Familienroman ist – auch oder gerade wegen ihres nach außen so durchschlagenden Erfolgs – heftig kritisiert worden. Der Frankfurter Familienroman stellt sich aus Sicht seiner Kritiker_innen eher als kulturindustrielle Vermarktungs- bzw. wissenschaftliche Hegemoniestrategie dar, über die die Legitimität weniger Erbverwalter organisiert wird (vgl. Claussen 2004; Steinert 2007). Die Suggestion einer kontinuierlichen Erblinienfolge in der Reihung Horkheimer/Adorno – Habermas – Honneth unterschlägt überdies, so die Kritik, theoretische Revisionen und Brüche (vgl. Açıkgöz 2014; Steinert 2007). Demgegenüber verweist Heinz Steinert (2007) auf verschiedene *alternative Nachfolgeerzählungen* in der Geschichtsschreibung der Kritischen Theorie. Demzufolge ist folgendes ergänzend oder korrigierend zur kanonisierten Geschichtsschreibung festzuhalten:

Erstens ist die inhaltliche Pointe des Familienromans, nämlich die (nationale wie internationale) Wahrnehmung der Arbeit von Jürgen Habermas (und weiter von Axel Honneth) als einer *Fortführung oder gar Vollendung der Kritischen Theorie* selbst bereits alles andere als unstrittig. Die Rede von der Fortführung der Kritischen Theorie durch Habermas ist Anlass zum Teil heftiger Polemiken gegen Habermas, dem diese Erbfolge von einigen Autor_innen auch dezidiert abgesprochen oder seine Rolle zumindest problematisiert wird (vgl. u.a. Bolte 1989; Schwandt 2010). Habermas selbst hat verschiedentlich darauf aufmerksam gemacht, dass er mit zentralen Punkten der Kritischen Theorie gebrochen hat (vgl. Açıkgöz 2014). Steinert (2007, 11f.) bemerkt dazu:

> „Inhaltlich wird damit [mit der kanonisierten Geschichtsschreibung von Habermas als (einzig) legitimen Erben der Kritischen Theorie, T.J.] beiden, Habermas und der Kritischen Theorie, unrecht getan. Habermas hat ein eigenständiges Theoriegebäude errichtet. Um das tun zu können, hat er das Paradigma der Kritischen Theorie kritisiert und es in allen wichtigen Dimensionen verlassen. Die Originalität seines Entwurfs einer Theorie des kommunikativen Handelns wird nur geschmälert, wenn man sie zu eng in den Kontext der Kritischen Theorie zwingen will" (Steinert 2007, 11f.).

Zweitens hatte sich Anfang der 1970er Jahre eine Gruppe von Schüler_innen insbesondere von Adorno in Hannover versammelt; dazu gehören u.a. Regina Becker-Schmidt,[4] Alexander Kluge, Elisabeth Lenk und Oskar Negt. Während

4 Regina Becker-Schmidt arbeitete in Hannover überdies eng mit Gudrun-Axeli Knapp zusammen; Knapp war ihrerseits Studentin und Tutorin von Oskar Negt und an den Schriften Adornos orientiert (vgl. Knapp 2014). Becker-Schmidt und Knapp zählen im deutschsprachigen Raum zu den wichtigsten Vertreterinnen einer an der Kritischen Theorie inspirierten feministischen Theorie.

zwar auch bei diesen Vertreter_innen Brüche und Revisionen gegenüber der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule festzustellen sind (bei Negt und Kluge maßgeblich aufgrund des praktisch-politischen, gewerkschaftlichen Engagements und der Orientierung auf Arbeit und Arbeiterbewegung, vgl. u.a. Lenk/Rumpf/Hieber 1999; bei Becker-Schmidt und Knapp maßgeblich durch die geschlechtskategorialen „Kurskorrekturen" die aus feministischer Sicht notwendig schienen, vgl. Knapp 1989a), so blieben sie dennoch in vieler Hinsicht näher an den Grundintentionen von Adorno und Horkheimer, als dies etwa bei Habermas der Fall ist (dies gilt z.B. in methodologischer und erkenntnistheoretischer Hinsicht). Das heißt, Kritische Theorie wurde nicht nur *räumlich dezentriert* (außerhalb des Zusammenhangs am Frankfurter Institut für Sozialforschung), sondern auch in unterschiedlichsten inhaltlichen Akzentuierungen weitergeführt bzw. zum Gegenstand einer kritischen Neuaneignung. Unter dem Label Kritische Theorie fand und findet eine *theoretische Diversifizierung* statt, die durch die Darstellung einer Erblinienfolge von Horkheimer/Adorno – Habermas – Honneth im Frankfurter Familienroman verdeckt und unsichtbar gemacht wird.

Drittens verweist Steinert (2007, 155) auf die Leerstelle, die in der kanonisierten Geschichtsschreibung der Kritischen Theorie bezüglich der *Rolle des Instituts für Sozialforschung (IsF)* in Frankfurt zu verzeichnen ist: Während das IsF zwar als maßgebliche Instanz zur Ermöglichung der Herausbildung einer Frankfurter Schule gesehen wird, findet die Arbeit, die am IsF in den 1970er Jahren bis Anfang der 2000er Jahre geleistet wurde, in der kanonisierten Darstellung der Kritischen Theorie kaum Erwähnung. Unter der Leitung von Gerhard Brandt und besonders Ludwig von Friedeburg wurde hier aber

> „[...] über viele Jahre ein umfangreiches arbeits-, industrie- und gewerkschaftssoziologisches Forschungsprogramm durchgeführt, zu Zeiten auch mit einer starken feministischen Komponente. In das vorherrschende Verständnis von Geschichte der Kritischen Theorie ist diese Arbeit fast nicht eingegangen. [...] Wenn sich die kanonische Geschichtsschreibung weiter durchsetzt, wird mit der Übernahme der Institutsleitung durch Axel Honneth, der im Familienroman der Habermas-Erblinie zugerechnet wird, die Ära Friedeburg als Zwischenspiel dargestellt werden" (Steinert 2007, 155).

Ein weiteres in der Geschichtsschreibung verschwundenes Institut ist viertens das *Starnberger Max-Planck-Institut zur Erforschung von Lebensbedingungen der technisch-wissenschaftlichen Welt*, das Jürgen Habermas (gemeinsam mit Carl Friedrich von Weizsäcker) von 1971 bis 1982 geleitet hat. Die Arbeit, die hier von den Mitarbeiter_innen des Instituts geleistet worden ist, ist durch die von Habermas zeitgleich erarbeitete „Theorie des kommunikativen Handelns"

retrospektiv überlagert worden und nicht als Teil der „Habermas'schen Erblinie" integriert worden (vgl. Steinert 2007, 156).

Eine weitere wichtige Forschungsarbeit zu den bislang eher verdeckten Anteilen der Geschichtsschreibung der Kritischen Theorie liefert Açıkgöz (2014), der die zweite Generation der Kritischen Theorie als „zerstrittene Interpretationsgemeinschaft" untersucht. Damit werden Ansätze und Personen zugänglich gemacht, die innerhalb der kanonisierten Geschichtsschreibung häufig nicht erwähnt werden oder wenn, dann neben der dominierenden Figur von Habermas lediglich als „weitere Exponenten" (Waschkuhn 2000, 193) aufgeführt werden. Zur zweiten Generation gehören demnach neben Jürgen Habermas auch Karl-Otto Apel, Regina Becker-Schmidt, Gerhard Brandt, Ralf Dahrendorf, Ludwig von Friedeburg, Karl-Heinz Haag, Alexander Kluge, Kurt Lenk, Oskar Negt, Alfred Schmidt, Herbert Schnädelbach, Hermann Schweppenhäuser, Rolf Tiedemann und Alfred Wellmer (vgl. Açıkgöz 2014). In dieser Listung, die Açıkgöz (2014) in seiner Studie aufgestellt hat, sind allerdings mindestens noch Elisabeth Lenk und Gudrun-Axeli Knapp zu ergänzen. Unplausibel bleibt, wieso diese Theoretikerinnen von Açıkgöz (2014) nicht aufgenommen wurden, obwohl sie explizit seinen formulierten Zugehörigkeitskriterien für die zweite Generation der Kritischen Theorie erfüllen.

Auf der Basis dieser Ausführungen wird im Folgenden ein Verständnis des Gegenstands von Kritischer Theorie zugrunde gelegt, das diese als dynamische und heterogene, bisweilen zerstrittene Diskursgemeinschaft begreift. Die Kritische Theorie bezeichnet keine feststehende, in sich homogene Konstellation kritischen Denkens. Bereits die Zeit der Frankfurter Schule, die stark von den Zentralfiguren Horkheimer und Adorno sowie von der Geschichte des Instituts für Sozialforschung her definiert wird (vgl. Steinert 2007), ist geprägt von theoretischen Umorientierungen sowie wechselnden personellen Konstellationen. Neben Verschiebungen in der programmatischen und gesellschaftstheoretischen Anlage der Kritischen Theorie, die ihrerseits auf Veränderungen im gesellschaftlichen Kontext zu begreifen sind, sind Unterschiede in der theoretischen und politischen Positionierung auch *zwischen* Vertretern der Frankfurter Schule zu verzeichnen – dies gilt umso mehr, wenn neben Adorno und Horkheimer auch Herbert Marcuse, Leo Löwenthal und Friedrich Pollock als zum inneren Kreis gehörend berücksichtigt werden. Bereits diese Gruppe fester Institutsmitglieder ist kein „einheitlicher Forschungszirkel" (Honneth 1999a, 45). Dazu kommt überdies noch ein äußerer Kreis von Wissenschaftlern, die mit dem Institut eher locker oder jeweils nur kurzzeitig verbunden waren, darunter Franz L. Neumann und Otto Kirchheimer, Walter Benjamin und Erich Fromm. Diese Gruppe der

Peripherie der Frankfurter Schule ist selbst so heterogen, dass vor allem ihre Randstellung gegenüber dem Zentrum der Frankfurter Schule sowie auch inhaltliche Differenzen zu diesem ihre Gemeinsamkeit ausmachen (vgl. Honneth 1999a, 45ff.).

Muss man also bereits mit Blick auf die Frankfurter Schule eher von einem uneinheitlichen Theoriezusammenhang sprechen, der vor allem durch bestimmte Denk*motive* vermittelt war, verkompliziert sich der Zugriff auf das, was die Kritische Theorie ausmacht, noch weiter, wenn es um die Nachkriegszeit und insbesondere um die Zeit ab den 1970er Jahren geht. Kritische Theorie ist nunmehr ein Projekt, das von Schüler_innen fortgeführt wird oder Personen, die sich auch ohne direkte persönliche Involviertheit in den Frankfurter Institutszusammenhang inhaltlich oder programmatisch auf die Kritische Theorie berufen; dabei kann weder von einer räumlichen Homogenität, noch von einer personellen oder theoretisch-paradigmatischen gesprochen werden.

1.1.3 Materialgrundlage und Vorgehen

Das Kapitel strukturiert sich anhand drei verschiedener Kritikkonzeptionen, die innerhalb des Paradigmas der Kritischen Theorie untersucht werden. Die Entzifferung von drei Kritikkonzeptionen deckt sich mit zentralen Ergebnissen der einschlägigen Forschungsliteratur, in der – wenngleich in mitunter differierenden Bezeichnungen und Akzentuierungen – im Wesentlichen zwischen diesen drei Kritikkonzeptionen unterschieden wird (vgl. Açıkgöz 2014; Benhabib 1982; 1992; Dubiel 1978; Müller-Dohm 2000). Den verschiedenen Kritikkonzeptionen werden üblicherweise jeweils bestimmte Personen und Einzelwerke zugeordnet, die maßgeblich für die Herausbildung des jeweiligen Kritikverständnisses sind und denen eine zentrale Bedeutung für die großen Umbrüche und Entwicklungsphasen der Kritischen Theorie zugeschrieben wird. Insbesondere drei Schriften bzw. Werkkomplexe gelten als entscheidend für jeweilige Neuorientierungen der Kritischen Theorie: erstens die wissenschaftsprogrammatischen Schriften von Max Horkheimer aus den 1930er Jahren, das heißt, vor allem seine Antrittsrede (1931) als Direktor des IsF (die auch in der ersten Ausgabe der Zeitschrift für Sozialforschung erschienen ist) sowie sein programmatischer Aufsatz „Traditionelle und kritische Theorie“ (1937). Hier wird ein Verständnis von Kritik als Aufklärung zugrunde gelegt. Zweitens gilt die „Dialektik der Aufklärung“ von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno als zentral. Hier wird eine Konzeption von Kritik als Negation und offenem Reflexionsmodus entwickelt. Das bedeutet, dass die Aufklärung wie auch die reflexive Bezugnahme der Kritik zur Aufklärung selbst

zum Gegenstand der Kritik gemacht werden. Drittens wird – zunächst vorrangig bezogen auf das Werk von Jürgen Habermas – ab Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre die Ablösung der Logik der „Dialektik der Aufklärung" zugunsten einer *rekonstruktiven Wende der Kritischen Theorie* beobachtet (vgl. Benhabib 1982). Häufig wird in der Forschungsliteratur lediglich Habermas für die Entwicklung der Konzeption von rekonstruktiver Kritik ins Feld geführt (vgl. Açıkgöz 2014; Müller-Dohm 2000). Tatsächlich aber wird der Ansatz rekonstruktiver Kritik derzeit in verschiedenen Varianten und von verschiedenen Theoretiker_innen in Anspruch genommen und ist mittlerweile als eigenständiger Ansatz im Feld der Gesellschaftskritik etabliert (vgl. Iser 2011). Neben dem gegenwärtig noch immer von Habermas vertretenen, sprachtheoretisch fundierten Modell rekonstruktiver Kritik ist hier auf das von Axel Honneth vertretene, auf soziale Kämpfe um Anerkennungsbeziehungen ausgerichtete Modell rekonstruktiver Kritik zu verweisen (vgl. Honneth 2007, 2003 [1992]). Überdies ist eine von Robin Celikates (2009) verteidigte Fassung rekonstruktiver Kritik zu nennen, die sich an den frühen, psychoanalytisch orientierten Arbeiten von Jürgen Habermas orientiert und rekonstruktive Kritik als therapeutische Form der Kritik fundiert. Matthias Iser hat in seiner Arbeit „Empörung und Fortschritt" (2008) die Idee rekonstruktiver Kritik auf der Grundlage eines Vergleichs der Werke von Habermas und Honneth skizziert und das so gewonnene Verständnis rekonstruktiver Kritik im Kontext anderer Kritikmodelle reflektiert.

Methodisch gesehen ist man hier einer mehrfachen Schwierigkeit ausgesetzt, die es zu reflektieren gilt. Erstens muss man sich vergegenwärtigen, dass rekonstruktive Kritik nicht der einzige Ansatz der Fortführung Kritischer Theorie ist. Einigen Theoretiker_innen, die an die Kritische Theorie anschließen, gelten die aus Sicht der rekonstruktiven Kritik kritisierten, in der *Dialektik der Aufklärung* verorteten Aporien der Kritik gar nicht als überwindungsbedürftig, sondern als produktive Grundlage kritischer Tätigkeit (vgl. Knapp 2012). Entsprechend kann keine Rede davon sein, dass die Wege, die rekonstruktive Kritik zur Weiterführung Kritischer Theorie einschlägt, für das gesamte Feld Geltung beanspruchen könnten. Zweitens ist der Ansatz rekonstruktiver Kritik selbst kein einheitliches Paradigma; versucht man sich dem Ansatz rekonstruktiver Kritik zu nähern, diversifizieren sich Theoretiker_innen und die mit ihnen verbundenen gesellschaftstheoretischen Zugänge. An dieser Stelle sei etwa auf die gesellschaftstheoretischen Differenzen der beiden prominentesten Vertreter rekonstruktiver Kritik verwiesen: Während Jürgen Habermas das Vernunftpotential der Moderne in der Sprache und Kommunikation verortet, stellt Axel Honneth Anerkennungsbeziehungen in den Mittelpunkt seiner Arbeit. Drittens gilt es, die Bezugnahmen

auf Jürgen Habermas als „Weichensteller" für ein Verständnis rekonstruktiver Kritik zu reflektieren. Jürgen Habermas gilt als derjenige, der die kritische Gesellschaftstheorie konsequent auf ein rekonstruktives Fundament gestellt hat; auch hat er selbst den Begriff rekonstruktiver Wissenschaften gebraucht. Gleichwohl scheint es mir, dass das *Label* rekonstruktive Kritik im Sinne der Etablierung eines eigenständigen Ansatzes im Feld der Gesellschaftskritik weniger von Habermas selbst als vielmehr von Theoretiker_innen der sog. dritten und vierten Generation gefüllt wird: Zum einen bedient sich Axel Honneth, der gegenwärtige Leiter des IsF, explizit der Bezeichnung „rekonstruktive Gesellschaftskritik" im Kontext des Kritikverständnisses der Kritischen Theorie (vgl. Honneth 2007) und legt hier programmatische Beiträge im Sinne eines konzeptionellen Verständnisses von rekonstruktiver Kritik vor. Zum anderen wird der Ansatz rekonstruktiver Kritik – in mal mehr, mal weniger direktem Anschluss an Jürgen Habermas – in Arbeiten expliziert, die eher der „vierten Generation" zuzuordnen wären (vgl. Celikates 2009; Iser 2011, 2008; Iser/Strecker 2010). Die Besonderheit daran ist, dass Habermas in diesen Texten zwar häufig als Referenz- und Bezugspunkt für das Verständnis rekonstruktiver Kritik auftaucht – dabei aber durch die jeweils präsentierten Habermas-Lesarten hindurch und darüber hinaus von den Autoren ein Beitrag zur Konturierung rekonstruktiver Kritik geleistet wird. Das heißt, häufig wird die programmatische Skizze rekonstruktiver Kritik zwar *vermittelt* über das Werk von Habermas etabliert; gleichwohl handelt es sich bei vielen Texten zur rekonstruktiven Kritik um eigene konzeptionelle Arbeiten, die nicht nur erschließenden Charakter des Werks von Habermas haben, sondern eigene Pointierungen rekonstruktiver Kritik darstellen. Deutlich wird dies z.B. in der Arbeit von Robin Celikates (2009), der ein Verständnis von Kritischer Theorie als rekonstruktiver Kritik entwickelt, das auf einem Ansatz innerhalb der Werkphase von Jürgen Habermas basiert, die von Habermas selbst gar nicht mehr vertreten wird – was aber den Originalitätsgehalt des spezifischen Ansatz, den Robin Celikates entwickelt, nicht schmälert.

Wenn es darum geht, nachzuzeichnen, welcher Argumentationslogik die Kritische Theorie in dem Deutungsmuster rekonstruktive Kritik folgt und welche politischen Implikationen darin enthalten sind, so erscheint es mir gerechtfertigt, nicht primär und genuin das Werk von Habermas zu fokussieren, sondern auch einige der jüngeren programmatischen Beiträge einzubeziehen, die ihrem Selbstverständnis nach explizit der Herausarbeitung der *Idee* rekonstruktiver Kritik dienen. Meine Analyse folgt dabei keiner theoriehistorischen, umfassenden inhaltlichen Nachzeichnung dieses Denkmusters im Sinne eines kohärenten Theorieansatzes, sondern sie folgt dem dargelegten Analyseraster, anhand dessen

hier alle Kritikverständnisse untersucht werden. Das heißt, ich arbeite mit einem heterogenen Textkorpus, bei dem die untersuchten Beiträge jeweils einzelne Facetten beleuchten, die aus Sicht des angelegten Analyserasters von Interesse sind – ohne darüber jedoch den Anspruch zu erheben, ein ganzheitliches Bild rekonstruktiver Kritik zu zeichnen.

In jeweils einem Unterkapitel werden die Kritikkonzeptionen „Kritik als Aufklärung" (Abschnitt 1.2), „Kritik als Aufklärung der Kritik" (Abschnitt 1.3) und „Rekonstruktive Kritik" (Abschnitt 1.5) anhand des in Teil B entwickelten Analyserasters untersucht. Die Ausarbeitung der jeweiligen Kritikkonzeption und ihren politischen Gehalten folgt den dort hergeleiteten Fragen nach a) der Methode der Kritik, b) der Problem- und Gegenstandskonstruktion und c) dem Verständnis des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik bzw. der Figur der/des Kritiker_in und seinem/ihrem Verhältnis zu den Adressat_innen. Gerahmt wird der Aufbau der Argumentation von Erläuterungen, die die Kritikkonzeptionen jeweils in ihren historisch-gesellschaftlichen Kontext einbetten. Um die Bedeutung des Generationenwechsels und der personellen Konstellationen sowie den Wechsel von der Logik der „Dialektik der Aufklärung" zur Logik der Rekonstruktion angemessen einschätzen zu können, sollen die Kontextbezüge dieses Generationenwechsels eingehender dargestellt werden. Hierzu ist mit Abschnitt 1.4 eine Zwischenbetrachtung angesetzt.

Die Befunde der Untersuchung werden abschließend zusammengefasst. Dabei zeigt sich, dass die Erzählung vom politischen Defizit einer erheblichen Ausdifferenzierung und teilweise auch Korrektur bedarf (vgl. Abschnitt 1.6).

1.2. Kritikkonzeption I: Kritik als Form von Aufklärung

1.2.1 Kontextualisierung: Zur Entstehung des Projektes einer 'kritischen Theorie'

Die Entwicklung der Kritischen Theorie nimmt ihren Ausgang in der institutionellen Rahmung des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt (IsF), mit dem die aus heutiger Sicht als Zentralfiguren der Frankfurter Schule geltenden Theoretiker qua Direktoratsfunktion, Professuren oder Mitarbeiterstellen verbunden waren. Gegründet wurde das Institut für Sozialforschung 1923 als Teil der Universitätsstruktur am Institut für Soziologie der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt. Dank der umfangreichen Stiftung des jungen Millionenerbens Felix Weil war das Institut für Sozialforschung in seiner Finanzierung wie in seiner inhaltlichen Ausrichtung auch innerhalb der Universität

zunächst unabhängig (vgl. Schwandt 2010; Wiggershaus 1988). Das Institut für Sozialforschung hatte in den Folgejahren allerdings eine wechselhafte Geschichte; 1933 wurde das Institut von den Nationalsozialisten geschlossen. Horkheimer hatte bereits das Exil vorbereitet und siedelte das Institut – nach einem Zwischenspiel in Genf – nach New York um. Ab den 1930er Jahren verschärften sich die finanziellen Rahmenbedingungen, das Stiftungsvermögen schrumpfte, sodass in den USA ein wichtiger Umbruch in der Arbeit des Instituts stattfand: nämlich die Übernahme von Projektforschung, die wir aus heutiger Sicht Drittmittelaufträge nennen würden. Dies stellte fortan die zentrale Arbeitsstruktur des Instituts dar: Projektforschung sicherte die Existenz, darüber hinaus wurden die wichtigen Veröffentlichungen der Kritischen Theorie von den jeweiligen Institutsleitern verfasst (vgl. Steinert 2007; Wiggershaus 1988). Nach diesem organisationalen Vorbild wurde auch die Wiederbegründung des Instituts für Sozialforschung 1951 in der BRD durchgeführt; damit verlor es aber endgültig seine Unabhängigkeit und führte zu umstrittenen Forschungskooperationen wie etwa die Übernahme eines Forschungsauftrags durch den Mannesmann-Konzern 1954, der zu den Gründern der antibolschewistischen Liga gehört und sich an der Finanzierung der NSDAP beteiligt hatte (vgl. ebd.). Solche Auftragsarbeiten wurden ab den 1960er Jahren als Finanzierung des Instituts zugunsten öffentlicher Zuschüsse, Projektmittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft und nicht-kommerzieller Quellen abgelöst.

Die Geschichte des Instituts für Sozialforschung weist allerdings nicht nur hinsichtlich der organisatorischen und finanziellen Struktur erhebliche Brüche auf; dies gilt auch für die inhaltliche Ausrichtung. Die Pläne zur Gründung des Instituts gingen zurück auf ein Treffen zwischen intellektuellen und radikalen Linken (die „marxistische Arbeitswoche"), das 1923 in Jena stattgefunden hatte und an dem u.a. Karl Korsch, Felix Weil, Georg Lukács und Friedrich Pollock anwesend waren (vgl. Schwandt 2010). Die Ergebnisse des Treffens bekräftigten das Engagement von Felix Weil, der die Institutsgründung durch eine Stiftung begleiten wollte. Der Plan war, ein sozialwissenschaftliches Institut zur Erforschung der Arbeiterbewegung zu gründen; Felix Weil

> „[...] dachte dabei wohl eher an eine Parallele zu dem in Moskau seit einigen Jahren existierenden Marx-Engels-Institut, dessen Aufgaben neben der wissenschaftlichen Erforschung und historischen Dokumentation der Arbeiterbewegung sehr deutlich auch die aktive Verbreitung ihrer politischen Ideen umfasste. Die Arbeit des zu gründenden Instituts sollte jedenfalls nach Felix Weil mehr oder weniger unmittelbar der praktischen Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaft dienen. Er hoffte sogar, es einst einem 'siegreichen deutschen Rätestaat übergeben zu können'" (Schwandt 2010, 25).

Als erster Leiter wurde der Austro-Marxist Carl Grünberg berufen, der 1928 aus gesundheitlichen Gründen aufhören musste. Überraschend wurde dann allerdings nicht einer der Mitarbeiter von Grünberg, sondern 1930 ein bis dato eher unauffälliger Philosophie-Dozent, Max Horkheimer, der neue Leiter des IsF. Damit fand bereits eine entscheidende inhaltliche Weichenstellung im Profil des Instituts für Sozialforschung statt. Während der 1920er Jahre war die Arbeit am Institut für Sozialforschung zunächst eindeutig im Kontext materialistischer Theoriebildung verortet; am Institut wurde zu Marxismus und Arbeiterbewegung geforscht und es war mit den Parteien und wissenschaftlichen Einrichtungen der Arbeiterbewegung verbunden (vgl. Schwandt 2010; Steinert 2007). Die Frankfurter Schule entwickelte sich ab den 1930er Jahren allerdings zunehmend zu einer wissenschafts- und gesellschaftstheoretischen Variante kritischer Gesellschaftstheorie, die sich in wichtigen Aspekten von der arbeiterbewegungsorientierten, marxistischen Forschungsarbeit ablöste.

Maßgeblich für diese Entwicklung war der Antritt von Max Horkheimer als Leiter des IsF. Horkheimer entwarf in seiner Antrittsrede „Die gegenwärtige Lage der Sozialphilosophie und die Aufgaben eines Instituts für Sozialforschung" (1931/1988) das Programm einer interdisziplinär organisierten Sozialforschung, die sich nicht nur Marxismus, sondern zudem Aufklärung als Bezugspunkt gesetzt hatte und neben Marx auch Kant, Hegel, Schopenhauer, Nietzsche und Freud zum Gegenstand philosophischer Auseinandersetzung machte (vgl. Steinert 2007). Horkheimer setzte somit zudem auf die Integration der bürgerlichen Wissenschaft im Sinne der Einzeldisziplinen von Ökonomie und Psychologie mit der Philosophie. Gleichzeitig entsagte er unmittelbarer, parteipolitischer Praxis und trieb – gemessen an den ursprünglichen Intentionen und der Institutsarbeit unter Grünberg – eine „radikale Akademisierung von Theorie und Tätigkeit" (ebd., 161) voran: „Der Bezugspunkt Arbeiterbewegung oder gar kommunistische Partei wurde dezidiert ausgetauscht gegen den Bezugspunkt Geschichte des abendländischen Denkens über Gesellschaft und Befreiung" (ebd.). Die Herauslösung aus dem ursprünglich angedachten Kontext des Instituts für Sozialforschung und die damit verbundene Theorie wird auch deutlich in einem nominellen Wechsel in der Selbstbezeichnung als nunmehr (zuerst noch mit kleinem k) kritische Theorie (vgl. Horkheimer 1937/2005).

Dieses interdisziplinäre Forschungsprogramm gewann seine Kontur durch eine jeweils besondere Akzentuierung sowohl gegenüber der marxistischen Theoriebildung als auch durch eine dezidierte Ablehnung der bürgerlichen Wissenschaften (vgl. Schwandt 2010). Dies galt zunächst hinsichtlich der Integration von Philosophie und Fachwissenschaften. Das Verständnis von Sozialforschung, das

Horkheimer anlegte, hatte eine permanente wechselseitige Durchdringung von philosophischer Gegenwartsanalyse und einzelwissenschaftlicher Forschungsarbeit vor Augen. Damit sollte auf der einen Seite der „theoretische Purismus" (Honneth 1999a, 27) des Marxismus abgelöst werden und „der Möglichkeit einer fruchtbaren Ergänzung von akademischer Sozialwissenschaft und marxistischer Theorie Raum" (ebd.) gegeben werden. Gleichzeitig sollte die methodische Orientierung an der Hegel'schen und Marx'schen Dialektik die Entwicklung eines integrierten, umfassenden Bildes sozialer Wirklichkeit gewährleisten, das die Begrenzungen der bürgerlichen Einzeldisziplinen und ihre positivistische Zerlegung der sozialen Wirklichkeit in nicht mehr mit einander vermittelte fachwissenschaftliche Erkenntnisse überwinden sollte (vgl. Dubiel 2001; Honneth 1999a).

Eine weitreichende wissenschaftstheoretische Darlegung des Verständnisses kritischer Theorie (noch mit kleinem k) findet sich in Horkheimers programmatischem Aufsatz „Traditionelle und kritische Theorie" von 1937. Damit dürfte Horkheimer zweifellos auch dem Bedarf nach einer umfassenderen wissenschaftstheoretischen Begründung der Idee und der theoretischen Zielsetzungen eines Projektes Kritischer Theorie nachgekommen sein. Anlass des Aufsatzes war zum einen das 70-jährige Jubiläum des Erscheinens des ersten Bandes des „Kapitals" von Karl Marx, dessen darin entwickelte Kritik der politischen Ökonomie Horkheimer als „Prototyp der Kritik" (Açıkgöz 2014, 25) galt. Im Jahr 1937 jährte sich aber auch zum 300. Mal das Erscheinen von Descartes' „Discours de la méthode" – ein Werk, das ebenfalls als Gegenstand kritischer Auseinandersetzung Eingang in den Aufsatz von Horkheimer fand. Die beiden von diesen unterschiedlichen Theoretikern Karl Marx und René Descartes geprägten Denkmuster sind es, die Horkheimer miteinander kontrastiert (nämlich eine traditionelle Theorie und eine kritische Theorie) und an denen er die Konturen des Projekts Kritischer Theorie schärft.

Bis zur Mitte der 1930er Jahre wird am Institut für Sozialforschung maßgeblich geforscht über die Beziehungen zwischen ökonomischer Basis und kulturellen Bewusstseinsformen, die Vermittlung von sozioökonomischen Strukturen und den sozialpsychologischen Dispositionen der Massen und über die Krise der politisch-ökonomischen Strukturen (vgl. Dubiel 2001). Grundlage hierfür ist in den Anfangsjahren zunächst noch eine klassische marxistische Geschichtsphilosophie, wonach der gesellschaftliche Fortschritt als Prozess der Produktivkraftentwicklung zu verstehen ist, „der mit jeder erweiterten Stufe des technischen Systems der Naturbeherrschung auch eine neue Stufe der sozialen Produktionsverhältnisse erzwingt" (Honneth 1999a, 30). Die Arbeit am Institut

für Sozialforschung steht so zunächst noch ganz in Tradition eines historischen Materialismus, der sozialwissenschaftlich, das heißt, empirisch konkret, unterfüttert werden soll. Auch die Autoren der Kritischen Theorie waren zunächst noch eng mit dem westlichen Marxismus verbunden und verstanden unter Sozialismus eine vernunftgemäße Gesellschaftsform. Im Verlauf der 1930er Jahre zeichnet sich allerdings auch zunehmend eine entscheidende Richtungsänderung der Theoriebildung ab, die wissenschaftsprogrammatisch mit einigen wichtigen Prämissen des Marxismus bricht: Dies gilt etwa bzgl. der Einschätzung der Arbeiterbewegung als revolutionärem Subjekt der Geschichte, die Gleichsetzung von Subjekt und Adressat_in der Kritik und das Verhältnis von Theorie und Praxis. Dies ist als Ergebnis eines Wandels der historisch-politischen Rahmenbedingungen zu verstehen, auf den die Autoren der Kritischen Theorie auf spezifische Weise reagieren und theoriesystematisch verarbeiten.

1.2.2 Zur Methode der Kritik: Theorie als Form gesellschaftlicher Praxis

Stärker noch als in der Antrittsvorlesung von Horkheimer lässt sich am Aufsatz „Traditionelle und kritische Theorie" (1937) studieren, welche wissenschaftstheoretische Konzeption der Kritischen Theorie zugrunde liegt. Im Kern sieht Horkheimer eine geistesgeschichtliche Situation am Werk, in der höchst folgenreich ein Auseinanderfallen von eigentlich zueinander gehörenden Reflexionsformen zu verzeichnen ist, nämlich empirischer Forschung und philosophisches Denken. In der Hegel'schen Geschichtsphilosophie erkennt Horkheimer eine theoretische Tradition, in der beide Erkenntniswege noch miteinander verbunden waren, sodass „empirische Analyse der Wirklichkeit mit der philosophischen Bestimmung der Vernunft zusammenfällt" (Honneth 2006, 229). Allerdings sind die Bande zwischen beiden aufgelöst und im Ergebnis stehen sich Positivismus und Metaphysik unvermittelt gegenüber. In dieser Vereinzelung sieht Horkheimer überdies eine schwerwiegende Verkürzung: Die empirische Wirklichkeitserkenntnis ist durch die Abtrennung von der philosophischen Reflektion zu einer bloßen Tatsachenforschung degradiert, die philosophische Vernunftreflexion hingegen ist durch die Abtrennung des Bezugs zur empirisch-konkreten Wirklichkeit zu einer bloßen Wesensspekulation verkommen. Damit, so Horkheimer, ist auch jede Möglichkeit zu einer die bestehenden Verhältnisse transzendierenden Perspektiven der Kritik genommen. Aufgabe kritischer Theoriebildung ist es aus seiner Sicht daher zunächst, die Spaltung zwischen Tatsachenforschung und Metaphysik zu überwinden und das geschichtliche Vernunftpotential zu bergen.

Die Konturen einer solchen Unternehmung entwickelt Horkheimer aus einer eingehenden Kritik des Positivismus und des damit verbundenen, traditionellen Theorieverständnisses. „Die Frage, was Theorie sei", so Horkheimer einleitend,

> „[...] scheint nach dem heutigen Stand der Wissenschaft keine großen Schwierigkeiten zu bieten. Theorie gilt in der gebräuchlichen Forschung als ein Inbegriff von Sätzen über ein Sachgebiet, die so miteinander verbunden sind, daß aus einigen von ihnen die übrigen abgeleitet werden können. [...] Theorie ist das aufgestapelte Wissen in einer Form, die es zur möglichst eingehenden Kennzeichnung von Tatsachen brauchbar macht" (Horkheimer 1937/2005, 205).

Eine in diesem traditionellen Sinne verstandene Theorie weist die Tendenz auf, zu einem mathematischen Zeichensystem zu geraten und somit als geschlossenes System zu funktionieren, aus dem heraus deduziert werden kann. Damit, so Horkheimer weiter, folgen die Gesellschaftswissenschaften dem Vorbild der Naturwissenschaften und übertragen den begrifflichen Apparat, der zur Bestimmung der toten Natur genutzt werde, auf die lebendige Natur. In dieser Zugriffsweise der Theorie gegenüber der Gesellschaft liegt aber ein Moment der Verselbstständigung der Theorie gegenüber der Praxis, die sie erfassen will: „Soweit der Begriff der Theorie jedoch verselbstständigt wird, als ob er etwa aus dem inneren Wesen der Erkenntnis oder sonst wie unhistorisch zu begründen sei, verwandelt er sich in eine verdinglichte, ideologische Kategorie" (ebd., 211). Dies gelte umso mehr, als die Frage, „[...] ob und wie neue Definitionen zweckmäßig aufgestellt werden, [...] in Wahrheit nicht bloß von der Einfachheit und Folgerichtigkeit des Systems [abhängen], sondern unter anderem auch von Richtung und Zielen der Forschung [...], die aus ihr selbst weder zu erklären noch gar letztlich einsichtig zu machen sind" (ebd., 212). Horkheimer betont demgegenüber, dass sowohl der Einfluss des Materials auf die Theorie als auch umgekehrt die Anwendung der Theorie auf das Material eben nicht nur ein „innerszientistischer, sondern zugleich ein gesellschaftlicher Vorgang" (ebd., 213) ist. Er verweist darauf, dass keine Art von Wissenschaft interesselos oder wertfrei verläuft; zwar erscheint dem Einzelnen die Welt als Faktum und so zunächst als etwas, was sich entlang vorliegender Begriffssysteme einordnen lässt. Tatsächlich aber ist die Wahrnehmung dessen bereits historisch und gesellschaftlich geprägt, und zwar in doppelter Weise:

> „Die gesamte wahrnehmbare Welt, wie sie für das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft vorhanden ist und in der damit in Wechselwirkung stehenden traditionellen Weltauffassung interpretiert wird, gilt ihrem Subjekt als Inbegriff von Faktizitäten, sie ist da und muß hingenommen werden. Das ordnende Denken jedes Einzelnen gehört mit zu den gesellschaftlichen Reaktionen, die dahin tendieren, sich in einer

> den Bedürfnissen möglichst entsprechenden Weise anzupassen. Zwischen dem Individuum und der Gesellschaft besteht hier aber ein wesentlicher Unterschied. Dieselbe Welt, die den Einzelnen etwas an sich Vorhandenes ist, das er aufnehmen muß und berücksichtigt, ist in der Gestalt, wie sie da ist und fortbesteht, ebensosehr Produkt der allgemeinen gesellschaftlichen Praxis. [...] Die Tatsachen, welche die Sinne uns zuführen, sind in doppelter Weise gesellschaftlich präformiert: durch den geschichtlichen Charakter des wahrgenommenen Gegenstands und den geschichtlichen Charakter des wahrgenommenen Organs. Beide sind nicht nur natürlich, sondern durch menschliche Aktivität geformt; das Individuum jedoch erfährt sich selbst bei der Wahrnehmung als aufnehmend und passiv" (Horkheimer 1937/2005, 216f.).

Dieses Zitat so ausführlich wiederzugeben lohnt, weil darin auch noch eine weitere Annahme steckt: dass das ordnende Denken des Einzelnen eine Reaktion ist, die auf *Anpassung* an die gegebenen Verhältnisse zielt. Der Rekurs auf die überindividuelle gesellschaftliche Praxis hingegen macht nicht nur deutlich, dass die wahrnehmbare Welt wie auch ihre konkrete Wahrnehmung bereits vorgeprägt ist. Mehr noch: In der Bewusstwerdung des gesellschaftlichen Charakters wissenschaftlicher Tätigkeit liegt auch eine mögliche Überwindung bloß ordnenden Denkens und individueller Anpassungsreaktionen an das vermeintlich objektiv Gegebene – mit anderen Worten: die Möglichkeit der Transzendenz des Bestehenden.

Genau diese Tatsache, der gesellschaftliche Charakter von Theoriebildung, die spezifische Art der Arbeit von Wissenschaftler_innen und Gelehrten, ihr Platz in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sowie die damit jeweils verbundenen Interessen sind es, die aber im Positivismus geleugnet werden. In dem Maße, in dem die sozialen Bedingungen, unter denen Wissenschaft produziert wird und die praktische Rolle, die ihr in der Gesellschaft zukommt, ausgeblendet wird, koppelt sich Wissenschaft von der Wirklichkeit ab. In der traditionellen Theoriebildung gelten den Wissenschaftler_innen sowohl die Gegenstände, mit denen sie sich befassen, als auch die Begriffssysteme, in die sie sie einordnen, als äußerlich. Es geht um eine möglichst reine Tatsachenbeschreibung unter dem Postulat der Wertfreiheit, die zudem nach Maßgabe einer inneren Widerspruchsfreiheit organisiert ist. Darin aber erkennt Horkheimer eine Entfremdung, die sich in der Trennung von Wissenschaft und Gesellschaft, von Wert und Forschung, von Wissen und Handeln, Kopf- und Handarbeit, Theorie und Praxis fortsetzt.

Kritische Theorie wird demgegenüber als eine Form von Wissenschaft bestimmt, die sich sowohl ihren sozialen Entstehungszusammenhang wie auch ihren praktischen Wirkungszusammenhang reflexiv bewusst hält. Sie ist damit bereits von Beginn an auch als eine kritische Verhaltensweise charakterisiert:

Zum einen als Widerstand gegen die Restriktionen und die Integration der bürgerlichen Wissenschaften in den Herrschaftszusammenhang, wie sie sich u.a. in der Verselbstständigung der Geltungsansprüche einer an Widerspruchsfreiheit und logischer Stimmigkeit orientierten Theorie gegenüber den konkreten Verhältnissen ausdrückt. Zum anderen als Widerstand gegen die bewusstlose Gesellschaft, als das Beharren auf einem emanzipatorischen Interesse, „das als normativem Bezugspunkt die 'sich selbst bestimmende Gesellschaft' zum Inhalt hat." (Müller-Dohm 2000, 75).

1.2.3 Zur Problem- und Gegenstandskonstruktion: Kritisches Verhalten wider die unmenschliche Praxis der Gesellschaft

Die Antrittsvorlesung Horkheimers (1931) und der Aufsatz „Traditionelle und kritische Theorie" sind wissenschaftstheoretische Abhandlungen. Da Kritische Theorie aber von ihrem Selbstverständnis her immer auf gesellschaftliche Praxis, von der sie sich als ein Teil begreift, bezogen ist, sind wissenschaftstheoretische und gesellschaftstheoretische Aspekte eng verzahnt – wenngleich letztere nicht im Sinne einer eingehenden Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse angelegt sind. Dennoch lässt sich erschließen, wie Gesellschaft bzw. gesellschaftliche Praxis von der Kritischen Theorie in den Blick genommen wird, das heißt, wie sie als Gegenstand in der Theorie vorkommt und mit welcher politisch-normativer Orientierung sich der Blick auf gesellschaftliche Praxis verknüpft.

Die Akzentuierung, die Horkheimer in der Spezifizierung einer sich kritisch verstehenden Theorie sieht, liegt darin, dass er bei seinen Ausführungen immer den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang betont – der als solcher auch wissenschaftliche Tätigkeit einschließt. Kritische Theorie versteht sich aus dieser Perspektive als eine Denkart, in der die „Trennung von Individuum und Gesellschaft, kraft derer der Einzelne die vorgezeichneten Schranken seiner Aktivität als natürlich hinnimmt, [...] relativiert [wird]" (Horkheimer 1937/2005, 224). Diese Spaltung soll dadurch überwunden werden, dass der gesellschaftliche Rahmen und der innere Zusammenhang des „blinden Zusammenwirken[s] der Einzeltätigkeiten" (ebd.) in den Blick kommt. Kritische Theoriebildung basiert so auch auf der Einsicht, dass bereits die Praxis des wissenschaftlichen Einordnens von Tatsachen eine *gesellschaftliche* Praxis ist, das heißt, Theorie ihren Gegenstand mitkonstruiert durch die Art und Weise der Begriffsbildung und Theoriesysteme. Horkheimer weist darüber hinaus darauf hin, dass unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, bedingt etwa durch die Klassenlage, auch eine unterschiedliche Beziehung zu dieser gesellschaftlichen Praxis einnehmen (ebd., 221ff.) – und dass

diese Praxis einer „vernünftigen Zielsetzung unterstehen kann“ (ebd., 224). Es geht kritischer Theorie nicht um eine Beschreibung (Deskription) der bestehenden Gesellschaft, sondern um ihre Veränderung – und dies schlägt sich bereits in den Kategorien und Prämissen nieder, mit denen Theorie soziale Wirklichkeit zu erfassen sucht. Kritische Theorie ist auf diejenige soziale Praxis bezogen, aus der sie auch hervorgebracht wird – und auf diese wirkt Kritische Theorie handlungsorientierend ein. Deshalb ist Kritische Theorie eine praktische Veränderungskraft in der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die sie untersucht.

Das Urteil Horkheimers über die gegebenen Verhältnisse ist dabei unmissverständlich: „Wenn von Vernunft bestimmtes Handeln zum Menschen gehört, ist die gegebene gesellschaftliche Praxis, welche das Dasein bis in die Einzelheiten formt, unmenschlich, und diese Unmenschlichkeit wirkt auf alles zurück, was sich in der Gesellschaft vollzieht“ (Horkheimer 1937/2005, 226f.). Während traditionelle Theorievarianten sich diesen Verhältnissen gegenüber allenfalls beschreibend zuwenden, so sei die kritische Gesellschaftstheorie demgegenüber

> „[…] als ganze ein einziges entfaltetes Existenzialurteil. Es besagt, grob formuliert, daß die Grundform der historisch gegebenen Warenwirtschaft, auf der die neuere Geschichte beruht, die inneren und äußeren Gegensätze der Epoche in sich schließt, in verschärfter Form stets aufs neue zeitigt und nach einer Periode des Aufstiegs, der Entfaltung menschlicher Kräfte, der Emanzipation des Individuums, nach einer ungeheuren Ausbreitung der menschlichen Macht über die Natur schließlich die weitere Entwicklung hemmt und die Menschheit einer neuen Barbarei zutreibt“ (Horkheimer 1937/2005, 244).

Unter diesen Bedingungen kann kritische Theorie, so Horkheimer, auch nicht im Sinne einer bloßen Vermehrung von Wissen und der Anreicherung bestehender Begriffssysteme verstanden werden; vielmehr wirkt sie in emanzipatorischer Absicht auf eine Umwälzung der Verhältnisse, in dem sie zeigt: „[…] es muss nicht so sein, die Menschen können das Sein ändern, die Umstände dafür sind jetzt vorhanden“ (ebd., 244). Veränderung meint dabei nicht, dass es um ein besseres Funktionieren von Teilen der bestehenden Gesellschaft geht, sondern um einen grundlegenden Wandel aller gesellschaftlichen Verhältnisse: „Es gibt ein menschliches Verhalten“, so Horkheimer (ebd., 223), und fügt in einer Fußnote hinzu, dass dieses Verhalten fortan „als das ‘kritische’ bezeichnet“ wird, „das die Gesellschaft selbst zum Gegenstand hat. Es richtet sich nicht bloß auf die Abstellung irgendwelcher Mißstände, diese erscheinen ihm vielmehr mit der ganzen Einrichtung des Gesellschaftsbaus verknüpft“ (ebd.). Das kritische Verhalten zeichne sich in erster Linie durch die Absicht aus, „über die herrschende […] gesellschaftliche […] Praxis hinaus[zu]gehen“ (Horkheimer 1937/2005, 226).

Bedingung dafür ist, dass sich bei den Subjekten des kritischen Verhaltens ein bewusster Widerspruch entwickelt. Dieser Widerspruch beruht zum einen auf der Identifikation mit dem Ganzen als „ihre eigene Welt" (ebd., 224); und gleichzeitig erfahren die Subjekte, dass diese Welt auf Kampf und Unterdrückung beruht, und insofern „die Welt [...] nicht die ihre, sondern die des Kapitals [ist]" (ebd.): „Jene Identifikation ist daher widerspruchsvoll, ein Widerspruch, der alle Begriffe der kritischen Denkart kennzeichnet." (ebd., 224f.). Zur Ausbildung eines bewussten Widerspruchs tritt in der Kritischen Theorie überdies Empathie im Sinne eines Mitleidens sozialen Leids; sie ist eben nicht nur ein bestimmter Typ des Wissens, sondern auch „moralische Einsicht" (Müller-Dohm 2000, 74ff.), die mit einem subjektiven Vermögen zur Diskursivierung von Unglück und Ungerechtigkeit in der Gesellschaft verbunden ist ebenso wie mit einer „praktischen Solidarität" mit denjenigen, die die Hauptlasten der gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten tragen (ebd., 76).

Müller-Dohm resümiert mit Blick auf das Konzept der Kritik, wie es in den frühen wissenschaftstheoretischen Schriften Horkheimers angelegt ist, dass es sich aus drei diagnostischen Quellen speist:

> „[...] *erstens* der Widerspruchsdiagnose, die die Realität der Gesellschaft im Lichte ihrer potentiellen Emanzipationsmöglichkeiten mißt und in dieser Perspektive zugleich den mangelnden Erklärungsgehalt der wissenschaftlichen Begrifflichkeit traditionellen Denkens aufdeckt; *zweitens* die Krisendiagnose, die sich Rechenschaft über die strukturellen Ursachen der sozio-ökonomischen Antagonismen und ihrer Entwicklungsdynamik gibt; *drittens* die Diagnose des falschen Bewusstseins, die jene sozialen Integrationsmechanismen aufzudecken versucht, die als 'Kittfaktor des rissig gewordenen Gesellschaftsbaus' [ ] wirksam werden und zur Realitätsverkennung führen" (Müller-Dohm 2000, 76).

Mit Bezug auf die Träger_innen der Kritik und die Frage des Bewusstseins als Bedingung kritischen Verhaltens zeichnet sich, wie im Folgenden näher ausgeführt werden wird, dabei aber bereits in den 1930er Jahren eine sich verändernde Einschätzung ab, die sich auch in der Kritikkonzeption niederschlägt.

1.2.4 Zum Verständnis des Wissenschafts-Politik-Verhältnisses: Die relative Entkopplung von Theorie und Praxis und die Politik der Intellektuellen

Anfang der 1930er Jahre stand die Kritische Theorie noch „unter dem gebrochenen Bann der Einheit proletarischer Erfahrung und marxistischer Wissenschaftsmethodik" (Dubiel 1978, 128). In materialistischer Theoriebildung, an der sich zunächst auch Horkheimer orientierte, wird eine problemlose Offenheit und Anschlussfähigkeit der kritischen Gesellschaftstheorie für die objektiven

Interessen des Proletariats unterstellt (vgl. ebd.). Damit verbindet sich auch für Horkheimer zunächst noch das Festhalten an einer Vorstellung von Wahrheit, in der sich das universale Interesse der Menschheit widerspiegelt; den Subjekten ist das richtige Bewusstsein jedoch nicht einfach aufgrund der Verhältnisse gegeben, sondern sie unterliegen einem falschen Bewusstsein. Gleichwohl aber erwacht bereits in den 1930er Jahren nicht nur eine Skepsis bzgl. der historisch-praktischen Wirkungskraft kritischer Vernunft und relativiert so den unterstellten Absolutheitsanspruch kritischer Theorie als Form von Aufklärung (vgl. Müller-Dohm 2000); immer deutlicher zeichnet sich für Horkheimer ab, dass die kritische Vernunft selbst ort- bzw. subjektlos zu werden droht.

> „Ohne es in den theoriebezogenen Textstellen selbst empirisch zu begründen, nimmt er [Horkheimer] einen 'Entfremdungsprozess' zwischen der dieser Lage angemessenen Theorie und den empirisch vorfindlichen theoretischen Orientierungen der politischen Repräsentanten der Arbeiterbewegung an. [...] Und konsequent vermag Horkheimer revolutionäre Potenz nur solchen gesellschaftlichen Gruppen zuzuschreiben, bei denen die theoretische Orientierung zur primär handlungsbestimmenden geworden ist" (Dubiel 1978, 43f.).

Dahinter verbirgt sich die sukzessive Herauslösung aus einigen Zentralfiguren marxistischer Geschichtsphilosophie, die traditionell von der Identität von Subjekt und Adressat_in sozialistischer Theorie ausgegangen ist. Im politischen Selbstverständnis der intellektuellen Avantgarde der Arbeiterbewegung ist angelegt, dass die marxistische Gesellschaftstheorie zwar nicht unmittelbar mit dem proletarischen Klassenbewusstsein in eins fällt, aber über klar identifizierbare Zwischenschritte, v.a. Schulung und Agitation, vermittelt ist. Kritische Gesellschaftstheorie hat in diesem sozialistischen Selbstverständnis einerseits ihre Basis in den alltäglichen Lebenswelten des Proletariats, andererseits soll die Schulung der Arbeiter_innen durch die Intellektuellen der proletarischen Selbstaufklärung dienen – und nur insofern und insoweit „wie Theorie mit dem empirischen Bewußtsein des Arbeiters vermittelt und vermittelbar ist, hat sie überhaupt eine politische und d.h. hier sozialistische Identität" (Dubiel 1978, 38). In besonderer Zuspitzung – die als solche gleichermaßen umstritten wie aber auch einflussreich für den Selbstverständigungshorizont linker Intellektueller in den 1920er und 1930er Jahren war – hat dieses marxistische Selbstverständnis Georg Lukács 1923 in „Geschichte und Klassenbewußtsein" mit der These einer spekulativen Identität von proletarischem Klassenbewusstsein und marxistischer Gesellschaftstheorie und der Identität von Subjekt und Adressat_in der Kritik gebündelt.

Waren die Autoren der Kritischen Theorie zunächst noch eher in Tradition dieser Perspektive in Anschluss an Lukács orientiert, so verändert sich ihre Hal-

tung bereits in der ersten Hälfte der 1930er Jahre. Gegenüber der Lukács'schen Vorstellung des Verhältnisses von Theorie und Praxis werden zwei Modifikationen vorgenommen: Zum einen wird die potentielle Eignung als Trägerin von Kritik und als Subjekt der Vernunft nicht mehr qua sozialstruktureller Klassenlage bestimmt, sondern sozialpsychologisch begründet (vgl. Dubiel 1978, 40). Zudem hatte bereits eine 1930 durchgeführte Erhebung gezeigt, dass nur 15% der deutschen Arbeiter_innen dem revolutionären Typen zuzurechnen waren. Vor allem die Niederlage der Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik war es weiter, die das Institut für Sozialforschung während der 1930er Jahre in eine Art „politische Orientierungslosigkeit" (Honneth 1989, 26) manövrierte; der politisch-praktische Verwendungszusammenhang der Kritischen Theorie schien zunehmend unsicher. Honneth (1989) erkennt in dieser Zeit eine Ambivalenz in den Schriften Horkheimers, insoweit diese

> „[...] einerseits keinen Zweifel daran aufkommen [lassen], daß eine kritische, auf politische Praxis abzielende Theorie der Gesellschaft unter den Bedingungen des Kapitalismus ihren Adressaten einzig in der sozialen Klasse der Lohnarbeiter, dem Proletariat, zu suchen hat; nur die proletarische Klasse ist aus sozialstrukturellen Gründen einer theoretischen Aufklärung zugänglich und zur politischen Umwälzung bereit. Andererseits jedoch sind in diesen Schriften, unter dem Erfahrungsdruck von nationalsozialistischer Machtergreifung und stalinisiertem Kommunismus, die Zweifel daran schon erheblich gewachsen, ob unter den gewandelten Bedingungen des postliberalen Kapitalismus das Proletariat tatsächlich das durch Unterdrückungserlebnisse und Krisenerfahrungen ständig aktualisierte Veränderungspotential noch aufbringt, an das die marxistische Revolutionskonzeption ihre Erwartungen knüpft" (Honneth 1989, 26f.).

Spätestens ab 1937, mit dem Aufsatz „Traditionelle und kritische Theorie", lässt sich bei Horkheimer aber eine deutliche Positionierung erkennen. Er verfolgt eine relative Entkopplung von Theorie und Praxis im Sinne einer Absage an die weitgehende Identifizierung der Theorie mit der Praxis der Arbeiterbewegung, die als deren natürliches Subjekt angenommen gilt. Damit wird in der Kritischen Theorie die *Abkopplung von kritischer Gesellschaftstheorie und proletarischem Klassenbewusstsein* angelegt, die damit auch mit der traditionellen marxistischen Auffassung einer Identität von Subjekt und Adressat der Kritik bricht. Die Autoren der Kritischen Theorie – allen voran Horkheimer – gingen zunehmend davon aus, „daß die der historisch-politischen Lage des Proletariats adäquate Theorie der Gesellschaft und das politische Bewusstsein dieses Proletariats in keiner Weise mehr miteinander vermittelt sind" (Dubiel 1978, 41). Die Kritische Theorie selbst sei dem Proletariat vor diesem Hintergrund nur noch dank moralischer Dezision zugehörig.

Horkheimer reagiert darauf auch in der Konzeption der Kritischen Theorie: Nicht nur wird im Aufsatz „Traditionelle und kritische Theorie" (1937) erstmals der Terminus der kritischen Theorie eingeführt, der damit auch begrifflich eine Differenzierung gegenüber der marxistischen Theoriebildung vollzieht. Überdies wechselt auch das Subjekt der Kritik, von dem gesprochen wird. Dies lässt sich terminologisch nachvollziehen an der Ersetzung des Begriffs der Arbeiterbewegung bzw. des Proletariats durch unbestimmtere Formulierungen wie die „Subjekte des kritischen Verhaltens" (Horkheimer 1937/2005, 224), das „kritische Verhalten" (ebd., 223) oder die „Struktur des kritischen Verhaltens" (ebd., 226). Der Kritischen Theorie gelten nunmehr all diejenigen als Träger_innen der Kritik, bei denen sich das Bewusstsein des Widerspruchs zwischen der Möglichkeit einer vernunftmäßigen Organisation der Gesellschaft und ihrer faktischen, auf Herrschaft und Ausbeutung basierenden Organisation formiert hat (vgl. Horkheimer 1937/1992, 224).

Angesichts der historisch-politischen Lage der Arbeiter_innenbewegung bzw. des Proletariats radikalisiert sich der Topos von der Entkopplung von Theorie und Praxis bei Horkheimer in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre durch die Auffassung, dass unter den gegebenen Verhältnissen das Festhalten an der kritischen Vernunft mitunter die Form einer nahezu gänzlichen Marginalisierung – und damit auch einer Isolation gegenüber dem Proletariat als eigentlichem Subjekt der Kritik – annehmen kann oder ggf. sogar muss:

> „Aber auch die Situation des Proletariats bildet in dieser Gesellschaft keine Garantie der richtigen Erkenntnis. [...] Der Intellektuelle, der nur in aufblickender Verehrung die Schöpferkraft des Proletariats verkündet und sein Genüge darin findet, sich ihm anzupassen und es zu verklären, übersieht, daß jedes Ausweichen vor theoretischer Anstrengung, die er in der Passivität seines Denkens sich erspart, sowie vor einem zeitweiligen Gegensatz zu den Massen, in den eigenes Denken ihn bringen könnte, diese Massen blinder und schwächer macht, als sie sein müssen. [...] Daß es sich völlig der jeweiligen psychologischen Lage der Klasse unterordnet, die an sich die Kraft zur Veränderung darstellt, führt jenen Intellektuellen zum beglückenden Gefühl, mit einer ungeheuren Macht verbunden zu sein, und in einen professionellen Optimismus. Wird dieser in Perioden schwerster Niederlage erschüttert, so gerät mancher Intellektueller in Gefahr, in ebenso bodenlosen sozialen Pessimismus und in Nihilismus zu verfallen, wie sein Optimismus übertrieben war. [...] Sie ertragen es nicht, daß gerade das aktuellste, die geschichtliche Situation am tiefsten erfassende, zukunftsreichste Denken in bestimmten Perioden es mit sich bringt, seine Träger zu isolieren und auf sich selbst zu stellen" (Horkheimer 1937/2005, 230f.).

Kritisches Verhalten führt mit anderen Worten in bestimmten historisch-politischen Situationen dazu, dass sich die Träger_innen dieser Kritik in einer

gesellschaftlichen Isolation befinden – die aber zugunsten der Aufrechterhaltung von Kritikfähigkeit durchaus selbstgewählt ist und insofern auch Mut zum Nonkonformismus erfordert. Diese entscheidende Umpositionierung der Kritischen Theorie gegenüber dem traditionellen linken Theorieverständnis nötigt Horkheimer auch zu einer wissenschaftstheoretischen Neubestimmung des Verhältnisses von Theorie und Praxis. Mitte der 1930er plädierte Horkheimer vor diesem Hintergrund für eine *relative Entkopplung von Theorie und Praxis*, wobei unter Praxis hier der politisch-praktische Kampf (der Arbeiter_innenbewegung) verstanden wird (vgl. Dubiel 1978). Historische Umsetzung oder gar historischer Erfolg einer kritischen Praxis ist nicht länger der (einzige) Maßstab der Richtigkeit einer Theorie und umgekehrt kann die theoretische Entzifferung objektiv möglicher Bedingungen zur Umwälzung der Gesellschaft nicht mit dem tatsächlichen Eintreten einer hierfür erforderlichen kritischen Praxis identifiziert werden. Vielmehr muss theoretisch reflektiert werden können, dass die Revolution auch unter objektiv gegebenen Umständen ausbleiben kann. Hier deutet sich bereits die Kernfrage an, die die Frankfurter Schule im Weiteren maßgeblich prägen wird: nämlich warum die Revolution – trotz der geschichtlich objektiven Möglichkeit – ausbleibt bzw. was die Blockaden und Hemmnisse einer emanzipatorischen Entfaltung kritischer Vernunft sind (vgl. Peter 2007; Steinert 2007).

Trotz oder gerade wegen der von ihm vertretenen relativen Entkopplung von Theorie und Praxis grenzt Horkheimer (1937/1992) das Projekt einer Kritischen Theorie aber nicht nur von einigen Prämissen marxistischer Theoriebildung ab, sondern gleichzeitig auch scharf von der bürgerlichen Wissenschaft – die ihrerseits nämlich traditionell die Trennung von Theorie und Praxis proklamiert. Der entscheidende Unterschied zwischen einer Kritischen Theorie und der Position traditioneller Wissenschaft ist für Horkheimer die Ausgangsannahme, dass Wissenschaft sich der politischen Parteinahme nicht entziehen kann, es kein „Privileg der Neutralität" (Dubiel 1978, 73) gibt. Damit ist nicht die Ebene einer dezisionistischen, individuellen Parteinahme von Einzelwissenschaftler_innen gemeint, sondern es geht Horkheimer um eine *systematische politische Bestimmung von Wissenschaft und Theorietätigkeit*: Es wird davon ausgegangen, dass Wissenschaft immer schon von ihrem Gehalt her, das heißt bzgl. ihrer Themenwahl, ihrer Problemdefinition, ihrer zentralen Begriffe und Prämissen sowie hinsichtlich ihrer Methodologie politische Implikationen hat – ein Umstand, den bürgerliche Wissenschaft verleugnet oder ignoriert. Horkheimer argumentiert, dass sich kritische Wissenschaft hingegen nicht nur ihrer inneren Politisierung bewusst ist; sie analysiert sie auch in selbst- und ideologiekritischer Absicht und bringt das Bewusstsein der Politisierbarkeit ihrer Ergebnisse mit in die Arbeit ein (vgl. ebd.;

Honneth 1999a; 1989). Politische Parteinahme von Wissenschaft ist aus seiner Sicht nicht zuletzt deshalb unvermeidlich, weil – und hier argumentiert Horkheimer in Tradition marxistischer Wissenschaft – wissenschaftliche Arbeit ein Teil des gesamtgesellschaftlichen Arbeitsprozesses ist; Subjekte und Objekte einer solchen Arbeit sind demnach immer gesellschaftlich konstruiert und konstituiert. Genau dieser Sachverhalt aber ist es, der von der bürgerlichen Wissenschaft nicht bewusst aufgenommen wird: „Nach Horkheimer ist bürgerliche Wissenschaft dadurch charakterisierbar, daß sie das Bewußtsein dieses Sachverhalts einerseits verdrängt und es andererseits pragmatisch in Produktions- und Sozialtechnologien umsetzt" (Dubiel 1978, 74). Kritische Wissenschaft dagegen geht von dem gesellschaftlichen Charakter wissenschaftlicher Gegenstände ebenso aus wie von einem Verständnis von wissenschaftlicher Tätigkeit als gesellschaftlicher Arbeit. Als solche ist sie Teil ihres Gegenstands, sie ist darin involviert und sie kommt in sich selbst vor – im Sinne einer Reflexion der Kritischen Theorie über die Bedingungen ihrer Möglichkeit.

Der Verweis auf den gesellschaftlichen Charakter von Wissenschaft als Arbeit dient aber nicht nur dem Ausweis einer spezifischen Reflexivität in der Theoriebildung; er dient gleichzeitig dazu, die die gegebenen Verhältnisse als prinzipiell veränderbar auszuweisen – und die Wissenschaft als Teil dieser Verhältnisse auch als Teil dieser Veränderungsmöglichkeit zu begreifen. Das heißt, kritische Wissenschaft hat ihre politischen Implikationen maßgeblich darin, die Verhältnisse selbst als „der politischen Disposition einer 'vernünftig organisierten Gesellschaft' zugänglich [darzustellen]. Nach Marx ist die Form einer solchen theoretischen Arbeit die der 'Kritik'" (ebd.). Eine solche Bestimmung von Kritik aber vollführt insofern eine Doppelbewegung, als sie sowohl die gesellschaftlichen Verhältnisse politisiert – nämlich als historisch entstanden und prinzipiell veränderlich zu zeigen – als auch die wissenschaftliche Tätigkeit politisiert, insoweit sie Teil ihres Gegenstands ist, sich aber auch politisch dazu in ein Verhältnis setzt, das immer schon normativ bestimmt ist.

Daraus resultiert auch eine spezifische *Politik der Intellektuellen* im Sinne einer politisch-praktischen Aufgabe der Kritischen Theorie. Wie bereits gezeigt wurde, vermuteten die Autoren der Kritischen Theorie die Träger_innen der Kritik zunehmend bei den kritischen Intellektuellen bzw. der Kritischen Theorie selbst. Tatsächlich verortet Horkheimer ab Mitte der 1930er Jahre jenes Bewusstsein, das die fortschrittlichen Kräfte markieren soll, nicht mehr in der Form des Klassenbewusstseins, sondern „in der Form wissenschaftlich gebildeter Theorie" (Dubiel 1978, 45). Kritische Intelligenz, so Horkheimer, zeichnet sich angesichts der historisch-politischen Situation dabei durch selbstgewählte Einsamkeit aus,

insofern die Träger_innen des kritischen Verhaltens gegenüber den proletarischen Massen marginalisiert bzw. isoliert seien. So schreibt Horkheimer 1937 einige Wochen nach Abschluss des Aufsatzes „Traditionelle und kritische Theorie" an Friedrich Pollock:

> „[...] Die paar Menschen, zu denen die Wahrheit sich geflüchtet hat, erscheinen als lächerliche Rechthaber, die eine bombastische Sprache führen und nichts hinter sich haben. Der Trost, daß es auch gewissen Leuten im Alten Testament so gegangen ist, kann uns um so weniger helfen als auch der Erfolg der Propheten auf die Dauer kein überwältigender war. Die unangenehmste Entdeckung, zu welcher der Materialismus führt, ist der Umstand, daß die Vernunft nur existiert, insofern sie ein natürliches Subjekt hinter sich hat" (Horkheimer an Pollock, 20.9.1937, in: Horkheimer 1995, 235).

Wie insbesondere Demirović (1999) herausgearbeitet hat, resultiert aus dieser Feststellung für die Autoren der Kritischen Theorie allerdings keine resignative Haltung. Horkheimer – und mit ihm die Mitglieder des Instituts für Sozialforschung – betrachten es vielmehr als eine wesentliche Aufgabe der Kritischen Theorie, die Bedingungen dafür, dass sich natürliche Subjekte der Vernunft ausbilden können, „so weit als möglich herzustellen" (vgl. Horkheimer an Pollock, 20.9.1937, in: Horkheimer 1995, 235) – und zwar gegen materielle wie ideelle Widerstände. So konstatiert Horkheimer 1937 einen gesellschaftlichen Widerstand gegen theoretisches Denken, das sich vor allem gegen die damit verbundene kritische Qualität von Theorie richtet:

> „Die Feindschaft gegen das Theoretische überhaupt, die heute im öffentlichen Leben grassiert, richtet sich in Wahrheit gegen die verändernde Aktivität, die mit dem kritischen Denken verbunden ist. Wo es nicht beim Feststellen und Ordnen in möglichst neutralen, das heißt für die Lebenspraxis in denen gegebenen Formen unerläßlichen Kategorien bleibt, regt sich sogleich ein Widerstand. Bei der überwiegenden Mehrheit der Beherrschten steht die unbewußte Furcht im Weg, theoretisches Denken könnte die mühsam vollzogene Anpassung an die Realität als verkehrt und überflüssig erscheinen lassen; bei den Nutznießern erhebt sich der allgemeine Verdacht gegen jede intellektuelle Selbständigkeit. Die Tendenz, Theorie als Gegensatz zur Positivität aufzufassen, ist so stark, daß selbst die harmlose traditionelle Theorie zuweilen davon betroffen ist" (Horkheimer 1937/1992, 249).

Horkheimer reagiert auf diese Einschätzungen, indem er es dem Institut für Sozialforschung zur Aufgabe macht, durch Rekrutierungs- und Erziehungsprojekte einen Beitrag zur Ausbildung kritischen Verhaltens zu leisten und verknüpft hierzu Aspekte der Entwicklung des Instituts, der Berufsausbildung, der Entwicklung der Theorie und der Ausbildung eines nonkonformistischen Charakters (vgl. Demirović 1999). Demirović resümiert diese wie folgt:

„Ziel ist die Ausbildung von 'hervorragend begabten und charakterlich einwandfreien' Studenten zu kompetenten Sozialwissenschaftlern, gleichzeitig und darüber hinaus aber die Sozialisation in eine Theorie, die sie zu kritischen, nonkonformistischen Intellektuellen werden läßt, bei denen die gefährdeten Werte fortleben und die sich nicht an Zwecken der Selbsterhaltung orientieren und zur technokratisch-positivistischen Erhaltung von gesellschaftlicher Herrschaft beitragen, sondern zu einer philosophisch ausgewiesenen anspruchsvollen Theorie und den von ihre bestimmten Zielen menschlicher Emanzipation" (Demirović 1999, 77).

Damit trägt Horkheimer seiner Entdeckung Rechnung, dass es natürlicher Subjekte bedarf, damit die Vernunft existiert: Es bedarf sachlicher, begrifflicher und institutioneller Produktionsmittel, um kritische Gesellschaftstheorie überhaupt produzieren zu können. Das heißt, es braucht spezifische Bedingungen, die überhaupt erst die Möglichkeit wie auch die personellen und intellektuellen Ressourcen bereitstellen, um kritisches Verhalten zu befördern (vgl. auch Demirović 2007; 2004).

1.3 Kritikkonzeption II: Kritik als Kritik der Aufklärung

1.3.1 Kontextualisierung: Hintergrund und Grundzüge der „Dialektik der Aufklärung"

Im von Horkheimer geprägten Begriff des kritischen Verhaltens ist angelegt, dass kritische Theoriearbeit selbst als politische Tätigkeit und somit auch als eine Form des *Handelns* in der Wirklichkeit aufgefasst wird, die „immer vor der Alternative [steht], zur Reproduktion der bestehenden Verhältnisse oder zur Veränderung beizutragen" (Demirović 2004, 476). Theorie ist somit aus Sicht der Kritischen Theorie selbst eine „[...] verändernde, praktische Produktivkraft. Betrifft Denken irgendetwas, worauf es ankommt, so setzt es allemal einen, wie sehr auch dem Denken verborgenen praktischen Impuls. Der allein denkt, welcher das Gegebene nicht passiv hinnehmen will" (Adorno 2003, 765).

Allerdings sollten Horkheimer und Adorno ihre Befürchtung, dass sowohl die kritischen Subjekte wie auch Wahrheit und Theorie zunehmend marginalisiert und gesellschaftlich isoliert werden, während der 1940er Jahre bestätigt sehen und zu der Annahme einer „linearen Schwächung der Theorie" (Demirović 2004, 488) radikalisieren. Angesichts des Faschismus, des Zweiten Weltkriegs und des Holocausts, aber auch angesichts der Kulturindustrie in den westlichen Demokratien wird auch die Kritische Theorie ein weiteres Mal umgestellt – und die Vorstellung von Kritik als Aufklärung ihrerseits einer radikalen Reflexion auf die Anteile des aufklärerischen Denkens an der Zivilisationskatastrophe der

Moderne unterzogen. Innerhalb von nur 10-15 Jahren wandelt sich die Kritische Theorie vor dem politisch-historischen Hintergrund von einer Theorie, die zunächst noch vergleichsweise stark in den Kritikkonzeptionen des Materialismus verhaftet ist, zu einer negativen, sich selbst isoliert sehenden Denkform, die sich von einer (Selbst-)Kritik des Marxismus zu einer (Selbst-)Kritik der (westlichen) Zivilisationsgeschichte erweiterte (vgl. Schwandt 2011, 89). Im Zentrum der Umorientierung, die die Autoren der Kritischen Theorie angesichts dieser politischen Situation hinsichtlich der eigenen Kritikkonzeption vornahmen, steht die „Dialektik der Aufklärung". Die hier vorgenommene Bestimmung der Kritik als Reflexionsmodus und bestimmte Negation umreißt dabei die Konturen eines veränderten Kritikkonzepts, von dem Horkheimer und vor allem Adorno zeitlebens nicht mehr abrücken werden, auch wenn sie nicht unverrückbar an einzelnen inhaltlichen Aussagen festhalten wollten. 1962 schreibt Herbert Marcuse, dass die „Dialektik der Aufklärung" ein „ungeheueres Buch" ist, „[ ] das in den beinahe zwanzig Jahren seit es geschrieben wurde nur noch ungeheurer geworden ist. Aber auch nichts was inzwischen von den Herren sotzoologen pschikologen publiziert worden ist kommt auch nur an eine Fußnote des Buches heran" (Marcuse 1962; zit.n. Açıkgöz 2014, 108).

1941 hatte Max Horkheimer in Los Angeles mit einer Studie über Dialektik und Vernunft begonnen. In enger gemeinsamer Diskussion mit Adorno und mit Unterstützung von Gretel Adorno und Leo Löwenthal verfassten Horkheimer und Adorno schließlich gemeinsam das als „Philosophische Fragmente" betitelte Werk. Die „Dialektik der Aufklärung" erschien 1944 in einer kleinen Auflage von 500 Exemplaren und wurde 1947 erneut durch den Exilverlag Querido in Amsterdam verlegt. Die „Dialektik der Aufklärung" gilt bis heute als eines der vieldiskutiertesten und meistrezipierten Werke der Kritischen Theorie. Im Kern des Projekts steht die Orientierung daran, die Entwicklung der Gesellschaft nicht allein aus der kapitalistischen Logik heraus zu erklären (wie dies marxistische Theoriebildung tat), sondern weit tiefer angelegt nach dem Misslingen menschlicher Zivilisation zu fragen. Es ist in diesem Sinne das bis heute wohl einflussreichste Werk, in dem die Fortschrittserzählung der Moderne gebrochen wird.

Horkheimer und Adorno wenden sich darin gegen die Vorstellung, dass die Moderne als Fortschritt zu begreifen ist, der sich über eine zunehmende Rationalisierung als die Verwirklichung einer vernünftigen Organisation von Gesellschaft ausweise. Angesichts der Katastrophen von Weltkriegen und Massenvernichtung des Holocausts geht es – der (vielzitierten) Selbstauskunft der Autoren nach – Horkheimer und Adorno um „nicht weniger als die Erkenntnis, warum die Menschheit, anstatt in einen wahrhaft menschlichen Zustand einzutreten,

in eine neue Art von Barbarei versinkt" (Horkheimer/Adorno 1944/1997, 1). Zivilisationsgeschichte erscheint als Zerfallsgeschichte, in der es noch keinen qualitativen Umschlag von Herrschaft in Emanzipation gegeben habe. Zwar zielt Aufklärung dem Selbstverständnis nach auf den „Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit" (Kant), auf Freiheit und Emanzipation und somit auf die Überwindung des Mythos, verstanden als Abhängigkeit des Menschen von dunklen, schicksalhaften Mächten. Horkheimer und Adorno sehen demgegenüber aber eine Selbstzerstörung von Aufklärung am Werk, die Aufklärung nicht mit der Überwindung, sondern mit der Re-Formierung von Herrschaft in Verbindung bringt: In der Aufklärung sehen sie nicht die *Ablösung* des Mythos (etwa in Form der Befreiung der Menschen aus dem Schicksal der alten Ordnung), sondern die *Hervorbringung* eines neuen: nämlich des Mythos der Vernunft, bzw. den Umschlag von Aufklärung in Positivismus als „Mythos dessen, was der Fall ist" (ebd., X[5]); aufklärerische Vernunft sei in ihrer instrumentell verkürzten Form totalitär geworden und äußere sich als Natur- und Selbstbeherrschung: „Was die Menschen von der Natur lernen wollen, ist, sie anzuwenden, um sie und die Menschen vollends zu beherrschen" (ebd., 10).

Horkheimer und Adorno zeichnen dabei einen konstitutiven Zusammenhang zwischen der Befreiung von der Natur und der Errichtung von – dezidiert als strukturell männlich und bürgerlich ausgewiesenen – Herrschaftsverhältnissen über sich selbst und andere nach: „Furchtbares hat die Menschheit sich antun müssen, bis das Selbst, der identische, zweckgerichtete, männliche Charakter des Menschen geschaffen war" (ebd., 40). Andrea Maihofer konkretisiert, dass nach Horkheimer und Adorno die „für das moderne Subjekt konstitutive Dialektik von Herrschaft und Unterwerfung [...] nicht allein das individuelle Verhältnis zu sich selbst, sondern überhaupt das Verhältnis zur Welt [kennzeichnet]" (Maihofer 1995, 115).

Horkheimer und Adorno entziffern die „neue Art der Barbarei" (ebd.) also gerade nicht als einen Rückschritt oder als kurzzeitige Verirrung einer sonst weitgehend sich linear entfaltenden Verwirklichung der aufklärerischen Ideen in der Moderne (vgl. Jaeggi 2006). Vielmehr erweist sie sich als Ausdruck einer der Aufklärung immanent angelegten Tendenz zur Selbstzerstörung, in dessen

5 In der Ausgabe der „Dialektik der Aufklärung" von 1997 sind sowohl das Vorwort „Zur Neuausgabe" als auch die alte „Vorrede" enthalten. Die Seitenzahlen des Vorworts „Zur Neuausgabe" sind – um es vom restlichen Text abzusetzen – nicht mit arabischen, sondern mit römischen Ziffern nummeriert.

Kern die instrumentell verkürzte Vernunft als spezifisch abendländischen, auf Selbsterhaltung und Herrschaft abzielenden Rationalitätstypus steht.

Aufklärung und Mythos erscheinen so nicht nur als wechselseitig aufs Engste durchdrungen. Mit Aufklärung verbindet sich – so eine zentrale Einsicht – eben nicht nur ein Emanzipations- und Befreiungsprojekt, sondern zugleich und zuvorderst ein Projekt der Verfestigung bzw. Neubegründung von Herrschaft, das so „zur Verstrickung der Individuen in Zwangsverhältnisse" (Jaeggi 2006, 250) beiträgt. Die Kritik der instrumentellen Vernunft wollen Horkheimer und Adorno dabei nicht als reine Vernunftkritik, sondern zugleich als Gesellschaftskritik verstanden wissen; die Dialektik der Aufklärung bzw. die damit verbundene Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen durch die Individuen hat vielmehr das gesellschaftliche System im Ganzen ergriffen, mehr noch: „Aufklärung ist totalitär wir nur irgendein System" (Horkheimer/Adorno 1944/1997, 31) – und zwar, weil „für sie der Prozeß von vornherein entschieden ist" (ebd.): „In der vorwegnehmenden Identifikation der zu Ende gedachten mathematisierten Welt mit der Wahrheit meint Aufklärung vor der Rückkehr des Mythischen sicher zu sein. Sie setzt Denken und Mathematik in eins. [...] Kein Sein in der Welt, das Wissenschaft nicht durchdringen könnte, aber was von Wissenschaft durchdrungen werden kann, ist nicht das Sein" (ebd., 31f.).

Für Horkheimer und Adorno vollzieht sich das Umschlagen von aufklärerischer Vernunft in Positivismus durch ihre Verkürzung auf Zweck-Mittel-Denken, durch „die Beschränkung des Denkens auf Organisation und Verwaltung" (ebd., 42), durch die Abspaltung des Geistes von Erfahrung und durch Abstraktion, die auf Einstimmigkeit und Einheitlichkeit abzielt. Abstraktion als Werkzeug der Aufklärung dient aus dieser Sicht dazu, die Welt dem Zwecke der Nützlichkeit und der Berechenbarkeit zu unterwerfen. Abstraktion und Identitätslogik basieren, so Horkheimer und Adorno, dabei auf der herrschaftsförmigen Trennung von Subjekt und Objekt und richten sich als repressive Egalität darauf, das Nicht-Identische, das jeweils Andere zu nivellieren. Was sich der Logik der instrumentellen Vernunft entzieht, macht sich verdächtig: „Aufklärung ist die radikal gewordene, mythische Angst. Die reine Immanenz des Positivismus, ihr letztes Produkt, ist nichts anderes als ein gleichsam universales Tabu. Es darf überhaupt nichts mehr draußen sein, weil die bloße Vorstellung des Draußen die eigentliche Quelle der Angst ist" (Horkheimer/Adorno 1944/1997, 22). Und an anderer Stelle: „Was dem Maß von Berechenbarkeit und Nützlichkeit sich nicht fügen will, gilt der Aufklärung für verdächtig" (ebd., 12).

Im Resultat, so Horkheimer und Adorno, steht nicht nur die Verselbständigung des ökonomischen Apparats gegenüber den menschlichen Bedürfnissen

sowie die Entfremdung der Menschen gegenüber der von ihnen beherrschten Objekte (vor allem der Natur). Mehr noch: „[...] mit der Versachlichung des Geistes wurden auch die Beziehungen der Menschen selber verhext, auch die des Einzelnen zu sich. Er schrumpft zum Knotenpunkt konventioneller Reaktionen und Funktionsweisen zusammen, die sachlich von ihm erwartet werden. Der Animismus hatte die Sachen beseelt, der Industrialismus versachtlicht die Seelen" (Horkheimer/Adorno 1944/1997, 34). Die gesellschaftlichen Arbeitsbedingungen wie auch die Kulturindustrie erzwingen aus Sicht von Horkheimer und Adorno für die Menschen Konformität, emotionale Verarmung und eine intellektuelle Vereinheitlichung, die ihrerseits nur noch danach ausgerichtet sei, sich an die „Objektivität seiner Funktion" (ebd., 35) in der Gesellschaft anzugleichen. Darin erkennen sie die „neue Gestalt der Verblendung" (ebd., 43), die die mythische Verblendung abgelöst hat.

Dieser „gesellschaftliche Verblendungszusammenhang" (Horkheimer/Adorno 1944/1997, 48) ist es auch, der als eigentliche Ursache für das Ausbleiben einer vernünftigen Organisation der Gesellschaft und eine in diesem Sinne auf sie gerichteter „wahrer Praxis" ausgemacht wird – und nicht etwa das Fehlen der materiellen Voraussetzungen oder – in der marxistischen Terminologie – der Stand der Produktivkräfte. Vor diesem Hintergrund sehen Horkheimer und Adorno die Aufgabe der Kritischen Theorie eben darin, diesen Verblendungszusammenhang aufzubrechen und so die Grundlage für emanzipatorische Praxis zu legen: „Umwälzende wahre Praxis aber hängt ab von der Unnachgiebigkeit der Theorie gegen die Bewußtlosigkeit, mit der die Gesellschaft das Denken sich verhärten läßt" (ebd.).

Die „Dialektik der Aufklärung" gilt in der Rezeption häufig als schwarzes, pessimistisches Buch, das überdies die sich bereits in den 1930er Jahren abzeichnende Entkopplung von Theorie und Praxis im Selbstverständnis der Kritischen Theorie zu einer Geste der Praxis- und Politikabstinenz einsamer Intellektueller radikalisiert hat (vgl. Açıkgöz 2014). In der „Dialektik der Aufklärung" verbindet sich die Absage an die Vorstellung eines noch vorhandenen revolutionären Subjekts mit der Absage eines politisch-praktischen Wirkungszusammenhangs von Theorie und Praxis. Diese ist aber nur vor dem Hintergrund zu verstehen, dass darin eine Abwehrhaltung gegenüber integrationistischen Tendenzen in einer Zeit angelegt ist, die von nationalsozialistischer Massenpropaganda, faschistischem Terror wie aber auch der Indienstnahme marxistischer Theorie für den stalinisierten Kommunismus geprägt waren. Entgegen der üblichen Lesart der „Dialektik der Aufklärung", die häufig lediglich eine resignative Grundhaltung, das Diktum

der Schwärze und ein politisches Defizit am Werk sieht, soll gezeigt werden, dass ein analytisch aufgegliederter Blick auf die Kritikkonzeption der „Dialektik der Aufklärung" eine differenziertere Einschätzung erlaubt und so die Potentiale und Grenzen auch für gegenwärtige Theoriebildung offen legen kann.

1.3.2 Zur Methode der Kritik: Reflexion und bestimmte Negation als „Geste aus Begriffen"

Horkheimer und Adorno sehen sich, wie gezeigt wurde, einer grundlegenden Aporie gegenüber, in der die „Selbstzerstörung der Aufklärung" (Horkheimer/Adorno 1944/1997, 3) angelegt ist:

> „Wir hegen keinen Zweifel [...] dass die Freiheit in der Gesellschaft vom aufklärenden Denken unabtrennbar ist. Jedoch glauben wir, genauso deutlich erkannt zu haben, dass der Begriff eben dieses Denkens, nicht weniger als die konkreten historischen Formen, die Institutionen der Gesellschaft, in die es verflochten ist, schon den Keim zu jenem Rückschritt enthalten, der heute überall sich ereignet" (Horkheimer/Adorno 1944/1997, 3).

Die Autoren schreiben aus der Perspektive einer bereits durchgesetzten Herrschaft und einer bereits eingetretenen „Barbarei". Zugleich aber stellt gerade die Reflexion auf die *Ursachen* des Rückfalls von Befreiung in Herrschaft den Versuch dar, die Aufklärung zu retten und einen „positiven Begriff von ihr vorzubereiten, der sie aus ihrer Verstrickung in blinder Herrschaft löst" (ebd., 5f.). Denn das Ziel ihrer Kritik ist, so geben Horkheimer und Adorno in der Vorrede des Bandes programmatisch an, „nicht [...] die Konservierung der Vergangenheit, sondern [...] die Einlösung der vergangenen Hoffnung" (ebd., 5).

Die von Horkheimer und Adorno vorgelegte Analyse der Selbstzerstörung der Aufklärung unterzieht das abendländische Vernunftdenken einer bis an die Wurzel gehenden Fundamentalkritik. Als negative Geschichtsphilosophie umreißt ihre Kritik der Aufklärung eine Verfallsgeschichte, aus der es keinen Ausweg zu geben scheint und ist als solche auf eine Ablehnung der Verhältnisse hin orientiert. Horkheimer und Adorno sehen einen universellen Verblendungszusammenhang am Werk, in dem „Aufklärung sich zum totalen Betrug der Massen um[wandelt]" (ebd., 49). So überwältigend düster also die Analyse der herrschaftlichen Verformung von Aufklärung ist, so ist doch die Motivation der Kritik – wenngleich theoriesystematisch von außen angelegt – getragen von der Hoffnung auf mögliche Befreiung. Rettung erkennen die Autoren nur darin, dass die Aufklärung „die Reflexion auf dieses rückläufige Moment [...] in sich auf [nimmt]" (Horkheimer/Adorno 1944/1997, 3).

Horkheimer und Adorno schreiben angesichts der Zivilisationskatastrophe von Auschwitz – und zweifellos ist die „Dialektik der Aufklärung" nicht ohne diesen politisch-historischen Hintergrund zu verstehen. Gleichwohl ist die darin vorgenommene Verschiebung in der theoretischen Perspektive wie auch in der Konzeption der Kritik nicht einfach nur als das Resultat eines Verstimmungsbildes[6] zu relativieren (vgl. Benhabib 1992; Steinert 2007). Bereits seit Ende der 1930er Jahre weisen die Autoren der Kritischen Theorie auf eine krisenhafte Entwicklung hin, die sich in der Marginalisierung und gesellschaftlichen Isolation der Subjekte des kritischen Verhaltens ausdrückt. Dies bringt auch den kritischen Intellektuellen in eine paradoxe, aporetische Positionierung, denn „[...] die kritischen Maßstäbe und Begriffe, die historisch sein Bezugspunkt und sein Instrumentarium waren, die ihm ermöglichten, sich der herrschenden Entwicklungstendenz mutig entgegenzustellen, sind unter der Herrschaft der Monopole gerade zu einem Element geworden, die bestehende kapitalistische Gesellschaft aufrechtzuerhalten" (Demirović 1999, 49).

Dabei handelt es sich um ein *politisches* Dilemma, wie Demirović (1999) herausstreicht: Denn eine unreflektierte Weiternutzung der tradierten Mittel der Kritik droht, entweder gemeinsame Sache mit dem Gegner zu machen oder aber naiv mit den eigenen Begriffen umzugehen. Die „Dialektik der Aufklärung" kann vor diesem Hintergrund als Versuch gelesen werden, *politisch* auf eine gesellschaftliche Entwicklung zu reagieren, in der kritisches Verhalten zunehmend erschwert wird.

Die „Dialektik der Aufklärung" ist nicht nur inhaltlich, sondern auch der Form und Methode nach die Gestalt, in der diesem Problem nachgegangen werden soll. Die „Dialektik der Aufklärung" ist formal bewusst als Fragment in Essayform gehalten; in ihr wird der Versuch unternommen, eine bestimmte, *bewusst aporetische Position* einzunehmen, in der das Denken gegen sich selbst gewandt und so zu einer Sprach- und Kritikfähigkeit zurückgefunden werden soll. Adorno und Horkheimer sind sich darüber bewusst, dass sie damit die traditionellen Pfade der Wissenschaftlichkeit verlassen und die Art der Theoriebildung selbst zur Disposition steht. Adorno schreibt während der Arbeit an der „Dialektik der Aufklärung": „Unsere Sachen werden immer mehr solche Gesten aus Begriffen werden müssen und immer weniger Theorien herkömmlichen Sinnes" (Adorno an Horkheimer, 21. August 1941, zit.n. Demirović 1999, 51).

---

6 Jürgen Habermas spricht in seiner kritischen Auseinandersetzung mit der „Dialektik der Aufklärung" davon, dass die „Stimmung", die darin zum Tragen kommt, „nicht mehr die unsere" ist (vgl. Habermas 1983, 130).

Insbesondere Alex Demirović hat die Lesart stark gemacht, dass der politische Gehalt der „Dialektik der Aufklärung" zu einem wesentlichen Teil in der „Geste aus Begriffen" enthalten ist, die mit bzw. hinter der theoretischen Anlage kommuniziert wird: Die in der „Dialektik der Aufklärung" entwickelte Kritikposition markiert demnach eine *kritische Haltung* und ein *politisches Verhalten* in der Auseinandersetzung mit den Denkformen der bürgerlichen Aufklärung ebenso wie mit der aporetischen Positionierung der Autoren der Kritischen Theorie selbst – und dies wird am Text vorgeführt (vgl. Demirović 1999). Die „Dialektik der Aufklärung" verfügt so über einen performativen Charakter: Einerseits wird zwar eine radikale Neubeschreibung der sozialen Verhältnisse geliefert; die Kritik wird aber nicht rein argumentativ angelegt. Die Performanz des Textes ist aus dieser Perspektive bereits selbst als politischer Eingriff zu verstehen, der das Politische (im Sinne des Wachhaltens der Möglichkeit eines Andersseins von Gesellschaft) unter Bedingungen adressiert, die selbst als radikal entpolitisiert beschrieben werden können, insoweit die faschistische Gesellschaft genuin politisches Handeln auszuschalten sucht. Dieses hinter dem Text stehende kritische Verhalten weist über die hermeneutische Auslegung und die theoriesystematische Abgeschlossenheit der „Dialektik der Aufklärung" hinaus:

> „Es wird keine Empfehlung ausgesprochen außer der in der Argumentation und durch sie entfalteten, nämlich jede Verdinglichung, Verhärtung und Starrheit, auch die des von sich überzeugten Intellektuellen, der bestimmten Negation zu unterziehen. Doch das ist schon Empfehlung und moralischer Appell genug. Denn der Leser wird gleichzeitig angesprochen als einer der wenigen und letzten, die, in den Verblendungszusammenhang integriert, diesen durch die Lektüre schon überwindet. Die Lektüre der Dialektik der Aufklärung vollzieht bereits die Praxis der bestimmten Negation, indem sie den Leser durch Reflexion auf sich und die Aufklärung vom gesellschaftlichen Ganzen distanziert" (Demirović 1999, 72).

Kritik ist in diesem Sinne auch bewusste Übertreibung und der Hang zur Drastik, die sich nicht mit der bloßen Abbildung des Gegenstandes bescheidet bzw. ihren Realismus überhaupt erst durch Zuspitzung erreicht (vgl. Açıkgöz 2014; Knapp 1999a; Rumpf 1999). Adorno hat sich einige Jahre später dazu so geäußert: „Das Düstere wurde übertrieben, der Maxime folgend, daß überhaupt nur 'Übertreibung das Medium von Wahrheit' sei; es gelte, – und dies ist ja nicht veraltet – 'objektive, verdeckte Tendenzen freizulegen'" (Rumpf 1999, 76).

Die politische Performanz der „Dialektik der Aufklärung" basiert dabei auf *Reflexion* und *Negation* – nur so lässt sich aus Sicht ihrer Autoren überhaupt noch die Schuld umgehen, den herrschenden Verhältnissen unwillentlich zuzuarbeiten. Kritische Reflexivität stellt hierbei auf die bereits im aufklärerischen Denken

bzw. der bürgerlich-westlichen Moderne *enthaltenen* Elemente von Herrschaft ab; die dadurch geschaffene selbstkritische Distanz soll sich dem Herrschen des Nützlichkeits- und Verwertungsprinzips und so dem Positivismus entgegenstellen. Aus der Einsicht in die Verfügungs- und Überwältigungstendenzen der instrumentell verkürzten Vernunft gegenüber ihren Gegenständen resultiert für Adorno eine negative Dialektik, die methodologisch zwar erst in der Schrift „Negative Dialektik" (1966/2013) zur Reife gelangt, allerdings bereits in der „Dialektik der Aufklärung" buchstäblich am Werke ist. Diese verweigert sich einer möglichst vollständigen Aneignung der Wirklichkeit und entsagt dabei auch der positiven Vorwegnahme eines konkreten Bildes von Befreiung.

Einen kritischen Ansatzpunkt sieht Adorno nur in der Kluft zwischen Begriff und Gegenstand, im Bewusstsein für Nicht-Identität als Bewahrung des Anderen, 'Abgespaltenen – sowie als Methode, das Bewusstsein für inhärente Widersprüche wachzuhalten. Dialektik wird so nicht etwa verstanden als ein Mittel, mit dem synthetisierend zu einem Aussage-System gelangt werden kann, sondern als Mittel, um den Raum zwischen dem Möglichen und dem Wirklichen wachzuhalten und zu erweitern; es geht nicht um einen Prozess des Deduzierens, sondern um einen Prozess des Öffnens (vgl. Müller-Dohm 2000). Mit den Worten Adornos: „Dialektik hat heute ihren Schauplatz in der Spannung zwischen der Einsicht in die ganz unmögliche Darstellung eines richtigen Lebens und zugleich das Bewusstsein davon, wie es sein könnte" (Adorno 1973, zit.n. Müller-Dohm 2000, 78).

Der umfassend negativen Analyse der Gesellschaft als einer, die der instrumentellen Vernunft untersteht, setzen Horkheimer/Adorno also *dennoch*

> „[...] die Hoffnung entgegen, die Kritik der Aufklärung könne gleichwohl das utopische Prinzip einer Logik des Nicht-Identischen evozieren [...]. Selbstreflexion auf die Bedingungen ihrer eigenen Möglichkeit heißt, den Stammbaum der Vernunft zu entdecken und die unterirdische Geschichte der Beziehung zwischen Vernunft und Selbsterhaltung, Autonomie und Naturbeherrschung ans Licht zu bringen" (Benhabib 1992, 98f.).

Kritik als Negation beruft sich nicht auf eine substanzielle Vernunft oder feste Werte, sondern ist immer immanente Kritik, die ihrerseits unerschöpflich ist und daher nur als Prozess gedacht werden kann. Sie endet auch nicht in einem System logisch richtiger Aussagen, sondern ist als Denken in Konstellationen charakterisiert (vgl. Knapp 2012; Müller-Dohm 2000).

Auf methodischer Ebene wurde dieser Kritikposition entgegengehalten, dass auch eine rein negativ und reflexiv verfahrende Kritik ihre Maßstäbe letztlich aus dem beziehen muss, was sie als falsch und herrschaftlich durchdrungen ausweist.

Die Kritikposition von Horkheimer und Adorno bleibe somit aporetisch und es könne nicht mehr zwischen richtigem und falschem unterschieden werden (vgl. Benhabib 1992; Habermas 1983). Horkheimer und Adorno, so die Kritik weiter, können daher auch nicht mehr konstruktiv an den Lebensverhältnissen ansetzen und untergraben damit letztlich die Grundlage für emanzipatorisches Handeln – auf die Kritik doch eigentlich gerichtet sein soll. Diese Argumente sind u.a. der Hintergrund dafür, dass insbesondere der „Dialektik der Aufklärung" – zusammen mit der von den Autoren der Kritischen Theorie vertretenen Entkopplung von Theorie und Praxis als Absage an das revolutionäre Subjekt – vorgeworfen wurde, politikfern zu sein.

Demgegenüber muss allerdings eingewandt werden, dass aus einer aporetischen Positionierung und der konsequenten Anwendung eines im Kern ideologiekritischen Verfahrens auf die Grundlagen der Kritik noch nicht *per se* Schweigen oder das Verharren in einem politikabstinenten Eskapismus resultiert. So verteidigt auch Heinz Steinert die in der Dialektik der Aufklärung angelegte „(Selbst-) Aufklärung der Aufklärung" als

> „[...] nichts als die Technik der Reflexivität, von der Ideologiekritik schon immer gelebt hat: das Wissen um die herrschaftliche Zurichtung schon unserer Begriffe, der wir nichts entgegenzusetzen haben als die konsequente Frage nach den Interessen und Herrschaftsverhältnissen, die einen bestimmten Begriff hervorgebracht haben, brauchen können und stützen. In der Situation, dass wir das Boot auf hoher See und ohne festen Boden unter den Füßen umbauen müssen, waren wir immer schon. Daran ändert sich nichts, wenn wir erkennen, dass unser Denken 'instrumentell' gesteuert ist, außer zum besseren, indem wir von dieser Erkenntnis zu genauerer Kritik der verfügbaren begrifflichen Instrumente und schärferer Reflexion der herrschenden Methoden instand gesetzt werden" (Steinert 2007, 37).

Reflexivität muss, so Steinert weiter, aus dieser Perspektive nicht vorrangig als etwas verstanden werden, bei dem es darum geht, die Anderen als verblendet auszuweisen, während man selbst Zugriff auf die bessere Moral hat. Der Modus der Reflexivität ist aus seiner Sicht vielmehr zu verstehen als Identifikation von gesellschaftlichen Konflikten sowie das In-Bezug-Setzen der eigenen Position bzw. der Position der Kritik zum kritisierten Sachverhalt (vgl. ebd.).

1.3.3 Zur Problem- und Gegenstandskonstruktion: Die Theorie der Herrschaft in der „Dialektik der Aufklärung"

Im Kern der „Dialektik der Aufklärung" steht eine Theorie der Herrschaft, die die instrumentelle Verfügung über die Natur zum Gegenstand hat und die sich als instrumentelle Vernunft und Identifikationszwang sowie als Subsumtion des

Besonderen unter das Allgemeine in die Kultur- und Sozialstruktur moderner Gesellschaften verlängert. Dies ist aus Sicht von Horkheimer und Adorno das eigentlich originäre Muster von Herrschaft, demgegenüber Kapitalismus und Patriarchat, Kolonialismus und Rassismus eher als ein jeweiliges Derivat der zugrunde liegenden Herrschaftsstruktur erscheinen. Ökonomische Ungleichheitsverhältnisse werden zwar als weitreichend angesehen, aber „[...] doch nur als besondere Erscheinung eines allgemeineren Herrschaftsverhältnisses. Gegenstand der Kritik sind in seiner Theorie alle Ausdrucksformen des gattungsgeschichtlich konstituierten Typus einer universellen Naturbeherrschung [...], d.h. er kritisiert die Hypostasierung eines klassifikatorischen Denkens, das sich als Ursprung der Welt setzt" (Müller-Dohm 2000, 77). Die Zentralsetzung der Naturbeherrschung und der instrumentellen Rationalität hat auch Folgen für die Theorie sozialer Herrschaft: Soziale Herrschaft wird in analoger Entsprechung zum Begriff der Naturbeherrschung konzipiert (vgl. Honneth 1989). Das heißt, die spezifischen Mittel und Charakteristika innergesellschaftlicher Herrschaft werden in Entsprechung jener Herrschaftsmittel verstanden, die der Mensch gegenüber der Natur an den Tag legt:

> „Nur unter der stillschweigenden Voraussetzung dieser Analogie ist es sinnvoll, die sozialen Herrschaftstechniken in der Weise als Produkte einer innergesellschaftlichen Nutzung der in der Naturbearbeitung gewonnenen Herrschaftsmittel zu begreifen, wie Adorno und Horkheimer es tun; die 'Beschränkung des Denkens auf Organisation und Verwaltung', die der herrschaftssichernden 'Manipulation der Kleinen' dient, ist, so gesehen, nur der zivilisatorische Nachfolgevorgang der ursprünglichen Vereinseitigung des menschlichen Denkens auf die instrumentelle Vernunft, die der gesellschaftlichen Selbstbehauptung gegenüber der Natur dient" (Honneth 1989, 64).

Das heißt auch, dass auch die beherrschten Subjekte in der gleichen Art aufgefasst werden, wie die „tote" Natur: nämlich als „widerstandsloser Gegenstand technischer Verfügungsprozesse" (ebd.). Die Muster der Erzeugung und Ausübung von instrumenteller Verfügungsgewalt, wie sie im Rahmen menschlicher Naturbeherrschung entfaltet werden (als Subjekt-Objekt-Verhältnis) werden übertragen auf einen innergesellschaftlichen Zusammenhang, der als solcher allerdings ein Subjekt-Subjekt-Verhältnis markiert. Damit geraten Horkheimer und Adorno allerdings in die Lage, „[...] die sozial unterdrückten Subjekte in Entsprechung zu beherrschten Natur als passiv-intentionslose Opfer gezielter Herrschaftstechniken zu begreifen; die Verfügungsprozeduren prägen sich, so scheint es, den Individuen ein, ohne auf Versuche sozialen Widerstands und kultureller Gegenwehr zu stoßen" (Horkheimer/Adorno 1944/1997, 68).

Das hat spezifische Konsequenzen auch für die Theoretisierung von Klassen- und Geschlechterverhältnissen. Der „Dialektik der Aufklärung" liegt ein Modell zugrunde, dass unter der Zentralkategorie der instrumentellen Vernunft und des Identifikationszwangs Naturbeherrschung, Selbstbeherrschung im Sinne individueller Triebbeherrschung wie auch menschliche Selbstbeherrschung im Sinne von kapitalistischen Klassenverhältnissen, patriarchalen Geschlechterverhältnissen und kolonialen Weltverhältnissen fugenlos ineinander übersetzt. Aus feministischer Sicht erscheint diese Anlage zunächst durchaus anschlussfähig, insoweit ganz grundsätzlich ein Zusammenhang zwischen patriarchalen und anderen Herrschaftsverhältnissen theoretisierbar wird – wenngleich das bei Horkheimer und Adorno selbst eher in Grundzügen denn systematisch angelegt ist (vgl. Knapp 2012; Maihofer 2001; 1995; Umrath 2012). Dennoch hat es sich für feministisches Denken als durchaus produktiv erwiesen, das moderne Verhältnis zu sich selbst und zur Welt als das des herrschenden Mannes zu verstehen (vgl. Maihofer 1995; Umrath 2012). Allerdings sind die Ausführungen zum Wechselverhältnis von patriarchalen Herrschaftsverhältnissen und instrumenteller Vernunft durchaus auch doppelbödig: Herrschaft im Geschlechterverhältnis wird (ebenso wie kapitalistische Herrschaftsformen) in der „Dialektik der Aufklärung" aus dem Prozess der Naturbeherrschung abgeleitet; patriarchale Herrschaftsverhältnisse wären demnach so tief im Zivilisationsprozess und in der Moderne verankert, dass sie kaum noch veränderbar scheinen. Tatsächlich wird in der „Dialektik der Aufklärung" nahe gelegt, dass auch Frauen die genuin bürgerlich-männliche Subjektbildung durchlaufen können und ein entsprechend rational-kalkulierendes, instrumentelles Verhältnis zu sich und der Welt annehmen. Dies wird im Exkurs zu „Juliette oder Aufklärung und Moral" etwa an der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen, also der Integration in die kapitalistische Ökonomie exemplifiziert (Horkheimer/Adorno 1944/1997, 115). Barbara Umrath bemerkt hierzu: „Ehemals ein Vorrecht herrschender Männer erscheint das Subjekt als spezifisches Selbst- und Weltverhältnis hier bereits tendenziell demokratisiert – als klassen- und geschlechterübergreifend realisiert –, wobei seine Struktur jedoch dieselbe geblieben ist und insofern als 'bürgerlich-männlich' bezeichnet werden kann" (Umrath 2012, 240).

Die in der „Dialektik der Aufklärung" vorgenommene Perspektive einer negativen Geschichtsphilosophie vollzieht so zwar die Offenlegung einer dialektischen Struktur der Aufklärung, insoweit der Umschlag von Befreiung in Herrschaft nachgezeichnet wird. Gleichzeitig erscheinen durch die Gleichsetzung der Strukturähnlichkeit von menschlicher Naturbeherrschung einerseits mit gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen andererseits allerdings als nahezu unumstößliche Momente der Gattungsgeschichte. In der „Dialektik der Aufklä-

rung“ ist von daher kaum die Thematisierung von möglichen emanzipatorischen Potentialen innerhalb der untersuchten gesellschaftlichen Verhältnisse angelegt (vgl. Honneth 1989; Knapp 1999a; Rumpf 1999).

Verschiedentlich wurde angemerkt, dass dieser Umstand Ergebnis einer theoriesystematischen Blindstelle sei. Axel Honneth (1989), Gudrun-Axeli Knapp (2012) und Mechthild Rumpf (1999) etwa argumentieren, dass die spezifische Perspektive auf Herrschaft, die in der „Dialektik der Aufklärung“ angelegt ist, die intermediäre Ebene politischen Handelns ausblendet und z.B. gesellschaftliche Institutionen, Prozesse politischer Willensbildung und subjektive Widerstandspotentiale nicht berücksichtigen kann. In diesem Zusammenhang wurde auch darauf verwiesen, dass die „Dialektik der Aufklärung“ keine Elemente einer politischen Theorie im klassischen Sinne aufweist, also keine Ausführungen zur Rolle und Funktion von Staat, (politischen) Verbänden usw. enthalten sind (vgl. Açıkgöz 2014). Helmut Dubiel vermutet, dass dieses

> „[…] durch die Zeitgeschichte mehr als gerechtfertigte Desinteresse für demokratische und rechtsstaatliche Institutionen auch eine Fernwirkung ihrer marxistischen Grundüberzeugungen war. In der marxistischen Wahrnehmung politischer Institutionen als bloßer Überbauphänomene ist ja bereits eine Tendenz zur Bagatellisierung der politischen Sphäre angelegt. Kurzum: in der ‘Dialektik der Aufklärung’ hat die Sphäre des Politischen und haben Phänomene demokratischer Willensbildung keinen Ort“ (Dubiel 2001, 92f.).

Überlegungen zu politischer Willensbildung oder politischem Handeln tauchen in der „Dialektik der Aufklärung“ eher *ex negativo* auf – nämlich in der Einschätzung, dass die Möglichkeiten für politisches Handeln unter den zeitgeschichtlichen und politischen Bedingungen des Faschismus und der Kulturindustrie so weitgehend verstellt sind, dass den Subjekten nicht einmal mehr potentiell der Status von politisch handlungsfähigen Akteur_innen zukommt. Diese Einschätzungen bzgl. einer verunmöglichten politischen Handlungsfähigkeit der Subjekte sowie einer verunmöglichten bewussten (Selbst-)Bestimmung der gesellschaftlichen Verhältnisse werden aber vor allem in der Form einer „intuitiv erfaßten pessimistischen Anthropologie“ (Dubiel 2001, 92) denn mit Verweis auf empirische Studien vorgetragen. Die komplexe Positionierung und Kritikstrategie, die Horkheimer und Adorno angesichts der Zivilisationskatastrophe entwickeln, mit dem Verweis auf die wenigen Ausnahmen von Widerstand eines Besseren belehren zu wollen, erscheint allerdings – zumal in Form einer nachträglichen Korrektur – unangemessen (vgl. u.a. Rumpf 1999).

Produktiver scheint es, die Position, die in der „Dialektik der Aufklärung“ eingenommen wird, im Kontext der zeitgenössischen, offiziellen marxistischen

Theoriebildung zu reflektieren. Hier fallen zwei zentrale Veränderungen auf, die Horkheimer und Adorno vornehmen: Befreiung und Emanzipation spielen in der marxistischen Theorie vor allem in Bezug auf die *Produktivkraftentwicklung* und den *Selbstbewusstwerdungsprozess der Arbeiter_innenklasse* eine zentrale Rolle. Der offizielle Marxismus ging dabei sowohl von einem vergleichsweise ungebrochenen Fortschrittsglauben (analog der Produktivkraftentwicklung) aus wie auch von der Vorstellung, dass marxistischer Theoriebildung eine Art intellektuelle Avantgarde- und Reflexionsfunktion bei der Formulierung der objektiven Interessen der Arbeiter_innenklasse zukommt. Von beiden befreiungstheoretischen Elementen der zeitgenössischen marxistischen Theoriebildung rücken Horkheimer und Adorno ab (vgl. Honneth 1982): In der „Dialektik der Aufklärung" wird davon ausgegangen, dass der Fortschritt der Produktivkraftentwicklung in den Ausweitungsprozess eines Naturbeherrschungsprozesses eingebunden ist. Damit aber zeigt sich aus Sicht von Horkheimer und Adorno die Produktivkraftentwicklung nicht mehr als Befreiungspotential, sondern als Teil nur noch instrumenteller Vernunft. Horkheimer und Adorno rekonstruieren überdies den politischen Bildungsprozess als einen, der nur noch auf die Ausbildung herrschaftlich-instrumenteller Rationalität angelegt ist – und auch hier also das Potential zur Befreiung ausbleibt. In der „Dialektik der Aufklärung" werden also die befreiungstheoretischen Bezüge gekappt – diejenigen Bezüge, die bis dato zentral für die offizielle marxistische Theoriebildung waren, und ohne dem etwas Neues entgegensetzen zu können oder zu wollen. Bereits in den 1930er Jahren schienen Horkheimer und Adorno zentrale Prämissen des offiziellen Marxismus zunehmend brüchig; angesichts der Niederlage der Arbeiter_innenbewegung, des Faschismus und des Holocausts, auf den die „Dialektik der Aufklärung" maßgeblich reagiert, scheinen alle bis dato befreiungstheoretischen Bezüge von Theoriebildung ihren Widerhall verloren zu haben. Gerade weil kritische Theoriebildung als ein politisches Unternehmen verstanden wird, gilt es aus Sicht von Horkheimer und Adorno daher auch, die begrifflichen und analytischen Mittel der Theorie umzustellen.

Das heißt, wenn man von einem politischen Defizit reden will, dann in Bezug zum Fehlen von Elementen einer politischen Theorie im engeren Politikverständnis sowie dem Fehlen von befreiungstheoretischen Elementen in einem weiten Politikverständnis. Allerdings ist damit nicht gesagt, dass die „Dialektik der Aufklärung" dem Inhalt nach ein *un*politisches Buch ist. Heinz Steinert argumentiert, dass es ein

> „[...] interessantes und ungewöhnliches Grundmodell [ist], aus dem die Kritische Theorie dachte: Wie ist Befreiung möglich, nachdem die Revolution endgültig versäumt wurde? Befreiungstheorien denken sonst auf die zukünftige Revolution hin:

> Wie lassen sich die Bedingungen dafür herstellen, dass sie geschieht? [...] Kritische Theorie ist ziemlich einmalig darin, dass sie [...] annimmt, der Zeitpunkt für den Umsturz sei versäumt worden und das sei nicht mehr nachzuholen. Die Kritische Theorie sah sich von Anfang an in der Alternative 'Sozialismus oder Barbarei' als bereits in der fortgeschrittenen Barbarei angekommen" (Steinert 2007, 179).

Auch Lothar Peter arbeitet an einer vergleichenden Diskussion der Frankfurter und der Marburger Abendroth-Schule die spezifische Perspektive heraus, die den Arbeiten der Kritischen Theorie zugrunde liegt. Peter argumentiert, dass es der Frankfurter Schule stets um die Erklärung für die *Verhinderung bzw. Blockierung von Emanzipation* gegangen ist; im Zentrum steht die Frage nach den Hindernissen von Widerstand und Befreiung (vgl. Peter 2007). Diese Pointe wird besonders im Kontrast zur sog. Marburger Schule deutlich: In der Marburger Schule und insbesondere in den Arbeiten von Wolfgang Abendroth steht im Zentrum die Frage nach den *Ermöglichungsbedingungen von Emanzipation*; das heißt, die Arbeiten der Marburger Schule waren zentral daran ausgerichtet, Handlungspotentiale auszuweisen und auf eine Stärkung der Akteur_innen sozialen Widerstands hinzuwirken (so vor allem auf Arbeiter_innenbewegung und Gewerkschaften). In beiden (teils zeitgenössischen) Varianten kritischer Theoriebildung sind also erhebliche Unterschiede in der jeweiligen Akzentuierung festzustellen. Im Kern halten zwar beide an der Hoffnung auf Befreiung und damit – wie latent auch immer – an einer Praxisorientierung fest und sind so auch politisch; sie befinden sich aber eben nicht im gleichen Nähe-Distanz-Verhältnis zur politischen Praxis.

Im folgenden Abschnitt steht vor diesem Hintergrund das Verständnis des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik im Vordergrund, wie es von Horkheimer und Adorno im Kontext der „Dialektik der Aufklärung" vertreten worden ist.

1.3.4 Zum Verständnis des Wissenschafts-Politik-Verhältnisses: Die Einsamkeit der kritischen Intellektuellen und der Verlust des kritischen Subjekts

Wie also wandelt sich mit der „Dialektik der Aufklärung" auch das Verständnis des Wissenschafts-Politik-Verhältnisses und die Positionierung der Kritiker_in? Jürgen Habermas resümiert die Problemlage, der sich Horkheimer und Adorno angesichts des Wandels der gesellschaftlichen Erfahrungsstruktur konfrontiert sahen, 1983 folgendermaßen:

> „[...] die Theorie, auf die sie sich bis dahin gestützt hatten, und das ideologiekritische Verfahren trugen nicht mehr – weil die Produktivkräfte keine sprengende Kraft mehr

> entwickelten; weil Krisen und Klassenkonflikte kein revolutionäres, überhaupt kein einheitliches, sondern ein fragmentiertes Bewußtsein förderten; weil schließlich die bürgerlichen Ideale eingezogen wurden, jedenfalls Formen annahmen, die einer immanent ansetzenden Kritik Angriffsflächen entzogen" (Habermas 1983, 156).

Bereits seit Ende der 1930er Jahre zeichnet sich ab, dass das Vertrauen in das revolutionäre Potential der Arbeiter_innenbewegung nachhaltig irritiert worden war. Horkheimer war zu der Überzeugung gelangt, dass die einzig verbliebene soziale Form, in der noch Kritische Theorie stattfinden kann, die einer *sozial marginalisierten Gruppe* ist – isoliert von der Gesellschaft des Hitler-Deutschlands, aber auch isoliert von der befriedeten Arbeiter_innenschaft. Diese Einschätzung wird im Kreis der Kritischen Theorie in den 1940er Jahren noch radikalisiert: nur noch *politisch isolierte, nicht-organisierte Individuen,* so die Überzeugung, können Träger_innen des kritischen Verhaltens sein. Zu stark ist die Erfahrung der faschistischen Propagandamaschinerie im Nationalsozialismus als auch der Erfahrung der Indienstnahme marxistischer Theorie als Legitimationswissenschaft des Stalinismus. Und nicht zuletzt erleben Horkheimer und Adorno im US-amerikanischen Exil – der Ort, an dem sie die „Dialektik der Aufklärung" erarbeiten – die „kulturindustrielle Vernutzung" und die „herrschaftliche Überwältigung der Intellektuellen" (vgl. Steinert 2007, 40) in der westlichen Demokratie am Werk. Gleich zu Beginn der „Dialektik der Aufklärung" heißt es daher: „[...] im gegenwärtigen Zusammenbruch der bürgerlichen Zivilisation [ist] nicht bloß der Betrieb sondern der Sinn von Wissenschaft fraglich geworden" (Horkheimer/Adorno 1944/1997, 1).

Vor diesem Hintergrund unterziehen Horkheimer und Adorno die Rolle der Wissenschaft wie auch ihre eigene Rolle als kritische Theoretiker_innen einer selbstkritischen Reflektion. Sie sehen sich vor das Problem der „Metamorphosen von Kritik in Affirmation" (ebd., 2) gestellt:

> „Die Metamorphosen von Kritik in Affirmation lassen auch den theoretischen Gehalt nicht unberührt, seine Wahrheit verflüchtigt sich. [...] Bei der Selbstbesinnung über seine eigene Schuld sieht sich das Denken daher nicht bloß des zustimmenden Gebrauchs der wissenschaftlichen und alltäglichen, sondern ebensosehr der oppositionellen Begriffssprache beraubt. Kein Ausdruck bietet sich mehr an, der nicht zum Einverständnis mit herrschenden Denkrichtungen hinstrebte, und was die abgegriffene Sprache nicht selbsttätig leistet, wird von den gesellschaftlichen Maschinerien präzis nachgeholt" (Horkheimer/Adorno 1944/1997, 2).

Horkheimer und Adorno sehen kritische Theoriebildung in einer politischen Verantwortung, die sich darüber gewahr ist, dass Wissenschaft und Theoriebildung nicht erst *nachträglich* politisch instrumentalisiert werden kann. Wissenschaft

und die von ihr gebrauchten Theorien, Ansätze und Begriffe, sind bereits in die herrschenden Verhältnisse verstrickt, und zwar so sehr, dass sich ihr Wahrheitsgehalt verflüchtigen kann. Kritik, so die Beobachtung, verwandelt sich in Affirmation – und auch kritische Theorie lädt sich damit eine (politische) Schuld auf, nämlich das „Einverständnis mit herrschenden Denkrichtungen" (ebd.). Die Autoren der „Dialektik der Aufklärung" sehen sich in einer zutiefst aporetischen Situation, die auch kritisches Denken nicht unbeschädigt lässt:

> „Wären es nur die Hindernisse, die sich aus der selbstvergessenen Instrumentalisierung der Wissenschaft ergeben, so könnte das Denken über gesellschaftliche Fragen wenigstens an die Richtungen anknüpfen, die zur offiziellen Wissenschaft oppositionell sich verhalten. Aber auch diese sind von dem Gesamtprozeß der Produktion ergriffen. Sie haben sich nicht weniger verändert als die Ideologie, der sie galten. Es widerfährt ihnen, was dem triumphierenden Gedanken seit je geschehen ist. Tritt er willentlich aus seinem kritischen Element heraus als bloßes Mittel in den Dienst eines Bestehenden, so treibt er wider Willen dazu, das Positive, das er sich erwählte, in ein Negatives, Zerstörerisches zu verwandeln" (Horkheimer/Adorno 1944/1997, 2).

Welche Konsequenzen werden hieraus für die Position des/der kritischen Theoretiker_in gezogen? Adorno schreibt im Jahr[7] des ersten Erscheinens der „Dialektik der Aufklärung": „Für den Intellektuellen ist unverbrüchliche Einsamkeit die einzige Gestalt, in der er Solidarität etwa noch zu bewähren vermag. Alles Mitmachen [...] ist bloße Maske für stillschweigendes Akzeptieren des Unmenschlichen" (Adorno 1951/1969, 22). *Einsamkeit und Distanz,* verstanden als Verweigerung einer integrationistischen Indienstnahme für die Aufrechterhaltung der herrschenden Verhältnisse, werden aus seiner Sicht zu zentralen Referenzpunkten eines kritischen Subjekts. Dabei täuscht sich Adorno allerdings nicht über die Verstrickungen hinweg, in die selbst noch distanzierte Kritiker_innen verwickelt bleiben: „Der Distanzierte bleibt so verstrickt wie der Betriebsame; vor diesem hat er nichts voraus als die Einsicht in seine Verstricktheit und das Glück der winzigen Freiheit, die im Erkennen als solchem liegt" (Adorno 1951/1969, 23). Der Preis dafür ist allerdings, dass er/sie damit rechnen muss, dass die Kritik

---

7 Der Band „Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben", aus dem nachfolgend zitiert wird, erscheint erst 1951, nachdem er ursprünglich schon 1945, zum 50. Geburtstag von Max Horkheimer erscheinen sollte (dem das Buch auch gewidmet ist). Die Aphorismen, die darin enthalten, gehen aber teilweise auf Arbeiten zurück, die bereits in den 1930er Jahren (nach der Machtergreifung Hitlers) im Exil entstanden sind; die meisten Aphorismen entstammen aber der Zeit des amerikanischen Exils Mitte der 1940er Jahre, in denen er gemeinsam mit Max Horkheimer an der „Dialektik der Aufklärung" gearbeitet hat.

nicht mehr auf einen Resonanzboden fällt. Die Lage, in der Horkheimer und Adorno die kritischen Subjekte sehen, ist die eines Überwinterns. Adorno schreibt angesichts des „Zeitalters der Sinnlosigkeit" über Kritik: „All ihr Glück hat sie daran, das Unglück zu erkennen. [...] Keiner will etwas mit ihr zu tun haben. [...] Sie verhallt ungehört, ohne Echo" (Adorno 1940; zit.n. Müller-Dohm 2000, 84). Kritik kann daher nur noch in Form einer Flaschenpost abgesetzt werden – in der Hoffnung, dass diese eines Tages entkorkt werde (vgl. Dubiel 2001; Honneth 2009; Knapp 1999a; Müller-Dohm 2000).

Kritisches Denken ist, so lässt sich resümieren, in dieser Sichtweise in erster Linie auf sich selbst verwiesen und nicht mehr direkt für politische Aktion anschlussfähig – Horkheimer und Adorno sehen jenen Hiatus grundsätzlich verstellt, wonach Theorie unmittelbar praktisch werden kann, die Massen ergreift, wie es Marx formuliert hatte. Es bleibt nur noch Einsamkeit und Distanz, um nicht mitzumachen sowie rücksichtslose Reflexion auf die eigene Verstrickung in die Verhältnisse – ohne diese damit jedoch auflösen zu können. Horkheimer und Adorno können angesichts dieser Einschätzung auch „die Eignung [ihrer Theorie] zur Orientierung politischen Handelns nur noch negativ [bestimmen], und zwar in der Form der Abwehr politischer Instrumentalisierung von Theorie überhaupt" (Dubiel 1978, 104).

Helmut Dubiel versteht die Entwicklung der Kritischen Theorie spätestens ab den 1940er Jahren als „eine bis zur Selbstaufhebung radikalisierte Selbstmarginalisierung der Theorie gegenüber potentiellen politisch-praktischen Agenten" (Dubiel 1978, 129). Allerdings bedeutet die Verweigerung eines unmittelbar praktischen Wirkungszusammenhangs nicht, dass die Kritische Theorie unpolitisch ist. In dem Maße, in dem die bis dato in marxistischer Theoriebildung als natürliches Subjekt der Kritik angenommene Adressatin der Theorie, nämlich die Arbeiter_innenbewegung, der Kritischen Theorie abhanden kommt, werten Horkheimer und Adorno die (politische) Bedeutung theoretischer Reflexion auf. Philosophische Reflexion ist aus dieser Sicht eine noch verbliebene Möglichkeit des kritischen Verhaltens: „Umwälzende wahre Praxis aber hängt ab von der Unnachgiebigkeit der Theorie gegen die Bewußtlosigkeit, mit der die Gesellschaft das Denken sich verhärten läßt" (Horkheimer/Adorno 1944/1997, 48). Der Zusammenhang von Theorie und Praxis wird dabei nicht aufgehoben – Horkheimer und Adorno reagieren aber angesichts der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse und der Verstricktheit von Wissenschaft und kritischem Denken in diese auf spezifische Weise, nämlich durch eine Politik der Distanznahme (vgl. Chambers 2004). Axel Honneth schreibt hierzu: „Selbst dort, wo bei ihren Autoren Skepsis über die Möglichkeit praktischer Aufklärung vorherrscht, ergibt

sich die Dramatik der Frage nur aus der vorausgesetzten Notwendigkeit eines inneren Zusammenhangs von Theorie und Praxis" (Honneth 2007, 50).

Diese Politik der Distanznahme ist ihrerseits nicht mit einem resignativen Rückzug zu verwechseln. Alex Demirović (1999) hat herausgearbeitet, dass und wie Horkheimer und Adorno im Rahmen des Instituts für Sozialforschung – das 1951 in der Bundesrepublik wieder gegründet wurde und an das Horkheimer und Adorno zurückkehrten – (Wissenschafts-)Politik betrieben. Diese zielte darauf, die materiellen, organisatorischen und personellen Bedingungen wieder herzustellen, die es überhaupt erst ermöglichen sollen, dass sich Subjekte des kritischen Verhaltens ausbilden können. Das heißt, es ging darum, eine nonkonformistische Haltung zu befördern, die sich den herrschenden Tendenzen gegenüber stellt statt sie zu vollstrecken (vgl. ebd.). Alex Demirović (1999) spricht in diesem Zusammenhang unter Rückgriff auf die Terminologie von Michel Foucault von einer spezifischen Politik der Wahrheit, die auf den materiellen Zusammenhang von Theorie, Institut und der Rekrutierung von natürlichen Subjekten der Vernunft gerichtet ist:

> „In den Überlegungen Horkheimer und Adornos zeichnen sich die Konturen eines politischen Felds mit einem eigenen Typ politischen Handelns ab, dem der Rekrutierung natürlicher Subjekte, die disponiert sind, einem anspruchsvollen Begriff von Vernunft und damit der Kritischen Theorie Kontinuität zu geben. [...] Die Politik dieses Feldes hat ihre Besonderheit darin, daß sie sich nicht auf partikulare Ziele beschränkt, sondern an der zivilisatorischen Errungenschaft einer menschlichen Vergesellschaftung orientiert ist, deren elementare Begriffe Vernunft und Wahrheit sind – Begriffe also, die in gewisser Weise der Politik und Strategie enthoben sind oder beanspruchen, sich ihnen entgegenzusetzen" (Demirović 1999, 79).

Realpolitisch ist diese spezifische Wahrheitspolitik zunächst allerdings in ihrem Radius auf das Feld von Wissenschaft, genauer, auf Institutsarbeit, Theoriebildung und die Ausbildung von Studierenden beschränkt – auch wenn der Impetus auf die grundlegende Veränderung der Gesellschaft insgesamt zielt. Damit allerdings ist das Institut für Sozialforschung und die Kritische Theorie der Frankfurter Schule in den Nachkriegsjahren durchaus sehr erfolgreich. Horkheimer und Adorno allerdings, so konstatiert Demirović (2004), gelingt es nicht wirklich, den eigenen Erfolg, die große Rezeption und die daran geknüpfte Wirkungskraft der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule, also wenn man so will, das Praktischwerden ihrer Kritik und der von ihr mitausgelösten emanzipatorischen Bewegungen, theoretisch angemessen aufzunehmen. Insbesondere Adorno bleibt nicht nur unverbrüchlich einer rein negativ verfahrenden Kritik verbunden; wenngleich viele der inhaltlichen Aussagen der „Dialektik der Aufklärung" Horkheimer

und Adorno selbst einige Jahre später nicht mehr aufrechterhaltbar scheinen, so rücken sie dennoch nicht davon ab, die Idee einer unmittelbaren praktischen Orientierung von Theorie prinzipiell abzulehnen. Dies führt nicht zuletzt im Kontext der 1968er-Bewegung zur Turbulenzen – an denen, wie nachfolgend gezeigt werden soll, sich entscheidende Umbrüche, Revisionen und Neubestimmungen der Kritischen Theorie abzeichnen.

1.4 Zwischenbetrachtung: Kritik im Umbruch

1.4.1 Pessimismus vs. Optimismus als eine Frage von Theorie und Praxis. Kritische Theorie, SDS und 1968er-Protestbewegung

Obgleich also die dargelegten Befunde dafür sprechen, dass der von der Kritischen Theorie vertretene theoretische Pessimismus nicht *per se* mit dem Vorwurf eines politischen Defizits kurzgeschlossen werden kann, so stellt diese Ausrichtung doch eine Quelle von Kontroversen und Umorientierungen in der Kritischen Theorie dar. Horkheimer hat den kritischen Pessimismus von Beginn an explizit zu einer wichtigen Komponente der Kritischen Theorie erklärt: „In einer Welt, in der die Vernunft noch nicht in vernünftiger Form existiert – diese These von Marx wird von Horkheimer öfter zitiert –, wird die Kritik der Vernunft zu einer der Hauptaufgaben des theoretischen, philosophischen Pessimismus“ (Açıkgöz 2014, 66). Bei Adorno spielt der Bezugspunkt des Pessimismus eine weniger *erklärte* Rolle, gleichwohl aber kritisierte er mehrfach den „Hurra-Optimismus“ bzw. den „offiziellen Optimismus“ seiner Zeit, den er als naiv und ideologisch empfunden hat (vgl. ebd.). Horkheimer schreibt 1972, nach dem Tode Adornos, über das gemeinsame Verständnis von Optimismus und Pessimismus: „Worin besteht aber der Optimismus, den ich mit Adorno, meinem verstorbenen Freunde, teile? Darin, dass man versuchen muss, trotz alledem das zu tun und durchzusetzen, was man für das Wahre und Gute hält. Und so war unser Grundsatz: theoretischer Pessimist zu sein und praktischer Optimist“ (Horkheimer 1972; zit.n. Açıkgöz 2014, 66f.).

Dieses Grundmodell – theoretischer Pessimismus und praktischer Optimismus – übte auf viele Schüler_innen der Frankfurter Schule einerseits eine große Anziehungskraft aus; andererseits aber waren es eben jener ausgeprägte theoretische Pessimismus und die radikale Vernunftkritik der Moderne, die v.a. aus Perspektive der zweiten Generation der Kritischen Theorie unter den Bedingungen sich erneut wandelnder historisch-gesellschaftlicher Erfahrungen zunehmend in Frage gestellt wurden. Unter den Bedingungen des Nachkriegs-

deutschlands, der *reeducation* und des demokratischen Wiederaufbaus (an dem sich das nach Frankfurt zurückgekehrte Institut für Sozialforschung beteiligte) sowie der wohlfahrtsstaatlich abgesicherten sozialen Marktwirtschaft, wie es die offizielle Sprachregelung in Zeiten der Systemkonkurrenz war, entstand auch für die Weiterentwicklung der Kritischen Theorie eine neue Situation. Vor allem in den Arbeiten der zweiten Generation sind ab den 1960er Jahren Umbrüche, Revisionen und positive Wendungen der Kritischen Theorie auszumachen (vgl. Steinert 2007). Diese zielten insbesondere auf eine Revision bestimmter zeitdiagnostischer und gesellschafts- und geschlechtertheoretischer Implikationen sowie die Stärkung der praktisch-politischen und politiktheoretischen Anteile der Kritischen Theorie. Darunter können die Arbeiten von u.a. Regina Becker-Schmidt und Gudrun-Axeli Knapp mit dem Projekt der feministischen „Kurskorrekturen" (Knapp 1998a) der Kritischen Theorie gezählt werden, Oskar Negt und Alexander Kluge mit einer stärkeren Ausrichtung der Kritischen Theorie auf die Arbeiter_innenbewegung, Gewerkschafts- und Bildungsarbeit und Demokratie (vgl. u.a. Lenk/Rumpf/Hieber 1999) sowie Jürgen Habermas, der das Projekt der Kritischen Theorie mit der paradigmatischen Umstellung auf Sprache und Interaktion sowie einem deliberativen Demokratieverständnis eine neue Grundlage zu sichern suchte.

Daneben arbeiteten aber auch Max Horkheimer, Herbert Marcuse und Theodor W. Adorno theoretisch weiter, sodass die Rede von den Generationen hier keineswegs als zeitliche *Ablösung* von Theorieansätzen zu verstehen ist, sondern eher als ein zeitliches Nebeneinander im Sinne einer *Pluralisierung* sich ausdifferenzierender Theorieansätze. In ihrem Kommentar zur Neuausgabe der „Dialektik der Aufklärung" 1969 geben Horkheimer und Adorno zu verstehen:

> „Nicht an allem, was in dem Buch gesagt ist, halten wir unverändert fest. Das wäre unvereinbar mit einer Theorie, welche der Wahrheit einen Zeitkern zuspricht, anstatt sie als Unveränderliches der geschichtlichen Bewegung entgegenzusetzen. Das Buch wurde in einem Augenblick verfaßt, in dem das Ende des nationalsozialistischen Terrors absehbar war. An nicht wenigen Stellen jedoch ist die Formulierung der Realität von heute nicht mehr angemessen" (Horkheimer/Adorno 1969/1997, IX).

Gleichwohl betonen sie, dass sie „den Übergang zur verwalteten Welt schon damals nicht zu harmlos eingeschätzt" haben; so sehen sie die in der „Dialektik der Aufklärung" „erkannte Entwicklung zur totalen Integration" auch noch in den späten 1960er Jahren als nur „unterbrochen, nicht abgebrochen" (ebd.). Vor diesem Hintergrund hält insbesondere Adorno nicht nur am Verfahren der bestimmten Negation fest, er arbeitet die Kritikkonzeption einer „negativen Dialektik" (1966/2013) auch weiter aus.

Ende der 1960er Jahre entsteht so eine paradoxe Situation, die für reichlich Konfliktstoff zwischen Adorno, Horkheimer und (wenngleich weniger heftig) Marcuse auf der einen Seite sowie der Studierendenbewegung von 1968 auf der anderen Seite sorgte. Einerseits ist eine Distanzierung der Nachfolgegenerationen der Kritischen Theorie vom Pessimismus der ersten Generation festzustellen (vgl. Açıkgöz 2014; Steinert 2007). Gleichzeitig und andererseits aber war es gerade der ausgeprägte theoretische Pessimismus, der die Schriften der ersten Generation zunächst für die Studierendenbewegung attraktiv gemacht hat. In der Lesart von Brick/Postone gewinnt der Pessimismus eine eigene spezifische Radikalität der Kritik: „Indem sie [die Kritische Theorie von Horkheimer und Adorno, T.J.] den postliberalen Kapitalismus in seiner Totalität als universell verwaltete, verdinglichte und eindimensionale Gesellschaft beschrieb, bestätigte sie, was viele empfanden: dass die Gesellschaft als Ganzes in Frage zu stellen wäre und nicht mehr durch einzelne Reformen verändert werden könne" (Brick/Postone 1982, 179f.).

Vor diesem Hintergrund erschienen die Vertreter der ersten Generation also zunächst durchaus als eine Art selbstgewählte geistige Väter der 1968er-Bewegung, von denen sich u.a. Vertreter_innen des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS) eine direkte Unterstützung für ihre Aktionen einforderten (vgl. Açıkgöz 2014; Demirović 1999). Das Verhältnis zwischen Kritischer Theorie und SDS – der im Kontext der Protestbewegungen von 1968 und der Neuen Linken eine wichtige Rolle spielte – war mal eng, mal distanziert. Anfang der 1960er war das Selbstverständnis des SDS in vielerlei Hinsicht nah an den Sichtweisen, Themen und Kritikkonzepten der Kritischen Theorie (vgl. Demirović 1999). Ab Mitte der 1960er Jahre kam es allerdings insbesondere zwischen Vertretern des SDS und den Vertretern der Kritischen Theorie zu einem „Deutungskonflikt" (Demirović 1999, 910) über das Verständnis und das Verhältnis von Theorie und Praxis. Dabei waren auch unterschiedliche Positionen zwischen verschiedenen Vertretern der Kritischen Theorie zu beobachten.

Adornos Haltung gegenüber der Protestbewegung war einerseits von einer grundsätzlichen Solidarität[8] geprägt; andererseits hatte er aber auch früh Vorbehalte geäußert. Die von den 1968er beschworene Einheit von Praxis und Theorie

8 1968 formuliert Adorno: „Ich möchte sagen, das Beglückende für einen älteren Menschen wie mich an der Bewegung der Studenten ist, daß die Annahme, [...] daß diese Integration so glatt einfach aufgehe, daß die Einrichtung der Gesellschaft es fertigbringe, daß man in der Hölle lebt und die Hölle gleichzeitig für den Himmel hält, daß das also doch nicht klappt; das funktioniert nicht, und darin liegt etwas unbeschreiblich Hoffnungsvolles" (Adorno 1968, zit.n. Demirović 1999, 931).

erschien Adorno als „Einheit von Praxis mit einer nicht vorhandenen Theorie, kurz [als] pure[r] begriffslose[r] Praktizismus" (Adorno 1967, zit.n. Demirović 1999, 916). Dieser unreflektierte Aktionismus, so Adorno, reproduziere durch den „Zwang zum Mitmachen" den gesellschaftlichen Gewaltzusammenhang. In seinen „Marginalien zu Theorie und Praxis" setzt sich Adorno 1969 u.a. explizit mit einem Vorfall aus dem Umfeld der Neuen Linken auseinander, der in Adornos eigenen Worten darauf zielte, die „Antithese von Theorie und Praxis zur Denunziation der Theorie" (Adorno 1969/2003, 763) zu missbrauchen: „Als man einem Studenten das Zimmer zerschlug, weil er lieber arbeitete als an Aktionen sich zu beteiligen, schmierte man ihm an die Wand: wer sich mit Theorie beschäftige, ohne praktisch zu handeln, sei ein Verräter am Sozialismus. [...] Das von ihnen diffamierte Denken strengt offenbar die Praktischen ungebührlich an: es bereitet zuviel Arbeit, ist zu praktisch" (ebd., 763f.).

Die harsche Kritik an der Praxis der Neuen Linken ist dabei eingebettet in eine grundsätzliche Reflexion über das Verhältnis von Theorie und Praxis, das zu explizieren Adorno sich offenbar angesichts des so paradoxen Wirksamwerdens ausgerechnet der als praxis- und politikfern geltenden Kritischen Theorie genötigt gesehen hat. Er führt aus:

> „Das Dogma von der Einheit von Theorie und Praxis ist entgegen der Lehre, auf die es sich beruft, undialektisch: es erschleicht dort simple Identität, wo allein der Widerspruch die Chance hat, fruchtbar zu werden [...] Das Verhältnis von Theorie und Praxis ist [...] der qualitative Umschlag, nicht der Übergang, erst recht nicht die Subordination. Sie stehen polar zueinander. Diejenige Theorie dürfte noch die meiste Hoffnung auf Verwirklichung haben, welche nicht als Anweisung auf ihre Verwirklichung gedacht ist" (Adorno 1969/2003, 780).

Auf Seiten der Studierendenbewegung indes wurde die Distanznahme von Vertretern der Kritischen Theorie (allen voran Adorno) von der Praxis der 1968er-Bewegung scharf als Form von Bürgerlichkeit kritisiert. Spätestens seit den Konflikten um die studentische Besetzung des Soziologischen Seminars und dessen von Adorno und von Friedeburg veranlasste polizeiliche Räumung im Januar 1969 galten Adorno, von Friedeburg und Habermas als Gegner der Protestbewegung. Die „symbolische Einheit von Kritischer Theorie, SDS und Protestbewegung" (vgl. Demirović 1999, 947) zerfiel. Dabei hatte sich die inhaltliche Position Adornos zum Verhältnis von Theorie und Praxis, wie Demirović 1999 betont, während der 1960er Jahre kaum verändert. Theorie wird als eine Produktivkraft begriffen, als eine theoretische, hinausführende Praxis. Allerdings können aus der Theorie, davon bleibt Adorno fest überzeugt, keine praktischen Konsequenzen gezogen werden, Praxis kann nicht abgeleitet werden; die Ver-

mittlung von Theorie und Praxis kann nur als konkrete Aneignung in sozialen Handlungskontexten gedacht werden:

> „Sind Theorie und Praxis weder unmittelbar eins noch absolut verschieden, so ist ihr Verhältnis eines von Diskontinuität. Kein stetiger Weg führt von der Praxis zur Theorie – das eben wird vom Hinzutretenden als dem spontanen Moment gemeint. Theorie aber gehört dem Zusammenhang der Gesellschaft an und ist autonom zugleich. Trotzdem verläuft Praxis nicht unabhängig von Theorie, diese nicht unabhängig von jener. Wäre Praxis das Kriterium von Theorie, so würde sie dem thema probandum zuliebe zu dem von Marx angeprangerten Schwindel und könnte darum nicht erreichen, was sie will; richtete Praxis sich einfach nach den Anweisungen von Theorie, so verhärtete sie sich doktrinär und fälschte die Theorie obendrein. [...] Praxis ist Kraftquelle von Theorie, wird nicht von ihr empfohlen. In der Theorie erscheint sie lediglich, und allerdings mit Notwendigkeit, als blinder Fleck, als Obsession mit dem Kritisierten" (Adorno 1969/2003, 780f.).

Schwierigkeiten dürfte der Theoriebegriff Adornos der Protestbewegung da bereitet haben, wo Adorno an einem *Primat der Theorie* – verstanden als „widerständiges, auf grundlegende Veränderung zielendes Denken" (Demirović 1999, 908) gegenüber der Praxis beharrt. Als hinausführende Praxis ist Theorie im Verständnis von Horkheimer und Adorno allerdings selbst auch eine *Form von Praxis*, wie überhaupt das damit verbundene kritische Verhalten eine *politische Tätigkeit* ist. So gesehen obliegt der Kritischen Theorie ein weites, an Emanzipation orientiertes Politikverständnis – das seinerseits aber zunächst mit der – wenngleich nur in Ansätzen ausbuchstabierten – Kritik der Politik kollidiert: Politik ist – so denn überhaupt explizit thematisiert – in der Kritischen Theorie vorrangig ein Gegenstand von Kritik. Politik wird in der Kritischen Theorie vor allem als Herrschaft und nicht als emanzipatorische Praxis bestimmt. Max Horkheimer führt 1930 aus: „Aber nicht nur auf der Beherrschung der Natur im engeren Sinne [...] beruht die Gesellschaft, sondern ebensosehr auf der Herrschaft von Menschen über Menschen. Der Inbegriff der Wege, die dazu führen, und der Maßnahmen, die der Aufrechterhaltung dieser Herrschaft dienen, heißt Politik" (Horkheimer 1930, zit.n. Demirović 1999, 714). Demirović arbeitet heraus, dass – im Gegensatz zu Horkheimer – Adorno hier eine ambivalentere Haltung zur Politik einnimmt, und Politik als Praxis der Emanzipation für möglich hält. Als in den 1950er Jahren eine Reihe von Vorträgen im Institut für Sozialforschung geplant wird, will Adorno aber nun Horkheimer für einen Vortrag zum Thema Politik gewinnen – und scheint eine Kritik der Politik von Horkheimer zu antizipieren. Adorno schlägt in einem Brief an Horkheimer vor, wie Politik dialektisch begriffen werden kann:

> „Ich bin nun auf den Einfall gekommen, daß den dritten Vortrag über dies Thema Sie übernehmen. [...] Man könnte in einem solchen Vortrag einfach das dialekti-

sche Verhältnis entwickeln, daß *einerseits die Politik Fassade, Ideologie ist*, und die Gesellschaft die tragende Realität, daß aber *andererseits die verändernde gesellschaftliche Praxis die Form der Politik hat: Politik zur Abschaffung der Politik* (Sie werden sagen: in was Schönes will er uns da hineinrennen, und man braucht's ja auch nicht so zu sagen wie der Herr Pfarrer, aber halt irgendwie doch)" (Adorno 1957, zit.n. Demirović 1999, 715).

Adorno unterscheidet offenbar zwischen Politik als Form der Herrschaft von Menschen über Menschen und Politik als Form emanzipatorischer, Gesellschaft verändernder Praxis. Diese Unterscheidung erinnert – zumindest aus heutiger Sicht – an die Unterscheidung von Politik und dem Politischen (vgl. Teil B). Auch hier betont Politik eher jene Facetten, die mit Macht und Herrschaft, Institution und Regierung verbunden sind, während das Politische eher die Facetten der Neugründung, des politischen Handelns, der Befreiung und Herrschaftsabsage betont. Stärker als dies in jüngeren Auseinandersetzung um diese „politische Differenz" (Marchart 2010) angelegt ist, sieht Adorno beide Dimensionen aber dialektisch aufeinander bezogen. Die (eine) Politik wird also kritisiert; dagegen wird aber Theorie als eine Form emanzipatorischer Praxis und somit selbst als eine (andere) Form von Politik in Stellung gebracht. Diese andere Form von Politik soll auf eine so grundlegende Veränderung der Gesellschaft hinstreben, dass der Zusammenhang der einen Politik, nämlich die Herrschaft (als Natur- und menschliche Selbstbeherrschung) abgeschafft wird.

1.4.2 Pessimismus-Optimismus oder: Um-/Brüche in der Fortführung der Kritischen Theorie

Die Achse Pessimismus-Optimismus wurde aber auch jenseits der Konflikte um das Verhältnis von Theorie und Praxis zu einem zentralen Debattenpunkt in der Entwicklung der Kritischen Theorie (vgl. Açıkgöz 2014; Dubiel 2001; 1989; Steinert 2007). Dubiel (1989) etwa konstatiert eine die gesamte Rezeption der Kritischen Theorie übergreifende Lagerbildung entlang der Linie zwischen Pessimismus und Optimismus. Diese Linie gilt als entscheidende Bruchstelle in der Entwicklung der Kritischen Theorie und bezieht sich vor allem auf die Frage, ob und inwiefern die Schwärze und der Pessimismus der Kritischen Theorie Horkheimer und Adornos als Grundlage für eine kritische Gesellschaftstheorie dienen kann. Auch gegenwärtig ist die Struktur des Diskurses um Kritische Theorie häufig davon geprägt, dass Theoretiker_innen *entweder* an die ältere, pessimistische Kritische Theorie im Sinne Horkheimers und Adornos anschließen *oder* aber an die neuere, optimistische Kritische Theorie, hier häufig in Bezug auf

Habermas und die rekonstruktiven Kritik.[9] Dubiel kritisiert, dass diese Lagerbildung zu einem Denken in falschen Alternativen verführt – nämlich so, als müsste man sich zwischen der „Opposition von Pessimismus und Optimismus, von Schwarzmalerei und Blauäugigkeit, von 'Grand-Hotel Abgrund' und einer unpolitischen Kommunikationseuphorie" (Dubiel 1989, 505) entscheiden.

Häufig wird in der Literatur die Bedeutung politisch-historischer Erfahrungen als ein wesentlicher Entscheidungsmarker für die pessimistische bzw. optimistische Variante der Kritischen Theorie angeführt. Zweifellos spielt dies eine herausragende Rolle dafür, dass und wie Kritische Theorie ihre Zeit und Gesellschaft verarbeitet. Wie wir bereits gesehen haben, ergibt sich aus dem Hinweis auf die veränderten historischen Bedingungen allerdings nicht *per se* und quasi linear eine positive Wende der Kritischen Theorie. Auch faktisch ist in der Theoriegeschichte der Kritischen Theorie bereits ab den 1960er Jahren eine Gleichzeitigkeit verschiedener Positionierungen zu beobachten: einerseits das Beharren auf theoretischen Pessimismus und andererseits das Bemühen um positive Wendungen und Revisionen der Kritischen Theorie. Die Rezeption der jeweils einen oder der anderen Linie unterliegt überdies spezifischen Konjunkturen, die einer vermeintlich linearen Entwicklung vom Pessimismus zum Optimismus eher entgegenläuft. Bereits 1982 beobachtet Seyla Benhabib:

> „Mit der Herausbildung von neuen sozialen Bewegungen wie der Ökologie-, der Frauen- oder der Alternativbewegung, deren Zielsetzungen nicht selten als 'antimodernistisch' eingeschätzt werden, befindet sich die Kritische Theorie in einer merkwürdig verqueren, gleichsam ironischen Lage. Gerade in dem Maße, wie die Entwicklung der Frankfurter Schule von einer Ablehnung zur Affirmation des Vernunftpotentials der Moderne geführt hat, sind wir in den kapitalistisch-industriellen Ländern des Westens zunehmend mit Protest- und Krisenbewegungen konfrontiert, deren Träger für sich offensichtlich ein Stück der Dialektik der Aufklärung wieder nachvollzogen haben. So gesehen scheint die gegenwärtige Kritische Theorie ohne Adressaten zu sein, während die Dialektik der Aufklärung neue Adressaten findet" (Benhabib 1982, 129).

Auch aktuell finden im Kritik-Diskurs vor allem die älteren Schriften der Kritischen Theorie wieder Anklang; als Beispiel sei hier auf die Streitschrift „Die eindimensionale Frau" (2011) von Nina Power verwiesen, die – der Titel legt es

---

9 Diese Tendenz zeigt sich auch in der feministischen Rezeption der Kritischen Theorie: Während sich die deutschsprachigen Arbeiten etwa von Regina Becker-Schmidt, Gudrun-Axeli Knapp, Elisabeth Lenk und Andrea Maihofer vornehmlich kritisch am Denken Adornos orientieren, ist die anglo-amerikanische feministische Theoriebildung, insbesondere vertreten durch Seyla Benhabib und Nancy Fraser, vorrangig an einer kritischen Auseinandersetzung mit Habermas und/oder Honneth orientiert.

nahe – nicht ganz zufällig in ihrer Zeitdiagnose an Herbert Marcuses Buch „Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft" von 1967 anknüpft (vgl. u.a. auch Knapp 2014; 2012; Maihofer 2013b; Umrath 2012).

Daran lässt sich u.a. auch ablesen, dass sich die Frage nach der theoretischen Positionierung nicht allein aus einer spezifischen politischen oder historischen Erfahrung herleitet, sondern auch mit unterschiedlichen (politischen) Einschätzungen und Analysen der Gesellschaft zusammenhängt. Im Rahmen der Kritischen Theorie geht es also auch um zum Teil divergierende und miteinander konkurrierende Zeitdiagnosen und Kritikkonzeptionen. Dies zeigt sich besonders deutlich an der Diskussion über die Aporien der Kritik in der „Dialektik der Aufklärung", wie im Folgenden erläutert werden soll.

Von großer Wirkungskraft und inhaltlich für viele Rezipient_innen der älteren Kritischen Theorie weitgehend verbindlich geworden (vgl. Açıkgöz 2014; Steinert 2007) ist die Einschätzung, die Jürgen Habermas über die „Dialektik der Aufklärung" (Horkheimer/Adorno 1944/1997) hat. An diesem Buch kristallisierte sich maßgeblich der Bruch, der zwischen der Gestalt der Kritischen Theorie von Horkheimer und Adorno (auch noch bis zum Ende der 1960er Jahre) und der Gestalt der Kritischen Theorie bestand, die Habermas ab den frühen 1960er Jahren entwickelte. Die von Habermas dargelegte Kritik an der „Dialektik der Aufklärung" soll daher an dieser Stelle etwas ausführlicher behandelt werden. Schon in der Schrift „Theorie und Praxis" (1963/1978) hatte Habermas in Richtung von Horkheimer/Adorno die Frage aufgeworfen, ob die Gesellschaftskritik „sich nicht auf den geschichtlich variablen Erfahrungszusammenhang der gesellschaftlich konkreten Lebenswelt [...] einlassen [muss], um den kritischen Ansatz als solchen zu legitimieren?" (Habermas 1963/1978, 206). Das heißt, Habermas erscheint zum einen die weitreichende (Selbst-)Isolation der Kritischen Theorie von der konkreten Lebenswelt der potentiellen Adressat_innen der Theorie kritikwürdig. Zum anderen hat Habermas die Frage in Stellung gebracht, „wie kritisches Denken selber zu rechtfertigen sei" (Habermas 1971, 194; zit.n. Müller-Dohm 2000, 82), wenn doch die bestimmte Negation, wie sie in der „Dialektik der Aufklärung" praktiziert wird, ihre Maßstäbe nur noch aus dem beziehen kann, was sie selbst schon als falsch identifiziert hat. Das heißt, problematisch erscheint aus Sicht von Habermas, dass die Kriterien der Kritik, mithin die normative Grundlage von Kritischer Theorie, nicht hinreichend geklärt sind.

Ausführlich entwickelt Habermas diese Kritiklinien an der älteren Kritischen Theorie im Rahmen eines Aufsatzes, der in dem Buch „Der philosophische Dis-

kurs der Moderne“ (1983) erscheint. Habermas eröffnet seine Argumentation, in dem er die „Dialektik der Aufklärung“ in eine Reihung negativer Denker stellt, als deren Endpunkt aus Habermas’ Sicht der Bruch von Horkheimer und Adorno mit der kritischen Gesellschaftstheorie steht. Habermas schreibt, dass die „*dunklen* Schriftsteller des Bürgertums wie Machiavelli, Hobbes, Mandeville“ (Habermas 1983, 130) noch konstruktiv dachten, das heißt, „von ihren Disharmonien führten noch Linien zur Marxschen Gesellschaftstheorie“ (ebd.). Demgegenüber haben die „*schwarzen* Schriftsteller des Bürgertums, allen voran der Marquis de Sade und Nietzsche […] diese Verbindungen unterbrochen“ (ebd.). Genau an diesen Bruch der Verbindung zur Marxschen Gesellschaftstheorie aber, so Habermas, knüpften Horkheimer und Adorno mit ihrem „*schwärzesten* Buch“ (ebd.) an. Deren Arbeit ist, so Habermas, mit der „Dialektik der Aufklärung“ paradox geworden, weil sie einerseits nicht mehr auf die „lösende Kraft“ der Aufklärung hoffen durften, andererseits aber von der „ironisch gewordenen Hoffnung der Hoffnungslosen“ angeleitet waren (ebd.). Zwar vollzieht Habermas die Hintergründe nach, vor denen sich „in den dunkelsten Jahren des Zweiten Weltkriegs erst recht der Eindruck verfestigen konnte, daß der letzte Funken von Vernunft aus dieser Realität entwichen sei und die Trümmer einer in sich zerfallenden Zivilisation trostlos zurückgelassen habe“ (ebd.). Habermas aber schreibt aus der Perspektive der Bundesrepublik zu Beginn der 1980er Jahre und macht in Bezug auf die „Dialektik der Aufklärung“ deutlich: „Diese Stimmung, diese Einstellung ist nicht mehr die unsere“ (ebd.).

So ist die Abhandlung von Habermas zur „Dialektik der Aufklärung“ in erster Linie eine Kritik an der darin entfalteten Kritikstrategie. Berühmt geworden ist hier die Habermas’sche Einschätzung, dass die Kritische Theorie der „Dialektik der Aufklärung“ in einem „performativen Widerspruch“ (ebd., 145) kreist. Damit ist das Paradox bezeichnet, wonach Horkheimer und Adorno eine widersprüchliche Position einnehmen: Horkheimer und Adorno üben aus Sicht von Habermas einerseits eine so fundamentale Kritik an der Aufklärung, dass der Kritik der Boden und die Zielorientierung entzogen wird. Habermas schreibt: „[…] die Ideologiekritik [behält] nichts zurück, woran sie noch appellieren könnte; und wenn die Produktivkräfte mit den Produktionsverhältnissen, die sie einmal sprengen sollten, eine unheilvolle Symbiose eingehen, gibt es auch keine Dynamik mehr, auf die die Kritik ihre Hoffnung setzen könnte“ (Habermas 1983, 143). Andererseits aber, so Habermas, halten Horkheimer und Adorno an dem Projekt einer Kritischen Theorie fest und wollten *dennoch* die Kritik fortsetzen – allerdings ohne dafür auf einen noch unversehrten vernünftigen Maßstab der Kritik zurückgreifen zu können. Denn, so Habermas, mit der Diagnose des Totalitär-

werden der Aufklärung wird auch der Ideologieverdacht selbst total, insoweit sich die Kritik damit nicht nur „gegen die unvernünftige Funktion der bürgerlichen Ideale [wendet], sondern gegen das Vernunftpotential der bürgerlichen Kultur selber" (ebd., 144). Paradox werde diese „totalisierte" Kritik (ebd.) aus Sicht von Habermas, weil sie in der Beschreibung der Selbstzerstörung der Aufklärung von jenen Mitteln Gebrauch macht, die sie selbst totsagt.

Habermas nimmt dabei aber durchaus zur Kenntnis, dass sich Horkheimer und Adorno dieses von ihm so bezeichneten performativen Widerspruchs bewusst waren – und diesen gar nicht erst theoretisch aufzulösen gedachten. Die darin zum Ausdruck kommende theoretische wie praktisch-politische Konsequenz im Beharren auf eine kritische Haltung gegenüber den herrschenden Verhältnissen scheint Habermas sogar zu bewundern.[10] Gleichzeitig aber gibt er zu bedenken: „Wer an einem Ort, den die Philosophie einst mit ihren Letztbegründungen besetzt hielt, in einer Paradoxie verharrt, nimmt nicht nur eine unbequeme Stellung ein; er kann die Stellung nur halten, wenn mindestens plausibel zu machen ist, daß es *keinen Ausweg* gibt" (Habermas 1983, 155). Genau dies aber, die Behauptung einer Ausweglosigkeit, erscheint Habermas – angesichts einer im Nachkriegsdeutschland erneut gewandelten historisch-gesellschaftlichen Erfahrungsstruktur und aufgrund seiner Sozialisation als Kind der *reeducation*, wie er selbst immer wieder betont (vgl. Açıkgöz 2014) – durchaus fragwürdig. Für Habermas scheint es also unumgänglich, die Kritische Theorie einer Neubestimmung zu unterziehen und so jene Verbindungen zur kritischen Gesellschaftstheorie wiederherzustellen, die Horkheimer und Adorno aus seiner Sicht mit ihrer „hemmungslosen Vernunftskepsis" (Habermas 1983, 156) und der „Radikalisierung und Selbstüberbietung der Ideologiekritik" (ebd., 143) unterbrochen haben.

Die Rede von der aporetischen Struktur der Kritischen Theorie, wie sie in der „Dialektik der Aufklärung" angelegt ist, ist auch Gegenstand der Studien von Seyla Benhabib (1992; 1982), die ihrerseits in der internationalen (feministischen) Rezeption der Kritischen Theorie eine wichtige Rolle spielen. Benhabib beobachtet in der Entwicklung der älteren Kritischen Theorie einen entscheidenden Wandel in der Kritikstruktur, dessen Pointe in der Herausbildung einer *bewusst aporetischen* Kritiklogik besteht (vgl. Benhabib 1992). Stärker noch als Habermas

10 Habermas schreibt, dass Adorno sich in seiner Position, im performativen Widerspruch zu verharren, seit (dato) 25 Jahren treu geblieben und „der paradoxen Struktur seines Denkens der totalisierten Kritik nicht ausgewichen" sei – und bezeichnet diese Konsequenz als „Großartigkeit" (Habermas 1983, 145).

arbeitet Benhabib aber heraus, dass die Aporien der Kritik in der Dialektik der Aufklärung sich auf verschiedene Aspekte und Ebenen beziehen. Die aporetische Struktur ist Benhabib (1992; 1982) zufolge nämlich eine doppelte:

1) Zum ersten betrifft sie den Zusammenhang zwischen der (utopischen) Hoffnung auf Befreiung und der Diagnose der Totalität von Herrschaft, wie sie in Begriffen wie totale Integration, total verwaltete Welt bei Horkheimer und Adorno oder auch des eindimensionalen Menschen bei Marcuse ihren Widerhall findet. Indem weder (potentielle) Risse und Widersprüche als Ansatzpunkte für widerständiges Handeln, noch (potentielle) widerstandsfähige Einzel- wie Kollektivsubjekte identifiziert werden, bleibt, so Benhabib, „das subversive Potential der von der Theorie wachgerufenen Erinnerung [...] außerhalb des geschichtlichen Zusammenhangs" (Benhabib 1982, 146). Damit aber, so Benhabib weiter, schließt sich Kritische Theorie theoriesystematisch ab und beziehe sich auf den Standpunkt eines unbeteiligten Beobachters; denn wer in totaler Herrschaft lebt, kann nicht gleichzeitig Subjekt kritischer Theorie sein. Kurz gesagt: „Die Kritik der Aufklärung wird ebenso totalisierend wie die falsche Totalität, gegen die sie ihre Kritik richtet" (Benhabib 1992, 95).
2) Damit ist bereits auf die zweite Aporie der Kritischen Theorie verwiesen. Diese betrifft den Zusammenhang zwischen der (utopischen) Hoffnung auf Befreiung und der eigenen Situierung als Kritik, verstanden als Bedingung der Möglichkeit von Kritik sowie verstanden als Frage nach den normativen Grundlagen, von denen aus sie spricht: „Wenn Aufklärung und kulturelle Rationalisierung nur die Vollendung einer Identitätslogik sind, durch die Vernunft sich selbst konstituiert, dann setzt die Theorie der Dialektik der Aufklärung, die als theoretische Anstrengung sich eben dieser Vernunft bedienen muss, dieselbe Herrschaftsstruktur voraus, die sie am Ende verurteilt" (Benhabib 1982, 142).
3) Benhabib entziffert darüber hinausgehend aber auch noch eine dritte, neue Aporie, die sie allerdings der Kritikkonzeption zurechnet, für die seit den 1960er Jahren Jürgen Habermas steht. Diese ist im Habermas'schen Selbstverständnis gerade darauf angelegt, die beiden älteren Aporien der Kritischen Theorie zu überwinden. Die Aporie, die Benhabib im Ansatz von Habermas ausmacht, bezieht sich auf die Habermas'sche Entzifferung von emanzipatorischem Potential im kommunikativen Handeln als quasi evolutionärer Rationalitätsstruktur. Benhabib kritisiert, dass dies nur ein „[...] emanzipatorisches Ideal [ist], das die emanzipatorische Praxis nicht anleiten kann, weil es nicht aus der konkreten Lebensgeschichte gesellschaftlicher Subjekte erwächst, sondern evolutionäres Potential der Gattung im allgemeinen ist" (Benhabib 1982, 155).

Der Verweis auf die aporetische Grundstruktur der „Dialektik der Aufklärung" und der mit ihr verbundenen Kritikkonzeption ist in der Forschungsliteratur weitgehend unstrittig. Umstritten daran ist allerdings, ob die aporetische Struktur der Kritik *überwindungsbedürftig* oder umgekehrt eine *akzeptable oder sogar notwendige Grundlage von Kritik* ist (vgl. Demirović 2004; 1999; Knapp 2012; Steinert 2007). Je nachdem fallen die theoretischen Anschlüsse an die Kritische Theorie bis heute sehr unterschiedlich aus; während in der Linie von Habermas im kommunikativen Handeln (bzw. bei Honneth in den Anerkennungsbeziehungen) nach den Grundlagen einer unverbrüchlichen menschlichen Vernunft gesucht wird, mit der auch ein kritischer Standpunkt gerechtfertigt werden kann, gibt es sowohl in der Kritischen Theorie wie auch in der feministischen Rezeption Stimmen, die ganz im Geiste Horkheimers und Adornos auf der bewussten Anerkennung einer aporetischen Position der Kritik beharren – und von einer quasimetaphysischen Begründung von Vernunft Abstand nehmen (so u.a. Demirović 2004, 1999; Knapp 2012; Maihofer 2013b; Rumpf 1999; Steinert 2007). Die Einschätzung der Konsequenzen, die aus der aporetischen Kritikstruktur der „Dialektik der Aufklärung" folgen, ist bis in die Gegenwart die Um-/Bruchstelle, an der sich verschiedene Wege der Fortführung der Kritischen Theorie ausdifferenzieren.

1.5 Kritikkonzeption III: Rekonstruktive Kritik

1.5.1 Vorklärung und Kontextualisierung: Rekonstruktive Kritik im Kontext der Kritischen Theorie

Rekonstruktive Kritik als eine eigenständige, von anderen Modellen unterscheidbare Kritikkonzeption innerhalb der Entwicklung der Kritischen Theorie zu behandeln, bedarf Vorklärungen. Was rekonstruktive Kritik letztlich ausmacht, welche historischen und (theorie-)politischen Kontexte heranzuziehen sind und welche zentralen Texte oder Theoretiker_innen für die Analyse der hier interessierenden Fragen nach Methode, Problem- und Gegenstandskonstruktion und Wissenschafts-Praxis-Verständnis der Kritik als Grundlage dienen können, ist bei näherem Blick alles andere als eindeutig. Wie bereits an anderer Stelle dargelegt, liegt dies zum einen daran, dass viele der Texte, die *programmatische Skizzen* zu einer Idee von Kritischer Theorie als rekonstruktiver Kritik beitragen, jüngeren Datums sind und eher Autoren der dritten und vierten „Generation" der Kritischen Theorie zuzuordnen wären (vgl. Celikates 2007; Honneth 2007; Iser 2011, 2008) – dabei aber häufig zur Explikation des Verständnisses von rekonstruktiver Kritik auf vorgängige Theoriephasen der Kritischen Theorie

und/oder Arbeiten v.a. von Jürgen Habermas rekurrieren (vgl. Celikates 2009; Iser 2008). Es durchwirken sich im vorliegenden Material zu rekonstruktiver Kritik also verschiedene theoriegeschichtliche Schichten und Zugangsweisen, die nicht immer trennscharf aufgelöst werden können.

Zum anderen aber wird der Status rekonstruktiver Kritik im Kontext der Kritischen Theorie sehr unterschiedlich angegeben. In der Lesart von Axel Honneth etwa wird rekonstruktive Kritik als die der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule *insgesamt* zugrunde liegende Idealform von Kritik (vgl. Honneth 2007) ausgewiesen. Honneth versteht unter Rekonstruktion zunächst das grundlegende methodische Prinzip, wonach „die zur Kritik herangezogenen Normen oder Prinzipien nur solche sein [dürfen], die in der historischen Wirklichkeit selber in irgendeiner Weise verankert" sind (Honneth 2007, 64). Ein solches Prinzip sieht er bei allen Autoren der Kritischen Theorie am Werk, also bereits bei Horkheimer, Adorno und Marcuse. Mit diesem Gesamtbegriff rekonstruktiver Kritik ist auch das Anliegen verbunden, den mit der Kritischen Theorie verbundenen Kritiktyp – oder vielmehr das, was als „intellektuelles Erbe" (ebd., 28) ausgemacht wird – gegen andere Kritikmodelle auf der Höhe der Zeit und im Licht einer aktuellen Konzeption von Kritik zu verteidigen (vgl. ebd., 57ff.).

Wenngleich Honneths Ausführungen zur Rekonstruktion als Kritiktyp instruktiv sind und nachfolgend eingehender dargelegt werden sollen, plädiere ich hinsichtlich der Begriffsverwendung dafür, rekonstruktive Kritik enger zu fassen. Rekonstruktive Kritik verstehe ich demnach als einen spezifischen Ansatz, der der „neueren" Kritischen Theorie zuzuordnen ist. Matthias Iser hat in seiner Kartographie der Gesellschaftskritik (2008; 2011) mit Rückgriff auf das Werk von Jürgen Habermas und Axel Honneth die Grundlagen einer als rekonstruktive Kritik verstandenen kritischen Theorie der Gesellschaft herausgearbeitet. Auch Iser dehnt den Begriff rekonstruktiver Gesellschaftskritik also nicht schon auf die ältere Kritische Theorie aus.

Es sind tatsächlich vor allem die Arbeiten von Jürgen Habermas, die als Umorientierung in der Kritischen Theorie hin zur rekonstruktiven Idee von Kritik gelten. Diese Umorientierung bezeichnet Seyla Benhabib bereits Anfang der 1980er Jahre in Anschluss an eine Formulierung von Albrecht Wellmer als Übergang „von der Dialektik der Aufklärung zur Logik der Rekonstruktion" (Benhabib 1982, 128). Wie bereits im vorangegangen Kapitel näher erläutert wurde, waren für Habermas die kritische Auseinandersetzung mit den Konturen Kritischer Theorie im Zeichen der „Dialektik der Aufklärung" sowie die Bedingungen der nachfaschistischen Realdemokratien des Westens der Hintergrund dafür, im Verständnis kritischer Gesellschaftstheorie Veränderungen vorzunehmen. Das Anliegen von Habermas

ist hier eine kritische Neubegründung von Rationalität im Namen der Vollendung des Projekts der Moderne. Gleichzeitig ist damit aber auch das Anliegen verbunden, der Kritischen Theorie eine methodische Fundierung zu sichern. Bereits in „Erkenntnis und Interesse" (1973) hatte Habermas den Versuch unternommen, die Existenz eines „emanzipatorischen Interesses" gattungsgeschichtlich zu begründen – und so ein Fundament zu etablieren, auf dem kritische Wissenschaft haltbare und plausible Kritik formulieren kann. Auch seine Hauptwerke, die „Theorie des kommunikativen Handelns" Anfang der 1980er Jahre sowie „Faktizität und Geltung" Anfang der 1990er Jahre sind in ihrer Tragweite nur dann zu verstehen, wenn sie nicht nur hinsichtlich ihrer gesellschafts- bzw. demokratietheoretischen Implikationen, sondern ebenso hinsichtlich des Versuchs gelesen werden, kritische Gesellschaftstheorie zu begründen und einen Maßstab zu etablieren, von dem aus Gesellschaften bzw. reale Demokratien kritisiert werden können (vgl. Biebricher 2005). In der „Theorie des kommunikativen Handelns" gibt Habermas programmatisch aus: „Ich werde zeigen, dass ein Paradigmenwechsel zur Kommunikationstheorie die Rückkehr zu einem Unternehmen gestattet, das seinerzeit mit der Kritik der instrumentellen Vernunft abgebrochen worden ist; dieser erlaubt ein Wiederaufnehmen der liegengebliebenen Aufgaben einer kritischen Gesellschaftstheorie" (Habermas 1981/2011, 517f.).

Habermas lenkt den Fokus hierzu entschieden auf Fragen der Begründung universell gültiger Maßstäbe als Kriterien von Kritik und kritischer Gesellschaftstheorie. Nicht zuletzt trifft sich dies mit der Motivation von Habermas, wieder ein Stück weit hinter die radikale Wissenschaftskritik und die Kritik der Beschädigungen kritischen Denkens zurücktreten zu können, die Horkheimer und Adorno in der „Dialektik der Aufklärung" vollzogen haben. Habermas geht eine Selbstverpflichtung gegenüber den Wissenschaften ein, indem er den akademischen Rahmen als denjenigen ausgibt und akzeptiert, innerhalb dessen sich Kritische Theorie aus seiner Sicht fortan bewähren muss (vgl. Açıkgöz 2014). In einem Gespräch formuliert Habermas:

> „Adorno wäre sicher nicht damit einverstanden gewesen. Das wäre ihm alles zu affirmativ gewesen. Aber wenn man, wie ich, im Wissenschaftsbetrieb drin steckt, dann muss man sich von Positionen lösen, die ja mit einem Bein schon im Poststrukturalismus stecken; man muss versuchen, einen theoretischen Ansatz klarzumachen, der erlaubt, an produktive wissenschaftliche Ansätze anzuknüpfen, um gleichwohl den Anspruch der älteren Kritischen Theorie einzuholen und ihm Genüge zu tun" (Habermas 1981, zit.n. Açıkgöz 2014, 115).

Dazu schlägt Habermas vor allem mit Blick auf den Wahrheitsbegriff eine Brücke zum Wissenschaftsbetrieb – um Kritische Theorie innerhalb dieses Gefüges als

im strengen Sinn *gut begründet* und *wissenschaftlich haltbar* auszuweisen. Açıkgöz (2014, 115) kommentiert hierzu, dass die Aussage von Habermas, seine „Theorie des kommunikativen Handelns" sei ein „hoffnungslos akademisches Buch", von ihm keineswegs negativ gemeint war.

Sowohl die gesellschaftlichen als auch die theoriepolitischen Kontexte kritischer Theoriebildung haben sich allerdings seit der von Habermas eingeleiteten „Wende" zur rekonstruktiven Logik wiederum deutlich verändert. Während kritische Gesellschaftstheorien und insbesondere Ansätze der Frankfurter Schule im Kontext der 1968er-Bewegung eine Art Hochzeit erfahren haben, so sieht Axel Honneth die Kritische Theorie einem Klima ausgesetzt, in dem ihre Existenzberechtigung und Legitimität bedroht scheint. Er schreibt:

> „[D]ie Kritische Theorie scheint mit dem Wechsel zum neuen Jahrhundert eine Denkfigur der Vergangenheit geworden zu sein. [...] Den großen geschichtsphilosophischen Ideen der Kritischen Theorie haftet eine Atmosphäre des Veralteten und Verstaubten, des unrettbar Verlorenen an, für das es im Erfahrungsraum der sich beschleunigenden Gegenwart keinerlei Resonanzboden mehr zu geben scheint" (Honneth 2007, 28ff.).

Umso wichtiger und interessanter scheinen vor diesem Hintergrund die insbesondere seit der zweiten Hälfte der 2000er Jahre erscheinenden Arbeiten, die rekonstruktive Kritik als eigenständige, gar „überzeugendste Stimme" im „vielstimmigen Chor der Kritik" (Iser 2008, 302) ausweisen wollen. Nachfolgend sollen auf der Basis von Beiträgen, die ihrerseits die Programmatik rekonstruktiver Kritik herausarbeiten, einige Grundzüge der Idee rekonstruktiver Kritik dargestellt und kritisch diskutiert werden.

1.5.2 Zur Methode der Kritik: Die Idee rekonstruktiver Wissenschaft

Rekonstruktive Kritik ist zunächst einmal als ein Projekt zu verstehen, das eine spezifische Lösung der Frage danach darstellt, wie kritisches Denken zu rechtfertigen ist. Es geht darum, die normativen Grundlagen der Kritischen Theorie zu klären und ihr damit zugleich ein stabiles Fundament zu geben. Matthias Iser entziffert vier Aufgaben rekonstruktiver Kritik, die gleichzeitig auch das damit verbundene Grundverständnis kritischer Gesellschaftstheorie umreißen. Demnach besteht die Idee rekonstruktiver Kritik

> „(1) im Nachweis der Unhintergehbarkeit oder 'Quasi-Transzendentalität' normativ gehaltvoller Erwartungen, denen eine bestimmte Form der Empörung korrespondiert,

(2) im Nachweis, dass die moderne Form dieser normativen Erwartungen gegenüber früheren Formen einen Rationalitäts- und letztlich auch einen moralischen Fortschritt darstellt, womit ein bestimmter Vernunftbegriff nahegelegt wird, den es zu explizieren gilt,
(3) in einer besonders erhellenden Kritik der zentralen gesellschaftlichen Missstände,
(4) in der Diagnose und theoretischen Aufklärung bislang nur latenter oder bereits empfundener Empörung, die Widerstandsbewegungen zu motivieren vermag" (Iser 2008, 13).

Die 'gute Begründung' der rekonstruktiven Kritik wird methodisch über die Rekonstruktion der bereits in der gesellschaftlichen Praxis angelegten Vernunftpotentiale beschritten. Dabei wird an den normativen Gehalten angesetzt, die den Praktiken der Gesellschaftsmitglieder bereits eingelagert sind. Rekonstruktive Kritik zielt so darauf ab, eine „gemeinsame moralische Tiefengrammatik" (Iser 2008, 14) zu rekonstruieren, die noch „unterhalb der divergierenden Normen von Kulturen und Epochen" (ebd.) angesiedelt ist. Das heißt auch, die Idee der Rekonstruktion ist eingebettet in die Annahme, dass diese normative Grammatik nicht kontingent, sondern kulturunabhängig und konstitutiv für alle Gesellschaften ist (vgl. Iser 2008, 2011). Rekonstruktive Kritik hält somit grundsätzlich an der Vorstellung quasi überhistorischer, universalistischer Kriterien für ein Vernunftkonzept fest.

Die Aufgabe kritischer Gesellschaftstheorie ist es aus dieser Perspektive also, das Vernunftpotential auszuweisen sowie die Blockaden der Realisierung von Vernunft zu kritisieren. Dies wird in Modellen rekonstruktiver Kritik rationalitätstheoretisch abgestützt (vgl. Iser/Strecker 2010). Um zu klären, wie Rationalität in Anspruch genommen wird und welche Aspekte von Rationalität sich identifizieren lassen, braucht es einen besonderen wissenschaftlichen Ansatz: nämlich den der von Habermas so bezeichneten rekonstruktiven Wissenschaften.

> „Darunter versteht er [Habermas] solche Ansätze, die sich der Methode der rationalen Nachkonstruktion bedienen. Rationale Nachkonstruktionen sind Deutungen allgemeiner basaler Kompetenzen. Sie übersetzen das implizite Wissen *(knowing how)* darüber, wie grundlegende menschliche Fertigkeiten ausgeübt werden, in explizites, theoretisches Wissen *(knowing that)*" (Iser/Strecker 2010, 77f.).

Die Pointe des rekonstruktiven Ansatzes, so Matthias Iser und David Strecker, besteht darin,

> „[...] nicht eigens begründen zu müssen, warum der normative Maßstab des Gesellschaftskritikers von den Mitgliedern der kritisierten Gesellschaft überhaupt akzeptiert werden sollte. Diese, so das Argument, haben den Maßstab nämlich in dem Sinne ohnehin schon akzeptiert, dass sie ihn selbst in ihren Praktiken voraussetzen [...]. Damit lässt sich die Rolle der Rationalitätstheorie nun genau angeben:

> Sie soll zeigen, dass sich auf dem Wege der Rekonstruktion invarianter, also kulturunabhängiger gesellschaftlicher Strukturen ein mehrdimensionales, nicht auf den instrumentellen Aspekt beschränktes Vernunftkonzept identifizieren lässt. Dieses kann sodann als normatives Fundament der kritischen Theorie der Gesellschaft dienen" (Iser/Strecker 2010, 79).

Deutlich wird also, dass der rekonstruktive Ansatz hier nicht nur einen bestimmten Forschungsansatz benennt, sondern kritische Theoriebildung insgesamt auf ein neues – und gegenüber der älteren Kritischen Theorie anderes – Fundament stellen soll. Rekonstruktive Wissenschaften, so Habermas, beziehen sich auf die Reflexion von Voraussetzungen, „auf die wir uns in vernünftiger Rede immer schon naiv verlassen. Insofern hat dieser Typus von Wissen stets den Status eines besonderen, eines 'reinen' Wissens beansprucht" (Habermas 1973, 413f.).

Der rekonstruktive Ansatz grenzt sich auf der einen Seite sowohl von empiristischen, eher naturwissenschaftlichen Ansätzen ab. Rekonstruktive Wissenschaft soll die sozialen Praktiken von Gesellschaftsmitgliedern nicht aus einer objektivierenden, beobachtenden Perspektive, sondern aus einer sinnverstehenden, teilnehmenden Perspektive in den Blick nehmen. Auf der anderen Seite grenzt sich rekonstruktive Wissenschaft aber auch gegen solche Ansätze ab, die allein die Selbstdeutungen der Gesellschaftsmitglieder nachzeichnen. Vielmehr beansprucht rekonstruktive Wissenschaft, objektives Wissen generieren zu können, insoweit sie sich „auf universelle, für die menschliche Lebensform insgesamt grundlegende Kompetenzen" (Iser/Strecker 2010, 78) konzentriert.

Jürgen Habermas, auf den im Kontext rekonstruktiver Kritik vielfach verwiesen wird, versucht beispielsweise, die normative Grundlage der Kritischen Theorie rekonstruktiv in der *Struktur der Sprache* zu verankern, als quasi nicht hintergehbares, in den Interaktionen der Gesellschaftsmitglieder „notwendig unterstelltes Vernunftpotenzial" (Iser/Strecker 2010, 79). Für Habermas bedeutet Sprache nicht nur, dass Sachinformationen mitgeteilt werden, sondern dass Menschen sich über etwas verständigen. Das ist der eigentliche Sinn von Sprache, nämlich Sprache als menschliche Verständigungspraxis, der überdies eine eigene Rationalität innewohnt. Matthias Iser und David Strecker fassen dies folgendermaßen zusammen:

> „Jeder Sprecher, der etwas gegenüber jemandem äußert, erhebt gleichzeitig einen Geltungsanspruch. Das bedeutet: Wenn wir einen Satz äußern, unterstellen wir (erheben implizit den Geltungsanspruch), dass die Äußerung tatsächlich gültig ist, dass wir also mit guten Gründen für sie argumentieren können. Es sind diese Ansprüche, die Aussagen mit intersubjektiven, also zwischen Personen beurteilbaren Gründen verknüpfen. Deshalb kann man Äußerungen Rationalität zuschreiben" (Iser/Strecker 2010, 70).

Rekonstruktive Kritik zielt in der Version von Habermas vor diesem Hintergrund darauf, die „universalen Bedingungen der Möglichkeit von praktischen Verständigungsprozessen" (Honneth 1989, 310) zu rekonstruieren. Dem unterliegt „die Idee einer situationsunabhängigen und kontextneutralen Theorie der sprachlichen Kommunikation; dadurch wird der Vorgang kommunikativen Handelns, in dem Habermas [...] seine Konzeption einer Kritischen Theorie von Anfang an fundiert hatte, zum Gegenstand einer Untersuchung mit universalistischem Wahrheitsanspruch" (ebd.). Denn, so resümiert Honneth die Grundannahmen von Habermas, universale Rationalisierungsstandards und die Möglichkeit zur Verwirklichung von Vernunft sind bereits in den Vollzug kommunikativen Handelns eingeschrieben und besitzen „ungeachtet des begleitenden Bewusstseins der beteiligten Subjekte zwingend Gültigkeit" (ebd., 311).

Allerdings ist der Anspruch, objektives Wissen generieren zu können, nicht gleichbedeutend mit dem Anspruch, die *Inhalte* einer vernünftigen Verständigungspraxis zu bestimmen. Diese Aufgabe wird von rekonstruktiver Kritik zurückgewiesen: „Das neue Paradigma von Rationalität ist nicht substantiell, sondern kommunikativ. Es besagt nichts über Inhalte, sondern thematisiert nur die kommunikative Form jener notwendigen Argumentationsprozeduren, durch welche Geltungsansprüche von Wahrheit, Richtigkeit und Wahrhaftigkeit eingelöst werden können" (Benhabib 1982, 153).

Gerade durch den universalistisch-objektivistischen Gestus dieses Modells gerät rekonstruktive Kritik allerdings in die schwierige Lage, sich unangreifbar zu machen und ein Wissenschaftsbild zu reproduzieren, an dem die ältere Kritische Theorie vehement Kritik geübt hat. Während in der älteren Kritischen Theorie wissenschaftliche Tätigkeit systematisch als politische Tätigkeit bestimmt wird, eingebunden in konkrete geschichtliche und gesellschaftliche Kontexte, wird im Modell rekonstruktiver Kritik die politische Pointe kritischer Gesellschaftstheorien zu Gunsten eines eher traditionellen Wissenschaftsverständnisses zurückgenommen. Da, wo die ältere Kritische Theorie Kritik als *politische* Haltung etabliert, fundiert rekonstruktive Kritik sich auf dem (vermeintlichen) Ausweis unhintergehbarer, invariabler Normen und behauptet einen universalen und objektiven Erklärungsanspruch.

1.5.3 Zur Problem- und Gegenstandskonstruktion: Die Bezugnahme auf Vernunft und Rationalität

Folgt man den Ausführungen, die Axel Honneth 2007 in einem Artikel zur „Idee der 'Kritik' in der Frankfurter Schule" macht, so stellt rekonstruktive Kritik nicht

nur eine bestimmte Variante, sondern die zentrale Idee des mit der Kritischen Theorie überhaupt verbundenen Typs von Kritik dar. Ich möchte zunächst die Ausführungen von Honneth wiedergeben, weil darin pointiert ein Verständnis davon zum Ausdruck gebracht wird, wie rekonstruktive Kritik auf Vernunft und Rationalität Bezug nimmt. Während Honneth seine Ausführungen vor allem im Zuge der Betonung von grundlegenden Gemeinsamkeiten zwischen älterer und neuerer Kritischer Theorie macht, werde ich im Anschluss eben jene Unterschiede, Brüche und Wendungen thematisieren, die dennoch einen enger gefassten Begriff von rekonstruktiver Kritik nahe legen.

Der Kern rekonstruktiver Kritik wurzelt, so Honneth, in der Marx'schen Ideologiekritik, wonach die Maßstäbe der Kritik schon in den normativen Idealen der sozialen Wirklichkeit angelegt sein müssen. Dabei ist Kritik allerdings vor die Herausforderung gestellt, dass sie aus sich heraus noch nicht eigentlich begründen könne, welche Normen und moralischen Prinzipien einer gegebenen Gesellschaft überhaupt verteidigenswert sind. Honneth sieht in der Frankfurter Schule ein linkshegelianisches Kritikmodell am Werk, wonach Rekonstruktion heißen muss, „diejenigen normativen Ideale freizulegen, die sich als Bezugspunkt einer begründeten Kritik deswegen anbieten, weil sie Verkörperungen gesellschaftlicher Vernunft darstellen" (Honneth 2007, 66). Die Identität der Frankfurter Schule, so Honneth weiter, liegt in der „besondere[n] Verknüpfung von immanentem Verfahren und kontexttranszendierendem Rationalitätsbegriff" (ebd.), wonach sich Kritik eben auf jene Normen stützen kann, „von denen sich gleichzeitig begründet zeigen läßt, daß sie Ausdruck eines Fortschritts im Prozeß der gesellschaftlichen Rationalisierung sind" (ebd.).

Es ist diese Bezugnahme auf „die Idee einer historisch wirksamen Vernunft" (ebd., 29), in der er nicht nur eine übergreifende Gemeinsamkeit der verschiedenen Vertreter der Kritischen Theorie (er bezieht sich auf Horkheimer, Adorno, Marcuse und Habermas) erkennt, sondern auch die aus seiner Sicht gegenwärtig zu bewahrende „intellektuelle Erbschaft der Kritischen Theorie" (vgl. Honneth 2007, 28). Honneth geht davon aus, dass alle Autoren der Kritischen Theorie einen Zustand „sozialer Negativität" wahrgenommen haben: „Horkheimer spricht anfänglich von der 'unvernünftigen Einrichtung' der Gesellschaft, Adorno später von der 'verwalteten Welt', Marcuse verwendet Begriffe wie 'eindimensionale Gesellschaft' oder 'repressive Toleranz', Habermas schließlich die Formel von der 'Kolonialisierung der sozialen Lebenswelt'" (ebd., 32).

Die in diesen Begriffen zum Ausdruck gebrachte Kritik an der Verfassung der Gesellschaft richtet sich dabei nicht nur auf soziale Ungleichheit oder Ungerechtigkeit, sondern zielt, so Honneth, viel weiter auf die Blockierung eines

guten bzw. gelingenden Lebens. Honneth selbst nutzt hierfür einen Begriff, den er im weiteren Durchgang seiner Argumentation verwendet: Er bezeichnet die Verhinderung eines gelingenden Lebens als (gesellschaftliche) Pathologie. Bei allen genannten Autoren der Kritischen Theorie, so Honneth, kann eine gemeinsame Prämisse entziffert werden: nämlich dass die Kritik an gesellschaftlichen Pathologien normativ bereits die implizite Orientierung an einer Gesellschaft voraussetzt, in der alle Mitglieder dazu befähigt werden und in der Lage sind, zu einer gelingenden Selbstverwirklichung zu kommen. Kritische Theorie verfolgt daher aus Sicht von Honneth in all ihren Varianten und ungeachtet ihrer zum Teil streng negativ verfahrenden Kritik das Interesse an einer Verwirklichung gesellschaftlicher Vernunft. Daraus folgert Honneth, dass die intellektuelle Erbschaft der Kritischen Theorie in jenem *internen Zusammenhang* zwischen der Diagnose der gesellschaftlichen Pathologie einerseits und der Diagnose einer mangelnden Rationalität andererseits besteht – und genau dieser Zusammenhang ist es, der aus seiner Sicht gegenwärtig in das Zentrum kritischen Denkens gerückt werden muss.

Honneth (2007) führt aus, dass die Vorstellung, dass gesellschaftliche Pathologien ihre Ursache in mangelnder gesellschaftlicher Rationalität haben, auf Hegel zurückgeht. Die Annahme, dass eine gelingende Form von Gesellschaft nur im Kontext von Rationalitätsstandards möglich ist, wird bei Hegel mit einer ethischen Prämisse gekoppelt; eine Prämisse, die Honneth, wenngleich verborgen, auch noch in der Kritischen Theorie am Werk sieht:

> „Bei Hegel wird der [...] behauptete Zusammenhang durch die ethische Prämisse gerechtfertigt, daß nur das jeweils vernünftige Allgemeine den Gesellschaftsmitgliedern die Orientierungsgesichtspunkte vorgeben kann, an denen sie ihr Leben sinnvoll ausrichten können; und ein Rest dieser substantiellen Überzeugung muß auch bei den Vertretern der Kritischen Theorie noch im Spiel sein, wenn sie in ihren verschiedenen Ansätzen zu der Behauptung gelangen, daß es ein Mangel an gesellschaftlicher Rationalität ist, der die Pathologien der kapitalistischen Gesellschaft verursacht. [...] Von den Gesellschaftsmitgliedern muss gesagt werden können, daß sie nur dann gemeinsam ein gelingendes, nicht entstelltes Leben zu führen vermögen, wenn sie sich alle an Prinzipien oder Institutionen orientieren, die sie als vernünftige Ziele ihrer Selbstverwirklichung begreifen können; jede Abweichung von dem damit umrissenen Potential muß insofern zu einer sozialen Pathologie führen, als die Subjekte erkennbar an dem Verlust allgemeiner, kommunaler Ziele leiden“ (Honneth 2007, 33f.).

Dieses vernünftige Potential, das eine gelingende Gesellschaftsform gewährleistet, wird bei verschiedenen Autoren der Kritischen Theorie unterschiedlich verortet: bei Horkheimer im Arbeitsbegriff; beim späten Marcuse in der Sphäre einer ästhe-

tischen Praxis ungezwungener Kooperation; bei Habermas in der kommunikativen Verständigung – und bei Honneth selbst in Anerkennungsbeziehungen. Zwar konstatiert auch Honneth, dass in der Art und Weise des Vernunftbezugs ein Wandel in der Kritischen Theorie zu beobachten ist; aus seiner Sicht ist dies aber zuvorderst ein Wandel von einem substanziellen Bezug auf Vernunft zu einem nur noch prozeduralistischen Bezug auf Vernunft. Wenngleich also unterschiedliche Modelle in der Kritischen Theorie vorliegen mögen, so sind diese nach Honneths Auffassung letztlich nur verschiedene Ausformungen der Hegelschen These, dass die „[...] Vergesellschaftung des Menschen nur unter Bedingungen kooperativer Freiheit gelingen kann; [...] sie stehen letztlich für die ethische Idee, eine Form der gemeinsamen Praxis auszuzeichnen, in der die Subjekte miteinander oder kooperativ zur Selbstverwirklichung gelangen können" (Honneth 2007, 36).

Honneth konkretisiert, dass diese Vorstellung eines *vernünftigen Allgemeinen der kooperativen Selbstverwirklichung* im Unterschied zum Liberalismus auf der Prämisse basiert, dass individuelle Freiheit nicht das Ergebnis der Koordination von Einzelinteressen ist. Das vernünftige Allgemeine ist vielmehr an die Bedingung einer gemeinsamen Praxis gebunden. Im Unterschied zum Kommunitarismus basiert dieser Gedanke nicht darauf, dass die Orientierung an übergreifenden Werten eine Art Selbstzweck sei, sondern darauf, dass das vernünftige Allgemeine auch einen rationalen Gehalt haben muss: „[...] ja, es ist doch gerade die Pointe des Ansatzes, die individuelle Selbstverwirklichung an die Voraussetzung einer gemeinsamen Praxis gebunden zu sehen, die nur das Ergebnis einer Verwirklichung von Vernunft sein kann" (Honneth 2007, 39).

Mit anderen Worten: Das Allgemeine und die Vernunft werden in der Kritischen Theorie insofern verklammert, als die gemeinsame kooperative Praxis selbst nur das Ergebnis einer Verwirklichung der Vernunft sein kann. Indem Honneth einen internen Zusammenhang zwischen Pathologie und Vernunft, Vernunft und dem Allgemeinen kooperativer Praxis definiert, akzentuiert er eine wichtige Komponente des Kritikverständnisses Kritischer Theorie: nämlich den – wenn auch noch verborgenen – Anspruch auf ein vernünftiges Allgemeines, das sich als kooperative Praxis realisiert. Honneth deutet damit die normativ-politische Grundlage der Kritischen Theorie in einer bestimmten Weise. Rekonstruktive Gesellschaftskritik ist für ihn von eben jenem methodischen Prinzip geleitet, historisch wirksame, gesellschaftliche Verkörperungen von Vernunft entziffern zu können.

Demgegenüber muss hier aber auch festgehalten werden, dass Habermas' Kritik an der älteren kritischen Theorie ja gerade darauf gründet, dass diese den Bezug gesellschaftlicher Realität zur Vernunft nicht mehr erkennen kann und in ihrem

Kritikverständnis bewusst keinen positiven Bezug mehr darauf vollzieht. Wie bereits in vorangegangenen Abschnitten dargelegt worden ist, sieht Habermas das Projekt einer kritischen Gesellschaftstheorie mit der „Dialektik der Aufklärung" (Horkheimer/Adorno 1944/1997) gleichermaßen an ihren Höhepunkt wie aber auch an ihr Ende gekommen – an das Ende, weil Kritischer Theorie im Verständnis der „Dialektik der Aufklärung" die praktische Orientierung an einer systemumwälzenden sozialen Bewegung abhanden gekommen ist. Aus seiner Sicht ist die Kritische Theorie der „Dialektik der Aufklärung" aporetisch geworden, weil sie mit der Kritik der instrumentellen Vernunft keine Rationalität mehr angeben kann, auf die sich Kritik noch berufen kann.

In den Arbeiten von Jürgen Habermas geht es zum einen darum, die gesellschaftstheoretischen Prämissen der Kritischen Theorie so umzustellen, dass eine Bearbeitung der Frage (wieder) möglich wird, „wie [...] eine gesellschaftliche Emanzipation ohne eine Ablehnung des Vernunftpotentials der Moderne möglich" wird (Benhabib 1982, 128). Zum anderen sollen gleichzeitig die normativen Grundlagen der Kritischen Theorie geklärt werden und ihr damit ein stabiles, nicht aporetisches Fundament gegeben werden (s.o.).

Insgesamt zeichnet sich das Werk von Habermas dabei durch den Impuls aus, die in der Moderne angelegten Vernunftpotentiale im Sinne einer kritischen Neubegründung von Rationalität zu verteidigen – und zwar auch und insbesondere gegen jedwede Formen von Konservatismus (Habermas erkennt z.B. im poststrukturalistischen Denkens Foucault eine Form von Jungkonservatismus, vgl. Habermas 1992 [1980], 52). Es gilt aus dieser Sicht also, einen Standpunkt einzunehmen, der noch das Andere der instrumentellen Vernunft einschließen kann und das „unvollendete Projekt" der Moderne daher nicht zurückweisen muss, sondern überhaupt erst *vollenden* kann (vgl. Habermas 1992 [1980], 32ff.). Habermas' Rekonstruktion des Projekts der Moderne insistiert darauf, dass Rationalisierung in der Moderne nicht gleichbedeutend mit Verdinglichung ist. Basierend auf seiner Unterscheidung von System und Lebenswelt wird vielmehr differenziert zwischen der einseitigen Rationalität des ökonomischen und administrativen Systems und der Rationalität der Lebenswelt. In letzterer ist Vernunft laut Habermas noch in der Gestalt kommunikativer Rationalität bewahrt; Verdinglichungsphänomene sind als Ausdruck der Kolonialisierung der Lebenswelt durch die Systemimperative zu verstehen.

In Verständigung bzw. kommunikativem Handeln sieht Habermas die Möglichkeit, „einen Begriff von Rationalität zu gewinnen, der den Zusammenhang jener in der Moderne auseinandergetretenen Momente der Vernunft ausdrückt" (1981, 525). Er schreibt:

> „Die kommunikative Vernunft läßt sich nicht, wie die instrumentelle, einer erblindeten Selbsterhaltung widerstandslos subsumieren. […] Die utopische Perspektive von Versöhnung und Freiheit ist in den Bedingungen einer kommunikativen Vergesellschaftung der Individuen angelegt, sie ist in den sprachlichen Reproduktionsmechanismen der Gattung schon eingebaut" (Habermas 1981, 533).

Wie Honneth schon in seiner Beschreibung des Wechsels von einem substanziellen zu einem nur noch prozeduralistischen Bezug auf Vernunft anmerkt, geht es diesem Ansatz nicht darum, inhaltliche Lösungsvorschläge zur Überwindung der Blockaden gelingender Verständigungspraxis vorzulegen. Welche Normen inhaltlich Gültigkeit beanspruchen sollen können, wird einem argumentativ erzielten Konsens im Rahmen des Diskursprinzips überantwortet. Nur solche Normen können verallgemeinert und damit gültig werden, die in einem Diskurs die Zustimmung aller davon betroffenen Akteur_innen finden. Das Diskursprinzip erfordert dabei,

> „[…] dass man nicht lediglich allein, also monologisch überlegen sollte, was für alle zustimmungsfähig sein könnte. Stattdessen muss man sich auf einen realen Diskurs einlassen, in dem man sich mit den abweichenden Perspektiven aller anderen Betroffenen dialogisch auseinandersetzt und durch wechselseitige Rollenübernahme die eigene Perspektive an den Perspektiven der anderen relativiert" (Iser/Strecker 2010, 76).

Kritik wird also nicht nur an konkrete Verständigungspraxis zurückgebunden; diese Verständigungspraxis muss darüber hinaus auch in prozeduraler Hinsicht eine bestimmte Qualität entfalten. Es muss die Möglichkeit gewährleistet sein, dass alle Gesellschaftsmitglieder an der kollektiven Verständigungspraxis im Rahmen eines herrschaftsfreien Diskurses teilnehmen und Einwände formulieren können (vgl. Habermas 1998 [1992]). Kritikwürdig sind aus dieser Perspektive folglich alle Verhältnisse, bei denen gleichberechtigte Kommunikation bzw. die gesellschaftliche Selbstverständigung beeinträchtigt werden. Kritische Gesellschaftstheorie erhält also erstens die Aufgabe, jene macht- und herrschaftsförmigen Verzerrungen im sozialen Zusammenleben wie auch in der Struktur der Umgangssprache bloß zu legen, die eine diskursive, vernunftorientierte Verständigung blockieren. Zweitens aber obliegt der kritischen Gesellschaftstheorie auch eine spezifische Rolle im Prozess kooperativer Wahrheitssuche; ihr kommt als „wissenschaftliches Unterfangen […] advokatorische[r] Charakter" zu (vgl. Müller-Dohm 2000, 91). Sein Verständnis von Kritik charakterisiert Habermas selbst dabei wie folgt: „Wir können Kritik […] als einen Prozeß auffassen, der in herrschaftsfreier Diskussion eine fortschreitende Auflösung von Dissens einschließt" (Habermas 1982, zit.n. Müller-Dohm 2000, 86).

Dabei verzahnt sich die Auffassung, dass Sprache von jeher einen rationalen, auf Verständigung zielenden Impetus hat, mit dem Anliegen einer „Rationalisierung politischer Herrschaft" (Müller-Dohm 2000, 84). Das heißt, es müssen gleichsam auch die notwendigen strukturellen Voraussetzungen geklärt werden, unter denen politische Partizipation in Gestalt eines herrschaftsfreien Diskurses mit dem Ziel einer Verallgemeinerbarkeit von Interessen möglich ist. Die Rückbindung von emanzipatorischen Potentialen an den rationalen Gehalt von kommunikativem Handeln und gesellschaftlicher Selbstverständigung ist also eng verkoppelt mit Fragen nach den Bedingungen der Möglichkeit einer solchen Selbstverständigung. Habermas thematisiert diese Bedingungen der Möglichkeit eines herrschaftsfreien Diskurses in Begriffen demokratischer Öffentlichkeit, genauer: als deliberative Demokratietheorie (vgl. Habermas 1998 [1992]). Das Diskursprinzip ist aus dem Konzept der kommunikativen Rationalität entwickelt, das Demokratieprinzip wiederum ist entscheidend für die demokratische Willensbildung. Beide werden im Konzept deliberativer Demokratie verknüpft.

Zwar kennt Habermas durchaus Macht, Interessen und Konflikte; so besteht bei ihm etwa zwischen Politik im Sinne des administrativen Systems und der Lebenswelt ein konflikthaftes Verhältnis, das durch Deliberation vermittelt werden muss. Politik bzw. legitime politische Entscheidungen müssen durch die legitimierende Macht der Lebenswelt, genauer, die lebensweltliche Kommunikation, die die Schleusen institutioneller Politik durchlaufen, hervorgebracht werden. Auch ist sich Habermas bewusst, dass in politische Willensbildung und in die Entscheidung politischer Fragen, auf die sich das Demokratieprinzip bezieht, ein weites Spektrum an Gründen eingeht, dass es Interessen gibt, „die partikular sind und bleiben" (Habermas 1973b, 149) und dass es womöglich politische Konflikte gibt, für die noch keine mit allen Interessen zu vereinbarende Lösung gefunden wurde (vgl. Biebricher 2005, 280ff.). Dennoch ist eine wesentliche Prämisse von Habermas, dass praktisch-politische Probleme in modernen Demokratien im Sinn eines „vernünftigen Konsensus" (Habermas 1973b, 153) gelöst werden können, statt „vor einem undurchdringlichen Pluralismus scheinbar letzter Wertorientierungen (oder Glaubensakte oder Einstellungen) zu resignieren" (ebd., 149). Dies wurzelt darin, dass Habermas Demokratie als diskursive Demokratie fasst.

Die Habermas'sche Diskursethik geht davon aus, dass sich ein rationales Einverständnis über die Richtigkeit von Handlungsnormen und über die Wahrheit propositionaler Aussagen gewinnen lässt. Mit der Diskursethik ist auch die Konsenstheorie der proportionalen Wahrheit verbunden. Dieses Prinzip überträgt Habermas auf politische Fragen der Herstellung demokratischer Legitimität. In seinen Überlegungen zur „Wahrheitsfähigkeit praktischer Fragen"

(Habermas 1973b, 140) charakterisiert Habermas den Diskurs dahingehend, dass er der argumentativen Überprüfung von Geltungsansprüchen dienen und sicherstellen soll, dass „ein Konsensus nur über [...] *verallgemeinerungsfähige* Interessen [...] zustanden kommen kann" (Habermas 1973b, 149; Hrvg.i.O.). Es soll gewährleistet sein, dass Normen und Geltungsansprüche sich nicht einfach durch Macht- und Herrschaftsverhältnisse, sondern allein aufgrund rationaler Begründung durchsetzen. Habermas schreibt:

> „Der Diskurs läßt sich als diejenige erfahrungsfreie und handlungsentlastete Form der Kommunikation verstehen, deren Struktur sicherstellt, [...] daß kein Zwang außer dem des besseren Arguments ausgeübt wird: daß infolgedessen alle Motive außer der kooperativen Wahrheitssuche ausgeschlossen sind. Wenn unter diesen Bedingungen [...] ein Konsens zustande kommt, dann drückt dieser Konsensus einen 'vernünftigen Willen' aus." (Habermas 1973b, 148).

Habermas diskutiert in „Faktizität und Geltung" das Peirce'sche Kommunikationsmodell, in dem „Wahrheit als rationale Akzeptabilität, d.h. als die Einlösung eines kritisierbaren Geltungsanspruchs unter den Kommunikationsbedingungen eines im sozialen Raum und in der historischen Zeit ideal erweiterten Auditoriums urteilsfähiger Interpreten" (Habermas 1998 [1992], 30) verstanden wird. Anders als Peirce es anlegt, sieht Habermas diese Form der Verständigung aber nicht nur innerhalb der Kommunikationsgemeinschaft von Wissenschaftler_innen verankert, sondern geht davon aus, dass sich das darin liegende Ideal der „Argumentationspraxis einer Gelehrtenrepublik" (ebd., 31) auf die Alltagspraxis beziehen lässt. Die Verallgemeinerung des Peirce'schen Konzepts sei „über die kooperative Wahrheitssuche von Wissenschaftlern hinaus nötig" (ebd., 32). In seinem Verständnis der deliberativen Demokratie überträgt Habermas das Diskursprinzip und das Ideal einer Gelehrtenpraxis, das an Wahrheitssuche orientiert ist, auf Politik und demokratische Willensbildung (vgl. Habermas 1998 [1992]; dazu auch Biebricher 2005; Greven 2010; Thaa 2011). Zwar teilt Habermas die liberale Prämisse, dass in pluralen Gesellschaften auch konfligierende politische und kulturelle Wertorientierungen und Ziele bestehen können. Gleichwohl sieht er das deliberative Verfahren als eines, das den Ausgleich widersprüchlicher und widerstreitender Interessen vollziehen und eine vernünftige Einigung erwarten lassen kann und soll. Politisch-praktische Fragen werden unter der Perspektive ihrer Wahrheitsfähigkeit betrachtet und entsprechend wird das Vorhandensein 'richtiger' Lösungen politischer Konflikte unterstellt (vgl. hierzu auch Biebricher 2005). Habermas konzediert zwar, dass es „Ungereimtheiten" und Probleme in einer unvermittelten Anwendung des Diskursprinzips auf Politik und demokratischen Prozess gibt, weshalb er Differenzierungen für notwendig hält (vgl.

Habermas 1998 [1992], 196; dazu ausführlich Biebricher 2005, 280ff.); an den dargelegten Grundüberzeugungen hält er aber fest.

Demokratie ist bei Habermas eine konkrete politische Praxis und eine spezifische Form der Legitimation politischer Herrschaft, die auf dem „Vertrauen in den vernünftigen Diskurs" (Lieb 2009a, 134) gründet. War Vernunft für die ältere Kritische Theorie der „Dialektik der Aufklärung" in höchstem Maße suspekt geworden, so ist es nun der Zusammenhang von Vernunft und Demokratie, über den Habermas dem Kritikkonzept der Kritischen Theorie eine neue – an Emanzipation im Sinne der Entzifferung von Vernunftpotentialen orientierte – Wende gibt. In der menschlichen Verständigung sieht er Vernunftpotentiale, deren Entfaltung er an einen komplexen diskurstheoretischen Entwurf der prozeduralen Prinzipien und rechtlichen Institutionen der Demokratie rückbindet. Das von Habermas verfolgte Konzept der deliberativen Demokratie dient dabei nicht nur dazu, existierende Demokratien zu beschreiben, sondern stellt zugleich den kritischen Maßstab dar, Demokratien normativ zu beurteilen. Dabei lässt Habermas die für die Autoren der älteren Kritischen Theorie noch geltende Grundüberzeugung hinter sich, dass „der 'Widerspruch' zwischen dem demokratischen Selbstbestimmungsversprechen und den rechts- und sozialstaatlich abgesicherten Entfremdungsverhältnissen der privatkapitalistischen Produktionsweise und Eigentumsordnung immanent eben nicht aufzulösen, die Demokratie nur in einer nachkapitalistischen Gesellschaft voll zu entfalten sei" (Greven 1999, zit.n. Lieb 2009a, 109).

Habermas stellt seinen Entwurf der Kritischen Theorie mit dem Ansatz rekonstruktiver Wissenschaft also nicht nur methodisch auf eine andere Grundlage als die ältere Kritische Theorie (s.o.), er arbeitet auch mit einem Verständnis von Vernunft, das andere politische und demokratietheoretische Implikationen hat. Eine dezidiert politische und demokratieorientierte Akzentuierung gewinnt der Ansatz hinsichtlich seiner grundsätzlich emanzipatorischen Ausrichtung, den Rekurs auf diskursive Demokratie und die darin verankerte Rolle von Kritik als Möglichkeit, im Prozess der Deliberation Einwände zu artikulieren und Beschränkungen in der Realisierung des herrschaftsfreien Diskurses zu kritisieren. Es zeigen sich allerdings auch bestimmte Probleme, die wiederum den politischen Gehalt der Kritikkonzeption tangieren:

Gegen die Habermas'sche Konzeption von deliberativer Demokratie wurden verschiedene Einwände vorgebracht. Ein gängiges Argument lautet, Habermas operiere mit der Orientierung auf Konsens und herrschaftsfreie Verständigung mit harmonistischen Grundbegriffen und einer unrealistischen Perspektive auf moderne Massendemokratien. Vor allem aus radikaldemokratischer Perspektive

wurde überdies kritisiert, dass in Habermas' Konzeption der kontingente bzw. antagonistische Charakter des Politischen verfehlt bzw. zum „Verschwinden" gebracht wird (vgl. Greven 2010; Mouffe 2010b; Thaa 2011). Diese Sichtweise beruht auf einem Politikverständnis, das nicht – wie Habermas – Aspekte der Verständigung und der Erzielung eines vernünftigen Konsens in den Vordergrund stellt, sondern Politik als Konflikt begreift und Aspekte wie Differenz, Pluralität und Kontingenz betont. Chantal Mouffe etwa unterstreicht das antagonistische Moment des Politischen (vgl. Mouffe 2010a, 2010b), das sich vor allem im widerstreitenden Kampf um die gesellschaftliche Hegemonie zeigt. Von dieser radikaldemokratischen Warte aus wurde verschiedentlich die These vorgebracht, dass das Politische in einer bürokratisierten, technologisierten und depolitisierten Gesellschaft bedroht ist (vgl. Marchart 2010, 42ff.):

> „Im liberal-demokratischen Kapitalismus habe, Mouffe zufolge, eine 'post-politische' Politik des Konsenses, die unter dem Titel der 'deliberativen Demokratie' firmiere, den Platz des Politischen eingenommen. Die Dimension des Antagonismus werde aus der politischen Theorie entfernt (nicht jedoch aus der politischen Praxis, wie die Eruptionen des islamischen Fundamentalismus und rassistischer, klar antagonistisch formulierter Politiken beweisen). Mouffe schlägt ihrerseits für die Demokratie ein agonistisches Modell 'konflikthaften Konsenses' vor, das mit der disruptiven Dimension des Politischen umzugehen versucht, statt sie zu verleugnen" (Marchart 2010, 44).

Selbst wenn man sich nicht umstandslos dem Demokratieverständnis neo-schmittianischer Linker wie Mouffe anschließen will, so erhellt die aus dieser Sicht vorgebrachte Kritik dennoch eine Schwäche der Habermas'schen Konzeption. Demnach lässt sich konstatieren, dass im Habermas'schen Demokratieverständnis die genannten Momente des Konflikthaften, Pluralen und Kontingenten zwar nicht geleugnet, gleichwohl aber nicht systematisch in die Vorstellung der Entfaltung gesellschaftlicher Vernunft integriert werden; der „vernünftige Konsens" soll Interessens- und Wertkonflikte ja vielmehr zu einer einigenden, als wahrheitsfähig verstandenen Lösung führen. Darin liegt die Gefahr, einen eindimensional an (der Realisierung von) Konsens und Verständigung ausgerichteten Politik- und Kritikbegriff zu reproduzieren.

Auch der Vernunftbegriff wurde als verkürzt kritisiert. Im Vergleich zum Vernunftbegriff der älteren Kritischen Theorie, so zeigt Amy Allen, ist das bei Habermas unterlegte Verständnis weniger sensibel für die Verstrickungen der Vernunft mit Macht und Herrschaft (vgl. Allen 2012). Demgegenüber wird herausgearbeitet, dass sowohl die Bedingungen der Möglichkeit für den Eintritt in einen diskursiven Raum als auch die soziale und politische Praxis des Diskurses

selbst bereits von Macht durchdrungen und Ergebnis von (geschlechtsspezifischen) Herrschaftsverhältnissen ist (vgl. Allen 2012; Fraser 1994a). Macht und Herrschaft werden bei Habermas zwar nicht geleugnet, aber nicht als etwas der Vernunft möglicherweise *bereits innewohnendes* konzipiert, so der Vorwurf (vgl. Allen 2012).

Die genannten Kritikpunkte verweisen auf ein neues und in seiner Struktur anderes politisches Defizit als jenes, das der älteren Kritischen Theorie angelastet wird. Die Kritik an Habermas aufgreifend schreibt Simone Chambers:

> „Here we see the claim that Critical Theory has no politics to be the mirror image of the accusation leveled at first generation Critical Theorists. With Horkheimer and Adorno, the concern was that there was no clear emancipatory vision that could, at the very least, inspire us to action. Now the accusation is that any emancipatory vision is apolitical because it attempts to transcend politics itself, and in transcending politics it attempts to silence the deepest forms of pluralism, difference, and otherness" (Chambers 2014, 235f.).

Wurde der älteren Kritischen Theorie vorgeworfen, keine Emanzipationsvision darlegen zu können oder zu wollen, so wird nun der Vorwurf laut, dass eine apolitische Emanzipationsvision proklamiert wird. Die Zuschreibung „apolitisch" bezieht sich hier darauf, dass im Habermas'schen Deutungsmuster Kritischer Theorie – wie oben skizziert – aufgrund seiner Orientierung am konsensorientierten Vernunftmodell Pluralismus, Differenz und Anderssein transzendiert werde. Aus meiner Sicht ist diese Einschätzung insofern abzuschwächen, als zwar ein tendenziell (zu Gunsten von Verständigung und Konsens) vereinseitigtes Politikverständnis, aber kein durchweg apolitisches Verständnis von Politik und Demokratie zugrunde gelegt wird. In der Habermas'schen Problem- und Gegenstandskonstruktion ist die Tendenz enthalten, genuin politische Logiken nach einem Muster zu rekonstruieren, das vornehmlich an wissenschaftlichen Logiken geschult zu sein scheint.

1.5.4 Zum Verständnis des Wissenschafts-Politik-Verhältnisses: Kritik als Therapie

Wie bereits erläutert wurde, legt rekonstruktive Kritik eine stark rationalitätsorientierte Grundlage für die Praxis der Kritik an, will diese aber gleichzeitig nicht inhaltlich-substantiell bestimmen, sondern der gesellschaftlichen Verständigungspraxis überlassen. Dabei wurde schon gezeigt, dass rekonstruktive Kritik sich u.a. zur Aufgabe macht, die Bedingungen zu kritisieren, die eine gelingende gesellschaftliche Verständigungspraxis verhindern.

Celikates, der eine Arbeit zum Verhältnis von Kritiker_in und Adressat_in in der rekonstruktiven Kritik vorgelegt hat, formuliert vor diesem Hintergrund als Ziel rekonstruktiver Kritik, die sozialen Ursachen für eine Pathologie menschlicher Rationalität zu erkunden. In dieser Rolle versteht sich, so Celikates, rekonstruktive Kritik als Metakritik bzw. Kritik zweiter Ordnung (Celikates 2009, 184), weil sie darauf abzielt, überhaupt erst die Bedingungen (wieder) herzustellen, die es normalen Menschen ermöglicht, in ihrem Alltag selbst Kritik an (ungerechten, entfremdenden) Verhältnissen zu üben: „Sie ist 'Kritik der Kritik' im Sinne einer Analyse der sozialen Bedingungen der Möglichkeit von Kritik" (ebd.) und hat insofern auch eine bewusstmachende Funktion inne.

Allerdings, so führt Honneth (2007) aus, wird

> „[...] auf den ersten Blick gar nicht klar [...], warum die Motivierung kritischer Praxis derselben Rationalität zugemutet werden soll, die doch nach Auskunft der Theorie höchst deformiert ist – wie können die Autoren darauf vertrauen, das für die Umsetzung in Praxis notwendige Maß an rationaler Bereitschaft vorzufinden, wenn doch die gesellschaftlich praktizierte Vernunft entweder pathologisch vereinseitigt oder verzerrt sein soll?" (Honneth 2007, 51).

Honneth argumentiert, dass diese Deformation der Vernunft sich für die Individuen als Beeinträchtigung einer gelungenen Selbstverwirklichung zeigt – und sie nicht umhin können, darunter zu *leiden*. Mit diesem Leiden allerdings sei auch ein Wunsch nach Heilung verbunden – und darin sei ein latentes Interesse der Adressat_innen der Kritischen Theorie nach „rationalen Interpretationen" verborgen, „weil der Wunsch nach Emanzipation vom Leiden nur in der Wiedergewinnung einer unzerstörten Rationalität Erfüllung finden kann" (Honneth 2007, 54).

Das subjektiv erfahrbare bzw. objektiv zuschreibbare Leiden führt also, so Honneth, zu dem Wunsch nach einer Abschaffung von Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnissen – ebenso wie ein/e Patient_in sich seine/ihre Wiedergesundung wünscht. Axel Honneth (wie zuvor bereits Jürgen Habermas und daran anschließend Robin Celikates) setzt somit das Verhältnis von Kritischer Theorie und ihren Adressat_innen in ein Entsprechungsverhältnis zum Bild eines Verhältnisses zwischen Arzt/Ärzt_in oder Analytiker_in und ihren Patient_innen; gestützt wird dieses Bild dadurch, dass Honneth (2007) die Deformation von Vernunft und Rationalität nicht mehr in Begriffen wie instrumenteller Vernunft fasst, sondern vorrangig im eigentlich medizinischen Vokabular als Pathologien.

Das Leiden an dieser Pathologie ist es also, das nicht nur Ausdruck einer verzerrten oder beschädigten Vernunft ist, sondern gleichzeitig auch die Motivation zur Überwindung des Leidens, ergo, zur Abschaffung jener Verhältnisse in sich trägt, die zu einer Deformation gesellschaftlicher Vernunftfähigkeit beitragen.

Vor diesem Hintergrund konturiert Honneth auch das Theorie-Praxis-Verhältnis der Kritischen Theorie:

> „Es ist diese riskante Voraussetzung, die es nun erlaubt, eine andere Verbindung der Theorie zur Praxis herzustellen, als sie in den marxistischen Traditionen gegeben war: Die Anwälte der Kritischen Theorie teilen mit ihren Adressaten nicht einen Raum geteilter Zielsetzungen oder politischer Projekte, sondern einen Raum potentiell gemeinsamer Gründe, der die pathologische Gegenwart für die Möglichkeit einer Transformation durch rationale Einsicht offen hält" (Honneth 2007, 54).

Kritische Theorie muss, so Honneth, den Ausweis eines solchen „emanzipatorischen Interesses" (Habermas 1973) erbringen, der einen „unausrottbaren Kern an rationaler Ansprechbarkeit der Subjekte für die Belange der Kritik unterstellt" (Honneth 2007, 55).

Habermas hat bereits in „Erkenntnis und Interesse" (1973) die Grundlagen für eine solchermaßen gestaltete Konzeption des Theorie-Praxis-Verhältnisses der Kritischen Theorie analog zur Psychoanalyse (im Sinne eines Ärzt_in-Patient_innen-Verhältnisses) entwickelt. Wenngleich Habermas später selbst davon zugunsten seines kommunikationstheoretischen Modells Abstand genommen hat, wird dieses psychoanalytisch inspirierte Modell gegenwärtig u.a. von Robin Celikates (2009) in Anspruch genommen, um das Theorie-Praxis-Verständnis rekonstruktiver Kritik weiter auszubuchstabieren.

Robin Celikates führt dabei die Unterscheidung von Pathologien erster und zweiter Ordnung ein. Damit setzt er sich mit einem Problem auseinander, dem rekonstruktive Kritik ausgesetzt ist: Der von Honneth skizzierte Wunsch nach Heilung, der die Adressat_innen der Kritik mit der Kritik verbinden soll, setzt die Vorannahmen voraus, dass sich pathologisch äußernde Missstände vorliegen (Pathologien erster Ordnung). Dann ist aber noch nicht gesagt, dass diese Pathologien von den Betroffenen als solche überhaupt als überwindungsbedürftig gesehen oder verstanden werden – also gar kein Wunsch nach Heilung von jenen Pathologien besteht, die rekonstruktive Kritik entziffert. Celikates versucht, dies zu erklären und theoretisch in das Verständnis des Verhältnisses von Theorie und Praxis zu integrieren. Er argumentiert, dass bereits die *Fähigkeit zur Ausbildung und Ausübung von kritischen Praktiken* bei den Adressat_innen systematisch, das heißt auf der Ebene der sozialen Bedingungen strukturell blockiert wird. Dies verhindert, dass Pathologien erster Ordnung als solche überhaupt erkannt werden können. Celikates spricht hier von „Pathologien zweiter Ordnung": „Pathologien zweiter Ordnung verunmöglichen demnach, dass etwa Ungerechtigkeiten erster Ordnung überhaupt aufgedeckt, kritisiert und verändert werden können" (ebd., 169).

Unter anderem mit dieser Differenzierung von Pathologien in solche erster und zweiter Ordnung wird einem Problem begegnet, das sich hinsichtlich des Theorie-Praxis-Verhältnisses eröffnet: Geht rekonstruktive Kritik weiterhin, wie dies in der älteren Kritischen Theorie vertreten worden war, von einem totalen Verblendungszusammenhang aus, müssten die normalen Akteur_innen derart blind im Alltagshandeln verstrickt sein, dass sie zu einer kritischen Reflexion selbst nicht mehr fähig sind. Auch die kritischen Theoretiker_innen wären in diesem Fall isoliert und verfügten über ein elitäres Sonderwissen. Eine solche Position der Kritik wird als *externe* bzw. *starke* Kritik bezeichnet (vgl. Celikates 2009; Iser 2011). Folgt rekonstruktive Kritik also einer externen Position der Kritik, ist sie für Celikates mit dem „[...] Anspruch auf privilegierte Einsicht in das Funktionieren der Gesellschaft sowie die Interessen und Bedürfnisse der Betroffenen die Gefahr eines doppelten – epistemologischen und politischen – Paternalismus und Autoritarismus" verbunden (Celikates 2009, 162). Mit einer solchen Position würde zudem ihr Praxisanspruch unterlaufen: Wird weder das Selbstverständnis noch das Handlungsvermögen der gewöhnlichen Akteur_innen ernst genommen, kann die Kritik kaum erwarten, dass sie eine praktische Wirksamkeit entfalten kann. Wendet sich die rekonstruktive Kritik aus genannten Gründen jedoch von der externen zugunsten der *internen* bzw. *schwachen* Form der Kritik ab, so könnte sie sich in dem Bemühen, nicht über die Köpfe der Adressat_innen hinweg zu theoretisieren, lediglich an deren Selbstauskünften orientieren. Dann allerdings, so Celikates' Einwand, gelinge es der Kritik kaum, die übergreifenden Herrschaftsstrukturen zu entziffern und transformatorisch über diese hinauszuweisen (vgl. Celikates 2009; Honneth 2007; Iser 2011).

Rekonstruktive Kritik unternimmt vor diesem Hintergrund den Versuch eines Auswegs aus den „falschen Gegensätze[n]" (vgl. Iser 2011, 154). Dafür sind – zumindest in der Lesart von Celikates (2009) – vor allem drei Punkte ausschlaggebend: Rekonstruktion, die Unterscheidung von Pathologien erster und zweiter Ordnung und das dialogische Prinzip. Wie bereits erläutert wurde, zielt das der rekonstruktiven Kritik zugrundeliegende Kritikverfahren (Rekonstruktion) dem Selbstverständnis nach darauf, normative Maßstäbe der Kritik gerade nicht von außen an die Adressat_innen heranzutragen. Vielmehr versucht rekonstruktive Kritik, diese Maßstäbe „[...] aus den [...] normativen Strukturen der für einen bestimmten sozialen Zusammenhang konstitutiven Praktiken zu entwickeln – genauer: aus den mit diesen Praktiken verbundenen Normen, Werten, Selbstverständnissen, Erwartungen und Institutionen" (Celikates 2009, 187).

Rekonstruktive Kritik tritt so den Nachweis praktischer Widersprüche an und versucht, bei den Akteur_innen darüber eine kritische Reflexion anzustoßen,

die als Voraussetzung für eine transformatorische Praxis gilt. Des Weiteren hat Celikates (2009) die bereits oben eingeführte konzeptionelle Differenzierung von Pathologien erster und zweiter Ordnung vorgeschlagen sowie die Stellung der Adressat_innen der Kritik neu gefasst: Demnach wird normalen Akteur_innen zwar prinzipiell die *Fähigkeit* zur kritischen Selbstreflexion zugesprochen, es wird aber davon ausgegangen, dass sie an der *Aktualisierung* der kritischen Selbstreflexion gehindert werden. Damit wird konzeptionell und methodologisch von einem Kerngehalt der traditionellen Ideologiekritik Abschied genommen, wonach Ideologie notwendig falsches Bewusstsein ist und damit grundsätzlich kritisches Reflexionsvermögen verunmöglicht ist. Rekonstruktive Kritik verpflichtet sich demgegenüber einem dialogischen Prinzip (vgl. Celikates 2009), denn sie ist darauf angewiesen, dass sich die Akteur_innen die von den kritischen Theoretiker_innen vorgebrachten „Vorschläge zur Interpretation, Erklärung und Kritik der sozialen Bedingungen, unter denen sie leben" (ebd., 217), auch selbst aneignen: „Sie selbst müssen einsehen, dass bestimmte soziale Bedingungen für sie inakzeptabel sind" (ebd.).

An anderer Stelle hat Hans-Joachim Giegel (2000) das therapeutische Kritik-Modell kritisch diskutiert. Im Kern des Verhältnisses zwischen Kritischer Theorie und ihren Adressat_innen steht die Gewährleistung einer reflexiven Erkenntnis und der durch sie geförderten emanzipatorischen Praxis (vgl. Giegel 2000). Hans-Joachim Giegel benennt vier spezifische Struktureigenschaften dieses Modells, wie es in „Erkenntnis und Interesse" von Jürgen Habermas entwickelt worden ist:

> „(1) Normative Dimension: Die von der Psychoanalyse vorgenommene Beschreibung eines Bildungsprozesses wird auf einen normativen Standard mit einer starken Geltungsbasis, genauer: auf die normative Differenz von pathologisch und nichtpathologisch bezogen.
> (2) Diagnostische Dimension: Die kritische Analyse ist Diagnose einer problematischen, pathologischen Entwicklung.
> (3) Praktische Dimension: Sie ist gleichzeitig Analyse der Realisierungsmöglichkeiten einer Alternative des Bildungsprozesses.
> (4) Aktivierungsdimension: Sie ist beteiligt an der Aktivierung einer praktischen Veränderung – durch Vermittlung des diagnostischen Wissens" (Giegel 2000, 43).

Diese vier Struktureigenschaften charakterisieren eben jenes Modell einer aufklärend-emanzipatorischen Wissenschaft, das Habermas im Sinn hatte. Allerdings meldet Giegel Zweifel an der Übertragbarkeit eines therapeutischen Modells auf das Feld der Gesellschaftswissenschaften und ihrem Verhältnis zur Politik an. Bezüglich der diagnostischen Dimension verweist er auf die *Unsicherheiten der Zeitdiagnose*; aus Giegels Sicht gibt es nicht den einen, absolut zentralen Prob-

lemkern, auf den *alle* gesellschaftlichen Probleme zurückgeführt werden können. Kritische Theorie kann so zwar beanspruchen, eine möglichst komplexe Theorie von Gesellschaft vorzulegen; angesichts der Konkurrenz von wissenschaftlichen Beschreibungen der Moderne allerdings kann aber nicht davon ausgegangen werden, dass die Kritische Theorie die einzige Theorie ist, die keine blinde Flecken hat. Die im therapeutischen Modell beanspruchte Sonderstellung kann auch deshalb nicht aufrechterhalten werden, weil sich nicht begründen lässt, wie Kritische Theorie (im Gegensatz zu ihren Adressat_innen) aus dem Erkenntnis blockierenden Problemzusammenhang herauszutreten in der Lage ist. Dies gilt umso mehr, so Giegel, als auch die Adressat_innen nicht per se daran gehindert sind, gesellschaftliche Probleme auch *als Probleme* zu erfahren.

Neben der diagnostischen Unsicherheit verweist Giegel auf die *praktische Unsicherheit*: „Erstens wissen wir nicht, welche genauen Wirkungen ein stark verändertes institutionelles Arrangement, wenn es realisiert werden könnte, erzeugen würde. Zweitens aber besteht Unsicherheit insbesondere hinsichtlich des Prozesses der Transformation selber" (Giegel 2000, 51). Das heißt, problematisiert wird, dass das therapeutische Modell einer emanzipatorischen Wissenschaft die Risikobehaftung und Lückenhaftigkeit unterschätzt, mit der ausgelöste Therapieeffekte eingeschätzt werden sollen. Dies geht zusammen mit einer faktischen *Distanz von Wissenschaft und Lebenspraxis*, die nicht dem im therapeutischen Modell unterstellten unmittelbaren Bildungsprozess der Adressat_innen entspricht. Giegel verweist hier auf die Grenzen der Wissenschaft bzw. Theoriebildung: Zwar kann Wissenschaft verschiedene (alternative) Optionen aufzeigen; unmittelbar auf eine bestimmte Praxis hinwirken kann sie aber nicht – und noch weniger kann sie die volle und nötige Verantwortung im politischen und sozialen Wandlungsprozess übernehmen. Giegel argumentiert, dass ein Arzt sehr wohl über Ausbildung und Kompetenzen verfügt, möglicherweise z.B. im Laufe einer Operation auftretende Risiken und Probleme einzuschätzen und eindämmend darauf reagieren zu können. Dies kann aber nicht auf einen gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozess übertragen werden; nicht allein die Wissenschaft, sondern die politischen Akteur_innen (in einer Demokratie) sind es aus seiner Sicht, die ganz konkret die Praxis anleiten und dafür auch Verantwortung übernehmen müssen. Aus demokratiepolitischer Sicht heißt das, so ließe sich resümieren, dass der therapeutische Ansatz rekonstruktiver Kritik das eingangs skizzierte Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Demokratie unterschätzt. Daraus aber erwächst die Gefahr eines politischen Paternalismus.

Über Giegel hinausgehend ließe sich die Spannung zwischen Wissenschaft und Demokratie wie Lebenspraxis allerdings auch anders deuten. Bei den Ansätzen

rekonstruktiver Kritik handelt es sich (wie bei den meisten anderen kritischen Theorien auch) um einen hoch elaborierten und spezialisierten Diskurs im Bereich der (Moral-)Philosophie und Sozialtheorie. Das heißt, der Abstraktionsgrad und die Komplexität der Materie sind nicht so weit verstehensfähig, dass tatsächlich unmittelbar an die Alltagspraktiken und Erfahrungen der Akteur_innen im sozialen Leben bzw. von konkreten sozialen Bewegungen angeschlossen werden kann. Dies diskreditiert nicht notwendig die mit dieser Kritik verbundenen Reflexionen – stellt aber durchaus eine demokratiepolitische Herausforderung dar (vgl. dazu Jörke 2006). Dies gilt umso mehr, als rekonstruktive Kritik zumindest dem Selbstverständnis nach dialogisch angelegt ist, das heißt hier konkret: die erarbeiteten Theoreme den Adressat_innen zur Prüfung überantworten will. Auch hier also kann nicht Wissenschaft und Theorie die einzige Instanz für eine gesellschaftsverändernde politische Praxis sein. Giegel (2000) etwa argumentiert, dass eine realistische Einschätzung der Kritischen Theorie sich auf ein anderes Verständnis der Rolle Kritischer Theorie stützen muss, als dies noch in „Erkenntnis und Interesse" angelegt ist:

> „Sie operiert nicht in der Rolle des Analytikers, auch nicht in der Rolle des Ratgebers, sondern eher in der des Mitakteurs, der zwar nicht genau wissen kann, welche gesellschaftlichen Handlungsspielräume und Akteurskapazitäten zur Verfügung stehen, aber durch hartnäckige Explikation und Kommunikation von tiefer liegenden, an normative Einsichten anschließende Einstellungen und Interventionen vielleicht andere Akteure 'verführt', in eine ähnliche Richtung zu denken. [...] Aus dieser eigentümlichen Lage heraus, in der sich die Kritische Theorie befindet, könnte sich vieles von dem, was sie zu wissen glaubt, als nicht realistisch erweisen und dennoch sich gleichzeitig manches in ihrem Sinn realisieren, ohne daß die Natur dieses Prozesses wissenschaftlich genügend aufgehellt wäre" (Giegel 2000, 68f).

Giegel betont in seiner Einschätzung der Rolle der Kritischen Theorie also vor allem die Grenzen und Unsicherheiten, die auch für die Gesellschaftskritik in Anschlag gebracht werden müssen – und kommt zu einer pragmatischen Re-Konzipierung von Kritischer Theorie, die sich nunmehr vorrangig als Mitakteurin im (politischen) Willensbildungsprozess begreifen muss. Bei der Lektüre etwa von Celikates (2009) drängt sich allerdings eine andere Lesart auf. Hier scheint der/die kritische Theoretiker_in nicht in der gleichen Art der gewöhnlichen Welt angehörig wie die Adressat_innen der Theorie. Dies hat u.a. den Effekt, dass die Seite der Kritiker_innen von den Reflexionen auf die sozialen Bedingungen der Möglichkeit von Kritik ausgeschlossen bleibt. Ebenso bleibt unklar, ob und inwieweit der/die Kritiker_in das Leiden, über das er/sie aufklären will, selbst teilt, das heißt: ob er/sie selbst Betroffene_r ist und welche Implikationen dies sowie ganz generell die materielle, soziale, räumliche und geschlechtliche

Situierung des Subjekts für dessen Bedingungen zum Zugang zu Kritik hat. Die Ausblendung der Kritiker_innen aus der Frage nach den Pathologien im Zusammenhang mit dem Anspruch, objektives, quasi-metaphysisches Wissen generieren zu können, offenbart ein entscheidendes Reflexionsdefizit über die eigene Positionierung als Kritiker_in im Sinne von Subjektivierungsweisen, aber auch materialen Ermöglichungs- und Produktionsverhältnissen.

1.6 Kritik und Politik in der Kritischen Theorie

Gegenstand der in diesem Kapitel vorgenommenen Untersuchung waren die Kritikkonzeptionen der Kritischen Theorie und die jeweils darin enthaltenen politischen Implikationen. Anhand des in Teil B entwickelten Analyserasters konnte die Kritische Theorie in ihrem Wandel, das heißt auch in ihren Brüchen und Veränderungen in den Blick genommen werden. Es wurden drei Kritikkonzeptionen entziffert, innerhalb derer auf je spezifische Weise politisch Bezug auf eine veränderte historische Erfahrungsstruktur genommen wird. Zunächst noch eng in den Koordinaten der marxistischen Theorie wurde Kritik als eine Form der Aufklärung begriffen. Kritische Theorie wird hier als politische Tätigkeit ausgewiesen, die immer vor der politischen Verantwortung steht, die Verhältnisse, auf die sie sich bezieht und von denen sie selbst Teil ist, entweder zu stabilisieren oder zu ihrer radikalen Veränderung beizutragen. Der besondere Zugriff Kritischer Theorie liegt also darin, sowohl ihren Gegenstand konsequent als gesellschaftlich und somit veränderbar wahrzunehmen, als auch sich selbst und die spezifische Art und Weise, wie Theorie ihren Gegenstand (mit-)konstruiert und konstituiert, als gesellschaftlich geprägt und als Form von Arbeit auszuweisen. Bereits in den späten 1930er Jahren machen sich bei Max Horkheimer allerdings Zweifel am bis *dato* in der marxistischen Theorie tradierten Verhältnis von Wissenschaft und Politik bzw. Theorie und Praxis breit. Kritische Theorie steht hier für eine relative Entkopplung von Theorie und Praxis, die auf den Verlust der Arbeiter_innenbewegung als revolutionärem Subjekt bzw. Adressat_in der Theorie reflektiert.

Radikalisiert wird diese Einschätzung im Kontext der von Horkheimer und Adorno verfassten „Dialektik der Aufklärung". Kritik erscheint nun vorrangig als eine Kritik der Aufklärung und der mit ihr verbundenen instrumentellen Vernunft. Da Horkheimer und Adorno selbst noch die Grundlagen, Begriffe und Prämissen der Kritik beschädigt sehen, wird Kritik auf Negation und radikale (Selbst-)Reflexion umgestellt. Die instrumentell verkürzte Aufklärung scheint ihnen totalitär geworden; der Kritik bleibt nunmehr die Aufgabe, diesen Um-

schlag von Befreiung in Herrschaft aufzuzeigen und sich der damit verbundenen Verfügungsgewalt zu verweigern. Gleichzeitig jedoch kann die Kritik nicht mehr hoffen, auf Resonanzboden zu fallen; die Potentiale für widerständiges politisches Handeln scheinen Horkheimer und Adorno grundsätzlich verstellt. Einsamkeit und Distanz werden Orientierungspunkte für den/die kritischen Intellektuellen; daneben gilt es aber auch eine Wahrheitspolitik zu etablieren, die auf die Herstellung eben jener Grundlagen zielt, die die Bedingungen der Möglichkeit darstellen, dass wieder Subjekte kritischen Verhaltens ausgebildet werden können.

Festzuhalten bleibt zunächst, dass im Reden über das vermeintliche politische Defizit der älteren Kritischen Theorie häufig verschiedene Motive zum Urteil über deren Praxis- bzw. Politikferne kurzgeschlossen werden, die es jedoch zu differenzieren gilt: die aporetische Struktur der Kritik und das negative Kritikverfahren (die eher auf einer methodischen Ebene angelegt sind), der kritische (theoretische) Pessimismus und die theoriesystematische Hermetik im Sinne des Ausblendens von Widerstands- und Befreiungspotential (die eher auf der Ebene der gesellschaftstheoretischen Problem- und Gegenstandskonstruktion angelegt sind) sowie die relative Entkopplung von Theorie und Praxis und die Politik der Distanznahme der kritischen Subjekte (die auf der Ebene des Verständnisses des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik angelegt ist).

Unzweifelhaft stehen die Autoren der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule realpolitischen Prozessen distanziert gegenüber. Insbesondere Adorno verteidigt überdies vehement nicht nur die Relevanz von Theorie gegenüber der Praxis (wiewohl er Theorie selbst als eine Form der hinausführenden Praxis begreift); er verweigert auch jedwede unmittelbare politische Indienstnahme oder praktische Anwendung von Theorie. Damit bringen sich die Vertreter der Kritischen Theorie in eine distanzierte Haltung selbst noch den systemoppositionellen Protestbewegungen von 1968 gegenüber. Unzweifelhaft sind Defizite auch auf der Ebene einer Theorie der Politik im engeren Sinne zu erkennen. Relativiert wird diese Einschätzung allerdings, wenn man die enthaltenen Theoretisierungen von Herrschaft in einem weiten Sinn von Politik und im Kontext eines kritischen Verständnisses von Politikwissenschaft als Gegenstand politischer Theorie begreift. Insgesamt jedoch, so zeigen meine Befunde, ist die Einschätzung, dass die ältere Kritische Theorie ein politisches Defizit aufweist, nicht aufrecht zu erhalten. Auf der Ebene der Kritikkonzeptionen lässt sich ein politischer Gehalt entziffern, der Kritik als eine Form politischer Tätigkeit ausweist, die über die gegebenen Verhältnisse hinausführt und auf die Realisierung eines allgemein Vernünftigen drängt. Die aporetische Kritikstruktur und die Negation, der kritische Pessimismus und die suggestive Geschlossenheit der Analyse sowie

die Politik der Distanznahme können als Formen eines politischen Verhaltens verstanden werden:

a) Die dezidierte, relative Entkopplung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik und die Selbstisolierung als kritische Subjekte von der gesellschaftlichen Praxis können nicht *per se* als unpolitisch bzw. entpolitisierend gedeutet werden. Im Fall der älteren Kritischen Theorie stellen die beiden Konzepte vielmehr eine spezifische Form von Politik dar, die ich in Anlehnung an Chambers (2004) als Politik der engagierten Distanznahme bezeichne. Die von Horkheimer und Adorno vertretene Position ist selbst eine politische Reaktion auf die herrschenden Verhältnisse wie auch auf die Verstrickungen kritischen Denkens in diese.

b) Die Feststellung, dass Elemente eines „kritischen Pessimismus" (Brick/Postone 1982) zum Denken der älteren Kritischen Theorie gehören, muss in meinen Augen ergänzt werden, weil Horkheimer und Adorno diesem theoretischen Pessimismus einen praktischen Optimismus an die Seite stellten. Dieser lässt sich daran ablesen, dass selbst noch die „Dialektik der Aufklärung" von der erklärten Hoffnung auf Verwirklichung einer nicht-instrumentellen Vernunft getragen ist. Der praktische Optimismus von Horkheimer und Adorno schlägt sich auch als spezifische Politik des Intellektuellen bzw. Wahrheitspolitik nieder, die sie im Umfeld des Instituts für Sozialforschung entfalteten – und das konkret und praktisch auf die Wiederherstellung jener Bedingungen gerichtet war, die die Ausbildung eines kritischen Verhaltens ermöglichen sollen.

c) Die Feststellung, dass die Kritik von Horkheimer und Adorno spätestens mit der „Dialektik der Aufklärung" rein negativ verfährt und so das kritische Denken auch gegen sich selbst, auf die eigenen Grundlagen wendet, impliziert nicht *per se*, dass damit der Kritik die Grundlage genommen ist oder sie ihren praktischen Bezug kappt. Horkheimer und Adorno wählen angesichts der zeitgeschichtlichen Konstellationen und angesichts der Schwierigkeit, das selbst kritisches Denken sich der Zustimmung zu den Verhältnissen schuldig machen kann, eine bewusst aporetische Position: Negation als Kritik verweigert sich zwar einem konstruktiven Zugang im Sinne eines Aufzeigens von konkreten alternativen Handlungsmöglichkeiten oder explizit ausgewiesenen Politikstrategien. Aber Negation richtet sich zugleich auf das Öffnen von Möglichkeiten; in dem Sinn, dass sie eine Logik des Nicht-Identischen evoziert.

d) Die „Dialektik der Aufklärung" weist angesichts der Diagnose einer totalitär gewordenen Aufklärung eine innere Hermetik auf, die für Brüche und Risse in dieser Totalität blind ist. Welche politischen Implikationen birgt diese Feststellung? *Zum einen* hat sich gezeigt, dass diese innere Hermetik in einem performativen Sinn die Wirkkraft der Kritik befördern kann. Gerade die Unver-

söhnlichkeit, Sperrigkeit und negative Radikalität der älteren Kritischen Theorie übte eine politische Anziehungskraft für die Neuen sozialen Bewegungen und die Neue Linke aus. Trotz aller Turbulenzen im Verhältnis zwischen Vertreter_innen der Kritischen Theorie und der Neuen Linken kann die ältere Kritische Theorie zu den geistigen Vätern der Neuen sozialen Bewegungen und damit zu den historisch wichtigsten demokratischen Erneuerungsbewegungen der Bundesrepublik gezählt werden. Kritische Theorie, so bleibt zu resümieren, ist in diesem Sinne also gegen jede Verweigerung der Idee, Theorie könne unmittelbar praktisch werden, eben doch praktisch-politisch wirksam geworden. *Zum anderen* aber ist theoriesystematisch eine Blindstelle bzw. Grenze in der Theoretisierung von *Emanzipationspotentialen* angelegt. Zwar geht es den Autoren um die Rettung der Vernunft und darum, einen positiven Begriff wieder vorzubereiten – auf der Ebene der gesellschaftstheoretischen Analyse jedoch sehen sie keine Bezugspunkte und Potentiale für Widerstand oder Risse, an denen sich emanzipatorische Praxis entfalten könnte.

Die spezifischen Kritikkonzeptionen der älteren Kritischen Theorie beinhalten, wie Horkheimer und Adorno immer wieder betonten, einen Zeitkern der Wahrheit. Das heißt, die konkreten Formen, Inhalte und Grundlagen von Kritik müssen immer wieder neu angeeignet und im Kontext der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse neu ausgerichtet werden.

Dies schließt auch nicht aus, dass es bei Kritiker_innen divergierende Einschätzungen über die gegebenen Verhältnisse gibt. Horkheimer und Adorno sehen „die Prognose des [...] Umschlags von Aufklärung in Positivismus“ auch Ende der 1960er Jahre noch als bestätigt (vgl. Horkheimer/Adorno 1969/1997, X). Für Jürgen Habermas indessen ist der Weg, den Horkheimer und Adorno mit der „Dialektik der Aufklärung“ beschritten haben, eine Sackgasse; ein Weg, der mit den Traditionen der Gesellschaftskritik bricht statt sie fortzuführen. Habermas beginnt vor diesem Hintergrund in den 1960er Jahren ein Projekt, das der Gesellschaftskritik ihre Grundlagen sichern und sie der Verteidigung der Moderne (statt ihrer radikalen Kritik) zurückführen soll. In der Kritikkonzeption schlägt sich diese Neuaneignung der Kritischen Theorie in Form des Wechsels von der Logik der „Dialektik der Aufklärung“ zur Logik der Rekonstruktion nieder (vgl. Benhabib 1982).

Zu den wichtigsten Veränderungen, die rekonstruktive Kritik gegenüber den Kritikkonzeptionen der älteren Kritischen Theorie vornimmt, gehören auf der Ebene der Methode der Kritik die Absage an den offenen, bewusst aporetischen Reflexionsmodus zugunsten der Suche nach einem festen Fundament im Sinne

stabiler normativer Kriterien als Maßstab der Kritik und die Verlagerung von einem substanziellen zu einem nunmehr nur noch prozeduralen Kritikverständnis. Eng damit verbunden ist die Rückkehr zu einem objektivistischen Wahrheits- und Rationalitätsverständnis, das nunmehr übergesellschaftlich und losgelöst von historischen Erfahrungszusammenhängen in einem kulturell invarianten System verortet wird. Während die ältere Kritische Theorie auf dieser Ebene Wissenschaft und Kritik dezidiert als politische Tätigkeit ausgegeben hat, die als solche auch mit den herrschenden wissenschaftlichen Paradigmen bricht, liegt eine Pointe des rekonstruktiven Ansatzes darin, kritische Theoriebildung nach wissenschaftlichen Maßstäben gut zu begründen. Aufgegeben wird nicht die von Horkheimer und Adorno vertretene Auffassung, dass allein die Kritische Theorie die Gestalt ist, in der überhaupt noch emanzipatorische Praxis stattfinden kann. Eher wird der unterstellte Sonderstatus des von Kritischer Theorie produzierten Wissens qua rekonstruktivem Ansatzes und des damit behaupteten wissenschaftlichem Objektivitätsanspruchs noch verfestigt und immunisiert sich letztlich damit auch gegen Kritik. Rekonstruktive Kritik scheint damit auf der Ebene der Methode der Kritik ein Stück hinter die dezidiert politische Positionierung der älteren Kritischen Theorie zurückzutreten. Während hier also der politische Charakter von Kritik eher schwächer ausgewiesen wird, werden die Bezugnahmen auf Politik und Demokratie auf der Ebene der Problem- und Gegenstandskonstruktion maßgeblich gestärkt.

Auf der Ebene der Problem- und Gegenstandskonstruktion zeichnet sich rekonstruktive Kritik – vor allem in der Version von Jürgen Habermas – zunächst einmal durch eine Orientierung auf (deliberative) Demokratie im Sinne der Verwirklichung von Vernunft und somit als Bezugspunkt von Kritik aus. Habermas unterstellt der Moderne das Vorhandensein einer kommunikativen Vernunft und rekonstruiert diese unter der Frage nach den Ermöglichungsbedingungen im Kontext einer Theorie demokratischer Verfahren und rechtsstaatlicher Institutionen. Kritik wird auf eine Kritik der Blockaden und Hemmnisse von Demokratie und herrschaftsfreien Verständigungsverhältnissen verpflichtet. Hinsichtlich der Kritikkonzeption lässt sich dies als Versuch lesen, die zumindest auf der gesellschaftsanalytischen Ebene gekappte befreiungstheoretische Dimension wieder systematisch zu verankern. Die Rekonstruktion der Bezugnahme auf Vernunft geht mit der Integration von Politik und Demokratie als zentrale Bezugspunkte theoretischer Überlegungen einher und lässt hier das politische Defizit, das die ältere Kritische Theorie an dieser Stelle aufweist, hinter sich. Einerseits vollzieht Habermas mit seiner Umstellung im Vernunft- und Rationalitätsbezug kritischer Theoriebildung also zweifellos die Rückkehr zu der abgebrochen geglaubten

Perspektive kritischer Theoriebildung, die auch in der Moderne noch Vernunftpotentiale entziffern kann. Andererseits sieht sich aber die Art und Weise, wie Kritik, Demokratie und (Diskurs-)Praxis bei Habermas konkret ausbuchstabiert und in einen Zusammenhang gesetzt werden, dem Vorwurf ausgesetzt, das Politische „verschwinden" zu lassen bzw. gar eine apolitische Emanzipationsvision zu liefern. Dieser Vorwurf wird aus einer Perspektive formuliert, die Kritik daran übt, dass Habermas Verständigung und Konsens als zentrale Momente von Demokratie begreift und die Konflikthaftigkeit und Pluralität von Demokratien sowie die Kontingenz politischer Entscheidungen wenn nicht leugnet, so doch zumindest nicht systematisch in die Vorstellung von Demokratie einbezieht. In meinen Augen ist die Habermas'sche Kritikkonzeption hier nicht als apolitisch zu deuten; allerdings halte ich die genannte Kritik für dahingehend in die richtige Richtung weisend, als dass mit einem tendenziell einseitigen bzw. verkürzten Politikverständnis operiert wird. Das bedeutet im Einzelnen: a) Das aus der Diskursethik stammende Diskursprinzip und das damit assoziierte Ideal einer wissenschaftlichen Gelehrtenpraxis wird auf den Bereich der Politik und der Demokratie angewandt. Dies impliziert, dass die Logik politischer Auseinandersetzungen nach der Logik wissenschaftlicher Argumentationspraxis (re-)konstruiert wird. Mit der Übertragung des Diskurs- auf das Demokratieprinzip ist bei Habermas b) die Implikation verbunden, dass die Legitimität politisches Handelns und demokratischer Prozesse vorrangig aus der Perspektive ihrer Wahrheitsfähigkeit, (argumentationslogischen) Richtigkeit bzw. Rationalität beurteilt wird. Hier scheinen jene Aspekte ausgeblendet zu werden, die sich auf den Entscheidungscharakter von Politik beziehen und von widerstreitenden, nicht durch *eine* richtige Lösung beilegbaren Interessenskonflikten ausgehen. Und c) scheinen mir die Hinweise plausibel, dass der Vernunftbegriff bzw. die Vorstellung der Entfaltung gesellschaftlicher Vernunft im Modus des herrschaftsfreien Diskurses blind zu werden droht für die Macht- und Herrschaftsmomente, die bereits beim Eintritt in eine gesellschaftliche Verständigungspraxis wirken (s.o.). Diese drei Aspekte habe ich resümierend als neues und in seiner Struktur anderes politisches Defizit beschrieben, als jenes, das auf dieser Ebene der älteren Kritischen Theorie vorgeworfen wird. Nicht die Ausblendung von Politik und politischem Handeln, sondern die explizite Thematisierung von Demokratie, bei der aber genuin politische Logiken entlang wissenschaftlicher Wahrheits- und Rationalitätskriterien (re-)konstruiert werden, wäre demnach als politisches Defizit der Kritischen Theorie zu formulieren. Hinsichtlich der politischen Implikationen der unterlegten Problem- und Gegenstandskonstruktion mündet die rekonstruktive Kritik in der Habermas'sche Version in eine Lage, bei der sich

widersprüchliche Momente verschränken: Der Stärkung emanzipationstheoretischer Aspekte in Form einer ausdifferenzierten Demokratie- und Rechtstheorie im Rahmen der Entzifferung gesellschaftlicher Vernunftpotentiale steht ein Ideal von Demokratie und dem politischen Prozess gegenüber, das jene Momente des Politischen zu unterschätzen droht, die sich als gesellschaftliche Antagonismen, Differenz und Pluralität zeigen.

Hinsichtlich des Theorie-Praxis-Verhältnisses habe ich herausgearbeitet, dass rekonstruktive Kritik die „normalen Akteure" in die Lage versetzen will, an der gesellschaftlichen Selbstverständigung teilzunehmen. Die Intention, die Praxis der Kritik mit der Praxis gesellschaftlicher Selbstverständigung zu verknüpfen sowie kritische Reflexionsprozesse anzuleiten, soll die Selbstisolierung, in der sich die Vertreter der älteren Kritischen Theorie sahen, überwinden. Besonders zu würdigen ist dabei, dass die Re-Formulierung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik bzw. Praxis hier mit dem Ansinnen der Vermeidung von Paternalismus und Autoritarismus der Theorie gegenüber ihren Adressat_innen verknüpft wird. Das dialogische Verständnis, das der rekonstruktiven Kritik zu Grunde liegt, basiert auf der Vorstellung, dass die Gültigkeit der Theorie von der Zustimmung der Adressat_innen abhängt. Zwar werden jeweils die grundsätzlich Betroffenen durch Reflexions- und Argumentationspraxis zur Instanz von Kritik. Gleichwohl ist die Vorstellung einer Zustimmung der Adressat_innen hier weniger von einem Bild politischer (Willensbildungs-)Prozesse geprägt, sondern wird vielmehr szientistisch-verobjektivierend in Begriffen der Richtigkeit der Kritik gedacht und so gewissermaßen mit einer kognitivistischen Rationalitätserwartung verknüpft: nämlich dass die Adressat_innen *einsehen*. Letztlich scheint mir hier – deutlich auch am Bild von Arzt/Ärzt_in und Patient_in – eine grundsätzlich asymmetrische Struktur im Verhältnis zwischen kritischen Theoretiker_innen und Adressat_innen beibehalten zu werden: Das heißt, es wird zwar die Möglichkeit in Betracht gezogen, dass die Adressat_innen der Theorie nicht zustimmen (können), weil die Theorie eine *falsche* Beschreibung der gesellschaftlichen Wirklichkeit liefert und somit selbst überarbeitungsbedürftig ist. Eine Nicht-Zustimmung der Adressat_innen zu der von einzelnen Kritiker_innen hervorgebrachten Weltsicht erscheint daneben aber vorrangig als Effekt von Blockaden oder Pathologien – Pathologien, bei denen unklar bleibt, ob und inwieweit der/die Theoretiker_in davon selbst auch betroffen ist.

Resümierend lässt sich also sagen, dass mit Blick auf die Kritikkonzeption der Kritischen Theorie sowohl die Rede vom *Vorhandensein* eines politischen Defizits der älteren Kritischen Theorie als auch die Rede von der *Aufhebung* eines politi-

schen Defizits durch die neuere Kritische Theorie in Gestalt der rekonstruktiven Kritik in dieser Form nicht aufrechterhalten werden kann. In der bisherigen Untersuchung konnte gezeigt werden, dass sich sowohl in der älteren als auch in der neueren Kritischen Theorie unterschiedliche Dimensionen des politischen Gehalts von Kritik finden lassen, die sich selbst *innerhalb* einer Kritikkonzeption auf widersprüchliche Weise verzahnen können. Sowohl in der älteren wie auch in der neueren Kritischen Theorie (hier untersucht anhand der rekonstruktiven Kritik) lassen sich Momente entziffern, die Kritik als politische, mithin demokratische Praxis charakterisieren; aber es lassen sich in einzelnen Aspekten auch Schwächen entziffern, die auf jeweils einer konkreten Analyseebene als politisches Defizit beschreibbar sind.

Da die verschiedenen Kritikkonzeptionen auf den hier untersuchten Ebenen je unterschiedliche Potentiale und Probleme hinsichtlich der Frage nach Kritik als demokratischer Praxis bergen, scheint es also wenig zielführend, ältere und/oder neuere Ansätze Kritischer Theorie *per se und in Gänze* dem Vorwurf auszusetzen, unpolitisch zu sein bzw. ein politisches Defizit aufzuweisen. Umso mehr erscheint die in der Rezeption häufig vorgenommene Frontstellung, *entweder* an der älteren *oder* an der neueren Kritischen Theorie ansetzen zu müssen oder zu können, als falsche Alternative. Um aus dieser falschen Alternative herauszutreten und die Perspektive weiter zu öffnen, lohnt der Blick auf die Kritikkonzeptionen der feministischen Theorie und deren spezifische Lösungen für die Positionierung von Kritik im Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik.

2. Kritik und Politik in der feministischen Theorie

2.1 Einführung

2.1.1 Vom Primat des Politischen zur Entpolitisierung feministischer Kritik?

Feministische Wissenschaft ist im deutschsprachigen Raum im Kontext der Neuen Frauenbewegung entstanden und von einem genuin politischen Impuls der Herrschaftsabsage getragen (vgl. Hark 2001a). Sowohl die patriarchale Gesellschaft als auch die männliche Wissenschaft sollten radikal verändert werden. Seit ihren Anfängen in den 1970er Jahren hat sich feministische Wissenschaft zu einem wichtigen Studien-, Forschungs- und Theoriefeld entwickelt, das von heterogenen Theorieeinflüssen sowie widersprüchlichen gesellschaftlichen Erfahrungen durchzogen ist. Über die Geschichte einer sich in den Akademien etablierenden feministischen Theoriebildung – über den bloßen Tatbestand also,

dass es sie überhaupt gibt – kann man sich dabei, wie Cornelia Klinger 1990 schreibt (vgl. auch Hark 2001a), allerdings „gar nicht genug wundern":

> „Denn wie weit auch die Vorstellungen und Zielsetzungen, die wir als feministisch bezeichnen, auseinander gehen mögen, auf jeden Fall klar ist doch, daß wir es mit einer Sozialbewegung zu tun haben, einer Bewegung also, die dadurch definiert ist, auf die praktische Veränderung rechtlicher, ökonomischer, politischer, kurzum im umfassendsten Sinne gesellschaftlicher Verhältnisse zugunsten von Frauen zu zielen. Das ist das Grundverständnis von Frauenbewegung und insofern wir Feminismus als den theoretischen Aspekt dieser Bewegung ansehen können, ist und bleibt er darauf bezogen und verpflichtet; d.h. Feminismus ist *politische* Theorie und stellt die Frage nach den gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Daß Feminismus als Gesellschaftskritik und Gesellschaftstheorie gleichzeitig und darüber hinaus auch Erkenntnis- und Wissenschaftskritik und [...] sogar eine eigenständige Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie entwickelt [...] und somit neben der Frage nach den Machtverhältnissen auch die Frage nach den 'Denkverhältnissen' stellt, das ist keineswegs selbstverständlich" (Klinger 1990, 21).

Es lohnt sich, diese Ausführungen so ausführlich zu zitieren, weil darin zentrale Aspekte betont werden, die den genuin politischen Charakter feministischer Wissenschaft ausmachen und wesentlich für feministische Kritikkonzeptionen sind. Diese verschiedenen Dimensionen betreffen:

a) die wechselseitige Bezogenheit von Politik – hier in Form der Neuen Frauenbewegung – und Wissenschaft – hier in Form feministischer Theoriebildung;
b) die enge Verkopplung von Geschlechter- und Gesellschaftskritik mit dem Ziel einer umfassenden Veränderung der Gesellschaft und damit die Verpflichtung von feministischer Theorie auf einen radikal herrschaftskritischen, politischen Impetus, der auf die Umgestaltung von gesellschaftlichen Strukturen, Praktiken und symbolischen Ordnungen bezogen ist und
c) die doppelte Anlage feministischer Theorie, die als politische Theorie sowohl die Frage nach den gesellschaftlichen Machtverhältnissen wie auch die Frage nach Macht und Herrschaft in den Denkverhältnissen stellt – das heißt, Gesellschaftskritik und -theorie mit Wissenschaftskritik und -theorie verknüpft.

Die Kritikkonzeptionen, die in feministischer Theorie angelegt sind, sind in einem starken und expliziten Sinne *politisch,* sodass verschiedentlich von einem „Primat des Politischen" (Holland-Cunz 2005; 2003b) im wissenschaftlichen Feminismus gesprochen wurde. Um diese Charakterisierung feministischer Wissenschaft zu verstehen, ist es zunächst wichtig, sich die spezifischen Ausgangs- und Kontextbedingungen des feministischen Wissenschaftsprojekts in Erinnerung zu rufen. Feministische Wissenschaft in ihrem heutigen Sinne hat ihre Wurzeln in der Neuen Frauenbewegung, die ihrerseits in Auseinandersetzung mit der

1968er-Bewegung entstanden ist. Auch wenn Frauenbewegung und Frauenforschung[11] zu einem Großteil von Studentinnen und Frauen aus dem akademischen Mittelbau getragen wurden, stellte die Formierung feministischer Wissenschaft dennoch „zunächst kein genuin und vor allem kein ausschließlich akademisches Projekt" (Hark 2005, 266) dar. Frauenforschung war vor allem Teil des Projekts intellektueller, politischer und emotionaler Selbstverständigung unter Frauen im Rahmen der Neuen Frauenbewegung – und ist eng mit den Formen und Anliegen dieser verknüpft (vgl. Hark 2005; Kurz-Scherf 2004; Lenz 2010). Insbesondere die im Zuge der Neuen Frauenbewegung geschaffene autonome feministische Infrastruktur stellte eine „wichtige, wenn nicht die wesentliche personelle und intellektuelle Ressource dar" (Hark 2005, 246), um Feminismus auch als akademisches Projekt überhaupt realisieren zu können, und führte zu einer hohen Durchlässigkeit zwischen unterschiedlichen sozialen Räumen: „Seminar und Frauengruppe waren dasselbe" (Prokop 1986, 87, zit. n. Hark 2005, 255). So wurden auch im Rahmen universitärer Zusammenhänge gezielt nicht-akademische Impulse aus den Frauengruppen (z.B. *consciousness raising*) eingebracht, die die Vorstellung einer Einheit von Theorie und Praxis bzw. die Vorstellung von Theorie als Form widerständiger Praxis unterstützten: Die Erfahrungen der eigenen Unterdrückungssituation als Frau sollten so zum Ausgangspunkt einer theoretischen Erarbeitung der gesellschaftlichen Realität des kapitalistischen und patriarchalen Systems werden. Im deutschsprachigen Raum war es der Kontext der Neuen Frauenbewegung, der den eigentlichen Startschuss für die Entwicklung einer eigenständigen feministischen Wissenschaft gelegt hat.

Wissenschaft und Politik sind in der Geschichte feministischer Wissenschaft also eng miteinander verknüpft. Wissenschaft erscheint in feministischer Perspektive nicht nur als eine spezifische *Erkenntnis- und Reflexionsform,* bei der die Einsichten und Befunde feministischer Wissenschaft auch in der Praxis Anwendung finden können oder sollen; Wissenschaft ist auch ein *Gegenstand* feministischer Kritik bzw. ein *Praxisfeld*, auf dem feministische Auseinandersetzungen stattfinden. Feministische Wissenschaft ist vor diesem Hintergrund ein hochgradig politisches Unterfangen – und zwar bereits aus der bloßen Tatsache heraus, dass damit die Universalisierung einer androzentrischen Weltsicht angefochten wird. Feministische Wissenschaft bezieht ihren politischen Charakter

11 Die Begriffe feministische Wissenschaft, Frauenforschung sowie Frauen- und Geschlechterforschung werden trotz der im Einzelnen mitunter differenten, aber dennoch nicht trennscharfen Bedeutungsunterschiede im vorliegenden Zusammenhang zunächst – soweit nicht anders gekennzeichnet – synonym benutzt.

zudem über ihre normative Orientierung am Abbau von (geschlechtsspezifischen) Herrschaftsverhältnissen; sie ist nicht wert- und interessenfrei. Vielmehr findet sich in vielen feministischen Arbeiten ein Selbstverständnis, das auf eine radikale Herrschaftskritik zielt, das nach Utopien von Autonomie, Selbstbestimmung und radikaler Demokratie fragt (vgl. Holland-Cunz 2010) und einer „umfassenden feministischen Vision von sozialer Veränderung und Gerechtigkeit" (List 1989, 10) verbunden ist (vgl. u.a. Kurz-Scherf/Lepperhoff/Scheele 2009a). Feministische Wissenschaft ist also normativ auf die Veränderung und Überschreitung des *status quo* gerichtet – und in dieser Weise auch politik- und praxisbezogen.

Im feministischen Selbstverständnis gehen Wissenschaft und Politik somit eine enge Verbindung ein, die konstitutiv für ihr Kritikverständnis ist. Von außen, nämlich von Seiten des wissenschaftlichen *malestreams,* war der Hinweis auf das politische Selbstverständnis und die Nähe zu sozialen Bewegungen häufig ein probates Mittel, um feministische Ansätze als unwissenschaftlich zu degradieren. Die Bezugnahme feministischer Wissenschaft auf Politik und Praxis sowie die Rolle, die der politische Anspruch für das wissenschaftliche Selbstverständnis spielt, ist allerdings auch innerhalb des Felds der Frauen- und Geschlechterforschung umkämpft. Spätestens seit Beginn der 2000er Jahre ist ein zentraler Topos feministischer Selbsterzählungen die *Diagnose der Entpolitisierung und Entradikalisierung feministischer Wissenschaft.* In dieser Perspektive wird thematisiert, dass sich die politischen Visionen und der radikale Anspruch feministischer Wissenschaft abschleifen; sie habe sich, so die kritische Selbstreflexion, zu einer Normalwissenschaft entwickelt, die den Regeln des wissenschaftlichen Betriebs mehr folgt als sie zu stören (vgl. Hornung/Gümen/Weilandt 2001). Hintergrund für diese selbstkritischen, aber dem feministischen Projekt solidarisch verbundenen Reflexionen sind die Entwicklungen, die feministische Wissenschaft, aber auch die Spielarten und Praxisformen des Feminismus insgesamt, in den letzten Jahrzehnten durchlaufen haben. Dazu zählen eine starke Professionalisierung und Institutionalisierung von Wissenschaft und von Politik (etwa in Form von Gleichstellungspolitik), aber auch eine starke Akademisierung feministischer Wissensproduktion.

Die Rede von der Entpolitisierung kann also eingesetzt werden, um den (vermeintlichen) Verlust eines starken politischen und herrschaftskritischen Impetus feministischer Wissenschaft zu problematisieren – mit dem Ziel, die Konturen feministischer Kritik in diesem Sinne erneut zu schärfen. In der Diskussion finden sich allerdings auch andere Bezugnahmen auf den Topos der Entpolitisierung. Die (vermeintliche) Entpolitisierung feministischer Wissenschaft kann nämlich auch als notwendiger, wünschenswerter oder zumindest akzeptabler Umstand gesehen

werden, der Ausdruck von theoretischer Ausdifferenzierung sowie institutioneller und fachbezogener Professionalisierung ist. Deutlich hat diese Sichtweise etwa Stefan Hirschauer mit der Formulierung „Professionalisierung verlangt Entpolitisierung" (Hirschauer in Hirschauer/Knapp 2006, 23) auf den Punkt gebracht. Ihm gilt der politische Charakter feministischer Wissenschaft allenfalls als Gründungsakt und Übergangsstadium, demgegenüber eine gereifte, professionelle Geschlechterforschung sich entschieden vom herrschaftskritisch-politischen Impetus und der Nähe zu sozialen Bewegungen zu lösen hat (vgl. ebd.). Aus dieser Sicht liegt die Zukunftsfähigkeit der Frauen- und Geschlechterforschung gerade darin, den sog. politischen Ballast zu überwinden – und manche lehnen in diesem Zusammenhang auch die Bezeichnung *feministisch* aufgrund des damit assoziierten politisch-herrschaftskritischen Impetus für die eigene Forschung ab. Aber auch innerhalb der feministischen Wissenschaft finden sich gegenwärtig Positionen, die in eine „reflexive und zugleich anerkennende Distanz" (Villa 2000, 21) gegenüber den politischen Ansprüchen der älteren Frauenforschung und ihren Entstehungszusammenhängen gehen.

Zur Disposition steht, so ließe sich die jüngere Diskussion um die Entpolitisierung feministischer Wissenschaft lesen, das kritische Erbe bzw. die Anschlussfähigkeit eines sich von seinen Anfängen her kritisch, radikal und politisch verstehenden Wissensprojekts für die gegenwärtige Theoriebildung unter professionalisierten Bedingungen des Wissenschaftsbetriebs. Zumindest in den skizzierten Selbsterzählungen des Feldes ist eine Tendenz ausmachen, die die Entwicklung der Kritikkonzeptionen feministischer Theorie als einen *Wandel vom Primat des Politischen zur Entpolitisierung feministischer Wissenschaft* darstellt. Häufig operiert die Bezugnahme auf das politische Primat bzw. auf die Entpolitisierung im wissenschaftlichen Feminismus dabei mit einem – wie es Sabine Hark formuliert –, „dubiosen Kontrast zwischen der frühen 'Frauenforschung', die durch 'Parteilichkeit, Gesellschaftskritik und Veränderung bestehender Verhältnisse' charakterisiert wird, und der 'gegenwärtigen Frauenforschung', die sich demgegenüber als 'komplexes wissenschaftliches Feld' darstellt" (Hark 2005, 259). Die Narrative, in denen die Geschichte feministischer Theorie erzählt wird, legen dabei auch

> „[...] die Choreografie einer eindimensionalen und linearen Geschichte von Aufstieg und Fall der feministischen politischen Ansprüche und der normalisierenden Unterwerfung des feministischen Wissensprojekts unter akademisch-institutionelle Zwänge nahe, [...] von den Visionen individueller und gesellschaftlicher Emanzipation zu einem heute NC-geregelten Studienfach mit berufsqualifizierendem Anspruch, von Feminismus zu Gender, von Geschlechterkampf zu Geschlechtsdifferenzierungsforschung" (Hark 2005, 259f.).

Diese Verfallsnarrative (vgl. Möser 2013) des politischen Gehalts feministischer Kritik sind der Ausgangspunkt der Untersuchung feministischer Kritikkonzeptionen und ihrer politischen Implikationen. Dabei zeigt sich, dass die Erzählung vom anfänglichen politischen Primat feministischer Wissenschaft hin zur Entpolitisierung feministischer Wissenschaft zumindest präzisiert und teilweise auch revidiert werden muss. Die Befunde der nachfolgenden Untersuchung legen vielmehr nahe, dass bereits der Rede der Entwicklung vom politischen Primat zur Entpolitisierung feministischer Wissenschaft ein bestimmtes, mitunter verengtes Verständnis des politischen Charakters feministischer Theorie innewohnt – nämlich eines, das sich vornehmlich über die Nähe feministischer Wissenschaft zur feministischen (Bewegungs-)Politik definiert. In der nachfolgenden Untersuchung wird demgegenüber ein erweiterter Blick auf den politischen Gehalt feministischer Kritik in Anschlag gebracht, der feministische Kritik als Geschlechter- und Gesellschaftskritik rekonstruiert.

Nachfolgend werden zunächst einige Überlegungen zur Darstellung von Theoriegeschichte angestellt, die ein Vorverständnis des Gegenstands feministische Theorie herausbilden sollen. Daran schließen sich Erläuterungen zur Auswahl von Texten als Materialgrundlage der Untersuchung sowie Erläuterungen zum weiteren Vorgehen in der Analyse der feministischen Theorie an.

2.1.2 Zur feministischen Theoriegeschichte – politics of narration und eigenes Verständnis des Diskursfelds feministische Theorie

Sich feministischer Theorie bzw. feministischer Wissenschaft zu nähern, stellt insofern eine immense Herausforderung dar, als es den „einheitlichen, einstimmigen, mit sich übereinstimmenden Feminismus" (Hark 2005, 5) nie gegeben hat. Im Zusammenhang mit feministischer Wissenschaft lässt sich kaum über Schulenbildung sprechen, noch weniger über eine Abfolge großer Frauen mit ihren Ansätzen, an denen sich dann Generationen von Schüler_innen abarbeiten oder sich in Kämpfen zwischen Orthodoxie und Revisionismus verlieren. Zwar gibt es auch im feministischen Universum berühmte Vordenker_innen, Vorkämpfer_innen und als höchst einflussreich geltende Theoretiker_ innen. Auch mag es einzelne Bücher geben, die für den Feminismus und für die Entwicklung von Theoriedebatten eine große Rolle gespielt haben – so etwa (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) „Le Deuxième Sexe" von Simone de Beauvoir (1949, deutsch „Das andere Geschlecht" 1951), „The Feminine Mystique" von Betty Friedan (1963, deutsch „Der Weiblichkeitswahn" 1966) oder „Sexual Politics" von Kate Millett (1970, deutsch „Sexus und Herrschaft" 1971), denen jeweils ein wichtiger

Impulsfaktor für die Entstehung der Neuen Frauenbewegung zugeschrieben wird. Desweiteren gilt „Gender Trouble" von Judith Butler (1990, deutsch „Das Unbehagen der Geschlechter" 1991) in vielen Geschichtsschreibungen feministischer Theorie als (dekonstruktivistischer) Wendepunkt der Theorieentwicklung; feministische Theoriebildung wird gar in eine Zeitrechnung vor und nach Butler unterteilt (vgl. Möser 2013; Purtschert 2012).

Gleichwohl ist die Entwicklung feministischer Wissenschaft weit weniger von *werkbezogenen* Auslegungs-, Interpretations- und Weiterführungskonstellationen geprägt, als dies in anderen Theorietraditionen der Fall ist. Anders als in einigen anderen Theorieströmungen gibt es keine so herausragenden Werke, dass sich darauf die feministische Theorie als ganze (wenngleich mitunter in kritischer Weiterentwicklung) berufen würde – wie dies etwa für das Werk von Marx in marxistischen Theorieströmungen mit ihren verschiedenen Marx-Lesarten der Fall ist. Zwar finden auch in der feministischen Wissenschaft Kanonisierungsprozesse statt, z.B. in Form von Einführungs-, Lehr- und Studienbüchern. Die Frage, ob und welches Wissen als zentral tradiert werden soll, ist dabei aber stets Gegenstand selbstreflexiver Debatten und orientiert sich häufig eher an bestimmten *Motiven* feministischer Debatten als an bestimmten Theorieentwürfen oder Werken.

Feministisches Denken und Handeln lässt sich am ehesten beschreiben mit dem Verweis auf ihre *Debattenförmigkeit*. Die innere Dynamik der feministischen Diskurskonstellation ist von der komplexen Vielstimmigkeit und Heterogenität feministischer Positionierungen bestimmt. Feministische Theorie benennt keinen bestimmten Analyseansatz und liegt überdies quer zu den gängigen Einteilungen z.B. in liberale, poststrukturalistische, marxistische, Kritische, modernisierungstheoretische usw. Theorieansätze (wenngleich es jeweils auch feministische Anschlüsse an nahezu alle wichtigen Theorieströmungen gibt). Feministisches Denken ist eher als nomadisch und von einem „offensiven Eklektizismus" charakterisiert zu beschreiben (vgl. Knapp 2012), als dass *die* neue feministische Großtheorie entworfen worden wäre. Insgesamt ist die feministische Arbeitsweise häufig dadurch geprägt, dass auf empirisches und theoretisches Material originell und kreativ Bezug genommen wird (vgl. Landweer/Newmark 2014). Feministische Theoriedebatten sind oft inter- oder transdisziplinär und zeichnen sich durch Übersetzungsleistungen fremder Überlegungen in die eigenen Gedankengänge aus (vgl. Knapp 2012; Landweer/Newmark 2014).

Unter dieser Perspektive lassen sich in der Forschungsliteratur zu und über feministische Wissenschaft bzw. feministische Theorie drei zentrale Aspekte ausmachen, die als wesentlich für die feministische Diskurskonstellation gelten:

1) Feministische Wissenschaft im Kontext: Das 'samtene Dreieck' (Dackweiler 2009) von Frauenbewegung, Frauenpolitik und feministischer Wissenschaft

Feministische Wissenschaft im heutigen Sinne entstand (trotz einiger Vorläufer zu Beginn des 20. Jahrhunderts) im deutschsprachigen Raum im Kontext der Zweiten Frauenbewegung während der 1970er Jahre – und das Verhältnis zwischen den beiden „(un)geliebten Schwestern" (Metz-Göckel 1987; vgl. auch Lenz 2010), Frauenforschung und Frauenbewegung, war von wechselseitiger Einflussnahme geprägt. Dies gilt auch für die Dritte im Bunde, nämlich die sich vor allem ab den 1980er Jahren professionalisierende Frauen- und Gleichstellungspolitik. In der Geschichtsschreibung des Feminismus können also nicht nur verschiedene Perioden und Strömungen unterschieden werden, sondern sie umfasst vielmehr immer den Verweis auf die unterschiedlichen Praxisfelder des Feminismus (Wissenschaft, Bewegung, Politik) und deren Konstellation untereinander (vgl. Dackweiler 2009; Holland-Cunz 2003c; Lenz 2014; 2010; 2001). Das „samtene Dreieck" von feministischer Wissenschaft, Bewegung und Politik (vgl. Dackweiler 2009) erfüllt dabei die Funktion einer intellektuellen und personellen Ressource, aber auch die einer sich wechselseitig kritisch vorantreibenden Konstellation. Gegenwärtig müsste das Bild eines Dreiecks ggf. um den sog. Netzfeminismus erweitert werden. Dies gilt umso mehr, als sich feministische Theorie und Praxis häufig durch Grenzgänge nicht nur innerhalb der Wissenschaft (z.B. quer über die Disziplinen), sondern auch zwischen Wissenschaft, Bewegung und Politik auszeichnen (vgl. Metz-Göckel 2014). Von Beginn an gab es starke Verbindungen zwischen politischen Frauengruppen und -projekten, feministischer Wissenschaft und Politik (im konventionellen und nicht-konventionellen Bereich), die sich u.a. etablierten, weil die Akteur_innen selbst immer wieder die Positionen gewechselt haben oder gleichzeitig in den verschiedenen feministischen Praxisfeldern angesiedelt waren (vgl. Hark 2005). Gegenwärtig sind solche Grenzgänger_innen u.a. in den professionalisierten, mitunter unternehmensförmigen Strukturen von Gender-orientierter Weiterbildung und Beratung bzw. feministischer Politikberatung anzutreffen (vgl. Jung 2008; Kreisky 2007). Eine andere Form des Grenzgangs zwischen Politik und Wissenschaft im Feminismus ist z.B. der (temporäre) Wechsel von Wissenschaftler_innen in die Politik (z.B. als Sachverständige, Kommissionsmitglieder) (vgl. Metz-Göckel 2014). Selbst da, wo der Verlauf der verschiedenen feministischen Praxisfelder im Verhältnis zueinander problematisiert wird, liegt noch eine Perspektive zugrunde, die feministische Wissenschaft eben im Kontext der anderen feministischen Artikulationsweisen reflektiert – und die Politisierung oder auch Entpolitisierung feministischer Wissenschaft vor diesem Hintergrund themati-

siert. Im Folgenden sollen die Kritikkonzeptionen feministischer Theorie daher auch mit den Entwicklungen anderer feministischer Praxisfelder kontextualisiert werden.

2) Feministische Wissenschaft oder Geschlechterforschung?
Feministische Wissenschaft war von ihrem Beginn an geprägt vom Anspruch der Herrschaftsabsage – und diese normative Orientierung gilt auch gegenwärtig noch als entscheidendes (wenngleich durchaus umkämpftes) Kriterium, wonach eine genuin *feministische* Wissenschaft sich auszuzeichnen habe. Zentraler Ausgangspunkt für feministische Wissenschaft ist dabei das Verständnis von Geschlecht als sozialer und historischer Kategorie. Gegenüber einem bloßen Genderismus definiert sich feministische Wissenschaft jedoch nicht vorrangig über ihre Beschäftigung mit Geschlecht als Gegenstand, sondern über das „Erkenntnisinteresse an Ausgrenzungs- und Marginalisierungsprozessen als politisches Anliegen" (Thiessen 2004, 36; vgl. Hark 2001a; Hennessy 2003; Jung 2009; Knapp 2014; 2012; Kreisky 2004; Kurz-Scherf 2009a; 2004; 2002; 2001; Ruppert 1995). Insofern grenzt sich Feminismus als Erkenntnisprojekt auch „von Gleichstellungspolitiken durch die Vorstellung ab, dass die Utopie einer geschlechtergerechten Teilhabe an gesellschaftlicher Gestaltung nicht ohne eine grundlegende politische Veränderung von Machtverhältnissen zu realisieren ist" (Thiessen 2004, 36). Der herrschaftskritische Impetus zielte in der Geschichte von feministischem Denken und Handeln zwar zuvorderst auf die Kritik patriarchaler Ordnungen (vgl. Kurz-Scherf 2009a); gleichwohl war das Verständnis von Herrschaftskritik immer auch inklusiv (in Bezug auf andere Herrschaftsverhältnisse) angelegt (vgl. Jung 2015b).

Von feministischer Wissenschaft oder feministischer Theorie zu sprechen statt von Geschlechterforschung oder Gender Studies strukturiert den Zugriff auf die in diesem Feld stattfindenden Theoriebildungsprozesse auf jeweils unterschiedliche Weise. Unter dem Begriff Geschlechterforschung oder Gender Studies werden in der Regel alle Ansätze des wissenschaftlichen Feldes gezählt, deren Gegenstand Geschlecht ist. Das umschließt aber auch Forschungs- und Theorieansätze, die sich selbst nicht als feministisch bezeichnen würden oder dies sogar explizit ablehnen (vgl. Hirschauer 2003). Denn im Zuge der Akademisierung und Institutionalisierung feministischer Wissenschaft haben sich nicht nur Forschungs- und Theorieansätze weiter diversifiziert, sondern auch die damit verbundenen politischen wie wissenschaftlichen Anliegen. Dies drückt sich besonders in der Wortverwendung *Feminismus* versus *Gender* aus. Während das Adjektiv feministisch nach wie vor häufig dann verwendet wird, wenn

es um „entschiedene [...] Artikulationen des feministischen Wissensprojektes in starken Begriffen normativer Herrschaftskritik" (Hark 2005, 256f.) geht, finden sich ebenso „eher schwache programmatische Bestimmungen respektive solche, die konsequent für eine Emanzipation der 'Gender-Studies' von ihrem vermeintlichen feministisch-politischen Ballast eintreten" (Hark 2005, 256f.). Wenn im Folgenden von feministischer Theorie oder Wissenschaft die Rede ist, dann auch, um damit anzuzeigen, dass nicht etwa das ganze Feld der Frauen- und Geschlechterforschung bzw. der Gender Studies abgedeckt werden soll, sondern vorrangig solche Arbeiten in den Blick rücken, die damit einen herrschaftskritischen Impetus verbinden.

3) Feminismus als kritische Diskurskonstellation – Kultur des Widerstreits, Selbstreflexion und Revisionsfähigkeit auch grundlegender Annahmen

Die normativen, theoretischen und kategorialen Fundierungen des Feminismus waren stets umkämpft und Problematisierungen ausgesetzt: Dies gilt z.B. für die Kategorie Frau, Geschlecht oder Gender als wissenschaftliche und als politische Grundkategorie feministischen Denken und Handelns. Feminismus lässt sich so nicht nur verstehen als Reaktion auf die Marginalisierung von Frauen und die Ausblendung von Geschlechterverhältnissen in den dominanten Wissenschafts- und Politikformen; feministische Kritik richtete sich auch auf die Schließungstendenzen bzw. problematischen Prämissen und Präsuppositionen, die feministisches Denken und Handeln selbst produziert. Gegenstand feministischer Binnenkritiken aus postkolonialer, queerer und intersektionaler Perspektive (vgl. Kerner 2012) waren u.a. die Implikationen des weißen, westlichen Mittelschichtsfeminismus, die Nichtberücksichtigung von Heterosexualität als zentralem Ordnungsprinzip der Gesellschaft sowie die Gefahr, in den eigenen Begrifflichkeiten (wie Frau und Mann) eben jene hierarchisierende und mythologisierende Dichotomie sowie die Grenzziehungen gegenüber den nicht-weißen Anderen zu reifizieren, die es eigentlich zu verändern gilt (vgl. Hark 2001a).

Die Konturen dessen, was Feminismus ausmacht, sind innerhalb der feministischen Debatten immer wieder in Frage gestellt worden – und zwar selbst hinsichtlich ihrer Grundkategorien. In der Literatur über die Entwicklung feministischer Theorie wird dabei betont, dass „feministische Theorie als Projekt [...] diese Herausforderung, sich in Frage stellen zu lassen, immer wieder angenommen [hat]" (Hark 2001a, 12). Gudrun-Axeli Knapp spricht in diesem Zusammenhang davon, dass Feminismus eine besondere „Kultur der Selbstaufmerksamkeit" (Knapp 2012, 212) entwickelt hat, die nicht nur eine kritische Aufmerksamkeit gegenüber den Schließungen feministischer Theorie beinhaltet, sondern auch die

Bedingungen der Möglichkeit feministischer Kritik im Blick behält. So entfalten sich z.B. entlang der großen Streitfragen des Feminismus (wie Gleichheit und/oder Differenz, Autonomie vs. Institution, Moderne vs. Postmoderne) heftige Debatten; überdies werden auch die nicht-intendierten Effekte von feministischer Politik (wie z.B. die Desartikulation feministischer Kritik, vgl. Fraser 2012; 2009; McRobbie 2010; Power 2011), die Aspekte des „erfolgreichen Scheiterns" feministischer Kritik (Holland-Cunz 1994; Wetterer 2013) bzw. das Abschleifen von kritischem Potenzial durch die Integration in die Wissenschaft (vgl. Hark 2009; 2005; 2001b; Hark/Wetterer 2010; Holland-Cunz 2001a; 2001b; Hornung/Gümen/Weilandt 2001; Jung 2009) selbstkritisch diskutiert.

Feministische Theorie lässt sich als eine komplexe Vielstimmigkeit verstehen, die sich „vor allem den widersprüchlich organisierten gesellschaftlichen Erfahrungen von Frauen und dem – oft konflikthaften – Dialog mit den Anderen des feministischen Diskurses" (Hark 2001a, 12) verdankt. Feministische Wissenschaft erscheint vor diesem Hintergrund als ein Teil einer heterogenen Diskursgemeinschaft, die gleichwohl auf einer *imagined community* des Feminismus basiert (vgl. Knapp 2012).

In der vorliegenden Untersuchung wird daher der Begriff der feministischen Diskurskonstellation einem feministischen Schul- oder Generationenbegriff vorgezogen. Das Reden über eine feministische Diskurs*konstellation* statt über eine feministische *Schule* beinhaltet die Anerkennung dessen, dass man es in der feministischen Debatte mit unterschiedlichen, mitunter gegenläufigen Kritikvorstellungen zu tun hat – und auch die Bedeutung des Labels *feministisch* Gegenstand von Kämpfen um Bedeutung ist, die ihrerseits unabgeschlossen bleiben. Daraus resultieren durchaus konfliktträchtige Differenzen im Feminismus hinsichtlich der Wahl bestimmter Schwerpunktsetzungen, inhaltlicher Ausrichtungen, politischer Präferenzen oder schlicht der Spiegelung von spezifischen Erfahrungshintergründen. Gleichwohl kann von feministischer Theorie im Sinne einer spezifischen Konstellation kritischen Denkens insofern im Singular gesprochen werden, als

> „[...] feministische Theorie zwar ein heterogenes, von Widersprüchen, Dissonanzen und Divergenzen bestimmtes Projekt ist; die 'innerhalb' des Feminismus an diesem geäußerte Kritik z.B. von lesbischen Frauen, von Migrantinnen oder von ostdeutschen Frauen war und ist jedoch immer mit dem Anspruch verbunden, Feminismus *insgesamt* komplexer zu reformulieren, und nicht, sich *per se* in so genannte Bindestrich-Feminismen zu separieren" (Hark 2001a, 11).

Feministisches Denken ist vor diesem Hintergrund nicht zuletzt aufgrund der eigenen Konfiguration an Widersprüchen geschult; feministische Kritik im Sinne

eines Gesamtbegriffs ist daher nur als das spannungsgeladene Nebeneinander und Ineinandergreifen von ambivalenten Positionierungen, mitunter konfligierenden Positionen und Strategien und paradoxen Effekte ihrer (Theorie-)Politiken zu begreifen. Gerade die Streitbarkeit und die Konfliktfähigkeit des Feminismus tragen dazu bei, dass feministische Theorie eine dynamische, hochgradig (selbst) reflexive und eben auch (selbst-)kritische Bewegung darstellt.

In diesem Sinne stellt auch die nachfolgende Untersuchung selbst eine normative, streitbare und immer unabgeschlossene Positionierung im Feld dar – die nicht den Anspruch erhebt, ungebrochen für 'das' feministische Selbstverständnis stehen zu können. Die vorliegende Arbeit versucht eine Gratwanderung zwischen dem Bewusstsein für die Umstrittenheit und Debattenförmigkeit bestimmter Topoi der feministischen Kritikkonzeption und dem Anspruch, Topoi zu entziffern und einer Untersuchung zugänglich zu machen, die als wichtig für die feministische Debatte insgesamt betrachtet werden können.

2.1.3 Materialgrundlage und Vorgehen

Wie in Teil B dargelegt, wird das erkenntnisleitende Forschungsinteresse nach den Kritikkonzeptionen und ihren politischen Gehalten entlang der Fragen nach a) der Methode der Kritik, b) der Problem- und Gegenstandskonstruktion und c) dem Verständnis des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik bzw. der Figur der/des Kritiker_in und ihrem Verhältnis zu den Adressat_innen untersucht. Der Aufbau der Argumentation wie auch die Auswahl des Materials sind um diese drei Kristallisationspunkte im Kritikverständnis her organisiert und werden gerahmt von Erläuterungen, die die Kritikkonzeptionen in ihrem *historisch-gesellschaftlichen Kontext* einbetten.

Im Diskurs der feministischen Theorie habe ich zwei Schichten von Kritikkonzeptionen entziffert. Der Begriff Schichten soll verdeutlichen, dass es sich weniger um klar abgegrenzte, zeitlich aufeinander folgende unterschiedliche Kritikkonzeptionen handelt, sondern eher um eine Art Ausgangs- oder Kernkonstellation (Kritikkonzeption I), die wiederum erweitert, ergänzt, teilweise auch revidiert worden ist (Kritikkonzeption II). Beide Kritikkonzeptionen eint, dass *feministische Kritik als Geschlechter- und Gesellschaftskritik* begriffen wird; in vielen Aspekten sind die beiden Kritikkonzeptionen eng aufeinander bezogen, in bestimmten Punkten wird aber auch deutlich, wie umstritten und heterogen der Diskurs und die Kontur des feministischen Kritikkonzepts ist.

Die Ausgangs- oder Kernkonstellation feministischer Kritik liegt meiner Lesart nach in dem feministischen Aufbegehren gegen die Halbierung der Mo-

derne (vgl. Abschnitt 2.2) und wird erweitert durch eine auf's Ganze und das Allgemeine reformulierende feministische Kritikperspektive, die überdies mit macht- und selbstreflexiven *politics of location* verbunden wird (vgl. Abschnitt 2.4). Die beiden Kritikkonzeptionen sind nicht im Sinne konkurrierender, sich wechselseitig ausschließender Kritikkonzeptionen zu begreifen, stehen mitunter aber durchaus in einem (produktiven) Spannungsverhältnis. Wie zu zeigen sein wird, fließen zwar unterschiedliche gesellschaftliche Erfahrungen ein, die auch zu Revisionen und kritischen Weiterentwicklungen einzelner Positionen führen. Gleichwohl sind die beiden Kritikkonzeptionen nicht als historisch lineare Abfolgen zu betrachten, die strikt voneinander getrennt sind. Einige Elemente des Kritikverständnisses sind bereits von Beginn an in den feministischen Debatten vorzufinden, deren explizite Thematisierung sowie die Terminologien und Komplexität im Nachdenken darüber verändern sich aber. Bei den von mir entzifferten Kritikkonzeptionen handelt es sich also vor allem um den Versuch, bestimmte Pointen und Akzentuierungen des feministischen Kritikverständnisses *im Zusammenhang* von methodischer Struktur, gesellschaftstheoretischen Problemdiagnosen und dem Verständnis des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik herauszuarbeiten.

Wie bereits angesprochen, besteht eine Schwierigkeit, *den* feministischen Diskurs zu bestimmen darin, dass es an alle wichtigen theoretischen Strömungen feministische Anschlüsse gibt. In dieser Arbeit habe ich mich entschieden, nicht die jeweils feministischen Akzentuierungen materialistischer, poststrukturalistischer, modernisierungstheoretischer etc. Theorien in den Blick zu nehmen; entsprechend erfolgt auch keine dezidierte Auseinandersetzung mit verschiedenen Spielarten des Feminismus, z.B. keine explizite Einführung und Diskussion poststrukturalistischen Denkens. Vielmehr habe ich nach den übergreifenden feministischen Kritikkonzeptionen gefragt – also was die verschiedenen Spielarten von radikalem Feminismus und sog. Bindestrich-Feminismen im jeweiligen Kritikverständnis gemeinsam haben. Es wäre aber ein heikles Unterfangen, zu behaupten, damit auch schon gleich eine diskursübergreifende feministische Essenz entziffern zu können. Die Auswahl an untersuchten Texten und Ansätzen sowie die hier entwickelte Lesart beanspruchen keine repräsentative Gültigkeit für den gesamten Diskurs, sondern sind selbst eine theoriepolitische Intervention.

Methodisch belastbar werden die ausgewählten Texte allerdings dadurch, dass sie Teil einer feministischen Selbstverständigungsdebatte sind (vgl. Becker-Schmidt 2007, 15). Wenn etwa die feministische Kritik an der androzentrischen Halbierung der Moderne als ein zentrales Element der feministischen Kritikkonzeption ausgewiesen und so zum Gegenstand der Untersuchung gemacht

wird, so bedeutet dies weder, dass sich feministische Kritik auf die Kritik des Androzentrismus noch auf die Kritik der Moderne *beschränkt*. Es bedeutet aber, dass dies für viele Feminist_innen ein wichtiger Topos war, an dem sie sich abgearbeitet haben – und dass an diesem Feld exemplarisch nach den Konturen feministischer Kritik gefragt werden kann. Sich diese Theoriedebatten zum Gegenstand zu machen, hat dabei auch nichts mit einem unreflektierten Eurozentrismus zu tun (vgl. Becker-Schmidt 2007), vielmehr lässt sich an ihnen die spezifische Perspektive ablesen, die feministischen Kritikkonzeptionen inne wohnt. Angeleitet wurde die Auswahl des Materials also maßgeblich davon, welche *(Teil-)Debatten* jeweils besonders vielversprechend für die Analyse entlang der erkenntnisleitenden Forschungsperspektive sind. Die Materiallage verbreitert sich auf verschiedene feministische Arbeiten und nimmt so eher die Gestalt des „Denken(s) im Kaleidoskop" (Elvira Scheich 1996b) an.

Die Untersuchung der Kritikkonzeptionen feministischer Theorie wird im Folgenden in mehreren Schritten vollzogen. In Abschnitt 2.2 wird die erste feministische Kritikkonzeption entlang der in Teil B entwickelten Analysefragen untersucht; die zweite feministische Kritikkonzeption wird nach dem gleichen Muster in Abschnitt 2.4 behandelt. Dazwischen ist ein Abschnitt mit Zwischenbetrachtungen zur Entwicklung von feministischer Politik und Wissenschaft eingefügt, der darauf abzielt, die Umbrüche kenntlich zu machen, in die feministische Kritik verwickelt ist. Die Ergebnisse der Untersuchung werden in Abschnitt 2.5 resümierend dargestellt und mit der eingangs skizzierten Rede von der Entwicklung feministischer Wissenschaft als eine vom politischen Primat zur Entpolitisierung kontrastiert.

2.2 Kritikkonzeption I: Wider die androzentrische Halbierung der Moderne

2.2.1 Zur Methode der Kritik: Androzentrismuskritik als Demokratisierung von Kritik

Im Zentrum des folgenden Abschnitts steht die Auseinandersetzung mit der feministischen Androzentrismuskritik. Feministische Kritik, das muss an dieser Stelle betont werden, erschöpft sich nicht in Androzentrismuskritik. Patricia Purtschert (2012) etwa nähert sich der Frage nach dem *Wie* feministischer Kritik auf einem Wege, auf dem sie das von ihr so genannte feministische Gerechtigkeitsdenken mit der feministischen Normenkritik kontrastiert. Diese unterschiedlichen feministischen Denkstile können auch gut als unterschiedliche Methoden der Kritik

diskutiert werden: Das Gerechtigkeitsdenken wird – zumindest bei Patricia Purtschert – mit Rückgriff auf die Debatte um Gleichheit und Differenz, also der Zeit *vor* Butler vorgestellt. Das Aufkommen der feministischen Normierungskritik wird hingegen zu Beginn der 1990er Jahre verortet. Beide Ansätze sind geschlechts- und gesellschaftskritisch und an der Analyse und Überwindung von Ungleichheiten und Herrschaftsverhältnissen orientiert. Soviel zu den Gemeinsamkeiten. Wie die Kritik an den Geschlechterverhältnissen formuliert wird, wie die Überwindung bestehender Ungleichheiten und Herrschaftsverhältnisse erreicht werden soll, welches Vokabular dabei zum Einsatz kommt, etc.– das ist allerdings höchst unterschiedlich:

Aus Sicht des feministischen Gerechtigkeitsdenkens soll eine gerechtere gesellschaftliche Ordnung dadurch erreicht werden, dass die Bedeutung und das Verhältnis bestehender Differenzen neu bestimmt werden soll – z.B. durch eine gerechtere Verteilung von Ressourcen zwischen den Genus- Gruppen Frauen und Männer. Die Normierungskritik nimmt genau diese Vorstellungen von Gerechtigkeit, Gleichheit, Umverteilung oder Anerkennung selbst als machtförmige Einsätze in den Blick; genauer: Bestehende Differenzen sollen nicht im Verhältnis zu Gleichheit neu bestimmt werden, sondern die *Differenzziehung als solche* wird als Effekt von Macht verstanden und in Frage gestellt werden. Es geht aus dieser Sicht also nicht oder zumindest eher nachrangig um die Frage, wie z.B. zwischen den Genus-Gruppen Frauen und Männer Einkommen, Arbeit, Zeit, etc. umverteilt werden können. Es geht vielmehr darum, dass und wie überhaupt Vorstellungen von Geschlecht, von Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit zu machtvollen Einsätzen der Differenzziehung werden. Und es geht darum, wie entlang dieser Differenzsetzungen Normierungen als Vereinheitlichung, Unterwerfung, Regierung des Subjekts produziert werden – und dies ist der Punkt, der problematisiert bzw. unterlaufen werden soll.

Zwischen den beiden Denkstilen verschiebt sich also auch die jeweils zentrale erkenntnisleitende Fragestellung. Feministisches Gerechtigkeitsdenken fragt danach, wie Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit, Solidarität (z.B. zwischen den Genus-Gruppen Frauen und Männer) geschaffen oder umgesetzt werden können und welche politischen Handlungsstrategien dafür erforderlich sind. Feministische Normierungskritik stellt dagegen die Frage nach der Normierung in den Vordergrund: Gefragt wird danach, wie mit Hilfe von Normen (im Sinne eines weiten Begriffs für verschiedene Prozesse sozialer Regulierung, Kontrolle und Anpassung) gesellschaftliche Machtverhältnisse hergestellt, stabilisiert oder auch verändert werden. Das feministische Gerechtigkeitsdenken ist selbst normbildend, indem Vorstellungen einer herrschaftsfreien Gesellschaft entworfen werden

und/oder als Kritikmaßstab dienen; es kann so in politische Prozesse eingreifen und dabei die normative Orientierung an Freiheit, Gleichheit, Solidarität z.B. auch in Anschlag bringen. Der feministischen Normierungskritik dagegen geht es gerade nicht um ein Ringen um inhaltlich-normative Festlegungen (wenngleich auch sie letztlich immer normativ – in einem schwachen Sinne – bleibt), sondern versucht diese Normierungen – im Gestus radikaler Kritik – selbst zu hinterfragen, zu flexibilisieren und zu unterwandern.

Interessanterweise ist aber gerade die feministischen Androzentrismuskritik eine Form von Kritik, die Elemente beider, von ihr sonst scharf gegeneinander abgegrenzten feministischen Denkstile, vereint. Mit Androzentrismukritik wird einerseits eine Perspektive aufgemacht, die Gerechtigkeit für Frauen als bis dato Ausgeschlossene oder Unterdrückte einklagt; andererseits zielt Androzentrismuskritik aber gleichzeitig und darüber hinaus auf die den Vorstellungen von Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit zugrunde liegenden Normen, die als männlich entlarvt und kritisiert werden. Es gibt also auch aus dieser Perspektive gesehen gute Gründe, sich an dieser Stelle maßgeblich mit Androzentrismus und Androzentrismuskritik auseinandersetzen. Dies gilt nicht zuletzt deshalb, weil Androzentrismus und Androzentrismuskritik zweifellos zu den wichtigsten feministischen Diskursfeldern vor allem der ersten Jahrzehnte feministischer Theoriebildung gehörten – auch wenn diese gegenwärtig im Kontext von *intersectionality*, *queer* und *postcolonial studies* eher ins Hintertreffen geraten, und von manchen nahegelegt wird, es handele sich dabei um einen alten Hut. Zuletzt hat aber auch Ina Kerner (2013) eindringlich darauf hingewiesen, dass die Frage der feministischen Androzentrismuskritik längst nicht erledigt ist. Vielmehr steht Androzentrismuskritik nach wie vor im Zentrum der Transformationsprogrammatik des Feminismus. Auch der „Stellenwert androzentrischer Elemente im politiktheoretischen Denken sowie in den politischen Institutionen und Prozessen [ist] bislang weder umfassend noch abschließend geklärt“ (Kerner 2013, 103).

Androzentrismuskritik stellt also einen wichtigen Punkt dar, wenn man danach fragt, wie feministische Kritik funktioniert. Dies gilt umso mehr, als sich über Androzentrismuskritik die Frage der Methode der Kritik mit der Problem- und Gegenstandskonstruktion verwebt (vgl. Abschnitt 2.2). Eingedenk also der Einschränkung, dass längst nicht alles über das Wie feministischer Kritik gesagt ist, wenn man sich mit feministischer Androzentrismuskritik beschäftigt, wird der Gegenstand aber als vielversprechend für die Bearbeitung der Frage nach der Methode der feministischen Kritik erachtet.

Androzentrismus als Gegenstand feministischer Kritik

Feministische Theorie und Praxis versteht sich als kritisches Politik- und Wissensprojekt, das „die patriarchalen Geschlechterverhältnisse, die alle Menschen beschädigen, und die unterdrückerischen und ausbeuterischen gesellschaftlichen Mächte, die insbesondere Frauenleben formen, begreifen und verändern will" (vgl. Hennessy 2003, 155). Wie grundlegend zur Verfolgung dieses Ziels feministische Wissenschaft auch als politisches Projekt ansetzen musste, wird deutlich, wenn man sich die Ausgangskonstellationen vergegenwärtigt: Wissenschaft gilt zwar als zentraler Pfeiler der europäischen Aufklärung und spielt als solche eine große Rolle in der Verwirklichung des Versprechens der Moderne von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit (vgl. Faulstich 2011). Faktisch konstituierte sich die moderne Wissenschaft jedoch nicht nur unter institutionellem Ausschluss von Frauen,[12] sondern auch die damit verbundenen aufklärerischen Ideale und Hoffnungen haben sich für Frauen häufig als unzulänglich erwiesen (vgl. Klinger 1990). Wissenschaft ist vor diesem Hintergrund zunächst einmal als Institution und soziales Feld zu verstehen, die/das sowohl personell als auch strukturell männlich geprägt ist; die gesellschaftliche Organisation von Wissenschaft, die Karriere- und Anerkennungsmuster und die dominierenden Leitbilder über die Arbeit als Wissenschaftler_in bzw. Vorstellungen von Gelehrten haben einen maskulinistischen *bias* (vgl. dazu u.a. Bauschke-Urban/Kamphans/Sagebiel 2010; Krais 2008; Riegraf et al. 2010). Dieser *bias* betrifft aber nicht nur Wissenschaft als Betrieb; auch die intellektuellen Gehalte sind geschlechtlich geprägt. Die gesamten Prinzipien wissenschaftlichen Denkens, die Methoden und Ansätze, Theorien und Modelle, die auch in vielfältiger Form gesellschaftlich wirksam geworden sind, sind jahrhundertelang in überwältigendem Ausmaß von Männern erdacht worden. Sie spiegeln Weltsichten, die mit männlichen Lebensweisen korrespondieren. Gleichzeitig sind die spezifisch männlich vergeschlechtlichten Perspektiven der überkommenen Wissenschaft als solche aber unsichtbar gemacht; Männlichkeit wird hinter Neutralitäts- und Objektivitätsinszenierungen verschleiert. Der „diskrete Maskulinismus", wie es Eva Kreisky (1997) genannt hat, wird so zum „geheime[n] Glossar" (Kreisky/Sauer 1997) der Wissenschaften.

Für die sich ab den 1970er Jahren entwickelnde feministische Wissenschaft ging es daher zunächst darum, Wissen über Frauen zu generieren und einen

12 Frauen wurden in Deutschland überhaupt erst Anfang des 20. Jahrhunderts zu Universitäten zugelassen (vgl. Holland-Cunz 1996). Auch danach ähnelte die personelle Besetzung der Hochschulen lange einem „Gruppenbild mit Dame" (vgl. Kurz-Scherf 2004; 2001) – bis heute ist lediglich ein Fünftel der Professor_innenschaft weiblich.

Selbstverständigungsprozess anzustoßen, in dem überhaupt erst zu klären war, was 'Frausein', Weiblichkeit sowie die Forschung über Frauen und für Frauen bedeuten kann (vgl. Knapp 2014). Feministische Wissenschaftler_innen mussten sich die Welt sprichwörtlich neu erschließen und gegen den maskulinistischen und androzentrischen Maßstab der herrschenden Wissenschaft für Frauen einen Subjektstatus reklamieren. Das „Wissensprojekt Feminismus" (Hark 2005) impliziert also nicht nur die Sichtbarmachung von und die Wissensgenerierung über weibliche Lebensrealitäten sowie die Kritik an geschlechtsspezifischen Ungleichheitslagen. Eva Kreisky sieht überdies das wesentliche Unterscheidungsmerkmal zwischen feministischer Wissenschaft und „einer sich 'kritisch' verstehenden Politikwissenschaft" (Kreisky 2004, 42) darin, dass Feminismus Macht- und Herrschaftskritik mit Geschlechterkritik verbinde. Diese von Kreisky bezeichnete „doppelte Kritikaufgabe" (ebd.) verschränkt sich darüber hinaus mit der kritischen Doppelbewegung, die feministische Wissenschaft hinsichtlich ihres transformatorischen Anspruchs entfaltet: Feministische Kritik zielt einerseits im Sinne ihres Anspruchs auf Praxis- bzw. Politikrelevanz auf eine Transformation der sozialen Realität selbst, andererseits aber auch auf eine Transformation wissenschaftlicher Beforschung und Begleitung sozialer Realität. Letzteres wiederum gilt sowohl im Hinblick auf zentrale Theorien, Methoden, Paradigmen, mit denen Gesellschaft in den Blick kommt, als auch im Hinblick auf die männliche Dominanz und die androzentrische Strukturiertheit der Orte gesellschaftlicher Wissensproduktion (vgl. Jung 2009). Sie ist insofern Politikkritik und Kritik der (Politik-)Wissenschaft (vgl. Sauer 2012b), und letztlich eine anspruchsvolle Variante von kritischer Erkenntnis- und Gesellschaftskritik. Ausgehend von feministischer Wissenschaftskritik rücken vor diesem Hintergrund die soziale und kulturelle Situiertheit der Wissenssubjekte in ihren jeweils empirisch konkreten (macht- und herrschaftsförmigen sowie geschlechtsspezifischen) Gesellschaftsverhältnissen in den Blick. Darüber hinaus soll auch das dominante wissenschaftliche Wissen systematisch auf seine geschlechtsblinden Flecken hin überprüft werden, um „männliche Selbstvergessenheit im Allgemeinen (Androzentrismus), die Verzerrungen und Abwertungen weiblicher Denk- und Lebenserfahrungen im Besonderen (Sexismus) aufzudecken und die männerbündlerische Dominanz in den akademischen Institutionen zu stören" (Singer 2004, 257). Gefragt wird auch in einem umfassenden Sinn danach, ob und inwieweit „die Ordnung der Geschlechter die Ordnung des Wissens bestimmt" (ebd., 258).

Fragt man also danach, was die spezifische Methode feministischer Kritik ausmacht, so rückt die Zentralität der *Kritik des Androzentrismus* in politischer Praxis wie in Wissenschaft und Theorie ins Blickfeld (vgl. Dackweiler 2004;

Kreisky 2004; Sauer 2005). Androzentrismuskritik erscheint vor diesem Hintergrund quer über alle divergierenden Strömungen politischen Denkens und Handelns hinweg als kohäsives Moment feministischer Theoriebildung, aus dem heraus sich durchaus auch eine eigensinnige methodologische Praxis feministischer Kritik erschließen lässt.

Was aber versteht man unter Androzentrismus? Androzentrismus bezeichnet die systematische Privilegierung männlicher Sicht- und Lebensweisen in Wissenschaft und Politik. Androzentrische Muster sind so tief in die westlichen Gegenwartsgesellschaften eingeschrieben, dass sie nicht nur schwer zu erkennen sind, sondern auch über eine vergleichsweise große Stabilität verfügen – allerdings nicht unbedingt in einem statischen Sinn. Androzentrismus ist ein *dynamisches Strukturprinzip*, in dem Männlichkeit als allgemeiner Maßstab gilt, gegenüber dem weibliche (bzw. als solche geltende) Lebenszusammenhänge und Erfahrungsräume „als deviant, zumindest partikular" (Kreisky 2004, 27) entwertet werden.

Androzentrismus realisiert sich als Universalisierung der Weltsicht weißer, westlicher Mittelstandsmänner. Mit der Verobjektivierung der unterlegten andro- und eurozentrischen Weltsicht wird dessen eigentlich *partikularer* Charakter verschleiert und unsichtbar gemacht. Dabei wird die Gleichsetzung von Mann und Mensch „zumeist unbewusst praktiziert", und ist so „weniger leicht zu erkennen [...] als unverhüllt vorgetragener Sexismus" (ebd.). Feministische Forschung hat demgegenüber auf den andro- und eurozentrischen Grundcharakter der zentralen Strukturprinzipien und Leitvorstellungen der Moderne wie auch auf deren Reproduktion in der (Politik-)Wissenschaft verwiesen – etwa wenn es um das Verständnis von Politik, Ökonomie, Staat, Demokratie, der Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit oder um den Freiheits- und Autonomiebegriff des (bürgerlichen, westlichen, weißen, männlichen) Individuums geht (vgl. Sauer 2005). Das heißt, die Stabilität androzentrischer Prinzipien stützt sich zum einen auf Dynamiken der Entgeschlechtlichung und De-Thematisierung männlich codierter Strukturen und Praktiken und umgekehrt der Vergeschlechtlichung weiblich codierter Strukturen und Praktiken. Zum anderen – eng damit verwoben – stützt sie sich auf Dynamiken der Verallgemeinerung und Universalisierung dieser entgeschlechtlichten, männlich codierten Strukturen und Praktiken einerseits und der Besonderung und Partikularisierung der vergeschlechtlichten, weiblich codierten Strukturen und Praktiken andererseits (vgl. Kreisky 2004).

Feministische Wissenschaft hat in vielfältigen Studien aufgezeigt, dass die Gesellschaft männlich geprägt ist; deutlich wird das z.B. an der politischen Gestaltung gesellschaftlicher Praxen und Strukturen: Männlichkeit als Maßstab und Norm ist allen herrschenden politischen Prozessen eingeschrieben. Birgit Sauer

benennt drei Formen, die Androzentrismus in der Politik annimmt: nämlich erstens eine positionale bzw. nominale Männlichkeit „und damit eine am biologischen Geschlecht orientierte quantitative Überrepräsentation von Männern in der Politik" (Sauer 2005, 367). Zweitens sind die *Inhalte* von Politik männlich geprägt: z.B. dadurch, dass Frauen von bestimmten Politikinhalten benachteiligt werden, dadurch, dass Politiken, die auf die Gleichberechtigung von Frauen abzielen, gesellschaftlich weniger angesehen sind, oder dadurch, dass Aspekte von Frauen- und Gleichstellungspolitik auf der politischen Agenda vernachlässigt oder ganz ausgeklammert werden. Und drittens sind männliche Muster in Form einer organisationalen bzw. substantiellen Männlichkeit integrale Bestandteile von politischen Organisationen. Birgit Sauer schreibt: „Politik ist mithin nicht allein deshalb 'männlich', weil politische Entscheidungsgremien sprichwörtlich 'bemannt' sind, sondern weil sie systematisch männliche Identitäten als hegemoniale herstellen und jene Interessen repräsentieren und bevorzugen, die dem Lebensalltag einer gesellschaftlichen Gruppe – mehrheitlich Männer – am ehesten entsprechen" (ebd., 368).

Angesichts der Männlichkeit der Politik insistierten Feminist_innen in den 1970er Jahren, Frauen überhaupt als Akteur_innen von Politik sichtbar zu machen. Im Spiegel dominanter Forschungsdesigns jedoch erschienen Frauen häufig als unpolitisch – die fehlende Partizipation von Frauen in der institutionalisierten, traditionellen Politik wurde als mangelndes politisches Engagement und als 'Parteiverdrossenheit' interpretiert. Feministische Wissenschaftler_innen haben demgegenüber nachgewiesen, dass Frauen häufig ein anderes Politikverständnis haben und sich erheblich stärker in unkonventionellen Politikformen engagieren. In den bis dato gängigen Forschungsdesigns z.B. über politisches Verhalten war (und ist es teilweise noch heute) eine grundlegende Textur „versachlichter Männlichkeit" (vgl. Sauer 2005, 370) eingeschrieben, die systematisch an den Formen von politischem Verhalten von Frauen vorbeiforscht. Das heißt, zu der Männlichkeit der Politik tritt auch eine androzentrische Verzerrung auf Seiten der Wissenschaft, die diese Politik beforscht.

An diesem Beispiel zeigt sich auch, dass der Androzentrismus in der Politik und der Androzentrismus in der Wissenschaft in einem sich wechselseitig bestärkenden, Männlichkeit normalisierenden Bezugsverhältnis stehen – und dass folgerichtig auch eine feministische Wissenspolitik, die auf die De-Normalisierung von Androzentrismus zielt, *sowohl* die herrschende Politik *als auch* die auf sie bezogene herrschende Wissenschaft kritisieren muss. Feministische Wissenschaft zielt demnach darauf, diese Doppelstruktur des Androzentrismus in Wissenschaft und Politik aufzubrechen – und ist somit getragen von der „Hoffnung

auf ein Ende des Schulterschlusses" zwischen der „Politik der Männer" und der „Wissenschaft der Männer" (Kreisky/Sauer 1995b, 9).

Wie aber zeigt sich Androzentrismus in der Wissenschaft? Dies soll am Beispiel der Politikwissenschaft gezeigt werden. Der *gender bias* der Politikwissenschaft ergibt sich scheinbar paradox durch eine systematische *De-Thematisierung* von Geschlecht – nämlich indem „der politikwissenschaftliche *malestream* [...] seine Forschungsgegenstände geschlechtsneutral [behandelt]; er negiert mithin, daß das Geschlecht in der Politik einen Unterschied macht" (Sauer 2005, 370; vgl. Kurz-Scherf 2004). Wie kommt dieses „Verschwindenlassen" (Sauer 2005, 370) von Geschlecht zustande? Zunächst einmal ist festzustellen, dass die hegemonialen Stränge der Politikwissenschaft bis heute einem engen Politikbegriff folgen, der Politik auf Staat und institutionalisiertes politisches System reduziert. Politikwissenschaft beschäftigt sich so überwiegend mit politischen Machteliten –

> „[...] und dieser top-down focus einer Elitentheorie der Politik [...] erklärt lediglich eine kleine Gruppe, nämlich die politische Funktionselite, also mehrheitlich Männer, zu politischen Akteuren. Männer bilden somit politische Normalität, während politische Verhaltensmuster von Frauen als Normabweichung bzw. als 'unnatürlich' gelten [...]. Die 'abwesenden' Frauen werden nicht thematisiert, und Männer, die sichtbar und überproportional Anwesenden, werden als selbstverständlich und 'geschlechtslos' wahrgenommen" (Sauer 2005, 370).

Geschlecht und Geschlechterverhältnisse zählten vor diesem Hintergrund lange nicht zu den konzeptionellen Grundlagen der Politikwissenschaft, galten vielmehr als vor- oder außerpolitische Größe (vgl. Kurz-Scherf 2004). Die Trägheit der Politikwissenschaft, Geschlecht und Geschlechterverhältnisse systematisch in den disziplinären Bestand zu integrieren, ist drei zentralen methodologischen Operationen geschuldet, auf denen hegemoniale Konzepte der Politikwissenschaft beruhen: nämlich erstens die Trennung von öffentlich und privat, bei der Politik nur einem eng definierten Bereich von Öffentlichkeit zugeordnet wird, der seinerseits traditionell männlich besetzt ist, während umgekehrt das Private als unpolitisch bzw. entpolitisiert gilt – und Frauen traditionell dem Bereich des Privaten zugeschrieben werden. Zweitens sind politikwissenschaftliche Konzepte häufig nicht gesellschaftstheoretisch fundiert; Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie soziale Konflikte, die auch den Geschlechterkonflikt erhellen könnten, geraten so nicht in den Blick. Und drittens ist die Politikwissenschaft überwiegend auf kollektive Akteur_innen und Institutionen ausgerichtet und hinsichtlich der sozialen, kulturellen und historischen Verortung wie auch hinsichtlich der Einlassung von Akteur_innen in Geschlechterstrukturen unterbestimmt. Der unterlegte Politikbegriff ist demnach also entsubjektiviert (vgl. Sauer 2005). Die

daraus resultierende Geschlechtsblindheit der Politikwissenschaft war und ist Gegenstand zahlreicher feministischer Untersuchungen und ist bis heute eher zögerlich in Veränderung begriffen (vgl. Kreisky/Löffler/Spitaler 2012; Kreisky/Sauer 1998; 1997a; 1995a; Kurz-Scherf 2004; 2001; Rosenberger/Sauer 2004; Satilmis/Jacobs 2001).

Feministische Androzentrismuskritik im Feld der Wissenschaft beschäftigt sich allerdings nicht nur mit den Kernbeständen einzelner Disziplinen, sondern bezieht sich darüber hinausgehend auf mindestens drei unterschiedliche Dimensionen:

Erstens wird die Organisation, die Konstruktion und der Wandel von Wissenschaft als Ort gesellschaftlicher Wissensproduktion im Zusammenhang mit der Geschlechterordnung thematisiert (Aulenbacher et al. 2012; 2010; Aulenbacher/Riegraf 2012; 2011; 2010; Bauschke-Urban/Kamphans/Sagebiel 2010; Riegraf et al. 2010). Feministische Wissenschaftskritik wird in diesen Arbeiten vorrangig als eine Kritik der androzentrischen bzw. herrschaftsförmigen Struktur von Wissenschaft *als Betrieb* formuliert; auch wird nach (geschlechter-)demokratischen Öffnungen des Wandels in der *Wissensproduktion* gefragt und nach den gender-relevanten Effekten des gegenwärtigen Umbaus von Hochschulen entlang des Leitbilds der *entrepreneurial university*. Dabei geht es auch um den Androzentrismus der (männlichen) Konstruktion wissenschaftlicher Karrieren als Lebensform, die Anforderungen an Wissenschaft als Arbeit und die wissenschaftliche Persönlichkeit sowie um die Anerkennungs- und Konkurrenzbeziehungen im Feld Hochschule (Andresen 2001; Baumann/Martin 2003; Beaufaÿs 2012; 2007a; 2007b; 2006; 2003; Buchmayr/Neissl 2006; Engler 2001; Haffner/Krais 2008; Hasenjürgen 1996; Krais 2000; Metz-Göckel/Möller/Auferkorte-Michaelis 2009).

Zweitens kommt der Androzentrismus in den Inhalten, Prämissen und Methoden von Theoriebildung und Forschung in den Blick. Das heißt, hier geht es um eine androzentrismuskritische Über-prüfung der geschlechtsrelevanten Vorannahmen, die sich z.B. in der Formulierung von Fragestellungen, Begriffen und Theorien finden lassen. Hier findet sich eine unüberschaubare Vielzahl von feministischen Studien, die sich mit einzelnen Theorieansätzen oder -strömungen kritisch auseinandersetzen; als Beispiele sei hier etwa auf die Arbeit von Regina Becker-Schmidt in Auseinandersetzung mit Theodor W. Adorno verwiesen (vgl. Becker-Schmidt 2004a); auf die von Nancy Fraser mit Jürgen Habermas (vgl. Fraser 1994b), auf die von Cornelia Klinger mit der Rolle von Privatheit und Familie in liberaler und marxistischer Tradition (vgl. Klinger 1994); auf die von Christel Neusüß mit dem Denken der Arbeiterbewegung (vgl. Neusüß 1985) und

auf die von Carole Pateman mit dem Vertragsdenken in der Politischen Theorie und Philosophie (vgl. Pateman 1994).

Drittens ist der *male bias* in den epistemologischen Leitbildern der Wissenschaft, also den wissenschaftstheoretischen Grundlagen, eine wichtige Facette feministischer Androzentrismuskritik. Kritisiert werden hier die Vorstellungen von Rationalität, Objektivität, Universalität und Wertfreiheit hinsichtlich der darin enthaltenen Gender-Subtexte (vgl. u.a. Beer 1987; Hausen/Nowotny 1986; Krüll 1990; Kulke/Scheich 1992; List/Studer 1989; Schaeffer-Hegel/Watson-Franke 1989; Scheich 1996a) (s. dazu unten).

Strategien feministischer Androzentrismuskritik

Wie wir gesehen haben, ist die Geschlechterblindheit und der unterlegte Androzentrismus von Wissenschaft und Politik ein wichtiger, wenn nicht der übergreifende Bezugspunkt feministischer Theorie. Welche Kritikstrategien und Gegenentwürfe schließen sich aus feministischer Sicht daran an? Es geht feministischer Kritik häufig um mehrere Aspekte: Zunächst einmal muss die vergeschlechtlichte Struktur dominanter Wissenschaft und Politik überhaupt erst offen gelegt werden, und zwar in der Absicht, den *male bias* zu überwinden. Dies ist selbst bereits ein Prozess der Politisierung – weil deutlich gemacht wird, dass die sich objektiv gebende Wissenschaft keineswegs so objektiv und neutral ist, wie sie vorgibt. Feministische Kritik greift hierfür auf Verfahren der *Dekonstruktion* zurück, um die ent- und vergeschlechtlichenden Logiken von politischer Theorie und Praxis aufzudecken, sowie auf Verfahren der *Rekonstruktion* im Sinne geschlechtskritischer Reformulierungen von Theorien, Begriffen oder Paradigmen (vgl. Kreisky 2004, 28f., zum Verfahren der Rekonstruktion vgl. exemplarisch Sauer 2005). Dies basiert auf dem systematischen und kategorialen Einbezug von Geschlecht, der Sichtbarmachung von weiblichen Lebenswelten und der Vervollständigung „geschlechtshalbierte[r] Wahrheiten" (Kreisky 1995). Regina Maria Dackweiler schreibt dazu:

> „Im Zentrum der facettenreichen und kontroversen Debatten [steht] die wissenspolitische Forderung nach *Vervollständigung* dieser in der Vergangenheit durch Rassismus, Imperialismus, Klassenherrschaft, Homophobie und Androzentrismus entstellten und eingeschränkten Erkenntnisprinzipien für das Projekt einer besseren (Politik-)Wissenschaft im Dienst demokratischer Werte und Normen und im Kampf gegen die gewaltförmige Marginalisierung und Unterdrückung von Menschen sowie die Ausbeutung ihrer Umwelt" (Dackweiler 2004, 58f.).

Dieses Zitat ist aufschlussreich, weil darin auch die wesentlichen Ziele der Androzentrismuskritik genannt werden: Feministische Kritikkonzeptionen

bleiben nicht bei dem Nachweis stehen, dass die überkommenen Konzepte von Wissenschaft und Politik unzureichend bzw. herrschaftsförmig sind. Feministische Kritik setzt dem, so Dackweiler (2004), eine spezifische Wissenspolitik entgegen, die in herrschaftskritischer Absicht die Verzerrungen der dominanten Erkenntnis- und Handlungsprinzipien von Politik und Wissenschaft bloßstellt, um sie für ein neues, besseres Projekt von Wissenschaft zu öffnen, das seinerseits demokratisch sein soll. Worin besteht nun das bessere, andere Projekt und was ist hier unter demokratisch zu verstehen?

Zunächst geht es um eine spezifische Qualität des Wissens – Wissen nämlich, das nicht oder zumindest weniger herrschaftlich verzerrt sein soll. Die Rede von der Vervollständigung verzerrten Wissens ist dabei allerdings durchaus missverständlich – denn feministische Ansätze haben bereits früh deutlich gemacht, dass es nicht um ein Projekt gehe, bei dem Wissen über weibliche Lebenszusammenhänge einfach nur zum dominanten Wissen *hinzuaddiert* werden müsste – so, als würden dann die Aussagen der herrschenden Wissenschaft stimmen. Es handelt sich bei weitem *nicht nur* um ein Problem des Nichtbeachtens bzw. des versehentlichen Vergessens weiblicher Lebenszusammenhänge und Weltsichten. Vielmehr sind die dominanten Konzepte von Politik und Wissenschaft selbst herrschafts- und machtförmig durchdrungen, reproduzieren diese Macht- und Herrschaftsförmigkeit und stützen sie ab. Entsprechend liefern feministische Perspektiven auch nicht einfach nur ergänzendes Wissen, das ohne Veränderung der überkommenen Wissens- und Theoriebestände einfach daneben gestellt werden kann; Forschungsstrategien müssen verändert werden, Begriffe revidiert, neue Forschungsfelder erschlossen und anders zueinander in Beziehung gesetzt werden. Aus feministischer Perspektive ändert sich mit der Berücksichtigung von Geschlechteraspekten nicht nur Wissenschaft selbst, sondern auch die Art und Weise, wie ihr Gegenstand Gesellschaft konstruiert und damit ko-konstitutiert wird: d.h. zum Beispiel, welche Aspekte der gesellschaftlichen Realität als relevant und problematisierungsbedürftig gelten und welche Politikansätze und -strategien daran ansetzen können (vgl. dazu ausführlich die Abschnitte zur Gegenstands- und Problemkonstruktion feministischer Kritikkonzeptionen).

Die Kritikaufgabe feministischer Theorie und Praxis erschöpft sich also nicht darin, bereits vorhandene Ansätze der Gesellschaftskritik nur gendertheoretisch zu unterfüttern bzw. partiell zu korrigieren. Androzentrismuskritik führt feministische Theorie zu einer theoretischen Perspektive, aus der einerseits der Anspruch auf eine eigensinnige, eben feministische Weltsicht entspringt; andererseits entwickelt feministische Theorie diese Weltsicht aber in androzentrismuskritischer Auseinandersetzung mit anderen, vorfindlichen Theorien.

Feministische Theorie steht vor diesem Hintergrund mit jenen Ansätzen sozialemanzipatorischen und gesellschaftskritischen Denkens in konflikthaftem Dialog, zu denen sie im herrschaftskritischen Grundverständnis traditionell durchaus eng verbunden – so etwa materialistischen Ansätzen und der Kritischen Theorie (vgl. dazu auch Appelt/Aulenbacher/Wetterer 2013b; Kurz-Scherf 2012; 2004; Knapp 2012); aber auch an das Freiheitsversprechen des Liberalismus sollte kritisch angeknüpft werden.

Das Verhältnis von feministischer Theoriebildung und den großen Theorieströmungen des 20. Jahrhunderts ist dabei aber gleichermaßen produktiv wie konflikthaft. Das Versprechen der Moderne mit dem Dreiklang von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit war für feministische Kritik immer schon ambivalent besetzt: War die herrschaftskritische Intention zwar grundsätzlich anschlussfähig, so wurde dennoch schnell klar, dass die großen Emanzipationsvisionen in ihrer androzentrischen Verzerrung geradezu auf den Ausschluss und die Ausgrenzung des Anderen jenseits der Codierung männlich-autonom gedachter Subjekte zielten (vgl. Jung/Kurz-Scherf 2012; Kurz-Scherf/Lepperhof/Scheele 2009a). In einer Studie zu politischer Theorie entziffert Cornelia Klinger die „Ausklammerung der den Frauen traditionell zugeordneten familialen Privatsphäre aus der Reichweite der liberalen Theorie der Gesellschaft" (Klinger 1994, 119) als dasjenige Kernproblem, das es feministischer Kritik so schwierig mache, die liberale Emanzipationsvision konsequent für sich in Anspruch nehmen zu können. Ausgehend von der Kritik des Liberalismus diskutiert Klinger sodann alternative Theorieansätze wie Marxismus, Kommunitarismus und die Ansätze der Kritischen Theorie – und kommt zu dem Schluss, dass „diese auf jeweils verschiedene Weise mit demselben Mangel behaftet" seien (ebd.). Das schwierige Verhältnis zwischen feministischer Theorie und ihren Anderen halte daher für erstere einen Platz „zwischen allen Stühlen" bereit (ebd.). Feministische Theoretiker_innen positionieren sich daher häufig quer zu Schulzusammenhängen und disziplinären Grenzen und bewegen sich oft eher am Rande von theoretischen Diskursgemeinschaften. Gudrun-Axeli Knapp resümiert, dass „Tradierung ohne Traditionsbruch im Feminismus äußerst selten" (Knapp 2012, 14) sei. Das Verhältnis zwischen Feminismus und anderen Strömungen der Gesellschaftskritik ist insofern weder einfach noch bruchlos. Feministische Kritik ist in diesem Sinne also auch immer als eine *feministische Aufklärung der Gesellschaftskritik* zu verstehen, in der an kritische Strömungen des Denkens angeknüpft wird, diese aber auch kritisch in den Blick kommen. Feministische Theorie hat sich demnach

> „[...] in kritischer Abarbeitung an der Überlieferung formiert. Das Normalmodell von Tradierung, wonach wir alle auf 'den Schultern von Riesen' (Merton 1980)

> stehen, wurde von Feministinnen umformuliert und erweitert. Manch Riese, der sich als einäugig entpuppte, musste erst einmal ins Wanken gebracht werden oder auf Lebensgröße zusammengeschrumpft werden, bevor man darüber nachdenken konnte, woran anzuknüpfen sich lohnte" (Knapp 2012, 14).

Der Dialog zwischen feministischer Theorie und anderen Theorien äußert sich unter anderem als spannungsvolle und mitunter schmerzliche Gleichzeitigkeit widerstrebender Tendenzen: Einerseits nämlich im feministischen Bemühen, an bestimmte Grundintentionen, Erkenntnisweisen und Analyseinstrumente anderer, insbesondere sich kritisch verstehender Theorieschulen anzuknüpfen, sich diese anzueignen und (wenngleich häufig in revidierter Form) zu verteidigen. Feministischer Androzentrismuskritik wohnt dabei zumindest potentiell eine Dynamik inne, die über die Perspektiven, Anliegen und Ziele derjenigen Ansätze, mit denen sich feministische Kritik als Ausgangspunkt auseinandersetzt, hinausweist und transformiert (vgl. List 1993) – weil die kritische Reformulierung von (ehedem) androzentrischen Begriffen, Theorien und Forschungsperspektiven immer auch über diese hinausweist. Andererseits ist die Ernüchterung angesichts der Grenzen der Anschlussfähigkeit feministischer Theoriebildung an bestehende Traditionen zu bemerken: Dies gilt bzgl. der verschiedentlich geäußerten Erfahrung, dass bestehende politische Theoriegebäude nicht so ohne Weiteres geschlechtergerecht um- und ausbaubar seien (vgl. Klinger 1994; Kurz-Scherf 2012; Pateman 1994); dies gilt aber auch bzgl. der Erfahrung, dass „die feministische Kritik [...] bei den jeweiligen Sachverwaltern der verschiedenen Theorien auf taube Ohren gestoßen" (Klinger 1994, 138) und der von feministischer Kritik angestrebte Paradigmenwechsel der Wissenschaft vergleichsweise verhalten ausgefallen ist (vgl. Sauer 2005).

Allerdings gilt ebenso, dass das feministische Plädoyer, radikal mit vorliegenden Denktraditionen zu brechen, letztlich kein Außerhalb für sich reklamieren kann. Feministisches Denken bleibt auf der Ebene der Theoriebildung immer rückgebunden an vorhandene Wissens- und Theoriebestände – und wird überdies häufig innerhalb gesellschaftlicher Arenen (z.B. innerhalb der Hochschulen) produziert, in denen die Ökonomien der Anerkennung den Ausweis von theoretischer und/oder politischer Anschlussfähigkeit abverlangen (vgl. Jung 2015a; 2009; Jung/Kurz-Scherf 2012). Daher sind in der feministischen Debatte die Möglichkeit und die Reichweite einer Überschreitung der androzentrischen Vorgaben im Sinne einer feministischen Aneignung aus der Kritik umstritten. Feministischer Androzentrismuskritik wurde z.B. vorgeworfen, dass sie durch eine Reformulierung von Zentralbegriffen androzentrischer Wissenschaft eher zu einer Anpassung an diese führe (vgl. Scheele 1996).

Ziele feministischer Androzentrismuskritik: Demokratisierung von Kritik
Wie wir gesehen haben, verfolgt feministische Androzentrismuskritik ein Ziel, das Regina-Maria Dackweiler (2004) auf den Kampf um Demokratie verpflichtet wissen will. Einen Zusammenhang zwischen wissenschaftlichen Erkenntnisweisen und politisch-normativen Orientierungen herzustellen ist dabei keineswegs selbstverständlich. Ausgangspunkt für diese Position ist die Annahme – und hier grenzt sich feministische Wissenschaft vom *malestream* der Wissenschaft ab –, dass der Entstehungs-, Begründungs- und Verwendungszusammenhang von wissenschaftlichem Wissen „in soziale und politische Kämpfe um die Kontrolle von Ressourcen, um Macht und Herrschaft" (Dackweiler 2004, 58) eingelassen ist. Zwar leugnen auch dominante Wissenschaftsüberzeugungen (wie der kritische Rationalismus) keineswegs das Vorhandensein von Interessen oder die politische Relevanz der Verwendung von Wissen im gesellschaftlichen Zusammenhang. Aber der Erkenntnisprozess selbst, die Prinzipien, Methoden und Theorien, über die Wissenschaft funktioniert, werden als objektiv und wertfrei behauptet. Wahrheit ist aus dieser Sicht die möglichst große Annäherung über objektiv richtige Theorien – und deren objektive Richtigkeit wird durch die Methode der Falsifikation überprüft.

Feministische Wissenschaftsauffassungen gehen demgegenüber von einer *situated knowledge* aus, in der das Bewusstsein über die historisch-konkreten räumlichen, geschlechtlichen, sozialen Vergesellschaftungsmodi und damit das Bewusstsein über die prinzipielle Gebundenheit (nicht Determiniertheit) epistemischer Prozesse selbstreflexiv in die Wissensproduktion einfließt (vgl. Singer 2005; 2004). Diese Politik der Situierung basiert nicht zuletzt auf der Überzeugung – und auch hier unterscheidet sich feministische Wissenschaft vom *malestream* – dass wissenschaftliches Wissen eben nicht erst *nachträglich*, z.B. als politische Instrumentalisierung von wissenschaftlichem Wissen, einen politischen Charakter erhält. Schon die Produktion von Wissen ist in Macht- und Herrschaftsverhältnisse verwickelt, weil sie immer schon *gesellschaftlich* ist und als solche auch von den dominanten gesellschaftlichen Strukturierungsmustern durchdrungen ist. Das heißt, Wissenschaft und Wahrheit sind aus feministischer Perspektive immer schon in herrschaftsförmige und vermachtete Strukturen, Praktiken und Diskurse *involviert* bzw. werden von diesen überhaupt erst *hervorgebracht* (vgl. Harding 1994; Klinger 1990; Kreisky 2004). Mit Foucault, der auch von vielen feministischen wissenschaftstheoretischen Arbeiten rezipiert wird (vgl. u.a. Butler 2009; Hark 2009), ließe es sich folgendermaßen formulieren:

> „Das Wichtigste ist meines Erachtens, dass die Wahrheit weder außerhalb der Macht noch ohne Macht ist (sie ist […] nicht die Belohnung freier Geister, nicht das Kind

> langer Einsamkeiten, nicht das Vorrecht derer, die sich frei machen konnten). Die Wahrheit ist von dieser Welt; sie wird in ihr dank vielfältiger Zwänge hervorgebracht" (Foucault 2003, 149).

Feministisch gewendet heißt das: Weil die Wahrheit von dieser (patriarchalen, androzentrischen) Welt ist, haben Wissenschaft und Wahrheit immer schon einen *politischen Gehalt* – und auf diesen politischen Gehalt wird doppelt Bezug genommen. Der politische Gehalt dominanter Konzepte von Wissenschaft und Politik wird als androzentrisch sichtbar gemacht (politisiert) und bekämpft; feministische Strategien setzen selbst aber auch auf eine Politisierung von Wissenschaft und Politik – und zwar im Sinne einer Demokratisierung zur Verwirklichung von Emanzipation.

Die erwünschte *Demokratisierung* wiederum ist an die Möglichkeit zur Politisierung von Wissenschaft und Politik in emanzipatorischer Absicht gebunden. Eva Kreisky und Birgit Sauer schreiben: „Veränderung wird [...] nicht durch eine bloß thematische Substituierung bewirkt, sondern erst durch ein radikales Aufbrechen selbstverständlich längst institutionalisierter und verfestigter Denkmuster" (Kreisky/Sauer 1995b, 13). Dies könne nur durch eine „Demokratisierung von Kritik" (ebd.) im Sinne einer kritischen gesellschaftlichen Selbstverständigung gewährleistet werden, bei der entlang verschiedener „Teilrationalitäten und Gruppen" (ebd.) wechselseitige Kritik ermöglicht wird. Die mit feministischer Kritik verbundene Perspektive behauptet also, so wird spätestens jetzt deutlich, keine neue, stabile, abgeschlossene, unanfechtbare feministische Wahrheit, die sich ihrerseits erneut mit den autoritären Gesten der Wissenschaft absichert. Der Absolutheitsanspruch dominanter Wissenschaft wird entschieden zurückgewiesen – es geht stattdessen um das „radikale Aufbrechen verknöcherter Denkmuster" (ebd.) und um die Ermöglichung von Widerstreit der Positionen und Sichtweisen, um die Öffnung des Wissens und der Wissensproduktion. Die Erneuerungs- und Innovationsfähigkeit von Wissenschaft wie auch die Möglichkeit zum Abbau von Herrschaftsmustern liegt aus feministischer Sicht gerade in der *Pluralisierung und Politisierung* von Ansätzen. Angestrebt wird also keine feministische Supertheorie mit universalem Geltungsanspruch im *traditionellen* Sinne, sondern eine demokratische und demokratisierende Praxis von (wissenschaftlicher) Kritik. Der Telos feministischer Kritik, so schreibt Gudrun-Axeli Knapp, ist

> „[...] dabei nicht die Utopie eines feministischen Großkonsenses, sondern eher dessen Gegenteil: die Ermöglichung des Widerstreits der Positionen durch die Artikulation von Dissens. Die Bestimmung der Gründe und Hinsichten von Dissens, die unweigerlich mit einem Nachdenken über die Geltungsgrenzen des eigenen Ansatzes verbunden ist, bezeichnet eine Form des Arbeitens am Unterschied, die den univer-

sellen Impetus feministischer Kritik durch Offenlegung und reflexive Bearbeitung ihrer Partikularismen sichern möchte" (Knapp 2014, 22f.).

Dabei wird allerdings nicht etwa einem Relativismus das Wort geredet. Feministische Theoretiker_innen haben einerseits die Notwendigkeit betont, auch die eigenen Wissensansprüche radikal zu kontextualisieren – und so den historisch-konkreten, sozialen, geschlechtlichen Charakter von Wissensordnungen herauszustellen. Gleichzeitig und andererseits jedoch beharren viele feministische Theoretiker_innen darauf, Kontextualisierung und die Reflexion über Partikularismen nicht zum Prinzip oder zu einer Art Selbstzweck zu erheben (vgl. Klinger 1998a; Singer 2005). Erkenntnistheoretisch basiert dies auf der Einsicht, dass verallgemeinernde Aussagen selbst im kleinsten Horizont nicht vermeidbar seien und der Anspruch vollkommener Kontextualität von daher am eigenen Anspruch scheitern müsste (vgl. Klinger 1998a). Mit Bezug auf das *Kritikprojekt* Feminismus basiert diese Ansicht auf der Überzeugung, dass feministisches Denken und Handeln die Orientierung auf das Ganze und den Gesamtzusammenhang braucht (vgl. u.a. Klinger 1998a; Knapp 2014; 2012; Kurz-Scherf 2009a; 2004).

Kontextualisierung und reflexive Bearbeitung von Partikularismen bzw. die Berücksichtigung des Anderen sind in der feministischen Kritikkonzeption rückgebunden an den Anspruch, darüber auch den Blick auf das Ganze zu schärfen – und erst in diesem Horizont lässt sich dann auch die Rede von der *Vervollständigung* herrschaftlich verzerrter Erkenntnisprinzipien verstehen: Nicht als einfaches Hinzuaddieren von Wissen von und über die Anderen, sondern als komplexe Wissensstrategie, die *das Partikulare und Kontextgebundene* in einen engen Zusammenhang mit der Reformulierung einer auf das *Ganze und Allgemeine* zielenden Perspektive setzt. Mit Bezug auf Nancy Fraser fordern vor diesem Hintergrund auch Eva Kreisky und Birgit Sauer in ihrer Rede von der feministischen Demokratisierung der Kritik eine theoretische Ausrichtung ein, die es ermöglicht, „utopische Hoffnungen zu entwerfen, Visionen von emanzipatorischen Alternativen zu umreißen und unsere ganze Arbeit mit einer normativen Kritik an Herrschaft und Ungerechtigkeit aufzuladen" (Fraser 1993, 148; zit.n. Kreisky/Sauer 1995b, 13).

Mit diesem Anspruch, auf das Ganze gehen, wie in Abschnitt 2.4 noch eingehender zu zeigen sein wird, weitere Fragen einher: Die Frage nach dem Verhältnis zu anderen Strömungen der Gesellschaftskritik sowie dem Verhältnis zwischen Androzentrismuskritik einerseits und der Kritik von Klassenherrschaft, Imperialismus und Heteronormativität andererseits; und die Frage, wie feministische Analysen, die am Ganzen orientiert sind, aussehen. Die Frage nach dem Verhältnis

von Androzentrismuskritik zu anderen Herrschaftsmustern im Kontext der Frage nach dem Ganzen wird im Rahmen der zweiten Kritikkonstellation (vgl. Abschnitt 2.4) explizit wieder aufgenommen. Im Folgenden sollen aber zunächst einmal weiter die androzentrismuskritischen *Grundlagen* feministischer Gesellschaftskritik verfolgt werden. Bislang standen die Verfahren und Methoden sowie die grundsätzliche wissensstrategische Ausrichtung feministischer Kritik im Zentrum der Betrachtungen; sie konstituieren gewissermaßen die Brille, mit der feministische Analysen und Theorien moderne westliche Gesellschaften in den Blick nehmen – und sie konstituieren darüber auch eine spezifische Problem- und Gegenstandskonstruktion feministischer Kritikkonzeptionen. Diese sollen nun im nachfolgenden Abschnitt im Zentrum des Interesses stehen.

2.2.2 Zur Problem- und Gegenstandskonstruktion: Die Ambivalenz der Moderne und die Ordnung der Geschlechter[13]

Im vorherigen Abschnitt wurde gezeigt, dass eine androzentrismuskritische, Geschlecht als Strukturgeber und gesellschaftliche Subjektivierungsweise berücksichtigende Forschungsperspektive eine ist, bei der sich Problemsichten, Begriffe und Zugriffsweisen auf den Gegenstand Gesellschaft – im Vergleich zum *malestream* – verändern. Wie genau sich eine solche Perspektive realisiert, soll im Folgenden exemplarisch an den feministischen Auseinandersetzungen mit der Moderne nachvollzogen werden: Im folgenden Abschnitt steht die Frage im Vordergrund, wie feministische Theorien ihren Gegenstand konstruieren, welche Problemsichten und Analyseperspektiven daran gebunden sind und welche politischen Implikationen die Art und Weise der feministischen Perspektivenbildung als eine spezifische Form von Kritik hat. Dabei ist von besonderem Interesse, welche herrschafts- bzw. emanzipationstheoretischen Implikationen darin enthalten sind.

Was also macht eine feministische Perspektive auf die Moderne aus? Nicht selten ist der Verweis auf die Entwicklung der Moderne in eine Fortschrittserzählung eingebunden, in welcher der gesellschaftliche Wandel als quasi linear voranschreitende Entfaltung und Verwirklichung einer vernünftigen Organisation von Gesellschaft gilt. Aus der Sicht feministischer Theoriebildung gilt diese Selbsterzählung der Moderne jedoch als höchst fragwürdig. Die Tatsache, dass moderne Gesellschaften keineswegs herrschaftsfrei strukturiert sind, sondern

13 Diese Formulierung habe ich dem Titel des gleichnamigen Aufsatzes von Cornelia Klinger (2000) entnommen.

auf einem patriarchalen Geschlechter-, einem „kapitalistischen Klassen-, technokratischen Natur- und kolonialen Weltverhältnis“ (Kurz-Scherf/Lepperhoff/Scheele 2009b, 292) beruhen, wird dabei keineswegs als Restbestand früherer Ordnungen aufgefasst, der sich im Laufe der Zeit von selbst erledigen wird. Vielmehr hat feministische Wissenschaft eindrücklich nachgewiesen, dass die westliche Moderne konstitutiv auf geschlechtlich konnotierten Dichotomien aufbaut, die tief in gesellschaftliche Strukturmuster eingelassen sind. Dazu zählt z.B., dass parlamentarisch-bürgerliche Demokratien sowie die Konstruktionen des modernen Staates und seiner Staatsbürger_innen auf der Trennung und dem wechselseitigen Ausschluss des Öffentlichen und des Privaten wie auch auf einer männlich geprägten Subjektvorstellung beruhen; dass moderne Ökonomien auf der Trennung von entlohnter Erwerbsarbeit und (nicht entlohnter) Carearbeit basieren, die mit einer Zuweisung der Genus-Gruppen Männer und Frauen zu jeweils einer der beiden Kategorien einhergeht, und dass die Entstehung und Entwicklung von zentralen Institutionen der Moderne, wie z.B. Recht und Wissenschaft, auf dem systematischen Ausschluss von Frauen und ihren Lebenswelten fußen. Damit hat feministische Theorie den Blick auf die Rolle und Relevanz von Geschlechterverhältnissen als gesellschaftlichen Strukturgebern freigelegt. Die Frage, auf welcher Geschlechterordnung eine Gesellschaft basiert, ist aus feministischer Sicht weder als natürlich gegeben zu betrachten. Noch handelt es sich bei der Geschlechterordnung um ein nur beiläufiges Produkt von Gesellschaftsentwicklung, die sich vermeintlich – wie es z.B. Kapitalismustheorien häufig nahe legen – vorrangig über die Kämpfe um Lohnarbeitsverhältnisse und Kapitalverwertung oder – wie es liberale Theorien häufig nahe legen – vorrangig über die Kämpfe um die Durchsetzung bürgerlicher Rechts- und Freiheitsgarantien und liberaler Demokratie entfaltet. Geschlechterverhältnisse und deren (politische) Strukturierung und Regulierung sind für nahezu alle wichtigen gesellschaftlichen Themenfelder wie Arbeit, Demokratie, Staat, Familie und Sexualität von immenser Bedeutung – und von verschiedensten Akteur_innen umkämpft.

Geschlechterverhältnisse – und mit ihnen Gesellschaft insgesamt – unterliegen einem steten Wandel, an dem insbesondere die Frauenbewegungen großen Anteil hatten und haben. Die Einschätzung und die Bewertung der Reichweite, Effekte und zentralen Antriebskräfte dieses Wandels sind aber durchaus umstritten. Aus feministischer Sicht erweist sich der Wandel von Gesellschafts- und insbesondere Geschlechterverhältnissen als zwiespältig und als geprägt von einem ungleichzeitigen Nebeneinander von Emanzipationsgewinnen einerseits und dem Fortbestehen der sich wandelnden Ungleichheitsmustern andererseits. Anders

formuliert: In der von der Aufklärung angestoßenen Entwicklung der Moderne sind sowohl Befreiungsdiskurse und -praktiken als auch herrschaftsförmige, das heißt, auf Unterwerfung und Unterordnung zielende, disziplinierende und diskriminierende Diskurse und Praktiken zu verzeichnen.

> „Im historischen Vergleich und bei der Analyse unserer Gegenwartsgesellschaft wird deutlich: Umbrüche ökonomischer, technologischer, politischer und zivilisatorischer Art, die gemeinhin als Modernisierung diagnostiziert werden, tragen zwar zu Veränderungen im Geschlechterverhältnis bei, dies bedeutet jedoch nicht unbedingt, daß alte hierarchische Strukturen abgelöst werden, um eine gesellschaftliche Gleichrangigkeit von Frauen und Männern herzustellen" (Becker-Schmidt/Knapp 1995, 8).

Eine Aufgabe feministischer Theoriebildung besteht vor diesem Hintergrund darin, die „Unterdrückung von Frauen in ihrer endlosen Varietät und monotonen Ähnlichkeit zu analysieren" (Knapp 2012, 228). Davon ausgehend fragt feministische Theorie aber auch nach den Möglichkeitsbedingungen von Widerstand und Herrschaftskritik innerhalb der jeweils gegebenen Verhältnisse (vgl. Kurz-Scherf 2009a) – und reflektiert so auch die konkreten Praxen und Politikstrategien von Frauenbewegungen und „widerspenstigen Praktiken" (Fraser 1994a) im Alltag von Frauen. Und nicht zuletzt legt feministische Theorie eigene gesellschafts- und geschlechtertheoretische Begriffe und Konzepte vor. Diese Aspekte sollen im Folgenden vertiefend diskutiert werden.

Feministische Kritikkonzeptionen basieren auf der Vorstellung, dass Geschlechterverhältnisse auf spezifische Weise in der Moderne *konstituiert* sind, aber eben auch *konstituierend* für die Ordnung der europäischen Moderne sind (vgl. u.a. Appelt/Aulenbacher/Wetterer 2012a; Becker-Schmidt/ Knapp 1995; Klinger 2000; Kurz-Scherf/Scheele/Lepperhoff 2009a). Dabei sind patriarchale Geschlechterverhältnisse auf das engste mit kapitalistischen Klassenverhältnissen, imperialistischen Weltverhältnissen sowie heteronormativen Strukturierungen von Sexualität, Begehren und Körperweisen verbunden – gleichwohl folgen diese verschiedenen Dimensionen von Herrschaftslogiken auch jeweils eigensinnigen Mustern.

Innerhalb der feministischen Debatte haben u.a. die Arbeiten von Regina Becker-Schmidt (2009; 2007; 2004a; 2004b; 1998) dazu beigetragen, das Verhältnis von Geschlechter- und Gesellschaftsverhältnissen theoretisch und begrifflich zu fassen. Hatte die frühe Frauenforschung zunächst vorrangig auf Rollen- und Sozialisationsaspekte abgestellt, hebt die von Becker-Schmidt geprägte Formel *Geschlecht als Strukturkategorie* zunächst vor allem die soziale Stratifikationswirkung von Geschlecht hervor. Vergesellschaftung (von Subjekten) vollzieht sich in dieser Sicht daher auch in Formen der Vergeschlechtlichung. Mit dem Theorem der

doppelten Vergesellschaftung von Frauen (vgl. dazu als Überblick Becker-Schmidt 2004b) knüpft Becker-Schmidt an diese Vorgaben an, präzisiert und erweitert diese aber gleichzeitig. Neben der Art und Weise, wie die *Geschlechter* in Relation zueinander gesetzt werden (erste Relationalität) verweist der Ausdruck der doppelten Vergesellschaftung auch auf eine *zweite Relation,* die hier zum Tragen kommt, nämlich eine, die in der *Organisation der Gesamtgesellschaft* vorliegt und hier unterschiedliche Sphären (z.B. Staat, Ökonomie, Kultur, Privatsphäre) miteinander in Beziehung setzt. Das heißt, die verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren können nun als in einer bestimmten Weise im Verhältnis zueinander stehend sichtbar gemacht werden. Demnach zeige sich, dass vor allem wirtschaftliche, staatliche, militärische Sektoren sowie der Kulturbetrieb gegenüber Bildung, privaten Lebenswelten und Gesundheitswesen privilegiert sind – das heißt, sie sind in einer Weise vermittelt, die durch Macht- und Herrschaftsinteressen geprägt ist (vgl. ebd.). Gleichzeitig sind die Sphären, die gesellschaftlich hoch bewertet sind, auch die Sphären, in denen vor allem Männer vertreten sind bzw. die männlich konnotiert sind. Beide Formen von Relationalität (die im Geschlechterverhältnis und die in der Organisation der Gesamtgesellschaft) erzeugen also Hierarchien, und beide sind miteinander in widersprüchlicher Weise verflochten.

Diese Widersprüchlichkeit zeigt sich zum Beispiel als Gleichzeitigkeit von Gleichberechtigungsfortschritten und -rückschritten –, die etwa dadurch zustande kommen kann, dass einzelne, bereits erreichte Erfolge (z.B. in der Sphäre der rechtlichen Gleichstellung) dadurch konterkariert werden, dass sich der Gesamtkontext des Zusammenwirkens der Relationalitäten in Geschlechter- und Gesellschaftsverhältnissen verschiebt. Aus dieser Sicht kommt es also nicht nur darauf an, die historisch konkreten Konstellationen im Geschlechterverhältnis zu erforschen, sondern diese auch im gesellschaftlichen Gesamtgefüge zu kontextualisieren. Becker-Schmidt hebt hervor, dass die sich entfaltenden Ungleichzeitigkeiten von Transformations- und Beharrungstendenzen sich unter anderem in einer widersprüchlichen Verknüpfung von 'Struktur' und 'Subjekt', aber auch zwischen einzelnen gesellschaftlichen Sphären niederschlagen können. Gerade diese widersprüchlichen Verknüpfungen zwischen Geschlechterverhältnissen und anderen zentralen gesellschaftlichen Strukturprinzipien sind es jedoch, aus denen Brüche und Legitimationskrisen resultieren können – und die wiederum ein Möglichkeitsfenster für widerständiges Denken und Handeln bieten.

Es sind deshalb die gesellschaftlichen Widersprüche und die daran ansetzenden möglichen Handlungsstrategien, die Ausgangspunkt zahlreicher feministischer Studien im Kontext der Moderne sind. So kommt bereits der Entstehungskontext der europäischen Moderne und die Rolle der Re-Strukturierung der Geschlech-

terordnung als von Widersprüchen und von der Gleichzeitigkeit von Emanzipations- und Herrschaftsansprüchen geprägt in den Blick. Die Soziogenese von androzentrischen und patriarchalen Logiken in der Aufklärung soll Anhaltspunkte dafür liefern, „worauf ihr Beharrungsvermögen beruht[e] und welche Unstimmigkeiten sie angreifbar machten" (Becker-Schmidt 2007, 16). Einige hierfür zentrale Aspekte lassen sich am Beispiel der französischen Revolution und der Frauenrechtsbewegung nachzeichnen:

Im Französischen bedeutet *homme* sowohl 'Mensch' als auch 'Mann'. Darin spiegelt sich zunächst ein androzentrisches Prinzip: Nämlich Männlichkeit zum Maßstab des allgemein Menschlichen zu erheben, während Weiblichkeit erstens als etwas Anderes davon separiert und zweitens aus dem Begriff des nunmehr selbst nur partikular-männlich gedachten 'Menschlichen' schlicht ausgeklammert wird. Vor diesem Hintergrund stand also die Ausrufung der Menschenrechte im Kontext der Französischen Revolution als *droits des hommes* nicht zufällig unter der Losung *egalité, liberté, fraternité* (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit). Historisch gesehen vollzieht sich die Entfaltung der Idee von freien, gleichen, brüderlichen Menschen nicht nur beiläufig unter Ausschluss von Frauen, sondern die Geschlechterdifferenz – die als legitimatorische Basis von Ausschluss und Abwertung dient – wird in ihrem modernen Sinne überhaupt erst *konstituiert*. Die Ordnung der Geschlechter war zwar auch in der Vormoderne patriarchal geprägt. Aber mit dem Aufbruch in die Moderne findet eine historisch gesehen spezifische Neuordnung im Verständnis von Geschlechterdifferenzen und der gesellschaftlichen Strukturierung von Geschlechterverhältnissen statt. Daran beteiligt sind insbesondere jene gesellschaftlichen Institutionen, die der Verwirklichung aufklärerischer Vernunft dienen sollen: die Wissenschaft und die mit wissenschaftlicher Autorität eingesetzte neue Anthropologie des Naturrechts, die Gott als legitimatorischen Bezugspunkt gesellschaftlicher Praxis ablösen (vgl. Becker-Schmidt 2007; Klinger 2000). Mit der Aufklärung entfaltet sich dabei die Paradoxie, dass sich Menschen- und Bürgerrechte einerseits auf das Naturrecht berufen, um die Befreiung von ständisch-feudaler Herrschaft zu begründen; andererseits legitimieren gerade diese naturrechtlichen Dispositive „neue substantialistische Festschreibungen der Geschlechter" (Hassauer 1988, 265, zit.n. Becker-Schmidt 2007, 20).

Anders formuliert: Die gesellschaftliche Moderne bzw. die mit ihr verbundene Ordnung der Geschlechter realisiert sich als scharfer Widerspruch zwischen den Ideen der Aufklärung als Befreiungsvision und den sich restrukturierenden Geschlechterverhältnissen als wiederum herrschaftsförmige: „Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem die Menschenrechte erstmals ausdrücklich formuliert

werden, vertieft und verschärft sich der Gedanke einer biologischen Differenz zwischen den Geschlechtern so grundlegend, dass den Frauen der Status des Menschseins beinahe abgesprochen wird" (Klinger 2000, 42).

Die europäische Moderne basiert also maßgeblich auf der Durchsetzung von Dichotomien (Mann/Frau, Vernunft/Irrationalität; Gesellschaft/Natur u.a.). Doch welche Rolle spielen diese für eine feministische Theorie von Herrschaft? Schon in der Dialektik der Aufklärung von Horkheimer/Adorno (1997) ist die Einsicht enthalten, dass Herrschaft maßgeblich über Abstraktion, Identitätsdenken, Abspaltung und Abwertung des Nicht-Identischen funktioniert. Diese Herrschaftsformen sind nicht nur in die diskursiv-symbolische, sondern vor allem auch in die soziale, politische und ökonomische Organisation von Gesellschaft eingelassen und werden somit strukturell wirksam. Diese Ansätze wurden auch innerhalb feministischer und 'postmoderner' Theoriebildung aufgegriffen und mit einer Kritik der Dualismen- und Dichotomiebildungen verknüpft (vgl. u.a. Bauman 1993; Becker-Schmidt 2007; 1998; Klinger 2005; Knapp 2012; Maihofer 2001; 1995). Dabei fragen feministische Arbeiten, was an der Dichotomisierung der Geschlechterdifferenz symptomatisch für die Struktur- und Funktionsweisen von Herrschaft im Allgemeinen ist.

Das Augenmerk wird darauf gerichtet, dass Dichotomienbildung – etwa Mann/Frau, Kultur/Natur, Vernunft/Irrationalität – zunächst einmal mit Hierarchisierungen, also Prozessen der Auf- bzw. Abwertung verbunden sind. In die gesellschaftliche Struktur übersetzen sich Dualismen allerdings vorrangig über deren Zuweisung an bestimmte gesellschaftliche Teilsphären und Praxisfelder (wie marktliche, entlohnte Erwerbsarbeit und nicht-marktliche, unentgeltliche, privat verrichtete Arbeit) – und die Trennung dieser Sphären voneinander. Herrschaft realisiert sich dabei aber nicht nur über Trennung, sondern auch darüber, wie das gesellschaftlich Getrennte wieder aufeinander bezogen wird, also wie zwischen den Dichotomien wieder Verknüpfungen und Vermittlungen hergestellt werden. Herrschaft operiert so gesehen im Modus von 'Trennen/Verknüpfen' (vgl. Becker-Schmidt 2009; 1989). Um ein Beispiel zu nennen: Die Konstruktion von Lohnarbeit in modernen kapitalistischen Ökonomien basiert auf einer zentralen Prämisse, nämlich der Abspaltung von privater Carearbeit (vgl. Müller 2013); gleichzeitig aber ist Lohnarbeit nicht ohne die Voraussetzung zu realisieren, dass an anderer Stelle, nämlich im Privaten unentgeltlich Carearbeit verrichtet wird. Das heißt, die gesellschaftlich getrennten Sphären von Lohnarbeit und privater Carearbeit sind so wieder aufeinander bezogen – allerdings vollzieht sich diese Wieder-Verknüpfung qua Verdunkelung und Verschleierung der *hierarchischen* Bezogenheit des Getrennten.

Als Antrieb und Ursache dieser (geschlechtsspezifisch) hierarchisierenden Dualismenbildung hat Zygmunt Bauman den Versuch der *Bewältigung von Ambivalenz* (als Verdrängung jener 'Unordnung', gegen die sich die zweckgerichtete, identitätslogische, spezifisch moderne Vernunft wendet, vgl. dazu Bauman 1993) interpretiert, während Cornelia Klinger darin den Versuch einer *Kontingenzbewältigung* sieht – und zwar Kontingenz verstanden als „Gebürtlichkeit und Sterblichkeit im Sinne der Bedingtheit und Zufälligkeit" (Klinger 2005, 343). Dies lässt sich so lesen, dass mit Kontingenz und Ambivalenz Bedingungen menschlicher Existenz (bzw. bei Bauman v.a. bezogen auf die Moderne) benannt sind, die sich der Ordnung und Kategorisierung zweckgerichteter, moderner Vernunft entziehen oder für diese zumindest eine Bedrohung darstellen (vgl. dazu Bauman 1993). Dennoch müssen Kontingenz und Ambivalenz von allen Menschen bzw. vom System Moderne bewältigt werden; der Mechanismus, mit dem die Bewältigung menschlicher Existenz in der Moderne (verstanden als 'Daseinsbewältigung') erfolgt, ist deren Verdrängung. Diese realisiert sich in der Ausbildung (geschlechtsspezifisch) hierarchisierter Dualismen und Dichotomien, indem „die Daseinsbewältigung [...] als Dienst (Arbeit) an jene delegiert, die [...] mit der unteren, schlechteren, dem Körperlichen und der Vergänglichkeit näheren Position identifiziert werden" (Klinger 2005, 343).

Einerseits erweist sich die *Verdrängung* von Ambivalenz und Kontingenz somit als spezifisch *modernes Herrschaftsprojekt* (vgl. dazu auch Bauman 1993), das sich maßgeblich in Dichotomiebildungen und der Trennung von eigentlich aufeinander Bezogenem realisiert. Allerdings, darauf haben feministische Arbeiten immer wieder verwiesen, vollzieht sich dieser Prozess nicht ohne Widersprüche. Widersprüchlichkeiten und Ungleichzeitigkeiten sind dabei auf mehreren Ebenen angelegt: Bereits auf symbolisch-normativer Ebene ist in der Re-Formierung von gesellschaftlichen Verhältnissen im Zeichen der Moderne ein Widerspruch angelegt, nämlich der zwischen proklamierter (androzentrisch verzerrter) *Universalität* und faktischer *Partikularität* des Versprechens der Moderne – und dieser Widerspruch ist es, der es z.B. der französischen Frauenrechtsbewegung erlaubt, Ungleichheit im Geschlechterverhältnis als gesellschaftlichen Konflikt zu thematisieren und politische Konsequenzen einzuklagen. Im doppeldeutigen Wortsinn der *droits des hommes* sind die im Zuge der Französischen Revolution proklamierten Menschenrechte also zunächst einmal vorrangig *Männerrechte* – und nicht zufällig stellt Olympe de Gouges 1791 den *droits des hommes* die *déclaration des droits de la Femme et de la Citoyenne* gegenüber. Artikel 1 besagt: „Die Frau wird frei geboren und bleibt dem Manne gleich in allen Rechten" (de Gouges 1791, o.S.) – aus diesem Satz folgt für de Gouges ein Schluss, der in Ar-

tikel 16 seinen Widerhall findet: „Eine Verfassung aber, an deren Ausarbeitung nicht die Mehrheit der Bevölkerung mitgewirkt hat, [...] wird null und nichtig" (ebd.). Mit der Proklamation der Menschenrechte für Frauen macht Olympe de Gouges auf das Skandalon aufmerksam, dass die Menschenrechte einerseits zwar „auf der Gleichheit aller frei Geborenen beruhen" sollen und Universalität proklamieren, gleichzeitig aber „einer Hälfte der Menschheit die Teilhabe an ihnen versagt bleibt" (Becker-Schmidt 2007, 21). Es ist das in den Menschenrechten formulierte Ideal, dessen Geltung de Gouges einfordern kann – und auf deren Basis die bereits bestehenden Männerrechte als „null und nichtig" verworfen werden können. Der positive Bezug auf das 'Versprechen der Moderne' ist also von Beginn der Frauenbewegungen an ein entscheidender Hebel, um Freiheit, Gleichheit, Solidarität für Frauen und andere bis dato ausgeschlossene Personengruppen einzuklagen. Für feministische Theorie und Praxis erwächst aus dem 'Versprechen der Moderne' aber gleichzeitig – bis heute – eine seinerseits ambivalente Positionierung: Denn es gibt auch eine lange Tradition scharfer feministischer Kritik an den androzentrischen, kolonialen, etc. Verzerrungen und Verkürzungen der sich selbst universell verstehenden Bürgerrechte und der darin verankerten Vorstellung des autonomen (männlich, weißen, westlichen, bürgerlichen) Subjekts. So sieht etwa Cornelia Klinger einen

> „[...] tiefen Widerspruch in der historischen und kulturellen Situierung des Feminismus [...]. Auf der einen Seite steht feministische Theorie in der Tradition von Aufklärungs- und Befreiungsbewegungen, indem sie nach wie vor ideologiekritische und emanzipatorische Ziele verfolgt, auf der Subjektwerdung auch der Frauen insistiert und dabei Konzepte wie Gerechtigkeit und Fortschritt zugrunde legt, die einen universalen Geltungsanspruch implizieren. Auf der anderen Seite hat feministische Theorie zugleich erheblich zur Desillusionierung der Konzepte von Aufklärung, Befreiung, Fortschritt usw. beigetragen und befindet sich daher auf einer postideologiekritischen Reflexions- und Argumentationsebene. Feministische Theorie steht somit im Spannungsfeld von Moderne und Postmoderne; sie ist ebenso Produkt der 'großen Erzählungen' wie zugleich das Symptom ihres Versagens und die Kritik daran" (Klinger 1998a, 244).

Nicht nur die Ordnung der Moderne also zeigt sich aus Geschlechterperspektive als ambivalent, weil sich in ihr Befreiungsdiskurse und -praktiken mit Unterdrückungsdiskursen und -praktiken verweben. Auch die Positionierung des Feminismus sowie die entwickelten Strategien basieren auf einer durchaus nicht widerspruchsfreien Grundlage. Die Erfahrung von Ambivalenzen, Widersprüchlichkeiten und Ungleichzeitigkeiten ist daher auch für feministische Theoriebildung ein zentrales Thema; feministische Denkmuster sind geübt, Sichtweisen zu entwickeln, die offen für diese Erfahrungen sind (vgl. Knapp 2012).

So zeigt sich z.B. in der 'doppelten Vergesellschaftung von Frauen' *subjektiv* als Zerreißprobe, dass und wie *objektiv* Unvereinbarkeiten und Gegenläufigkeiten z.B. in der historisch entwickelten Trennung von Lohnarbeit und privater Carearbeit angelegt sind – eine Doppelstruktur, die dann subjektiv erfahrbar wird, wenn beide Felder gesellschaftlicher Praxis zentrale Orientierungspunkte für die Gestaltung des eigenen Lebens werden. Aus Sicht von Gudrun-Axeli Knapp ist diese Erfahrung eine, die aufgrund der gesellschaftlichen Zwänge und Zuschreibungen, in denen sich Frauen bewegen müssen, nicht ausschließlich und für alle Frauen gleichermaßen manifest wird, aber

> „[...] zumindest liegt es angesichts der Widersprüchlichkeit des weiblichen Lebenszusammenhangs nahe, dass sie durchgängiger als Männer herausgefordert sind, mit Ambivalenzkonflikten umzugehen. [...] Schließlich erfahren sie in Form dilemmatischer Situationen, heteronomen Anforderungen und Zerreißproben die Widersprüche, die mit der doppelten Vergesellschaftung ihrer Arbeitskraft einhergehen. Die Auseinandersetzungen mit derartigen Erfahrungen und die Konflikte, die sie provozieren, sind eingreifend und heftig, da sie implizit einen Bezug zur Frage weiblicher Identität haben bzw. zu dem, was gesellschaftlich dafür steht" (Knapp 2014, 83f.).

Der Lebenszusammenhang von Frauen erweist sich als komplex und widersprüchlich – gerade darin aber sieht Knapp „ein strukturell angelegtes Hemmnis gegen rücksichtslose Vereindeutigung, Ausblendung und Hierarchisierungszwang" (Knapp 2014, 84). Das bedeutet nicht, dass Frauen nicht auch ausblenden oder hierarchisieren würden; allerdings, so Knapp, erwachse aus den handfesten Ambiguitätserfahrungen auch ein objektives *Möglichkeitsverhältnis* und ein *weiter Erfahrungshorizont*, der aus der Konfrontation verschiedener Formen von Vergesellschaftung resultiert. Die objektiv vorgegebene Herausforderung, mit Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten im Geschlechterverhältnis umzugehen, kann also in eine Ambivalenztoleranz münden und als solche auch ein spezifisches Potential für Kritik und widerständiges Handeln sein.

Auch Regina Becker-Schmidt (1993; 1990) hat im Kontext der feministischen Biographieforschung darauf hingewiesen, dass die Möglichkeitsbedingungen von Widerstand und Emanzipation auf einem Spannungsverhältnis beruhen, in dessen Kern der Umgang mit Ambivalenzen und Widersprüchen steht. Widerstand kann demnach da entstehen, wo gesellschaftliche Widersprüche weder zur Seite einer Verleugnung von Herrschaft hin aufgelöst werden, noch auf die Seite einer Harmonisierung von daraus erwachsenden Konflikten. Hierzu hat sie Ambivalenzkonzepte sozialpsychologisch reformuliert, und versteht so die Ausbildung von Ambivalenztoleranz als „Reaktion auf gesellschaftliche Widersprüche" (Becker-Schmidt 1993, 83). Ambivalenz lässt sich aus dieser Perspektive

reformulieren als „Bedingung einer adäquaten Objektwahrnehmung" (ebd., 84), nämlich beide Seiten einer Medaille (also auch das jeweils Abgespaltene, Verdrängte, Abgewertete) zu kennen und erst darüber das Ganze ausmachen zu können. Ambivalenztoleranz umschreibt aus dieser Perspektive eine Haltung, die sich gleichermaßen aus einer Nicht-Verleugnung von Herrschaft speist als auch aus einer aktiven Zuwendung zu dieser 'falschen' Welt. Erst auf dieser Grundlage entstehe das Potential zu widerständigem Handeln, ja ist „das Auftreten von Ambivalenz [...] die Befähigung zum aktiven Widerstand überhaupt" (Ferenczi 1972, 204, zit.n. Becker-Schmidt 1993, 85). Entscheidend ist dabei, dass widerständige Handlungsfähigkeit (von Frauen) nicht allein aus der bloßen *Tatsache* gesellschaftlicher Widersprüche entspringt, sondern vielmehr in Bezug gesetzt wird zum jeweiligen *Umgang* mit den daraus resultierenden Ambivalenzen im eigenen Lebenszusammenhang:

> „Wenn wir die negativen Seiten der sozialen Realität verdrängen, holen sie uns dennoch in unserer Lebenspraxis ein. Wenn wir harmonisieren, entziehen wir der Realität die Kräfte, die sie verändern könnten. Eine kritische Weise, die Wirklichkeit anzuerkennen, bestünde nicht darin, sie einfach abzulehnen, sondern vielmehr darin, sie nicht zu verleugnen. Der Wirklichkeitssinn, der zu Ambiguitätstoleranz[14] fähig wäre, würde so auf einer doppelten Verneinung beruhen: 'Ich verleugne nicht, dass die Welt nicht in Ordnung ist. Ich wende mich ihr trotzdem oder gerade deshalb aktiv zu'" (Becker-Schmidt 1993, 84).

Innerhalb feministischer Theoriebildung finden sich somit Überlegungen zum Stellenwert von Ambivalenz (und Kontingenz), die sowohl für das Verständnis der Ursachen, Mechanismen und Funktionsweisen von Herrschaft relevant sind (nämlich in Form von *Ambivalenzverdrängung*), als auch im Zusammenhang mit der Entfaltung von Widerstand und Emanzipationspotentialen stehen (nämlich in Form von *Ambivalenztoleranz*).

Politische Implikationen sind in diesem spezifischen Zugriff auf Gesellschaft enthalten, insoweit sich Herrschaftskritik mit dem Ausweis von Emanzipationsmöglichkeiten verbindet und feministische Theorie auch den Reflexionsraum feministischer Politik darstellt. Was an dieser Stelle allerdings allenfalls implizit enthalten ist, wird insbesondere in der feministischen Wissenschaftstheorie explizit diskutiert: nämlich das Verhältnis zwischen (feministischer) Wissenschaft

---

14 An dieser Stelle verwendet Regina Becker-Schmidt den Begriff Ambiguitätstoleranz; der Beitrag arbeitet ansonsten aber fast ausschließlich mit dem Begriff der Ambivalenz(toleranz); sodass ich davon ausgehe, dass Ambiguität und Ambivalenz von Becker-Schmidt weitgehend synonym verwendet werden. Gleiches gilt für die weiter oben zitierte Arbeit von Gudrun-Axeli Knapp.

und (feministischer) Politik und ihren jeweiligen Subjekten. Dies soll im Zentrum des nachfolgenden Abschnitts stehen.

2.2.3 Zum Verständnis des Wissenschafts-Politik-Verhältnisses: Wissenschaft als Politik mit anderen Mitteln?

Ein geteiltes Wissenschaftsverständnis?

Wie wir bereits in den vorangegangenen Abschnitten gesehen haben, sind Wissenschaft und Politik in der Geschichte feministischer Wissenschaft eng miteinander verknüpft. Wissenschaft erscheint in feministischer Perspektive nicht nur als ein spezifisches *Erkenntnismittel,* mit dem die Einsichten und Befunde feministischer Wissenschaft auch in der Praxis Anwendung finden können oder sollen; Wissenschaft ist auch ein *Gegenstand* feministischer Kritik bzw. ein *(Praxis-) Feld*, auf dem (feministische) Auseinandersetzungen stattfinden. Doch wie genau wird das Verhältnis von Wissenschaft und Politik im Selbstverständnis feministischer Wissenschaft konzipiert? Feministische Theorie ist hochgradig heterogen und kein einheitlicher Forschungsansatz. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob es Umrisse eines geteilten Wissenschaftsverständnisses im Feminismus gibt, die feministische Wissenschaft als solche von anderen Ansätzen unterscheidet. Barbara Holland-Cunz (2005; 2003a; 2003b) hat den Versuch unternommen, die zentralen Topoi des feministischen Wissenschaftsverständnisses zu entziffern. In einer Auseinandersetzung mit feministischen Wissenschaftstheoretikerinnen, darunter v.a. Maria Mies, Sandra Harding und Donna Haraway, kommt sie zu dem Ergebnis, dass maßgeblich „drei Theorieaspekte [...] in den fraglosen Bestand deutschsprachiger feministischer Wissenschaftstheorie übergegangen" (Holland-Cunz 2005, 30) seien und bis heute, wenngleich zumeist unbewusst, zentrale Referenzpunkte des feministischen Selbstverständnisses bildeten: „[...] die Interpretation von feministischer Wissenschaft als einer Form feministischer Politik, die reformulierte Definition von Objektivität als situierter/explizierter Subjektivität und die idealtypische Beschreibung feministischer Forschung als einer kritischen Außenseiterinnen-Position im Wissenschaftsbetrieb" (Holland-Cunz 2005, 30).

In der Harding'schen Formulierung „Wissenschaft ist Politik mit anderen Mitteln [...]. Wissenschaft ist selbstverständlich mehr als Politik, aber sie ist auch das" (Harding 1994, 22, zit.n. Holland-Cunz 2005, 101) wird darauf Bezug genommen, dass auch die herrschende männliche Wissenschaft – wiewohl und gerade weil sie ihre eigene Partikularität und Herrschaftsförmigkeit hinter der Vorgabe von Objektivität, Universalität und Neutralität verschleiert – be-

reits politisch ist; nämlich patriarchal und verdinglichend, klassifizierend und ausgrenzend. Feministische Wissenschaft als eine Form feministischer Politik zu verstehen, ist aus dieser Sicht also die notwendige Gegenbewegung zur herrschenden Wissenschaft. Die politische Rahmung feministischer Wissenschaft basiert hier auf der Vorstellung, dass zwischen Theorie und Praxis, Wissenschaft und Politik ein enger Nexus besteht: Jede Form von Wissenschaft ist gesellschaftlich und historisch verortet und geprägt (auch die sich selbst als 'neutral' ausweisende), und hat als solche spezifische gesellschaftliche Wirkungen, die herrschaftsstabilisierend oder auch subversiv sein können. Feministische Wissenschaft nimmt diese gesellschaftliche und historische Verortung reflexiv auf und begreift Wissenschaft als eingreifende, politische Tätigkeit, die von einem herrschaftskritischen Impetus getragen wird. Feministischer Wissenschaft geht es um die Kritik bestehender Herrschaftsverhältnisse sowie um die Ermöglichung einer radikalen gesellschaftlichen Veränderung, gar einer „Revolution" (Harding 1990, 8), die eine radikale Veränderung der Wissenschaft einschließt.

Feministischer Wissenschaft geht es im Selbstverständnis zumeist nicht nur um die Überwindung der Diskriminierung von Frauen, sondern sie verbindet Geschlechterkritik mit einer umfassenden Gesellschaftskritik (vgl. u.a. List 1989, 10f.). Dies zeigt sich u.a. in dem inklusiven Verständnis feministischer Kritik, wie es bereits in einigen frühen wissenschaftstheoretischen Entwürfen angelegt ist: Die Kritik von Sexismus und Androzentrismus wird vergleichsweise selbstverständlich mit der Kritik etwa von Kapitalismus, Rassismus und Verdinglichung verknüpft (vgl. Harding 1990). Ihre Kontur gewinnt feministische Wissenschaft in dieser Perspektive also nicht über eine Ausrichtung als „bloße 'Benachteiligungsforschung'" (Ruppert 1995, 296). Gleichwohl hat feministische Wissenschaft ihre Wurzeln zweifelsohne in den Diskriminierungserfahrungen, die Frauen als Frauen erleben; die Themen und Fragen der entstehenden Frauenforschung waren dem weiblichen Alltag entnommen. Gudrun-Axeli Knapp betont, dass feministische Arbeiten in den 1970er und frühen 1980er Jahren darauf angewiesen waren, „[...] auf die Autorität und die Beweiskraft von eigener Betroffenheit und Erfahrungen [zu setzen], die auf den Begriff gebracht werden sollten. [...] In dieser Zeit war der Zusammenhang von Erfahrung, politischer Problematisierung, und Forschung in einem weiten, nicht immer schon professionell ausgelegten Verständnis, und praktischer Veränderung besonders eng" (Knapp 2014, 16). Dies spiegelte sich auch in den wissenschaftstheoretischen und -programmatischen Debatten. Im deutschen Sprachraum waren die zuerst 1978 erschienenen „Methodischen Postulate zur Frauenforschung" von Maria Mies besonders prägend für den feministischen Diskurs – wenngleich sie von Beginn

an durchaus auch kontrovers diskutiert wurden (vgl. dazu das Schwerpunktheft 'Frauenforschung oder feministische Forschung' der Zeitschrift „beiträge zur feministischen theorie und praxis" von 1984).

Mies stellt darin sieben Postulate einer engagierten Frauenforschung auf, in denen Wissenschaft und Politik eng verkoppelt werden. Dazu gehört u.a. der Anspruch, bewusste Parteilichkeit statt (vermeintliche) Wertfreiheit in den Forschungsprozess einzubringen. Die eigene Betroffenheit der Forschenden als Frauen soll Hierarchien zwischen Forschungssubjekten und -objekten auflösen und feministische Wissenschaft im Sinne unmittelbar involvierter, konkreter politischer Aktion in den Dienst feministischer Kämpfe stellen (vgl. Mies 1984 [1978], 12ff.). Die Mies'schen Postulate stammen aus dem Umfeld der Kämpfe um das Kölner Frauenhaus – und spitzen vor diesem Hintergrund den Nexus von Wissenschaft und Politik auf den Anspruch *unmittelbarer Praxisrelevanz* zu (vgl. Mies 1984). Aus dieser Sicht soll feministische Forschung nicht nur auf die Bedarfe und Gegenstände von Bewegungskämpfen ausgerichtet sein, sondern auch als radikalisierte Variante der Aktionsforschung in die politischen Kämpfe der Frauenbewegung integriert werden; Theorie entstehe überhaupt erst aus der politischen Praxis (vgl. ebd., 13), genauer: „in der Teilnahme an den Aktionen und Kämpfen der Bewegung" (Mies 1978, 52).

Diese radikale Ausbuchstabierung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik zeugt auch von einem massiven Misstrauen gegen die herrschende Wissenschaft – und zwar auch und insbesondere in ihren sich 'kritisch' verstehenden Varianten von Kritischer Theorie oder „Seminar-Marxismus" (Mies 1978, 42), die Maria Mies heftig kritisiert. Aus der Sicht von Mies produzieren auch kritische Theorien allesamt nur akademisch verzerrte Wissensformen. Bei Mies findet sich demgegenüber die Einsicht wieder, dass Praxis sich mitunter ihre eigene Theorie bildet. Theorie, die meint, ohne erfahrungsgesättigten Praxisbezug und die Rückbindung an konkrete Kämpfe auskommen zu können, verliert sich in abstrakten Kategorien und reproduziert darüber den Gestus der herrschenden Wissenschaft. Aus dieser Einsicht folgert Mies, dass Wissenschaft sich den Imperativen der Politik als Befreiungspraxis unterzuordnen hat. Barbara Holland-Cunz interpretiert diesen Zug als „dezidierten politischen Voluntarismus" (Holland-Cunz 2005, 94): „In Mies' Text geht die Vorstellung ein, dass ein bewusster Akt, die Entscheidung für die 'richtige' Politik, zu einer 'richtigen' Wissenschaft führen kann" (ebd., 94f.). Holland-Cunz sieht darin eine zumindest teilweise „naive Negation von wirkungsmächtigen Verstrickungen in Herrschaft" (ebd., 95); gleichwohl aber ist die Stärke des Ansatzes von Mies da zu sehen, so Holland-Cunz, wo er die politische Verantwortung von Wissenschaft thematisiert: eine Verantwortung,

der sich Wissenschaft nicht entziehen kann. Christa Müller (2004) betont, dass etwa die Methodischen Postulate von Maria Mies in einem zeitgeschichtlichen Kontext verstanden werden müssen, in dem das Thema Gewalt gegen Frauen (das der Anlass und Hintergrund für die Methodischen Postulate abgibt) gänzlich tabuisiert war – und es also tatsächlich in einem sehr grundlegenden Sinne darum ging, „das Problem sichtbar zu machen, es zu kommunizieren und damit in der öffentlichen Wahrnehmung erst zu 'schaffen'" (Müller 2004, 295). Nur in diesem Licht ist sowohl die eindeutige politische Positionierung zu verstehen, als auch die Reihenfolge, die Maria Mies für das Verhältnis von Theorie und Praxis ansetzt: politisches Handeln geht politischen Erkenntnisprozessen voraus bzw. Erkenntnis kann überhaupt erst aus dem politischen Kampf heraus entstehen. Bei Mies ist dies formuliert als „Um eine Sache zu erkennen, muß man sie verändern" (Mies 1984 [1978], 17) (Postulat 4) statt 'um eine Sache zu verändern, muss man sie erkennen'.

Auch Sandra Hardings Buch „The Science Question in Feminism" von 1986), das deutsch 1990 unter dem Titel „Feministische Wissenschaftstheorie" erscheint, steht für eine radikalfeministische, politisierte Wissenschaftsauffassung. Feministische Wissenschaftskritik ist, so Harding, „revolutionär"; sie geht davon aus,

> „[...] dass die erkenntnistheoretischen, metaphysischen, ethischen und politischen Ansätze der vorherrschenden Wissenschaftsformen androzentrisch sind und sich gegenseitig stützen. Sie [die radikal-feministische Position] behauptet, dass dem in der westlichen Kultur tief verwurzelten Glauben an die Fortschrittlichkeit der Wissenschaft zum Trotz, diese heute vor allem rückschrittliche gesellschaftliche Tendenzen befördert; und dass die gesellschaftliche Struktur der Wissenschaft nicht nur sexistisch, sondern auch rassistisch, kulturfeindlich und von der herrschenden Klasse bestimmt ist" (Harding 1990, 7).

Trotz dieser grundlegenden Kritik der herrschenden Wissenschaft ist Hardings Text dennoch keine Absage an wissenschaftliches Arbeiten; die herrschende Wissenschaft wird zwar einer radikalen Kritik unterzogen, die vor allem auf ihre autoritäre und herrschaftliche Verfasstheit, ihre Produktion von Ideologie und Entfremdung sowie den institutionellen Frauenausschluss bezogen ist (vgl. Hark 2005). Gleichwohl wird Wissenschaft eine zentrale Bedeutung für individuelle und kollektive Emanzipationsprozesse zugestanden. Harding macht deutlich, welche umfassende Veränderung wissenschaftlichen Wissens feministische Wissenschaft dafür wird anstreben müssen, dass Feminist_innen gar das „theoretische Denken würden neu erfinden müssen, um der gesellschaftlichen Erfahrung der Frauen ihren Sinn und ihre Bedeutung abzugewinnen" (Harding 1990, 274). Dieses Selbstbewusstsein, „dass der Feminismus eine neue Epoche wissenschaftlichen Wissens erzeugen kann, erzeugen muss und erzeugen wird" (Holland-Cunz

2005, 100), verschmilzt zu einer politisch aufgeladenen Mischung von Optimismus und der Orientierung an einem (revolutionären) Paradigmenwechsel, „in dem feministische Theorie/Praxis sowohl für eine politische als auch für eine wissenschaftliche Revolution gleichermaßen verantwortlich und geeignet sind" (Holland-Cunz 2005, 100f.).

Die feministische Kritikkonzeption kann als eine beschrieben werden, in der die Wissenschaft einerseits hinsichtlich der (hetero-)sexistischen, rassistischen, klassifizierenden und imperialistischen Ideologieproduktion und als Instanz zur Produktion von technischem Verfügungswissen radikal in Frage gestellt wird. Gleichzeitig und andererseits wird sie als möglicher Ort revolutionärer, störender Praxis und der Produktion kritischen Wissens wahrgenommen. Wissenschaft ist eine gesellschaftliche Institution, zu der Frauen und Feminist_innen Zugang erlangen wollen, an der sie teilhaben wollen und die sie gleichzeitig kritisieren und von der sie ausgeschlossen sind. Feminist_innen sind so einerseits Teil des Felds Wissenschaft; sie sind darin aber auch Fremde. Diese ambivalente Positionierung findet sich in feministischen wissenschaftstheoretischen Debatten als die Figur der „integrierten Außenseiterin" bzw. als „*outsiders within*" (Holland-Cunz 2003c, 180). Im Bild der integrierten Außenseiterin verbinden sich 'Innen' und 'Außen' auf eine Weise, die den Raum für Möglichkeiten für Widerstand und radikale Einsprüche schafft (vgl. Holland-Cunz 2005; 2003c). Barbara Holland-Cunz schreibt hierzu im Anschluss an Sandra Harding:

> „Integrierte Außenseiterinnen können 'die Beziehungen zwischen außen und innen, Rand und Zentrum besser aufdecken' (Harding 1994, 167), enthüllen damit 'umfassende gesellschaftliche Widersprüche' (ebd.) und widersetzen sich der herrschenden gesellschaftlichen Logik (vgl. Harding 1994, 292). [...] Die Perspektive auf die Relation zwischen Rand und Zentrum, so könnte man/frau im Anschluss an Sandra Harding sagen, schärft mit dem Blick für die Herrschaftsrelationen auch den Blick für beide Felder in ihren je eigenen Funktionsmechanismen: '*outsiders within*' kennen sich mit den Orten der Macht, denen des Widerstands und mit den Beziehungen zwischen beiden aus. Sie sind in diesen Feldern zugleich Einbezogene und Fremde, die die unvergleichliche Chance haben, einschlägige Rituale genau zu studieren" (Holland-Cunz 2003c, 181).

Gleichwohl folgt aus einer marginalisierten sozialen Situierung weder zwangsläufig die Realisierung der Chance auf 'bessere' erkenntnistheoretische Perspektive[15] (vgl. auch Knapp 2013b). Noch ist eine kritische Erkenntnismöglichkeit

15 Im Sinne der Standpunktmethodologien, die die Position von Machtlosigkeit und Unterdrückung per se zu einer 'besseren', weil umfassenderen, Herrschaft vollständiger umfassenden Sichtweise verstehen (vgl. dazu als Überblick Klinger 1994).

ausschließlich an diejenigen sozialen Situierungen geknüpft, die unterdrückt sind. Obwohl also von der herrschenden Wissenschaft alle gesellschaftlichen Positionierungen ausgeschlossen sind, die als das jeweils Andere konstruiert werden, können doch auch „[...] weiße, westliche heterosexuelle Männer lernen, feministische Forschung zu betreiben [...]. Kritische Reflexion, Verantwortung für die eigene Identität, aktive und kreative Gestaltung der Welt sind die Forderungen, deren Erfüllung kritische Forschung möglich macht" (Holland-Cunz 2005, 108).

Feministische Kritikkonzeptionen stellen die individuelle und kollektive Selbstaufklärung bzw. Bewusstseinsbildung in den Vordergrund. In diesem Sinne ist Feminismus eine Kritikpraxis, die 'in der ersten Person' (vgl. Jung/Kurz-Scherf 2012) operiert, das heißt auch, unter Ablehnung von Stellvertreter_innenpolitiken und/oder der Ablehnung einer Anleitung durch eine intellektuelle Avantgarde.

Wissenschaft als Politik mit anderen Mitteln – Kritik und feministische Diskussion

Über das Verhältnis von Frauenforschung zur Frauenbewegung wurde von Beginn an im Feminismus heftig diskutiert. Mit der Vorstellung von feministischer Wissenschaft als Politik mit anderen Mitteln, so ließe sich resümieren, verbindet sich ein radikaler und revolutionär verstandener Anspruch auf eine bessere Wissenschaft, die emanzipatorischen Interessen folgt. Wissenschaft ist immer schon politisch und sie ist ein erklärtes feministisches Politikfeld (bei Harding und Haraway) bzw. eine Art Instrument, das sich den politischen Kämpfen der Frauenbewegung unterstellen soll (bei Mies). Wissenschaft und Politik werden so weitgehend in eins gesetzt – und die Grenzen zwischen Wissenschaft und Politik verschwimmen bzw. werden gänzlich aufgelöst.

Schon früh haben sich feministische Einwände gegen die Ineinssetzung von Wissenschaft und Politik gerichtet. So wurde auf die die Differenz zwischen Frauenforschung und -bewegung verwiesen und sich gegen eine Verengung von Frauen- und Geschlechterforschung auf qualitative Methoden bzw. Aktionsforschung richteten. Darüber hinaus hat vor allem Christina Thürmer-Rohr (1984) davor gewarnt, Parteilichkeit und Betroffenheit mit vorbehaltloser Identifikation mit den Beforschten zu verwechseln; dies gilt umso mehr, als Frauen nicht nur eindimensional Opfer von Unterdrückung seien, sondern mitunter auch Mittäterinnenschaft ausübten. Vor allem die weitreichende Ineinssetzung von Wissenschaft und Politik sowie die Engführung der politischen Rahmung auf Parteilichkeit, Betroffenheit und unmittelbare Aktionsforschung im Dienst

sozialer Kämpfe der Frauenbewegung mitsamt ihren Implikationen sind es, die im Feminismus auch heftig diskutiert wurden (vgl. u.a. das Schwerpunktheft der beiträge 11/1984). Barbara Holland-Cunz weist darauf hin, dass „herrschaftliche bzw. machtvolle Allianzen zwischen Politik und Wissenschaft […] nicht identisch mit ihrer Identität [sind]" (Holland-Cunz 2003b, 17) und die Ineinssetzung von Wissenschaft und Politik nicht dem komplizierten Verhältnis zwischen beiden gerecht wird. Sabine Hark (2005, 250ff.) hat herausgearbeitet, dass das Verhältnis zwischen Frauenbewegung und feministischer Wissenschaft auch faktisch von Beginn an keineswegs so angelegt war, dass sich letztere bereitwillig der politischen Praxis unterwarf. Vielmehr war das Verhältnis der beiden „(un)geliebten Schwestern" (Sigrid Metz-Göckel 1987) immer schon kompliziert und durchlief selbstkritische und widerstreitende Lern- und Erkenntnisprozesse. Die starke und weitreichende wissenschaftstheoretische Verkopplung von Wissenschaft und Politik, wie sie sich in der Formel von Wissenschaft als Politik mit anderen Mitteln verdichtet, kann vor diesem Hintergrund also kaum eine allgemeine Gültigkeit für ein so heterogenes Feld wie Feminismus beanspruchen. Ebenso wenig kann davon ausgegangen werden, dass sich darin umstandslos *das* feministische Wissenschaftsverständnis ausdrückt.

Gleichwohl bleibt nicht nur die darin enthaltene Frage nach dem Verhältnis von Theorie und Praxis bzw. von (feministischer) Wissenschaft und (feministischer) Politik aktuell. Aus Sicht von Barbara Holland-Cunz (2005) sind zudem zentrale Elemente dieser wissenschaftstheoretischen Entwürfe auch *gegenwärtig* für das feministische Selbstverständnis wirksam – im Sinne von unreflektierten, aber doch präsenten Referenzpunkten für feministische Wissenschaftler_innen. Holland-Cunz sieht diesen Umstand darin begründet, dass es ab Mitte der 1990er Jahre zu einem „vorläufigen Abbruch" (Holland-Cunz 2005, 30) der feministischen wissenschaftstheoretischen Diskussionen gekommen ist – und die 'überlieferten' Elemente aus den Diskussionen der 1970er und 1980er Jahren *danach* kaum mehr einer expliziten, selbstkritischen Diskussion zugänglich gemacht worden sind. Das Verhältnis von Wissenschaft und Praxis sieht sie daher „als ein unsystematisches, unbewusstes, unreflektiertes, unentschiedenes 'Nebeneinander'" (ebd., 15), in dem allerdings häufig (unausgesprochen) eine *Dominanz des Politischen* über das Wissenschaftliche angelegt ist – eine Dominanz, die von 'frühen' wissenschaftsprogrammatischen Entwürfen herrührt, sich unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen feministischer Wissenschaft allerdings als Ideologie äußert (ebd., 16).

Im Kern dessen, so Holland-Cunz, liegt eben jene wissenschaftstheoretische Vorstellung, feministische Wissenschaft sei Politik mit anderen Mitteln. Diese

ist Teil eines auch im gegenwärtigen Feminismus anzutreffenden, unreflektierten, unbewussten *Mythos*, der in den 1970er Jahren entstand, „der Hoch-Zeit feministischer Selbstermächtigung, scharfer antipatriarchaler Kritik und mangelnder Erfahrung mit professioneller Forschung" (Holland-Cunz 2003b, 18). Holland-Cunz resümiert, dass in diesem Sinne feministische Theorie und Praxis,

> „[...] so ließe sich das Argument zuspitzen, stets 'frankfurterisch' im Sinne der Rationalitätskritik bzw. streng 'foucaultianisch' im Sinne des 'Macht-Wissens' (vgl. Horkheimer/Adorno 1968; Foucault 1991) [ist]. Mit der Kritischen Theorie bzw. mit Michel Foucault gesprochen, scheinen Wissenschaft und Politik der gleichen herrschaftlichen/machtvollen Logik anzugehören: Macht/Politik funktioniert über Wissen, Wahrheit/Wissenschaft arbeitet im Modus des Politischen. Dadurch gewinnen beide gemeinsam die Dominanz über Staat, Gesellschaft und Individuen, avancieren in der Synthese zum beherrschenden Diskurs, der die Öffentlichkeit unter sein Regiment nimmt" (Holland-Cunz 2003b, 16).

Allerdings, so führt Barbara Holland-Cunz weiter aus, gibt es einen entscheidenden Unterschied in der wissenschaftsprogrammatischen Konzeption von feministischer Wissenschaft Mies'scher und Harding'scher Prägung auf der einen Seite, Kritischer Theorie und Foucault auf der anderen Seite: In der Kritischen Theorie und auch bei Foucault wird „keine schlichte Identität der Logiken des Politischen und des Wissenschaftlichen behauptet" (Holland-Cunz 2003b, 17). Demgegenüber tendiert das Wissenschaftsverständnis von Mies und Harding zu einer nahezu gänzlichen Ineinssetzung von Wissenschaft und Politik. Vor allem aus Sicht von Mies erhält Wissenschaft nur im Modus konkreter, antipatriarchaler Aktion(-sforschung), also in der Logik von politischer Befreiungsbewegung, Geltung und Sinn. Aus der grundsätzlichen Einsicht in den politischen Charakter von Wissenschaft und Theoriebildung folgt aber, so der von Holland-Cunz formulierte Einwand, nicht zwangsläufig die Konstruktion einer *Dominanz* von Politik über Wissenschaft im Sinne einer Unterordnung feministischer Wissenschaft unter die Imperative konkreter feministischer Aktion und die Kämpfe der Frauenbewegungen. Auch eine pauschale und homogenisierende Ineinssetzung von Herrschaft und *(malestream-)*Wissenschaft auf der einen, sowie eine Ineinssetzung von feministischer Politik und feministischer Wissenschaft (als 'bessere' Wissenschaft) auf der anderen Seite, greift zu kurz. Diese scharfe Kontrastierung zwischen Herrschaft und (*malestream-*)Wissenschaft einerseits und feministischer Politik/Wissenschaft andererseits führt vielmehr, so Holland-Cunz (2003b), zu einer positiven Ideologisierung feministischer Wissenschaft: „Eine Wissenschaft, die der Frauenbewegung apologetisch und affirmativ 'hinterher forscht', wird nur schwer eine parteiliche Befreiungstheorie produzieren können" (Holland-

Cunz 2003b, 18f.). Gute feministische Wissenschaft muss daher auch guten wissenschaftlichen Standards folgen, um nicht die Lücken und Probleme der Praxis zu reproduzieren, sondern kritisches, originelles und – im feministischen Sinne – objektives Wissen zu generieren.

Skepsis wurde auch angesichts des voluntaristischen Zugs geäußert, der in der Vorstellung von Wissenschaft als Politik mit anderen Mitteln steckt. In der Mies'schen Konzeption ist ein politischer Voluntarismus enthalten, bei Harding wiederum ein kognitiver Voluntarismus:

> „Das Denken – im Unterschied zum sonst üblichen feministischen Handeln – wird es schon richten. Wie viel die 'integrierten Außenseiterinnen' trotz aller schmerzlichen herrschaftskritischen selbstreflexiven Anstrengungen dazu beitragen, dass das Herrschaftssystem Wissenschaft so elegant und effizient auch *gegen sie selbst* funktionieren kann, kommt kaum in den Blick" (Holland-Cunz 2005, 110f., Hrvg.i.O.).

Die Verwicklungen des feministischen Wissenschafts-/Politikprojekts in Wissenschaft, Politik und Ökonomie sind es, die allerdings spätestens ab den 1990er Jahren und insbesondere in den 2000er Jahren auch in feministischen Kritikkonzeptionen ihren Widerhall finden. In Abschnitt 2.4 wird gezeigt, dass und wie machtkritische Selbstreflexionen als bewusste *politics of location* und eine reflektierte Re-Konzeptionalisierung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik Eingang in feministische Kritikkonzeptionen finden. Um zu verstehen, dass und wie feministische Kritikkonzeptionen damit auf reale Wandlungsprozesse reagieren und diese theoretisch verarbeiten, soll in der folgenden Zwischenbetrachtung die Entwicklung des Feminismus skizziert werden – und zwar hinsichtlich des hier interessierenden Aspektes seiner machtvollen Verwicklungen und der daraus resultierenden Effekte für den Miss-/Erfolg feministischer Kritik.

2.3 Zwischenbetrachtung: Feministische Politik & Wissenschaft – erfolgreich gescheitert?

Bislang stand im Zentrum der Untersuchung das Vorhaben, Elemente feministischer Kritikkonzeptionen zu bergen. Dazu wurde eine erste Schicht ausgemacht, die eine Art Kern- oder Ausgangskonstellation feministischer Kritik darstellt: das Aufbegehren gegen die patriarchal-androzentrische Halbierung der Moderne. Daran anschließend kann eine zweite Schicht ausgemacht werden, die bestehende Kritikkonzeptionen selbstreflexiv ausdifferenziert, zum Teil revidiert und vor allem in Bezug auf die eigene Positionierung machtkritisch unterlegt (vgl. dazu den folgenden Abschnitt 2.4). Diese Entwicklungen sind nicht nur als innertheoretische Ausdifferenzierungen zu verstehen, sondern auch als Teil einer

theoretischen Verarbeitung *gesellschaftlicher Erfahrungen*. Eine wichtige Rolle für die Debatten um feministische Kritik spielen dabei die Entwicklungen, die feministische Wissenschaft im Zuge ihrer Akademisierung, Professionalisierung und Institutionalisierung durchlaufen hat sowie das Verhältnis feministischer Wissenschaft zu den sich ebenfalls im Wandel befindenden anderen feministischen Praxisformen. Dazu gehören zuvorderst das Feld der Frauen- und Gleichstellungspolitik, Frauenbewegungen und Protestformen sowie das Einsickern feministischer Anliegen in die politische Agenda, in die Medien, Populärkultur und alltägliche Leitorientierungen. Dabei spielen nicht nur Fragen danach eine Rolle, wie sich das feministische Wissenschafts-/Politikprojekt verändert – sondern auch, welche Effekte das auf die von feministischer Seite artikulierte Kritik hat, also ob und inwieweit Feminismus unter sich wandelnden Bedingungen sich noch als kritisches, radikales Projekt versteht oder verstehen kann. Verhandelt werden Erfolge wie Misserfolge feministischer Kritik; unbeabsichtigte Nebeneffekte wie paradoxe Wirkungen feministischer (Wissens-)Politiken und die Frage, ob und inwieweit Feminismus sich nunmehr selbst zu einem Projekt gewandelt hat, das Ausschlüsse und machtvolle Hierarchien reproduziert bzw. (beabsichtigt oder nicht) anschlussfähig etwa für neoliberale Politik ist. Mit anderen Worten: in den Blick kommt nunmehr die eigene Verstrickung in diejenigen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, gegen die das feministische Kritikprojekt eigentlich angetreten ist. Um also zu verstehen, wie sich feministische Kritikkonzeptionen aus- und weiterentwickeln, welche Denkbewegungen zugrunde liegen und vor welchen Herausforderungen feministische Kritik gegenwärtig steht, ist es wichtig, sich die Debatten um das „erfolgreiche Scheitern" (vgl. Holland-Cunz 1994; Wetterer 2012) feministischer Kritik zu vergegenwärtigen. Im Folgenden werden daher zentrale Aspekte der Entwicklung feministischer Praxisformen skizziert – und zwar in der Perspektive der Debatten, die verschiedene Facetten das erfolgreichen Scheiterns feministischer Kritik thematisieren. Dazu wird zunächst eine Binnenperspektive auf die Entwicklung feministischer Wissenschaft innerhalb der Akademie eingenommen; danach nach dem Verhältnis zu den sich ebenfalls wandelnden Praxisformen wie der Frauen- und Gleichstellungspolitik gefragt sowie abschließend einige zentrale Aspekte der jüngsten Debatten um 'Vereinnahmung' bzw. Desartikulation feministischer Kritik nachgezeichnet.

Feministische Wissenschaft hat im Laufe ihrer Entwicklung seit den beginnenden 1970er Jahren einen Prozess der Akademisierung und Institutionalisierung durchlaufen. Der Begriff Institutionalisierung bezieht sich hier zunächst auf die „Sichtbarmachung, Verstetigung und Absicherung der Frauen-/Geschlechterfor-

schung als wissenschaftliches Lehr- und Forschungsgebiet im Hochschul- und Wissenschaftssystem" (Metz-Göckel 2004, 597). Dies umfasst zwei Ebenen: Feministische Wissenschaft bzw. Frauen- und Geschlechterforschung bildet erstens einen eigenständigen *kognitiven Komplex*, der die Entwicklung und Herausbildung eigenständiger Theorien, Begriffe, Methodologien umfasst (vgl. Kahlert 2005a, 52). Die Akademisierung feministischer Wissenschaft vollzieht sich zweitens aber auch als Herausbildung eines eigenständigen *sozialen Komplexes*, der spezifische Ausbildungs- und Karrieremuster umfasst sowie die Entstehung einer genderorientierten *scientific community* mit eigenständigen Kommunikationszusammenhängen in Form von Tagungen oder Zeitschriften (vgl. ebd.).

Ganz ähnlich der Strategien der Frauenförderung, die sich „zwischen Integration und Autonomie" (vgl. Mischau/Kamer/Blättel-Mink 2000) bewegen, hat auch feministische Wissenschaftsentwicklung eine doppelte Ausrichtung: einerseits wird auf die Integration von Gender in die bestehenden Disziplinen gesetzt (was etwa zu eigenständigen genderorientierten Teilbereichen innerhalb von Einzeldisziplinen führt, vgl. am Beispiel der Politikwissenschaft Jung 2008). Andererseits wird auf die Etablierung autonomer, in der Regel inter- und transdisziplinärer Strukturen abgezielt (was zur Gründung von eigenständigen Gender-Zentren oder Gender-Studiengängen geführt hat) (vgl. Kahlert 2005a). Das heißt, die feministische Wissenschaftsentwicklung basiert einerseits auf einem binnenfeministischen, stark interdisziplinär geprägten akademischen Diskussionszusammenhang, andererseits findet eine explizite Einschreibung der Inhalte feministischer Wissenschaft in einzelne Fachdisziplinen statt – und führt so zu einer stärkeren Auseinandersetzung feministischer Ansätze mit den traditionellen Kernbestände der *malestream*-Wissenschaft. Verfolgt wird spätestens ab den 1980er Jahren weniger „eine ausdrückliche Separierung und exklusive Frauenbeteiligung" (Metz-Göckel 2004, 598), sondern eine offensive und geschlechtskritische Auseinandersetzung mit einzelnen, männlich geprägten Fachkulturen und dem jeweiligen disziplinären Kanon. Feministische Wissenschaft tritt so auch selbstbewusst als komplexes, produktives und innovatives Wissensprojekt im Rahmen anerkannter Kriterien von wissenschaftlicher Leistung und Expertise auf, das über die bloße Addition weiblicher Lebenswelten hinaus reicht (vgl. Kahlert 2005a; Maihofer 2009).

Angesichts einer Vielzahl von Studiengängen, gender-denominierten Professuren, Publikationen etc. erscheint feministische Wissenschaft bzw. Frauen- und Geschlechterforschung einerseits als höchst erfolgreiches Projekt, das in einer vergleichsweise kurzen Zeit von ca. 40 Jahren eine durchaus nicht zu unterschätzende feministische Herausforderung der Wissenschaft darstellt – und

diese auch weiterhin beständig herausfordert. Aber obwohl die Integration der Gender-Perspektive mittlerweile in vielen Forschungsfeldern als unabdingbar gilt, kann dennoch nicht davon gesprochen werden, dass der intellektuelle, institutionelle und personelle Androzentrismus des *mainstreams* der Wissenschaft maßgeblich aufgebrochen wurde. Eher scheint es, als sei feministischer Wissenschaft 'ein Gärtchen am Rande' zugewiesen worden; von einer breiten Rezeption der Erkenntnisse und Befunde feministischer Wissenschaft, einem veränderten Wissenschaftskanon oder „gar einer 'Erneuerung der Wissenschaft'" (Metz-Göckel 2004, 601) kann nach wie vor nicht gesprochen werden.

Häufig wird darauf verwiesen, dass es sich um eine lediglich partielle Öffnung der Wissenschaft für feministische Anliegen handelt, gar durch die Einrichtung von feministischen Nischen die Geschlechtsblindheit des restlichen Betriebs umso effektiver immunisiert werden konnte und/oder bereits erreichte Standards der Institutionalisierung von Gender Studies prekär bleiben, in dem bestehende Strukturen z.B. bei anstehenden Generationenwechseln wieder zurück- oder gänzlich abgebaut werden. Dass bislang noch eine deutliche Kluft zwischen dem Grad der institutionellen Verstetigung der Frauen- und Geschlechterforschung einerseits und dem Grad der Anerkennung ihrer Ansätze und Ergebnisse im wissenschaftlichen Mainstream andererseits besteht (vgl. Hark 2005), verweist auf einen weiteren Problemzusammenhang: Für die Karriereentwicklung innerhalb des Wissenschaftssystems ist nicht zuletzt relevant, welche Formen von Wissenschaft (re-)produziert werden bzw. mit welchen Formen von Wissenschaft die als zentral anerkannten Qualifikations- und Reputationsmerkmale erworben werden. Hier gilt die Spezialisierung auf dezidiert feministische Inhalte innerhalb der bestehenden, androzentrisch geprägten Anerkennungs- und Förderverhältnisse des Wissenschaftsbetriebs aber eher als Karrierefalle. Entsprechend scheint mit zunehmendem Aufstieg in den Hierarchie- und Qualifikationsstufen des „Konkurrenzfeldes Hochschule" verstärkt die Maxime zu gelten: „In den nächsten vier Jahren besser keine feministischen Sachen" (Andresen 2001, 177). Bei allem institutionellen Erfolg blieb die Frauen- und Geschlechterforschung bislang daher häufig auf die marginale Position einer „anerkannten Nebensache" (Andresen 2001) verwiesen. In diesem Zusammenhang wird vielfach kritisch darauf hingewiesen, dass „Frauen ein eingehegtes Territorium zur Verfügung gestellt [wird], während sie zugleich weiterhin von der gleichberechtigten Teilhabe am Ganzen der Wissenschaft ausgeschlossen sind" (Hark 2007, 5). Cornelia Klinger hat hierzu den Begriff der „peripheren Kooptierung" geprägt (Klinger 1998b).

Wie Barbara Holland-Cunz schreibt, hat der Prozess der begrenzten Integration des feministischen Kritikprojekts in die Wissenschaft allerdings nicht

nur hinsichtlich ihrer Anerkennung durch die *mainstream*-Wissenschaft ihre Einschränkungen; vielmehr hat die Institutionalisierung feministischer Wissenschaft auch Effekte für das damit verbundene Kritikprojekt:

> „Die Einfügbarkeit der feministischen Theorie in den etablierten, normalen, normalwissenschaftlichen universitären Betrieb hat allerdings auch heute noch Grenzen, die v.a. im Widerstand der akademischen Institutionen gegen Frauen als konkret anzuerkennende Gleiche liegen. Die Integration schreitet seit mindestens zehn Jahren dennoch als zweiseitiger Prozess voran. Auf der einen Seite treiben Feministinnen an den Hochschulen diesen Prozess als einen der wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Anerkennung selbst weiter, auf der anderen Seite schleift die berufsfeministische Alltagspraxis durch wachsende Distanz zu außeruniversitären Perspektiven die feministischen 'Ecken und Kanten' der akademischen Akteurinnen ab" (Holland-Cunz 2003c, 168).

Mit anderen Worten: die Akademisierung feministischer Wissenschaft befördert eine wachsende Entfremdung gegenüber anderen feministischen Praxisformen und gleichzeitig erwächst aus der Orientierung daran, Anerkennung durch die bestehende Wissenschaft zu erfahren, die Gefahr, sich anzupassen. Diese Gemengelage begünstigt nicht nur das, was Holland-Cunz (2003c, 168) als „Abschleifen der feministischen 'Ecken und Kanten'" benennt. Feministische Wissenschaft habe sich insgesamt zur Normalwissenschaft entwickelt (vgl. Holland-Cunz 2001a).

> „Viele Berufsfeministinnen bewegen sich heute in institutionellen Situationen, in denen die Foucault'schen Techniken der Macht unmittelbar wirken, in denen 'das Normale' als zwingender Imperativ auf Individuen einwirkt und jede Abweichung gefährlich erscheinen lässt. Viele Berufsfeministinnen, mich eingeschlossen, übernehmen inzwischen aber auch selbst gesellschaftliche Aufgaben und Funktionen, die die Erzeugung von klassifizierenden Unterschieden zum Inhalten haben [z.B. Prüfungen] [...]. In solch doppelter Weise in die macht-vollen Netze der Normalisierung verstrickt, sind Berufsfeministinnen heute sowohl Ziel- und Ansatzpunkte der Normalisierungsmacht als auch ihre aktiven Vollstreckerinnen. Nach Foucault gibt es ohnehin keine säuberliche Trennung zwischen Herrschenden und Beherrschtwerden, zwischen der Konformisierung und Klassifizierung anderer und der normalisierenden Einpassung und Selbsteinpassung. Als aktueller Standort einer Theorie und Praxis, die mit dem Aufruf zur Befreiung angetreten ist, muss das feministische Verstricktsein in die Techniken der Macht heute unangenehm auffallen" (Holland-Cunz 2003c, 169).

Allerdings wird die seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre stattfindende zunehmende Qualifizierung und Professionalisierung der Akteur_innen sowie eine Etablierung eigenständiger Ausbildungs- und Forschungszusammenhänge nicht nur als Ein- und Anpassungsprozess von Feminist_innen in den Normalbetrieb

diskutiert; der Kampf um gleiche Teilhabe bleibt ein wichtiges Element feministischer Politikstrategie. Innerhalb der feministischen Debatte gibt es auch eine ausgeprägte Orientierung an einem positiven Machtbegriff, der den Blick darauf lenkt, Ressourcen anzueignen, um Strukturen im eigenen Sinne verändern zu können. Die Institutionalisierungs- und Professionalisierungsprozesse, also die sog. 'Normalisierung' feministischer Wissenschaft bedeutet aus dieser Sicht eben auch, dass sich feministische Akteur_innen „in einzelnen Disziplinen positionieren und einen gewissen Einfluss auf die personelle Rekrutierung ausüben" (Metz-Göckel 2004, 597) konnten. Die Institutionalisierung feministischer Wissenschaft steht in einem Zusammenhang mit der Durchsetzung und Ausbreitung frauen- und gleichstellungspolitischer Stellen in- und außerhalb der Hochschulen (und vice versa) und es gibt einen Zusammenhang zwischen der Etablierung von Gender Studies (als Fach) mit Frauenförderung an den Hochschulen (vgl. Ehmsen 2008; Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien 2004) – ein Umstand, der nicht zuletzt auch auf den engen und positiven Zusammenhang zwischen feministischer Wissenschaft bzw. der Gender-Perspektive und der Frauenförderung in der Wissenschaft verweist.

So wurde in diesem Kontext auch nachgewiesen, dass feministische Wissenschaft eine Augenöffnerin für (weibliche) Studierende darstellt, die es ihnen ermöglicht oder erleichtert, über Kritik – auch und insbesondere der Wissenschaft – gleichsam einen Platz in eben jener zu finden (vgl. Schmidbaur 2004). Dabei ist davon auszugehen, dass sich auch die feministische Politisierung nicht mehr (nur) aus primär frauenbewegten Kontexten innerhalb und außerhalb der Universitäten, sondern zunehmend (wenn auch nicht ausschließlich) aus einer dezidiert wissenschaftlichen Sozialisation speist – können doch viele jüngere Frauen (und vermehrt auch junge Männer) feministische Erkenntnisse im Rahmen disziplinierter, 'normaler' Studiengänge gewinnen. Metz-Göckel konstatiert hier, dass zwar die Orientierung an akademischen Standards sowie das „wachsende Interesse von Frauen an einer wissenschaftlichen Berufstätigkeit" überhaupt erst die Voraussetzungen für eine weitreichende Institutionalisierung feministischer Wissenschaft geschaffen haben. Doch habe sich „mit der vorrangigen Orientierung an der Wissenschaft und einer individuellen wissenschaftlichen Karriere [...] ein Bezugswechsel der Akteurinnengruppe und ihre Distanzierung von der Frauenbewegung" (Metz-Göckel 2004, 599) vollzogen.

Allerdings steht die Frauen- und Geschlechterforschung unter ökonomischem Druck und ist im Kontext des Umbaus des Hochschulsystems entlang neoliberaler Verwertbarkeitsanforderungen, aber auch entlang der Leitbilder des *new public managements* Nützlichkeitserwartungen ausgesetzt (vgl. Liebig 2004; Riegraf et

al. 2010). Innerhalb der Wissenschaft macht sich dies nicht nur darin bemerkbar, dass und wie z.b. die Profilbildung von genderorientierten Studiengängen sich in den letzten Jahren sukzessive von einem feministischen Profil hin zu Gender- und weiter Diversity-Rhetoriken entwickelt haben (vgl. Hark 2005). Zudem ist eine Drift bemerkbar zwischen vorrangig anwendungsorientierten Strängen der Frauen- und Geschlechterforschung, die auf die Produktion von möglichst praxisnahem Gender-Wissen setzen, und einer hochabstrakten feministischen Theoriebildung andererseits. Letztere unterliegt aber einem generell zu spürenden Trend der Abwertung von Theorie und den damit assoziierten disziplinären Teilbereichen bei gleichzeitigem Aufschwung von empiristischen Wissenschaftszweigen (vgl. kritisch zu dieser Entwicklung etwa in der Politikwissenschaft Greven 2008; Jörke 2012).

Feministische Wissenschaft steht dabei in allen Varianten unter enormem (häufig ökonomisch chiffriertem) Legitimationsdruck. Innerhalb der herrschenden Rechtfertigungskonventionen bedienen sich Feminist_innen daher auch der herrschenden Rhetoriken, die vor allem als „institutionelle Überlebens- und Marketingsstrategien" (Knapp 2012, 10) zu verstehen sind:

> „An vielen Universitäten im deutschen Sprachraum konnten sich in der jüngeren Vergangenheit Gender-Einrichtungen im innerakademischen Wettbewerb um knappe Mittel nur deshalb erfolgreich durchsetzen oder zumindest auf prekärem Niveau halten, weil ihre Protagonistinnen sowohl die Innovationsrhetorik bedienten als auch, unter Tilgung des Adjektivs 'feministisch', die Nützlichkeit der von ihnen lieferbaren Qualifikationen zur Ressourcenmobilisierung glaubhaft zu machen wussten" (Knapp 2012, 9).

Hinzu kommt, dass Kernelemente dessen, wofür Gender Studies als kritisches, innovatives und transformatives Wissensprojekt stehen (wie z.B. die Inter- und Transdisziplinarität, vgl. hierzu Hark/Wetterer 2010), unter den Bedingungen der *entrepreneurial university* unerwartete Anschlussfähigkeiten an neoliberal inspirierte Re-Strukturierungen der Hochschulen zeigen bzw. für diese passfähig sind.

Nicht nur die binnenwissenschaftlichen Strukturen unterliegen einer Veränderung; dies gilt auch für das Verhältnis zwischen feministischer Wissenschaft und der Frauen- und Gleichstellungspolitik.

Realisiert wurde die Institutionalisierung der feministischen Wissenschaft u.a. durch das sich in den 1980er Jahren herausbildende „magische Viereck zwischen Frauenbewegungen, institutionellen FeministInnen, PolitikerInnen und Frauen- und Geschlechterforschung" (Lenz 2010, 17). Die Entwicklung und institutionelle Durchsetzung der feministischen Wissenschaft ist daher nicht

ohne den Rückhalt zu denken, der durch ein „hohes Maß an Vernetzung sowie wechselseitiger Legitimationsproduktion und Bestärkung zwischen Akteurinnen in den unterschiedlichen Praxisfeldern" bestanden hat (Knapp 2012, 7).

Gleichzeitig sorgt aber gerade die Institutionalisierung und Professionalisierung (die ja auch die anderen Praxisfelder betrifft) für manifeste Konflikte zwischen Aktivismus und Akademie und für Veränderungen der feministischen Öffentlichkeit. Zum einen wurde mit der Einpassung feministischer Wissenschaft in das bestehende Wissenschaftssystem das spannungsgeladene Widerspruchsverhältnis zwischen „Aktivismus und Akademie" und den „sich wechselseitig herausfordernden Logiken von Politik und Wissenschaft" (Hark 2005, 243) immer deutlicher und führte zu konfliktreichen binnenfeministischen Auseinandersetzungen entlang der Fragen um 'Autonomie und Integration' oder 'Theorie versus Politik'. Während auf Seiten der frauenpolitischen Praxis die Akademisierung feministischer Theorie eher als Prozess der Entpolitisierung in den Blick kommt, wird feministische Wissenschaft seitens der männlichen 'Normalwissenschaft' gerade durch die Nähe zur Praxis und den normativen Anspruch der Herrschaftsabsage als politisch und – im herrschenden Wissenschaftsverständnis – damit als unwissenschaftlich abgelehnt (vgl. Landweer et al. 2012).

Im Zuge der weiteren Entwicklung und Etablierung feministischer Wissenschaft erscheint jedoch nicht nur das Verhältnis zur politischen Praxis immer distanzierter; zudem verflüchtigt sich eine lebendige und öffentlichkeitswirksame Frauenbewegung als sozialer, politischer und intellektueller Kontext feministischer Wissenschaft. Maria Dackweiler und Barbara Holland-Cunz beschreiben im Anschluss an eine Phase der institutionellen Ausbreitung und Durchsetzung während der 1980er einen „Strukturwandel feministischer Öffentlichkeit": „[...] vom gemeinschaftlichen kritischen Räsonnement zu vereinzelter Rezeption und vereinzelndem Konsum, von einem kollektiven kommunikativen Zusammenhang zum entpolitisierten Konsum an Orten vorproduzierter öffentlicher Diskussion" (Dackweiler/Holland-Cunz 1991, 106). Diese 'Zerfallsthese' feministischer Öffentlichkeit speist sich vor allem aus dem Eindruck, dass sich eine öffentlich sichtbare, feministische Protestbewegung verflüchtigt hat. Die radikalen Flügel der Frauenbewegung, sowie die damit verbunden Kritikperspektiven und Utopien hatten an Stärke und Sichtbarkeit verloren – und zwar nicht zuletzt, weil sie auf einer Projektstruktur basierten, denen die ökonomisch-materielle Grundlage erodierte (vgl. Lenz 2010). Demgegenüber hatten die integrationsorientierten Flügel der Frauenbewegung ihren Marsch durch die Institutionen angetreten; parallel dazu etablierte sich in der institutionalisierten Politik ein konservativer Feminismus.

Trotz der Rede von Entfremdung und Zersplitterung von feministischer Wissenschaft und feministischer Politik hat erstere für letztere aber dennoch immer eine Rolle insofern gespielt, als sie Wissen für Bewegung bzw. Expertise für frauen- und gleichstellungspolitische Praxis generiert hat. Bereits ab den 1980er Jahren gab es so etwas wie eine feministische Politikberatung im Sinne der Generierung von Expertise für frauen- und gleichstellungspolitische Praxis: „Verfolgt wurde eine Doppelstrategie: radikale Politikfeldanalysen bei gleichzeitig pragmatischer und basisnaher Politikimplementation" (Kreisky 2007, 30). Insbesondere die neueren Strategien wie Gender Mainstreaming sind wissensbasiert und die Akteur_innen dieses Felds arbeiten häufig auf Grundlage der Erkenntnisse und Befunde, die feministische Wissenschaft bereitstellt. Im Zusammenhang mit Gender Mainstreaming und Diversity hat sich ein Markt an genderorientierter Weiterbildung und Beratung entwickelt; das heißt, hier ist auch eine Umstellung der Thematisierungsweisen von Geschlecht und Gleichstellung von Bürokratie auf Markt zu beobachten (vgl. Jung 2008).

Mit anderen Worten: Auch das Feld der Frauen- und Gleichstellungspolitik hat sich verändert – ebenso wie feministische Wissenschaft hat auch Frauen- und Gleichstellungspolitik Professionalisierungsprozesse durchlaufen und steht ebenfalls unter ökonomischem und politischem (Anpassungs-)Druck. Insbesondere die Umstellung der Frauen- und Gleichstellungspolitik von klassischen Elementen wie Frauenquoten auf Gender Mainstreaming bzw. Diversity-Ansätze (vgl. Jung 2008) gelten als einschneidende Veränderung in der Gleichstellungspolitik (vgl. Jung 2007). In der feministischen Debatte wird die Entstehung dieses neuen Felds als Teil einer nur „rhetorischen Modernisierung" (Wetterer 2012; 2003; Jung 2007) im Zeichen eines genderinformierten Technokrat_innen- und Expert_innentums kritisiert, bei dem es eher um die Absicherung von Stellen und Pfründen denn um emanzipatorische Transformationsprozesse geht. Auch wird Gender Mainstreaming als eine Art feministischer Beitrag zu Sozial- und Selbsttechnologien im Rahmen neoliberaler Regierungstechnik verhandelt (vgl. u.a. Bereswill 2004; Kahlert 2005b; Schunter-Kleemann 2003). Strategien wie Gender Mainstreaming und Diversity gehen, so der Vorwurf, Hand-in-Hand mit der Implementierung von New Public Management-Strategien und Bologna-Prozess an den Hochschulen, mit der neoliberaler Ökonomisierung der Bildung und der Unterwerfung von Wissenschaft und Praxis unter Verwertungs- und Nützlichkeitsimperative (vgl. Grisard 2004). Damit, so die Kritik weiter, werde auch die Geschlechterfrage an ökonomische Rationalitätskalküle überantwortet, deren Interesse an 'Geschlecht' nur insofern und solange hält, als „Gender als Humanressource" (vgl. Bereswill 2004) entdeckt und nutzbar gemacht wird.

Mit anderen Worten: „unter der Fahne von Frauenbefreiung werde die subtilisierte Einpassung von Gender in das herrschende System betrieben" (Müller 2009, 201).

Demgegenüber argumentieren, so resümiert ebenfalls Ursula Müller, viele Feminist_innen jedoch, dass gerade ein solch 'passförmiges' Politikinstrument es eben „wie kein andere[s] bisher [...] zuwege gebrachte habe, nah an handlungsmächtige Akteure in Institutionen heranzurücken und Aspekte des Geschlechterdiskurses mit zentralen Diskursen von Institutionen und Organisationen zu verbinden" (ebd., 201). Das heißt, gerade die Tatsache, dass das in Gender Mainstreaming zum Einsatz kommende Geschlechterwissen auch anschlussfähig an Handlungsrelevanzen der bestehenden Strukturen und Organisationen werden könne, mithin also eine „kontextbezogenene Reformulierung wissenschaftliches Wissen" (ebd., 200) erlaube, kann eine neue und hochwirksame „Türöffnerfunktion" (ebd., 201) für Frauen bedeuten.

Spätestens also mit dem Praktischwerden feministischer Wissenschaft im Kontext der wissensbasierten, als neoliberal kritisierten Politikinstrumente wie Gender Mainstreaming und Diversity-Ansätzen wird in der feministischen Diskussion nicht nur über eine vermeintliche oder tatsächliche Abschleifung des kritischen Potentials diskutiert; sondern darüber hinausgehend über eine vermeintliche oder tatsächliche (unbeabsichtigte oder strategisch eingesetzte) *Beteiligung* feministischer Kritikansätze an hegemonialen Politikprozessen.

Die Dialektik von Erfolg und Scheitern von Gesellschaftskritik hat vor diesem Hintergrund in den letzten Jahren durch die Popularisierung von Ansätzen eine besondere Zuspitzung und Akzentuierung erhalten, die vornehmlich die Funktion von Kritik als Systemressource in den Blick nehmen. Maßgeblich hierfür sind diejenigen (vorwiegend subjekt- und kapitalismuskritischen) Zeitdiagnosen, die Kritik vornehmlich in ihrer Funktion als Ressource der Modernisierung denn als Störfaktor des Kapitalismus diskutieren (vgl. Künkler 2008; Schoppengerd 2014a; van Dyk 2012; 2010; 2009). Zu den ambitioniertesten wie einflussreichsten Untersuchungen gehört zweifellos „Der neue Geist des Kapitalismus" von Luc Boltanski und Ève Chiapello (2003). Das argumentative Grundmuster der Vereinnahmungsdiagnosen läuft darauf hinaus, dass das kapitalistische System zu seiner Legitimierung auf kritische Impulse und Praktiken z.B. der neuen sozialen Bewegungen zurückgreift, die eigentlich gegen dieses System gerichtet sind; dabei wird Kritik vorrangig durch Prozesse umfassender Kommodifizierung und Vermarktlichung vereinnahmt und von ihren ursprünglichen Trägergruppen gelöst. Dies wiederum geht mit einer Lähmung der Kritik einher, die sich vor

allem aus der Einsicht speist, dass Dissidenz, Abweichung und widerspenstige Praktiken letztlich nur zu einer Stärkung und Immunisierung des kritisierten Systems beitragen (vgl. dazu Dyk 2012; 2010; 2009).

Auch für die Entwicklung feministischer Kritik liegt eine Reihe an Arbeiten vor, die die Rolle des Feminismus in der herrschaftsförmigen Re-Strukturierung und Modernisierung westlicher, bürgerlicher, patriarchal-kapitalistischer Gesellschaften kritisch diskutieren (vgl. Fraser 2013; 2009; Haug 2009; Knapp 2012; McRobbie 2010; Schoppengerd 2014a; Trumann 2002; Power 2011; Umrath 2012; Villa 2010; Wetterer 2012; 2003). Feministische Inhalte, so argumentiert Paula-Irene Villa, haben im Zuge ihrer Popularisierung und ihres Eindringens in Alltagspraxen sowohl an politischer Komplexität eingebüßt als auch sind sie hinsichtlich ihrer Be-Deutungen verformt und eingemeindet worden (vgl. dazu Villa 2010). Vieldiskutiert sind aber auch die ambivalenten Effekte feministischer Strategien, darunter „die reifizierenden Effekte der Gender-Politiken, […] Formen der Durchsetzung feministischer Vorhaben mit Hilfe von Legitimationsstrategien aus dem Repertoire des Neoliberalismus […], bis hin zu Strategien 'paradoxer Intervention'" (Knapp 2012, 390f.).

Mit dem Konzept der rhetorischen Modernisierung hat Angelika Wetterer (2012; 2003) die These vorgebracht, dass feministische Anliegen zwar auf der kulturellen Ebene in Gleichheitsrhetoriken Eingang gefunden hätte, darunter und daneben aber Formen männlicher Herrschaft erfolgreich in den gesellschaftlichen Strukturen, den Institutionen und den Alltags- und Handlungsroutinen bis auf die Ebene der Paarbeziehungen aufbewahrt worden sind – allerdings um den Preis, dass dank der herrschenden Gleichheitsrhetorik diese verbliebenen Herrschaftsmuster nicht mehr thematisierbar sind und somit umso effektiver geschützt werden. Die Diagnose der Ungleichzeitigkeit zwischen Kultur- und Strukturebene ist freilich nicht unwidersprochen geblieben (vgl. Fraser 2013). Gleichwohl sind auch andere feministische Theoretiker_innen bemüht, der so eigentümlich verzerrten Emanzipation in der Gegenwartsgesellschaft nachzuspüren. In eindeutiger Diktion etwa artikuliert Nina Power ihr Unbehagen:

> „Wo sind all die interessanten Frauen hin? Würde man den zeitgenössischen Darstellungsformen des Weiblichen glauben, so belaufen sich die aktuellen Errungenschaften einer Frau anscheinend auf den Besitz teurer Handtaschen, eines Vibrators, eines Jobs, eines Appartements und eines Mannes – vermutlich in dieser Reihenfolge. […] Haben sich die Anliegen der Frauenbewegung des 20. Jahrhunderts in Form von Shopping-Paradiesen für 'freche', selbstverliebte, schamrasierte *Playboy*-Häschen-Klone erfüllt? Dass der Höhepunkt angeblicher weiblicher Emanzipation so schnurgerade mit dem Konsumdenken zusammenläuft, stellt unserer politisch desolaten Zeit ein erbärmliches Zeugnis aus" (Power 2011, 7).

Auch Angela McRobbie (2010) verortet einen wesentlichen Hebel der Desartikulation feministischer Kritik bereits in der postmodernen Kultur (statt in dem egalitätsorientierten 'Hinterherhinken' der Strukturebene). Die *top girls,* also eine kleine Gruppe von (jungen) Frauen, habe tatsächlich Fortschritte hinsichtlich der ökonomischen Unabhängigkeit und der kulturellen Egalitätsangebote erreicht. Diesen, so resümiert Schoppengerd, wird allerdings „ein neuer 'Geschlechtervertrag' geboten, der die Teilhabe an diesem Fortschritt gewährt, zugleich aber den Verzicht auf feministische Positionen und die Anpassung an die Imperative eines expandieren 'Mode- und Schönheitssystems' verlang[t]" (Schoppengerd 2014a, 258).

Noch weitreichendere Konsequenzen zieht Nancy Fraser, wenn sie auf eine 'verstörende Möglichkeit' hinweist: nämlich, dass feministische Kritik eine Umdeutung und Eingemeindung nicht nur von außen erfahren, sondern durch eine Verkürzung ihres Gerechtigkeitsverständnisses und ihrer gesellschaftlichen Transformationsbestrebungen auf kulturalistische Aspekte eine neoliberale Passfähigkeit quasi selbst ermöglicht und befördert hat.

> „[...] the diffusion of cultural attitudes born out of the second wave [feminism] has been part and parcel of another social transformation, unanticipated and unintended by feminist acitivists – a transformation in the social organization of postwar capitalism. This possibility can be formulated more sharply: the cultural change jump-started by the second wave, salutary in themselves, have served to legitimate a structural transformation of capitalist society that runs directly counter to feminist visions of a just society" (Fraser 2013 [2009], 211).

Mit einer solchen Diagnose ist feministische Kritik letztlich vor die Herausforderung gestellt, nicht nur über Aspekte des *Misserfolgs* im Sinne einer *nicht erreichten Wirksamkeit* oder einer nur begrenzten Teilhabe nachzudenken; das Problem stellt sich aus dieser Sicht noch weitaus tiefer gehend so dar, dass eher umgekehrt über den *Erfolg* und die *Wirksamkeit* feministischer Kritik nachgedacht werden muss – allerdings über einen *unintendierten, den eigenen Ansprüchen diametral entgegenlaufenden Erfolg.*

Feministische Kritik, so lässt sich aus den verschiedenen, sich im Einzelnen durchaus auch widersprüchlichen Diagnosen zu den verschiedenen Facetten des erfolgreichen Scheiterns resümieren, ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert: Die Lage feministischer Kritik ist von Ungleichzeitigkeiten und Widersprüchen geprägt, von „Problemen des Erfolgs" (Holland-Cunz 2001b) ebenso von Problemen des Misserfolgs, von paradoxen und unintendierten Effekten der eigenen Politik- und Wissensstrategien und vor

allem von mal mehr, mal weniger durchsichtigen Verstrickungen in die Macht- und Herrschaftsverhältnisse, zu deren radikaler und revolutionärer Transformation feministische Kritik einst angetreten ist. Feministische Kritik hat einen erheblichen Anteil am gesellschaftlichen Wandel der letzten Jahrzehnte gehabt – dieser wirkt aber auch zurück und verändert die Referenzbezüge und Rahmenbedingungen feministischen Denken und Handelns. Wie reagiert feministische Kritik auf diese veränderten Konstellationen? Wie werden die Erfahrungen feministischer Kritik theoretisch gespiegelt, welche Elemente werden für feministische Kritikkonzeptionen zentral? Und wie formiert sich feministische Kritik als Geschlechter- und Gesellschaftskritik, die sich den sich verändernden gesellschaftlichen Kontexten gewachsen zeigen will? Diese Fragen sind der Ausgangspunkt, um im Folgenden nach einer zweiten Schicht feministischer Kritikkonzeptionen zu fragen: nach Ansätzen, die von der Kern- und Ausgangskonstellation feministischer Kritik ausgehend, die Fäden feministischer Kritik als Geschlechter- und Gesellschaftskritik aufnehmen und weiter führen wollen. Dabei soll gezeigt werden, dass vor allem drei Aspekte hinzutreten oder weiter ausdifferenziert und vertieft werden, die ihrerseits als Verarbeitung gesellschaftlicher Erfahrungen des Feminismus begriffen werden können: nämlich machtkritische Selbstreflexivität, die Dynamik der Selbstüberschreitung feministischer Kritik und die *politics of location* zwischen Nähe und Distanz im Verhältnis von Wissenschaft und Politik.

2.4 Kritikkonzeption II: Kritik als *politics of location* und Orientierung auf's Ganze

In Abschnitt 2.2 wurde versucht, die Kern- oder Ausgangskonstellation feministischer Kritik zu umreißen. Im Zentrum steht, so meine These, das Aufbegehren wider die patriarchale Halbierung der Moderne. Daran schließen sich die Kritik des Androzentrismus ebenso an wie das Beharren auf Demokratisierung von Kritik und Wissenschaft. Analytisch, also auf der Ebene der gesellschaftstheoretischen Problem- und Gegenstandswahrnehmung, kommt so die Ambivalenz der Moderne und die Ordnung der Geschlechter in den Blick – eine Ordnung, die nicht nur herrschaftstheoretisch befragt wird, sondern auch emanzipationstheoretisch, insoweit auch Widersprüche und Ambivalenzen als Ermöglichung von Widerstand und alternativen Praxen in den Blick kommen. Feministische Wissenschaft zeigt sich so auch als politisches Projekt; das wissenschaftliche Selbstverständnis des Feminismus war zumindest in den ersten Theorie-Praxis-Debatten stark an einem Verständnis orientiert, das von einer sehr engen Relation von Wissenschaft und Politik ausging. Wie im vorangegangenen Abschnitt

gezeigt wurde, sind feministische Wissenschaft und Politik – ebenso wie die Gesellschaft, von der sie Teil sind und auf die sie kritisch bezogen sind – aber keine statischen Einheiten, sondern unterliegen selbst einem widersprüchlichen und mitunter paradoxen Wandel. Kritik muss darauf reagieren können – und auch in der feministischen Theoriebildung werden spezifische Erfahrungen verarbeitet, bislang bestehende Paradigmen und Vorstellungen umgearbeitet, ausdifferenziert, kritisch reformuliert, ggf. auch revidiert. Vor allem aber ist auch feministische Kritik zunehmend mit den Problemen ihres Erfolgs und ihres Misserfolgs konfrontiert (vgl. Abschnitt 2.3) – und die erreichten Veränderungsprozesse, aber auch die Grenzen des angestrebten *feminist turn* in Wissenschaft und Politik werden (selbst-)kritisch reflektiert und auf die eigenen Grundlagen der Kritik zurückgespiegelt.

Dazu gehört, dass im feministischen Diskurs *selbstreflexive und machtkritische Überlegungen an Bedeutung gewonnen* haben und gleichzeitig die Debatte um eine *Erweiterung der Referenzbezüge feministischer Kritik* über die Beschäftigung mit Geschlecht hinaus intensiviert wird. Diese Entwicklungen lassen sich in verschiedenen Dimensionen der Kritik ausmachen: Es geht um Fragen des Zusammenhangs von Geschlechterverhältnissen mit anderen Herrschaftsmustern und die Kontur von Zusammenhangsanalysen, die der Mehrdimensionalität sozialer Wirklichkeit Rechnung tragen können; es geht um die Frage, welche Position feministische Kritik im Feld der Gesellschaftskritik zukommt und ob und wie sie als Gesellschaftskritik gehört wird; es geht darum, die eigenen Verstrickungen in die bestehenden Verhältnisse kritisch zu reflektieren und zu einer spezifischen *politics of location* zu gelangen, die überdies sensibel für die Eigenlogiken von Wissenschaft und Politik ist. Diese Aspekte werden im Folgenden eingehender erläutert.

2.4.1 Zur Methode der Kritik: Die Dialektik von Besonderem und Allgemeinem – von der Prekarität zur Weiterentwicklung feministischer Kritik

In den vorangegangenen Ausführungen wurde dargelegt, dass und wie Androzentrismuskritik zum Kerngehalt feministischer Kritikkonzeptionen gezählt werden kann. Gezeigt wurde auch, dass es sich dabei um ein durchaus komplexes Verfahren handelt. Dies gilt umso mehr, als Androzentrismuskritik sich in feministischen Kritikkonzeptionen immer schon mit der zentralen Frage nach der Reichweite feministischer Kritik überkreuzt: Bezieht sich feministische Kritik (nur) auf eine kritische Beschäftigung mit Geschlecht oder geht sie darüber hin-

aus? Wie ist das Verhältnis zwischen der Kritik der Geschlechterverhältnisse und der Kritik der Gesellschaftsverhältnisse im Allgemeinen? Dies betrifft mindestens zwei Dimensionen:

a) Zum einen geht es um das Verhältnis zwischen verschiedenen Ansätzen von Gesellschaftskritik und feministischer Kritik – also z.B. um die Frage, ob und inwieweit feministische Kritik jeweils 'nur' unter geschlechtskritischer Perspektive an vorliegende gesellschaftskritische Ansätze anschließt oder ob feministische Kritik gleichzeitig und darüber einen eigenen Ansatz verfolgt;

b) Damit ist zum anderen die Frage nach der Reichweite und dem (Selbst-) Anspruch feministischer Kritik auf das Allgemeine benannt. Hier geht es eher theoriesystematisch um die Frage, welche Rolle Geschlecht für das kritische Selbstverständnis spielt bzw. ob und inwieweit neben geschlechtsspezifischen auch andere Herrschaftsmuster berücksichtigt werden. In beiden Dimensionen ist relevant, ob und wie feministische Kritik in die Dialektik von Besonderem und Allgemeinem eingebunden ist bzw. wie feministische Kritik die Beziehung von Besonderem und Allgemeinen gestaltet.

Ad a) Es wurde gezeigt, dass eine Vielzahl von feministischen Arbeiten zwar ihren Ausgang darin nehmen, andere Theorieansätze auf ihre geschlechtsblinden Flecke hin zu untersuchen, dabei aber nicht bei einer reinen Androzentrismuskritik stehen bleiben. Vielmehr zielen sie darauf, feministische Lesarten zu entwickeln, produktive Anschlusspotentiale für feministisches Denken auszuloten und einzelne Elemente anderer Theorieansätze für feministische Erkenntnisprozesse fruchtbar zu machen. Tatsächlich gibt es zu nahezu allen großen Theorieansätzen auch feministische Arbeiten, die daran anschließen. Diese Grundkonstellation führte innerhalb feministischer Wissenschaft zu einem Phänomen, das mehrfach mit dem Bild einer 'unglücklichen Ehe' patriarchal-bürgerlicher Prägung zwischen Feminismus und Theorieströmungen wie Liberalismus, Marxismus, Kommunitarismus, Poststrukturalismus etc. gekennzeichnet wurde (vgl. u.a. Klinger 1997). Cornelia Klinger argumentiert, dass feministischer Theorie droht, ein Dasein ausschließlich als „Bindestrich-Feminismus" zu fristen bzw. „als 'Ehefrau mit Doppelnamen', [die] in verschiedenen Konstellationen und Allianzen als sozialistischer, liberaler, kommunitaristischer und [...] postmoderner Feminismus" auftritt (ebd., 178). Zum einen resultiert daraus eine spezifische Charakteristik feministischer Theoriebildung, die auf einem eher unorthodoxen, nomadisierenden und offensiv eklektischen Arbeiten basiert. Zum anderen ist feministische Theorie ihrerseits allerdings genau deswegen in ihrem 'vollen' Status als Theorie umkämpft. Sie ist hier mit hegemonialen, androzentrischen Logiken konfrontiert, die sich insbesondere in der Abwertung ihrer Relevanz,

ihrer Legitimität und ihrer Reichweite hinsichtlich ihres Status als kritische Gesellschaftstheorie ausdrücken (vgl. Jung 2015a).

Problematisch scheint dies spätestens da, wo feministischer Kritik, vom (selbstständigen) Status als Theorie ausgehend gedacht, lediglich eine ergänzende oder nachgeordnete Funktion zugeschrieben wird – zum Beispiel im Sinne einer besonderen Zuständigkeit für die Ausbuchstabierung der jeweils besonderen Geschlechteraspekte innerhalb der sich selbst als allgemein setzenden Ausgangstheorien (vgl. ebd.). Damit wird – zumeist unausgesprochen – das eigenständige gesellschaftstheoretische Potential feministischer Kritik wenn nicht gänzlich abgesprochen, so doch relativiert. Dies findet zum Beispiel dann statt, wenn Kapitalismustheorien unumwunden der Status 'allgemeiner' Gesellschaftstheorie eingeräumt wird oder gar Kapitalismuskritik mit Gesellschaftskritik gleichgesetzt wird; umgekehrt aber feministische Ansätze häufig damit assoziiert werden, lediglich zuständig für eine Bereichstheorie der Geschlechterverhältnisse[16] (im Besonderen) zu sein.[17]

Demgegenüber zeigt Brigitte Aulenbacher am Verhältnis von Kapitalismustheorien und feministischen Theorien zu Carework und Ökonomie, dass feministische Theorien von ihrem systematischen Gehalt her allerdings keineswegs eine auf Geschlechterverhältnisse bezogene *Ergänzung* von Kapitalismustheorien sind – sondern vielmehr einen eigenen, „anderen Blick" (Aulenbacher 2012, 113) konstituieren, der andere Schwerpunkte setzt, andere Perspektiven auf den gleichen Gegenstand entwirft und auch zu anderen Lösungsvorschlägen kommt (vgl. auch Appelt/Aulenbacher/Wetterer 2012b). Aulenbacher schreibt: „Selbst dort, wo es ausschließlich um die kapitalistische Formation der Moderne geht, verfahren feministische Gesellschaftstheorien nicht oder nicht ohne Weiteres kapitalismustheoretisch; teilweise argumentieren sie sogar gegenläufig" (Aulenbacher 2012, 113) – und zwar vor allem deshalb, weil die gesellschaftlichen Dynamiken nicht ausschließlich über Lohnarbeitsverhältnisse und Kapitalverwertung erklärt werden.

Selbst da, wo zugestanden wird, dass feministische Theorie durch die Orientierung auf eine Kritik des Patriarchats beziehungsweise der Geschlechterverhältnisse gesellschaftstheoretische Aussagen trifft, ist noch nicht zwangsläufig oder

16 Zum Begriff der Bereichstheorie und ihrem Status im Verhältnis zur Gesellschaftstheorie vgl. Pühretmayer 2012, 35f.

17 Dies wird zum Teil da selbst befördert, wo etwa – wie von Stefan Hirschauer vorgenommen – feministische Wissenschaft programmatisch auf eine „Geschlechtsdifferenzierungsforschung" eingeengt wird (vgl. Hirschauer 2003).

automatisch die Eigenständigkeit feministischer Kritik als Variante kritischer Gesellschaftstheorie anerkannt. Dies erklärt sich mit der Umstrittenheit von Geschlechterverhältnissen als gesellschaftlichem Problemfeld: Historisch gesehen wurde sowohl in der Politik als auch in der politischen Ideengeschichte die Relevanz, Legitimität und Eigenständigkeit der mit Geschlechterverhältnissen verknüpften Herrschaftsprinzipien entweder beharrlich geleugnet oder doch zumindest relativiert. Nun gehört es zwar zweifellos zu den Erfolgen der Frauenbewegung wie der feministischen Wissenschaft, diese männliche Selbstvergessenheit nachhaltig irritiert und die Bedeutung von Geschlecht auf die Agenda gesetzt zu haben. Allerdings weisen die Befunde selbst jüngerer feministischer Forschung auf anhaltende Praktiken des „Verschwindenlassens" (Sauer 2005, 370) von Geschlecht in der (Politik-)Wissenschaft hin.

Von feministischer Seite wurde diesbezüglich verschiedentlich die These geäußert, dass sich der Kern des wissenschaftlichen *malestreams* gerade dadurch umso effektiver gegen feministische Kritik immunisieren konnte, als feministischer Wissenschaft ein – wiewohl begrenztes – Terrain als Subdisziplin beziehungsweise Spezialbereich innerhalb der Disziplin zugestanden wurde (vgl. u.a. Kurz-Scherf 2004). Klinger argumentiert, dass die Relativierung der Geschlechterproblematik selbst da noch anzutreffen sei, wo Geschlechterverhältnisse einerseits zwar als gesellschaftliches Problemfeld anerkannt wurden und die damit verbundenen systembedingten Hierarchisierungen als überwindungsbedürftig gelten. Am Beispiel liberaler und marxistischer Theoriebildung führt sie den Nachweis, dass diese grundsätzliche Anerkennung der Frauen- beziehungsweise Geschlechterfrage andererseits aber nicht selten mit der Zuweisung eines vom eigentlichen Hauptproblem nur abgeleiteten Status einher geht. Dies drückt sich zum Beispiel darin aus, dass Geschlechterhierarchien zwar als ungerecht gelten, die jeweiligen Ursachen dieser aber außerhalb des Geschlechterverhältnisses selbst verortet werden (und stattdessen zum Beispiel in der genuin kapitalistischen Gesellschaftsformation) – und damit letztlich die Eigenständigkeit des Patriarchats als nicht ableitbares Herrschaftsprinzip verkannt wird (vgl. Klinger 1997, 179f.).

Feministische Theorie mit ihrer Bezugnahme auf die Kritik der Geschlechterverhältnisse erscheint zumindest in der hegemonialen Lesart vor diesem Hintergrund häufig nur als vergeschlechtlichter Anwendungsfall oder ergänzende Betrachtungsweise eines allgemeineren Prinzips beziehungsweise thematischer Spezialbereich einer sich selbst als geschlechtlich neutral konstruierenden 'Haupttheorie' (vgl. Klinger 1997; vgl. z.B. kritisch zum Verhältnis von Kapitalismustheorien und feministischer Gesellschaftskritik Aulenbacher 2013; 2012; Appelt/

Aulenbacher/Wetterer 2013b; Kurz-Scherf 2012). Entsprechend sei das Binnenverhältnis zwischen den Theoriepartner_innen selbst geschlechtlich konnotiert: als Verhältnis von männlich zu weiblich, Vor- und Nachgelagertem, Allgemeinem und Besonderem, Haupt- und Nebensache.

> „Es ist nicht schwer zu sehen, dass der Kampf [...] um den Status des Allgemeinen/Universalen gegenüber einem Besonderen/Partikularen, um den Status des 'Reinen' gegenüber einer Anwendung/einem Angewandten – dass das Auseinandersetzungen um die Platzierung in einer Hierarchie sind, ein Kampf um die Macht. Dabei geht die Bewegung in zwei Richtungen: Die Positionierung als allgemein bzw. partikular konstituiert und legitimiert Machtverhältnisse, d.h. sie ist eine Grundlage von Macht; umgekehrt sind gegebene Machtverhältnisse die Ursache der Positionierung von Allgemeinheit und Besonderheit, d.h. die Zuordnung von Universalität und Partikularität ist ein Effekt der Macht" (Klinger 1997, 180).

Andrea Maihofer hat diese Dynamik zwischen Allgemeinem und Besonderem und den darin enthaltenen Aktualisierungen von Geschlechtlichkeit als „Prekarität feministischer Kritik" (Maihofer 2013, 281) bezeichnet. Sie streicht heraus, wie subalternes Sprechen stets eine Personalisierung und Viktimisierung reaktiviert, und zwar gerade da, wo über Allgemeines geredet wird. Das heißt, die strukturelle Deprivierung von Frauen als Frauen sorgt dafür, dass von ihnen geäußerte Kritik durch den *Malestream* als Besonderung desavouiert wird (vgl. ebd.). Die „fortwährende hegemoniale Enteignung" (ebd., 294) des Begriffs Feminismus als Stigmatisierung führe dazu, dass die „Kritik an den patriarchalen Geschlechterverhältnissen auf etwas rein Persönliches, Privates, mit negativen Affekten (wie Missgunst, Neid, Gekränktheit) Aufgeladenes reduziert" (ebd., 298) wird. Feministische Kritik ist also mit der Gefahr konfrontiert, dass ihr allein durch die mit der Etikettierung 'feministisch' verkoppelten „kognitiven und affektiven Dispositionen" (ebd., 284) bereits „jede objektive und allgemeine gesellschaftliche Relevanz abgesprochen und damit verhindert würde, dass sie überhaupt allgemein gehört wird (ebd., 285).

Die Prekarität feministischer Kritik begründet sich neben Prozessen der Enteignung aber zudem darauf, dass die von ihr vorgetragene Kritik häufig an den Rändern oder sogar jenseits von dem arbeitet, was jeweils als wahr oder verstehbar gilt – denn feministische Kritik stellt „zwangsläufig zentrale Elemente des herrschenden epistemischen Regimes in Frage, die zugleich die Bedingungen der Möglichkeit ihrer Intelligibilität sind" (ebd., 299). Diese „mehrfach überdeterminierte Prekarität" (ebd., 292) feministischer Kritik hat dabei auch Implikationen für das Setting demokratischer Praxen. Feministische Kritik muss angesichts ihrer Prekarität, so Maihofer, darauf reflektieren,

> „[...] dass die demokratische Aufforderung, seine Interessen und Vorstellungen zu Gehör zu bringen, nicht für Alle und nicht für alle Einsichten gleichermaßen gilt. Im Gegenteil, bestimmte marginalisierte Individuen oder Gruppen und deren Einsichten und Forderungen können den herrschenden Anforderungen an politische und gesellschaftliche Hörbarkeit so grundlegend widersprechen, dass ihr Gehörtwerden strukturell fragil ist" (Maihofer 2013a, 292).

Diese machtkritischen Einsichten in die Dynamiken des Gehörtwerdens – und somit auch des Wirksamwerdens – von feministischer Kritik münden allerdings nicht nur in eine Kritik derer, die nicht zuhören (können oder wollen). Andrea Maihofer befragt vor allem feministische Wissensstrategien selbst auf die möglichen Konsequenzen, die aus dem Wissen um die strukturelle Prekarität feministischer Kritik folgen. Damit wird der Blick darauf gelenkt, wie feministische Kritik sich selbst in der Dialektik von Allgemeinem und Besonderem positioniert – und ob und wie ihre Wissensstrategien darauf ausgerichtet sind, sich als legitime Sprecherin über 'die allgemeinen Angelegenheiten' zu behaupten. Dies verweist wiederum auf die Grundlagen, mit denen feministische Kritik operiert, mit anderen Worten, auf die Frage, ob und inwieweit feministische Kritik sich auf Geschlecht als Gegenstand beschränkt – oder Geschlechterkritik systematisch in eine 'allgemeine' Gesellschaftskritik aus feministischer Perspektive überführt. Im Zentrum dessen steht die Frage nach dem Zusammenhang von Patriarchat und anderen Herrschaftsmustern – und wie dieser Zusammenhang in feministischen Kritikkonzeptionen aufgenommen wird. Dies betrifft die zweite Dimension, die nachfolgend erläutert wird.

Ad b) Für Maihofer (2013a) ergibt sich aus der Konstellation der strukturellen Prekarität feministischer Kritik das Plädoyer für eine *Weiterentwicklung feministischer Kritik* – eine Weiterentwicklung, die ihren Ausgangspunkt in dem konstitutiven Zusammenhang zwischen patriarchalen Herrschaftsstrukturen und solchen entlang von Sexualität, Rasse, Nationalität, Religion oder Klasse hat. Feministische Kritik, so betont Maihofer, wird darüber keineswegs obsolet; allerdings erweist sich

> „[...] der Begriff des Feminismus, der jedenfalls in seinem 'traditionellen Kern', nur einen Teil des Gesellschaftlichen erfasst, [...] als nicht (mehr) ausreichend, um Form und Umfang von Gesellschaftskritik und deren Ziele zu bestimmen. Dasselbe trifft allerdings auf die anderen Kritikperspektiven zu; auch sie sind für sich genommen nicht ausreichend" (Maihofer 2013a, 297).

Zur Prekarität feministischer Kritik gehört – auch das räumt Maihofer ein – die Gefahr der Hierarchisierung der verschiedenen Kritikperspektiven (siehe oben). Gleichwohl müsse es darum gehen, zu neuen Ansätzen und Konzepten kritischer

Gesellschaftstheorie und emanzipatorischer Politik zu kommen, die diesen Einsichten Rechnung tragen. Damit wiederum ist eine zentrale Aufgabe für feministische Kritik benannt – eine, in der sie sich der Dialektik von Allgemeinem und Besonderem und dem Spannungsverhältnis zwischen ihrem 'traditionellen Kern' und dem Anspruch auf eine weiterreichende Herrschaftskritik stellen muss.

Innerhalb feministischer Theorie sind bereits von Beginn an viele Stimmen zu vernehmen, die die Kritikaufgabe feministischer Theorie und Praxis nicht *allein* in der Kritik des Androzentrismus vorliegender Ansätze sehen – und damit den Blick seit jeher über den 'traditionellen Kern' feministischer Kritik hinaus angelegt haben. Dabei werden verschiedene Aspekte verhandelt: Es geht zum einen um eine Erweiterung der *Gegenstände feministischer Kritik* – im Sinne der Beschäftigung nicht nur mit Geschlecht, sondern auch mit anderen Achsen von Ungleichheit. Zum anderen geht es aber auch um eine Erweiterung der *Perspektiven feministischer Kritik*: nämlich die soziale Realität nicht als „bloße 'Benachteiligungsforschung'" (Ruppert 1995, 296) in den Blick zu nehmen, sondern feministische Theorie als umfassende Gesellschaftstheorie zu verstehen. Hier findet sich häufig in feministischen Diskursen ein Selbstverständnis, das eine radikale Herrschaftskritik mit dem Erschließen alternativer, emanzipationsorientierter Möglichkeiten, Utopien von Autonomie und Selbstbestimmung (vgl. Holland-Cunz 2010) sowie der Forderung nach einer gesellschaftlichen Transformation zu Gunsten von Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu einer „umfassenden feministischen Vision von sozialer Veränderung und Gerechtigkeit" (List 1989, 10) verknüpft (vgl. u.a. Ruppert 1995; Kurz-Scherf 2009a; Kurz-Scherf/Lepperhoff/Scheele 2009a).

Dass feministische Wissenschaft nicht auf die Überwindung von Diskriminierung partikularer gesellschaftlicher Gruppen aus ist, sondern Geschlechterkritik mit einer umfassenden Gesellschaftskritik verbinden will (vgl. u.a. List 1989, 10f.), zeigt sich u.a. in dem inklusiven Verständnis feministischer Kritik, wie es gerade auch in einigen frühen wissenschaftstheoretischen Entwürfen angelegt ist: Die Kritik von Sexismus und Androzentrismus wird mit der Kritik etwa von Kapitalismus, Rassismus und Verdinglichung verknüpft (vgl. Harding 1990). Andrea Maihofer zeigt, dass schon Virginia Woolf in ihren Schriften auf den *Gesamtzusammenhang verschiedener Herrschaftslogiken* abzielte – und aus dieser Sicht die Kategorie Geschlecht als „inhaltliche Bestimmung des Gegenstands feministischer Kritik" (Maihofer 2013a, 299) als nicht (mehr) ausreichend wahrgenommen wird. Dabei geht es um die „[...] alte Einsicht [...], wonach sich nur in einer integrierten Analyse von gesamtgesellschaftlichen Prozessen und Entwicklungen in den Geschlechterverhältnissen ein angemessenes Wissen und

eine fundierte Einschätzung über die gegenwärtigen Prozesse erreichen lassen" (Maihofer 2009, 73f.). Diese Orientierung auf eine integrierte Analyse gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen enthält ein dynamisierendes, produktives Element, das feministische Theorie immer wieder vor die Herausforderung stellt, sich weiter zu entwickeln (vgl. auch Maihofer 2013a). Feminismus erscheint so als „grenzüberschreitendes Denken und Handeln" (List 1989, 21), das auch den eigenen Fokus der Kritik erweitert – und somit, zumindest mit Bezug auf die Kategorie Geschlecht, tendenziell selbstüberschreitend agiert.

In der feministischen Theorie wurde die damit verbundene Herausforderung mit unterschiedlichen Ansätzen und Begriffen beschrieben. Sabine Hark (2001a, 10) sowie im Anschluss daran Eva Kreisky (2004, 42) zielen z.B. mit dem von Hannah Arendt entlehnten Begriff der „erweiterten Denkungsart" auf die Notwendigkeit, „das Bündnis mit anderen macht- und herrschaftskritischen Erkenntnisperspektiven" (Hark 2001a, 10f.) zu suchen, um Verschränkungen von Vergeschlechtlichungsprozessen mit Differenzen „qua Sexualität, Klasse, 'Rasse', Alter oder geopolitischer Positionierung" untersuchen zu können (ebd.). Grundlage für feministische Gesellschaftstheorie ist hier die Einsicht in die Pluralität der Ungleichheitskategorien (*Race, Class, Gender*), die als „nicht aufeinander zurückführbar […], eigenständige, gleichwohl miteinander verflochtene und […] gleichrangig zu berücksichtigende Strukturgeber wirken" (Aulenbacher 2012, 118). Nicht zufällig begründet sich die Hoffnung auf das Wiedererstarken feministischer Herrschaftskritik in Gestalt von Gesellschaftstheorie auch in der Debatte um Intersektionalität (vgl. u.a. Knapp 2013a; 2013b; 2012). Konzepte von Intersektionalität bzw. Interdependenz versuchen dieser Einsicht Rechnung tragen und stellen unterschiedliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse in das Zentrum der Untersuchung. Die Priorisierung und die Vereinzelung strukturrelevanter Ungleichheitsachsen gegenüber anderen – also etwa die Thematisierung von Klasse unter Ausblendung von Geschlecht oder die Thematisierung von Geschlecht unter Ausblendung von Heteronormativität – sollen so vermieden werden.

Allerdings wurde verschiedentlich kritisiert, dass Herrschaftsverhältnisse im Intersektionalitätsdiskurs lediglich als *Kategorien* gesellschaftlicher Differenzierungs- und Hierarchisierungsmuster in den Blick kommen (vgl. Demirović/Maihofer 2013; Schoppengerd 2014b) – und damit impliziert wird, dass allein der Verzicht auf die Nutzung dieser Unterscheidung schon die Überwindung der damit verbundenen Herrschaftsverhältnisse bedeute. Kritisiert wird weiter, dass im intersektionalen Zugriff auf die „Achsen der Ungleichheit" (vgl. Klinger/Knapp 2007, 73ff.) die Thematisierung von Herrschaft und Herrschaftseffekten

vornehmlich auf die Generierung von Ungleichheit bzw. individuellen Diskriminierungserfahrungen verengt wird (vgl. u.a. Kurz-Scherf 2009a; Schoppengerd 2014b). Ausgeblendet bleibt dabei, wie Alex Demirović und Andrea Maihofer argumentieren, dass

> „[...] Rasse, Klasse, Geschlecht und Sexualität [...] komplexe gesellschaftliche Praktiken [sind], die wirtschaftliche oder politische Aspekte ebenso wie Subjektivierungs-, Disziplinierungs- und Normalisierungsprozesse umfassen sowie damit verbundene Institutionen, Normen, Denkweisen, Körperpraxen und Begehrensformen [...]. Schließlich ist der Begriff der Intersektionalität auf eigenartige Weise herrschaftsblind, da er die Auswirkungen von Herrschaftspraktiken bei den Herrschenden selbst unberücksichtigt lässt [...]" (Demirović/Maihofer, 2013, 39).

Alex Demirović und Andrea Maihofer plädieren daher in Abgrenzung zum Begriff der Intersektionalität für eine *multidimensionale* Gesellschaftstheorie, die es erlaubt, „den verschiedenen Macht- und Herrschaftsmechanismen *gleichermaßen* Rechnung zu tragen und sowohl in ihrer jeweiligen Autonomie als auch in ihrem jeweiligen *konstitutiven Zusammenhang* zu begreifen" (ebd., 40).

Dass eine solche Perspektive mehr beinhaltet, als nur nach Überkreuzungen von Herrschaftsverhältnissen oder Ungleichheitsstrukturen zu fragen, betont auch Ingrid Kurz-Scherf (vgl. 2009a; 2004). Sie argumentiert, dass eine Vereinseitigung des kritischen Anspruchs ausschließlich auf die Geschlechterproblematik dazu führt, dass „[...] z.B. Fragen des sozialen und politischen Wandels nur insoweit in die Kompetenz feministischer Wissenschaft zu fallen scheinen, als sie unmittelbar das Geschlechterverhältnis berühren oder – noch enger – als Frauen in besonderer Weise davon betroffen oder daran beteiligt sind" (Kurz-Scherf 2004, 178).

Beschränkt sich feministische Wissenschaft also auf die Thematisierung geschlechtsspezifischer Herrschaftsverhältnisse, so beschränkt sie sich auch in ihrem gesellschaftstheoretischen Anspruch. Feministischer Kritik muss es aus dieser Sicht vielmehr daran gelegen sein, *unter Einschluss einer Geschlechterperspektive* Herrschafts- wie Emanzipationsprozesse in Politik, Ökonomie, Demokratie etc. *im Ganzen und im Kontext* fokussieren zu können (vgl. Kurz-Scherf 2009a; 2004). Die Forderung, die gegenständliche Selbstbeschränkung feministischer Kritikkonzeptionen auf die Kategorie Geschlecht zu überwinden, verbindet Kurz-Scherf dabei aber auch mit einem Plädoyer dafür, nicht nur nach Macht- und Herrschaftseffekten, sondern auch nach den Perspektiven von Emanzipation zu fragen:

> „Der gegenwärtige Wandel der Geschlechterverhältnisse, der sich im Kontext umfassender Transformationsprozesse vollzieht, kann so gerade nicht nur als Form-

> wandel patriarchaler Herrschaftsverhältnisse, sondern auch als Veränderung der Möglichkeitsbedingungen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität analysiert und in diesem Sinne auch befördert werden" (Kurz-Scherf 2009a, 43)

Auch dies stellt somit eine Facette der Weiterentwicklung feministischer Kritik dar: Geht man davon aus, dass der 'traditionelle Kern' feministischer Kritik seine Wurzeln im Kampf gegen Diskriminierungserfahrungen von Frauen als Frauen hat, so ist er doch längst nicht mehr darauf beschränkt. Feministische Kritikkonzeptionen setzen die Thematisierung von Geschlecht nicht nur in eine konstitutive Verbindung zu anderen Achsen der Ungleichheit. Vielmehr muss auch eine rein auf Diskriminierung und Unterdrückung orientierte Perspektive erweitert werden um die Frage nach alternativen Möglichkeitsbedingungen und (utopisch inspirierten) Emanzipationsvisionen. Dies sind aus feministischer Sicht die Modi, aus denen heraus die Frage nach dem Ganzen und dem Allgemeinen reformuliert werden kann (vgl. Jung et al. 2014; Kurz-Scherf 2009a; 2004).

Wie ein solcher Modus feministischer Kritik sich *analytisch in die Problem- und Gegenstandskonstruktion* übersetzen kann, soll im Folgenden exemplarisch am Beispiel der Debatte um Postdemokratie aufgezeigt werden.

2.4.2 Zur Problem- und Gegenstandskonstruktion: Es geht um's Ganze – feministische Zusammenhangsanalyse am Beispiel Postdemokratie

Feministische Gesellschafts- und Krisendiagnosen werfen einen anderen Blick auf die gegebenen Verhältnisse (vgl. Appelt/Aulenbacher/Wetterer 2012; Aulenbacher 2012; Kurz-Scherf 2012; 2009a). Dies hat auch Konsequenzen für die Art und Weise, wie feministische Kritik ihren Gegenstand konstruiert. Denn die Rede vom anderen Blick bezieht sich sowohl auf die kategoriale Berücksichtigung von Geschlecht und die Erweiterung zu einer multidimensionalen Perspektive; sie bezieht sich aber auch auf die Sensibilität und Offenheit für Ambivalenzen und Widersprüche sowie auf den Anspruch, von hier aus das Ganze komplexer zu reformulieren – und so für alternative Möglichkeiten des Denkens und Handelns zu öffnen (vgl. Jung et al. 2014; Kurz-Scherf 2009a; 2004). Im Folgenden soll daher beispielhaft erläutert werden, wie sich unter dieser Perspektive die Problem- und Gegenstandskonstruktion feministischer Kritik gestalten kann (ohne damit zu behaupten, dies hätte repräsentativen Charakter für jedwede Form feministischer Kritik).

Im Blickpunkt steht also die Frage danach, welche Konturen eine feministische Analyse, die aufs Ganze zielt, annehmen kann. Dies soll beispielhaft an der gegenwärtig einflussreichen und auch im feministischen Diskurs vielrezipierten

Debatte um Postdemokratie (vgl. Brand/Dierkes/Jung 2014b; Holland-Cunz 2013; 2012; Kreisky/Löffler 2012; Ludwig 2013; Sauer 2012a; 2011) gezeigt werden. Dazu wird auf Arbeiten zurückgegriffen, die im Kontext eines Buchprojekts entstanden sind, das gemeinsam mit Ortrun Brand und Mirjam Dierkes im Auftrag des Marburger Genderkollegs realisiert wurde (vgl. Brand/Dierkes/Jung 2014a). Im Anschluss an vielfältige feministische Forschungsarbeiten ziehen Brand/Dierkes/Jung (2014b) den Schluss, dass

1) aufgrund der systematischen Berücksichtigung von Geschlechterverhältnissen feministische Zusammenhangsanalysen einen anderen Blick auf gesellschaftliche Entwicklungen werfen, als dies in gängigen Gesellschaftsdiagnosen der Fall ist,
2) der Wandel innerhalb des gesellschaftlichen Teilbereichs 'Demokratie' mit dem Wandel anderer gesellschaftlicher Sphären wie z.B. 'Arbeit' in Verbindung gebracht wird, weil nur durch das In-Beziehung-Setzen verschiedener Teilbereiche der Blick auf die ungleichzeitig und paradox verlaufenden Emanzipations- wie Herrschaftsmuster freigelegt werden kann,
3) eine die gesellschaftlichen Trennungslinien entlang der Dichotomien von öffentlich/privat, marktlich/nicht-marktlich, männlich/weiblich etc. überschreitende Analyse Ansätze für weitergehende, emanzipatorische Perspektiven eröffnet, die ihrerseits auf das Ganze der Demokratie zielen.

Kommen wir nun zu eben jener Auseinandersetzung um Postdemokratie, an der hier beispielhaft die Gegenstands- und Problemkonstruktion feministischer Kritik dargelegt werden soll. Unter dem Stichwort 'Postdemokratie' wird in den Sozialwissenschaften (und darüber hinaus) die Krise der parlamentarischen Demokratien der westlichen Moderne diskutiert. Zugespitzt und popularisiert wurde die Debatte um die Krise der Demokratie anhand der Zeitdiagnose des britischen Sozialwissenschaftler Colin Crouch (2008), wonach wir gegenwärtig mit der Situation einer „Postdemokratie" konfrontiert sind. Brand/Dierkes/Jung fassen diese wie folgt zusammen:

> „Im Zentrum dessen, was derzeit unter 'Postdemokratie' zirkuliert, steht die Beobachtung, dass die Organe sowie die Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse der parlamentarisch-bürgerlichen Demokratien des Westens ausgehöhlt und durch mächtige kapitalistische Akteure instrumentalisiert werden und so die Grundlagen von Demokratie beziehungsweise die 'klassische' Form der Politik selbst in Erosion begriffen sind" (Brand/Dierkes/Jung 2014b, 7f.).

Die gegenwärtige Rede von der „Postdemokratie" im Zusammenhang mit der Krise der Demokratie ist hinsichtlich ihrer substanziellen Gehalte aus feministischer Sicht allerdings erheblich relativierungs- bzw. präzisierungsbedürftig.

Insbesondere Birgit Sauer (2012a; 2011) hat darauf hingewiesen, dass „[...] es aus einer feministischen und post-kolonialen Perspektive [...] jenen 'Augenblick der Demokratie', an dem Crouch [...] seinen Befund des Danach, also der '*Post*-Demokratie' festmacht, in Europa nicht gab, sondern dass liberale Demokratien Prä- oder Proto-Demokratien geblieben sind" (Sauer 2012a, 168). Feministische Theorie und Praxis hat schon früh darauf aufmerksam gemacht, dass die bürgerlich-parlamentarische „Demokratie" westlicher Gesellschaften allenfalls eine „Androkratie" (Biester/Holland-Cunz/Sauer 1994) ist, die sich unter Ausschluss von Frauen konstituierte und diesen erst 'verspätet' politische Rechte zugestand. Die Logiken der Repräsentation in bürgerlich-parlamentarischen Demokratien sind maßgeblich nicht nur von (begrenztem) Einschluss, sondern auch von Ausschluss geprägt und führen zu einer Marginalisierung minorisierter Gruppen hinsichtlich Sichtbarkeit und Stimme (vgl. Sauer 2012a). Feministische Wissenschaft hat hier nachdrücklich darauf verwiesen, dass moderne westliche Demokratien nicht nur auf dem Widerspruch von politisch formaler Gleichheit und ökonomischer Ungleichheit basieren, sondern auch auf dem Trennungsdispositiv von Öffentlichkeit und Privatheit sowie der diesbezüglichen geschlechtsspezifischen Zuweisung der Genus-Gruppen Männer und Frauen.

Die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit hat sich erst im Zuge der Herausbildung der europäischen Moderne entwickelt und ist eine zentrale Folie für die Konstruktion des (männlichen) Staatsbürgers und der liberalen Demokratie – die ihrerseits der öffentlichen Sphäre zugeschlagen werden – und der kapitalistischen Ökonomie, genauer der Herausbildung des modernen Systems von Lohnarbeit und Kapitalverwertung – die ihrerseits der privaten Marktwirtschaft zugeschlagen werden (vgl. Lang 2004; 1997; Lieb 2009a; 2009b). Die Dimension der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit und die mit ihr verkoppelten gesellschaftlichen Strukturierungen sind ihrerseits aber nur auf der Grundlage einer ebenfalls veränderten Geschlechterordnung zu verstehen, die die Zuweisung der Genus-Gruppen Männer zur Öffentlichkeit als Sphäre der Politik und zur Lohn-/Erwerbsarbeit als Sphäre der Ökonomie auf der einen Seite, die Zuweisung von Frauen zur Sphäre des Privaten, Häuslichen und zu Sphären von nicht-marktlicher, nicht-entlohnter Haus-, Versorgungs- und Fürsorgearbeit auf der anderen Seite organisiert. Dabei verschränken sich spezifische kulturelle Wertvorstellungen und normative Leitbilder mit gesellschaftlichen Institutionen: allen voran die Herausbildung der modernen (Ernährer-/Hausfrauen-)Ehe, das Modell der Kleinfamilie samt Ideologisierungen häuslichen Glücks und Mütterlichkeitsbildern sowie die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und deren wohlfahrtsstaatliche Absicherungen (vgl. Bock/Duden 1977; Hausen 2000;

Janczyk 2009; Klinger 2000; Kurz-Scherf 2009b; Kurz-Scherf/Scheele 2012; Weiss 2012).

Vergegenwärtigt man sich also dieses Grundgerüst der Organisation der Geschlechterverhältnisse, so zeigt sich die bundesdeutsche Demokratie immer schon als eine Form der Androkratie, an der Frauen nicht in vollem Umfang wie Männer sozial und politisch partizipieren konnten. Zudem ist auch die Gruppe der Frauen „entlang der Linien Klasse/Ausbildung und Nationalität/Ethnizität" (Sauer 2012a, 169) ausdifferenziert. Allerdings ist dieses androkratische Grundgerüst selbst auch in Bewegung – und zwar nicht zuletzt durch soziale Akteur_innen wie die Frauenbewegung, die auf emanzipatorische Fortschritte beharren und Gleichberechtigung in allen gesellschaftlichen Feldern und Sphären einfordern. Demokratie wandelt sich so einerseits im Kontext des Wandels der Geschlechterverhältnisse, aber auch im Zusammenhang mit dem ökonomischen Wandel, der gemeinhin unter den Stichworten 'Globalisierung' bzw. 'Neoliberalismus' diskutiert wird (vgl. ebd.).

Richtet man den Blick auf die Frage nach Geschlechterverhältnissen und Demokratie, so zeigt sich eine paradoxe Struktur: Zwar ist auf allen Ebenen des politischen Systems eine sukzessive Steigerung der Beteiligung von Frauen festzustellen. Die so ausgemachte 'Feminisierung' von institutionalisierter Politik und Demokratie ist aber nicht unbedingt nur als Demokratisierung westlicher Demokratien zu verstehen, sondern vor allem auch als Teil einer Abwertung und eines Relevanzverlustes verfasster Politik und mithin auch als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Entdemokratisierung (vgl. Brand/Dierkes/Jung 2014b; Sauer 2012a; 2011). Gleichzeitig und andererseits ist die postdemokratische Diagnose einer weitgehend entpolitisierten Gesellschaft aus feministischer Sicht gerade mit Blick auf 'alternative' politische Beteiligungs- und Protestformen zu relativieren (vgl. dazu Sauer 2012a; Kurz-Scherf 2012). Zum Beispiel war in der *occupy*-Bewegung eine explizite „Doppelorientierung [...] auf sozialen Protest und Umverteilung einerseits und auf politisches Engagement und Demokratie andererseits angelegt" (Kurz-Scherf 2012, 96). Auch hier lohnt sich der Blick auf den Zusammenhang von Geschlecht und die Imagination einer ganz neuen Form von Demokratie, insofern die explizit antipatriarchale Ausrichtung von *occupy* sich nicht zuletzt in einer hohen Beteiligung von Frauen und der Entstehung von „*occupy patriarchy!*"-Bewegungen spiegelt.

Bereits im engeren Verständnis von Politik, Partizipation und verfasster Demokratie also verändern sich die Zeitdiagnosen und Problemwahrnehmungen, aber auch die Einschätzungen emanzipatorischer Potenziale, wenn ein geschlechtssen-

sibler Blick angelegt wird. Feministische Analysen legen hier neue Perspektiven und Einsichten darin vor, wie sich Gleichberechtigungsfortschritte oder emanzipatorische Bestrebungen mit herrschaftsstabilisierenden Dynamiken auf komplexe Weise überkreuzen und von letzteren auch konterkariert und unterlaufen werden. Wie im Folgenden gezeigt wird, gehen feministische Ansätze aber noch weiter, und setzen den Wandel von Demokratie und Geschlechterverhältnissen mit dem Wandel von Arbeit und den sozialen Grundlagen von Teilhabe und Staatsbürger_innenschaft in Zusammenhang.

In Rückgriff auf die Befunde feministischer Forschung, die gezeigt haben, dass eine kritische Aneignung von Demokratie aus feministischer Perspektive nur unter Berücksichtigung des Zusammenhang von Demokratie, Arbeit und Lebensführung zu leisten ist, formulieren Brand/Dierkes/Jung:

> „[Arbeit] benennt eine nach wie vor zentrale Dimension der Organisation und Gestaltung von Gesellschaft; der Zugang zu, die Verteilung von und gesellschaftliche Anerkennung der verschiedenen Formen von Arbeit strukturieren dabei auch die Reichweite und Qualität gesellschaftlicher Teilhabe; und nicht zuletzt ist Arbeit sowie die Gestaltung von Arbeit und Leben im Sinne von individuellen und kollektiven Lebenszusammenhängen selbst ein Feld, auf dem um Mitbestimmung, Gestaltungsmöglichkeiten, Anerkennung und Würde gekämpft wird. Wem wann und unter welchen Umständen welche Arbeit zugesprochen oder zugemutet wird, beinhaltet u.a. eine starke demokratiepolitische Komponente“ (Brand/Dierkes/Jung 2014b, 14).

Damit aber werden auch die überkommenen Trennungslinien von Öffentlichkeit und Privatheit in einer Weise durchkreuzt, bei der es nicht nur darum geht, die sozialen Grundlagen von Teilhabe zu untersuchen, sondern den Zusammenhang von Arbeit und Demokratie selbst ins Licht der Diskussion um Demokratisierung zu rücken. Prekarisierung von Arbeit und der Wandel von Demokratie stehen hier in einem engen Zusammenhang: Birgit Sauer etwa sieht eine neoliberale Form von Staatlichkeit am Werk, bei der sich auch der Zugang zu sozialen und politischen Rechten verändert. Voraussetzung für politische Teilhabe und somit den Zugang zu sozialen und politischen Rechten ist nunmehr stärker denn je eine erfolgreiche Marktteilnahme. Grundsätzlich steht inzwischen zwar auch Frauen der Zugang zu dieser Form einer *economic citizenship* zu (vgl. Sauer 2012a). Aber diese Öffnung der Erwerbsarbeitssphäre für Frauen ist von einem massiven Abbau der sozialen Sicherungssysteme begleitet, der soziale Rechte als politische Rechte desartikuliert (vgl. ebd.). Das heißt, die Voraussetzungen für demokratische Mitbestimmung werden neu bestimmt. Die neuen Formen von Citizenship sind dabei mit disziplinierenden Elementen im Zugriff etwa auf soziale Rechte ausgestattet, wie dies für die Hartz-IV-Gesetzgebung gilt (ebd.). Mehr noch:

Armen oder erwerbslosen Menschen wird soziale und politische Teilhabe darüber zunehmend verunmöglicht (vgl. Brand 2014; Graf 2014); die soziale Selektivität politischer Partizipation nimmt zu (vgl. Henninger 2014). Prekarisierung in Arbeits- und Lebensverhältnissen ist so auch als eine Form der Prekarisierung von demokratischer Teilhabe und Mitbestimmungsmöglichkeiten zu sehen (vgl. Brand/Dierkes/Jung 2014b).

Allerdings ist dieser Trend zur Prekarisierung nicht gleichsinnig und für alle Gruppen von Frauen gleich. Parallel zur fortschreitenden Prekarisierung an den Rändern der Gesellschaft ist ein Prozess der „exklusiven Emanzipation" zu beobachten (vgl. Henninger 2014, 114). Ingrid Kurz-Scherf sieht den gegenwärtigen Wandel im Zusammenhang von arbeits-, geschlechter- und demokratiepolitischen Aspekten von einer „doppelten Distinktion", nämlich nach oben und nach unten, geprägt (Kurz-Scherf 2014, 42):

> „[...] die (ideologische und faktische) Bindungskraft der Konstruktion der Arbeitsgesellschaft und des modernen Arbeitsparadigmas [erodieren] gleichzeitig, aber auf je spezifische Weise nach oben und nach unten [...]: Während sich die Akkumulation von Macht und Reichtum im Zuge ihrer Refeudalisierung der Einbindung in arbeits- und leistungsgesellschaftliche Legitimationsmuster weitgehend entzieht, fungiert das Arbeitsparadigma in der 'Mitte der Gesellschaft', also in den vom Abstieg bedrohten Mittelschichten oder Mittelklassen, als scharfe und mitunter aggressive Distinktion gegenüber denen, die dabei nicht mithalten können, wollen oder auch sollen (wie beispielsweise Migrant_innen oder Flüchtlinge)" (Kurz-Scherf 2014, 42).

Nimmt man die Frage nach Demokratie also unter dem Blickwinkel einer solchen Analyse in den Blick, werden zum einen jene Grenzlinien der demokratischen Frage überschritten, die an den traditionellen Linien bürgerlicher Öffentlichkeit Halt machen.[18] In Rückgriff auf eine lange Traditionslinie feministischer Arbeiten zu diesem Thema zeigt sich zum anderen, dass die Frage nach Demokratie nicht auf eine Frage des Wandels von Staats- und Regierungstätigkeit beschränkt werden kann. Relevant sind, das hat die feministische Forschung gezeigt, auch Aspekte des Wandels von Geschlechterverhältnissen und Aspekte des Wandels von Arbeitsverhältnissen (vgl. u.a. Lieb 2009a).

Was kann dann mit Bezug auf Demokratie das Ganze auszeichnen? Das Plädoyer vieler feministischer Arbeiten geht auf eine Erweiterung der Frage nach Demokratie – nämlich diese nicht nur unter den Aspekten einer Staats- und Regierungsform zu fokussieren, sondern zuvorderst als eine Lebens- und Gesell-

18 Wobei hier anzumerken ist, dass auch kommunitaristische Demokratietheorien sowie Ansätze sozialer Demokratie oder Wirtschaftsdemokratie sich in ihrem Gegenstandsbereich nicht auf die bürgerliche Öffentlichkeit beschränken.

schaftsform zu rekonzipieren (vgl. als Überblick z.B. Lieb 2009b). Dabei geht es zunächst darum, verschiedene Dimensionen von gesellschaftlichen Verhältnissen als grundsätzlich demokratierelevant anzuerkennen – und somit die Trennungslinien zwischen öffentlich/privat, marktlich/nicht-marktlich, männlich/weiblich wenn nicht gänzlich aufzulösen, so doch zu verschieben und selbst zum Gegenstand von politischen Auseinandersetzungen zu machen. Geschlechterverhältnisse wie auch Arbeitsverhältnisse sind Felder, auf und in denen politisch gehandelt wird, bei denen um Selbst- und Mitbestimmungsrechte gerungen wird und die von hoher Bedeutung sind für die Fähigkeit, das eigene Leben aktiv gestalten zu können.

Das heißt, nach dem Ganzen der Demokratie zu fragen, geht maßgeblich davon aus, dass weder Demokratie, noch Emanzipation teilbar sind (vgl. Negt 2010, 539). Brand/Dierkes/Jung schreiben hierzu:

> „Diese Annahme der Unteilbarkeit bezieht sich dabei sowohl darauf, dass klassenspezifische, vergeschlechtlichte und rassistische Herrschaftsverhältnisse nicht aus der ‘demokratischen Frage‘ ausgeklammert werden dürfen, als auch darauf, dass Demokratie nicht auf nur eine gesellschaftliche Sphäre (die Politik) unter Absehung von Arbeits- und Geschlechterverhältnissen beschränkt werden kann“ (Brand/Dierkes/Jung 2014b, 13).

Es lässt sich resümierend feststellen, dass der Einbezug von Geschlechterverhältnissen in dreifacher Weise maßgeblich ist und feministische Theorie so zu einer anderen Konstruktion ihres Gegenstands kommt, als dies in gängigen Diskursen über (Post-)Demokratie der Fall ist. Erstens führt die systematische Berücksichtigung von Geschlechterverhältnissen zu einem anderen Blick auf Demokratie und Postdemokratie (vgl. dazu Holland-Cunz 2012; Sauer 2012a; Ludwig 2013). Dies gilt nicht zuletzt, weil Trennungslinien durchkreuzt werden, die gerade in der Thematisierung von Demokratie nach wie vor relevant sind: nämlich die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit. Außerdem muss Demokratie in Bezug zu anderen Arbeits- und Lebensverhältnissen gesetzt werden (vgl. z.B. Lieb 2009a). Nur so wird sichtbar, dass und wie der paradoxe und ungleichzeitige Wandel von Arbeits- und Geschlechterverhältnissen auch hinsichtlich politischer Partizipation und Mitbestimmungsrechte sowohl Zugewinne und Möglichkeitsräume schafft, als auch neue und alte Ungleichheits- und Herrschaftsmuster reproduziert oder sogar verschärft. Diese sind überdies nicht allein entlang der Geschlechterverhältnisse strukturiert, sondern verbinden sich mit Klasse, Herkunft und Bildungsstand sowie der Position im Feld der Arbeit (vgl. z.B. Sauer 2012a). Feministische Zusammenhangsanalyse ist in diesem Sinne tatsächlich Widerspruchsanalyse – und zwar nicht zuletzt, weil sich an diese

Brüche, Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten auch Möglichkeiten knüpfen können, die über die gegebenen Verhältnisse hinausweisen. Das heißt

> „[...] gerade eine feministische Perspektive, die ihrerseits durch die Strukturierung von Geschlechter- und Gesellschaftsverhältnissen an Ambivalenz, Paradoxien und Widersprüchlichkeiten geschult ist, [öffnet] einen anderen Blick auch auf die emanzipatorischen und/oder widerständigen Potenziale" (Brand/Dierkes/Jung 2014b, 11).

Kritikperspektiven, die vor diesem Hintergrund noch den Anspruch aufrecht erhalten wollen, radikal zu sein, müssen aus feministischer Perspektive also ihrerseits die gesellschaftlichen Trennungslinien durchkreuzen – um nach Ansatzpunkten für alternative Denk- und Handlungsmustern zu fahnden und die Frage nach emanzipatorischen Visionen wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Dies allerdings ist nicht losgelöst von den ambivalenten Effekten nicht nur des Wandels von Demokratie, Geschlechterverhältnissen, Arbeit und Leben zu reflektieren – sondern auch hinsichtlich der Veränderungen, denen Kritik selbst ausgesetzt ist. Wie feministische Ansätze über die Positionierung von Kritik im Verhältnis von Wissenschaft und Politik nachdenken und Kritikkonzeptionen daraufhin umgestellt werden, wird im folgenden Abschnitt untersucht.

2.4.3 Zum Verständnis des Wissenschafts-Politik-Verhältnisses: politics of location und die Anerkennung der Eigenlogiken von Wissenschaft und Politik

Wie in den Zwischenbetrachtungen ausgeführt, ist feministische Kritik mit einer nicht unbeträchtlichen Verstrickung in die dominanten Strukturen in Wissenschaft sowie der Gesellschaft insgesamt konfrontiert. Diese machtvollen Verwicklungen in Politik, Wissenschaft und Ökonomie werden auch innerhalb der feministischen Theorie kritisch reflektiert – und führen hier zu einigen Revisionen und Neuakzentuierungen des Verständnisses von Wissenschaft als Politik mit anderen Mitteln. Dies soll nachfolgend eingehender erläutert werden.

In der feministischen Wissenschaftsforschung und -theorie zeichnet sich spätestens seit den 2000er-Jahren eine deutliche Skepsis gegenüber der tatsächlichen Reichweite der angestrebten feministischen Revolution in Wissenschaft und Gesellschaft ab. Dies betrifft sowohl die Kritikfähigkeit und Widerspenstigkeit der Subjekte der Kritik (hier vor allem der feministischen Wissenschaftler_innen), als auch die Ebene des Verhältnisses zwischen (feministischer) Wissenschaft und (feministischer) Politik. Insbesondere im Kontext der Wissensgesellschaft sowie angesichts einer zunehmenden Expertokratisierung und Technokratisierung der parlamentarischen Demokratie ist die Gefahr herrschaftlicher, insbesondere

neoliberaler Verführungen groß, so konstatiert etwa Barbara Holland-Cunz (2005; 2003b). Aus Sicht von Holland-Cunz (2003b) ist es daher für kritische Theoriebildung notwendig, ein distanziertes Verhältnis nicht nur zur herrschenden Gesellschaft, sondern auch zu den eigenen Bezugsbewegungen zu wahren. Andernfalls kommt es zu Blindstellen in der Selbstwahrnehmung feministischer Wissenschaft, die womöglich zur affirmativen Kooptierung der herrschenden Verhältnisse beitragen. Holland-Cunz streicht heraus, dass

> „[...] die Unterwerfung der Wissenschaft unter die Dominanz des Politischen [...] keine selbstreflexiven, politikkritischen, wissenschaftlich seriösen Ergebnisse hervor[bringt]. Aber nicht nur wissenschaftliche Arbeit sollte vor einer Dominanz des Politischen bewahrt werden. Auch umgekehrt sollte politische Arbeit vor einer Dominanz wissenschaftlicher Logiken und Standards geschützt sein – und dies um so mehr, als Wissenschaft heute einen auffällig starken, korporatistisch integrierten Status in vielen Teilbereichen des Politischen besitzt (wie die Kommissionen von Hartz bis Rürup zeigen)" (Holland-Cunz 2003b, 19).

Diesen Verweis auf die machtblinde Verstrickung feministischer Wissenschaft konkretisiert Holland-Cunz vor dem Hintergrund einer gouvernementalitätskritischen Analyse der „neoliberalen Regierungskunst" (Holland-Cunz 2005, 165) in der Wissensgesellschaft.

An diesen Diskurs und die Diagnose der enger werdenden Kopplungen zwischen Politik, Wissenschaft, Ökonomie und Öffentlichkeit anknüpfend sieht Holland-Cunz

> „[...] die AkteurInnen des heutigen Wissenschaftsbetriebs [...] unter Bedingungen feudalisierter Publizität (Habermas): Die herrschaftlich aufgezwungene Sichtbarkeit des 'Verkaufs' wissenschaftlichen Wissens an die politische und gesellschaftliche Öffentlichkeit ist evident" (Holland-Cunz 2005, 15).

Zwar gibt auch Holland-Cunz zu bedenken, dass die wissenschaftliche Sichtbarkeit (von wissenschaftlichen Leistungen, damit diese überhaupt als solche anerkannt werden können) sowohl als Demokratisierung wie auch als Disziplinierung wirken kann. Allerdings sieht sie die Wissenschaft, bislang klassisch liberal von der Politik getrennt, bereits unter die Ägide des Neoliberalismus mit seiner Wettbewerbslogik geraten; die neue gesellschaftliche Seins- und Denkweise wird im Ganzen auf eine enger werdende Kopplung von Wissenschaft und Politik, Wissenschaft und Ökonomie sowie Politik und Ökonomie verpflichtet. Somit beginne „für das Wissen die Vertreibung aus dem Reich der Freiheit, verbunden mit der Einladung zu einer geordneten Knechtschaft" (ebd., 163). Diese Knechtschaft werde belohnt mit vermeintlicher Relevanz und Anerkennung der Wissenschaft sowie materiellen Ressourcen.

> „*Die wissenspolitische Vorstellung, die Revolutionierung der Wissenschaft könne mit der Strategie 'Wissenschaft ist Politik mit anderen Mitteln' gelingen, endet beim Gegenteil dessen, was frau bewirken möchte. 'Wissenschaft ist Politik mit anderen Mitteln' reproduziert (diskursiv) und inauguriert (material) die neoliberale Regierungskunst in der Wissenschaft.* Wer sich derart eindeutig für eine *Vermischung* von Wissenschaft und Politik, für die möglichst weit gehende *Auflösung der Trennung* einsetzt, folgt ohne Zweifel unwissentlich dem neoliberalen Impuls" (Holland-Cunz 2005, 163; Hrvg.i.O.).

Daraus folgt, dass feministische Kritikkonzeptionen, die Wissenschaft und Politik weitgehend ineins setzen (so wie dies in frühen wissenschaftstheoretischen Entwürfen angelegt ist), angesichts der veränderten gesellschaftlichen und speziell wissenschaftlichen Rahmenbedingungen affirmativ zu werden drohen. Vor diesem Hintergrund plädiert Holland-Cunz (2005; 2003a; 2003b) entschieden für die Notwendigkeit, zu einer expliziten Revision des Selbstverständnisses feministischer Wissenschaft zu kommen. Feministische Kritikstrategien müssen sich, so die Einsicht, reflexiv, selbst- und machtkritisch auf den politischen, ökonomischen und wissenschaftsbezogenen Wandel beziehen. Im Kontext der veränderten Möglichkeits- und Wirkungsbedingungen von Kritik müssen auch die eigenen Kritikkonzeptionen kritisch überprüft und ggf. umgestellt werden. Neben einer stärkeren machtkritischen (Selbst-)Reflexivität fordert Holland-Cunz auch eine Revision des Verständnisses im Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Vor dem Hintergrund des 'erfolgreichen Scheiterns' feministischer Kritik kreist auch die feministische Wissenschaftsdebatte nunmehr intensiv um die Frage der (wissenschaftlichen) Bedingungen feministischer Kritik (vgl. u.a. Butler 2009; Hark 2005; 2007; Holland-Cunz 2005; 2003b; Hornung/Gümen/Weilandt 2001). Dabei kommen neben den konkreten Arbeitsbedingungen feministischer Wissenschaftler_innen auch die feministische Wissensproduktion und die von ihr (re-)produzierten Machtverhältnisse selbstkritisch in den Blick. Kritische Wissenschaftler_innen sind in ein Spannungsverhältnis zwischen dem Wunsch nach Anerkennung durch den Wissenschaftsbetrieb und dem gleichzeitigen Anspruch, dessen kritischer Rand zu sein, eingebunden. Dieses Widerspruchsverhältnis geht mitten durch die – dem eigenen Anspruch nach – kritischen, feministischen Wissenschaftler_innen selbst hindurch, für die Kritik als Beruf überwiegend an das herrschaftsförmige Feld Wissenschaft mitsamt seinen (androzentrischen) Spielregeln gebunden ist (vgl. Jung 2009). Bezogen auf die feministische Wissenschaft postuliert Holland-Cunz, dass

> „[...] die realen Bedingungen an den deutschen Hochschulen kaum dazu angetan [sind], [...] eine wissenschaftskritische, politisch engagierte, selbstreflexive, der In-

stitution gegenüber disloyale, mutige feministische Wissenschaftlerin tatsächlich hervorzubringen" (Holland-Cunz 2005, 129).

Eher sieht sie eine permanente Überforderung am Werk, die feministische Wissenschaftler_innen „anfällig für Vereinfachungen und scheinbare Entlastungen aller Art [macht]. Fatalismus und Resignation liegen als Reaktionen hier ebenso nahe wie eine erhöhte Verführbarkeit durch kleine Anerkennungen und repressive Integrationsangebote" (ebd., 29). Holland-Cunz arbeitet vor diesem Hintergrund die Verwerfungen zwischen der „mythisch verklärten, idealtypischen Figur" (ebd.) der feministischen Wissenschaftler_in und der empirischen Realität von Frauen im Wissenschaftsbetrieb heraus – und zeigt auf, dass die Entsprechungen zwischen den in das feministische Kritik- und Selbstverständnis eingeschriebenen Bildern und den veränderten Bedingungen des realen, faktischen Wissenschaftmachens zumindest brüchig, wenn nicht gar ganz hinfällig geworden sind (vgl. ebd.). In ihren „Reflexionen aus dem und auf das Karrieregeschehen" thematisiert auch Paula-Irene Villa die „bizarren und im Prinzip unvereinbaren Ansprüche", die an jene gestellt werden, die sich „derzeit zum akademischen Markte tragen" müssen (Villa 2010, 135).

Sabine Hark (2007; 2005) nimmt das Moment selbst- und machtkritischer Reflexivität im Umgang mit veränderten Kontextbedingungen feministischer Wissenschaft auf. In ihrer Studie zur „Diskursgeschichte des Feminismus" (Hark 2005) thematisiert sie die Prozesse der Akademisierung, Professionalisierung und theoretischen Ausdifferenzierung, die feministische Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten durchlaufen hat. Gleichzeitig sucht Hark auch nach den Handlungsmöglichkeiten derer, die feministische Wissenschaft betreiben. Dabei befragt sie die Wechselverhältnisse von feministischen Anliegen und der männlich geprägten Wissenschaft auf die Effekte, die dies für den Anspruch hat, ein kritisches Wissensprojekt zu sein.

Aus dieser Sicht erscheint feministische Wissenschaft als eine, die in eine Widerspruchskonstellation mit vielfältigen Facetten eingelassen ist: Es zeigt sich ein Widerspruch zwischen der institutionellen Anerkennung (und einem damit einhergehenden Erfolg) und der Entwertung (und einer damit einhergehenden Marginalisierung) feministischer Wissenschaft. Widersprüche und Gegenläufigkeiten sieht Hark (2005) aber auch im Verhältnis von Selbstanspruch und faktischem Betrieb feministischer Wissenschaft: Feministische Wissenschaft will einerseits eine dissidente, auf Veränderung zielende Praxis innerhalb des Felds der Wissenschaft sein. Andererseits partizipiert sie jedoch in einem Umfang an eben jener Wissenschaft, dass die herrschenden Regeln und Routinen des Wissenschaftsbetriebs zumindest teilweise reproduziert und abgestützt statt unterlaufen werden.

Teilhabe, so die zentrale These von Sabine Hark (2005), erweist sich aber dennoch als prekäre Voraussetzung für Veränderung. Dissidenz und Partizipation sind unauflöslich miteinander verknüpft – und diese Gleichzeitigkeit ist für feministische Kritik durchaus spannungsreich. Denn wenn Dissidenz und Partizipation so eng verflochten sind, dann ist auch nicht immer klar zu trennen, ob und inwieweit die herrschende Wissenschaft dem angestrebten *feminist turn* folgt. Möglich ist auch, dass der (wissenschaftliche) Feminismus einem *academic turn* unterliegt, der den radikalen und kritischen Anspruch feministischer Kritik abschleift. Hark bemerkt hierzu: „Wir haben es [...] mit einem Geschehen zu tun, in dem es um Transformation *und* Reproduktion zugleich geht und in dem kein gesicherter Index existiert für die Grenze zwischen Transformation und Reproduktion, zwischen Kritik und Regulierung" (Hark 2005, 206). Allein der Anspruch, ein radikales oder kritisches Wissensprojekts zu sein, immunisiert noch nicht gegenüber herrschafts- und machtförmigen Verstrickungen:

> „Das politische Projekt der 'Herrschaftsabsage' lässt sich nicht umstandslos in ein Projekt 'kritische Wissenschaft' übersetzen; ebenso wenig schließt das intellektuelle Projekt einer *kritischen Theorie* nicht zwingend eine institutionelle Praxis ein, in der Marginalisierung und Segregierung, Normalisierung und Disziplinierung keine Rolle spielen" (Hark 2005, 70f.).

Daraus folgt für Hark (2005) allerdings nicht die Forderung eines Rückzugs aus oder eine Absage an den kritischen Anspruch feministischer Wissenschaft. Hark plädiert vielmehr für eine *politics of location*, eine „Verständigung über die eigene Position" (ebd., 15), bei der sich feministische Wissenschaftler_innen der intellektuellen und institutionellen Aporien bewusst sein müssen, in denen sie sich bewegen.

Insbesondere in poststrukturalistischen Arbeiten wurde hier auf die Notwendigkeit verwiesen, eine kritische Haltung zu entwickeln, die auch die Prämissen kritischen Denkens noch kritisch reflektiert und über sich hinauszutreiben sucht (vgl. Butler 2009). Eine kritische Haltung besteht demnach darin, „die Wahrheit auf ihre Machteffekte hin zu befragen und die Macht auf ihre Wahrheitsdiskurse hin. In dem Spiel, das man die Politik der Wahrheit nennen könnte, hätte die Kritik die Funktion der Entunterwerfung" (Foucault 1992, 15). Sabine Hark formuliert es für die feministische Kritik so:

> „Feministische Theorie ist [...] im Grunde nur denkbar als ein Projekt der fortwährenden De- und Rekonstruktion von Wissen. Ich will dies eine Praxis der Produktion *ex-zentrischen Wissens* nennen, insofern die Reflexion auf die *Bedingtheit des Wissens*, also auf Ein- und Ausschluss organisierende Grenzen, Teil der Produktion von Wissen wäre" (Hark 2005, 395).

Mit ihren Arbeiten zur kritischen Haltung sind insbesondere Michel Foucault (1992; 1984/2005) und Judith Butler (2009) zu wichtigen Referenzpunkten für die jüngere wissenschaftstheoretische Debatte im Feminismus geworden. Beide gehen von einer machtdurchtränkten sozialen Verortung von Wissenschaft und Politik aus (Macht/Wissen-Komplex). Die Relation von Macht und Wissen ist hier aber – und dies ist ein zentraler Unterschied zu den frühen feministischen Entwürfen (vgl. Abschnitt 2.2) – nicht in einem einfachen, politisch-revolutionären Akt auszuhebeln. Mike Laufenberg konkretisiert dieses veränderte Verständnis feministischer Wissenspolitik:

> „Die Trägheit geronnener Machtverhältnisse und die Beständigkeit der Struktur gegenüber individuellem Handeln verhindern naive Überschätzungen der selbsttransformierenden Fähigkeiten des Subjekts. Foucault und Butler wissen das, doch sie verwerfen ebenso einen resignativen Nihilismus, der Subjekten angesichts einer Allgegenwärtigkeit von Machtprozessen und ökonomischen Zwängen keinerlei Handlungsspielraum mehr zugesteht. Dieser Handlungsspielraum ist allerdings stets prekär, weil das Subjekt durch Normen unterworfen wird, die gerade durch ihre Berufung auf institutionell gestützte Wahrheiten ihre Macht entfalten und den Möglichkeitsraum von Denk- und Lebbarem regulieren" (Laufenberg 2009, 77).

Kritik betrifft in feministischer Perspektive – das hat Sabine Hark in Anschluss an Foucault und Butler herausgearbeitet – daher immer den 'Aufstand' auf der epistemologischen *und* der ontologischen Ebene und setzt am Hiatus von Wirklichem und Möglichem an. Zur feministischen Kritik gehört (auch da, wo es um Theoriebildung geht) die Kritik der sozialen, politischen, institutionellen Organisation von Wissensproduktion im Sinne der Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit von Kritik. Dies umfasst z.B. die Schließungsmechanismen des Bildungssystems, die Hierarchisierung bestimmter Forschungs-, Denk-, Lehr- und Lernformen untereinander, Kooptations- und Habitualisierungszwänge zum Ausweis von Anschlussfähigkeit und Zugehörigkeit im seinerseits wiederum männlich geprägten Wissenschaftsfeld, die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Praxis bzw. Bewegung und vieles mehr (vgl. dazu Brand 2010; Hark 2009).

Doch nicht nur innerhalb der Wissenschaft verändern sich die Bedingungen für die Ausbildung von Kritik, sondern auch die zwischen feministischer Wissenschaft und feministischer Politik. Lydia Plöger und Birgit Riegraf (2009b) etwa nehmen die Frage nach dem veränderten Verhältnis von Wissenschaft und Politik im Feminismus im Rahmen eines Sammelbandes wieder auf, dessen Beiträge im Folgenden diskutiert werden. In ihrem Band „Geschlecht zwischen Wissenschaft und Politik" wird ein reflexives Verhältnis von feministischer Wissenschaft

und (Gleichstellungs-)Politik unterstellt. Heike Kahlert konkretisiert in ihrem Aufsatz die Annahme eines reflexiven Verhältnisses zwischen feministischer Wissenschaft und feministischer Politik und führt aus,

> „[...] dass durch die Expertise der Frauen- und Geschlechterforschung gestützte (Weiter-)Entwicklung und Implementation von Gleichstellungspolitik in der gesellschaftlichen Praxis ein Beispiel für die Verwendung der (sozialwissenschaftlichen) Frauen- und Geschlechterforschung und damit für das Praktischwerden der Sozialwissenschaften in der Gesellschaft ist" (Kahlert 2009, 49).

Kahlert zeigt auf, dass und wie die Frauen- und Geschlechterforschung empirische und theoretische Grundlagen für gleichstellungspolitische Praxis bereit stellt und „so betrachtet eine direkt oder indirekt Politik beratende Funktion" hat (ebd., 61). Sichtbar werde aber auch, dass dieser Transfer von Gender-Expertise keineswegs als einfache Anwendung gedacht werden kann, sondern Praxis die Ergebnisse der Wissenschaft immer im Lichte der jeweils eigenen Kontexte anpasst und reinterpretiert statt einfach 'umsetzt' (vgl. dazu auch Beck/Bonß 1989). Einerseits also ist das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis im Feld von Frauen- und Geschlechterforschung als *Verwissenschaftlichung von Politik* zu beschreiben, insofern wissenschaftliches Wissen in der Praxis aufgenommen wird – und hier insbesondere mit Gender Mainstreaming und Diversity Politikinstrumente entstanden sind, die in hohem Maße auf den Einsatz von (wissenschaftlicher) Gender-Expertise zurückgreifen. Zum anderen aber wirkt der Verwissenschaftlichungsprozess der Politik auf das Wissenschaftssystem selbst zurück, indem z.B. auch aus der Politik bestimmte Nützlichkeitserwartungen an die Wissenschaft gestellt werden und spezifische, politikbezogene Bedarfe an die Wissenschaft formuliert werden. Wissenschaft werde so durch die Bezugnahme auf Praxis auch reflexiv. Dieses Reflexivwerden des Verhältnisses von Frauen- und Geschlechterforschung und gleichstellungspolitischer Praxis versteht Kahlert (2009) im Anschluss an Peter Weingart als „*Politisierung der Wissenschaft*" (Weingart 1983, 225; 2001, zit.n. Kahlert 2009, 63).

Obgleich also von einer Politisierung von Wissenschaft die Rede ist, unterscheidet sich dieses Verständnis von Politisierung maßgeblich von den Intentionen der feministischen Wissenschaftskritik, wie sie in Abschnitt 2.2 diskutiert wurden. An die Stelle emphatischer Herrschaftsabsage, anti-patriarchaler und radikalgesellschaftskritischer Forderungen tritt nun die pragmatische Einschätzung eines professionalisierten Feldes, dessen Eigenlogiken in Rechnung gestellt werden. Auch die weitreichende Ineinssetzung von Wissenschaft und Politik, wie sie bei Mies, Harding und Haraway formuliert wurde, ist einer ausdifferenzierten Diskussion über die Relation zwischen Theorie und Praxis gewichen: Zwar werden

noch Verbindungen und wechselseitige Bezogenheiten zwischen Wissenschaft und Politik konstatiert. Dies gilt z.B. hinsichtlich jener Grenzgänger_innen, die sowohl als Geschlechterforscher_in, als Gender-Expert_in, als auch als Frauen- und Gleichstellungspolitiker_in tätig sind (vgl. Löther 2009; des weiteren auch Jung 2008; Metz-Göckel 2014).

Daneben werden jedoch vor allem die Differenzen zwischen feministischer Wissenschaft und feministischer Politik thematisiert. So kommen etwa die Grenzen der wechselseitigen Anschluss- und Dialogfähigkeit in den Fokus: Zum einen habe „die wissenschaftliche Gender-Debatte komplexe Dimensionen angenommen [...] aus denen nicht ohne Weiteres eine neue Praxis" entstehen könne (ebd., vgl. auch Chojecka/Neusüß 2009). Zum anderen aber wird betont, dass auch Praxis eigene Formen von Reflexivität und 'Theorie' entwickelt, also alternative Formen von Wissensproduktion entfalten kann und daher nicht oder nicht ausschließlich auf genuin *wissenschaftliche* Expertise angewiesen ist.

Vor diesem Hintergrund wird das Verhältnis von Wissenschaft und Praxis nicht im Anschluss, sondern „endgültig [losgelöst] von einem frühen Politikmodell" re-konzipiert, „das – aus der linken Tradition kommend, der zufolge die revolutionäre Theorie der Praxis voranzugehen habe – ein klares Entsprechungsverhältnis zu postulieren schien" (Müller 2009, 200). Stattdessen wird zwischen verschiedenen Wissensarten und deren jeweiliger Verortung auf unterschiedlichen Handlungsebenen unterschieden. Dazu gehört vor allem die Unterscheidung von wissenschaftlichem, fachlichem und alltagsweltlichem Gender-Wissen (vgl. Wetterer 2009). Angelika Wetterer betont, dass für diese drei Spielarten des Geschlechterwissens jeweils unterschiedliche Wirklichkeitskonstruktionen und Anerkennungsregeln relevant sind und sich damit auch deren jeweilige Einbindung in die Praxis qualitativ unterscheidet. Spannungen, Irritationen und Dialogschwierigkeiten zwischen z.B. feministischen Theoretiker_innen und gleichstellungspolitischen Akteur_innen lassen sich, so Wetterer (2009) also

> „[...] nicht nur darauf zurückführen, dass Alltagswissen, feministische Theorie und Gender-Expertise je Verschiedenes über Geschlechter wissen. Die Verständigungsprobleme sind grundsätzlicher Art und rühren daher, dass diese drei Spielarten des Geschlechterwissens unterschiedliche Typen von Wissen darstellen, die der Praxis korrespondieren, in die sie je verschieden eingebunden sind" (Wetterer 2009, 87).

Das heißt, zu der Unterscheidung von genderbezogenen Wissens-Arten tritt auch die Unterscheidung der jeweils zugehörigen Praxisformen, für die eine bestimmte Form von Wissen handlungsrelevant ist oder werden soll. Wissenschaft und Politik werden also nicht mehr weitreichend ineins gesetzt; vielmehr verschiebt sich der Blick auf die jeweiligen Eigenlogiken von verschiedenen Wissensarten

und Praxisformen. Wichtig wird die Frage, wie die Beziehungen zwischen den differenten Wissens- und Praxisformen gestaltet wird. Wetterer (2009) insistiert darauf, dass die Voraussetzungen für einen produktiven, grenzüberschreitenden Dialog und mithin für eine produktive Re-Formulierung des Verhältnisses von Theorie und Praxis notwendig eine *Enthierarchisierung* verschiedener Wissensformen einschließt.

Die im Band von Plöger/Riegraf (2009) versammelten Autor_innen beharren überwiegend auf der *Differenz* von feministischer Wissenschaft (als Modus von Wahrheit bzw. Reflexivität und Zweifel) einerseits und der Geschlechterpolitik (als Modus von Handeln, Interesse) andererseits (vgl. insbesondere Dackweiler 2009; Müller 2009). Der Tenor des Bandes ist ein Gestus der bewussten Anerkennung und Betonung der Grenzen zwischen Politik und Wissenschaft – und zwar explizit auch im Sinne der Anerkennung der unterschiedlichen Anforderungen, vor die sich die Akteur_innen in Wissenschaft und Politik gestellt sehen. Die Positionen, die im Sammelband von Lydia Plöger und Birgit Riegraf (2009a) versammelt sind, orientieren sich an den konkreten Beziehungen zwischen feministischer Wissenschaft und der institutionalisierten Frauen- und Gleichstellungspolitik. Sie zeigen, dass und wie das Verhältnis zwischen beiden professioneller, reflexiver, aber auch ausdifferenzierter geworden ist; und dass das Theorie-Praxis-Verhältnis nicht als einfache Umsetzung oder Anwendung 'richtigen' Wissens gedacht werden. Deutlich wird aber auch, dass es nicht nur höchst unterschiedliche (feministische) Politikfelder und -formen gibt, an denen feministische Wissenschaft kritisch orientiert ist. Auch feministische Wissenschaft und das von ihr hervorgebrachte Wissen ist nicht homogen, sondern umfasst (grundlagen-)theoretische Diskussionsstränge ebenso wie solche, die vergleichsweise 'anwendungsorientiert' sind. Die Übergänge zwischen einem innerhalb der Hochschulen produzierten, im engeren Sinne 'wissenschaftlichen' Wissen, und Ansätzen von 'Praxistheorie' (vgl. Frey 2003) bzw. Wissen, das in konkreten Praxiszusammenhängen entsteht, sind mitunter fließend – und zwar nicht zuletzt, weil die Protagonist_innen zwischen verschiedenen Praxisfeldern (z.B. der Frauen- und Gleichstellungspolitik, genderorientierter Beratung und Weiterbildung, wissenschaftlicher Forschung, Bewegungs- und Protestformen) wechseln (vgl. Metz-Göckel 2014). Die verschlungenen Wege, wann, auf welche Weise und für welche Form von (feministischer) Praxis feministische Wissenschaft nun tatsächlich praktisch wird, sind weder immer offensichtlich noch unbedingt so, wie das auf Seiten der feministischen Wissenschaft erwartet oder erhofft wird. Wissenschaftliches Wissen bzw. feministische Theorie hat daher keinen besseren oder wahren Zugang zur gesellschaftlichen Realität, dem die fe-

ministische Praxis einfach zu folgen hätte. Betont wird vielmehr die Anerkennung der Differenz als Basis für einen produktiven und vor allem enthierarchisierten Dialog zwischen Wissenschaft und Politik.

Für all diese verschiedenen Bezüge zwischen (feministischer) Wissenschaft und (feministischer) Politik gilt aber – darauf weist Knapp (2014) hin – dass sie unter dem Druck von Ökonomisierung und dem Imperativ von Verwertbarkeits- und Nützlichkeitssinteressen stehen. Dies führt zu spezifischen Verdrängungs- und Delegitimationseffekten etwa von Theoriearbeit: „[...] die pragmatisch-anwendungsorientierten Formen des Gender-Wissens sowie der Gender- und Diversity-Kompetenz [haben] ebenso viel zur institutionellen Absicherung der Frauen- und Geschlechterforschung beigetragen [...], wie zur rhetorischen De-Legitimierung und Des-Artikulation von *feministischer* Theorie und Gesellschaftskritik" (Knapp 2014, 36f.).

Aber auch auf Seiten der eher 'anwendungsorientierten' Spielarten feministischer Wissenschaften sind Verkürzungen des Blickwinkels zu beobachten (vgl. Frey 2003; Knapp 2014). Knapp konstatiert, dass in der feministischen Wissenschaft „[...] Prozesse der Horizontverengung [stattfinden], in denen das Wissen, das an den Hochschulen gelehrt wird, vorauseilend zugeschnitten ist auf das, was als pragmatischer Bedarf in den entsprechenden Praxisfeldern unterstellt wird" (Knapp 2012, 10f.). Dabei werden primär anwendungsbezogene Gender-Kompetenzen begünstigt, die ihrerseits aber um „die Auswahl und Deutung der für sie praktisch relevanten Problemlagen um ihre gesamtgesellschaftlichen Bezüge, Verflechtungen und politischen Horizonte" (ebd., 11) gekürzt sind. Geradezu kontrafaktisch zur Orientierung auf Anwendungsbezogenheit äußert sich daher, so Knapp, in der zu eng gefassten Produktion von Gender-Wissen ein Unvermögen, die eigenen Grenzen und die Rolle im gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang noch begrifflich reflektieren zu können. Dies erschwert kritische Handlungsfähigkeit noch eher, als sie zu befördern (vgl. ebd.). In dieser Sicht ist es also gerade die 'anwendungsorientierte Selbstbescheidung' (vgl. ebd.) feministischer Wissenschaft, die ihren kritischen Impetus beschädigt.

Damit allerdings hätte sich die Rolle, die die Vorstellung einer engen Verbindung von Wissenschaft und Politik im Feminismus für die zugrunde liegende Kritikkonzeption spielt, mit weitreichenden Konsequenzen verschoben. Waren in der Kritikkonzeption, die in Abschnitt 2.2 vorgestellt worden ist, Wissenschaft und Politik nahezu ineins gesetzt, so werden jetzt die jeweilige Eigenlogiken und Grenzen von Wissenschaft und Politik betont. War der radikale und transformative Impuls ehedem gerade an Orientierung auf Politik und Praxis gebunden, so wird die Engführung von feministischer Wissenschaft auf Politik und Praxis

jetzt als kontraintentional zum transformatorischen Anliegen diskutiert. Ist der Zusammenhang von Kritik und der Vorstellung einer engen Relation von Wissenschaft und Politik also endgültig aufgebrochen?

Aus feministischer Perspektive, so lassen sich die Arbeiten von Barbara Holland-Cunz (2005; 2003b), Lydia Plöger und Birgit Riegraf (2009a) und Gudrun-Axeli Knapp (2014; 2012) lesen, kann zumindest nicht (mehr) einem einfachen Verständnis von 'Wissenschaft als Politik mit anderen Mitteln' gefolgt werden. Alle genannten Arbeiten insistieren darauf, dass Wissenschaft und Politik jeweils eigenen Logiken folgen. Das Verhältnis zwischen feministischer Wissenschaft und feministischer Politik hat sich im Zeichen von Professionalisierung, Ökonomisierung und Wissensgesellschaft stark verändert – und diese Veränderungen enthalten Möglichkeiten, um produktiv, nicht-hierarchisch und in einem Verhältnis wechselseitiger Anerkennung zwischen Wissenschaft und Politik feministischen Anliegen zur Wirksamkeit zu verhelfen (vgl. Plöger/Riegraf 2009a). Sie enthalten aber auch die Gefahr, dass feministische Wissenschaft ihren kritischen, radikalen und transformatorischen Anspruch auf Anwendungs- und Nützlichkeitskriterien engführt und/oder dass feministische Wissenschaft im herrschenden Wissenschaftsspiel eher reibungslos mitspielt als es zu stören, weil sich die wissenschaftlichen Akteur_innen – als Subjekte der Kritik – den neoliberalen bzw. wissenschaftsinternen Konkurrenzen, Vermarktungs- und Flexibilisierungsanforderungen nahtlos unterwerfen.

Zwar ist durchaus eine *Politisierung* von Wissenschaft in dem von Heike Kahlert (2009) beschriebenen Sinne zu konstatieren ist (s.o.) – in welcher Reichweite und Hinsicht allerdings darin eine *herrschaftskritische, auf radikale Transformation angelegte Politisierung* angelegt ist, ist damit nicht immer gleich ausgemacht. Wie insbesondere Barbara Holland-Cunz (2005) und Sabine Hark (2005) aufzeigen, brauchen feministische Kritikkonzeptionen daher ein starkes Element von Selbst- und Machtkritik im Sinne einer kritischen Sensibilität und Reflexivität über die eigenen Verstrickungen mit jenen Verhältnissen, zu deren Überwindung das feministische Wissenschafts-/Politikprojekt einst angetreten ist. Es gilt aber auch, ein reflektiertes Verständnis von Wissenschaft und Politik zu entwickeln, das die Grundlage für eine weitreichende, geschlechter- und gesellschaftskritische Konzeption darstellen kann.

Einen Ansatz, ein vertieftes Verständnis der jeweiligen Eigenlogiken wie Differenzen zwischen Wissenschaft und Politik voranzutreiben und diese im Kontext eines Verständnisses von *feministischer Theorie als kritischem Projekt* zu reformulieren, legt Gudrun-Axeli Knapp (2014; 2012) vor. Ausgangspunkt ist auch hier

der herrschaftskritische, auf radikale Veränderung zielende Impetus sowie das emanzipatorische Interesse feministischer Wissenschaft. Feministische Theorie wird verstanden als „eingreifendes Denken, das den Blick auf die Welt verändert und dadurch interveniert" (Knapp 2014, 9). Feministische Wissenschaft und Politik stehen in einem Wechselverhältnis, das die Basis für die besondere Positionierung feministischer Theorie darstellt. Der gleichzeitige politische wie wissenschaftliche Anspruch feministischer Wissenschaft konstituiert einen „konfliktiven Kern" (Knapp 2014, 14), der aber als „Debattengenerator" (ebd.) eine spezifische (selbst-)kritische Produktivität begründet. Dabei setzt Knapp Theorie und Praxis, Wissenschaft und Politik aber nicht in eins. Feministische Kritik wird als ein Moment gesellschaftlicher Selbstreflexion verstanden, die u.a. die Form von Wissenschaft annimmt. Allerdings kann eine so verstandene Kritik, zumindest wenn sie „mit wissenschaftlichem Geltungsanspruch als methodisch reflektiertes Wissen auftritt, [...] nicht identisch sein mit Politik" (Knapp in Hirschauer/Knapp 2006, 28): „Die Differenz zwischen theoretischer Reflexion und praktischen Überlegungen, Vollzügen und Entscheidungen ist nicht zu überspringen oder voluntaristisch kurzzuschließen, sondern sie bezeichnet einen Unterschied, mit und an dem zu arbeiten ist" (Knapp 2014, 10).

Knapp insistiert dabei auf der Unterscheidung der Radikalität des Denkens und der Radikalität des Handelns (vgl. 2014; 2012). Radikalität im Denken versteht sie als „Ausbildung von Komplexitätsbewusstsein im theoretischen, empirisch-forschenden und praktischen Bezug auf die Geschlechterverhältnisse, [...] das den Verhältnissen 'an die Wurzeln' gehen will" (Knapp 2014, 9). Komplexitätsbewusstsein ist hier kein Selbstzweck, sondern auf die Erschließung von gesellschaftlichem *Zusammenhang* und die Arbeit der *Kontextualisierung* orientiert. Zu diesem Komplexitätsvermögen zählt auch, dass kritisch-feministische Theoriebildung an den gesellschaftlichen Widersprüchen, Verwerfungen und Brüchen ansetzt – um alternative Möglichkeiten aufzuzeigen und zu ermöglichen. Damit dies gelingt, ist kritische Theoriebildung darauf angewiesen, Ungleichzeitigkeiten und Ambivalenzen aushalten zu können, statt nach 'einfachen' Wahrheiten zu suchen oder sich einem Vereindeutigungsdruck auszusetzen (vgl. Knapp 2012). Insbesondere feministischer Theorie – geschult an den Widersprüchen, wie sie v.a. in den paradox strukturierten Geschlechterverhältnissen sowie in den Brüchen und Spannungen vergeschlechtlichter Lebenszusammenhänge deutlich zu Tage treten – weist Knapp dabei die Befähigung zu, soziale Realität im Modus des Sowohl-als-Auch reflektieren zu können (vgl. ebd.). So verstanden ist feministische Theorie also kritische Gesellschafts- und Erkenntnistheorie, die einem praktischen Interesse nach Veränderung verpflichtet ist – die sich

dabei allerdings des Unterschieds zwischen kritischem Denken und kritischem (politischen) Handeln bewusst ist:

> „Die Logik entschiedenen Handelns in allen möglichen Praxisfeldern, aber auch die Logik radikaler Strategieformulierung oder der Begründung von Kampagnen, scheint in der Tat eine andere zu sein, als die des Erforschens von Komplexität, die dann radikal ist, wenn sie den Zusammenhängen an die Wurzel geht. Wissenschaft darf sich nicht an der Entweder-Oder-Logik solcher Politik ausrichten, sondern muß beim 'Einerseits/Andererseits' bleiben können, wenn die Realität, die sie beschreibt, eben so verfaßt ist – aber sie soll dazu beitragen, reale Widersprüche aufzuheben, in dem sie die Strukturen, derer sie sich verdanken, kritisiert" (Knapp 1988/2012, 119).

Eine in diesem Sinne radikale Theoriebildung zeichnet sich also gegenüber der politischen Praxis durch eine spezifische Handlungsentlastung aus, die es ihr erlaubt, jenseits der Polarisierungen von „ja – nein, für – gegen, entweder – oder" (Knapp 2012, 119) zu operieren. Die Radikalität des Denkens an den Maßstäben der Radikalität des Handelns messen zu wollen, gar den Logiken der Praxis mit ihren unter konkretem Handlungsdruck notwendigen Polarisierungen und Vereindeutigungen zu unterwerfen, führe, so Knapp, gerade nicht zu einer kritischen Wissenschaft. Feministische Wissenschaft, die sich als der politischen Praxis gleichsinnig funktionierende missverstehe, führe vielmehr dazu, dass feministische Wissenschaft zu einer Produktionsstätte alternativer Ideologien werde (vgl. ebd.).

Allerdings ist die Berücksichtigung der Eigenlogiken von Wissenschaft und Politik und die Reflexion der Differenzen zwischen der Radikalität des Denkens und der Radikalität des Handelns nicht gleichbedeutend mit einer gänzlichen Trennung von Wissenschaft und Politik im Selbstverständnis feministischer Wissenschaft. Feministische Wissenschaft ist demnach selbst auch eine politische Tätigkeit. In diesem Sinne spielt auch in der Logik der Wissenschaft Parteilichkeit, Interesse und Politik eine Rolle – etwa hinsichtlich der Wahl der Erkenntnis- und Forschungsgegenstände und als Motiv der Orientierung an einer praktischen Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse (vgl. Knapp 2012, 119). Aber der politische Charakter von Wissenschaft ist dabei nicht zwangsläufig von dem Grad des Engagements der Forschenden abzuleiten, wie es z.B. die Mies'schen Parteilichkeits- und Betroffenheitspostulate nahe legen. Auf eine unmittelbare Korrespondenz zwischen sozialer Positionierung und der politischen Positionierung bzw. dem Zugang zu kritischer Erkenntnis (gar als Erkenntnisprivileg gegenüber anderen sozialen Positionierungen) kann nicht geschlossen werden (vgl. Knapp 2013b). Parteilichkeit und praktisch-emanzipatorisches Interesse müssen, so Knapp, im Forschungsprozess vielmehr erst einmal produktiv gemacht

werden, denn „das, was wir zur Kenntnis nehmen, darf nicht durch die politische Optik vorweg bestimmt sein" (Knapp 2012, 119).

Diese „Arbeit am Unterschied" (vgl. Knapp 2014) zwischen wissenschaftlicher und politischer Logik ist umso wichtiger, als Kritik, eine „zeitliche Signatur" (Knapp 2014, 9) hat: Theoriebildung ist eine „Form der bedingten Praxis" (ebd., 10), die auf spezifischen, historisch, gesellschaftlich und eben auch geschlechtlich bestimmten Erfahrungen basiert. Wie wir bereits in den vorangegangenen Abschnitten gesehen haben, unterliegen die Referenzbezüge und Rahmenbedingungen kritisch-feministischer Theoriebildung einer Veränderung. Doch nicht nur die Bedingungen feministischer Wissenschaft sind stets im Wandel begriffen. Auch die anderen feministischen Praxisformen und -felder sind in Bewegung, mit denen feministische Wissenschaft in Bezug steht: Dazu gehören z.B. die Frauenbewegung, aus der feministische Wissenschaft personell und intellektuell hervorgegangen ist, aber auch das Feld der Frauen- und Gleichstellungspolitik und Gender-Expert_innen, die im Bereich genderorientierter Weiterbildung und Beratung arbeiten.

2.5 Kritik und Politik in der feministischen Theorie

Der Ausgangspunkt der Untersuchung war, den politischen Gehalt von feministischen Kritikkonzeptionen zu entziffern. Dazu wurde zwischen zwei Kritikkonzeptionen unterschieden: Erstens eine Kern- oder Ausgangskonstellation feministischer Kritik (Kritikkonzeption I), an die zweitens Erweiterungen, Präzisierungen, Ergänzungen und Revisionen feministischer Kritik anschließen (Kritikkonzeption II). Die beiden Kritikkonzeptionen entsprechen in mancher Hinsicht zwar durchaus einer älteren (Kritikkonzeption I) und einer neueren Schicht (Kritikkonzeption II) der feministischen Theoriediskussionen. Sie haben insofern einen historischen Bezug, als sie immer auch (sich wandelnde) Erfahrungen spiegeln, sei es in Wissenschaft, Politik oder Ökonomie. Es gilt, diese historische (Erfahrungs-)Komponente wahrzunehmen, ohne darüber schon gleichzeitig mit der Rede von eher älteren und eher jüngeren Kritikschichten nahezulegen, dass damit strikt voneinander getrennte, linear ablaufende und sich zeitlich ablösende Kritikkonzeptionen vorliegen. Damit soll auch nicht bedeutet werden, die älteren Diskussionen seien 'schlechter', im Sinne von überholt, die neueren Diskussionen seien 'besser' im Sinne von ausgereifter, professioneller und ausdifferenzierter. Sicherlich kommen in der neueren Debatte feministischer Wissenschaft stärker die Professionalisierungsanforderungen des Wissenschaftsbetriebs zum Ausdruck, haben sich mitunter Sprache und Gestus verändert. Aller-

dings greifen Motive und Anliegen feministischer Theoriebildung in der neueren Kritikschicht auf solche der älteren Kritikschicht zurück, knüpfen an diese an, erweitern und reflektieren sie. Weder in der älteren, noch in der neueren Schicht hat man es mit stabilen, einheitlichen oder unumstrittenen Kritikkonzeptionen zu tun; feministische Kritik ist immer umkämpft, vielstimmig und heterogen. Vor diesem Hintergrund müssen auch die hier vorgenommene Entzifferung von Kritikkonzeptionen, die Auswahl an Texten, die als Grundlage dienen und die Zusammenschau der darin enthaltenen Aspekte als nur eine spezifisch Lesart des feministischen Theoriediskurses verstanden werden. Die hier vorgelegte Lesart feministischer Kritik bezieht sich maßgeblich auf das Verständnis von feministischer Kritik als Geschlechter- und Gesellschaftskritik – ein Verständnis, das eine zentrale Gemeinsamkeit beider feministischer Kritikkonzeptionen darstellt, auch wenn je unterschiedliche Akzentuierungen und Thematisierungsweisen auszumachen sind.

Feministische Kritikkonzeptionen sind nie unumstritten. Feministische Wissenschaft begreift sich aber traditionell als Teil einer Emanzipationsbewegung. Feministische Praxisformen wie Frauenbewegung, Frauen- und Gleichstellungspolitik und feministische Wissenschaft stehen zunächst in einem sehr engen wechselseitigen Bezugs- und Referenzverhältnis. Als Emanzipationsbewegung ist Feminismus – ausgehend von einer Kritik der Geschlechterverhältnisse – auf eine umfassende Veränderung der Gesellschaft orientiert, die sich vor allem durch den Abbau von bzw. die Absage an Herrschaft auszeichnen soll. Feminismus als Theorie und Praxis stellt so zunächst einmal ein politisches Aufbegehren dar – eines allerdings, das nicht mit den Mitteln und Begriffen eines engen Politikverständnisses hinreichend erfasst werden kann. Vor allem in den älteren Entwürfen lässt sich eine Art Kernorientierung ausmachen, die zwar nicht als unumwunden geteiltes Wissenschaftsverständnis im Feminismus Geltung beanspruchen dürfte, aber doch als Fluchtpunkt feministischer Selbstverständigungsprozesse angesehen werden kann. Die Formel von der (feministischen) Wissenschaft als Politik mit anderen Mitteln markiert so eine Orientierung – eine, die von einem sehr eng verknüpften Verhältnis von Politik und Wissenschaft im Feminismus ausgeht. Die grundsätzliche Verknüpfung von Wissenschaft und Politik entspringt zunächst schlicht feministischen Erfahrungshorizonten. Die herrschende Wissenschaft wird als bereits politisch (nämlich patriarchal) erlebt, und spürbar ist ebenso, dass das Einklagen von Perspektiven von und über weibliche Lebenszusammenhänge, die Reklamation eines Subjektstatus für Frauen als Subjekt von Wissenschaft und ein gleichberechtigter Zugang zu Wissenschaft als Ort gesellschaftlicher Wissen-

sproduktion einen eminent politischen Charakter haben. Dabei zeigt sich aber auch, dass das feministische Subjekt der Kritik nicht eines ist, das avantgardistisch für andere zu sprechen reklamiert – in der Figur der integrierten Außenseiterin verschmelzen nicht nur innen und außen, sondern auch individuelle und kollektive Subjekt- und Bewusstwerdungsprozesse; feministische Wissenschaftler_innen forschen nicht einfach nur über andere Frauen, sie sind als Frauen in einem männlich dominierten Feld zugleich Betroffene (von Diskriminierung und Marginalisierung) und Politiker_innen bzw. Aktivist_innen gegen männliche Strukturen in Wissenschaft und Politik. Zumindest in diesem Sinne ist Wissenschaft also durchaus eine Form von Politik bzw. politische Tätigkeit – und in diesem Sinne dürfte auch ein prinzipiell enger Nexus zwischen Wissenschaft und Politik zu den feministischen Grundüberzeugungen gehören.

Kritisch diskutiert wurde und wird allerdings von Beginn an, dass diese Einsichten in das enge Verhältnis von Theorie und Praxis und die machtvollen Verknüpfungen von Wissenschaft und Politik nicht verkürzt werden dürfen – sei es als Engführung des Anspruchs an feministische Wissenschaft auf unmittelbare Praxisrelevanz im Sinne einer *ausschließlichen* Orientierung an Praxiskämpfen, sei es als Engführung in Form der unterschiedslosen Ineinssetzung von Wissenschaft und Politik. Gleichwohl entspringt der Orientierung an Praxiskämpfen auch die Erkenntnis, dass Praxis sich mitunter ihre eigene Theorie bildet und umgekehrt Theorie nicht mit abstrakten Kategorien arbeiten kann, die nicht erfahrungsgesättigt und an konkrete Subjekte zurückgebunden sind.

Zumindest aus heutiger Sicht scheint es, als ob die revolutionäre Wirkkraft feministischer Wissenschaft überschätzt und umgekehrt die Persistenz herrschaftlicher Muster in Wissenschaft und Politik unterschätzt wurde. Allerdings speist sich die aus heutiger Sicht vorgebrachte Skepsis auch aus der Erfahrung darüber, dass im Zuge der Entwicklung von feministischer Wissenschaft und Politik stärker die Misserfolge, die Grenzen und das Scheitern des revolutionär-radikalen Anspruchs feministischer Kritik deutlich geworden sind. Es sind diese Erfahrungen des Involviertseins eines sich selbst als kritisch, radikal und revolutionär verstehenden, feministischen Wissenschafts-/Politikprojekts in den – mit Foucault gesprochen – Macht/Wissen-Komplex, die spätestens ab den 1990er Jahren[19] Hintergrund wie steten Anlass für intensivierte machtkritische Sensibilität und Selbstreflexivität feministischen Denken und Handelns sind.

---

19 Reflektionen über die eigene Verstrickung in die machtvollen Verhältnisse, die eigentlich verändert werden sollen, haben in der feministischen Debatte eine lange Tradition und beginnen nicht erst Anfang der 1990er Jahre. Ab den 1990er Jahren aber inten-

Feministische Wissenschaft und (feministische) Politik stehen in einem reflexiven Verhältnis zueinander, das sich sowohl durch eine Politisierung der Wissenschaft wie auch durch eine Verwissenschaftlichung von Politik ausdrückt. Gleichwohl wird dieses Verhältnis mittlerweile distanzierter und erheblich pragmatischer beschrieben als es in früheren Konzeptionen entworfen worden war. Überdies werden nunmehr vor allem die Unterschiede zwischen Wissenschaft und Politik betont: nämlich dass beide Bereiche auf unterschiedlichen Logiken beruhen und auch unterschiedliche Wissensformen hervorbringen und brauchen. Wissenschaftliches Wissen wird – zumindest im Selbstanspruch – nicht in ein hierarchisches Verhältnis zu praktischem (Expert_innen- und Politiker_innen-) Wissen gesetzt; und ebenso wird das Wirkungsverhältnis zwischen Wissenschaft und Politik nicht als eines entworfen, in dem die Politik wissenschaftliches Wissen einfach nur anwendet oder den Maximen einer theoretischen Avantgarde folgt.

Ein nicht-hierarchisches Konzept ist auch für die Figur der Kritiker_in bzw. der Adressat_in der Kritik maßgeblich. Feministische Kritik basiert auf einer Politik in der ersten Person, die mit der Ablehnung von Stellvertreter_innenpolitiken einhergeht und mit Modellen einer therapeutischen Kritik – in der die/der Kritiker_in als Arzt/Ärztin mit einer Deutungshoheit über die pathologischen Weltsichten ihrer Adressat_innen bzw. Patient_innen auftritt – unvereinbar ist. Dies hat seinen Ursprung darin, dass der/die Kritiker_in im Feminismus immer schon gleichzeitig Betroffene_r ist – und häufig zwischen verschiedenen Rollen wechselt, so z.B. zwischen Theorie und Wissenschaft, (Gleichstellungs-)Politik und Bewegungen bzw. Protestformen. Feministische Kritik arbeitet so gesehen eher im Modus von Aufklärung und Bewusstwerdung im Sinne von subjektiven wie kollektiven Aneignungs- und Erkenntnisprozessen. Selbstreflektion ist dabei auch auf die Situierung der Subjekte der Kritik hin gerichtet – und somit richtet sich die politische Tätigkeit der Kritik auch auf die Arbeit an der eigenen Haltung.

Feministische Kritik ist einer strukturellen Prekarität ausgesetzt, insofern sie innerhalb der herrschenden Dynamiken der Verallgemeinerung und Besonderung agieren muss – wobei die Bedingungen für das Gehörtwerden und also auch das Praktischwerden feministischer Kritik fragil sind oder schnell an Grenzen stoßen.

---

siviert sich die Debatte, was sich u.a. an einigen Publikationen ablesen lässt, die sich dezidiert mit der Entpolitisierung feministischer Wissenschaft im Zuge ihrer Integration in die Akademien beschäftigen (vgl. z.B. Dackweiler/Holland-Cunz 1991; Hark 2005; Hornung/Gümen/Weilandt 2001) bzw. mit dem „erfolgreichen Scheitern" (vgl. Holland-Cunz 1994; Wetterer 2012) feministischer Kritik, Prozessen ihrer Desartikulation und Vereinnahmung für dominante Politikprozesse (vgl. den folgenden Abschnitt).

Der Anspruch auf Herrschaftsabsage lässt sich, so die feministische Erfahrung im Laufe der Entwicklung feministischer Wissenschaft, nicht nahtlos in ein Projekt kritischer Theorie und demokratischer institutioneller Praxis übersetzen; sie ist vielmehr mit den Effekten ihres 'erfolgreichen Scheiterns' konfrontiert. Feministische Kritik ist verwickelt in die Verhältnisse, die sie kritisiert. Aus dieser Sicht gilt es, das Spannungsverhältnis zwischen Innen und Außen, Dissidenz und Partizipation anzuerkennen und auszuhalten; Teilhabe, so prekär sie auch ist, bleibt aus feministischer Perspektive aber die Voraussetzung für Veränderung. Daraus folgen keine Strategien des Rückzugs oder der 'großen Verweigerung', sondern vielmehr eine macht- und selbstkritische *politics of location* – die *trotzdem* die Frage nach dem Ganzen von Emanzipation und Demokratie stellt und bei allem 'erfolgreichen Scheitern' den eigenen Anspruch an Kritik als politische Praxis nicht aufgibt.

An die Methode der Kritik und die Problem- und Gegenstandskonstruktion sind darüber hinaus weitere Dimensionen des politischen Gehalts von feministischer Kritik geknüpft. Feministische Kritik zielt von Beginn an auf die zutiefst androzentrisch bzw. patriarchal geprägten Grundlagen der westlichen Moderne. Bereits die Konstruktionselemente moderner westlicher Gesellschaften wie z.B. die Konstruktion von Demokratie, Staat und Staatsbürger_innen, Ökonomie und Arbeit(steilung), die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit, die Konstruktion zentraler gesellschaftlicher Institutionen (darunter auch die Institution Wissenschaft als gesellschaftlich privilegierter Ort der Wissensproduktion) weisen, so zeigt feministische Kritik, einen *gender bias* auf. Dieser stützt die Suprematie von Männern und begünstigt die Diskriminierung, Unterordnung und Unsichtbarmachung von Frauen bzw. weiblichen Lebenszusammenhängen. Diese 'Halbierung der Moderne' überhaupt als solche sichtbar zu machen und für ihre herrschafts- und machtförmige Ausgestaltung moderner Gesellschaften zu kritisieren, stellt bereits selbst eine politische Tätigkeit dar – eine Tätigkeit, die Feminist_innen sowohl in der Politik, in der Öffentlichkeit und in der Arbeit als auch im Feld der Wissenschaft ausüben.

Dabei wird der genuin politische Impetus des Feminismus, nämlich die Absage an Herrschaft und die Orientierung an Emanzipation und Demokratisierung, auch auf Wissenschaft bezogen. Wissenschaft wird gewissermaßen ein Feld feministischer Kämpfe: Gegenstand feministischer Kritik sind dabei nicht nur die maskulinistische Organisation und Funktionsweisen des Betriebs Wissenschaft, sondern auch die androzentrische Struktur wissenschaftlichen Wissens und wissenschaftlicher Erkenntnis- und Sichtweisen. Wissenschaft wird so einerseits als herrschaftsförmig kritisiert; andererseits jedoch setzen Feminist_innen auf

eine andere, nämlich feministische Wissenschaft, die normativ an Demokratisierung orientiert ist. Ziel ist es nicht, eine neue Hegemonie zu begründen; Wissenschaft und Kritik sollen prozedural wie substanziell demokratisiert werden. Ausbuchstabiert wird dies vor allem durch ein pluralistisches, auf Dissens zielendes Verständnis, das sich durch Offenheit, Erneuerungs- und Innovationsfähigkeit jenseits 'verknöcherter' Denkmuster auszeichnet. Feministische Wissensstrategien zielen auf die Sichtbarmachung und Berücksichtigung des jeweils Anderen, Abgespaltenen, als partikular Desavouierten und auf die Reformulierung eines Allgemeinen, das auf einer systematischen Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse basiert.

Feministische Kritik basiert in diesem Zusammenhang auf einem Differenzierungsvermögen, das sich mit dem Anspruch verbindet, das Allgemeine komplexer zu reformulieren und somit andere Sichtweisen zu entwickeln, die ihrerseits auch alternative Möglichkeitsfenster bergen sollen. Feministische Kritik zielt auf die Herstellung des Zusammenhangs dessen, was gesellschaftlich und mit Macht getrennt wurde – und Zusammenhangsanalysen bedeuten aus feministischer Sicht immer auch Widerspruchsanalyse. Feministische Theorie ist geschult an den Ambivalenzen, die sich aus Geschlechterperspektive zeigen und die innerhalb der Geschlechterverhältnisse – konkret erfahrbar bis ins Subjekt hinein – wirksam sind. Feministische Herrschaftsanalyse ist daher nicht 'total', sondern offen für die Brüche und Widersprüche, die sich im Wandel von Geschlechterverhältnissen zeigen. Darüber können auch konkrete Potentiale für widerständiges Handeln ausgemacht werden.

Was bedeutet dies nun für die Einschätzung der Erzählung von einem zunehmenden Prozess der Entpolitisierung? Plausibel ist die Einschätzung eines 'Zerfalls' vom politischen Primat zur Entpolitisierung zunächst nur in einem Aspekt: nämlich hinsichtlich der unmittelbaren Nähe feministischer Wissenschaft zu ihrer sozialen Bezugsbewegung bzw. einer unmittelbaren Anschlussfähigkeit bzw. Involviertheit feministischer Wissenschaft in andere feministische Praxisformen. Hier ist zweifellos eine Veränderung der Strukturen im 'samtenen Dreieck' von Wissenschaft, Bewegung und (Frauen- und Gleichstellungs-)Politik zu beobachten. Allerdings sind weder diese Strukturveränderungen schon *per se* als Entpolitisierung zu betrachten, noch erschöpft sich der politische Charakter feministischer Wissenschaft in dem Aspekt der Nähe feministischer Wissenschaft zur feministischen Praxis. Eher ließe sich die Entwicklung beschreiben als reflexive Bewegung, die kritisch auf die Veränderungen in Politik, Wissenschaft und Ökonomie reagiert und die eigenen Kritikkonzeptionen daran anpasst. Allerdings

ist zu konstatieren, dass sich das Feld der Frauen- und Geschlechterforschung erheblich ausdifferenziert hat und auch in seinem Auftreten als Teil der Institution Wissenschaft professioneller geworden ist – und damit einhergehend zumindest in Teilen weniger offensiv die Forderung nach einer umfassenden Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse vertritt. Dissidenz und Partizipation sind dabei unauflöslich miteinander verknüpft – und diese Gleichzeitigkeit ist für feministische Kritik durchaus spannungsreich. Nicht nur verwischt die Grenze zwischen Transformation und Reproduktion der herrschenden Verhältnisse durch feministische Kritik. Teilhabe erweist sich einerseits als prekäre Voraussetzung für Veränderung. Andererseits verändert die (begrenzte) Integration und Anerkennung feministischer Kritik in und durch die Verhältnisse, die sie eigentlich ändern will, die Möglichkeitsbedingungen feministischer Kritik und macht sie anfällig für Verflachung, Verkürzung und Entradikalisierung ihres umfassenden Demokratisierungsanspruchs.

So ist zwar die Gefahr einer Entpolitisierung nicht von der Hand zu weisen; auch spricht vieles dafür, dass feministische Wissenschaft nicht vor der Reproduktion jener herrschaftlichen Mechanismen der Abwertung und Ausgrenzung gefeit ist, gegen die sie angetreten war. Gleichzeitig aber sind die intensiven selbst- und machtkritischen Auseinandersetzungen um die eigenen Denk- und Handlungsmuster sowie die Forderungen nach einer (Weiter-)Entwicklung feministischer Kritik von einer Geschlechter- zur umfassenden Gesellschaftskritik auch Zeichen einer lebendigen Kultur, in der Kritik als genuin politische Intervention verstanden wird.

Teil D: Schluss: Kritik als demokratische Praxis

In der Einleitung der vorliegenden Untersuchung wurde eine Perspektive auf Kritik als demokratischer Praxis umrissen, die darauf zielte, Kritik hinsichtlich ihrer Rolle im Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik bzw. Wissenschaft und Demokratie zu reflektieren. Kritik sollte dabei nicht einfach nur als *politische* Praxis in den Blick kommen, sondern auf die Herausforderung zugespitzt werden, Kritik als *demokratische* Praxis zu thematisieren. Diese Perspektive umfasst zwar die Frage nach dem politischen Gehalt von Kritik, sollte darüber hinaus aber ermöglichen, auch die normative Qualität von Kritik und ihren Bezug zur Gesellschaft, in der sie stattfindet, in den Blick zu bekommen. Damit ist der Hinweis verbunden, dass es einen Unterschied macht, ob Kritik eine politische Tätigkeit in einer Demokratie ist bzw. auf eine umfassende Demokratisierung von Gesellschaft hin angelegt ist (oder nicht); und es wird Bezug genommen auf die Einsicht, dass es einen Unterschied macht, ob Kritik sich auch ihrem inneren Modus nach als demokratisch bzw. demokratisierend begreift und so z.B. auf einen offenen, reflexiven und partizipativen Kritikmodus abstellt (oder nicht).

Um Kritik als demokratische Praxis vor diesem Hintergrund untersuchen zu können, schien es mir ratsam, folgenden Punkten Beachtung zu schenken: Von Interesse war erstens, dass und wie in Kritikkonzeptionen Wissenschaft und Politik (sowie ihr Verhältnis zueinander) gefasst werden. Zweitens war die Frage, welchen politischen Gehalt Kritikkonzeptionen dabei selbst aufweisen. Hierzu wurden die gängigen Erzählungen über den politischen Gehalt bzw. die politischen Defizite Kritischer und feministischer Theorie kritisch nachvollzogen und überprüft. Und drittens lässt sich die Formel von Kritik als demokratischer Praxis auch so verstehen, dass Kritik ihrem inneren Modus nach eine Qualität entfalten soll, die problematische Elemente wie Autoritarismus und Paternalismus im Verhältnis zur Gesellschaft, auf die sie bezogen ist, vermeidet.

Die Schlüsse, die sich für diese drei Ebenen auf der Basis der vorliegenden Untersuchung ziehen lassen, werde ich im Folgenden abschließend darlegen.

1 Wissenschaft und Politik im Spiegel der Kritikkonzeptionen

Welches Verständnis (des Verhältnisses) von Wissenschaft und Politik unterliegt den untersuchten Kritikkonzeptionen? Alle untersuchten Kritikkonzeptionen zeichnen sich zunächst dadurch aus, dass sie Wissenschaft und Politik bzw. ihre eigene Theoriebildung und Gesellschaft in ein Verhältnis zueinander setzen. Wissenschaftliche Tätigkeit und kritische Theorie ist demnach kein Selbstzweck, sondern steht in einem Bezugssystem zur Gesellschaft, in der sie stattfindet – und zwar selbst dann noch, wenn dieses Bezugsverhältnis massiv gestört zu sein scheint (wie das etwa in der Wahrnehmung der „Dialektik der Aufklärung" der Fall ist). Im Einzelnen sind jedoch hinsichtlich des konkreten Wissenschafts- und Politikverständnisses weitreichende Unterschiede auszumachen.

Dem traditionellen Wissenschaftsverständnis am nächsten steht der Ansatz der rekonstruktiven Kritik. Dies gilt insofern, als hier kritische Theoriebildung auf ein methodisches Fundament gestellt wird, das einerseits eine gute Begründung der Kritischen Theorie im Sinne stabiler normativer Kriterien liefern und andererseits nach wissenschaftlichen Maßstäben sicheres Wissen garantieren soll. Rekonstruktive Kritik erhebt den Anspruch, objektives, situationsunabhängiges Wissen generieren zu können und reklamiert damit für ihre Wissensproduktion – sowie indirekt für ihre Theoretiker_innen – eine epistemische Sonderstellung. Kraft dieses besonderen Wissenstyps und kraft des Vertrauens in die entzifferten Vernunftpotentiale sollen mit der von ihr vorgebrachten Kritik Widerstandsbewegungen motiviert und gesellschaftliche Selbstverständigungsprozesse befördert werden, die auf die Entfaltung von (wenngleich verschütteten) Vernunft- und Emanzipationspotentialen zielen. Die bestehende Wissenschaft ist zumindest hinsichtlich des Objektivitäts- und Universalitätsanspruchs also nichts, von dem rekonstruktive Kritik sich grundsätzlich abgrenzen will; sie wird allerdings darüber hinaus explizit in ein Verhältnis zur Praxis und insbesondere bei Habermas in ein Verhältnis zur Demokratie gesetzt. Damit wird auf die Herausbildung einer mündigen Gesellschaft abgezielt. Durch diese Bezugnahme erhält Wissenschaft in Form von rekonstruktiver Kritik dann auch ihre Aufgabe, bestehende, herrschaftsförmige Blockaden der freien Entfaltung der bereits in der Gesellschaft angelegten Vernunftpotentiale zu kritisieren. Es ist diese Pointe, die rekonstruktive Wissenschaft zu einem kritischen Ansatz im Feld der Wissenschaft macht.

Auch die ältere Kritische Theorie und die feministische Theorie behaupten sich intellektuell, institutionell und personell innerhalb des Feldes Wissenschaft. Gleichzeitig aber grenzen sie die von ihnen verfolgten Theorie-/Wissenschaftsprojekte scharf von der bestehenden Wissenschaft ab. Wissenschaft im traditionellen

Sinn wird als 'bürgerliche Wissenschaft' bzw. als 'androzentrische Wissenschaft' für ihren herrschaftsstabilisierenden, -verschleiernden und -reproduzierenden Charakter kritisiert. Ältere Kritische Theorie und feministische Theorie reflektieren auf den gesellschaftlichen Charakter von Wissenschaft, auf Wissenschaft als Form von Arbeit und auf die verdinglichenden Züge herrschender Wissenschaft bzw. auf ihren bürgerlich-androzentrischen *bias*. Daraus folgt jedoch nicht etwa die Absage an Wissenschaft generell; vielmehr wird dem eine neue, 'kritische' Wissenschaftsauffassung entgegengesetzt. Wissenschaft und kritische Theoriebildung werden als eine politische, gesellschaftliche Tätigkeit begriffen, die normativ auf den Abbau von Herrschaftsverhältnissen zielt. Schon bei Horkheimer und Adorno, stärker noch in der feministischen Theorie, kommen dabei die spezifischen Bedingungen der Möglichkeit von kritischer Gesellschaftstheorie selbstreflexiv und selbstkritisch in den Blick – und werden so Gegenstand einer Wahrheitspolitik, die auch auf eine Veränderung oder gar Revolution des Feldes Wissenschaft in einem materiellen Sinn (z.B. zur Wiederherstellung der Bedingungen der Möglichkeit 'kritischen Verhaltens') abzielt. In dieser Perspektive wird Wissenschaft also ein politischer Charakter zugeschrieben und sie wird selbst Gegenstand von kritischer Politik. Die Politik der Theorie kann z.B. darin bestehen, dass sie öffnende, aktivierende und ermöglichende Perspektiven auf die Realität entwickelt oder Reflexionen anstößt, die Menschen in die Lage versetzt, eine 'kritische Haltung' oder ein 'kritisches Verhalten' auszubilden, das die Grundlage dafür ist, das eigene Leben zu gestalten.

Kritische und feministische Theoriebildung kommt so einerseits als eine Form politischer Tätigkeit in den Blick. Als solche ist sie andererseits allerdings nicht identisch mit der Politik, die außerhalb von Wissenschaft und Theoriebildung stattfindet. In der älteren Kritischen Theorie lassen sich hier kaum explizite Ausführungen zu Politik im engeren Sinne (also etwa zu Staat und politischem Handeln) finden. So Politik überhaupt thematisiert wird, erscheint sie zuvorderst als Herrschaft (von Menschen über Menschen). Für ein solches Politikverständnis steht insbesondere Max Horkheimer, der darin einer materialistischen Perspektive auf Politik folgt. Der Zugang zu Politik als Gegenstand ist so zunächst einseitig auf Aspekte der Regierung und der Herrschaft orientiert. Gleichzeitig aber ist es gerade Horkheimer, der Wissenschaft und kritische Theoriebildung als genuin gesellschaftliche Tätigkeit bestimmt und systematisch den politischen Charakter von Wissenschaft begründet. In dem Maße, in dem über Kritische Theorie als Form von Politik reflektiert wird, kommen also auch andere Facetten des Politikbegriffs in den Blick – nämlich jene, eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse gerichtet sind.

Eine doppelte Bezugnahme auf Politik findet sich stärker noch in der feministischen Theorie. Hier kommt Politik sowohl hinsichtlich desjenigen Aspekts in den Fokus, der auf die Herstellung und Reproduktion von (männlicher) Herrschaft gerichtet ist, als auch als hinsichtliches jenes Verständnisses von Politik, das die angestrebte 'Herrschaftsabsage' feministischer Wissenschaft und Politik kennzeichnet. Allerdings sind hier einige Ausdifferenzierungen zu konstatieren: Die herrschende Politik (in Wissenschaft wie in der außerwissenschaftlichen Praxis) wird zwar scharf kritisiert. Anders als die ältere Kritische Theorie unterzieht feministische Kritik den Gegenstand 'Politik' aber einer expliziten Entgrenzung. Dadurch eignet sie sich den Politikbegriff aktiv und kritisch an: Demokratie, Staat, konventionelle wie unkonventionelle Beteiligungsformen und Politikakteur_innen werden Anlass und Gegenstand feministischer Kritik. Gleichzeitig wird aber auch diejenige Dimension von Politik kritisch reflektiert und heftig diskutiert, die Theorie und Wissenschaft als eine Form von Politik versteht. Insbesondere bei Maria Mies findet sich ein Verständnis, feministische Wissenschaft in einem ganz unmittelbaren, praktischen Sinn als eine Form von Politik zu begreifen – als eine, die aus den feministischen Kämpfen entsteht und diesen direkt verpflichtet und unterstellt ist. Diese Implikation war nie unumstritten im Feminismus. Insbesondere feministische Ansätze, die der älteren Kritischen Theorie nahe stehen, aber auch die eher anwendungsorientierten, im Austausch mit der feministischen Praxis stehenden Forschungszweige favorisieren ein Verständnis, das Theoriebildung zwar immer noch als eine Form politischen Verhaltens begreift, gleichwohl aber noch eine Differenz zur (nicht-theoretischen) Politik anerkennt.

Damit rücken nicht nur die Bezugspunkte, sondern auch die Unterschiede zwischen Wissenschaft bzw. kritischer Theoriebildung auf der einen und Politik auf der anderen Seite in den Fokus. Die Grenzen und Differenzen zwischen Wissenschaft und Politik dürfen, so kann in Anschluss an die ältere Kritische Theorie und ihr in diesem Punkt nahestenden feministischen Ansätzen argumentiert werden, im Namen ihrer 'Einheit' und wechselseitigen Bezogenheit nicht allzu sorglos verwischt werden. Wissenschaft und Theoriebildung erscheinen hier als handlungsentlastet und können oder müssen sich eine Ambivalenztoleranz erlauben, die unter dem Handlungsdruck der Praxis nicht unbedingt haltbar ist. Mit der Differenz zwischen Wissenschaft und Politik ist vielmehr in kritischer Absicht zu arbeiten, so ein feministisches Plädoyer. Folgt man diesem Argument, erschließt sich das Wissenschaft- und Politikverständnis in einem Punkt als verkürzt. Diesen Punkt habe ich im Abschnitt über die rekonstruktive Kritik herausgearbeitet: Hier finden sich im Ansatz von Jürgen Habermas zwar

komplexe theoretische Deutungsmuster von Wissenschaft und demokratischer Rechtsstaatlichkeit. Politik und Demokratie werden allerdings vornehmlich aus einer an Verständigung und Konsens orientierten Perspektive in den Blick genommen. Es scheint, als ob die Eigenlogiken von Wissenschaft und Politik nicht so sehr anerkannt, sondern der Modus des Politischen vielmehr aus einer an Wissenschaft geschulten Logik (re-)konstruiert wird. Auch in der Deutung des Wissenschafts-Praxis-Verhältnisses ist die Tendenz enthalten, die von der Theorie anzustoßende gesellschaftliche Selbstverständigung nicht so sehr als politischen Prozess, sondern als kognitives *Einsehen* der Adressat_innen zu formulieren (so etwa bei Robin Celikates).

Mit der Reflektion über das in den Kritikkonzeptionen jeweils vorliegende Verständnis von Wissenschaft und Politik kommen wir zum zweiten Punkt, nämlich der Frage danach, welchen politischen Gehalt die Kritikkonzeptionen aufweisen.

2 Zum politischen Gehalt der Kritikkonzeptionen Kritischer und feministischer Theorie

Um die Untersuchung des politischen Gehalts Kritischer und feministischer Theorie umzusetzen, hat es sich als produktiv erwiesen, innerhalb der beiden Theorieströmungen verschiedene Kritikkonzeptionen zu unterscheiden. Dies hat es mir ermöglicht, Kritische Theorie und feministische Theorie auch vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Entwicklung in den Blick zu nehmen, statt sie losgelöst von ihrem historischen, institutionellen und theoriegeschichtlichen Kontext miteinander zu vergleichen. Durch die historische und politische Kontextualisierung der Kritikkonzeptionen hoffe ich sichtbar gemacht zu haben, dass und wie Kritische Theorie und feministische Theorie jeweils eine, auf unterschiedlichen Erfahrungshorizonten beruhende, (politische) Praxis in der Gesellschaft sind. Nicht nur Gesellschaften sind stetig im Wandel begriffen, sondern mit ihr auch kritische Theoriebildungen, die auf diesen Wandel reflektieren und ggf. mit einer Reformulierung der Kritik reagieren.

So waren es auch die spezifischen Entwicklungsprozesse der Kritikkonzeptionen von Kritischer Theorie und feministischer Theorie, die von mir mit Blick auf die Frage nach ihrem politischen Gehalt zum Gegenstand einer kritischen Überprüfung gemacht worden sind; genauer gesagt habe ich bestimmte Lesarten bzw. (Selbst-)Erzählungen über die Entwicklung des politischen Gehalts der beiden Theorieströmungen untersucht. Hierfür habe ich drei Ebenen der Analyse

eingeführt, nämlich die Methode der Kritik, die Problem- und Gegenstandskonstruktion und das Verständnis des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik. Diese drei Ebenen waren nicht immer trennscharf voneinander zu unterscheiden; auch hat die Heterogenität des Textmaterials mitunter eine Zuordnung einzelner Aspekte zu den Analyseebenen erschwert. Gleichwohl hat es diese mehrdimensionale Herangehensweise ermöglicht, die Komplexität der politischen Gehalte von Kritik herauszuarbeiten und differenzierter zu beurteilen.

Auf der Basis meiner Befunde plädiere ich dafür, die gängigen (Selbst-)Erzählungen über den politischen Charakter der Kritischen Theorie und der feministischen Theorie stärker zu differenzieren und teilweise zu korrigieren. Im Fall der *Kritischen Theorie* wird in der Rezeption der Theoriegeschichte häufig nahe gelegt, dass die ältere Kritische Theorie über ein *politisches Defizit* verfügt, das von der jüngeren Kritischen Theorie (hier untersucht anhand der rekonstruktiven Kritik) überwunden oder zumindest hinreichend bearbeitet worden ist. In meinen Augen kann diese Einschätzung nicht aufrecht erhalten werden. Sowohl in der älteren wie auch in der neueren Kritischen Theorie lassen sich Momente entziffern, die Kritik als politische, mithin demokratische Praxis charakterisieren; aber es treten in einzelnen Aspekten auch Schwächen hervor, die auf jeweils einer konkreten Analyseebene als politisches Defizit beschreibbar sind. Für anschlussfähig halte ich den Aspekt, dass die ältere Kritische Theorie kritische Theoriebildung systematisch als politische Tätigkeit ausweist – und auch und gerade dann noch an der damit verbundenen widerständigen Haltung festgehalten hat, als für die Vertreter der Kritischen Theorie in der Gesellschaft keine emanzipatorischen Kräfte mehr erkennbar waren. Plausibel wird die Rede vom politischen Defizit der Kritischen Theorie vor allem hinsichtlich des damit verquickten Umstands, dass insbesondere in der „Dialektik der Aufklärung" Herrschaft, und mit ihr die Kritik daran, total geworden zu sein scheint, also keine politischen Handlungsmöglichkeiten mehr entziffert werden. Trotz des offensichtlichen Fehlens einer genuin politischen Theorie ist die Haltung der älteren Kritischen Theorie jedoch als Politik der Distanznahme beschrieben worden – eine Politik, die im Kontext der 'intellektuellen Gründung der Bundesrepublik' und insbesondere im Kontext der Protestbewegung von 1968 überdies eine enorme gesellschaftliche Wirkkraft entwickelt hat.

Demgegenüber ist es dem Ansatz der rekonstruktiven Kritik als einer Variante der neueren Kritischen Theorie gelungen, Fragen von (Rechts-)Staatlichkeit und Demokratie nicht nur systematisch in die Gesellschaftsanalyse zu integrieren, sondern auch die Aufgabe von Kritik an die Kritik der Blockaden einer gelingenden gesellschaftlichen Selbstverständigung zu knüpfen. Ich habe argumentiert,

dass sich hier allerdings ein neues und in seiner Struktur anderes politisches Defizit herausbildet als jenes, das auf dieser Ebene der älteren Kritischen Theorie vorgeworfen wird. Nicht die Ausblendung von Politik und politischem Handeln zeigt sich als politisches Defizit. Die explizite Thematisierung von Demokratie geht mit einer Perspektive auf Politik einher, bei der genuin *politische* Logiken entlang *wissenschaftlicher* Wahrheits- und Rationalitätskriterien (re-)konstruiert werden. Es ist diese tendenzielle Überschreibung politischer Aspekte durch Logiken, die eher der Wissenschaft zugeschrieben werden, die in meinen Augen als politisches Defizit des Ansatzes von rekonstruktiver Kritik beschrieben werden können. Zusätzlich tritt diese Fassung der neueren Kritischen Theorie mit ihrem Wahrheits-, Universalitäts- und Objektivitätsanspruch hinter den Ausweis von Theorie als politischer Tätigkeit zurück, wie sie in der älteren Kritischen Theorie vorzufinden ist.

Im Fall der *feministischen Theorie* sind häufig Beschreibungen der Theorieentwicklung zu finden, die die Geschichte feministischer Theorie als eine „Zerfallsgeschichte" (vgl. Möser 2013) erzählen – und zwar als Verfall ihres radikalen, politischen Kritikanspruchs. Diesbezüglich finden sich in den (Selbst-)Beschreibungen des feministischen Diskurses Zuschreibungen, die die Anfangsjahre feministischer Theorie als solche darstellen, die von einem politischem Primat, radikaler Herrschaftskritik und großer Nähe zwischen feministischer Theorie und Neuer Frauenbewegung geprägt waren. Demgegenüber wird die gegenwärtige feministische Theorie häufig als entpolitisiert beschrieben; der Gestus radikaler Herrschaftskritik habe sich ebenso verflüchtigt wie ein lebendiger Zusammenhang mit Frauenbewegungen. Auch hier sprechen meine Befunde dafür, diese Einschätzungen über den politischen Gehalt feministischer Theorie zu differenzieren. Ich habe versucht zu zeigen, dass der politische Gehalt feministischer Theorie auch, aber eben nicht allein in ihrer Nähe zu politischen Bewegungen besteht; und wenn überhaupt, so trifft die Diagnose eines politischen Primats im feministischen Selbstverständnis eigentlich nur für Positionen auf der Ebene des Wissenschafts-Politik-Verhältnisses zu, die ihrerseits zwar von großer Relevanz in den feministischen Debatten, aber eben auch nie unumstritten waren. Demgegenüber finden sich vor allem in den jüngeren Diskussionen vornehmlich Entwürfe, die Politik und Wissenschaft zwar in ein enges Bezugsverhältnis setzen und auch den politischen Charakter feministischer Wissenschaft betonen, dabei aber die Differenzen zwischen Theorie und Praxis, Wissenschaft und Politik im Blick haben. Damit wird auch darauf reagiert, dass sich das Verhältnis zwischen feministischer Wissenschaft einerseits sowie Frauenbewegungen und -politiken andererseits zweifellos verändert hat. Auch wird die Akademisierung und Pro-

fessionalisierung feministischer Wissenschaft kritisch daraufhin diskutiert, dass und wie sich dadurch die radikalen Potentiale feministischer Kritik abschleifen. Hier spricht vieles dafür, dass feministische Wissenschaft auf unerfreuliche Weise in eben jene herrschaftlichen Muster und Strukturen verwickelt ist, die sie eigentlich verändern will. Daraus lässt sich jedoch nicht automatisch ableiten, dass eine Entpolitisierung feministischer Theorie stattgefunden hat oder das mit ihr verbundene Kritikprojekt gescheitert ist.

Ich habe argumentiert, dass der politische Gehalt feministischer Theorie sich aus einem komplexen Kritikprojekt speist, das *feministische Kritik als umfassende Gesellschafts- und Geschlechterkritik* etabliert. Die Kritik der 'Halbierung der Moderne' sowie der Anspruch, auf's Ganze zu gehen und so einen anderen Blick auf Gesellschaft zu entwickeln, sind Formen politischer Intervention bzw. Ausdruck politischer Tätigkeit, die das Gegebene zu überwinden suchen. Machtkritische Reflektionen formieren die Grundlage für eine feministische *politics of location*, die sich ihrer Widersprüche, Grenzen, aber auch alternativen Handlungsmöglichkeiten bewusst ist. So gesehen ist feministische Kritik damals wie heute – wenngleich in veränderter Form – als eine spezifische theoretische, herrschaftskritische und emanzipationsorientierte Praxis- und Politikform zu verstehen, die über ihre Differenz zu anderen feministischen Praxis- und Politikformen kritisch reflektiert. Die Anerkennung der Distanz zwischen feministischer Wissenschaft und feministischer Praxis, die gegenwärtig die feministische Theoriedebatte charakterisiert, ist ebenfalls nicht per se als Ausdruck einer Entpolitisierung zu betrachten, sondern Ergebnis eines – für beide Seiten schmerzvollen – Lernprozesses. So gesehen verarbeitet feministische Wissenschaft auch in 'realistischer' Weise die Schwierigkeiten, Fallstricke und die Grenzen der 'Umsetzbarkeit', die im Verhältnis von Wissenschaft und Politik bestehen. Dennoch ist feministischer Wissenschaft die Praxis nicht gänzlich 'abhanden' gekommen – sie wirkt als Referenzrahmen, als Stichwortgeberin und als Produzentin konkreten Gender-Wissens nach wie vor in verschiedenen feministischen Praxisformen. Es zeigt sich, dass der politische Gehalt feministischer Theorie auf allen untersuchten Analyseebenen – in jeweils unterschiedlicher Form – angesiedelt ist: sich also auch schon durch die Methode der Kritik, ihre Ausrichtung, durch die Art des Problem- und Gegenstandskonstruktion herstellt – und nicht erst durch ein Moment unmittelbarer Praxisnähe oder 'Anwendbarkeit' für außertheoretische feministische Politikstrategien.

Ob und wie einer Theorietradition ein politisches Defizit oder umgekehrt ein politisches Primat zugesprochen wird, hängt dabei, so lässt sich resümieren, nicht

nur von dem Politikverständnis ab, das den untersuchten Kritikkonzepten selbst zugrunde liegt, sondern auch von dem Politikverständnis, das aus der Außensicht angelegt wird. Dies gilt auch und insbesondere für (politikwissenschaftliche) Forschungsarbeiten, die sich mit kritischen Gesellschaftstheorien als Gegenstand beschäftigen. Generell ist im Fall kritischer Gesellschaftstheorien wichtig, einen weiten Politikbegriff anzulegen, der nicht nur in der Lage ist, verschiedene Dimensionen der Politik/des Politischen zu thematisieren, sondern auch über Aspekte klassischer Gegenstände von Politischer Theorie (wie Staat, Demokratie, verfasste Politik) hinaus Fragen nach Herrschaft und Emanzipation im Allgemeinen als Formen politischer Theoriebildung stellt. Forschungsperspektiven, die auf einem engen Politikverständnis beruhen, gehen systematisch am politischen Gehalt von Kritik in kritischen und feministischen Theorien vorbei. Die Vermutung liegt nahe, dass sich nicht zuletzt die Mainstream-Politikwissenschaft – die in ihren hegemonialen Formen noch vergleichsweise konservativ auf ein enges Politikverständnis ausgerichtet ist (vgl. Greven 2008; 2005) – deshalb kritischen Theorien so wenig Beachtung und Anerkennung schenkt, weil ihr diese nicht als eigene Ausformungen *politischer* Theorien in den Blick kommen.

Eine Verkürzung im Verständnis des politischen Gehalts von Kritik in kritischen und feministischen Theorien kann aber auch aus einem zu eng gefassten Anspruch an Praxisrelevanz erwachsen. Der genuin politisch-praktische Gehalt von Kritik in kritischen und feministischen Theorien lässt sich nicht allein durch ihre Nähe zu sozialen Bewegungen oder durch die unmittelbare Anschlussfähigkeit von Theorie an Praxis bzw. ihre praktische 'Anwendbarkeit' bemessen. Perspektiven, die theoretische Kritik ausschließlich an ihrer so verstandenen Praxisnähe messen, gehen ihrerseits systematisch am politischen Gehalt von Kritik in kritischen und feministischen Theorien vorbei.

3 Ausblick: Anschlussstellen für ein Verständnis von Kritik als demokratischer Praxis

Welche Beiträge zu einem Verständnis von Kritik als demokratischer Praxis liefern die Ergebnisse meiner Untersuchung, von denen auch für gegenwärtige kritisch-feministische Theoriebildung zu lernen ist?

Ich beginne mit einer Diskussion jener Aspekte, die auf der Ebene der *Methode der Kritik* angesiedelt sind. Wie dargelegt, geht rekonstruktive Kritik von einer überhistorischen, im traditionellen Sinne universalistischen und objektiven Begründung für die Geltung der Kritik aus und vollzieht so in den methodolo-

gischen Grundlagen eine Rückwendung auf die bürgerlich-männlichen Wissenschaften. Mit dem Ansinnen, kritischer Gesellschaftstheorie eine stabile, zudem im Kontext des bestehenden Wissenschaftsbetriebs 'gut begründete' Grundlage zu geben, hat Habermas die Frage nach Kritik entschieden als Frage nach den normativen Grundlagen umformuliert. Nun gerät die Behauptung, im Besitz objektiven Wissens zu sein bzw. dieses produzieren zu können, schnell in den Verdacht, die autoritär-paternalistische Geste traditioneller Wissenschaft zu reproduzieren – und damit einem technokratischen Wissenschaftsbild zu folgen, das an dem demokratischen Selbstgestaltungsanspruch moderner Gesellschaften vorbeigreift (vgl. hierzu die Erläuterungen in der Einleitung, Teil A, Abschnitt 1.1) und sich selbst gegen Kritik immunisiert. Auch habe ich dargelegt, dass es aus meiner Sicht ein Reflektionsdefizit hinsichtlich der Situierung der kritischen Theoretiker_innen gibt, insoweit nicht systematisch miteinbezogen wird, dass und wie die kritischen Theoretiker_innen womöglich selbst den diagnostizierten „Pathologien der Vernunft" unterliegen. In meinen Augen kann sich der Ansatz rekonstruktiver Kritik diesem Verdacht aufgrund der genannten Punkte nicht ganz entziehen. Gleichwohl lässt sich dem Ansatz rekonstruktiver Kritik nicht vorwerfen, blind für die Gefahren eines epistemischen und politischen Paternalismus zu sein. Um diesem Problem zu begegnen, hat Jürgen Habermas nicht nur die Umstellung von einem substantiellen auf einen prozeduralistischen Vernunftbezug vollzogen, sondern die Wahrheitsfähigkeit der Kritischen Theorie auch maßgeblich an die (dialogische) Zustimmung durch ihre Adressat_innen in einem Prozess demokratischer Deliberation geknüpft. Darin kommt eine reflexive Verortung von Kritik zum Ausdruck, die sich als Praxis innerhalb einer Demokratie begreift und dies auch in einen komplexen demokratietheoretischen Entwurf einspeist. Dies nehme ich als eine überaus wichtige Weichenstellung wahr, die als grundsätzliche Orientierung eines Verständnisses von Kritik als demokratischer Praxis dienen kann. Allerdings scheint mir die Art und Weise, wie diese Selbstverortung von Kritik ausbuchstabiert wird – nämlich als Form therapeutischer Kritik (so bei Robin Celikates) – nicht unbedingt anschlussfähig. Gerade gegenüber dieser Kritikform ist in meinen Augen Skepsis angebracht, wenn Paternalismus und Autoritarismus in der Theorie vermieden werden sollen. Auch sind mir die Hinweise einleuchtend, dass rekonstruktive Kritik als therapeutische Kritik eine unrealistische Perspektive auf die politische Rolle von Kritik entwirft: Die Unsicherheiten, denen kritische Theoriebildung ausgesetzt ist, werden unterschätzt, und das Maß dessen, wofür Theorie in einem Prozess gesellschaftlichen Wandels *politische* Verantwortung übernehmen kann, wird überschätzt.

Gerade mit Blick auf die methodische Fundierung von Kritik sind sich ältere Kritische Theorie und feministische Theorie relativ nah – und gehen beide einen ganz anderen und in meinen Augen erheblich anschlussfähigeren Weg als den, den die rekonstruktive Kritik einschlägt: Indem sie nämlich die strukturell aporetische, unabgeschlossene Grundlage von Kritik anerkennen und darin den politischen Charakter verorten. Ältere Kritische Theorie und feministische Theorie beharren auf einem Verständnis von Kritik als kritisch-politischem Verhalten, das noch den eigenen Begriffen angesichts der darin womöglich enthaltenen Elemente des Ausschlusses des jeweils 'Anderen', Abgewerteten, als deviant Geltenden misstraut. Kritik ist dabei durch historisch-gesellschaftliche Erfahrung bedingt und zielt auf das Aufzeigen alternativer Handlungsmöglichkeiten. Dabei halten beide Theorievarianten zwar an einem bestimmten Begriff von Wahrheit bzw. an der Idee, dass der Anspruch auf ein 'Allgemeines' bzw. 'allgemein Vernünftiges' aufrechterhalten werden kann, fest. Sie koppeln dies jedoch an das Moment von kooperativer Praxis und 'geteilter Wahrheit' möglichst Vieler, die notwendig für das als 'partikular' Geltende offen bleiben muss. Die von älterer Kritischer Theorie und feministischer Theorie vorgebrachten Ansprüche auf Universalisierung ihrer Aussagen bleiben insofern immer rückgebunden an selbstreflexive, sich der Partikularität und Beschränkung der Kritik bewussten Artikulationsweisen. Das 'Allgemeine' und das 'Besondere' werden so in eine neue Beziehung zueinander gebracht – eine Beziehung, die aktiv und in herrschaftskritischer Absicht gestaltet wird.

Anschlussstellen für ein Verständnis von Kritik als demokratischer Praxis liegen auch auf der *Ebene der Problem- und Gegenstandskonstruktion von Kritik*. In der „Dialektik der Aufklärung" ist eine Kritik-Konstellation angelegt, die Vernunft-, Gesellschafts- und Subjektkritik gleichermaßen umfasst und einen „Zusammenhang von Zeitdiagnose, politischem Veränderungsinteresse und selbstreflexiver Verortung" (Knapp 2012, 166) herstellt, wie er auch für feministische Theorie und Praxis zentral ist. Sowohl die ältere Kritische Theorie wie auch die feministische Theorie gehen davon aus, dass Herrschaftsverhältnisse nur dann überwunden werden können, wenn Aspekte ökonomischer und kolonialer Herrschaft mit Aspekten geschlechtsspezifischer Herrschaft zusammengedacht werden (wenngleich die feministische Theorie noch viele geschlechtsblinde Flecken der älteren Kritischen Theorie aufgezeigt hat). Kritische und feministische Theorien zielen darauf, komplexe und widersprüchliche gesellschaftliche Erfahrungszusammenhänge auszuleuchten und setzen hierzu am Spannungsfeld von Wirklichem und Möglichem an. Dieser widerspruchsvolle bzw. mehrdeutige Charakter der gesell-

schaftlichen Realität ist dabei auch der entscheidende Ausgangspunkt sowohl für Kritische Theorie als auch für feministische Theorie; beide sind als Kritikprojekt zu verstehen, das radikal auf Herrschaftskritik hin orientiert ist:

Horkheimer und Adorno sehen zu ihrer Zeit in der Gesellschaft einen universellen Verblendungszusammenhang am Werk, in dem Aufklärung als Massenbetrug erscheint und aus der total verwalteten Welt kaum ein Ausweg bleibt. Das hat auch für das zugrunde liegende Verständnis von Kritik Konsequenzen: Zum einen muss Aufklärung die Reflexion auf dieses rückläufige Moment in sich aufnehmen, sonst besiegelt sie ihren Untergang (Reflexion); zum anderen scheint eine positive Bezugnahme auf Gesellschaft verunmöglicht (radikale Negation). Da Horkheimer und Adorno aber durch die totalitär gewordene Herrschaft der instrumentellen Vernunft auch die subjektiven Voraussetzungen von Widerstand zerstört sehen, bleibt die historisch-gesellschaftliche Verortung von emanzipatorischen Handlungspotentialen aus; der Zusammenhang zwischen Subjektbildung, Triebunterdrückung, Herrschaftsförmigkeit und struktureller (bürgerlicher) Männlichkeit erscheint hier gewissermaßen alternativlos (insofern sich auch Frauen das strukturell männliche Herrschafts- und Selbstverhältnis aneignen können).

Feministische Theorie teilt zwar den herrschaftskritischen Impetus; die Perspektiven der Kritik werden aber anders ausbuchstabiert. Der feministische Blick speist sich hier – und das sind wichtige Weichenstellungen – ebenso aus der in der feministischen Theorie verarbeiteten Erfahrung von Frauenbewegungen und Kämpfen um Emanzipation wie aus der konsequenten kategorialen Berücksichtigung von Geschlechterverhältnissen. Aus dieser Perspektive erschließt sich die „Ambivalenz der Moderne" (Klinger 2000) hinsichtlich ihrer Dialektik von Herrschaftsabsage und Herrschafts(neu)begründung anders: Der diagnostizierte Widerspruch liegt aus feministischer Perspektive weniger in einem Rückfall von Befreiung in totalitäre Herrschaft, sondern vielmehr in der paradoxen Gleichzeitigkeit von Herrschafts- sowie Befreiungsdiskursen und -praktiken im Prozess der Aufklärung. Dies führt zu einer spezifischen Akzentuierung der Frage nach Zusammenhang und Differenz, Kontinuität und Wandel der herrschaftlichen Strukturierung moderner Gesellschaften. Feministische Analysen verweisen hier auf Widerspruchskonstellationen (etwa zwischen moderner Geschlechterordnung und modernen Emanzipationsvisionen), aus denen konkret die Risse entstehen, an die Frauenbewegungen anknüpfen können. Der feministischen Sichtweise auf die Moderne kommt somit nicht nur deren Herrschaftsförmigkeit in den Blick, sondern auch die Möglichkeit von Emanzipation und Widerstand, wie sie sich u.a. *konkret* in den Praktiken der Frauenbewegungen spiegeln. Der

Begriff Ambivalenz fängt insofern jenes doppelgesichtige Ineinandergreifen von Herrschaftsausübung und Emanzipationsbestrebungen ein, das sich in der – vor allem im Wandel der Geschlechterverhältnisse wirksam werdenden – (Un-) Gleichzeitigkeit und paradoxen Bezogenheit verschiedener Sozial- und Politikbereiche in der Strukturierung von Gesellschaft niederschlägt. Mit Blick auf die langen Traditionen von Frauenbewegungen seit der Französischen Revolution ist auch keineswegs ausgemacht, dass jegliche subjektiven Voraussetzungen von Widerstand zerstört sind. Feministischer Theorie – die selbst ja auch aus der Neuen Frauenbewegung hervorgegangen ist – kommen daher Akteur_innen des Widerstands in den Blick, die sie theoriesystematisch wie historisch verortet.

Feministische Ansätze bzw. eine kritische Geschlechterperspektive bieten in ihrem an Ambivalenzen geschulten und für Ambivalenzen offenen Blick womöglich eine entscheidende Anschlussstelle, um *sowohl* herrschafts- *als auch* emanzipationstheoretische Intentionen zu verfolgen. Die kritische Geschlechterperspektive ermöglicht einen anderen Blick auf Gesellschaft und kann einiges dazu beitragen, die „fortdauernde Ambivalenz des Fortschritts in der Entwicklung der Moderne" (Knapp 2012, 132) zu begreifen.

Geschlechterverhältnisse gehören also, so lässt sich lernen, nicht nur in den Objektbereich von kritischer Gesellschaftstheorie; die systematische Berücksichtigung von Geschlechterverhältnissen und den vielfältigen, heterogenen und ambivalenten Erfahrungen, die damit verbunden sind, betrifft bereits die Konstruktion von Kritik. Ich habe zu zeigen versucht, dass und wie sich dadurch die Problem- und Gegenstandskonstruktion und darüber auch die Perspektive auf Herrschaft und Emanzipation verändert. Die Diagnosen werden widersprüchlicher, die Paradoxien und Ungleichzeitigen gesellschaftlichen Wandels kommen in den Blick und schützen vor linearen Erklärungsmustern. Vor allem aber eröffnen sie auch neue Sichtweisen auf mögliche Widerstandspotentiale. So finde ich es für gegenwärtige kritisch-feministische Gesellschaftstheorie wichtig, vorhandene Freiheitsgewinne nicht als immer nur perfidere und perfektere Form der Eingemeindung von Kritik (etwa im Sinne einer bloßen Systemressource des Kapitalismus) zu unterschätzen oder gesellschaftliche Umbrüche allein aus der Perspektive einer weiteren Straffung der Fesseln zu betrachten – und damit gegenüber entstehenden Widerstands- und Emanzipationspotentialen blind zu werden drohen. Umgekehrt erscheint es aber auch als wichtig, Zugewinne an Gleichberechtigung und Partizipationsmöglichkeiten nicht schon gleich als Realisierung menschlicher Emanzipation zu überschätzen bzw. zu meinen, Befreiung sei erreicht, wenn – wie Nina Power es formuliert – Frau „im Besitz teurer Handtaschen, eines Vibrators, eines Jobs, eines Appartements und eines

Mannes" ist (Power 2011, 7). Denn damit ergibt sich die Gefahr, affirmativ gegenüber den patriarchalen, kapitalistischen und kolonialen Herrschaftsmustern der Gegenwart zu werden.

Zygmunt Bauman (1993) hat – im dezidierten Anschluss an die „Dialektik der Aufklärung" – auf den Umstand aufmerksam gemacht, dass die Verdrängung von Ambivalenz (im Sinne von Klassifizierungs- und Abspaltungspraktiken) eine spezifische moderne Herrschaftsleistung ist. Von dieser Herrschaftspraxis bleibt auch kritische feministische Theoriebildung nicht unberührt. Gudrun-Axeli Knapp hat darauf hingewiesen, dass die „Schwierigkeiten, ambivalente Realitäten auszuhalten" auch damit zusammenhängen, dass die wissenschaftlichen „Prinzipien bestimmter Erkenntnisformen und Methoden, [...] ihrerseits auf Widerspruchsfreiheit geeicht sind" (Knapp 2012, 120). Dies übersetze sich unter anderem auch in einen politischen Vereindeutigungsdruck, mit dem ein bestimmtes Verständnis von Radikalität verbunden sei – eines nämlich, das mit der Entweder-Oder-Logik und dem politischen Mittel der Polarisierung funktioniert (vgl. ebd.). Diese Herrschaftsleistung nicht auf der Ebene der Theoriebildung zu wiederholen, sondern den kritischen Umgang mit Ambivalenzen und Widersprüchen jenseits von Affirmation oder Resignation immer wieder neu einzuüben, ist sicher höchst anspruchsvoll und nicht ohne kritisch-solidarische Debatten zu denken. Dem wird sich feministische kritische Theorie jedoch auch weiter stellen müssen, will sie die realen gesellschaftlichen Widersprüche zum Ausgangspunkt für die „Einlösung der vergangenen Hoffnung" (Horkheimer/Adorno 1944/1997, 5) machen (vgl. Jung 2014).

Zum Begreifen dieser Ambivalenz gehört allerdings auch eine selbstkritische Reflektion darüber, dass und wie Wissenschaft und kritisches Denken selbst noch an der Aufrechterhaltung oder gar Verfestigung von Herrschaftsverhältnissen beteiligt sind. Dies betrifft auch die *Ebene des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik*. Hier erweist sich die bereits in den 1930er Jahren von Max Horkheimer vorgenommene systematische Bestimmung des politischen Charakters von Wissenschaft (als gesellschaftlich geprägt und selbst Teil der gesellschaftlichen Arbeitsteilung) als zentrale wissenschaftstheoretische Grundlage, an die auch feministische Arbeiten anknüpfen. Diese haben die Einsichten in den sozialen und politischen Charakter von Wissenschaft noch weiter vertieft und die bürgerlich-männliche Struktur der Wissenschaft scharf kritisiert. Feministische Kritik weist hier ebenso wie die Kritische Theorie ein hohes Maß an kritischer Selbstreflexivität auf, bei der auch gesellschaftlicher Wandel theoretisch verarbeitet wird. Die in der feministischen Debatte gängige Rede von *situated knowledge*

bzw. der (historischen, geschlechtlichen, sozialen, räumlichen) Situierung der Wissenssubjekte ist aber, auch das ist zu lernen, kein Selbstzweck. Insbesondere an der älteren Kritischen Theorie lässt sich ablesen, dass und wie die Frage nach der 'Verwicklung' kritischen Denkens in die herrschenden Verhältnisse mit der Frage nach der politischen Verantwortung von Wissenschaft verknüpft werden muss. Wissenschaft wird nicht erst nachträglich politisch instrumentalisiert; es kommt bereits darauf auf, die eigenen Begriffe, Ansätze und Perspektiven daraufhin zu befragen, ob und wie sie dazu tendieren, den herrschenden Verhältnissen entgegenzuarbeiten oder diese letztlich zu stützen. Die Rede von der Selbstreflektion und der Verwicklung ergibt also dann Sinn, wenn sie tatsächlich auf die Frage gerichtet ist, ob und inwieweit sich das eigene Tun und das eigene Denken in Affirmation verwandelt – und daraus gilt es, Konsequenzen zu ziehen. Die starke Pointe, dass Wissenschaft politische Verantwortung hat, findet sich auch in den frühen feministischen Wissenschaftsentwürfen wie den Mies'schen Postulaten. Diese gelten zwar als 'veraltet'; gerade aber hinsichtlich des Plädoyers für die politische Verantwortung von Wissenschaft sind sie nach wie vor wichtig.

Allerdings ziehen die ältere Kritische Theorie und die feministische Theorie aus der Einsicht in die politische Verantwortung von Wissenschaft und aus der 'Situierung' kritischer Subjekte höchst unterschiedliche Konsequenzen. Die Kritische Theorie steht für eine Politik der Verweigerung unmittelbar praktischer Anschlussfähigkeit von Praxis an Theorie, für die Distanznahme gegenüber der politischen Praxis und für unverbrüchliche Einsamkeit der kritischen Intellektuellen. Wirksamkeit kritischer Theoriebildung ist allenfalls als 'Flaschenpost' mit indirekter Fernwirkung zu denken. Für Horkheimer und Adorno gibt es keine unbeschädigte, von Macht- und Herrschaftseffekten ausgenommene Erkenntnisposition – gleichwohl aber halten sie daran fest, dass die Gestalt der Kritischen Theorie es erlaubt, Theorie noch im Sinne umwälzender, emanzipatorischer Praxis zu betreiben. 'Demokratisierung' ist hier nur im weiten Sinn einer Wahrheitspolitik zu verstehen, die auf die Herstellung jener Bedingungen zielt, unter denen möglichst viele Studierende sich im Geiste der Kritischen Theorie zu nonkonformistischen Menschen bilden können.

So wie das Bild der Flaschenpost paradigmatisch für die ältere Kritische Theorie steht, so repräsentiert die feministische Theorie am ehesten das Bild des Tomatenwurfs[1] (vgl. Knapp 1999b). Das Aufbegehren feministischer Wissenschaft

1 Der Tomatenwurf gilt als Startschuss der Zweiten Frauenbewegung in der BRD. Die Tomate wurde von Sigrid Damm-Rüger geworfen und zielte auf männliche SDS-Vertreter (namentlich auf Hans-Jürgen Krahl). Der Tomatenwurf ereignete sich im Anschluss

wurde in den Anfangsjahren von der Überzeugung getragen, eine Revolution auslösen zu können; dies „entspricht dem feministischen Zeitgefühl von einem befreienden Aufbruch: einem Aufbruch mit Büchern ebenso wie mit Tomaten" (Holland-Cunz 2003c, 142).. Im Zuge der Akademisierung und Professionalisierung feministischer Wissenschaft verändert sich dieses Zeitgefühl hin zur Erfahrung vom 'erfolgreichen Scheitern'. Dennoch dürfte es dem politischen Schwung einer sich formierenden Befreiungsbewegung geschuldet sein, dass sich die Kritikkonzeptionen des Feminismus nach wie vor nicht ausschließlich als Verweigerung und Negation der bestehenden Verhältnisse artikulieren, sondern Herrschaftskritik auf der Basis individueller und kollektiver Selbstverständigungsprozesse mit der Suche nach explizit neuen und 'anderen' Perspektiven sowie utopischen Visionen von Emanzipation und Befreiung verbinden.

Der Anspruch auf Wirksamkeit ist in der feministischen Wissenschaft sehr viel unmittelbarer ausgelegt als in der älteren Kritischen Theorie. Zwar war die Auffassung, dass sich feministische Wissenschaft in den Dienst der Praxis zu stellen habe bzw. unmittelbar in die Kämpfe der Frauenbewegung involviert zu sein habe, immer umstritten. Doch war und ist der Horizont feministischer Wissenschaft immer reflexiv auf andere feministische Praxisformen bezogen. Feministische Wissenschaft trägt hier ein praktisch-pragmatisches Element sowie eine realistische Perspektive auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik bei. Deutlich wird dabei, dass die Zusammenhänge zwischen Wissenschaft und Politik nicht nur nicht linear sind, sondern vielfältige und sich komplex überschneidende Formen annehmen können.

Pragmatisch-anwendungsorientierte Formen von Gender-Wissen für frauen- und gleichstellungspolitische Praxis bzw. Politikberatung sind ebenso Teil feministischer (Wissens-)Politik wie theoretische Arbeit, die auf den Ausweis von tieferliegenden Zusammenhängen gerichtet ist. Dabei ist sich feministische Theoriebildung aber des Spannungsverhältnisses von „Dissidenz und Partizipation" (Hark 2005) bewusst, in das sie sich hineinbegibt. Sie arbeitet explizit und offensiv mit dem Wissen darum, dass es keine gesicherte, unverbrüchliche Grenze zwischen Kritik und der Reproduktion des Bestehenden gibt. Während die ältere Kritische Theorie im Angesicht des Faschismus, aus der Einsicht in den Verlust des revolutionären Subjekts und aus der Einsicht in die Verwicklung von Wissenschaft in die bestehenden Herrschaftsverhältnisse die Konsequenz einer

---

an eine von Helke Sander gehaltene Rede im Namen des „Aktionsrates zur Befreiung der Frauen" auf einer SDS-Delegiertenkonferenz im September 1968, als das ausschließlich von Männern besetzte Gremium die Positionen des Aktionsrates übergehen wollte.

Politik der Distanznahme zieht, wählt feministische Theorie vor dem Hintergrund ihrer eigenen Geschichte eine andere Strategie. Feministische Kritik ist immer schon 'mittendrin'; Teilhabe erscheint als prekäre Voraussetzung für Veränderung. Nicht Rückzug, sondern eine offensive *politics of location*, die kritisch über den eigenen Standort aufklärt, ist die feministische Antwort auf die Einsicht in den sozialen und politischen Charakter von Wissenschaft.

An dieser Stelle sind sicherlich große Differenzen zwischen älterer Kritischer Theorie und älterer feministischer Theorie auszumachen; die Herangehensweisen an das Verhältnis von Theorie und Praxis sind geradezu diametral entgegengesetzt. Adorno beharrt darauf, dass Theorie und Praxis zwar aufeinander bezogen sind und dass das eine jeweils nicht unabhängig vom anderen verläuft. Gleichwohl sind Theorie und Praxis jeweils autonom, Praxis kann weder von Theorie empfohlen, noch von ihr abgeleitet werden. Dabei hält er allerdings an der Vorstellung fest, dass Theorie den Primat über Praxis haben muss und dass die Kritische Theorie (der Frankfurter Schule) die einzige Form ist, in der eine solche 'wahre', umwälzende Praxis überhaupt noch angesiedelt ist. Zumindest in der Fassung von Maria Mies steht die feministische Vorstellung dem diametral entgegen: nicht der Primat der Theorie über die Praxis, sondern der Primat des Politischen gegenüber dem Wissenschaftlichen ist der Ausgangspunkt feministischer Wissenschaft; Wissenschaft wird nahezu in eins gesetzt mit Politik. Allerdings ist diese starke These im feministischen Diskurs nicht nur umstritten; vor allem ist es auch einem historischen Lernprozess im Kontext von Institutionalisierung und Professionalisierung geschuldet, dass zunehmend die Differenz zwischen Wissenschaft und Politik und die Begrenztheit unmittelbarer Wechselwirkungen zur neuen wissenschaftstheoretischen Grundüberzeugung werden. Gleichwohl bleibt eine wichtige Differenz zum Denken der älteren Kritischen Theorie bestehen: nämlich die Abkehr von der Vorstellung, dass (eine bestimmte Form von) Theorie die 'wahre' Gestalt emanzipatorischer Praxis darstellt. Theoriebildung wird zwar auch im Feminismus eine zentrale Rolle zugestanden. Feministische Theorie begreift sich aber sicher nicht als einzige Form, in der emanzipatorische Praxis überhaupt (noch) möglich ist. Im Gegenteil erkennt sie die spezifischen Eigenlogiken von Politik und Wissenschaft an, ohne diese in ein hierarchisches Verhältnis zu bringen. Feministische Kritik setzt sich Demokratisierung (im Sinne einer umfassenden Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse) nicht einfach nur zum Ziel, sondern demokratisiert bereits die Praxis der Kritik. Dazu gehört, dass es feministischer Kritik an der Ermöglichung von Dissens gelegen ist. Feministisches Denken und Handeln ist geprägt von der Erfahrung der Hete-

rogenität und Vielstimmigkeit und von unaufhebbaren Spannungsverhältnissen bzgl. feministischer Politikstrategien.

Für gegenwärtige kritisch-feministische Theoriebildung ist vor diesem Hintergrund zu lernen, dass sowohl mit dem *Zusammenhang* als auch mit der *Differenz* von Wissenschaft und Politik kritisch zu arbeiten ist. Feministische Theorie bringt hier überdies einen starken, demokratisierenden Impuls ein: Kritische Produktivität lässt sich gerade an der Pluralität und Streitbarkeit festmachen, die vor dogmatischen Verhärtungen schützt, „immer wieder Abarbeitungsprozesse stimuliert und zur Ausbildung einer spezifischen Kultur der Reflexivität beiträgt" (Knapp 2012, 198). Gerade diese (Selbst-)Reflexivität, die Möglichkeit des Dissenses und der Umgang mit aporetischen Grundlagen im feministischen 'Wir' wird dabei als zentraler Motor der Innovationsfähigkeit und produktiven Dynamik feministischer Theoriebildung gesehen. Feministische Theorie ist eine Bewegung 'im Widerstreit' (vgl. Hark 2007a; 2001a; Knapp 2014; 2012) – und als solche stellt sie nicht nur für die binnenfeministische Theoriebildung eine permanente Quelle von (Selbst-)Kritik und (Selbst-)Erneuerung dar, sondern kann auch ein großes Potential für die Ausgestaltung von Kritik als demokratischer Praxis entfalten.

Damit ist allerdings noch kein inhaltliches emanzipatorisches Programm benannt, sondern lediglich eine Voraussetzung kritischen Denkens und Handelns bzw. eine kritische Haltung. Diese entlässt eine/n nicht aus der schwierigen Debatte, wie die „feministischen Impulse für die Wiederaufnahme [des] umkämpften Projekts Gleichheit, Freiheit, Solidarität" (Kurz-Scherf/Lepperhoff/Scheele 2009b) auszugestalten sind.

Literatur

Abels, Gabriele/Sifft, Stefanie, 1999: Demokratie als Projekt. Anmerkungen zur Interdependenz von Staat, Zivilgesellschaft und Geschlechterverhältnissen – Eine Einleitung. In: dies. (Hg.): Demokratie als Projekt. Feministische Kritik an der Universalisierung einer Herrschaftsform. Frankfurt am Main/New York, 9-33.

Açıkgöz, Muharrem, 2014: Die Permanenz der Kritischen Theorie. Die zweite Generation als zerstrittene Interpretationsgemeinschaft. Münster.

Adorno, Theodor W., 1969 [1951]: Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben. Frankfurt am Main.

–, 2003 [1969]: Marginalien zu Theorie und Praxis. In: ders.: Kulturkritik und Gesellschaft II. Frankfurt am Main, 759-782.

–, 2013 [1966]: Negative Dialektik. In: ders.: Negative Dialektik. Jargon der Eigentlichkeit. Gesammelte Schriften, Band 6. 6. Auflage. Frankfurt am Main, 7-411.

Albrecht, Clemens/Behrmann, Günter C./Bock, Michael/Homann, Harald/Tenbruck, Friedrich H. (Hg.), 1999: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik: Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule. Frankfurt am Main.

Andresen, Sünne, 2001: Der Preis der Anerkennung. Frauenforscherinnen im Konkurrenzfeld Hochschule. Münster.

Apel, Karl-Otto, 1970: Wissenschaft als Emanzipation? Eine Auseinandersetzung mit der Wissenschaftskonzeption der „Kritischen Theorie". Zeitschrift für allgemeine Wissenschaftstheorie I/2 (1970), 173-195.

Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika, 2013: Nachlese. Feministische Krisendiagnosen – ein anderer Blick auf Gesellschaft? In: dies. (Hg.): Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen. Münster, 7-23.

Arendt, Hannah, 2003: Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass. München.

–, 2006 [1967]: Wahrheit und Politik. In: dies./Nanz, Patrizia: Über Wahrheit und Politik. Berlin, 7-62.

Aulenbacher, Brigitte, 2012: Gegenläufige Blicke auf Kapitalismus und Arbeit – Feministische Kapitalismusanalysen im Verhältnis zu Kapitalismustheorie und Arbeitssoziologie. In: Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke, Volker (Hg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik. Frankfurt am Main, 113-126.

–, 2013: Ökonomie und Sorgearbeit. Herrschaftslogiken, Arbeitsteilungen und Grenzziehungen im Gegenwartskapitalismus. In: Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hg.): Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen. Münster, 105-126.

Aulenbacher, Brigitte/Binner, Kristina/Riegraf, Birgit/Weber, Lena, 2010: Brot und Rosen. Oder: Der unerhörte Anspruch auf ein gutes Leben innerhalb und außerhalb der Wissenschaft. In: Bauschke-Urban, Carola/Kamphans, Marion/Sagebiel, Felizitas (Hg.): Subversion und Intervention. Wissenschaft und Geschlechter(un)ordnung. Opladen, 139-154.

–, 2012: Wissenschaft in der Entrepreneurial University – feminisiert und abgewertet? WSI-Mitteilungen, Vol. 65, Nr. 6, 405-411.

Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit, 2010: The New Entrepreneurship in Science and Changing Gender Arrangements – Approaches and Perspectives. In: Riegraf, Birgit/Aulenbacher, Brigitte/Kirsch-Auwärter, Edit/Müller, Ursula (Hg.): Gender Change in Academia. Re-Mapping the Fields of Work, Knowledge, and Politics from a Gender Perspective. Wiesbaden, 61-74.

–, 2011: Die Analyse alltäglicher und biografischer Arbeitszeitarrangements als Weg arbeits- und industriesoziologischer Sozial- und Zeitdiagnostik. Arbeits- und Industriesoziologische Studien, 4. Jg., H. 2. Dezember 2011, 74-90.

–, 2012: Economical Shift und demokratische Öffnungen – Uneindeutige Verhältnisse in der unternehmerischen und geschlechtergerechten Universität. hochschule, Nr. 2/2012, 291-303.

Auth, Diana/Buchholz, Eva/Janczyk, Stefanie (Hg.), 2010: Selektive Emanzipation. Analysen zur Gleichstellungs- und Familienpolitik. Opladen/Farmington Hills.

Barben, Daniel, 2010: Reflexionswissen. In: Simon, Dagmar/Knie, Andreas/Hornbostel, Stefan (Hg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 210-223.

Bauman, Zygmunt, 1993: Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit. Hamburg.

Baumann, Heidrun/Martin, Ingrid (Hg.), 2003: Frauen in der Wissenschaft. Karrierechancen im Hochschulbetrieb. Münster.

Bauschke-Urban, Carola/Kamphans, Marion/Sagebiel, Felizitas (Hg.), 2010: Subversion und Intervention. Wissenschaft und Geschlechter(un)ordnung. Opladen/Farmington Hills.

Beaufaÿs, Sandra, 2003: Wie werden Wissenschaftler gemacht? Beobachtungen zur wechselseitigen Konstitution von Geschlecht und Wissenschaft. Bielefeld.

–, 2006: Von Goldgräbern und Körperlosen. Mythos und Alltag wissenschaftlicher Lebensführung. In: Buchmayr, Maria/Neissl, Julia (Hg.): *work-life-balance* & Wissenschaft – ein Widerspruch? Münster, 11-22.

–, 2007a: Alltag der Exzellenz. Konstruktionen von Leistung und Geschlecht in der Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses. In: Dackweiler, Regina-Maria (Hg.): Willkommen im Club? Frauen und Männer in Eliten. Münster, 145-165.

–, 2007b: Eine Frage der Gauß'schen Normalverteilung: Zur sozialen Praxis der Nachwuchsförderung an Universitäten. In: Zimmermann, Karin/Kamphans, Marion/Metz-Göckel, Sigrid (Hg.): Perspektiven der Hochschulforschung. Diskurse der Hochschul- und Geschlechterforschung. Wiesbaden, 133-142.

–, 2012: Führungspositionen in der Wissenschaft. Zur Ausbildung männlicher Soziabilitätsregime am Beispiel von Exzellenzeinrichtungen. In: dies./Engels, Anita/Kahlert, Heike (Hg.): Einfach Spitze? Neue Geschlechterperspektiven auf Karrieren in der Wissenschaft. Frankfurt am Main/New York, 87-117.

Beauvoir, Simone de, 1968 [1951]: Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau. Frankfurt am Main.

Beck, Ulrich/Bonß, Wolfgang, 1989: Verwissenschaftlichung ohne Aufklärung? Zum Strukturwandel von Sozialwissenschaft und Praxis. In: dies. (Hg.): Weder Sozial-

technologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens. Frankfurt am Main, 7-45.

Becker, Michael, 2012: Die Eigensinnigkeit des Politischen – Hannah Arendt und Jürgen Habermas über Macht und Herrschaft. In: Impusch, Peter (Hg.): Macht und Herrschaft. Wiesbaden, 217-246.

Becker-Schmidt, Regina, 1990: Widerspruch und Ambivalenz. Konflikterfahrung als Schritt zur Emanzipation. In: Arbeitsgemeinschaft Frauenforschung und -studien (Hg.): Feministische Erneuerung von Wissenschaft und Kunst. Pfaffenweiler, 112-121.

–, 1993: Ambivalenz und Nachträglichkeit: Perspektiven einer feministischen Biographieforschung. In: Krüger, Marlis (Hg.): Was heißt hier eigentlich feministisch? Zur theoretischen Diskussion in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Bremen, 80-92.

–, 1998: Trennung, Verknüpfung, Vermittlung: zum feministischen Umgang mit Dichotomien. In: Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): Kurskorrekturen: Feminismus zwischen Kritischer Theorie und Postmoderne. Frankfurt am Main, 84-125.

–, 2003: Erkenntniskritik, Wissenschaftskritik, Gesellschaftskritik – Positionen von Donna Haraway und Theodor W. Adorno kontrovers diskutiert. IWM Working Paper No. 1/2003. Wien.

–, 2004a: Adorno kritisieren – und dabei von ihm lernen. Von der Bedeutung seiner Theorie für die Geschlechterforschung. In: Gruschka, Andreas/Oevermann, Andreas (Hg.): Die Lebendigkeit der kritischen Gesellschaftstheorie. Dokumentation der Arbeitstagung aus Anlass des 100. Geburtstages von Theodor W. Adorno. Frankfurt am Main, 65-95.

–, 2004b: Doppelte Vergesellschaftung von Frauen. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie – Methode – Empirie. Wiesbaden, 62-71.

–, 2004c: Zum Zusammenhang von Erkenntniskritik und Sozialkritik in der Geschlechterforschung. In: Frey Steffen, Therese/Rosenthal, Caroline/Väth, Anke (Hg.): Gender Studies. Wissenschaftstheorien und Gesellschaftskritik. Würzburg, 201-222.

–, 2007: Frauenforschung, Geschlechterforschung, Geschlechterverhältnisforschung. In: dies./Knapp, Gudrun-Axeli: Feministische Theorien zur Einführung. 4., vollst. überarb. Auflage. Hamburg, 14-64.

–, 2009: Die Bedeutung des Klassifizierens für die Abstützung symmetrischer oder asymmetrischer Geschlechterrelationen. In: Aulenbacher, Brigitte/Bereswill, Mechthild/Löw, Martina (Hg.): FrauenMännerGeschlechterforschung. State of the Art. Münster, 116-121.

–, 2010: Erkenntnis, Forschungsgegenstand, Kritik – Notizen zu epistemologischen Kontroversen in der Geschlechterforschung. In: Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit (Hg.): Erkenntnis und Methode. Geschlechterforschung in Zeiten des Umbruchs. Wiesbaden, 293-308.

–, 2011: „Verwahrloste Fürsorge" – ein Krisenherd gesellschaftlicher Reproduktion. Zivilisationskritische Anmerkungen zur ökonomischen, sozialstaatlichen und so-

zialkulturellen Vernachlässigung von Praxen im Feld „care work". Gender. 3. Jg., Heft 3, 9-23.

Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli, 1995: Einleitung. In: dies. (Hg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt am Main/New York, 7-18.

Beer, Ursula (Hg.), 1987: Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik. Bielefeld.

Behrends, Roger, 2002: Kritische Theorie. Hamburg.

beiträge zur feministischen theorie und praxis, 1984: Frauenforschung oder feministische Forschung? 7. Jg., Heft 11.

Benhabib, Seyla, 1982: Die Moderne und die Aporien der Kritischen Theorie. In: Bonß, Wolfgang/Honneth, Axel (Hg.): Sozialforschung als Kritik. Zum sozialwissenschaftlichen Potential der Kritischen Theorie. Frankfurt am Main, 127-178.

–, 1992: Kritik, Norm und Utopie. Die normativen Grundlagen der Kritischen Theorie. Frankfurt am Main.

–, 2009: Kosmopolitismus und Demokratie. Von Kant zu Habermas. http:// www.eurozine. com/pdf/2009-06-09-benhabib-de.pdf (Download: 19.08.2014).

Bereswill, Mechthild, 2004: „Gender" als neue Humanressource? Gender Mainstreaming und Geschlechterdemokratie zwischen Ökonomisierung und Gesellschaftskritik. In: Meuser, Michael/Neusüß, Claudia (Hg.): Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente. Bonn, 52-70.

Biebricher, Thomas, 2005: Selbstkritik der Moderne. Foucault und Habermas im Vergleich. Frankfurt am Main/New York.

Biester, Elke/Holland-Cunz, Barbara/Sauer, Birgit (Hg.), 1994: Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion. Frankfurt am Main/New York.

Birsl, Ursula, 2008: Das Alles-oder-Nichts-Prinzip. In: Klecha, Stephan/Krumbein, Wolfgang (Hg.): Die Beschäftigungssituation von wissenschaftlichem Nachwuchs. Wiesbaden, 89-120.

Bock, Gisela/Duden, Barbara, 1977: Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: Die Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Frauen und Wissenschaft: Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen. Berlin, 118-198.

Bogner, Alexander, 2012: Gesellschaftsdiagnosen. Ein Überblick. Weinheim und Basel.

Bohmann, Ulf/Gertenbach, Lars/Laux, Henning, 2010: Ein Spiel zwischen Nähe und Distanz. Formen der Kritik unter nachmetaphysischen Bedingungen. In: Becker, Karina/Gertenbach, Lars/Laux, Henning/Reitz, Tillmann (Hg.): Grenzverschiebungen des Kapitalismus – Umkämpfte Räume und Orte des Widerstands. Frankfurt am Main/New York, 56-75.

Boltanski, Luc/Chiapello, Ève, 2003: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz.

Bolte, Gerhard (Hg.), 1989: Unkritische Theorie. Gegen Habermas. Lüneburg.

Bonß, Wolfgang, 2003: Warum ist die kritische Theorie kritisch? Anmerkungen zu alten und neuen Entwürfen. In: Demirović, Alex (Hg.): Modelle kritischer Gesellschafts-

theorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie. Stuttgart/Weimar, 366-392.

Bottomore, Tom, 2002: Frankfurt School and its Critics. London/New York.

Brand, Ortrun, 2014: Wer kann wo arbeiten? Anmerkungen zur Bedeutung des Verhältnisses von Wohnort zu Arbeitsort. In: dies./Dierkes, Mirjam/Jung, Tina (Hg.): In Arbeit: Demokratie. Feministische Perspektiven auf Emanzipation und Demokratisierung. Münster, 52-69.

Brand, Ortrun/Dierkes, Mirjam/Jung, Tina (Hg.), 2014a: In Arbeit: Demokratie. Feministische Perspektiven auf Emanzipation und Demokratisierung. Münster.

–, 2014b: Das 'Ganze' der Demokratie. Arbeits- und Geschlechterverhältnisse im Kontext gesellschaftlicher Teilhabe. In: dies. (Hg.): In Arbeit: Demokratie. Feministische Perspektiven auf Emanzipation und Demokratisierung. Münster, 7-31.

Brand, Ulrich, 2010: Bedingungen und Möglichkeiten kritischer Wissenschaft. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft – SPW 181, 36-43.

Braun-Thürmann, Holger, 2010: Wandel der Wissensproduktion. In: Simon, Dagmar/Knie, Andreas/Hornbostel, Stefan (Hg.), 2010: Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 71-88.

Brick, Barbara/Moishe, Postone, 1982: Kritischer Pessimismus und die Grenzen des traditionellen Marxismus. In: Bonß, Wolfgang/Honneth, Axel (Hg.): Sozialforschung als Kritik. Zum sozialwissenschaftlichen Potential der Kritischen Theorie. Frankfurt am Main, 179-239.

Brüchert, Oliver/Wagner, Alexander (Hg.), 2007: Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen. Reproduktionsbedingungen und Perspektiven kritischer Theorie. Marburg.

Buchmayr, Maria/Neissl, Julia (Hg.), 2006: *work-life-balance* & Wissenschaft – ein Widerspruch? Münster.

Buchstein, Hubertus/Jörke, Dirk, 2003: Das Unbehagen an der Demokratietheorie. Leviathan 31, Nr. 4/2003, 470-496.

Butler, Judith, 1991: Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main.

–, 2009: Was ist Kritik? Ein Essay über Foucaults Tugend. In: Jaeggi, Rahel/Wesche, Tilo (Hg.): Was ist Kritik? Frankfurt am Main, 221-246.

Carrier, Martin, 2006: Wissenschaftstheorie zur Einführung. Hamburg.

Celikates, Robin, 2009: Kritik als soziale Praxis. Gesellschaftliche Selbstverständigung und kritische Theorie. Frankfurt am Main/New York.

Chambers, Simone, 2004: The Politics of Critical Theory. In: Rush, Fred (Ed.): The Cambridge Companion to Critical Theory. Cambridge, http://dx.doi.org/10.1017/CCOL0521816602.010 (Download: 08.09.2014).

Chojecka, Julia/Neusüß, Claudia, 2009: „Theoretisch ist praktisch alles ganz anders" – Gender-Wissen. Herausforderungen und gute Praxis beim Wissenstransfer im Bereich von Beratung und Qualifizierung. In: Plöger, Lydia/Riegraf, Birgit (Hg.): Geschlecht

zwischen Wissenschaft und Politik. Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung auf die „Wissensgesellschaft". Opladen, 163-176.

Claussen, Detlev, 2004: Kann Kritische Theorie vererbt werden? In: Freytag, Tatjana/Hawel, Marcus (Hg.): Arbeit und Utopie: Oskar Negt zum 70. Geburtstag. Frankfurt am Main, 271-285.

Cooke, Maeve, 2009: Zur Rationalität der Gesellschaftskritik. In: Jaeggi, Rahel/Wesche, Tilo (Hg.): Was ist Kritik? Frankfurt am Main, 117-133.

Crouch, Colin, 2008: Postdemokratie. Frankfurt am Main.

Dackweiler, Regina-Maria/Holland-Cunz, Barbara, 1991: Strukturwandel feministischer Öffentlichkeit. Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr. 30/31, 105-122.

Dackweiler, Regina-Maria, 2004: Wissenschaftskritik – Methodologie – Methoden. In: Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven. Wien, 45-64.

–, (Hg.), 2007: Willkommen im Club? Frauen und Männer in Eliten. Münster.

–, 2009: Transversale Politik. Prinzipien eines demokratischen Dialogprozesses im „samtenen Dreieck" von feministischer Geschlechterforschung, Frauenbewegung und Gleichstellungspolitik. In: Plöger, Lydia/Riegraf, Birgit (Hg.): Geschlecht zwischen Wissenschaft und Politik. Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung auf die „Wissensgesellschaft". Opladen, 115-130.

Demirović, Alex, 1999: Der nonkonformistische Intellektuelle: Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule. Frankfurt am Main.

–, 2004: Der Zeitkern der Wahrheit. Zur Forschungslogik kritischer Gesellschaftstheorie. In: ders./Beerhorst, Joachim (Hg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt am Main, 475-499.

–, 2007: Kritische Gesellschaftstheorie und ihre Bildungsbedingungen im fordistischen und postfordistischen Kapitalismus. In: Brüchert, Oliver/Wagner, Alexander (Hg.): Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen. Reproduktionsbedingungen und Perspektiven kritischer Theorie. Marburg, 57-79.

–, 2008: Leidenschaft und Wahrheit. Für einen neuen Modus der Kritik. In: ders. (Hg.): Kritik und Materialität. Im Auftrag der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung. Münster, 9-40.

–, 2012: Was bedeutet die Aktualität Kritischer Theorie? In: Anhorn, Roland/Bettinger, Frank/Horlacher, Cornelis/Rathgeb, Kerstin (Hg.): Kritik der Sozialen Arbeit – kritische Soziale Arbeit. Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit 12. Wiesbaden, 27-37.

Demirović, Alex/Maihofer, Andrea, 2013: Vielfachkrise und die Krise der Geschlechterverhältnisse. In: Nickel, Hildegard-Maria/Heilmann, Andreas (Hg.): Krise, Kritik, Allianzen: Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven. Weinheim, 30-48.

Dörre, Klaus/Neis, Matthias, 2008: Forschendes Prekariat? In: Klecha, Stephan/Krumbein, Wolfgang (Hg.): Die Beschäftigungssituation von wissenschaftlichem Nachwuchs. Wiesbaden, 127-140.

Dubiel, Helmut, 1978: Wissenschaftsorganisation und politische Erfahrung. Studien zur frühen Kritischen Theorie. Frankfurt am Main.

–, 1989: Herrschaft oder Emanzipation? Der Streit um die Erbschaft der Kritischen Theorie. In: Honneth, Axel/McCarthy, Thomas/Offe, Claus/Wellmer, Albrecht (Hg.): Zwischenbetrachtungen im Prozess der Aufklärung. Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag. Frankfurt am Main, 504-518.

–, 2001: Kritische Theorie der Gesellschaft. Eine einführende Rekonstruktion von den Anfängen im Horkheimer-Kreis bis Habermas. 3. Auflage. Weinheim/München.

Ehmsen, Stefanie, 2008: Der Marsch der Frauenbewegung durch die Institutionen. Münster.

Engler, Steffani, 2001: 'In Einsamkeit und Freiheit'? Zur Konstruktion der wissenschaftlichen Persönlichkeit auf dem Weg zur Professur. Konstanz.

Falter, Matthias, 2012: Was ist politisch? Eine mehrdimensionale Annäherung an Politik und das Politische. In: Kreisky, Eva/Löffler, Marion/Spitaler, Georg (Hg.): Theoriearbeit in der Politikwissenschaft. Wien, 67-78.

Faulstich, Peter, 2011: Aufklärung, Wissenschaft und lebensentfaltende Bildung. Geschichte und Gegenwart einer großen Hoffnung der Moderne. Bielefeld.

Femina Politica, 2003: Parteilichkeit? Distanzierung? Instrumentalisierung? Zum Verhältnis von Frauenforschung/Geschlechterforschung, Frauenbewegung und Politik. Heft 2/2003.

Foucault, Michel, 1992: Was ist Kritik? Berlin.

–, 2003: Die politische Funktion des Intellektuellen. In: Schriften III. Frankfurt am Main, 186-213.

–, 2005 [1984]: Was ist Aufklärung? In: ders.: Dits et Écrits. Schriften Band 4. Frankfurt am Main, 687-707.

Fraser, Nancy, 1994a: Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt am Main.

–, 1994b: Was ist kritisch an der Kritischen Theorie? Habermas und die Geschlechterfrage. In: dies.: Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt am Main, 173-221.

–, 2001a: Neue Überlegungen zur Öffentlichkeit. Ein Beitrag zur Kritik der real existierenden Demokratie. In: dies.: Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats. Frankfurt am Main, 107-150.

–, 2001b: Sex, Lügen und Öffentlichkeit. Überlegungen zur Bestätigung des Bundesrichters Clarence Thomas. In: dies.: Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats. Frankfurt am Main, 151-179.

–, 2009: Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2009, 43-57.

–, 2013: Fortunes of Feminism. From State-Managed Capitalism to Neoliberal Crisis. London/New York.

Fraser, Nancy/Honneth, Axel, 2003: Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt am Main.

Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung (ISI)/Joanneum Research, Zentrum für Wirtschafts- und Innovationsforschung (JR)/Stiftverband für die deutsche Wissenschaft-Wissenschaftsstatistik GmbH/Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)/Zentrum für Europäische Wissenschaftsforschung GmbH (ZEW), 2012: Zur Situation der Forschung an Deutschlands Hochschulen – aktuelle empirische Befunde. http://www.e-fi.de/fileadmin/Innovationsstudien_2012/StuDIS_16_ZEW_WZB_Joanneum_ISI.pdf (Download: 19.02.2014).

Freudenthal, Gideon/Schlaudt, Oliver, 2012: Das materialistische Programm. In: Maasen, Sabine/Kaiser, Mario/Reinhart, Martin/Sutter, Barbara (Hg.): Handbuch Wissenschaftssoziologie. Wiesbaden, 35-44.

Frey, Regina, 2003: Gender im Mainstreaming. Geschlechtertheorie und -praxis im internationalen Diskurs. Königstein/Taunus.

Friedan, Betty, 2002 [1963]: Der Weiblichkeitswahn oder: Die Selbstbefreiung der Frau. Frankfurt am Main.

Gibbons, Michael/Limoges, Camille/Nowotny, Helga/Schwartzman, Simon/Scott, Peter/Trow, Martin, 1994: The New Production of Knowledge: The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies. London.

Giegel, Hans-Joachim, 2000: Normative Orientierungen und sozialwissenschaftliche Erkenntnis. Rückblick auf Erkenntnis und Interesse. In: Müller-Doohm, Stefan (Hg.): Das Interesse der Vernunft. Rückblicke auf das Werk von Jürgen Habermas seit „Erkenntnis und Interesse". Frankfurt am Main, 42-70.

Gouges, Olympe de, 1791: Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin. http://olympe-de-gouges.info/frauenrechte/ (Download: 11.10.2014).

Graf, Julia, 2014: In Arbeit: Teilhabe. Teilhabemöglichkeiten und -blockaden von Aufstocker_innen im Spannungsfeld von 'Hartz IV' und prekärer Beschäftigung. In: Brand, Ortrun/Dierkes, Mirjam/Jung, Tina (Hg.): In Arbeit: Demokratie. Feministische Perspektiven auf Emanzipation und Demokratisierung. Münster, 132-148.

Gravenhorst, Lerke, 2001: Subversiver Anspruch und Normalisierungsrealität: Über Ziele, Wege und Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung. In: Hornung, Ursula/Gümen, Sedef/Weilandt, Sabine (Hg.): Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik: (Re-) Konstruktionen der Geschlechterordnung in Frauenforschung – Frauenbewegung – Frauenpolitik. Münster, 96-103.

Greven, Michael Th., 1994: Kritische Theorie und demokratische Politik. In: ders.: Kritische Theorie und historische Politik. Opladen, 219-256.

–, 2003: Deutsche Policy-Forschung aus kritischer Perspektive. In: Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C. (Hg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse. München, 457-473.

–, 2005: Politikwissenschaft und Politik. Theoretische Annäherungen an eine unerforschte Beziehung mit fließenden Übergängen. In: Hitzel-Cassagnes, Tanja/Schmidt, Thomas (Hg.): Demokratie in Europa und europäische Demokratien. Festschrift für Heidrun Abromeit. Wiesbaden, 13-28.

–, 2006: Aktualität und Bedeutung einer kritischen Politikwissenschaft nebst Bemerkungen zur Pluralismustheorie. In: Eisfeld, Rainer (Hg.): Streitbare Politikwissenschaft.

Studien zu Demokratisierung, politischer Kultur und wissenschaftlicher Verantwortung. Baden-Baden, 7-16.

–, 2008: „Politik" als Problemlösung – und als vernachlässigte Problemursache. Anmerkungen zur Policy-Forschung. In: Janning, Frank/Töns, Katrin (Hg.): Die Zukunft der Policy-Forschung: Theorien, Methoden, Anwendungen. Wiesbaden, 23-44.

–, 2010: Verschwindet das Politische in der politischen Gesellschaft? Über Strategien der Kontingenzverleugnung. In: Bedorf, Thomas/Röttgers, Kurt (Hg.): Das Politische und die Politik. Frankfurt am Main, 68-88.

Grisard, Dominique, 2004: Institutionalisierung von Graduiertenkollegs im Bereich Gender Studies in der Schweiz. In: Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der Humbolt-Universität zu Berlin (Hg.): Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum. Studiengänge, Erfahrungen, Herausforderungen. Berlin, 177-181.

Großmaß, Ruth/Schmerl, Christiane, 1989: Nur im Streit wird die Wahrheit geboren... – Gedanken zu einer prozeßbezogenen feministischen Methodologie. In: dies. (Hg.): Feministischer Kompaß, patriarchales Gepäck. Kritik konservativer Anteile in neueren feministischen Theorien. Frankfurt am Main/New York, 247-283.

Gruschka, Andreas/Oevermann, Ulrich (Hg.), 2004: Die Lebendigkeit der kritischen Gesellschaftstheorie. Dokumentation der Arbeitstagung aus Anlass des 100. Geburtstags von Theodor W. Adorno. 4.-6. Juli 2003 an der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main. Wetzlar.

Habermas, Jürgen, 1969 [1963]: Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung. In: ders.: Technik und Wissenschaft als „Ideologie". Frankfurt am Main, 120-145.

–, 1969: Technik und Wissenschaft als „Ideologie". Frankfurt am Main.

–, 1973a: Erkenntnis und Interesse. Frankfurt am Main.

–, 1973b: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main.

–, 1978 [1963]: Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien. Frankfurt am Main.

–, 1983: Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen. Frankfurt am Main.

–, 1992 [1980]: Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. In: ders.: Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze 1977-1992. 2., erweiterte Auflage. Leipzig, 32-54.

–, 1998 [1992]: Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. 5. Auflage. Frankfurt am Main.

–, 2011 [1981]: Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. 8. Auflage. Frankfurt am Main.

Haffner, Yvonne/Krais, Beate (Hg.), 2008: Arbeit als Lebensform? Beruflicher Erfolg, private Lebensführung und Chancengleichheit in akademischen Berufsfeldern. Frankfurt am Main/New York.

Hagner, Michael, 2012: Wissenschaft und Demokratie oder: Wie demokratisch soll die Wissenschaft sein? In: ders. (Hg.): Wissenschaft und Demokratie. Frankfurt am Main, 9-50.

Haraway, Donna, 1995a: Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen. Frankfurt/New York.

–, 1995b: Primatologie ist Politik mit anderen Mitteln. In: Orland, Barbara/Scheich, Elvira (Hg.): Das Geschlecht der Natur. Feministische Beiträge zur Geschichte und Theorie der Naturwissenschaften. Frankfurt am Main, 136-198.

Harding, Sandra, 1990: Feministische Wissenschaftstheorie: zum Verhältnis von Wissenschaft und sozialem Geschlecht. Hamburg.

–, 1994: Das Geschlecht des Wissens. Frauen denken die Wissenschaft neu. Frankfurt/New York.

Hark, Sabine, 2001a: Dis/Kontinuitäten: Feministische Theorie. Einleitung. In: dies.: Dis/Kontinuitäten: Feministische Theorie. Opladen, 9-16.

–, 2001b: Normalisierte Wissenschaft? Zum herrschaftskritischen Potential von Frauen- und Geschlechterforschung. In: Hornung, Ursula/Gümen, Sedef/Weilandt, Sabine (Hg.): Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik: (Re-)Konstruktionen der Geschlechterordnung in Frauenforschung – Frauenbewegung – Frauenpolitik. Münster, 58-62.

–, 2005: *Dissidente Partizipation*. Eine Diskursgeschichte des Feminismus. Frankfurt am Main.

–, 2007: Widerstreitende Bewegungen. Umrisse einer Analytik des akademischen Feminismus. In: gender... politik... online. http://www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_theorie/Zeitgenoessische_ansaetze/Widerstreitende_Bewegungen/index.html (Download: 03.06.2014).

–, 2009: Was ist und wozu Kritik? Über Möglichkeiten und Grenzen feministischer Kritik heute. Feministische Studien 27, Ausgabe 1/09, 22-35.

Hark, Sabine/Wetterer, Angelika, 2010: Gender Studies in Entrepreneurial Universities: The Case of Inter- and Transdisciplinarity. In: Riegraf, Birgit/Aulenbacher, Brigitte/Kirsch-Auwärter, Edit/Müller, Ursula (Hg.): Gender Change in Academia. Re-Mapping the Fields of Work, Knowledge and Politics from a Gender Perspective. Wiesbaden, 279-288.

Hartmann, Martin, 2002: Widersprüche, Ambivalenzen, Paradoxien – Begriffliche Wandlungen in der neueren Gesellschaftstheorie. In: Honneth, Axel (Hg.): Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des Kapitalismus. Frankfurt am Main, 221-252.

Hartmann, Michael, 2002: Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft. Frankfurt am Main/New York.

Hasenjürgen, Brigitte, 1996: Soziale Macht im Wissenschaftsspiel. Sozialwissenschaftlerinnen und Frauenforscherinnen an der Hochschule. Münster.

Haug, Frigga, 2009: Feministische Initiative zurück gewinnen – eine Diskussion mit Nancy Fraser. Das Argument 51, Heft 2/2009, 393-419.

Hausen, Karin, 2000: Arbeit und Geschlecht. In: Kocka, Jürgen/Offe, Claus (Hg.): Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt am Main/New York, 343-361.

Hausen, Karin/Nowotny, Helga (Hg.), 1986: Wie männlich ist die Wissenschaft? Frankfurt am Main.

Hennessy, Rosemary, 2003: Feminismus. In: Haug, Frigga (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Feminismus. Hamburg, 155-170.

Henninger, Annette, 2014: Von der exklusiven Emanzipation zur selektiven Partizipation: Demokratiepolitische Folgen wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterpolitik. In: Brand, Ortrun/Dierkes, Mirjam/Jung, Tina (Hg.): In Arbeit: Demokratie. Feministische Perspektiven auf Emanzipation und Demokratisierung. Münster, 114-131.

Henninger, Annette/Wimbauer, Christine/Dombrowski, Rosine, 2008: Geschlechtergleichheit oder 'exklusive Emanzipation'? Ungleichheitssoziologische Implikationen der aktuellen familienpolitischen Reformen. Berliner Journal für Soziologie, 18. Jg., Heft 1, 99-128.

Hinze, Sybille, 2010: Forschungsförderung in Deutschland. In: Simon, Dagmar/Knie, Andreas/Hornbostel, Stefan (Hg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 162-175.

Hirschauer, Stefan, 2003: Wozu 'Gender Studies'? Geschlechtsdifferenzierungsforschung zwischen politischem Populismus und naturwissenschaftlicher Konkurrenz. Soziale Welt 54, 461-482.

Hirschauer, Stefan/Knapp, Gudrun-Axeli, 2006: Wozu Geschlechterforschung? Ein Dialog über Politik und den Willen zum Wissen. In: Aulenbacher, Brigitte/Bereswill, Mechthild/Löw, Martina/Meuser, Michael/Mordt, Gabriele/Schäfer, Reinhild/Scholz, Sylka (Hg.): FrauenMännerGeschlechterforschung. State of the Art. Münster, 22-63.

Holland-Cunz, Barbara, 1994: Soziales Subjekt Natur. Natur und Geschlechterverhältnis in emanzipatorischen politischen Theorien. Frankfurt am Main/New York.

–, 1996: Feminismus: Politische Kritik patriarchaler Herrschaft. In: Neumann, Franz (Hg.): Handbuch Politische Theorien und Ideologien, Band 2. Opladen, 357-388.

–, 1998: Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt. Opladen.

–, 2001a: Zwanzig Jahre wissenschaftliche Revolution? Über Normalisierungen und Zukunftswege der feministischen Forschung. In: Hornung, Ursula/Gümen, Sedef/Weilandt, Sabine (Hg.): Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik: (Re-)Konstruktionen der Geschlechterordnung in Frauenforschung – Frauenbewegung – Frauenpolitik. Münster, 42-57.

–, 2001b: Probleme des Erfolgs: Überlegungen zu den ambivalenten Anforderungen institutioneller feministischer Theorie und Politik. In: Batisweiler, Claudia/Lembeck, Elisabeth/Jansen, Mechthild (Hg.): Geschlechterpolitik an Hochschulen: Perspektivenwechsel zwischen Frauenförderung und Gender Mainstreaming. Opladen, 45-56.

–, 2003a: Die Vision einer feministischen Wissenschaft und der Betrieb der *normal science*. In: Niekant, Renate/Schuchmann, Uta (Hg.): Feministische Erkenntnis-Prozesse. Zwischen Wissenschaftstheorie und politischer Praxis. Opladen, 27-50.

–, 2003b: Wissenschaft versus Politik im Feminismus. Von der Dominanz des Politischen zur Eigenlogik engagierter Wissenschaft. Femina Politica, Nr. 2/2003, 14-21.

–, 2003c: Die alte neue Frauenfrage. Frankfurt am Main.
–, 2005: Die Regierung des Wissens. Wissenschaft, Politik und Geschlecht in der „Wissensgesellschaft", Opladen.
–, 2010: Krisen und Utopien. Eine Rückbesinnung auf den Feminismus als visionäres Projekt. In: Zentrum für Gender Studies und feministische Zukunftsforschung (Hg.): Kritik, Emanzipation, Utopie. *Gender Lectures* im Wintersemester 2009/10. Marburg, 23-40.
–, 2012: Postdemokratie, Geschlechterdemokratie, Direkte Demokratie. In: Feld, Lars P./Huber, Peter M./Jung, Otmar/Lauth, Hans-Joachim/Wittreck, Fabian (Hg.): Jahrbuch für direkte Demokratie 2011. Baden-Baden, 65-77.
–, 2013: Feminismus in postdemokratischen Zeiten. In: Appelt, Erna/Gatt, Sabine/Jarosch, Marion/Kogler, Nina (Hg.): Interdisziplinäre Perspektiven der Geschlechterforschung. Innsbruck, 159-180.
Honneth, Axel, 1982: Von Adorno zu Habermas. Zum Gestaltwandel kritischer Gesellschaftstheorie. In: Bonß, Wolfgang/Honneth, Axel (Hg.): Sozialforschung als Kritik. Zum sozialwissenschaftlichen Potential der Kritischen Theorie. Frankfurt am Main, 87-126.
–, 1989: Kritik der Macht. Reflexionsstufen einer kritischen Gesellschaftstheorie. Frankfurt am Main.
–, 1999 [1990]: Kritische Theorie. Vom Zentrum zur Peripherie einer Denktradition. In: ders.: Die zerrissene Welt des Sozialen: sozialphilosophische Aufsätze. 2., erw. Neuauflage. Frankfurt am Main, 25-72.
–, 2002: Einleitung. In: ders. (Hg.): Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des Kapitalismus. Frankfurt am Main, 7-11.
–, 2003 [1992]: Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Erweiterte Ausgabe. Frankfurt am Main.
–, 2006: Traditionelle und kritische Theorie. In: ders./Institut für Sozialforschung (Hg.): Schlüsseltexte der Kritischen Theorie. Wiesbaden, 229-232.
–, 2007: Pathologien der Vernunft. Geschichte und Gegenwart der Kritischen Theorie. Frankfurt am Main.
Horkheimer, Max, 1988 [1931]: Die gegenwärtige Lage der Sozialphilosophie und die Aufgaben eines Instituts für Sozialforschung. In: ders.: Gesammelte Schriften. Band 3. Frankfurt am Main, 20-35.
–, 1995: Gesammelte Schriften. Band 16. Frankfurt am Main.
–, 2005 [1937]: Traditionelle und kritische Theorie. In: ders.: Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze. 6. Auflage. Frankfurt am Main, 205-260.
Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W., 1997 [1944]: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt am Main.
Hornung, Ursula/Gümen, Sedef/Weilandt, Sabine (Hg.), 2001: Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik. (Re)Konstruktionen der Geschlechterordnung. Münster.

Iser, Matthias, 2008: Empörung und Fortschritt. Grundlagen einer kritischen Theorie der Gesellschaft. Frankfurt am Main/New York.

–, 2011: Gesellschaftskritik. In: ders./Göhler, Gerhard/Kerner, Ina (Hg.): Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden, 142-157.

Iser, Matthias/Strecker, David, 2010: Jürgen Habermas zur Einführung. Hamburg.

Jaeggi, Rahel, 2006: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. In: Honneth, Axel (Hg.): Schlüsseltexte der Kritischen Theorie. Wiesbaden, 249-253.

–, 2009: Was ist Ideologiekritik? In: dies./Wesche, Tilo (Hg.): Was ist Kritik? Frankfurt am Main, 266-298.

Janczyk, Stefanie, 2009: Arbeit und Leben. Eine spannungsreiche Ko-Konstitution. Münster.

Jörke, Dirk, 2006: Wie demokratisch sind radikale Demokratietheorien? In: Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hg.): Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie. Bielefeld, 253-266.

–, 2012: Politikwissenschaft als Möglichkeitswissenschaft. In: Asbach, Olaf/Schäfer, Rieke/Selk, Veith/Weiß, Alexander (Hg.): Zur kritischen Theorie der politischen Gesellschaft. Festschrift für Michael Th. Greven zum 65. Geburtstag. Wiesbaden, 41-52.

Jung, Tina, 2007: Geschlechterdemokratie als „rhetorische Modernisierung"? Eine feministische ReVision. Freiburg.

–, 2008: Im Spannungsfeld von Markt und Emanzipation. Geschlechterpolitische Implikationen genderorientierter Weiterbildung und Beratung. Unveröffentlichter Abschlussbericht des HMWK-geförderten Forschungsprojekts.

–, 2009: Was ist und wozu feministische Wissenschaft? In: Kurz-Scherf, Ingrid/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra (Hg.): Feminismus: Kritik und Intervention. Münster, 148-161.

–, 2014: Zwischen Herrschaft und Emanzipation. Kritische Theorie, Feminismus und die Kritik der Moderne. In: dies./Lieb, Anja/Reusch, Marie/Scheele, Alexandra/Schoppengerd, Stefan (Hg.), 2014: In Arbeit: Emanzipation. Feministischer Eigensinn in Wissenschaft und Politik. Münster, 53-68.

–, 2015a: Androzentrismus oder: Von Besonderem und Allgemeinem. Potentiale und Strukturprobleme von feministischer Kritik als (Gesellschafts-)Theorie. In: Bargetz, Brigitte/Fleschenberg dos Ramos Pinéu/Kerner, Ina/Kreide, Regina/Ludwig, Gundula (Hg.): Kritik und Widerstand. Feministische Praktiken in androzentrischen Zeiten. Opladen, 61-75.

–, 2015b: Entpolitisierung feministischer Wissenschaft? zum Selbst- und Kritikverständnis in der feministischen Diskussion. In: Gasteiger, Ludwig/Grimm, Marc/Umrath, Barbara (Hg.): Theorie und Kritik. Dialoge zwischen differenten Denkstilen und Disziplinen. Bielefeld, 209-230.

Jung, Tina/Garscha, Julia, 2010: Die Beharrlichkeit der Gender-Resistenz und die (Selbst-)Ermächtigung feministischer WissenschaftlerInnen? Brüche und Ambi-

valenzen im Kontext von Gender in der Politikwissenschaft. Femina Politica, Nr. 1/2010, 129-132.

Jung, Tina/Kurz-Scherf, Ingrid, 2012: Emanzipation und Transformation – Kritik und Praxis: Dilemmata, Ambivalenzen, feministische Vermittlungen. In: Birkle, Carmen/Kahl, Ramona/Ludwig, Gundula/Maurer, Susanne (Hg.): Emanzipation und feministische Politiken. Verwicklungen, Verwerfungen, Verwandlungen. Königstein im Taunus, 32-50.

Jung, Tina/Lieb, Anja/Reusch, Marie/Scheele, Alexandra/Schoppengerd, Stefan (Hg.), 2014: In Arbeit: Emanzipation. Feministischer Eigensinn in Wissenschaft und Politik. Münster.

Kahlert, Heike, 2005a: Wissenschaftsentwicklung durch Inter- und Transdisziplinarität: Positionen der Frauen- und Geschlechterforschung. In: dies./Thiessen, Barbara/Weller, Ines (Hg.): Quer denken – Strukturen verändern. Gender Studies zwischen den Disziplinen. Wiesbaden, 23-59.

–, 2005b: Beratung zur Emanzipation? Gender Mainstreaming unter dem Vorzeichen des New Public Management. In: Behnung, Ute/Sauer, Birgit (Hg.): Was bewirkt Gender Mainstreaming? Evaluierung durch Policy-Analysen. Frankfurt/New York, 45-62.

–, 2009: Die Reflexivität von Frauen- und Geschlechterforschung und Gleichstellungspolitik. Wissenssoziologische Annäherungen an ein Spannungsverhältnis. In: Plöger, Lydia/Riegraf, Birgit (Hg.): Geschlecht zwischen Wissenschaft und Politik. Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung auf die „Wissensgesellschaft". Opladen, 49-66.

Kerner, Ina, 2012: Varianten feministischer Kritik. In: Birkle, Carmen/Kahl, Ramona/Ludwig, Gundula/Maurer, Susanne (Hg.): Emanzipation und feministische Politiken. Verwicklungen, Verwerfungen, Verwandlungen. Königstein im Taunus, 51-65.

–, 2013: Was wir nie über Geschlecht wissen wollten. Potenziale des politologischen Feminismus. Femina Politica, Nr. 1/2013, 101-107.

Klecha, Stephan/Reimer, Melanie, 2008: Wissenschaft als besonderer Arbeitsmarkt. In: ders./Krumbein, Wolfgang (Hg.): Die Beschäftigungssituation von wissenschaftlichem Nachwuchs. Wiesbaden, 13-88.

Klinger, Cornelia, 1990: Bis hierher und wie weiter? Überlegungen zur feministischen Wissenschafts- und Rationalitätskritik. In: Krüll, Marianne (Hg.): Wege aus der männlichen Wissenschaft. Pfaffenweiler, 21-56.

–, 1994: Zwischen allen Stühlen. Die politische Theoriediskussion der Gegenwart in einer feministischen Perspektive. In: Appelt, Erna/Neyer, Gerda (Hg.): Feministische Politikwissenschaft. Wien, 119-144.

–, 1997: Liberalismus – Marxismus – Postmoderne. Der Feminismus und seine glücklichen oder unglücklichen „Ehen" mit verschiedenen Theorieströmungen im 20. Jahrhundert. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 28/1997, 177-193.

–, 1998a: Feministische Philosophie als Dekonstruktion und Kritische Theorie. Einige abstrakte und spekulative Überlegungen. In: Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): Kurskorrekturen. Feminismus zwischen Kritischer Theorie und Postmoderne. Frankfurt am Main/New York, 242-256.

–, 1998b: Periphere Kooptierung. Neue Formen der Ausgrenzung von feministischer Kritik. Ein Gespräch mit Cornelia Klinger. Die Philosophin, Jg. 9, Heft 18, 95-107.

–, 2000: Die Ordnung der Geschlechter und die Ambivalenz der Moderne. In: Becker, Sybille/Kleinschmidt, Gesine/Nord, Ilona/Schneider-Ludorff, Gury (Hg.): Das Geschlecht der Zukunft. Zwischen Frauenemanzipation und Geschlechtervielfalt. Stuttgart, 29-63.

–, 2005: Feministische Theorie zwischen Lektüre und Kritik des philosophischen Kanons. In: Bußmann, Hadumod/Hof, Renate (Hg.): Genus. Geschlechterforschung/Gender Studies in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Ein Handbuch. Stuttgart, 328-364.

Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli, 2007: Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz: Verhältnisbestimmungen von Klasse, Geschlecht, „Rasse"/Ethnizität. In: Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli/Sauer, Birgit (Hg.): Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität. Frankfurt am Main, 19-41.

Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.), 1998a: Kurskorrekturen. Feminismus zwischen Kritischer Theorie und Postmoderne. Frankfurt am Main/New York.

–, 1999a: Flaschenpost und Tomate. Anmerkungen zur Frage einer „Kritischen Theorie der Gegenwart". Zeitschrift für kritische Theorie 9/1999, 103-119.

–, 1999b: Zur Aktualität der Kritischen Theorie aus feministischer Perspektive. In: Lenk, Wolfgang/Rumpf, Mechthild/Hieber, Lutz (Hg.): Kritische Theorie und politischer Eingriff. Oskar Negt zum 65. Geburtstag. Hannover, 85-95.

–, 2004: Kritische Theorie: Ein selbstreflexives Denken in Vermittlungen. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden, 177-187.

–, 2012: Im Widerstreit. Feministische Theorie in Bewegung. Wiesbaden.

–, 2013a: Zur Bestimmung und Abgrenzung von „Intersektionalität". Überlegungen zu Interferenzen von „Geschlecht", „Klasse" und anderen Kategorien sozialer Teilung. Erwägen – Wissen – Ethik. Forum für Erwägungskultur, Jg. 24/2013, Heft 3, 341-354.

–, 2013b: Replik. Erwägen – Wissen – Ethik. Forum für Erwägungskultur, Jg. 24/2013, Heft 3, 468-501.

–, 2014: Arbeiten am Unterschied. Eingriffe feministischer Theorie. Innsbruck/Wien/Bozen.

Krais, Beate (Hg.), 2000: Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung. Über die verborgenen Mechanismen männlicher Dominanz in der akademischen Welt. Frankfurt am Main/New York.

–, 2001: An der Spitze. Von Eliten und herrschenden Klassen. Konstanz.

–, 2008: Wissenschaft als Lebensform: Die alltagspraktische Seite akademischer Karrieren. In: dies./Haffner, Yvonne (Hg.): Arbeit als Lebensform? Beruflicher Erfolg, private Lebensführung und Chancengleichheit in akademischen Berufsfeldern. Frankfurt am Main/New York, 177-212.

–, 2010: Das Projekt „Gleichstellung in der Wissenschaft": Anmerkungen zu den Mühen der Ebenen. In: Bauschke-Urban, Carola/Kamphans, Marion/Sagebiel, Felizitas (Hg.): Subversion und Intervention. Wissenschaft und Geschlechter(un)ordnung. Opladen, 23-46.

Krause, Ellen, 2003: Einführung in die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung. Opladen.

Kreide, Regina/Niederberger, Andreas, 2011: Politik. In: Göhler, Gerhard/Iser, Matthias/Kerner, Ina (Hg.): Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden, 290-306.

Kreisky, Eva, 1995: Gegen „geschlechtshalbierte Wahrheiten". Feministische Kritik an der Politikwissenschaft im deutschsprachigen Raum. In: dies./Sauer, Birgit (Hg.): Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Frankfurt am Main/New York, 27-62.

–, 1997: Diskreter Maskulinismus. Über geschlechtsneutralen Schein politischer Idole, politischer Ideale und politischer Institutionen. In: dies./Sauer, Birgit (Hg.): Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin. Frankfurt/New York, 161-213.

–, 2004: Geschlecht als politische und politikwissenschaftliche Kategorie. In: Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven. Wien, 23-43.

–, 2007: Politikerberatung als neuer Beruf. Anzeichen neoliberaler Einbindung von Politikwissenschaft. In: dies./Fröschl, Erich/Kramer, Helmut (Hg.): Politikberatung zwischen Affirmation und Kritik. Wien, 11-46.

Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.), 1995a: Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft: eine Einführung. Frankfurt am Main/New York.

–, 1995b: Die Politik der Männer – die Wissenschaft der Männer? Hoffnung auf ein Ende des Schulterschlusses. In: dies. (Hg.): Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft: eine Einführung. Frankfurt am Main/New York, 9-25.

–, 1997: Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin. Frankfurt/New York.

–, 1998: Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. PVS Sonderheft 28. Opladen/Wiesbaden.

Kreisky, Eva/Löffler, Marion/Spitaler, Georg (Hg.), 2012: Begriffs- und Deutungskämpfe um Demokratie. In: dies. (Hg.): Theoriearbeit in der Politikwissenschaft. Wien, 133-146.

Krüll, Marianne (Hg.), 1990: Wege aus der männlichen Wissenschaft. Perspektiven feministischer Erkenntnistheorie. Pfaffenweiler.

Kulke, Christine/Scheich, Elvira (Hg.), 1992: Zwielicht der Vernunft. Die Dialektik der Aufklärung aus der Sicht von Frauen. Pfaffenweiler.

Künkler, Tobias, 2008: Produktivkraft Kritik. Die Subsumtion der Subversion im neuen Kapitalismus. In: Eickelpasch, Rolf/Rademacher, Claudia/Ramos Lobato, Philipp (Hg.): Metamorphosen des Kapitalismus – und seiner Kritik. Wiesbaden, 29-47.

Kurz-Scherf, Ingrid, 1999: Demokratie und Geschlechterverhältnis. In: Berg-Schlosser, Dirk/Giegel, Hans-Joachim (Hg.): Perspektiven der Demokratie. Probleme und Chancen im Zeitalter der Globalisierung. Frankfurt am Main/New York, 217-257.

–, 2001: Was heißt und zu welchem Behufe studieren und betreiben wir feministische Politik(wissenschaft)? In: Satilmis, Ayla/Jacobs, Telse (Hg.): Feministischer Eigensinn. Kompaß für Politik und ihre Wissenschaft. Hamburg, 49-73.

–, 2002: Geschlechterdemokratie und Feminismus. Zur Notwendigkeit einer herrschaftskritischen Reformulierung eines Leitbegriffs. Femina Politica 2/2002, 11. Jg., 42-52.

–, 2004: Politik und Geschlechterverhältnis – oder: Politische Wissenschaft in feministischer Perspektive. In: Hecker, Wolfgang/Klein, Joachim/Rupp, Hans-Karl (Hg.): Politik und Wissenschaft. 50 Jahre Politikwissenschaft in Marburg. Bd. 2: Perspektiven. Münster, 156-216.

–, 2005: „Arbeit neu denken, erforschen, gestalten" – ein feministisches Projekt. In: dies./Correll, Lena/Janczyk, Stefanie (Hg.): In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel. Münster, 15-35.

–, 2009a: Weiblichkeitswahn und Männlichkeitskomplex – zur Geschichte und Aktualität feministischer Patriarchatskritik. In: dies./Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra (Hg.): Feminismus: Kritik und Intervention. Münster, 24-47.

–, 2009b: Monopoly-Kapitalismus – Reservat der Männlichkeit. Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2009, 36-40.

–, 2012: „The Great Transformation" – Ausstieg aus dem Kapitalismus? Ein Plädoyer für feministischen Eigensinn in den aktuellen Krisen- und Kritikdynamiken. In: dies./Scheele, Alexandra (Hg.): Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. Münster, 81-105.

–, 2014: Arbeit und Demokratie zwischen Misere und Utopie. Ein neuer Versuch im Spannungsfeld zwischen Marxismus und Feminismus. In: Brand, Ortrun/Dierkes, Mirjam/Jung, Tina (Hg.): In Arbeit: Demokratie. Feministische Perspektiven auf Emanzipation und Demokratisierung. Münster, 32-51.

Kurz-Scherf, Ingrid/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra (Hg.), 2009a: Feminismus: Kritik und Intervention. Münster.

–, 2009b: Gleichheit, Freiheit, Solidarität: feministische Impulse für die Wiederaufnahme eines umkämpften Projekts. In: dies. (Hg.): Feminismus: Kritik und Intervention. Münster, 278-296.

Landweer, Hilge/Newmark, Catherine, 2014: Kleine Brötchen – große Würfe? Zum Verhältnis von Theorie, Empirie und Methodik in der Geschlechterforschung. In: Rendtorff, Barbara/Riegraf, Birgit/Mahs, Claudia (Hg.): 40 Jahre feministische Debatten. Resümee und Ausblick. Weinheim und Basel, 192-208.

Landweer, Hilge/Newmark, Catherine/Kley, Christine/Miller, Simone, 2012: Philosophie und die Potenziale der Gender Studies. Peripherie und Zentrum im Feld der Theorie. Zur Einleitung. In: dies. (Hg.): Philosophie und die Potenziale der Gender Studies. Peripherie und Zentrum im Feld der Theorie. Bielefeld, 7-16.

Lang, Sabine, 1997: Geschlossene Öffentlichkeit. Paradoxien der Politikwissenschaft bei der Konstruktion des öffentlichen Raums. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin. Frankfurt am Main/New York, 46-69.

–, 2004: Politik – Öffentlichkeit – Privatheit. In: Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven. Wien, 65-82.

Laufenberg, Mike, 2009: Der Preis der Wahrheit. Michel Foucaults Wissenschaftskritik und die Politik post-souveräner Wissenschaften. In: Dumbadze, Devi/Geffers, Johannes/Haut, Jan/Klöpper, Arne/Lux, Vanessa/Pimminger, Irene (Hg.): Erkenntnis und Kritik. Zeitgenössische Positionen. Bielefeld, 69-88.

Leggewie, Claus (Hg.), 2007: Von der Politik- zur Gesellschaftsberatung. Neue Wege der Konsultation. Frankfurt am Main/New York.

Lenk, Wolfgang/Rumpf, Mechthild/Hieber, Lutz (Hg.), 1999: Kritische Theorie und politischer Eingriff. Oskar Negt zum 65. Geburtstag. Hannover.

Lenz, Ilse, 2001: Bewegung und Veränderung. Frauenforschung und Neue Frauenbewegungen in Deutschland. In: Hornung, Ursula/Gümen, Sedef/Weilandt, Sabine (Hg.): Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik: (Re-)Konstruktionen der Geschlechterordnung in Frauenforschung – Frauenbewegung – Frauenpolitik. Münster, 188-219.

–, 2004: Frauenbewegungen: Zu den Anliegen und Verlaufsformen von Frauenbewegungen als sozialen Bewegungen. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden, 665-675.

–, 2010: Die (un-)geliebten Schwestern revisited: Zum Verhältnis von Frauenbewegungen und Geschlechterforschung. In: Bauschke-Urban, Carola/Kamphans, Marion/Sagebiel, Felizitas (Hg.): Subversion und Intervention: Wissenschaft und Geschlechter (un)ordnung. Leverkusen, 3-22.

–, 2014: Geschlechter in Bewegung? In: Rendtorff, Barbara/Riegraf, Birgit/Mahs, Claudia (Hg.): 40 Jahre feministische Debatten. Resümee und Ausblick. Weinheim und Basel, 12-30.

Lieb, Anja, 2009a: Demokratie: Ein politisches und soziales Projekt? Münster.

–, 2009b: Demokratisierung der Demokratie. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra (Hg.): Feminismus: Kritik und Intervention. Münster, 260-275.

Liebig, Brigitte, 2004: Gender Studies zwischen Angebot und Nachfrage – Risiken und Chancen. In: Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität zu Berlin (Hg.): Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum. Studiengänge, Erfahrungen, Herausforderungen. Berlin, 128-131.

List, Elisabeth, 1989: Denkverhältnisse. Feminismus als Kritik. In: dies./Studer, Herlinde (Hg.): Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik. Frankfurt am Main, 7-34.

–, 1993: Weder unmöglich noch überflüssig. Über Schwierigkeiten und Aussichten feministischer Theorie. In: dies.: Die Präsenz des Anderen. Theorie und Geschlechterpolitik. Frankfurt am Main, 7-21.

List, Elisabeth/Studer, Herlinde (Hg.), 1989: Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik. Frankfurt am Main.

Löther, Andrea, 2009: Geschlechterwissen und Geschlechterkompetenz. Einstimmung ins Thema. In: Plöger, Lydia/Riegraf, Birgit (Hg.): Geschlecht zwischen Wissenschaft und Politik. Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung auf die „Wissensgesellschaft". Opladen, 17-22.

Ludwig, Gundula, 2013: Feministische Überlegungen zu Postdemokratie und der Entpolitisierung des Sozialen. Politische Vierteljahresschrift (PVS), 54. Jg., 3/2013, 461-484.

Lutz, Helma, 2007: Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung. Opladen.

–, 2011: The new maids. Transnational women and the care economy. London.

Maihofer, Andrea, 1995: Geschlecht als Existenzweise. Macht, Moral, Recht und Geschlechterdifferenz. Königstein im Taunus.

–, 2001: Dialektik der Aufklärung – Die Entstehung der modernen Gleichheitsidee, des Diskurses der qualitativen Geschlechterdifferenz und der Rassentheorien im 18. Jahrhundert. In: Hobuß, Steffi/Schües, Christina/Zimnik, Nina/Hartmann, Birgit/Patrut, Julia (Hg.): Die andere Hälfte der Globalisierung. Menschenrechte, Ökonomie und Medialität aus feministischer Sicht. Frankfurt am Main/New York, 113-132.

–, 2009: Von der Frauen- zur Geschlechterforschung – Ein bedeutsamer Perspektivenwechsel nebst aktuellen Herausforderungen an die Geschlechterforschung. In: Aulenbacher, Brigitte/Bereswill, Mechthild/Löw, Martina/Meuser, Michael/Mordt, Gabriele/Schäfer, Reinhild/Scholz, Sylka (Hg.): FrauenMännerGeschlechterforschung. State of the Art. 2. Auflage. Münster, 64-77.

–, 2013a: Virgina Woolf – Zur Prekarität feministischer Kritik. In: Hünersdorf, Bettina/Hartmann, Jutta (Hg.): Was ist und wozu betreiben wir Kritik in der Sozialen Arbeit? Disziplinäre und interdisziplinäre Diskurse. Wiesbaden, 281-301.

–, 2013b: Überlegungen zu einem materialistisch-(de)konstruktivistischen Verständnis von Normativität. In: Jaeggi, Rahel/Loick, Daniel (Hg.): Nach Marx. Philosophie, Kritik, Praxis. Frankfurt am Main, 164-191.

Marchart, Oliver, 2010: Die politische Differenz. Frankfurt am Main.

Marcuse, Herbert, 1998 [1967]: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. München.

McRobbie, Angela, 2010: Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes. Wiesbaden.

Metz-Göckel, Sigrid, 1987: Die zwei (un)geliebten Schwestern. Zum Verhältnis von Frauenbewegung und Frauenforschung im Diskurs der neuen sozialen Bewegungen.

In: Beer, Ursula (Hg.): Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik. Bielefeld, 28-66.

–, 2004: Institutionalisierung der Frauen-/Geschlechterforschung: Geschichte und Formen. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden, 597-605.

–, 2014: Grenzgänge zwischen Feminismus und Politik oder die Eroberung des Politischen. In: Rendtorff, Barbara/Riegraf, Birgit/Mahs, Claudia (Hg.): 40 Jahre feministische Debatten. Resümee und Ausblick. Weinheim und Basel, 178-191.

Metz-Göckel, Sigrid/Möller, Christina/Auferkorte-Michaelis, Nicole, 2009: Wissenschaft als Lebensform – Eltern unerwünscht? Kinderlosigkeit und Beschäftigungsverhältnisse des wissenschaftlichen Personals aller nordrhein-westfälischer Universitäten. Opladen/Farmington Hills.

Mies, Maria, 1978: Methodische Postulate zur Frauenforschung – dargestellt am Beispiel Gewalt gegen Frauen. beiträge zur feministischen theorie und praxis. 1. Jg., Heft 1, 41-63.

–, 1984: Methodische Postulate zur Frauenforschung – dargestellt am Beispiel Gewalt gegen Frauen. beiträge zur feministischen theorie und praxis. 7. Jg., Heft 11, 7-25.

Millett, Kate, 1992 [1971]: Sexus und Herrschaft. Die Herrschaft des Mannes in unserer Gesellschaft. Frankfurt am Main.

Mischau, Anina/Kramer, Caroline/Blättel-Mink, Birgit (Hg.), 2000: Frauen in Hochschule und Wissenschaft – Strategien der Förderung zwischen Integration und Autonomie. Baden-Baden.

Möser, Cornelia, 2013: Féminismes en traductions. Théories voyageuses et traductions culturelles. Paris.

Mouffe, Chantal, 2010a: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Bonn.

–, 2010b: Das demokratische Paradox. Wien.

Müller-Doohm, Stefan, 2000: Kritik in kritischen Theorien. Oder: wie kritisches Denken selber zu rechtfertigen sei. In: ders. (Hg.): Das Interesse der Vernunft. Rückblicke auf das Werk von Jürgen Habermas seit „Erkenntnis und Interesse". Frankfurt am Main, 71-106.

Müller, Beatrice, 2013: Wert-Abjektion als konstituierende und konstruierende Kraft von Care-Arbeit im patriarchalen Kapitalismus. Femina Politica, 22. Jg., Heft 1, 31-43.

Müller, Christa, 2004: Parteilichkeit und Betroffenheit: Frauenforschung als politische Praxis. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden, 294-297.

Müller, Ursula, 2009: Differente Logiken, Professionalisierung und Anerkennung. Eine Nachlese. In: Plöger, Lydia/Riegraf, Birgit (Hg.): Geschlecht zwischen Wissenschaft und Politik. Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung auf die „Wissensgesellschaft". Opladen, 195-206.

Münch, Richard, 2006: Wissenschaft im Schatten von Kartell, Monopol und Oligarchie. Die latenten Effekte der Exzellenzinitiative. Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft. December 2006, Volume 34, Issue 4, 466-486.

–, 2007: Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz. Frankfurt am Main.

Negt, Oskar, 2011: Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. 2. Auflage. Göttingen.

Neusüß, Christel, 1985: Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder: Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander. Hamburg/Zürich.

Niekant, Renate/Schuchmann, Uta (Hg.), 2003: Feministische ErkenntnisProzesse. Zwischen Wissenschaftstheorie und politischer Praxis. Opladen.

Niesen, Peter, 2007: Politische Theorie als Demokratiewissenschaft. In: Buchstein, Hubertus/Göhler, Gerhard (Hg.): Politische Theorie und Politikwissenschaft. Wiesbaden, 126-155.

Pateman, Carol, 1994: Der Geschlechtervertrag. In: Appelt, Erna/Neyer, Gerda (Hg.): Feministische Politikwissenschaft. Wien, 73-95.

Peter, Lothar, 2007: Marburger und Frankfurter Schule im Vergleich. Das Argument 269/2007, 98-111.

Phase 2 Zeitschrift gegen die Realität, 2013: Genossin in die Promotion! Zur Akademisierung der Kritik. Heft 46/2013.

Plöger, Lydia/Riegraf, Birgit (Hg.), 2009a: Geschlecht zwischen Wissenschaft und Politik. Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung auf die „Wissensgesellschaft". Opladen.

–, 2009b: Bewegung und Widersprüche im Verhältnis von Wissenschaft und politischer Praxis. Einleitung. In: dies. (Hg.): Geschlecht zwischen Wissenschaft und Politik. Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung auf die „Wissensgesellschaft". Opladen, 9-16.

Power, Nina, 2011: Die eindimensionale Frau. Berlin.

Pühretmayer, Hans, 2012: Bedeutung wissenschaftstheoretischer Reflexionen für den politikwissenschaftlichen Erkenntnisproduktionsprozess. In: Kreisky, Eva/Löffler, Marion/Spitaler, Georg (Hg.): Theoriearbeit in der Politikwissenschaft. Wien, 33-50.

Purtschert, Patricia, 2012: Gerechtigkeit herstellen oder gegen Normierung angehen? Nachdenken über zwei feministische Denkstile und ihre epistemische Differenz. In: Landweer, Hilge/Newmark, Catherine/Kley, Christine/Miller, Simone (Hg.): Philosophie und die Potenziale der Gender Studies. Peripherie und Zentrum im Feld der Theorie. Bielefeld, 141-162.

Reckwitz, Andreas, 2006: Kritische Gesellschaftstheorie heute. Zum Verhältnis von Poststrukturalismus und Kritischer Theorie. http://www.velbrueck-wissenschaft.de/pdfs/2006_reckwitz.pdf (Download: 25.06.2014).

Riegraf, Birgit/Aulenbacher, Brigitte/Kirsch-Auwärter, Edit/Müller, Ursula (Hg.), 2010: Gender Change in Academia. Re-Mapping the Fields of Work, Knowledge and Politics from a Gender Perspective. Wiesbaden.

Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (Hg.), 2004: Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven. Wien.

Rumpf, Mechthild, 1999: Geschlechterdifferenz in Kritischer Theorie. Ein nicht veralteter Rückblick. In: Lenk, Wolfgang/Rumpf, Mechthild/Hieber, Lutz (Hg.): Kritische Theorie und politischer Eingriff. Oskar Negt zum 65. Geburtstag. Hannover, 71-84.

Ruppert, Uta, 1995: Feministische Theorien. In: Drechsler, Hanno/Hilligen, Wolfgang/Neumann, Franz (Hg.): Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik. 9., neubearbeitete und erweiterte Auflage. München, 296-298.

Saar, Martin, 2009: Genealogische Kritik. In: Jaeggi, Rahel/Wesche, Tilo (Hg.): Was ist Kritik? Frankfurt am Main, 247-265.

Satilmis, Ayla/Jacobs, Telse (Hg.), 2001: Feministischer Eigensinn. Kompaß für Politik und ihre Wissenschaft. Hamburg.

Sauer, Birgit, 2001: Zur Geschlechtsblindheit der Politikwissenschaft. Eine feministische Kritik. In: Satilmis, Ayla/Jacobs, Telse (Hg.): Feministischer Eigensinn. Kompaß für Politik und ihre Wissenschaft. Hamburg, 74-90.

–, 2005: Begrenzung und Entgrenzung des Politischen: Geschlechterforschung in der Politikwissenschaft. In: Bußmann, Hadumod/Hof, Renate (Hg.): Genus. Geschlechterforschung/Gender Studies in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Ein Handbuch. Stuttgart, 366-401.

–, 2011a: Die Allgegenwart der 'Androkratie'. Feministische Anmerkungen zur 'Postdemokratie'. Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2011. http://www.bpb.de/apuz/33575/die-allgegenwart-der-androkratie-feministische-anmerkungen-zur-postdemokratie?p=all (Download: 20.3.2014).

–, 2011b: „only paradoxes to offer?" Feministische Demokratie- und Repräsentationstheorie in der „Postdemokratie". Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. 40. Jahrgang (2011), Heft 2, 125-138.

–, 2012a: Komplexe soziale Ungleichheit, Citizenship und die Krise der Demokratie. In: Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hg.): Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen. Münster, 167-185.

–, 2012b: Und sie bewegt sich noch. Feministische Theorien in der Politikwissenschaft. In: Kreisky, Eva/Löffler, Marion/Spitaler, Georg (Hg.): Theoriearbeit in der Politikwissenschaft. Wien, 105-116.

Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie, 2011: Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich- Ebert-Stiftung. Demokratie und Geschlecht. Berlin. http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Demokratie_und_Geschlecht.pdf (Download: 17.11.2013).

Schaeffer-Hegel, Barbara/Watson-Franke, Barbara (Hg), 1989: Männer Mythos Wissenschaft. Grundlagentexte zur feministischen Wissenschaftskritik. Pfaffenweiler.

Scheele, Alexandra, 1996: Von Männern für Männer? Patriarchale Hegemonialkonstellationen in der Politikwissenschaft. Das Argument 214, 275-282.

–, 2012: Technokratie oder Androkratie? Zum (geschlechter-)demokratischen Defizit der gegenwärtigen Krisenpolitik. In: dies./Kurz-Scherf, Ingrid (Hg.): Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. Münster, 22-35.

–, 2013: Geschlechterdemokratie: Kein Thema in der politischen Krisenbewältigung? In: Nickel, Hildegard-Maria/Heilmann, Andreas (Hg.): Krise, Kritik, Allianzen: Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven. Weinheim, 86-100.

Scheich, Elvira, 1996a: Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie. Hamburg.

–, 1996b: Denken im Kaleidoskop. Zu den Voraussetzungen feministischer Kritik an der Entwicklung moderner Wissenschaft. In: dies. (Hg.): Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie. Hamburg, 9-38.

Schimank, Uwe, 2012: Wissenschaft als gesellschaftliches Teilsystem. In: Maasen, Sabine/Kaiser, Mario/Reinhart, Martin/Sutter, Barbara (Hg.): Handbuch Wissenschaftssoziologie. Wiesbaden, 113-123.

Schmid Noerr, Gunzelin, 1997: Konstellationen zweiter Natur. Zur Ideengeschichte und Aktualität der Dialektik der Aufklärung. In: ders.: Gesten aus Begriffen. Konstellationen der Kritischen Theorie. Frankfurt am Main, 19-50.

Schmidbaur, Marianne, 2004: Schlüsselqualifikationen durch Gender Studies. Ergebnisse der Studie: Employment and Women's Studies. In: Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität zu Berlin (Hg.): Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum. Studiengänge, Erfahrungen, Herausforderungen. Berlin, 121-127.

Schoppengerd, Stefan, 2014a: Vereinnahmung und Re-Artikulation feministischer Kritik – die theoretische Diskussion und das Beispiel 'Popfeminismus'. In: Brand, Ortrun/Dierkes, Mirjam/Jung, Tina (Hg.): In Arbeit: Demokratie. Feministische Perspektiven auf Emanzipation und Demokratisierung. Münster, 272-271.

–, 2014b: Kein Ding. Klassen und ihre Kämpfe vor dem Hintergrund feministischer Kritik. In: Jung, Tina/Lieb, Anja/Reusch, Marie/Scheele, Alexandra/Schoppengerd, Stefan (Hg.): In Arbeit: Emanzipation. Feministischer Eigensinn in Wissenschaft und Politik. Münster, 241-256.

Schunter-Kleemann, Susanne, 2003: Was ist neoliberal am Gender Mainstreaming? Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik, 23. Jg., Heft 44, 19-33.

Schwandt, Michael, 2010: Kritische Theorie. Eine Einführung. 2., durchgesehene Auflage. Stuttgart.

Singer, Mona, 2004: Feministische Wissenschaftskritik und Epistemologie: Voraussetzungen, Positionen, Perspektiven. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empire. Wiesbaden, 257-266.

–, 2005: Geteilte Wahrheit. Feministische Epistemologie, Wissenssoziologie und Cultural Studies. Wien.

Steinert, Heinz, 2007: Das Verhängnis der Gesellschaft und das Glück der Erkenntnis. Dialektik der Aufklärung als Forschungsprogramm. Münster.

Thaa, Winfried, 2011: Politisches Handeln. Demokratietheoretische Überlegungen im Anschluss an Hannah Arendt. Baden-Baden.

Thiessen, Barbara, 2004: Feminismus: Differenzen und Kontroversen. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden, 35-41.

Thompson, Edward P., 1980: Das Elend der Theorie: zur Produktion geschichtlicher Erfahrung. Frankfurt am Main/New York.

Thürmer-Rohr, Christina, 1984: Der Chor der Opfer ist verstummt. Eine Kritik an den Ansprüchen der Frauenforschung. beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 11/1984, 71-84.

–, 1995: Denken der Differenz: Feminismus und Postmoderne. beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 39/1995, 87-97.

Trumann, Andrea, 2002: Feministische Theorie: Frauenbewegung und weibliche Subjektbildung im Spätkapitalismus. Stuttgart.

Umrath, Barbara, 2012: Jenseits von Vereinnahmung und eindimensionalem Feminismus. Perspektiven feministischer Gesellschaftskritik heute. PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Heft 167, Jg. 42, Nr. 2/2012, 231-248.

van Dyk, Silke, 2009: Gegenstrategien als (neue) Systemressource des Kapitalismus? Zur Problematisierung einer populären Zeitdiagnose. PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Heft 157, Jg. 39, Nr. 4/2009, 663-680.

–, 2010: Grenzüberschreitung als Norm? Zur „Vereinnahmung" von Gegenstrategien im Kapitalismus und den Konsequenzen für eine Soziologie des Widerständigen. In: Becker, Karina/Gertenbach, Lars/Laux, Henning/Reitz, Tilman (Hg.): Grenzverschiebungen des Kapitalismus. Umkämpfte Räume und Orte des Widerstands. Frankfurt/New York, 33-54.

–, 2012: Kritik in der Krise. Zum Kritikhype im Gefolge der Finanzmarktkrise. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Scheele, Alexandra (Hg.): Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. Münster, 290-311.

Villa, Paula-Irene, 2000: Das Subjekt Frau als Geschlecht mit Körper und Sexualität – Zum Stand der Frauenforschung in der Soziologie. Soziologie 3/2000, 20-35.

–, 2010: Frauen, Forschung, Feminismus: Reflexionen aus dem und auf das Karriere-geschehen. In: Bauschke-Urban, Carola/Kamphans, Marion/Sagebiel, Felizitas (Hg.): Subversion und Intervention. Wissenschaft und Geschlechter(un)ordnung. Opladen, 129-138.

Walzer, Michael, 1981: Philosophy and Democracy. Political Theory, Vol. 9, No. 3 (August 1981), 379-399.

–, 1990: Die Praxis der Gesellschaftskritik. In: ders.: Kritik und Gemeinsinn. Berlin, 43-80.

–, 2000: Mut, Mitleid und ein gutes Auge. Tugenden der Sozialkritik und der Nutzen der Gesellschaftstheorie. Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 48/2000, 5, 709-718.

–, 2009: Gesellschaftskritik und Gesellschaftstheorie. In: Forst, Rainer/Hartmann, Martin/Jaeggi, Rahel/Saar, Martin (Hg.): Sozialphilosophie und Kritik. Frankfurt am Main, 588-607.

Waschkuhn, Arno, 2000: Politikbegriffe und Grundprinzipien der Frankfurter Schule. München/Wien/Oldenbourg.

Weber, Max, 2006 [1919]: Wissenschaft als Beruf. Stuttgart.

Weingart, Peter, 2001: Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft. Weilerswist.

Weiss, Alexandra, 2012: Regulation und Politisierung von Geschlechterverhältnissen im fordistischen und postfordistischen Kapitalismus. Münster.

Wesche, Tilo, 2009: Reflexion, Therapie, Darstellung. Formen der Kritik. In: ders./Jaeggi, Rahel (Hg.): Was ist Kritik? Frankfurt am Main, 193-220.

Wetterer, Angelika, 2003: Rhetorische Modernisierung: Das Verschwinden der Ungleichheit aus dem zeitgenössischen Differenzwissen. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie & feministische Kritik II. Münster, 286-319.

–, 2009: Gender-Expertise, feministische Theorie und Alltagswissen. Grundzüge einer Typologie des Geschlechterwissens. In: Plöger, Lydia/Riegraf, Birgit (Hg.): Geschlecht zwischen Wissenschaft und Politik. Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung auf die „Wissensgesellschaft". Opladen, 81-100.

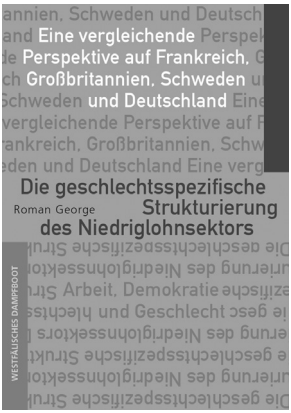
–, 2012: Das erfolgreiche Scheitern feministischer Kritik. Rhetorische Modernisierung, symbolische Gewalt und die Reproduktion männlicher Herrschaft. In: Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hg.): Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen. Münster, 246-266.

Wiggershaus, Rolf, 1988: Die Frankfurter Schule. Geschichte, theoretische Entwicklung, politische Bedeutung. München.

Winter, Rainer/Zima, Peter V. (Hg.), 2007: Kritische Theorie heute. Bielefeld.

Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der Humbolt-Universität zu Berlin (Hg.), 2004: Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum. Studiengänge, Erfahrungen, Herausforderungen. Berlin.

Arbeit – Demokratie – Geschlecht



Band 21
Roman George
Die geschlechtsspezifische Strukturierung des Niedriglohnsektors
Eine vergleichender Perspektive auf Frankreich, Großbritannien, Schweden und Deutschland
2014 – 278 Seiten – 27,90 €
ISBN 978-3-89691-971-7

Band 20
Stefan Schoppengerd
Hoffnungslos vereinnahmt?
Kritik der Geschlechterverhältnisse in Marketing und Popkultur
2014 – 179 Seiten – 24,90 €
ISBN 978-3-89691-711-9

Band 19
Ortrun Brand / Mirjam Dierkes / Tina Jung (Hrsg.)
In Arbeit: Demokratie
Feministische Perspektiven auf Emanzipation und Demokratisierung
im Auftrag des Marburger Genderkollegs
2014 –275 Seiten – 29,90 €
ISBN 978-3-89691-968-7

Band 18
Magdalena Freudenschuss
Prekär ist wer?
Der Prekarisierungsdiskurs als Arena sozialer Kämpfe
2013 – 333 Seiten – € 29,90
ISBN 978-3-89691-930-4

Band 17
Lena Schürmann
Schmutz als Beruf
Prekarisierung, Klasse und Geschlecht in der Reinigungsbranche
2013 – 320 Seiten – € 34,90
ISBN 978-3-89691-937-3

2. Auflage

Band 16
Ingrid Kurz-Scherf / Alexandra Scheele (Hrsg.)
Macht oder ökonomisches Gesetz?
Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht
2013 – 313 Seiten – € 34,90
ISBN 978-3-89691-903-8

Band 15
Maria Funder / Martina Sproll
Symbolische Gewalt und Leistungsregime
Geschlechterungleichheit in der betrieblichen Arbeitspolitik
2012 – 275 Seiten – € 29,90
ISBN 978-3-89691-899-4